L 70000 3/IV.–30/VI. Öffentl. Finanzen –
10 Volksmeeting d. B. Börse 7.
1917

3./IV. 1917

1

7

Oesterreichische Länderbank.

Wir erhalten unterm 2. d. das nachstehende Communiqué:

„Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Länderbank hat in seiner heutigen Sitzung die demselben vorgelegte Bilanz pro 1916 genehmigt. Diese ergibt ein Bruttoerträgnis von 29,386.929 Kronen und abzüglich der Spesen, Steuern und Abschreibungen ein Reinerträgnis von 16,069.999 Kronen, in welchem ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit 341.789 Kronen enthalten ist. Auf Grund dieses Ergebnisses hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 2. Mai d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds 2,500.000 Kronen, dem ordentlichen Reservefonds im Sinne der Statuten 843.859 Kronen zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Beamten und Diener der Bank wie alljährlich 200.000 Kronen zu widmen, eine Dividende von 7½ Prozent, d. i. 30 Kronen per Aktie (gegen 6 Prozent = 24 Kronen im Vorjahre) auszubezahlen und den nach Bestreitung der statutarischen und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibenden Rest von 1,564.594 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen. Die Tagesordnung der Generalversammlung enthält nebst den üblichen Verhandlungsgegenständen die zur Beschlußfassung für die Verwendung des Reinerträgnisses erforderlichen Anträge sowie einen Antrag auf Aenderung des § 6 der Statuten."

Der Gewinn- und Verlust-Konto zeigt die folgenden Ziffern:

Haben:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Gewinnvortrag vom Jahre 1915	341.789	+ 342.000
Zinsen	18,781.022	+ 2,407.000
Provisionen	6,425 829	+ 369.000
Gewinn an Devisen u. Valuten	575.730	— 251.000
Gewinn an Effekten u. Konsortialgeschäften	3,258.609	+ 2,601.000
Verfallene Dividenden	3.948	+ 2.000
Zusammen	29,386.929	+ 5,470.000

Soll:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Gehalte	5,389.138	+ 704.000
Spesen	2,811.523	+ 480.000
Pensionsfondsbeitrag	832.639	+ 14.000
Steuern und Gebühren	4,631.116	+ 2,633.000
Abschreibungen Inventar	52.291	— 25.000
Abschreibungen Bankgebäude	84.000	—
Abschreibungen Dubiose Forderungen	6.220	— 47.000
Gewinn per Saldo	16,069.999	+ 1,711.000

Das Zinsenkonto hat um 2,407.000 Kronen mehr als im Vorjahre abgeworfen. Dieses Plus ist auf die Verwendung der in vermehrtem Maße zur Verfügung gestandenen fremden Gelder zurückzuführen. Die Provisionen aus dem Bank- und Warenkommissionsgeschäfte ergaben ein Plus von 369.000 Kronen. Das Devisen- und Valutenkonto weist ein Minus von 251.000 Kronen aus. Die Debitoren im Betrage von 955,306.000 Kronen sind um 350,991.000 Kronen, die Kreditoren per 808,411.000 Kronen um 238,663.000 Kronen gestiegen. Die verzinslichen Einlagen per 241,091.000 Kronen weisen ein Plus von 88,711.000 Kronen aus. Die Steigerung der Debitoren ist zum überwiegenden Teile auf Kriegsanleihebelehnungen und Vorauszahlungen an den Staat zurückzuführen. Das Effektenkonto umfaßt Staats- und andere öffentliche Anleihen, Prioritäten, Pfandbriefe und Lose per 78,300.000 Kronen (im Vorjahre 61,022.000 Kronen), Aktien von Banken per 16,709.000 Kronen (im Vorjahre 27,571.000 Kronen), Aktien von Transportunternehmungen per 674.000 Kronen und Aktien von Industrieunternehmungen und Versicherungsgesellschaften per 16,642.000 Kronen (im Vorjahr 28,717.000 Kronen). Das Effektenkonto per 112,326.000 Kronen weist gegen das Vorjahr ein Minus von 5,694.000 Kronen aus. Die Einzahlungen im Konsortialgeschäfte betragen 42,147.000 Kronen (minus 5,580.000 Kronen gegen das Vorjahr).

Gleichwie im Vorjahre konnten die Engagementziffern der Filialen Paris und London auch in die Bilanz pro 1916 nicht aufgenommen werden, da es unmöglich war, die Bilanzen dieser Filialen zu erhalten. Es sind daher nur die Saldi der beiden Filialen, wie sie sich aus den Büchern per 31. Dezember 1916 ergeben, in die Bilanz eingestellt. Die Zinsen auf die Dotationen und die Forderungen des Instituts sind auch heuer nicht in Rechnung gestellt worden.

Hinsichtlich der der Länderbank nahestehenden Institute ist folgendes zu berichten:

Die Rumänische Kreditbank wurde bei Kriegsausbruch seitens der rumänischen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt. Sämtliche Bestände dieser Bank wurden vor der Besetzung der Stadt Bukarest nach Jassy überführt, weshalb das Institut sich zur Schaffung entsprechender Rücklagen veranlaßt sah. Die Serbische Kreditbank, deren Bestände, wie bekannt, seitens der serbischen Regierung außer Landes gebracht wurden, beschränkt ihre Tätigkeit darauf, für ihre Außenstände, soweit dies möglich ist, Sicherstellungen zu erlangen. Wir haben für dieses Engagement ausreichende Reserven geschaffen. Da eine reguläre geschäftliche Tätigkeit der Serbischen Kreditbank derzeit untunlich ist, haben wir in Belgrad eine Expositur unserer Anstalt errichtet.

Trotz der gesteigerten Nachfrage nach den Erzeugnissen der Aktien-Gesellschaft der Emaillierwerke und Metallwarenfabriken Austria hat das Kommerzgeschäft infolge des Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften eine weitere Einschränkung erfahren. Die Werke sind jedoch mit Lieferungen für die Heeresverwaltung ausreichend beschäftigt. Das Ergebnis des laufenden Jahres wird hinter dem des Vorjahres gewiß nicht zurückbleiben. Die Werke der Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner-L. u. J. Biro und A. Kurz waren durch umfangreiche Heereslieferungen voll in Anspruch genommen und haben alle Betriebe erfolgreich gearbeitet, so daß ein recht günstiges Erträgnis zu gewärtigen ist. Die Dividende dürfte höher sein. Unter fast gänzlicher Ausschaltung des Kommerzgeschäftes mußten sich die Werke der Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke beinahe ausschließlich der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen. Die intensive Beschäftigung während des ganzen Jahres bedingte eine gegenüber normalen Zeiten wesentlich stärkere Abnützung der Anlagen. Diesem Umstande wird bei Aufstellung der Bilanz Rechnung getragen werden müssen. Es darf aber trotzdem ein günstiges Ergebnis und aller Voraussicht nach die gleiche Dividende wie im Vorjahre erwartet werden. Der Perlmooser Zementfabrik war es im abgelaufenen Jahre nicht möglich, jene Erhöhung der Verkaufspreise eintreten zu lassen, welche den geänderten Produktionsverhältnissen entsprochen hätte. Das Ergebnis kann unter solchen Umständen kein günstiges sein. Es ist zu hoffen, daß nach Eintritt des Friedens eine Besserung der Verhältnisse sich ergeben wird. Die Parzellierungsgeschäfte sind infolge der allgemeinen Lage des Baugeschäftes nahezu unverändert geblieben. Auch im Jahre 1916 war die Betätigung der Austro-Americana durch den Krieg vollkommen unterbunden. Die Ungewißheit über das Schicksal des in nordamerikanischen Häfen befindlichen Teiles des Schiffparkes macht der Gesellschaft vorerst eine Bilanzaufstellung für das verflossene Jahr unmöglich. Die Dividende der Münchengrätzer Schuhfabrik konnte für 1915/16 auf 15 Prozent erhöht werden und dürfte sich das Erträgnis im heurigen Jahre auf gleicher Höhe halten. Was die Zuckerfabriken anbelangt, so ist zu sagen, daß auch heuer in der Zuckerindustrie die Produktionsbedingungen und Verkaufspreise durch die Zuckerzentralen geregelt wurden. Die Zentralmährische Zuckerfabriken- und Oekonomien-A.-G. verteilte pro 1915/16 zum ersten Male eine fünfprozentige Dividende und hat in der Kampagne 1916/17 wieder günstig gearbeitet. Der Verein Mährischer Zuckerfabriken verteilte pro 1915/16 wie im Vorjahre 12 Prozent. Die Schönpriesener Zuckerraffinerie wird pro 1916/17 die gleiche Dividende wie im Vorjahre (15 Prozent) ausschütten. Die Südungarische Zuckerindustrie-A.-G. hat in der Kampagne 1915/16 befriedigend gearbeitet und eine sechsprozentige Dividende gezahlt. Das Gesellschaftskapital wurde von 4 auf 6 Millionen Kronen erhöht. Das Ergebnis der Kampagne 1916/17 dürfte die Ausschüttung einer höheren Dividende gestatten. Die Oberungarische Zuckerindustrie-A.-G. hat pro 1915/16 infolge der höheren Preise für Bodenprodukte mit einem nur geringfügigen Verluste abgeschlossen. Das Geschäft für 1916/17 dürfte trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse gleichfalls ohne nennenswerten Verlust abschließen, während pro 1917/18 infolge des zum ersten Male seit Bestand der Gesellschaft für die Felderbestellung günstigen Herbstwetters die Aussichten mehr versprechend sind.

Die Statutenänderung betrifft die Erhöhung des zulässigen Einlagenstandes auf 300 Millionen Kronen, während er bisher 200 Millionen Kronen betragen hat. Im laufenden Jahre sind die Einlagen um 53 Prozent gestiegen.

Neue Freie Presse

3./IV. 1917

Deutsche Bank.

Heute werden in Deutschland die Bilanzziffern der Deutschen Bank veröffentlicht. Die Rechnungsabschlüsse zeigen wieder eine bedeutende Steigerung der Gewinne, indem das Bruttoerträgnis um 10·9 Millionen Mark höher ist als im vorigen Jahre. Die Dividende wird aber nicht aufgebessert, sondern mit der gleichen Ziffer wie im Vorjahre, nämlich 12½ Prozent, bemessen. Die Deutsche Bank hatte in den letzten fünf Jahren vor dem Ausbruche des Krieges Dividenden von 12½ Prozent bezahlt. Im Kriegsjahre 1914 war sie auf 10 Prozent zurückgegangen. Für das Jahr 1915 war die Deutsche Bank wieder auf 12½ Prozent gestiegen und jetzt wird die gleiche Dividende von 12½ Prozent wieder vorgeschlagen. Die Steigerung des Bruttogewinnes entstammt zum größten Teile höheren Zinsen, da das Zinsenkonto eine Steigerung um 8·8 Millionen Mark erfahren hat und 56·9 Millionen Mark ausmacht. Die Zunahme des Zinsenkontos beträgt daher etwa 18 Prozent gegenüber dem vorigen Jahre, und das Verhältnis ist ein ähnliches wie bei den größten österreichischen Banken. Auch die Provisionen sind infolge der großen Ausdehnung der Umsätze um 1·2 Millionen Mark gewachsen. Von der Erhöhung des Bruttogewinnes wurden 4·3 Millionen Mark oder 40 Prozent durch die höheren Lasten aufgezehrt. Die Deutsche Bank hat auf die Bankgebäude einen Betrag von 4 Millionen Mark abgeschrieben, somit nahezu den ganzen höheren Reingewinn für diese Form der Reservierung verwendet. Durch die neuen Zuwendungen sowie durch die Mittel, die ihr aus der letzten Kapitalsvermehrung zugeflossen sind, erhöht sich ihr gesamtes eingezahltes Kapital zuzüglich der Reserven auf 500 Millionen Mark. Ueber den Abschluß liegt das folgende Telegramm vor:

Berlin, 2. April.

Wie aus dem Jahresabschlusse der Deutschen Bank zu entnehmen ist, beliefen sich die Gesamtumsätze auf 129 Milliarden Mark, das ist um 22 Milliarden Mark mehr als im Vorjahre. Das Bruttoerträgnis macht 87,558.745 (+ 10,947.317) Mark aus. Im einzelnen erbrachten Wechsel und Zinsen 56,945.200 (+8,811.288) Mark, Sorten und Zinsscheine 847.815 (— 46.952) Mark, Provisionsgebühren 25,385.534 (+ 1,244.470) Mark. Der Ertrag an dauernden Beteiligungen betrug 4,380.196 (+ 340.017) Mark. Dagegen erforderten die Gehalte usw. 25,848.907 (+ 1,994.133) Mark, die Kriegsfürsorge für die Beamten 7,544.018 (+ 2,324.426) Mark, die Wohlfahrtseinrichtungen für Beamte 432.159 (+ 120.284) Mark, die Beiträge zum Beamtenfürsorgeverein 1,612.894 (+ 35.297) Mark, die Gewinnbeteiligung an den Vorstand usw. 1,506.824 (— 28.066) Mark, die Abschreibungen auf Einrichtung 550.226 (— 183.496) Mark, auf Bankgebäude 2,167.843 (+ 817.245) Mark, die Sonderabschreibungen auf Bankgebäude 4,000.000 (+ 4,000.000) Mark, die Steuern 5,200.152 (+ 1,009.482) Mark. Der Reingewinn beträgt 49,951.780 (+ 308.194) Mark. Derselbe soll wie folgt verteilt werden: Zuwendung an die Beamten 3,800.000 (+ 200.000) Mark, Dividende 12½ Prozent (wie im Vorjahre), Ueberweisung an Rücklage B 1,500.000 Mark (unverändert), Gewinnanteil des Aufsichtsrates 1,129.032 Mark (unverändert), Vortrag auf neue Rechnung 12,272.748 (+ 157.194) Mark. Die Deutsche Bank wendete im Berichtsjahre für die Beamten über die festen Gehalte hinaus 15,312.443 Mark auf. Die Rücklagen stiegen auf 225,000.000 Mark. Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Reserven beträgt 500,000.000 Mark.

Die Zeit
3./IV. 1917

— (**Verlängerung des Privilegs der Oesterreichisch-ungarischen Bank.**) Aus Budapest wird uns telegraphiert: Angesichts der neuerdings aufgetauchten Mitteilungen über Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen und der Oesterreichisch-ungarischen Bank wegen der Verlängerung des Privilegs wird Ihr Korrespondent von unterrichteter Seite dahin informiert, daß die vorläufigen Vereinbarungen der österreichischen und der ungarischen Regierung hinsichtlich des wirtschaftlichen Ausgleiches auch die zukünftige Gestaltung der Notenbank beinhalten. Die Tätigkeit und der Wirkungskreis der Oesterreichisch-ungarischen Bank werden auch in Zukunft sich im derzeitigen Rahmen bewegen, doch soll die Gewinnbeteiligung der beiden Staaten eine Steigerung erfahren. Das Privileg der Bank reicht bekanntlich bis Ende 1917, wie die meisten wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Ebenso wie die neuen Vereinbarungen mit Vorbehalt der parlamentarischen Ratifikation bis Ende 1937 reichen sollen, wird auch die Prolongation des Privilegs der Oesterreichisch-ungarischen Bank bis zu diesem Termin laufen. Doch die beiden Regierungen und die Leitung der Notenbank hegen die Absicht, die letzte definitive Entscheidung sobald als möglich durch die Parlamente vollziehen zu lassen. Allerdings ist es eine offene Frage, ob eine solche legislatorische Erledigung in Kriegszeit möglich sein wird. Da übrigens schon bei früheren Anlässen auf der Basis der Reziprozität die Ausgleichsvereinbarungen inklusive der Bankakte in Kraft traten, wäre auch für den Fall ein Präzedens vorhanden, als die Parlamente die wirtschaftlichen Vorlagen der Regierungen infolge der kriegerischen Vorgänge nicht kalendermäßig rechtzeitig erledigen könnten.

Der Abend
3./IV. 1917

6

Am Tage des Gerichts.

Heute erschien der Rechenschaftsbericht der Länderbank. Er unterscheidet sich in nichts von denen der anderen, die es verstanden haben, in diesem Kriege nur Siege zu erringen. Auch er ist ein Triumphzug der modernen Banktechnik.

Der Reingewinn von 16,069.999 K ist um nicht weniger als 1,711.007 K größer als das Jahr vorher und um volle 6,434.848 K, also 40 v. H., als im Jahre 1914. Dabei sind offenbar die Kriegsgewinnsteuern schon vorher abgezogen worden, da die Steuern mit dem Doppelten des Vorjahres ausgewiesen sind. Die Dividende wird nach sehr reichlichen Zuwendungen 30 K gleich 7½ v. H. betragen (gegen 24 K = 6 v. H. und 16 K = 4 v. H. in den beiden Vorjahren). Hinsichtlich der Zuwendungen verdienen zwei Ziffern Erwähnung: dem außerordentlichen Reservefonds werden 2½ Millionen zugewiesen, dem Pensionsfonds der Angestellten 200.000; wieder ein Beweis, daß es einträglicher ist, bei einer großen Bank Reservefonds zu sein, als ihr das ganze Jahr mit Anspannung aller Kräfte zu dienen. Und dabei ist die Länderbank lange nicht die schlimmste.

Gewinne an Warengeschäften sind nicht ausgewiesen; ob sie nicht unter anderen Bezeichnungen vorkommen, wie z. B. unter der jetzt so populär gewordenen des Syndikats- oder Metagеschäftes, können wir nicht beurteilen;

*

Das Verzeichnis der Industrieunternehmungen ist das schon übliche „Heil dir im Siegeskranz". Fast ohne Ausnahme ist auch ihnen das Kunststück gelungen, trotz der sattsam bekannten Schwierigkeiten die gleichen, meistens sogar höhere Erträge zu erzielen, dank der „Anpassung an die Marktpreise" oder „durch umfangreiche Heereslieferungen günstig beeinflußt" oder beides zugleich. Sich dessen zu rühmen, daran hindert kein lästiger Umstand.

*

Für Sittenschilderer späterer Tage, deren Geschichtsschreibung durch keine Zensurumstände eingeengt sein wird, wollen wir die zwei folgenden Stellen aus dem Berichte der Länderbank festhalten: Die Zündwarenfabrik „Solo", die im vorigen Jahre 12 v. H. bezahlt hat, dürfte ihre Dividende erhöhen. — Die Beschäftigung der Seifenfabrik „Zentra" ist infolge Rohmaterialmangels sehr schwach. Das Erträgnis dürfte gleichwohl befriedigend sein. — Allerdings wird dieser künftige Sittenschilderer nicht übersehen dürfen, seinen Lesern auch die spaltenlangen Selbstlobreklamen der berühmten Öl- und Fettzentrale mitzuteilen; Kinder einer besseren Zeit verstünden sonst nicht, was alles in diesem befriedigenden Erträgnis bei mangelndem Rohmaterial liegt. Sie verstünden aber auch nicht, warum eine gemeinnützige Einrichtung wie diese Öl- und Fettzentrale den Zeitungen Hunderttausende in den Rachen stopft . . .

Pester Lloyd 3./IV. 1917

Generalversammlungen.

Ungarisch-Französische Versicherungs-A.-G.

Die Ungarisch-Französische Versicherungs-Aktiengesellschaft hat heute unter dem Vorsitz des Magnatenhausmitgliedes Wilhelm v. Ormody ihre diesjährige Generalversammlung gehalten. Der Direktionsbericht gedenkt vor allem pietätvoll des verstorbenen Direktionsmitgliedes und pensionierten geschäftsführenden Direktors Louis Fuchs und verweist darauf, daß das abgelaufene Jahr trotz des Kriegszustandes ein befriedigendes Geschäftsresultat ergeben hat. In der Feuer-, Einbruchs- und Hagelversicherungsbranche wurde im Vergleich zum Vorjahre eine Mehreinnahme von k 1,821.504.72 erreicht. Besonders erfreulich ist das im Lebensversicherungsgeschäft erzielte Resultat. Die Neuproduktion übersteigt wesentlich die vorjährige. Die mit Ende des Jahres in Kraft befindlichen Versicherungen belaufen sich auf k 45,323.244.95 Kapital und k 5431.20 Rente, so daß der Geschäftsstock gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von k 6,479.009 Kapital und k 1140 Rente erfahren hat. Bezüglich der Aufteilung des Gewinnes des Jahres 1916 im Betrage von k 662.239.06 wurde der gemeinschaftliche Antrag der Direktion und des Aufsichtsrates, wonach als Dividende k 10 = 5 Prozent pro Aktie, d. i. zusammen k 250.000 zur Aufteilung gebracht werden, von der Generalversammlung einstimmig akzeptiert und beschlossen, den verbleibenden Betrag von k 233.434.58 zur Dotierung verschiedener Fonds zu verwenden. In den Ausschuß wurden unter dem Präsidium Leo Lánczys die bisherigen Ausschußmitglieder, in die Direktion unter Vorsitz zu verwenden, dem ordentlichen Reservefonds unter Hinzuwieder-, Zoltán Mihálvi neugewählt, in den Aufsichtsrat wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. In der nach der Generalversammlung gehaltenen Direktionssitzung wurde das Direktionsmitglied Zoltán Mihálvi als Generaldirektor mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Erste Militärdienst-Versicherungsanstalt, Lebens- und Kinderversicherungsgesellschaft a. G.

Die Erste Militärdienst-Versicherungsanstalt, Lebens- und Kinderversicherungsgesellschaft als Genossenschaft, die im Jahre 1892 unter dem Protektorat Sr. k. u. k. Hoheit weiland Erzherzog Josef gegründet wurde, hielt am 31. März ihre XXIV. ordentliche Generalversammlung. Der Direktionsbericht hebt hervor, daß der langandauernde Weltkrieg die besondere Wichtigkeit der Anstalt in das richtige Licht gestellt hat und stellt fest, daß die infolge der Einrückung der versicherten Jünglinge ausbezahlten versicherten Kapitalien diese in die Lage versetzt haben, sich die entsprechende Ausrüstung zu beschaffen und demzufolge die Unbill der Witterung und des Krieges leichter ertragen zu können. Aus dem Berichte ist ersichtlich, daß während des Weltkrieges k 9,151.116 versichertes Kapital liquidiert wurde. Der zur Verlesung gelangte Bericht pro 1916 stellt fest, daß zu Ende des Geschäftsjahres 61.546 Stück Polizzen mit einem versicherten Kapital von k 71,238.078 in Kraft waren. Die Summe der Reserven beträgt nahezu 31 Millionen Kronen. Die Generalversammlung nahm mit Freude zur Kenntnis, daß die Neuproduktion gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist und verfügte, daß vom Jahresüberschuß im Betrage von k 110.162.96 dem Dividendenfonds der Parteien k 59.497.77 überwiesen werden, mit welcher Summe sich dieser Fonds auf k 476.000 erhöht. Die Generalversammlung votierte sowohl der Direktion wie dem Beamtenkorps für ihr unermüdliches Wirken Dank und nahm zustimmend die Meldung der Direktion zur Kenntnis, daß sie den Angestellten der Anstalt entsprechende Kriegszulagen flüssig macht.

Die Zeit
4./IV. 1917

— (Niederösterreichische Eskomptegesellschaft.) Unter Vorsitz des Präsidenten Max Feilchenfeld wurde gestern die diesjährige Generalversammlung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft abgehalten. Anwesend waren 32 Aktionäre, die 35.403 Aktien vertraten. Als landesfürstlicher Kommissär fungierte Ministerialrat Dr. Emil Edler v. Schaeffer. Vor Eingang in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitglied des Verwaltungsrates Leopold Rechnitzer einen warmen Nachruf. Sodann wurde das neue Mitglied der Direktion, Herr Heinrich Friedländer, der Generalversammlung vorgestellt. Der vorgelegte Geschäftsbericht führt unter anderem folgendes aus:

Auch im abgelaufenen Jahre haben Handel und Industrie trotz der durch den andauernden Kriegszustand bedingten Verhältnisse eine rege Wirksamkeit entfaltet; auf die Tätigkeit der Banken übte diese Tatsache insofern Einfluß aus, als diese ein namhaftes Anwachsen ihrer Einlagen zu verzeichnen hatten und damit im Zusammenhang sich in gesteigertem Maße in den Dienst des Staates stellen konnten. Laut des in Ihren Händen befindlichen Rechnungsabschlusses ist das Bruttoerträgnis (unter Ausschluß des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1915) auf K. 24,316.964 gestiegen, wovon durch Gehalte, Spesen, Steuern usw. K. 10,130.971 aufgezehrt wurden, so daß der Reingewinn im Jahre 1916 K. 14,185.993 beträgt und jenen des Vorjahres um K. 685.843 übersteigt; demzufolge gestatten wir uns, Ihnen eine neuerliche Erhöhung der Dividende, nämlich von 11 auf 11½ Prozent, in Vorschlag zu bringen. Die Zeichnungen, die bei unserer Anstalt auf die im Berichtsjahr zur Emission gelangte vierte und fünfte österreichische Kriegsanleihe vorgenommen wurden, belaufen sich auf Nominale K. 343,927.600, beziehungsweise Nominale K. 376,687.100, demnach zusammen auf Nominale K. 720,614.700, so daß die bei unserer Anstalt erfolgten Subskriptionen auf die bisherigen Kriegsanleihen zusammengenommen den Betrag von Nominale K. 1.443,037.000 erreichen. Auch anläßlich der vierten und fünften ungarischen Kriegsanleihe konnten wir für Rechnung unserer Klientel namhaftere Beträge zeichnen. Dem Lande Bukowina haben wir innerhalb des bereits von früher her bestehenden Konsortiums einen weiteren Vorschuß von K. 1,500.000 auf bedeckter Grundlage gewährt, ferner der türkischen Regierung in Gemeinschaft mit befreundeten österreichischen und ungarischen Banken einen Kredit in der Höhe von K. 240,000.000 zur Verfügung gestellt. Die Kapitalserhöhungen nachfolgender Gesellschaften haben wir durchgeführt, zum Teil im Verein mit befreundeten Instituten: Skodawerke in Pilsen, von K. 42,000.000 auf K. 45,000.000; Poldihütte, von K. 15,400.000 auf K. 20,000.000; Zündwaren-A.-G. „Helios", von K. 10,500.000 auf K. 12,500.000; Maschinen- und Wagenbaufabriks-A.-G. in Simmering, vormals H. D. Schmid, von K. 10,000.000 auf K. 12,000.000; Vereinigte Elektrizitäts-A.-G., Wien, von K. 10,000.000 auf K. 13,000.000; Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts-A.-G., Ujpest, von K. 6,500.000 auf K. 8,000.000; Oesterreichische Brown-Boveri-Werke A.-G., von K. 4,500.000 auf K. 8,500.000. An der Gründung der Ungarischen Erdgas-A.-G. (Aktienkapital K. 27,000.000) haben wir durch Uebernahme einer Syndikatsbeteiligung Interesse genommen. Im Verein mit der Steiermärkischen Eskomptebank in Graz haben wir die Majorität an Aktien der Brüder Reininghaus A.-G. für Brauerei- und Spiritusindustrie, deren Aktienkapital K. 10,000.000 beträgt, erworben. Endlich wurde unter unserer finanziellen Führung die Oesterreichische Stickstoffwerke-A.-G., die ihre erste Fabrik im Anschluß an das Faaler Wasserwerk in Maria-Rast errichtet, mit einem Aktienkapital von K. 10,000.000 ins Leben gerufen.

In der Debatte zum Geschäftsbericht sprach Aktionär v. Löbl im Namen der Aktionäre der Verwaltung und den Mitgliedern der Direktion Dank und Anerkennung für ihre aufopferungsvolle erfolgreiche Tätigkeit aus. Der Vorsitzende dankte hierauf im Namen der Verwaltung und der Direktion für die Worte der Anerkennung. Sodann wurden die Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt; es gelangt demnach von heute ab eine Dividende von K. 46 zur Auszahlung. Bei den schließlich vorgenommenen Wahlen wurden in den Verwaltungsrat die Herren Wilhelm Kestranek, Dr. Leopold v. Teltscher und Dr. Johann Graf Meran wiedergewählt, der in den Verwaltungsrat kooptierte Herr Ludwig Urban jun. in seiner Funktion bestätigt und Herr Wilhelm Ofenheim Ritter v. Pontenzin auf die statutenmäßige Dauer neugewählt. In den Revisionsausschuß wurden die Herren Felix Fischer, Rudolf Freiherr v. Isbary, Franz Xaver Mayer und Friedrich Wagenmann wiedergewählt.

Der Abend
4./IV. 1917

10

Vom „Mercur".

Bank- und Wechselstuben A.-G. „Mercur". Auch der „Mercur" kehrt, wie man so schön sagt, zu der Friedensdividende zurück. Sie beträgt 36 Kronen = 9 v. H. (gegen 28 Kronen i. V.) Um viel mehr ist der Reingewinn gestiegen. Die „N. Fr. Pr." und die übrigen Börseblätter finden nicht Worte des Lobes genug. Reingewinn von 6701 Millionen (13·4 v. H.), um 1·5 Millionen mehr als im Vorjahre; die Reserven erhöht, die Abschlußsumme um 164 Millionen auf über 600 Millionen gestiegen, kurz, es herrscht eitel Wonne ob so vielfachen Erfolges.

Nicht ganz so befriedigt wie die Blätter mit den gut bezahlten Berichten sind die eingerückten Angestellten.

Das Fachblatt des Reichsvereines der Bankbeamten schreibt:

„Immer zahlreicher werden die Klagen über die Gebührenbehandlung der eingerückten Mannschaftspersonen des „Mercur", der so ziemlich das einzige Institut ist, welches seinen eingerückten verheirateten Mannschaftspersonen keine Kriegsteuerungszulage gewährt. Wiederholt haben wir dargelegt, daß die Zuerkennung einer entsprechenden Kriegsteuerungszulage an die Familien der eingerückten verheirateten Mannschaftspersonen eine unerläßliche Notwendigkeit ist. . . . Alle diese Umstände haben die Direktionen der Kreditinstitute längst veranlaßt, auch den Familien der eingerückten verheirateten Mannschaften eine Kriegsteuerungszulage zu gewähren und es ist uns ganz unverständlich, warum sich die Direktion des „Mercur" dagegen wehrt, diese primitivste Verpflichtung gegenüber ihren eingerückten Beamten zu erfüllen. Wenn schon in der Direktion des „Mercur" keine Empfindung der Dankbarkeit gegenüber den im Dienst der Vaterlandsverteidigung stehenden Angestellten vorhanden zu sein scheint, so sollten doch die Herren nicht daran vergessen, daß ein Bankinstitut in den gegenwärtigen Zeiten auch gewisse Rücksichten auf die Öffentlichkeit zu nehmen hat. Diese würde es gewiß nicht begreifen, daß ein Bankinstitut mit den Riesengewinnen, wie sie aus der Kriegskonjunktur erfließen, die Familien seiner eingerückten Angestellten ohne Hilfe in diesen schwierigen Zeiten läßt.

Aber auch aus Kreisen der ledigen Eingerückten kommt uns die berechtigte Klage zu, welch geringe Mittel ihnen das Institut gewährt. Der Wegfall aller Zulagen trifft diese Kategorie um so empfindlicher, als ihnen von den ohnehin geringfügigen Grundgehältern, welche sie natürlich nur zur Hälfte erhalten, noch verhältnismäßig beträchtliche Teile als Pensionsfondseinzahlungen abgezogen werden. So kommt es, daß ein lediger Beamter mit sieben- oder achtjähriger Dienstzeit manchmal bloß 50 Kronen als monatliche Sustentation erhält. Besonders berechtigt war auch die Verstimmung darüber, daß man den Eingerückten keine Weihnachtsremuneration zuerkannt hat.

Diese kleinliche Stellungnahme gegenüber den eingerückten Beamten ist unhaltbar und wir geben nochmals der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Direktion die Bestimmungen überprüft und die materielle Lage ihrer eingerückten Angestellten verbessert. Vorläufig wollen wir den Erfolg unserer Veröffentlichung abwarten."

(Wir halten es für zweckmäßig, diesen Veröffentlichungen das Gewicht des Abdruckes in einer Tageszeitung zu geben. Es wäre höchste Zeit, daß der „Mercur" aus der Reihe der Anstalten ausschiede, die die Öffentlichkeit, auf die sie so sehr angewiesen sind, fortgesetzt in unangenehmer Weise beschäftigen. Die Schriftleitung des „Abend".)

Neues Wiener Tagblatt

4./IV. 1917

13

Niederösterreichische Eskomptegesellschaft.

Generalversammlung vom 3. April.

Gestern wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten Max Feilchenfeld in Anwesenheit von 32 Aktionären, die mit 35,403 Aktien 3530 Stimmen repräsentierten, die diesjährige Generalversammlung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft abgehalten.

Der Vorsitzende widmete zunächst dem im Vorjahre verstorbenen Verwaltungsrat und ehemaligen Generaldirektor der Gesellschaft Leopold Rechnitzer Gedenkworte und schritt sodann zur Erledigung der Tagesordnung.

Der Geschäftsbericht konstatiert einleitend, daß auch im abgelaufenen Jahre Handel und Industrie trotz der durch den andauernden Kriegszustand bedingten Verhältnisse eine rege Wirksamkeit entfaltet haben; auf die Tätigkeit der Banken habe diese Tatsache insofern Einfluß geübt, als dieselben ein namhaftes Anwachsen ihrer Einlagen zu verzeichnen hatten und damit im Zusammenhang sich in gesteigertem Maße in den Dienst des Staates stellen konnten. Die Zeichnungen, welche bei der Anstalt auf die im Berichtsjahre zur Emission gelangte vierte und fünfte österreichische Kriegsanleihe vorgenommen wurden, belaufen sich zusammen auf Nominale 720,614,700 K., so daß die bei der Anstalt erfolgten Subskriptionen auf die bisherigen Kriegsanleihen zusammengenommen den Betrag von Nominale 1,443,037,000 K. erreichen. Als Mitglied des Konsortiums für ungarische Staatsgeschäfte war die Bank an der Uebernahme der seitens der ungarischen Regierung im Jahre 1916 emittierten 5- und 5½prozentigen ungarischen Staatskassenscheine, ferner an den 5½prozentigen Kassenscheinen der Stadt Wien sowie an der Emission der Oesterreichischen Roten Kreuz-Lose vom Jahre 1916 beteiligt. Dem Lande Bukowina hat das Institut innerhalb des bereits von früher her bestehenden Konsortiums einen weiteren Vorschuß von 1,500,000 K. auf bedeckter Grundlage gewährt, ferner der türkischen Regierung in Gemeinschaft mit befreundeten österreichischen und ungarischen Banken einen Kredit in der Höhe von 240,000,000 K. zur Verfügung gestellt. Außerdem hat die Bank zahlreiche Kapitalserhöhungen, zum Teil im Verein mit befreundeten Instituten, durchgeführt und sich an zahlreichen Garantiesyndikaten zur Vornahme von Kapitalserhöhungen beteiligt. An der Gründung der Ungarischen Erdgasaktiengesellschaft (Aktienkapital 27,000,000 K.) hat die Bank Interesse genommen und im Verein mit der Steiermärkischen Eskomptebank die Majorität an Aktien der Brüder Reininghaus-A. G. für Brauerei- und Spiritusindustrie erworben. Endlich wurde unter finanzieller Führung der Bank die Oesterreichische Stickstoffwerke-A. G. mit einem Aktienkapital von 10,000,000 K. ins Leben gerufen. Im übrigen beschränkt sich der Bericht auf die Besprechung der schon gelegentlich der Bilanzpublikation bekanntgegebenen Einzelheiten.

Nach Erledigung der Formalien erinnerte Aktionär Löbl an die Entwicklung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft und sprach namentlich dem Präsidenten Feilchenfeld, dem Vizepräsidenten Kestranek sowie der Gesamtverwaltung und den Direktoren die vollste Anerkennung unter Zustimmung der Aktionäre aus, worauf der Präsident dankend erwiderte.

Die Generalversammlung genehmigte sodann den Geschäftsbericht und die Rechnungsabschlüsse, nach welchen für 1916 eine Dividende von 46 K. pro Aktie zur Auszahlung gelangt.

Schließlich wurden die Wahlen vorgenommen. Es wurden wiedergewählt in den Verwaltungsrat die Herren Wilhelm Kestranek, Dr. Leopold v. Teltscher, Dr. Johann Graf von Meran, in seiner Funktion bestätigt Herr Ludwig Urban jun., auf die statutenmäßige Dauer neugewählt Herr Wilhelm Ofenheim Ritter v. Ponteuxin. In den Revisionsausschuß wurden wiedergewählt die Herren Felix Fischer, Rudolf Freiherr v. Isbary, Franz Xaver Mayer, Friedrich Wagenmann.

Reichspost

4./IV. 1917

14

Bank- und Wechselstuben A.-G. „Merkur".

Der Verwaltungsrat der k. k. priv. Bank- und Wechselstuben-Aktien-Gesellschaft „Merkur" hat in seiner Bilanzsitzung die demselben vorgelegte Bilanz pro 1916 genehmigt. Dieselbe ergibt ein Bruttoerträgnis von Kronen 12,669.948.11 (+ Kronen 2,614.302.02) und abzüglich der Spesen und Steuern ein Reinerträgnis von Kronen 6,701.529.82 (+ Kronen 1,531.795.97). Ueber Antrag der Direktion wurde beschlossen, der für den 23. April 1917 einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 9%, d. i. Kronen 36.—, per Aktie für das Jahr 1916 zur Verteilung zu bringen, den Reservefonds mit Kronen 1,000.000 zu dotieren, dem Pensionsfonds der Angestellten des Institutes als außerordentliche Zuwendung vor Verrechnung der statutenmäßigen Tantièmen Kronen 300.000 (+ Kronen 300.000) zuzuweisen und Kronen 553.812.15 (+ Kronen 129.459.07) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Einzelheiten der Erträgnisse und Lasten zeigt nachfolgende Aufstellung des Gewinn- und Verlustkontos:

Pester Lloyd

Abendblatt
4./IV. 1917

d 4
15

Oesterreichische Kreditanstalt.

Wien, 4. April.

Der Verwaltungsrat der K. k. priv. Oesterreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der am 4. Mai l. J. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, zu Lasten des Spesenkontos k 1,000.000 einer Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Anstalt zuzuweisen, von dem sonach resultierenden Gewinne eine Dividende von k 36 pro Aktie für das Jahr 1916 zur Verteilung zu bringen (gegen k 32 im Vorjahre), k 1,000.000 in den allgemeinen Reservefonds, k 1,500.000 in den Pensionsfonds, k 1,500.000 in den Baureservefonds zu hinterlegen und den Betrag von k 1,503.000 auf den Gewinn- und Verlustkonto des laufenden Jahres zu übertragen. Die Resultate der Konsortialgeschäfte sind, soweit letztere am 31. Dezember 1916 vollständig abgewickelt waren, in diesem Jahresabschlusse verrechnet. Von den Syndikaten für festverzinsliche Werte wurden im Jahre 1916 abgerechnet: die fünfprozentigen k. ung. Staatskassenscheine in Mark v. J. 1916, die 5½prozentigen k. ung. Staatskassenscheine v. J. 1916, die 5½prozentigen Wiener Kassenscheine v. J. 1916 und die vierprozentigen Kassa-Oderberger Eisenbahnprioritäten v. J. 1908. Die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlustkonto weisen im Vergleiche mit dem Jahre 1915 folgende Ziffern auf:

Bilanzkonto. Aktiva: Effekten k 110,474.002.68 (— 2,563.795.58), Portefeuille k 143 536.287.85 (— 16,070.765.03), Kassebestände k 51,176.327.94 (— 27,718.888.23), Vorschüsse auf Effekten k 71.693.686.44 (— 44,986.471.22), Inventar k 396.200 (— 79.300), Realitäten k 13,940.900 (+ 746.500), Konsortialbeteiligungen k 68,421.100.64 (— 273.965.25), Vorschüsse auf Kriegsanleihe k 415,880.041.69 (+ 176,978.639.68), Debitoren k 1.313,863.274.95 (+ 476,717.249.81), Totale k 2.188,881.822.19 (+ 562,749.204.18). — Passiva: Aktienkapital k 170,000.000 (+ 20,000.000), Kapitalreservefonds k 77,195.690 (+ 14,579.646), allgemeiner Reservefonds k 30,000.000, außerordentlicher Reservefonds k 3,000.000 (+ 1,000.000), Immobilien-Reservefonds k 2,500.000 (+ 1,000.000), Kriegsverlustreserve k 5,000.000, Unterstützungsfonds für Angestellte der Kreditanstalt k 1,000.000 (+ 1,000.000), rückständige Dividenden k 470.204 (+ 320.202), Akzepte und Anweisungen k 15,471.977.82 (— 1,178.022.01), verzinsliche Einlagen k 213,596.801.22 (+ 66,545.509.84), Kreditoren k 1.644,480.249.91 (+ 458,730.142.61), Gewinn per Saldo k 26,166.899.24 (+ 5,751.725.74), Totale k 2.188,881.822.19 (+ 562,749.204.18).

Gewinn- und Verlustkonto. Erträgnisse: Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften k 7,108.875.57 (+ 6,334.736.85), Zinsen k 33,404.923.92 (+ 6,703.946.80), Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren k 10,048.606.52 (+ 1,144.465.67), Devisen k 938.141.53 (— 560.163.41), Realitätenerträgnisse k 355.711.13 (+ 18.168.43), nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen k 4052.40 (— 292.06), unbehobene Dividenden k 1472 (+ 448), Gewinnübertrag k 1.278.548.73 (+ 756.137.50), Totale k 58,140.331.80 (+ 14,397.447.78). — Lasten: Gehalte k 10,319.408.87 (+ 1,653.314.20), Spesen k 3,695.962.63 (+ 720.730.11), Spenden anläßlich des Krieges k 882.201.77 (+ 510.516.70), Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Kreditanstalt k 1,000.000 (+ 1,000.000), Abschreibungen von Realitäten und Inventar k 1,165.305 (+ 660.056.72), Steuern und Gebühren k 8,869.151.41 (+ 3,929.120.81), Pensionsfondsbeitrag k 730.000 (+ 70.000), erlittene Verluste an Forderungen k 311.408.38 (+ 101.983.50), Reingewinn k 26,166.899.24 (+ 5,751.725.74), Totale k 58,140.331.80 (+ 14,397.447.78).

Der größte Teil des Reingewinns von k 26,166.899.24 ergab sich aus den verschiedenen Zweigen des laufenden Geschäftes. Diese trugen in ihrer Gesamtheit an Zinsen k 33,404.923.92, an Provisionen k 10,048.606.52, dem Umsatze in Devisen k 938.141.53, an Realitätenerträgnissen k 355.711.13, an nachträglichen Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen k 4052.40, insgesamt also k 44,751.435.50. Zieht man davon ab die Gehalte und Spesen k 16,792.872.77, die Steuern und Gebühren k 6,534.899.66 und die Verluste an Forderungen k 311.408.38, verbleibt ein Erträgnis von k 21,112.254.69. Das laufende Geschäft ergab somit, ohne Rücksicht auf den Gewinn an Effekten- und Konsortialgeschäften, für das Aktienkapital von 170 Millionen Kronen eine Verzinsung von 12·419 Prozent. Die Kasseneingänge im abgelaufenen Jahre betrugen k 9,290.155.000, um k 1,365.176.000 mehr als im Jahre 1915.

Pester Lloyd Abend C 16
4./IV. 1917

Pannonia Ungarische Rückversicherungsanstalt.

Unter dem Präsidium des ad hoc zum Vorsitzenden gewählten Magnatenhausmitgliedes Wilhelm v. Ormódy hielt heute dieses Institut seine ordentliche Generalversammlung. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß fünfzehn Aktionäre mit 216 Aktien anwesend sind und er den Generalsekretär Sigmund Herczeg mit der Führung, die Aktionäre Dr. Karl Fuchs und Johann v. Jankovich aber mit der Authentikation des Protokolls betraut hatte, gelangte der Bericht der Direktion zur Unterbreitung, dem wir folgendes entnehmen: Die Gesamtprämieneinnahme dieses Jahres erweist die erfreuliche und stetige Erstarkung des Geschäftes der Anstalt. Sie vereinnahmte an Bruttoprämien k 8,318.187.31 gegen k 7,873.416.77 im Jahre 1915. Bereits im vorigen Jahre hat die Direktion sich infolge der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Wertsteigerungen bemüßigt gesehen, die Beteiligungen der Retrozessionäre zu erhöhen, um die Anstalt für eigene Rechnung von stark kumulierten Risken zu entlasten. Die Kriegskonjunktur zeitigte bekanntermaßen einen fortgesetzten Wertzuwachs von Produkten und Materialien und im Zusammenhang hiemit haben sich die Versicherungssummen für Fabriken, Industrieetablissements, Waren- und Lagerhäuser auch weiter erheblich gesteigert; dies hatte zur Folge, daß für Retrozession Mehrausgaben zu verzeichnen sind. Ungeachtet der höheren Brutto-Prämieneinnahme ist demzufolge die Nettoprämie von k 2,855.408.65, somit geringer als im vorhergegangenen Jahre. Für die Prämienreserve der Elementarbranche, inklusive der Reserve für die infolge des Krieges noch nicht verrechneten ausländischen Geschäfte, wurden k 3,315.558.60 in Ausgabe gestellt, so daß die Anstalt über eine gänzlich unbelastete Prämienreserve von mehr als 116 Prozent verfügt. Die Schäden der Elementarbranche für eigene Rechnung, zuzüglich der Summe für pendente Schäden, erforderten eine Mehrausgabe von k 478.614.24. Die erhoffte Ausgestaltung der Lebensbranche war durch die kriegerischen Ereignisse auch diesmal noch behindert, so daß dieser Zweig zu dem Reingewinn nur unwesentlich beizutragen vermochte. Unter Berücksichtigung der für eigene Kapitalien vereinnahmten Zinsen und anderer Einnahmen, ergibt die Bilanz pro 1916 einen Reingewinn von k 1,309.716.25. Die Direktion beantragt, im Sinne der Gesellschaftsstatuten als Tantieme der Direktion und der Beamten k 117.874.47 zu verwenden, von den sonach sich ergebenden k 1,191.841.78, laut § 41 der Statuten für die Spezialreserve 10 Prozent, d. i. 119.184.18 zu überweisen, aus den alsdann verbleibenden k 1,072.657.60 nach jeder Aktie k 200 als Dividende = k 640.000 zu bezahlen und den hienach noch zur Verfügung stehenden Betrag von k 432.657.60 gleichfalls der „Spezialreserve" zuzuführen, die sich mit den Zuweisungen dieses Jahres von k 1,917.355.85 auf k 2,469.179.63 erhöhen wird. Die Generalversammlung nahm die unterbreiteten Berichte und Schlußrechnungen zur Kenntnis, akzeptierte die auf die Verteilung des Reingewinns bezüglichen Anträge der Direktion und erteilte das Absolutorium. Die bisherigen Mitglieder der Direktion Wilhelm v. Ormódy, Adolf Balaban und Theodor Gergely, sowie die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates Dr. Eugen v. Gaál, Baron Andor Harkányi und Adolf v. Libits wurden mit Akklamation wiedergewählt. Nachdem die Generalversammlung noch beschlossen hatte, den Kupon von morgen an einzulösen, wurde sie unter Eljenrufen auf den Vorsitzenden geschlossen.

Der Abend!

5./IV. 1917.

5

17

Oesterreichische Creditanstalt, genannt für Handel und Gewerbe.

Die Mitteilung über den Rechnungsabschluß wurde heute in den Börseblättern versandt. Sie enthält eine beachtenswerte Neuerung, eine Abweichung von den Gebräuchen der sonst so konservativen Bank. Es wird nur erzählt, wie der Reingewinn verwendet wird, nicht mit einem Wort aber, wie groß er ist. Das geht erst aus dem Studium der Ziffern hervor; da erst sieht man, daß er 26·16 Millionen beträgt, um rund 5¾ Millionen mehr als im Vorjahre, daß er also um nicht weniger als 28¾ v. H. erhöht wurde.

Wir mußten in der jüngsten Zeit unsere Kritik solcher Bankabschlüsse so oft durch weiße Flecken ersetzen, daß wir begreiflicherweise die Lust zu weiteren verloren haben. Übrigens sprechen ja die Ziffern beredt genug, und wir werden deshalb Zeiten abwarten, wo die sachliche Kritik auch dann wieder gestattet sein wird, wenn sie sich erlaubt hochmögende Großbanken in ihr Bereich zu ziehen.

Nur das Eine sei heute noch gesagt, daß die Creditanstalt an Provisionen einschließlich des Warengeschäftes 10,048.606 Kronen (um 1,144.465 Kronen mehr als im Vorjahre) gewonnen hat, wobei der Anteil des Warengeschäftes verschwiegen wird. Zur Beruhigung unserer Leser glauben wir allerdings versichern zu können, daß man seit den Erfahrungen und Lehren des Prozesses Kranz eifrig bemüht ist, alle Geschäfte, bei denen sich unliebsame Erörterungen ergeben könnten, so rasch wie möglich abzuwickeln. Man wird nur die weiterführen, bei denen diese Gefahr ausgeschlossen zu sein scheint, oder die, wie die Spiritus- und Zuckergeschäfte, zum altgewohnten Betätigungsgebiete der Creditanstalt gehören.

Reichspost
5./IV. 1917

20

* **Zwischenfälle in der Generalversammlung einer Großbank.** Die gestern abgehaltene Generalversammlung der Allgemeinen Verkehrsbank nahm einen lebhafteren Verlauf als sonst, weil zur Versammlung als Vertreter von Aktionären Abg. Hummer (Nationalverband) erschienen war, der in längerer Rede den von ihm in seiner Korrespondenz begonnenen (von der „Reichspost" kürzlich verzeichneten) Kampf gegen Direktor Broch, dem Inhaber von 28 Verwaltungsratsstellen, sowie gegen die Verpolitisierung der Banken durch ihre Einflußnahme auf die Tagespresse fortsetzte. Der Redner sprach von „schändlichster Korruption" und von einer „Vertrustung der Judenpresse". Dem Bericht der Korrespondenz des Abg. Hummer zufolge wurde dessen Rede „wider alles Erwarten von einem großen Teil der Zuhörer mit Beifall begleitet." Auch ein zweiter Redner, Aktionär Dr. Langenrode, erklärte, sich den Standpunkt Hummers voll und ganz zu eigen zu machen. Dagegen polemisierten die Aktionäre Löwe, Dr. Fried und besonders Prof. Dr. Rausch mit beträchtlichem Eifer gegen den Kritiker. Dr. Rausch äußerte sich auch über die „Reichspost" ziemlich ungnädig, weil sie von den Angriffen des Abg. Hummer gegen den Verwaltungsrat Broch Notiz nahm Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Dr. Frhrn. v. Skene und der „Abstimmung" wurde die Generalversammlung, der nur 71 Aktionäre beigewohnt haben, geschlossen.

Fremdenblatt

5./IV. 1917

21

Verkehrsbank.

Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Richard R. v. Skene und in Anwesenheit des landesfürstlichen Kommissärs Ministerialrat Dr. Adalbert Haala hat gestern die 52. ordentliche Generalversammlung der Verkehrsbank stattgefunden. Anwesend waren 71 Aktionäre in Vertretung von 1225 Stimmen. Vor Eingehen in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den auf dem Felde der Ehre gefallenen Angestellten einen Nachruf. Hierauf verlas Direktor Broch den aus den früheren Mitteilungen schon bekannten Geschäftsbericht.

Zum Berichte nimmt Aktionär Albert Hoffmann das Wort, um sich namens des Aktionärvereines mit der vorgeschlagenen Kapitalserhöhung einverstanden zu erklären. Da er mit Rücksicht auf die glänzende Entwicklung des Unternehmens eine wesentliche Steigerung des Kurses für wahrscheinlich hält, würde er wünschen, daß die Verwaltung es den Aktionären ermögliche, sich an der Zeichnung auf die neuen Aktien zu beteiligen.

Aktionär Reichsrats-Abgeordneter Hummer erklärt, daß sich die Oeffentlichkeit von jetzt ab in anderer Form mit den Geschäften der Banken beschäftigen werde, als dies bisher der Fall war. Wohl hätte er lieber seine Bemerkungen auf der zuständigen Tribüne vorgebracht, doch sei dies derzeit unmöglich, und so müsse er sich hier zunächst gegen die bisher gepflogene Kumulierung der Verwaltungsratsmandate aussprechen, die es den Leitern der Banken physisch unmöglich mache, ihre Kraft und ihre Kenntnisse dem einzelnen Unternehmen voll und ganz zu widmen. Ganz besonders aber und sehr energisch müsse er sich gegen die seit kurzem aufgetretenen Versuche wenden, die Banken zum Objekt politischer Betätigung zu machen. Dadurch, daß die Banken sich jetzt an Zeitungsunternehmungen beteiligen, wird die gesamte Presse korrumpiert und die Banken auf ein Gebiet geführt, in dem sie sich ihrer ganzen Natur nach nicht zu betätigen haben. Abgeordneter Hummer fragt, woher die Aktien stammen, mit denen die Verkehrsbank in den Zeitungskonzern eingetreten sei. Er glaube nicht, daß alle Herren der Verwaltung mit diesem Vorgehen einverstanden sein dürften, und gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Hinweis genügen werde, um die Banken von diesem ihrem Beginnen abzuhalten.

Die Aktionäre v. Löbl, Dr. Friedmann und Professor Dr. Rausch wenden sich gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Hummer, wobei insbesondere letzterer darauf hinwies, daß es wohl ein ungewöhnlicher Vorgang sei, daß ein Politiker in der Generalversammlung einer Bank erscheint, um an dieser Stelle seine politischen Tendenzen zum Ausdrucke zu bringen. Wenn sich die Bank mit ihrem Kapital der Industrie zur Verfügung stelle, so müsse sie naturgemäß durch einen Vertrauensmann in der Leitung des betreffenden Unternehmens vertreten sein.

Präsident v. Skene erklärt, daß die Verwaltung aus den bereits von Aktionär Hoffmann selbst angegebenen Gründen von der Erteilung eines Bezugsrechtes Abstand genommen habe, daß sie es aber mit Freude begrüßen werde, wenn sich die alten Aktionäre an der Zeichnung der disponiblen Stücke beteiligen würden. Jedenfalls werde die gegebene Anregung in Zukunft gerne berücksichtigt werden. Der Präsident stellt weiters fest, daß sich die Bank an der „Steyrermühl" mit eigenem Aktienbesitze beteiligt habe, ausschließlich mit Rücksicht auf die große Entwicklungsfähigkeit dieses Unternehmens und, wie die Ergebnisse dieses Unternehmens zeigen, mit vollem Rechte. Er selbst als Vertreter der Verkehrsbank im Verwaltungsrate der „Steyrermühl" stelle fest, daß die Verwaltung auf die politische Stellung der Zeitung in gar keiner wie immer gearteten Weise Einfluß nehme und sich ausschließlich nur mit den rein verwaltungstechnischen und kommerziellen Fragen beschäftige. Die Bank als solche habe sich niemals mit der Politik befaßt, habe auch niemals irgend einen Einfluß auf die Presse ausgeübt und werde diese Grundsätze auch in Zukunft unverrückt festhalten.

Hierauf wurde der Geschäftsbericht genehmigt, der Antrag des Verwaltungsrates auf Verteilung einer Dividende von 22 Kronen pro Aktie, Dotierung des Reservefonds mit 1 Million Kronen und Vortrag des Gewinnrestes per 1,009.998 Kronen auf neue Rechnung, ebenso wie der Antrag betreffs der Kapitalsvermehrung einstimmig angenommen. Schließlich wurde beschlossen, die Maximalzahl der Verwaltungsratsmandate von 9 auf 12 zu erhöhen und als Zensurorgane in den auswärtigen Zweigniederlassungen Aufsichtsräte zu wählen und eine entsprechende Ergänzung der Statuten vorzunehmen. Die turnusmäßig aus dem Verwaltungsrate ausscheidenden Herren Dr. Adolf Edler v. Bachrach, Eduard Borckenstein, Arnold Mandl wurden wiedergewählt und die Kooptierung des kaiserlichen Rates Eduard Urban aus Brünn bestätigt. In den Revisionsausschuß wurden Oskar Edler v. Hoefft, Dr. Emil Sueß, Generaldirektor Ludwig Tennenbaum, Josef Vinzl berufen und sodann die Sitzung geschlossen.

In der nachfolgenden konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde dem Vorstand der Bankabteilung Alexander Marmorstein, dem Vorstand der Filialenabteilung Ernst Mayer und dem Vorstand des Rechtsbureaus Dr. Ernst Sachsel der Titel eines Direktors verliehen.

Lester Lloyd

5/IV. 1917

Ueber die dem Konzern der Kreditanstalt angehörenden Gesellschaften wird gemeldet: Die Bielitz-Bialaer Eskompte- und Wechslerbank wird den Aktienkupon pro 1916 voraussichtlich mit 12 Prozent zur Einlösung bringen. Die Galizische Bank für Handel und Industrie wird die Verteilung einer vierprozentigen Dividende pro 1916 vorschlagen. Der Geschäftsgang bei der Privilegierten Landesbank für Bosnien und die Herzegowina ist ein befriedigender. Die A. E. G. Union-Elektrizitätsgesellschaft dürfte eine größere Dividende als im Vorjahre geben. Die Skodawerke Aktiengesellschaft in Pilsen, die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik, sowie die G. Roth Aktiengesellschaft sind nach wie vor reichlich beschäftigt. Die Dividende der Austriawerft-A.-G. (früher Stabilimento Tecnico Triestino) dürfte sich auf der Höhe des Vorjahres halten. Die Ringhoffer-Werke Aktiengesellschaft dürfte eine höhere Dividende als im Vorjahre verteilen. Die Mineralöl-Raffinerie Aktiengesellschaft hat eine 15prozentige Dividende zur Verteilung gebracht. Die Budapester Mineralöl-Raffinerie Aktiengesellschaft arbeitet gleichfalls zufriedenstellend. Die der Anstalt nahestehenden Zuckerindustrie-Aktiengesellschaften dürften, soweit es sich bisher übersehen läßt, zumeist ungefähr dieselben Erträgnisse ausweisen wie im vergangenen Jahre. Die Karl Stummer Zuckerfabriken-Aktiengesellschaft dürfte ihre Dividende erhöhen. Von den Spiritusunternehmungen hat die Koliner Spiritus-, Pottaschefabriks- und Raffinerie-Aktiengesellschaft 18 Prozent, die Spiritus- und Pottaschefabriks-Gesellschaft m. b. H. in Brüx 20 Prozent Dividende verteilt. Bei der Franz Xaver Brosche Sohn Aktiengesellschaft dürfte sich die Dividende zumindest auf der Höhe des Jahres 1915 halten. Die Spiritusindustrie-Aktiengesellschaft brachte 10 Prozent Dividende zur Verteilung. Die Golleschauer Portland-Zementfabrik wird pro 1916 dividendenlos bleiben. Die Oesterreichische Portland-Zementfabriks-Aktiengesellschaft in Szczakowa dürfte aus ihren Nebenbetrieben eine mäßige Dividende zu verteilen in der Lage sein. Die „Mundus"-Aktiengesellschaft der Vereinigten Oesterreichischen Bugholzmöbelfabriken sowie die „Mundus"-Aktiengesellschaft der Vereinigten Ungarischen Bugholzmöbelfabriken dürften die Dividendenzahlung voraussichtlich wieder aufnehmen können. Bei den übrigen Unternehmungen, an denen die Kreditanstalt interessiert ist, sind die Geschäftsergebnisse mit geringen Ausnahmen zufriedenstellend.

Neues Wiener Tagblatt
6./IV. 1917

(Oesterreichische Hypothekenbank.) Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Moritz Lederer wurde gestern die Generalversammlung der Oesterreichischen Hypothekenbank abgehalten. Der vom Sekretär Dr. Scherlag erstattete Bericht konstatiert, daß das Hypothekargeschäft im abgelaufenen Jahre infolge der allgemeinen Verhältnisse daniederlag und die Bank mit Rücksicht auf dieselben keine neuen Darlehen abgeschlossen hat. Dagegen ist eine lebhafte Nachfrage nach den 4½prozentigen Pfandbriefen der Bank eingetreten, so daß die festgesetzte Maximalumlaufsziffer erreicht wurde. Nicht ungünstig war der Eingang an Zinsen und Annuitäten aus Wien trotz weitgehender Schonung der Darlehensschuldner. Aus Lemberg begannen erfreulicherweise die Zahlungen, wenn auch in bescheidenem Ausmaß, so doch mit zunehmender Regelmäßigkeit einzugehen. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 757,010 K. Im Hinblick auf die Rückstände in Lemberg und die ungeklärten politischen Verhältnisse hält es die Direktion für ein Gebot der Vorsicht, die Verteilung einer 6prozentigen Dividende wie im Vorjahre zu beantragen und die Reservierung des Betrages von 202,000 K. für rückständige Zinsenraten vorzuschlagen. Unter Berücksichtigung der im abgelaufenen Jahre erfolgten Rückzahlungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme des Darlehensstandes um 1,720,675 K., welcher sich Ende 1916 mit 118,295,590 K. beziffert. Die Hypothekardarlehen übersteigen den Pfandbriefumlauf um 4,262,590 K. Der Antrag, von dem Reingewinn 37,236 K. in den Reservefonds zu hinterlegen, 12 K. pro Aktie als Dividende zu verteilen, 202,000 K. für rückständige Zinsenraten zu reservieren und 157,673 K. auf neue Rechnung vorzutragen, wurde einstimmig genehmigt. Die in die Direktion kooptierten Herren Regierungsrat Doktor M. Seinfeld und Robert D. Holub wurden in ihrer Funktion bestätigt.

Neue Freie Presse
7./IV. 1917

[Zinsfußermäßigung der Bank von England.] Die Bank von England hat heute ihren Zinsfuß von 5½ auf 5 Prozent herabgesetzt. Es ist der zweite Schritt im heurigen Jahre. Am 23. Juli 1916 hatte die Bank den Zinsfuß unter großem Aufsehen auf 6 Prozent erhöht, um dem Goldabfluß Einhalt zu tun und den Wechselkurs im Gleichgewicht zu erhalten. Der 6prozentige Zinsfuß blieb während des ganzen zweiten Semesters des Vorjahres in Kraft. Am 20. Januar, am Tage der Veröffentlichung des Prospekts für die dritte Kriegsanleihe, entschloß sich die Bank von England zur Herabsetzung ihres Zinsfußes auf 5½ Prozent. Gestern ermäßigte sie den Diskont auf 5 Prozent und ist somit zum alten Satze zurückgekehrt. Bei allen Notenbanken Europas gilt jetzt gleichmäßig die 5prozentige Bankrate. Die Lage der Bank von England zeigt allerdings keine ausgreifende Besserung. Der Ausweis der ersten Apriltage, welcher die Grundlage für die Zinsfußermäßigung bildete, liegt indessen noch nicht vor. Zu Ende März hatte die Bank von England einen Goldschatz von 54 Millionen Pfund, der noch immer um 2½ Millionen Pfund niedriger ist als am 27. Juli, dem Tage vor der Zinsfußerhöhung auf 6 Prozent. Auch die Reserve der Bank von England ist um 4·6 Millionen Pfund schwächer als damals. Ein eigentlicher Grund zur Zinsfußermäßigung wäre nach dem letzten Ausweise nicht vorgelegen. Wenn also der Ausweis vom gestrigen Tage nicht eine wesentliche Kräftigung bringen sollte, so wäre die Zinsfußermäßigung auf 5 Prozent nur damit zu erklären, daß die Bank von England eine weitere Vorsorge für den Wechselkurs nicht mehr als notwendig erachtet. Die Ursache einer solchen verringerten Vorsicht muß in dem Kriege Amerikas gegen Deutschland liegen. Er macht den Abschluß großer englischer Anleihen in Amerika und die Bereitstellung der Hilfsquellen der Vereinigten Staaten für die Geldbeschaffung der Entente wahrscheinlich und weckt die Hoffnung, daß sich die Zahlungsbilanz Englands im Verhältnisse zu Amerika bessern wird.

Neues Wiener Tagblatt

7./IV. 1917

(Die Börsenspekulationen Leo Falls.) Der Verwaltungsgerichtshof unter Vorsitz des Senatspräsidenten v. Sawicki hatte sich mit einer Steuerbeschwerde des Operettenkomponisten Leo Fall zu befassen, in welcher es sich um die Frage handelte, ob Börsenverluste als Abzugspost von dem Einkommen eines Komponisten anzuerkennen sind. Leo Fall hatte im Jahre 1915 für das Jahr 1914 ein Einkommen von 84,000 K. aus den Aufführungen seiner Operetten fatiert gegenüber dem im Jahre 1913 fatierten Einkommen von 149,266 K. Zugleich gab er an, daß er von dem genannten Einkommen einen Börsenverlust von 65,000 K. in Abzug bringe. Er habe nämlich auf Anraten „guter Freunde", welche ihm Wertpapiere nannten, durch deren Ankauf und Weiterverkauf er einen bedeutenden Gewinn erzielen könne, sich dazu verleiten lassen, eine große Post Aktien zweier Budapester Industrieunternehmungen anzukaufen. Die Unternehmungen fallierten aber und er sei nun mit wertlosen Papieren dagestanden. Er habe Schritte unternommen, um wegen dieses an ihm verübten finanziellen Attentats die Staatsanwaltschaft in Bewegung zu setzen, jedoch ohne Erfolg. Sein Schaden in dieser Effektenspekulation betrage eigentlich 190,000 K., doch stehe sein Anwalt noch in Unterhandlungen mit der Budapester Bank, um den Betrag herabzumindern. Ein Verlust von 65,000 K. sei aber schon jetzt außer Frage. Die Steuerbehörde entschied, daß der Börsenverlust nicht als Abzugspost anerkannt werden könne und diese Verluste, bei denen es sich übrigens nur um eine vereinzelte Transaktion handle, nicht als Verluste aus dem Einkommen, sondern aus dem Stammvermögen anzusehen seien. Gegen diese von der Berufungskommission für Niederösterreich bestätigte Entscheidung ist die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gerichtet, in welcher ausgeführt wurde, es handle sich tatsächlich um Verluste aus dem Einkommen, denn Fall habe das Geld zum Ankauf der Wertpapiere seinem Einkommen aus den Operettenaufführungen entnommen, und zwar deshalb, weil dieses Einkommen gegenüber dem Erfolg seiner früheren Operetten sich bedeutend verringert habe, so daß er das geschmälerte Einkommen durch Börsenspekulationen vergrößern wollte. Der Regierungsvertreter Finanzrat Dr. Feldmann erwiderte, der Beschwerdeführer habe ausdrücklich zugegeben, daß ihm die Wertpapiere als Anlagewerte empfohlen wurden und daß er früher Spekulationsgeschäfte niemals gemacht hat. Auf Grund dieser seiner eigenen Angaben sei die Behörde berechtigt gewesen, den Schluß zu ziehen, daß es sich hier um Auslagen handelt, welche als Verluste im Vermögensstamm anzusehen sind. Es handle sich eben um eine lukrative Anlage seines Vermögens in den ihm als preiswert angepriesenen neugegründeten Aktieneffekten. Der Verwaltungsgerichtshof erkannte nach einstündiger Beratung auf Abweisung der Beschwerde. Die Gründe schließen sich dem Standpunkt des Regierungsvertreters an.

Neues Pester Journal

8. IV. 1917.

8

29

‡ (**Gegen die Winkelbörsen.**) In der letzten Zeit hat sich der Unfug eingebürgert, daß in Kaffeehäusern, hauptsächlich aber im Börsenkaffeehaus außerhalb der Börsezeit förmliche Börsen abgehalten wurden, wodurch allen möglichen Mißbräuchen Thür und Thor geöffnet war. Um diesem Uebelstande, der dem legitimen Börsenverkehr sehr zum Nachtheile gereicht, abzuhelfen, hat der Börserath die folgende Kundmachung erlassen: Da die Winkelbörsen sowohl mit den allgemeinen wirthschaftlichen und kommerziellen Interessen, wie mit der Bestimmung der Börse im Gegensatz stehen, hat der Börserath die Mitglieder der Börse bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er die Theilnahme von Börsenmitgliedern an Zusammenkünften, in welchen sich ein börsenmäßiger Verkehr entwickelt, für unerlaubt hält und über die an solchen Zusammenkünften theilnehmenden Börsenmitglieder die in den Statuten festgestellten strengsten Disziplinarstrafen verhängen wird. Der Börserath hat Kenntniß davon erlangt, daß entgegen diesem Verbote in Kaffeehäusern, namentlich aber in dem im Börsengebäude befindlichen Kaffeehause Börsengeschäfte geschlossen werden. Er macht daher die Mitglieder der Börse neuerdings und in der ernstesten Weise aufmerksam, sich in diesen Lokalitäten des Abschlusses solcher Geschäfte zu enthalten, da er Diejenigen, die dieses Verbot verletzen, mit der Entziehung der Mitgliedskarte bestrafen wird.

Reichspost

8./IV. 1917

Dunkle Geschäfte.

Die „Ustredni Banka" in der Bukowina.

Die „Ustredni Banka" („Zentralbank der Böhmischen Sparkassen") hat das Bedürfnis, sich reinzuwaschen. Unsere Enthüllungen über ihr wucherisches Treiben in der Bukowina (siehe Nachmittagsnummer der „Rp." vom 30. März l. J.), das die „Selanska Kassa", den Zentralverein der ruthenischen Raiffeisenkassen, ins Verderben gestürzt hat, beantwortet sie mit einer §-19-Berichtigung, mit deren Hilfe man im allgemeinen bekanntlich auch das Schwarze ins Weiße umlügen kann. Hier ist nicht einmal dies möglich. Eine große Bank, der man vorwirft, daß sie für Darlehen wucherische Zinsen und Provisionen genommen und sich in ein sehr dunkles Geschäft mit gefälschten Einlagebücheln eingelassen hat, muß schon einen anderen Weg wählen, um sich reinzuwaschen. Die uns übersandte Berichtigung entspricht zwar den preßgesetzlichen Anforderungen nicht, doch wir veröffentlichen sie, um zu zeigen, wie leicht es sich die Bank machen möchte, um die Schuld von sich abzuwälzen. Die Zuschrift lautet:

„Auf Grund des § 19 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie höflichst, in der nächstfolgenden Nummer Ihrer Zeitung zu dem Artikel vom 30. März 1917 „Dunkle Geschäfte" folgende Berichtigung zu bringen: „Es ist nicht wahr, daß die „Ustredni Banka" je an den ruthenischen Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Selanska Kassa Darlehen auf 40% geliehen hätte, es ist vielmehr wahr, daß „Ustredni Banka" an die Selanska Kassa auf Grund eines zu diesem Zwecke geschlossenen Kreditvertrages im Jahre 1906 einen Kredit bewilligt hat, welcher entsprechend dem offiziellen Satze mit 1½% über die Bankrate, oft nur 5%, außer 1 Promille Provision bemessen war. Die der Selanska Kassa über den vertragsmäßig bewilligten Kredit von 3 Mill. bezw. 4 Mill. eskomptierten Wechsel im Gesamtbetrage von Kronen 1,444.000.— waren mit einmaliger 10%iger Provision abgerechnet, nachdem dieser Kredit nicht mehr für die kleine Bauernschaft verwendet werden sollte, sondern, auf eine 10jährige Dauer gebunden, zu industriellen Zwecken, und zwar zur Exploitierung der Wälder in Russisch-Moldawitza und Wama bestimmt war. Die Provision war eine einmalige und darf deshalb nicht auf die Dauer des ersten viermonatigen Akzeptes, sondern auf die ganze Kreditdauer des in Anspruch genommenen Betrages berechnet werden. Es ist nicht wahr, daß die von der Selanska Kassa gezahlte Provision in den Jahren 1909 bis 1911 Kr. 197.600 betrug, es ist vielmehr wahr, daß sie Kr. 190.771.72 nicht überstieg, was bei einem durchschnittlichen Gesamtobligo von ca. Kr. 4,800.000, selbst nur auf die Jahre 1909 bis 1911 berechnet, 1·32% pro Jahr betrug. Es ist nicht wahr, daß der Vorstand der Selanska Kassa aus einfachen Leuten zusammengesetzt war, es ist vielmehr wahr, daß er aus angesehensten Repräsentanten der ruthenischen Nation, darunter aus einem Landmarschallstellvertreter, einem Landesausschußbeisitzer, mehreren Advokaten und Aerzten bestand. Es ist nicht wahr, daß die „Ustredni Banka" als finanzierende Bank von den Manipulationen mit fingierten Einlagebücheln volle Kenntnis hatte, es ist vielmehr wahr, daß diese Manipulationen heimlich von dem Direktor der Selanska Kassa Dr. Kohut und dem Moses Eisenkraft in Russisch-Moldawitza geführt wurden. Als über diese Manipulationen Gerüchte auftauchten, wurde der „Ustredni Banka" auf ihre Anfrage vom 20. Juli 1910 fälschlich mitgeteilt, daß es sich lediglich um einen Gesamtbetrag von Kronen 250.000.—, „emittierter Einlagebüchel" handelt. Es ist weiters nicht wahr, daß die Buchführung durch Organe der „Ustredni Banka" besorgt wurde, es ist vielmehr wahr, daß die „Ustredni Banka" erst im Jahre 1911 nach den schlechten Erfahrungen mit der Buchhaltung der Selanska Kassa eigenen Beamten eingesetzt hat, welcher trotzdem über die Büchelmanipulationen sich keine Vorstellung machen konnte, weil dieselben in den Geschäftsbüchern der Selanska Kassa überhaupt nicht gebucht vorkamen, sondern sich einzig und allein nur in dem Notizbuche des Direktors Dr. Kohut aufgezeichnet befanden und erst von dem Untersuchungsrichter festgestellt werden konnten. Schließlich ist es nicht wahr, daß die „Ustredni Banka" solche falsche Einlagebüchel aufgekauft hätte, vielmehr ist es wahr, daß sie einige im Umlaufe sich befindlichen und fälligen Büchel auf Veranlassung und für die Selanska Kassa ausbezahlt hat. Zentralbank der Böhmischen Sparkassen. (Die Unterschriften sind unleserlich.) Prag, am 5. Apeil 1917."

Auf diese Berichtigung möchten wir kurz folgendes erwidern: Es entspricht der vollen Wahrheit, daß die „Ustredni Banka" die Notlage der „Selanska Kassa", des Zentralverbandes des ruthenischen Raiffeisenkassenverbandes in der Bukowina, wucherisch ausgebeutet hat. Sie hat in zahlreichen Fällen Zinsen und Provisionen in der Höhe bis zu 44% angenommen. So hat sie z. B. am 4. Jänner 1910 für ein viermonatiges Wechseldarlehen von 300.000 Kronen Zinsen und sonstige Gebühren verrechnet, die einem Jahreszinsfuß von 44% entsprechen. Am 22. Jänner, am 3. Februar, am 20. April 1910 usw. ließ sie sich für viermonatige Akzepte im Betrage von 120.000, 100.000, bezw. 321.000 Kronen Zinsen und Provisionen von Kr. 15.255, Kr. 14.046, bezw. Kr. 45.626 zahlen, was also einem Jahreszinse von 38, 28 und 28·5 Prozent entspricht. Weitere Daten, die die Wucherpraktiken der Ustredni Banka grell beleuchten, können erbracht werden.

Die Bank behauptet ferner, daß sie von den gefälschten Einlagebücheln der Selanska Kassa, die eine Höhe von mehreren Millionen Kronen erreichten, keine Kenntnis besaß. Demgegenüber verweisen wir auf die Tatsache, daß die Bankfiliale in Czernowitz unter Direktor Primus den Schwindel mit den Einlagebücheln werktätig gefördert hat, indem sie selbst zahlreiche solcher Falsifikate aufgekauft, bzw. zu 20, 30, 40% Zinsen belehnt hat.

Auch was die „Ustredni" sonst zu ihrem Gunsten anführt, kann einer ernsten Prüfung nicht standhalten. Sie hatte doch das weitestgehende Kontrollrecht in der „Selanska Kassa". Sie besorgte nicht nur die Buchführung, sondern hatte auch Zutritt zu den Beratungen des Raiffeisenkassenverbandes, dessen Vorstand für alle seine Beschlüsse die Genehmigung der „Ustredni" einholen mußte. So stehen die Dinge. Was die „Berichtigung" erzählt, sind Räubergeschichten.

Fremdenblatt
11./IV. 1917

Anglo-Oesterreichische Bank.

Die Anglo-Oesterreichische Bank in Wien und der Pester Erste Vaterländische Sparkassa-Verein in Budapest haben, von dem Bestreben geleitet, ihre Beziehungen zu Kroatien und Slawonien intimer zu gestalten und um an der volkswirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes regeren Anteil nehmen zu können, gemeinsam mit der Ersten Kroatischen Sparkassa beschlossen, anläßlich der demnächst erfolgenden Kapitalserhöhung der Bank für Handel, Gewerbe und Industrie A.-G. in Agram auf 3,000.000 Kronen die zur Emission gelangenden neuen Aktien zu übernehmen.

Gleichzeitig mit der Kapitalserhöhung werden sich die vorerwähnten Anstalten in der Direktion und im Aufsichtsrate der Bank für Handel, Gewerbe und Industrie A.-G. mit einer entsprechenden Anzahl von Funktionären vertreten lassen.

Durch die Kapitalserhöhung hebt die Bank ihre Positionen im geschäftlichen Leben Kroatien-Slawoniens in bedeutendem Maße und gelangt außerdem in den Interessenkreis der genannten drei Institute, wodurch sich die Möglichkeit der Entfaltung ihrer Tätigkeit auf breiteren Grundlagen ergibt.

Die Zeit 11.IV.1917

— (Verlängerung des Privilegs der Oesterreichisch-ungarischen Bank.) Wie wir in Ergänzung der jüngsten Mitteilungen unseres Budapester Korrespondenten erfahren, sind die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen und der Oesterreichisch-ungarischen Bank in großen Zügen zum Abschluß gebracht worden und haben eine restlose Verständigung ergeben. Die Details der Vereinbarung sind jedoch noch nicht vertragsmäßig formuliert, weil die wichtigsten Bestimmungen mit dem wirtschaftlichen Ausgleich beider Staaten der Monarchie zusammenhängen, über dessen Details ebenfalls noch nicht nach jeder Richtung hin endgültige Abmachungen getroffen wurden, weil bekanntlich auch die offizielle Verlautbarung bloß von „vorläufigen" Ergebnissen Aufschluß gibt. Was nun die Verlängerung des Privilegs der Bank auf eine längere Zeitdauer, als bisher üblich gewesen, betrifft, kann es sich demzufolge ebenfalls nur um eine vorläufige prinzipielle Vereinbarung handeln, diese aber ist, wie schon früher gemeldet und nunmehr bestätigt erscheint, für beide Teile zu einem zufriedenstellenden, die Wirksamkeit der Notenbank im bisherigen dualistischen Rahmen garantierenden Resultat gediehen.

Fremdenblatt 12./IV. 1917

Trifailer Kohlenwerks-Gesellschaft.

Unter Vorsitz des Präsidenten Rudolf Bisteghi wurde gestern die 44. ordentliche Generalversammlung der Trifailer Kohlenwerks-Gesellschaft abgehalten.

Nach dem vom Zentraldirektor Julius Bellak erstatteten Berichte waren die Ansprüche der Heeresverwaltung und der Eisenbahnen im abgelaufenen Jahre erheblich weitgehende und um diesem erhöhten Bedarfe tunlichst zu genügen, steigerte die Gesellschaft die Kohlenerzeugung, insbesondere auf dem Trifailer Tagbau, nach Möglichkeit, so daß das Werk Trifail eine Mehrförderung von 64.000 Tonnen erzielte. Die gesamte Erzeugung der steirisch-krainischen Werke belief sich auf 1,268.873 Tonnen und überstieg diejenige des Jahres 1915 um 80.696 Tonnen. Istrianer Steinkohlenwerke förderten 118.200 Tonnen, d. i. um 13.950 Tonnen mehr als im Jahre 1915.

Die private Bautätigkeit war auch im abgelaufenen Jahre eine sehr geringe; dagegen hat der Verbrauch an Portlandzement für militärischen Zwecken dienenden Bauten eine Zunahme erfahren. Die erzielten Preise waren angesichts der empfindlich gestiegenen Gestehungskosten durchaus nicht befriedigende. Um dieses ausschließlich in der Zementindustrie zutage getretene Mißverhältnis zu beseitigen, wurden die Verkaufspreise Anfang dieses Jahres entsprechend erhöht. Die Trafailer Zementfabrik erzeugte 1588 + 576 und lieferte 1840 + 70 Waggons Portlandzement. Die Produktion und der Absatz an Weißkalk erreichten die Höhe von 1233 + 570 Waggons. Die Gestehungskosten aller Werke erfuhren eine empfindliche Erhöhung, einerseits durch die geradezu maßlose Verteuerung aller Materialien, anderseits zufolge der wesentlich erhöhten sozialen Lasten. Wenn die Verwaltung trotzdem in der Lage ist, ein günstigeres Ergebnis vorzugeben, so verdankt sie dasselbe zunächst der Erzeugungs- und Absatzsteigerung, anderseits den mäßig erhöhten Verkaufspreisen im allgemeinen und der den geänderten Produktionsverhältnissen entsprechenden Erneuerung von mit Ende des Jahres 1915 abgelaufenen bedeutenden Lieferungsverträgen.

Zur Begründung des Antrages der Verwaltung auf Erhöhung des Aktienkapitals von 19,000.000 Kronen auf 24,000.000 Kronen sagt der Bericht: Die stetige Entwicklung des Kohlenabsatzes und die begründete Voraussicht, daß an die Leistungsfähigkeit des Unternehmens in den nächsten Jahren weit größere Ansprüche gestellt werden dürften, zumal der Import englischer Kohle nach dem Kriege mit Rücksicht auf den Mangel an Schiffsraum und auf die zweifellos erheblich teureren Seefrachten beiweitem nicht im früheren Umfange stattfinden und daß der italienische Konsum aus den gleichen Ursachen sich in ausgedehntem Maße der gesellschaftlichen Kohle zuwenden dürfte, haben es geboten erscheinen, die Gesellschaft diesen höheren Anforderungen gegenüber durch eine baldige und weitgehende Steigerung der Braunkohlen- und Steinkohlenproduktion rechtzeitig zu rüsten. Es wird daher an die Ausbeutung der seinerzeit vom Grafen Oppersdorf erworbenen, sehr bedeutenden Kohlenlager in Reichenstein geschritten. Weiters wird die Eröffnung des bisher nicht in Anspruch genommenen Tiefbaues des Werkes Carpano geplant. Endlich soll die Trifailer Portlandzementfabrik durch den Zubau eines Drehrohrofens und Aufstellung der erforderlichen Mühlen erweitert werden. Die Durchführung all dieser geplanten Maßnahmen erfordert bedeutende Investitionen, die aus den vorhandenen Mitteln und den laufenden Einnahmen nur zum Teile bestritten werden können.

Von dem Reingewinn per 2,170.000 Kronen wurden 60.000 Kronen in den Reservefonds hinterlegt, 12 Kronen per Aktie als Dividende verteilt, 600.000 Kronen der Spezialreserve für die Obligationen der Goldanleihen zugeführt — die Stärkung dieser Reserve erscheint in Anbetracht des Standes der Goldvaluta geboten — und 173.277 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen. Die Versammlung genehmigt weiters den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals und erteilt dem Verwaltungsrate die Ermächtigung zur Durchführung derselben, die durch ein Präliminarübereinkommen mit der Länderbank sichergestellt erscheint, ebenso wurden die notwendigen Statutenänderungen beschlossen. In den Verwaltungsrat wurden die Herren Generaldirektor M. Rotter und Direktor Alfred Edler v. Rapoport neugewählt. In der darauf folgenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Rudolf Bisteghi zum Präsidenten, Herr Bergrat Vinzenz Ranzinger zum Vizepräsidenten gewählt und der bisherige Zentraldirektor Julius Bellak zum Generaldirektor ernannt.

Reichspost

12./10. 1917

37

Die diesjährigen Bankbilanzen.

Die Zeit der Bankbilanzen ist jetzt vorüber. Zwei große Finanzinstitute, die Anglobank und die in letzter Zeit so viel genannte Allgemeine Depositenbank, haben allerdings bisher ihren Jahresabschluß noch nicht veröffentlicht. Eine Veränderung in dem allgemeinen Bilde wird sich jedoch auch bei diesen beiden Banken kaum ergeben, denn mag im Innern einer modernen Großbank vorgehen was will, in den Ziffern der Gewinn- und Verlustrechnung und des Bilanzkontos kommt dies niemals oder doch nur in Ausnahmsfällen zum Ausdruck. Die Bilanzen der Wiener Banken zeigen auch heuer die gewisse Uniformität in der Aufstellung, die man schon von früher her gewohnt ist, und wenn sich auch in den Einzelheiten diese oder jene kleine Besonderheit zeigt, in dem Grundschema gleichen sie alle einander wie ein Ei dem andern. Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch die Art der Betätigung, die den Banken jetzt im Rahmen der Kriegswirtschaft zugewiesen ist und die in dem übermäßigen Anschwellen einiger Konti zahlenmäßig in Erscheinung tritt. Bei sämtlichen Bankbilanzen zeigt sich im Kreditoren- und Einlagenkonto sowie Debitorenkonto eine rapide Aufwärtsbewegung, nur mit dem Unterschiede, daß sie bei dem einen Institute rasch, bei dem andern noch rascher vor sich geht, je nachdem viel oder wenig Filialen als Sammelstätten für Einlagen in Frage kommen. Die Tätigkeit der Banken nähert sich gegenwärtig immer mehr jener der deposit banks in London und in dem Maße, wie die auf Provisionen usw. beruhenden Gewinne abnehmen, steigt der Zinsengewinn, der sich aus der Marge zwischen Einlagen- und Debitorenzinsfuß herleitet. Die Inflation mit Papiergeld tut das Ihrige, um den Banken immer neue Sparer zuzuführen und nichts ist heute leichter als mit einer großen Bilanzsumme zu paradieren. Dazu gehört nur, wie schon erwähnt, ein ausgedehntes Filialnetz, genügend Personal — nicht einmal besonders geschultes — und Sinn für Reklame, so wie es bei dem früheren Sekretär und nunmehrigen Direktor einer hiesigen Großbank etwas augenfällig sich bemerkbar macht, nicht aber besondere kaufmännische Großzügigkeit oder Genialität. Es ist daher mehr als geschmacklos, wenn in einer gewissen Presse immer wieder der Versuch gemacht wird, Bankdirektoren mit Feldherren zu vergleichen und wenn das öde Wort vom „Finanzmarschall" geprägt wurde. Die Verdienste der Banken um den finanziellen Erfolg unserer Kriegsanleihen wird deshalb niemand bestreiten wollen, wenn auch auf der andern Seite mit allem Nachdruck betont werden muß, daß sich die Banken für ihre Vermittlerdienste auch ordentlich bezahlen lassen. Sie tun dabei übrigens nicht mehr als was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. Gegenüber dem um seine Existenz ringenden Vaterlande gibt es auch keine „Vorbehalte" und wenn die Banken ihren ganzen Apparat in den Dienst der Kriegsanleihen gestellt haben, so heißt dies nur, daß sie freiwillig das taten, wozu man sie sonst wohl mit anderen Mitteln hätte verhalten können. Für einen besonderen Rechtsanspruch, wie er allenfalls aus der Mitarbeit der Banken bei den Emissionen abgeleitet werden könnte, liegt keine Veranlassung vor, besonders dann, wenn einmal die Frage der Reform unseres Bankwesens spruchreif sein wird. Was von der öffentlichen Rechnungslegung zu halten ist, haben wir bereits weiter oben dargelegt. Nicht besser steht es mit der Einrichtung der Generalversammlung. Die ist heute beinahe zu einem simplen, wenn auch nicht harmlosen Komödienspiel geworden, bei dem die Aktionäre nur Ja und Amen zu sagen haben und bei der ein Vertreter irgend eines Aktionärvereines — es ist, nebenbei bemerkt, fast jedesmal die gleiche Persönlichkeit — der Form halber eine beliebige Frage stellt, um dann sofort tiefbefriedigt das im Programm vorgesehene Loblied der Bankleitung zu singen.

Der Abend
12./IV. 1917

12
38

Strohmänner werden gesucht.

Ein Leser sendet uns das nachstehende Schreiben, aus dem deutlich hervorgeht, wie man Strohmänner für die Generalversammlung wirbt. Die Tatsache selbst ist bekannt; neu und einigermaßen überraschend ist nur, daß es jetzt schon mittels gedruckter Rundschreiben geschieht — früher war man bescheidener oder vorsichtiger und warb mündlich — und daß es das sogenannte führende Institut ist, das diese befremdliche Großerzeugung von Strohmännern betreibt. Das bezeichnende Schreiben lautet:

„Wien, 6. April 1917.

Hochwohlgeboren Herrn .....

Wien.

Von dem Wunsche geleitet, eine recht lebhafte Beteiligung an der am 4. Mai l. J. stattfindenden Generalversammlung unserer Aktionäre zu bewerkstelligen, erlauben wir uns, unsere geschätzten Kommittenten einzuladen, die in ihrem Besitze befindlichen Aktien unseres Institutes zu der gedachten Generalversammlung behufs Geltendmachung des Stimmrechtes anzumelden.

Wir gestatten uns, an Sie die Bitte zu richten, uns für den Fall, als Sie an obgedachter Generalversammlung teilzunehmen wünschen oder sich in derselben anderweitig vertreten lassen wollen, die Ermächtigung zu erteilen, Ihre bei uns verwahrten Aktien auf Ihren geehrten Namen oder auf den uns zu bezeichnenden anderen Namen anzumelden.

Für den Fall, als Ihnen die Teilnahme an der Versammlung oder die direkte Vertretung nicht möglich wäre, würden wir es übernehmen, Ihren Aktienbesitz auf den Namen eines ehrenwerten Aktionärs unseres Institutes anzumelden und Ihren Besitz demnach durch denselben vertreten zu lassen.

Wir bitten Sie, uns Ihre gefl. Ordre zu erteilen und legen ein Formular bei, dessen Sie sich in dem Falle bedienen wollen, als Ihnen der letztere Modus der Vertretung Ihres Aktienbesitzes genehm wäre.

Indem wir bemerken, daß der Termin zur Anmeldung der Aktien am 20. April l. J. abläuft, zeichnen wir

hochachtungsvoll

K. k. priv. Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe."

Der Abend
14./IV. 1917

39

Allgemeine Verkehrsbank.

Die Verkehrsbank bittet uns, das Nachstehende zu veröffentlichen. Wie jedem , geben wir auch ihr das Wort, und ihr um so bereitwilliger, als wir sie wiederholt aufgefordert haben, zu erklären, wie ihre Geschäftsbeziehungen zu Bosel & Rosenbaum beschaffen seien. Allerdings hat sie sich zu dieser Erklärung hübsch lange Zeit gelassen; auch kann man keineswegs sagen, daß die Genauigkeit und die Einzelheiten der Mitteilung im richtigen Verhältnis zu ihrer Geburtsdauer stehen. Namentlich hätten wir gar so gerne erfahren, auf welchen Betrag diese Finanzierung staatlicher Lieferungen angewachsen ist.

Bezeichnend ist die Entschiedenheit, mit der sich die Verkehrsbank dagegen verwahrt, eine Warenabteilung zu haben oder jemals gehabt zu haben. So werfen jetzt alle Kinder in den Bankdirektionen das Spielzeug weg, das sie für ganz harmlos hielten, bis sie endlich sahen, wie sehr man sich im kleinen Schwurgerichtssaal daran die Finger verbrennen kann. Allerdings müssen wir die Herren von der Verkehrsbank darauf aufmerksam machen, daß nicht jeder, der wegen Preistreiberei in strafgerichtliche Untersuchung gekommen ist, eine Warenabteilung hat oder gehabt hat.

Im Interesse des Wiener Bankwesens, das einer Beruhigung so dringend bedürfte, wünschen wir aufrichtig, daß die zuversichtliche Ruhe, die aus den Zuschriften der Verkehrsbank atmet, nicht etwa doch enttäuscht werden möge.

Wien, 14. April 1917.

An die verehrliche Schriftleitung des „Abend"
Wien, 9. Bez., Canisiusgasse 9—11.

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage eine „Erklärung" zu überreichen, welche in den morgigen Tagesblättern erscheinen wird, und bitten Sie, dieselbe auch in Ihrem geschätzten Blatte zum Abdrucke bringen zu wollen.

Wir benützen diesen Anlaß, um auf Ihre seinerzeitigen Bemerkungen, betreffend unsere Verbindung mit der Firma Bosel & Rosenbaum, zurückzukommen, und teilen Ihnen mit, daß es sich hiebei unsererseits lediglich um die Finanzierung staatlicher Lieferungen handelte.

An dem Geschäfte selbst ist die Verkehrsbank in keiner Weise beteiligt, sie hat die Finanzierung zu normalen Bank-Konditionen abgewickelt und ist weder an dem Gewinne oder Verluste noch an der Geschäftsführung selbst und zwar weder direkt noch indirekt, beteiligt.

Wir zeichnen
mit vorzüglicher Hochachtung

K. k. priv. Allgemeine Verkehrsbank
(Unterschriften unleserlich.)

*

Erklärung.

Wiederholte, in den letzten Wochen erschienene Zeitungsnotizen konnten die Meinung hervorrufen, daß die k. k. priv. Allgemeine Verkehrsbank in Wien eine Warenabteilung besitzt oder Warengeschäfte betreibt.

Demgegenüber sehen wir uns zur Erklärung veranlaßt, daß wir keine Warenabteilung besitzen und weder im Frieden noch im Kriege Warengeschäfte gemacht haben, so daß keine Behörde in die Lage kommen konnte, noch gekommen ist, sich mit unseren Geschäften zu befassen.

Schließlich bemerken wir, daß wir mit der Ungarischen Verkehrsbank Aktiengesellschaft, welche zum Zwecke des Betriebes des Warengeschäftes eine Filiale in Wien errichtet hat, in keinem wie immer gearteten Zusammenhange stehen.

Wien, am 14. April 1917.

K. k. priv. Allgemeine Verkehrsbank

Neues Wiener Tagblatt (Abendbl.)
14./IV. 1917

40

(Voreinlösung staatlicher Maifälligkeiten.) Die Staatszentralkasse ist angewiesen, eine Voreinlösung der am 1. Mai d. J. fällig werdenden Coupons der Effekten der allgemeinen und österreichischen Staatsschuld am 30. d. ohne Abnahme von Eskomptezinsen vorzunehmen. Hiebei sind die Coupons der in Mark deutscher Reichswährung verzinslichen Effekten in Zahlungsmitteln der Kronenwährung (mit Ausschluß von Goldmünzen), und zwar nach dem auf Grund des § 2 der kaiserlichen Verordnung vom 20. März 1915 festgesetzten Umrechnungsmaßstab von 100 Mark = 124 K. einzulösen.

Neues Wiener Tagblatt
14/IV. 1917

(Niederösterreichische Kriegskreditbank.) Vorgestern fand in Anwesenheit des landesfürstlichen Kommissärs Ministerialrat Dr. Zwierzina und unter dem Vorsitze des Präsidenten Herrenhausmitglied Paul R. v. Schoeller die Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß sich die Tätigkeit im Jahre 1916 annähernd in dem gleichen Umfang bewegte wie im vorausgegangenen Kriegsjahr. Bei der Bevorschussung der Ausführung von Heeresaufträgen wurden nicht nur einzelne Gewerbetreibende, sondern deren genossenschaftliche Verbände berücksichtigt. Auf Grund der gewährten Kredite wurden 7,243,780 K. gegen 5,862,128 K. im Vorjahre ausbezahlt und 7,276,266 K. gegen 5,253,896 K. im Jahre 1915 rückgezahlt. Die verfügbaren Mittel der Bank sind in österreichischer Kriegsanleihe angelegt. Die Bank beteiligte sich an den Vorarbeiten für die Schaffung von besonderen, auf die Garantien öffentlicher Faktoren gestützten Kreditorganisationen für die aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden. Die advokatorische Kriegskreditkasse, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, deren Geschäftsführung die Bank besorgt, hatte bisher mehr als 600 Kreditgesuche von Advokaten und Advokaturskandidaten zu behandeln. Von dem Reingewinn per 84,423 K. werden 5 Prozent, das ist 4221 K., dem Reservefonds zugeführt, 52,000 K. als zweiprozentige Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital verteilt und der Rest von 28,202 K. auf neue Rechnung vorgetragen. Direktor Weißhaupt wurde in das Exekutivkomitee einberufen.

Reichspost

15/IV. 1917

Die Bilanz der Anglobank.

35 Millionen Bruttogewinn. — 10% Dividende.

Die Anglobank versendet folgendes Communiqué:

In der heutigen Sitzung des Generalrates der Anglo-Oesterreichischen Bank wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 1916 vorgelegt und genehmigt. Die Abschlußziffern der Londoner Niederlassung waren — wie in den Vorjahren — nicht zu erlangen. Demgemäß enthält auch der diesjährige Rechnungsabschluß nur die sich aus den Büchern der Zentrale ergebenden Saldi der Londoner Niederlassung. Von der Summe der Erträgnisse per Kronen 36,976.825.26 verbleiben nach Ausscheidung des Gewinnvortrages von Kronen 1,995.065.54 als Bruttoertrag des Jahres 1916 Kronen 34,981.759.72, d. i. um Kronen 8,124.698.21 mehr als im Vorjahre. Nach Abzug der Lasten und Spesen, in denen Spenden für Kriegsfürsorgezwecke im Betrage von rund Kronen 638.000.— enthalten sind, ergibt sich für 1916 ein Reinertag von Kronen 16,605.527·12 (gegen das Vorjahr Kronen 2.840.192.04 mehr) und nach Hinzuziehung des Gewinnvortrages ein verfügbarer Reingewinn von Kronen 18,600 592·66, d. i. gegen das Vorjahr ein Plus von Kronen 3,578.987.02. Der Generalrat wird in der für den 3. Mai 1917 einberufenen Generalversammlung beantragen, eine Dividende von 10%, d. i. auf jede Aktie mit voller Dividendenberechtigung Kronen 24.— (gegen Kronen 21.— im Vorjahre) und auf jede Aktie mit halber Dividentenberechtigung pro 1916 Kronen 12.— zur Verteilung zu bringen, dem ordentlichen Reservefonds Kronen 1,000.000.— (wie im Vorjahre), dem außerordentlichen Reservefonds Kronen 2,000.000.— (wie im Vorjahre) zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Angestellten außer der statutenmäßigen Beitragsleistung von Kronen 270.931.21 noch Kronen 1,000.000.— (gegen 400.000.— im Vorjahre) tantièmenfrei zu widmen und den nach Abzug der statutenmäßigen Tantièmen verfügbaren Rest von Kronen 2,115.032·35 (d. i. Kronen 119.966.81 mehr als im Vorjahre) auf neue Rechnung vorzutragen. Die aus dem Ertrage des Jahres 1916 vorgenommenen Zuwendungen an die Reservefonds und an den Gewinnvortrag belaufen sich zusammen auf Kronen 3,119.966.81.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgendes Bild:

Erträgnisse:	1916	Differenz gegen 1915 Kronen
Zinsen	21,711.274.20	+ 4,947.961.37
Gewinn an Effekten u. Valuten	4.727.765.12	+ 3,075.415.34
Provisionen u. diverse Gewinne	8,541.892.40	+ 101.224.50
Verfallene Dividende pro 1910	828.—	+ 97.—
Summe der Erträgnisse	34,981.759.72	+ 8,124.698.21
Gewinnvortrag	1.995.065.54	+ 738.794.98
	36,976.825.26	+ 8,863.493.19
Lasten:		
Gehalte	7,409.681.64	+ 1,239 511.20
Spesen	4,053.283.84	+ 846.127 69
Steuern und Gebühren	5,933.535.57	+ 2,966,498.11
Statutenmäßiger Beitrag zum Pensionsfonds	270.931.21	+ 44.115.37
Verluste an Forderungen	121.234.99	— 258.695.62
Abschreibung vom Inventar	587.575.35	+ 446.949.42
Summe der Lasten	18,376.232.60	+ 5.284.506.17
Gewinn per Saldo	18 600.592.66	+ 3,578.987.02
	36.976 825.26	+ 8,863.493.19

Der Bruttogewinn ohne Vortrag erhöhte sich, wie aus obigen Ziffern hervorgeht, um mehr wie 8 Millionen Kronen, während die Lasten um rund 5·2 Millionen gestiegen sind. Als Reingewinn verbleiben heuer nach Abzug der verschiedenen Lasten 16.6 Millionen, d. i. um 2·8 Millionen mehr als im Vorjahre. Einschließlich des Gewinnvortrages von rund 2·2 Millionen, stehen sonach 18·6 Millionen zur Verfügung, d. i. um K 3,578.987·02 mehr als im Vorjahr. Auf das durchschnittliche Aktienkapital gerechnet, entspricht dies einer Verzinsung von mehr wie 16 Prozent, ein Satz, der sich bei Ausschaltung des Gewinnvortrages auf 14·44 Prozent (gegen 13·76 Prozent im Vorjahre) ermäßigt. Wie bei allen Banken, so weisen auch hier die Zinsen unter allen Konten der Gewinn- und Verlustrechnungen die größte Steigerung aus. Von der Differenz von 4·9 Millionen entfallen nach Angabe der Bankleitung rund 1¼ Millionen Kronen auf die Kapitalsvermehrung, während das restliche Plus auf den erhöhten Zufluß fremder Gelder sowie auf größere Eingänge aus Effektenzinsen zurückzuführen ist. Der Gewinn an Effekten und Valuten wird auch heuer wieder unter einer einzigen Post ausgewiesen. Er beläuft sich auf K 4,727.765·12, d. i. um K 3,075.415·34 mehr. Diese relativ sehr starke Zunahme des Erträgnisses hängt mit dem Abverkauf älterer Effektenbestände und vermehrten Umsätzen in Staatswerten zusammen. Es zeigt sich hier also im Wesentlichen das gleiche Bild wie bei der Bilanz der Kreditanstalt, die ebenfalls einen Bruchteil ihrer Bewertungsgewinne realisiert hat. In der Analobank ist man klug genug, um alte Ladenhüter sowie Spekulationspapiere, deren Kurs so ziemlich die Höchstgrenze erreicht hat, zur rechten Zeit mit entsprechendem Gewinn abzustoßen. Die Post „Provisionen und diverse Gewinne" ergibt bei K 8,541.892·40 ein Mehr von K 101.224·50. „Diverse Gewinne" — ein etwas unbestimmter Ausdruck für Gewinne, unter denen auch die Erträgnisse der Warenabteilungen zu suchen sind. Nach den Angaben des Direktors Korner machen diese letzteren allerdings nur mehr rund 3 Prozent des gesamten Bruttogewinnes, also ca. 1 Million Kronen aus. Das wäre nun freilich um K 700.000 weniger als im Vorjahre, jedoch noch immer genug, um auf einem eigenen Konto und nicht vermengt mit andern ausgewiesen werden. Von dem, was hinter den Ziffern sich verbirgt und was innerhalb der Warenabteilungen vor sich geht, wird die Außenwelt ja doch nie etwas erfahren.

Von selbst drängt sich die Frage auf, ob denn die Warenabteilungen der Banken jetzt im Kriege überhaupt eine Existenzberechtigung haben. In Friedenszeiten mögen sie im Ueberseeverkehr eine wichtige Rolle spielen, jedoch auch da nur unter der Voraussetzung, daß sie sich auf die Warenlombardierung und auf das Rembourgeschäft beschränken und von Geschäften für eigene Rechnung ferne halten. Jetzt im Kriege, wo der Verkehr mit den überseeischen Ländern ein Ende gefunden hat, sind sie nur ein Glied mehr in der Kette des Zwischenhandels, gleichgültig, ob sie nun Propergeschäfte machen oder sich auf die Lombardierung von Waren beschränken. Das Interesse der Allgemeinheit verlangt, daß das Warengeschäft der Banken jetzt im Kriege eingestellt oder doch zum mindesten der schärfsten Kontrolle unterzogen werde. Unsere Großbanken haben finanziell Rückgrat genug, um den Ausfall aus der zeitweisen Stillegung ihrer Warenabteilungen ertragen zu können. Der Gewinn, den sie aus der Kriegskonjunktur ziehen, ist auch dann noch groß genug und im schlimmsten Falle kommt es zu einer Mäßigung in dem Tempo, in dem die Reserven angefüllt werden. Die Anglobank führt heuer dem ordentlichen Reservefonds statt der vorgeschriebenen fünfprozentigen Dotation von Kronen 542.776.46 den Betrag von 1,000.000 Kronen zu und überdies sollen die außerordentlichen Reserven um volle zwei Millionen erhöht werden. Auch der Gewinnvortrag wird von Kronen 1,995.065.54 auf Kronen 2,115.032.35 gesteigert. Ein ansehnlicher Bruchteil des Reingewinnes wird also für spätere Zeit reserviert und die Millionen, die die Bank durch den Krieg verdiente, werden noch nach Jahren den Aktionären zugute kommen.

Die Bilanzsumme beträgt 1311 Millionen Kronen und weist eine Steigerung um 364 Millionen Kronen aus, wobei das Kriegsanleihe-Verrechnungskonto nicht pro und kontra, sondern per Saldo in die Bilanz eingestellt ist. Die beiderseitige Aufnahme des genannten Verrechnungskontos wird die Bilanzsumme noch um weitere 380 Millionen Kronen erhöhen. Von der ausgewiesenen Steigerung der Bilanzsumme um 364 Millionen Kronen entfallen auf die Kapitalserhöhung und die Dotationen der Reserven 51 Millionen Kronen, während der Rest auf die Zuflüsse fremder Gelder zurückzuführen ist. Die Barbestände per 53·3 Millionen Kronen zeigen gegenüber dem Vorjahre keine nennenswerte Veränderung. Das Portefeuille ist bei einem Stand von 109·9 Millionen Kronen um 43·2 Millionen Kronen gegen das Vorjahr niedriger. Dieser Rückgang hängt mit dem bekannten Mangel an Warenwechseln zusammen. Die eigenen Effekten weisen eine Erhöhung um 16·9 Millionen Kronen auf 80·8 Millionen Kronen aus. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die Beteiligung der Bank an den österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen zurückzuführen. Die Vorschüsse auf Effekten per 31·8 Millionen Kronen sind um 13·8 Millionen Kronen gestiegen. Die Debitoren weisen bei einem Stand von 1009·3 Millionen Kronen eine Zunahme von 375 Millionen Kronen aus. Auf der Passivseite weisen die Kassenscheine und Gelder auf Lagen eine Steigerung um 77·3 Millionen Kronen auf 187·8 Millionen Kronen aus. Die in Zirkulation befindlichen Akzepte und Anweisungen beliefen sich auf 12 Millionen Kronen und sind um 14·9 Millionen Kronen niedriger. Die Kreditoren erreichen dagegen die Summe von 996 Millionen Kronen und sind um 246·4 Millionen Kronen höher.

Neues Wiener Tagblatt

15./IV. 1917.

III

46

Anglo-österreichische Bank.

werden ebenso wie im Vorjahre 20 Prozent Dividende ausschütten und haben ihr Gesellschaftskapital auf 2 Millionen Kronen erhöht. Die Philipp Roeder-Bruno Raabe A. G. hat befriedigend gearbeitet und konnte im abgelaufenen Geschäftsjahre auf die Vorzugsaktien 5 Prozent ausschütten.

Die Georg Schicht-Aktiengesellschaft in Aussig mußte einen Teil ihrer Betriebe wegen Mangels an Rohstoffen einschränken, ist jedoch in der Lage, diesen Ausfall durch ein günstiges Ergebnis des Auslandsgeschäftes zum Teile wettzumachen. Die „Schodnica"-Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie hat im laufenden Jahre wieder einen befriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen. Die „Spalato"-Portland-Zement-A. G. ist auch für das Geschäftsjahr 1916 nicht in der Lage, eine Dividende zu verteilen. Die Temesvarer Kunstmühle-A. G. verteilt nach angemessenen Abschreibungen 10 Prozent Dividende. Der Verlust, welcher der Tendloff-Dittrich Budapester Armaturen-, Pumpen- und Maschinenfabriks-A. G. aus der Uebersiedlung des Betriebes in die neue Fabrik seinerzeit entstanden war, ist im abgelaufenen Jahre vollständig hereingebracht und außerdem der notwendige Betrag für reichliche Abschreibungen verdient worden.

Die Erste Triester Reisschälfabriks-A. G. hat ihren Betrieb nicht wieder aufnehmen können, und ist nicht in der Lage, eine Dividende zu verteilen. Die „Tuxul"-Schuhfabriks-Aktiengesellschaft hat gut gearbeitet und wie im Vorjahre 15 Prozent verteilt. Die Vereinigte Maschinenfabriken A. G., vormals Skoda, Ruston, Bromovsky u. Ringhoffer hat befriedigend gearbeitet und war in der Lage, ihre Dividende von 5 Prozent auf 6 Prozent zu erhöhen. Die Metallindustrie Winter u. Adler A. G. vermochte den Betrieb soweit in Gang zu halten, daß die Aufnahme der Dividendenzahlung, wenn auch in bescheidenem Maße, in Aussicht steht. Die Oesterreichische Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft in Bruck an der Leitha dürfte in der Lage sein, die vorjährige Dividende beizubehalten. Die Zuckerfabriks-Aktiengesellschaft in Sadska und die Aktiengesellschaft der Lobositzer Zuckerfabriken konnten jede ihre Dividende von 20 Prozent aufrechterhalten; die Zuckerfabriks-Aktiengesellschaft in Obora hat ihre Dividende von 10 Prozent auf 15 Prozent erhöht.

Der Abend
16./IV. 1917

47

Anglo-Oesterreichische Bank.

Nun ist auch ihr Bericht über die Taten und Erfolge im Jahre 1916 erschienen; sie ist damit die letzte unter den Großbanken, die letzte, aber nicht die geringste. Auch ihr ist es gelungen, ein um dreißig Millionen erhöhtes Kapital besser als früher das geringere zu verzinsen; auch ihr sind die Leiden des Krieges durch einen höheren Reingewinn etwas erträglicher gemacht worden. Sie verdiente 18,600.592 Kronen (i. V. 15,021.606 Kronen), also um 3,578.987 Kronen mehr. Daraus bezahlt sie ihren Aktionären 10 v. H. = 24 Kronen und legt ungezählte Millionen für eine — hoffentlich entfernte — minder gewinnreiche Zeit zurück. Die Quellen dieses Segens sind die schon bekannten: höhere Provisionen, vor allem höherer Gewinn durch Zinsen der gesteigerten Spareinlagen usw. Im Warengeschäfte will sie weniger als das Jahr vorher gewonnen haben; in diesem Geschäftszweige sind sie bekanntlich alle sehr bescheiden geworden; allerdings stammt diese Bescheidenheit erst von den Lehren dieses Jahres und es ist deshalb einigermaßen verwunderlich, daß sogar die so rührigen Triester und Czernowitzer Filialen schon voriges Jahr so einsichtsvoll waren, wenig zu gewinnen. Die Leiter und die Buchhalter werden sich dadurch Anspruch auf besondere Anerkennung erworben haben; sie verstanden es offenbar, jeder Versuchung mit kluger Einsicht zu widerstehen. Nicht jeder Filialdirektor ist so stark oder vorausblickend.

Die übliche Aufzählung der Unternehmungen des Anglobankkonzerns ergibt das schon landesüblich gewordene Ergebnis; fast ohne Ausnahme haben sie bei geringen Umsätzen mehr profitiert; vielversprechend ist die Mitteilung, daß die Seifenfabrik Schicht A.-G. in Aussig einen Teil ihrer Betriebe wegen Mangels an Rohstoffen einschränken mußte, jedoch in der Lage war, diesen Ausfall durch ein günstiges Ergebnis des Auslandsgeschäftes zum Teile wettzumachen; wer der Meinung war, daß bei so großem Mangel an Seife u. dgl. die erzeugten Waren besser im Inlande geblieben wären, wird den ausführlichen Mitteilungen über das Auslandsgeschäft der jetzt so ungewöhnlich oft genannten Aktiengesellschaft mit Neugierde entgegensehen.

Nicht mitgeteilt wird auch, wie üblich, die Höhe der Tantiemen des Verwaltungsrates. Sie werden nicht gering sein. Im vorigen Jahre bezog jedes der Mitglieder, und zwar die Herren: Exzellenz Graf Geza Andrassy, Dr. v. Adler, Michael Benies, Dr. F. W. Exner, Dr. Heinrich Fries, Freiherr v. Hering, Baron Dr. Adolf Kohner in Budapest, Siegmund Freiherr v. Springer und Kommerzialrat Bernhard Wehler zwischen 32.000 und 50.000 Kronen; je 109.000 Kronen entfielen auf die Herren Adolf Klein und Oberfinanzrat Doktor Julius Petschek. Den Löwenanteil aber erhielt, wie recht und billig, der Präsident Professor Dr. Julius v. Landesberger; es waren 328.000 und etliche hundert Kronen. Eine stattliche Summe, aber sicherlich wohlverdient, da dieser Präsident nicht zu denen gehört, von denen es kürzlich hieß, daß sie sich nicht um die Einzelheiten der Geschäfte kümmern. Der Anteil, den Herr Professor v. Landesberger nimmt, ist groß. Außerdem opfert er der Bank noch seine kostbare Zeit als Verwaltungsrat einiger zwar einträglicher, aber auch zeitraubender Unternehmungen, nämlich: Österreichische Immobilarbank, Bodenkreditanstalt in Budapest, „Allianz" Lebens- und Rentenversicherungsanstalt A.-G., Erste österreichische allgemeine Unfallversicherungsgesellschaft, Hirtenberger Patronen- und Metallwarenfabrik, Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.-G., Österreichischer Verein für chemische und metallurgische Produktion, Schodnica A.-G. für Petroleumindustrie, Josef Manner & Comp. A.-G., „Hungaria" Kunstdünger, Schwefelsäure und chemische Industrie A.-G. in Budapest, k. k. priv. Südbahngesellschaft, „Atlantica" Seeschiffahrtsgesellschaft Budapest, Banque Internationale de Bruxelles, Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen; zusammen vierzehn Stellen, die ja sicherlich die Mitwirkung entsprechend entlohnen — wozu täte man es sonst? — aber doch immerhin auch durch ihre Vielseitigkeit eine gewisse Verantwortung mit sich bringen.

Pester Lloyd Abendbl 17/IV. 1917 49 17

[Ungarische Nesselkultur- und Industrie-Aktiengesellschaft.] Diese Firma wurde heute mit einem Aktienkapital von K 500.000 gegründet und die konstituierende Generalversammlung im Amtslokale der Gesellschaft in Budapest abgehalten. Der Geschäftsplan der Gesellschaft erstreckt sich auf die Kultur, das Sammeln und den Handel von Brennesseln und verwandten Pflanzen zum Zwecke der Gewinnung, beziehungsweise Verwertung des sich daraus ergebenden Fasermaterials, von Futter-, Nahrungsmitteln und sonstigen Produkten. In die Direktion wurden gewählt die Herren Friedrich Pick, Thomas Simson und Richard Pick. In der an die Generalversammlung anschließenden Direktionssitzung wurden den Wiener Fabrikant Herr Friedrich Pick, der bekanntlich durch seine in den letzten Jahren durchgeführten Arbeiten die Nesselsache für die Industrie neubelebte und aktivierte, zum Präsidenten, Herr Richard Pick, Chef der hiesigen Firma H. Pick u. Komp. zum leitenden Direktor und Herr Thomas Simson zum Betriebsdirektor ernannt.

Pester Lloyd

17./IV. 1917

17

50

Generalversammlungen.

Landes-Bodenkreditinstitut für Kleingrundbesitzer.

Unter dem Vorsitz des Hofrates Koloman v. Imrédy hat gestern die ordentliche Generalversammlung dieses Instituts stattgefunden, an der in Vertretung der Regierung Ministerialrat Julius v. Iváby teilnahm. Der Direktionsbericht gedenkt zunächst pietätvoll des Hinscheidens weiland des Königs Franz Josef I., der mit einer namhaften Stiftung einer der Begründer des Instituts war, und begrüßt mit homagialer Ehrfurcht König Karl IV. In warmen Worten wird ferner des verblichenen Direktionsmitgliedes Karl Galóczy gedacht. Was die Geschäftstätigkeit betrifft, so waren dieser auf dem Gebiete der Hypothekarkredite enge Grenzen gezogen; die Nachfrage nach den Pfandbriefen des Instituts war wohl eine rege, doch hat man um die Gewährung neuer Anlehen kaum angesucht. Der Reingewinn beträgt k 515.827.50. Auf Antrag der Direktion, der das Absolutorium erteilt wurde, beschloß die Generalversammlung, als statutenmäßig höchste Dividende fünf Prozent, d. s. k 335.905 von heute an auszubezahlen und den nach Abzug der Tantiemen und Abschreibungen verbleibenden Betrag von k 89.961.25 zur Dotierung des Reservefonds zu verwenden. In die Direktion wurden Dr. Friedrich Piuschich, Baron Géza Pap und Dr. Philipp Darvai (neu), in den Aufsichtsrat zum Präsidenten Dr. Karl Bochkor (neu), zu ordentlichen Mitgliedern Stefan Bernáth, Graf Alexander Teleki, Josef Angyal und Iwan Rakovßky, zu Ersatzmitgliedern Georg Roch und Dr. Illés Bolváry gewählt.

Ungarische Eisenbahn-Verkehrs-A.-G.

Heute fand unter dem Vorsitze des Ministerialrates i. R. Ludwig v. Mándy die einundzwanzigste ordentliche Generalversammlung der Ungarischen Eisenbahn-Verkehrs-Aktiengesellschaft statt, in der 36.005 Stück Aktien mit 1440 Stimmen vertreten waren. Die Direktion meldet in ihrem Berichte, daß im abgelaufenen Jahre eine nennenswerte Anzahl Normalwagen angeschafft wurde, der Fahrpark eine durchaus befriedigende Ausnützung fand, neue und erneuerte Verträge zu günstigen Bedingungen abgeschlossen wurden und das Zisternenwagengeschäft ebenfalls Mehrerträgnisse aufweist. Abschreibungen wurden infolge der Neuanschaffungen in entsprechend höherem Betrage vorgenommen. Was die Beteiligungen an im feindlichen Auslande befindlichen Unternehmungen anlangt, so lassen sich die Folgen der behördlichen Maßnahmen nicht mit Sicherheit beurteilen, doch dürften hieraus keine nennenswerten Verluste zu erwarten sein. Die Eisenbahnbetriebe sowie die Elektrizitätswerke, die zu der Interessensphäre der Gesellschaft gehören, weisen trotz der erhöhten Betriebskosten eine nennenswerte Steigerung der Erträgnisse aus. Die Generalversammlung hat nach Verlesung des Berichtes des Aufsichtskomitees den Antrag der Direktion, die Bezahlung einer elfprozentigen Dividende = k 22 pro Aktie (im Vorjahre k 20), angenommen. In die Direktion wurde Herr Dr. Richard Szirmai, in den Aufsichtsrat wurden die Herren Dr. Franz v. Miskolczy und Artur Frankl wiedergewählt. Die Dividende gelangt in Budapest bei der ungarischen Filiale des Wiener Bankvereins (V., Nádor-utca 4) und in Wien beim Wiener Bankverein (I., Schottengasse 6) vom 17. April an zur Auszahlung.

Pester Lloyd

18./IV. 1917

51

(Gschwindtsche Spiritus-, Preßhefe-, Likör- und Rumfabriks-A. G.) Diese Aktiengesellschaft hat in ihrer heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Georg v. Gschwindt stattgehabten Generalversammlung beschlossen, für das Geschäftsjahr 1916 eine Dividende von k 60 pro Aktie zu bezahlen. Das Unternehmen hat an der Subskription auf die Kriegsanleihen auch im abgelaufenen Jahre teilgenommen und bisher insgesamt zwei Millionen Kronen gezeichnet. Für Kriegswohltätigkeitszwecke hat die Aktiengesellschaft aus Anlaß der Feststellung der Schlußrechnungen k 100.000 gespendet und k 150.000 wurden als Kriegs-Teuerungszulage und Belohnung den Beamten der Gesellschaft zugewendet. Der Kupon wird vom 18. d. an bei der Ungarischen Landes-Zentralsparkasse mit k 60 pro Aktie eingelöst.

Neues Wiener Tagblatt

19./IV. 1917

Börsenprivatverkehr.

Wien, 18. April.

Durch die Friedensbewegung in Rußland ist die Börse in den letzten Tagen in eine hausselustige Stimmung versetzt und das allgemeine Preisniveau ausgiebig in die Höhe gesetzt worden. Nun scheint die obere Grenze vorläufig wieder erreicht worden zu sein, zum mindesten setzten sich heute den Versuchen, neuerliche Erfolge nach aufwärts zu erzielen, Widerstände entgegen, die nicht in jedem Falle besiegt zu werden vermochten. Es lagen zwar weitere Kaufordres vor, aber anderseits meldete sich auch Realisationsbedürfnis an und daraus ergaben sich mehrfache Kursschwankungen, ohne daß angesichts derselben von einem Wechsel der Stimmung gesprochen werden konnte. Die Grundtendenz ist vielmehr dank der unverändert zuversichtlichen Auffassung der Gesamtlage eine feste geblieben. Der Verkehr allerdings erreichte nicht den Umfang und die Lebhaftigkeit der letzten Tage, nachdem die großen Ereignisse an der Westfront sowie die momentanen innerpolitischen Verhältnisse zur Zurückhaltung mahnten und des ferneren mit einer ungünstigen Beeinflussung der Berliner Börse durch die Streiks gerechnet werden mußte. Die freundliche Stimmung kam zunächst auf dem Anlagemarkte, wo insbesondere Renten und Kriegsanleihen in Nachfrage standen, zur Geltung. Auf dem spekulativen Gebiete war die Kursbewegung keine einheitliche, auch nicht bei den einer und derselben Gruppe angehörenden Papieren. Durchweg günstig lagen Schiffahrtsaktien; dagegen bewegten sich Eisen-, Kohlen- und Petroleumaktien nicht gleichmäßig. Südbahnwerte, Rüstungsaktien und die Effekten der Bauindustrie begegneten andauernder Nachfrage; Chemische Fabriks-Aktien dagegen waren angeboten. Die in der letzten Zeit bevorzugten kleinen Loswerte blieben vernachlässigt.

* * *

Fremde Börsen.

Budapest, 18. April. Nach fester Eröffnung machte sich im späteren Verlauf der heutigen Börse Realisationsbedürfnis geltend, so daß sich die Kurse mäßig abschwächten. Vornehmlich waren es die in den letzten Tagen begünstigten Spezialwerte, die nur zu niedrigeren Kursen neue Abnehmer fanden. Die schwächere Tendenz verpflanzte sich nachher auch auf die in der Kulisse gehandelten Effekten, die von ihrem gestrigen Kurs einige Kronen abgeben mußten. Die allgemeine Haltung der Börse war jedoch nicht einheitlich. Eine ausgesprochen feste Haltung zeigte nur der Rentenmarkt, da die Käufe seitens des anlagesuchenden Publikums nach wie vor anhielten. Der Schluß war reserviert.

Berlin, 18. April. An der heutigen Börse blieb aus den bekannten Gründen und infolge der sich immer mehr verstärkenden Hoffnung auf ein glänzendes Ergebnis der sechsten Kriegsanleihe die feste und zuversichtliche Haltung bestehen. Das Geschäft war daher auf allen Märkten ziemlich angeregt und das Interesse wandte sich wieder mehr den sogenannten Friedenswerten zu, die durchweg Steigerungen erfuhren. Dies gilt namentlich von sämtlichen Montan-, Schiffahrts-, Bank-, Automobil- und Petroleumwerten und den bekannten Nebenpapieren, wogegen Rüstungswerte, obwohl im Kurse gut behauptet, vernachlässigt wurden. Große Umsätze zu steigenden Kursen fanden wiederum in russischen Bankwerten, den russischen Allgemeinen Elektrizitäts- und Naphtha-Nobel-Aktien statt. Russische Eisenbahnprioritäten und Anleihen blieben gut behauptet. Die alten heimischen sowie die österreichischen und ungarischen Renten wurden zu etwas höheren Kursen umgesetzt. Als später das glänzende Anleiheergebnis bekanntgegeben wurde, wurde dieses mit lauten Hurrarufen aufgenommen, und die Börse schloß unter diesem Eindruck in sehr fester Haltung.

Paris, 17. April. (Korr.-Bur.) Fondsbörse. 3proz. franz. Rente 61.85, 5proz. franz. Anleihe 88.55, 4proz. span. äuß. Anleihe 100.—, 5proz. Russen (1916) 80.—, 3proz. Russen (1906) 52.20, 4proz. unif. Türken 62.—, Credit Lyonnais 1184.—, Metropolitain 406.—, Nord d'Espagne 413.—, Thomson Houston 680.—, Raff. Fay 462.—, Caoutchout 218.—, Malacca Rubber 162.—, Baku Naphtha 1750.—, Briansker 400.—, Lianosoff 374.—, Maltzeff 560.—, Le Naphtha 409.—, Tula 1210.—, Rio Tinto 1785.—, Cape Copper 123.—, Spaßky Copper 52.—, Utah Copper 650.—, Tharsis 148.—, De Beers 350.—, Goldfields 41.—, Tenganyka 66.—, Randminen 89.—.

London, 17. April. Bei behaupteter Grundtendenz lagen die heimischen Staatspapiere, die fremden Staatsrenten, Gummi- und Oelwerte fest, dagegen Amerikaner schwach, Südafrikaner unregelmäßig und die argentinischen Bahnwerte träge. Die brasilischen Bahnwerte und Kupferaktien konnten sich behaupten. Es notierten unter anderm: Underground 81¼, die neue französische Kriegsanleihe 82⅞, Goldfields 29/9, Shells 111/3, Koninglkes 44½. Der Rohgummipreis erhöhte sich auf 3/1 Schilling. Geld blieb flüssig: Taggeld 3¼ Prozent, Wochengeld 4 Prozent; Diskonte behauptet. Zweimonatwechsel 4¼ Prozent, Dreimonatwechsel 4⅛ Prozent. Die Premier Diamond Co. erklärte auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 125 Prozent. Die Cunard Steamship Co. erzielte einen Jahresgewinn von 2,339,751 Pfund Sterling und schlägt 10 Prozent Dividende, zahlbar in Kriegsanleihe, vor.

London, 17. April. (Korr.-Bur.) Fondsbörse. 2½proz. englische Konsols 55.87, 4proz. Brasilianer (1889) 53.—, 5proz. Russen (1906) 81.75, Canada Pacific 172.—, Erie 30.—, National Railw. of Mexico 5.—, U. S. Steel Corp. Comm. 116.—, Rio Tinto (Pfd. St.) 64,15, Chartered 12,6, De Beers (Pfd. St.) 12,2,6, Goldfields (Pfd. St.) 1,10, Randminen (Pfd. St.) 3,7,6, alte 3½prozentige englische Kriegsanleihe 87.—, neue 5proz. englische Kriegsanleihe 95⅛, Amsterdam (drei Monate) 11.74½, Wechsel auf Amsterdam (kurz) 11.59½.

Fremdenblatt

19/IV. 1917

Beteiligung der Bodenkreditanstalt an der Banque Générale de Bulgarie.

Die Allgemeine österreichische Bodenkreditanstalt hat mit der Pester Ungarischen Kommerzialbank Vereinbarungen wegen eines Eintrittes in die Banque Générale de Bulgarie getroffen. Dieses Bankinstitut wurde im Jahre 1905 von der Pester Ungarischen Kommerzialbank im Vereine mit ausländischen Freunden gegründet, erfreut sich guter Prosperität und hat in den letzten Jahren Dividenden von 6 Prozent gewährt. Die Bank hat ihren Hauptsitz in Sofia und Filialen in Rustschuk, Varna, Burgas, Philippopel und Dedeagatsch. Das Aktienkapital beträgt 5 Millionen Leva; in der für den 30. April einberufenen Generalversammlung wird die Erhöhung auf 8 Millionen Leva beantragt werden. An der Kapitalsvermehrung wird sich die Bodenkreditanstalt durch Uebernahme eines angemessenen Aktienpostens beteiligen.

Der Abend
19/IV. 1918

54

Wiener Bankverein.

In der Generalversammlung von gestern scheint es um einen Gedanken lebhafter zugegangen sein als es sonst in solchen Stilleben üblich ist. Zwei Aktionäre waren so aufreizend unbescheiden, neugierig zu sein und wissen zu wollen, was das Jahr lang mit ihrem Gelde geschehen sei. Man kann sich denken, wie ihnen übers Maul gefahren wurde. Wohin würde es auch führen, rissen solche Sittenverwilderungen allgemein ein! Die Aktionäre Artur Kuffler und Oskar Tschelnitz — ist das derselbe Herr Kommerzialrat Tschelnitz, der kürzlich eine kleine Unannehmlichkeit wegen Preisbildung hatte? — nahmen sich des in seinen heiligsten Gefühlen verletzten Verwaltungsrates mit dem geziemenden Nachdruck an; es fehlte nicht viel und die Störenfriede und Spielverderber wären wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung der Herren von Schenk, von Popper usw. an die Luft gesetzt worden.

Wer, ob solchen Undankes entrüstet, die zunehmende Zügellosigkeit der Aktionärwelt beklagt, der beruhige sich bei der Erwägung, daß der Verwaltungsrat und die Direktion einigen Trost für die erlittene Unbill durch die angenehm gestiegene Tantième erhalten haben. Ist doch diese, was dem tapferen und pflichttreuen Krieger das Signum laudis oder sonst ein Ehrenzeichen; die Größe der Tantième zeigt, wie tapfer der Verwaltungsrat gelitten und gestritten hat. Sie betrug heuer für den Administrationsrat, die Direktoren und die Direktorenstellvertreter zusammen 1,669.510 K. Einer der schon erwähnten Aktionäre war so indiskret, zu verlangen, man möge mitteilen, wieviel davon auf jeden einzelnen entfalle. Das Begehren wurde selbstverständlich stillschweigend abgelehnt. Glücklicherweise sind wir in der Lage, die berechtigte Neugierde des Aktionärs wenigstens einigermaßen zu befriedigen. Wir teilen ihm nachstehend mit, wie die Tantième des Vorjahres unter diese Herren verteilt worden ist. Sie betrug zusammen 928.475 K; sie hat sich also heuer um ungefähr achtzig v. H. erhöht, und der neugierige Aktionär wird sich leicht ausrechnen können, wieviel jeder der Herren heuer erhalten haben mag. Allerdings muß er zu diesem Behufe wissen, wieviel es voriges Jahr war. Da er das aber nicht wissen kann, so lassen wir die Liste, wie wir sie unseren Lesern in der Nummer vom 26. August vorigen Jahres geboten haben, folgen, und um ihm die Mühe des Ausrechnens zu ersparen, setzen wir, gefällig, wie wir in Tantièmenfragen schon sind, in Klammer daneben, wieviel sie heuer ausmacht, wenn unsere Voraussetzung richtig ist, woran zu zweifeln allerdings kein Anlaß ist. Warum sollten übrigens auch die Verwaltungsräte und die Direktoren des Wiener Bankvereines heuer nicht mehr bekommen? Wo alles liebt, sollten gerade sie die höheren Kriegsgewinne hassen?

Es erhielten: Herr Adolf R. v. Schenk 86.356 *K* (154.000?), der Vizepräsident Herr Karl Stögermayer 32.623 *K* (57.000?), die Herren Hans Czizek, R. v. Friedrich, Ulrich Groß, Dr. Heinrich Freiherr v. Haerdtl, Stanislaus Graf Hoyos, Oskar Freiherr v. Klinger, Dr. Hans Graf Larisch, Alfred Freiherr v. Liebig, Kuno Mautner Ritter v. Markhof, Felix Pollak Edler v. Parnegg, Gustav Schlumberger Edler v. Goldeck je 21.748 Kronen (38.000 ?), Herr Pitner 16.311 Kronen; die Direktoren Popper, Kuranda, Marcus, Ichenhäuser und Heinsheimer je 115.141 *K* (207.000?); die Herren Direktorstellvertreter Adler 28.785 *K* (50.000?), Oskar Pollak 25.586 *K* (46.000?), Baron Lippe, Ignaz Popper, Georg Kutzmanno und August Poisson je 19.190 *K* (28.000?).

Überdies hatten die Direktoren Popper, Kuranda, Marcus, Ichenhäuser und Heinsheimer voriges Jahr jeder 50.000 (fünfzigtausend) Kronen Teuerungszulage bekommen. Ob auch heuer? Es ist sehr wahrscheinlich. Das Leben ist ja nicht billiger geworden; weder für die Herren Direktoren noch für uns. Warum sollten da nicht wenigstens die Herren Direktoren wieder die Teuerungszulage bekommen?

Sollten die Herren von der Verwaltung und Direktion das Gefühl gehabt haben, daß sie heuer mit unbescheidenen Fragen belästigt würden, so sei ihnen an einem kleinen Beispiel gezeigt, daß ihre Auffassung nicht ganz zutreffend war und daß vielmehr die Aktionäre auch heuer nicht im geringsten ihrer Pflicht, still und unbescheiden zu sein und die reine Freude ihrer Vorgesetzten nicht zu stören, nicht vergessen haben. Man erinnert sich vielleicht noch, wie der Bankverein im Laufe des Geschäftsjahres 1916 die kleine Unannehmlichkeit einer Unterschlagung mit darauf gefolgter Gerichtsverhandlung gehabt hat. Die Aktionäre waren sicherlich im höchsten Grade pflichttreu, wenn sie Fragen, wie die Sache eigentlich gewesen und wie sie möglich geworden sei, insbesondere aber wer dem ungetreuen Angestellten den in der Gerichtsverhandlung so oft erwähnten unbegrenzten und unüberwachten Wirkungskreis geschaffen habe, mit nicht genug zu rühmender Diskretion unterlassen haben.

Reichspost 20./IV. 1917 55

Die Kirchengüter und die Banken.

Unter diesem Titel veröffentlichte unlängst die bekannte, von Professor Bangha S. J. herausgegebene ungarische katholische Revue „Magyar Kultura" folgenden auch für unsere Leser interessanten Aufsatz:

Es verlautete durch die Tagespresse, daß eine der hauptstädtischen Großbanken eine neue Aktiengesellschaft projektiert, deren Hauptzweck ausschließlich die Erwerbung von Großpachtungen und die Finanzierung von Landwirtschaftsbetrieben wäre. Dem Vernehmen nach sollte einen kleinern Teil der Aktien der zu gründenden neuen Gesellschaft der Fürstprimas und eventuell auch andere kirchliche Würdenträger übernehmen. Die „Mehrproduktions-Aktiengesellschaft" würde dann den Beneficiaten der Kirchengüter behilflich sein, die Besitze in modernerem und gewinnbringenderem Geiste zu bewirtschaften. Eine aus der primatialen Aula stammende Erklärung läßt nicht zweifeln, daß das Wohlwollen des ersten Kirchenfürsten des Landes nicht gewonnen werden kann zur Unterstützung irgend welcher geheimen oder offenen Absichten, die eine Minderung der kirchlichen Besitzverwaltungssouveränität bezwecken und nicht in erster Reihe lediglich dem kirchlichen und nationalen Interesse dienen würden. Ob die Bankleute ihren dienstfertigen Antrag gut gemeint haben, ist nach allen Erfahrungen der Vergangenheit mehr als fraglich. Wohlklingende „altruistische" Redensarten brauchten die Banken niemals aus der Nachbarschaft zu borgen, wenn sie ihre rücksichtslos egoistische Praxis zu bemänteln hatten. Es kann die hinsichtlich der „Selbstlosigkeit" der Banken feststehende öffentliche Auffassung auch dadurch nicht wankend gemacht werden, daß bei der Gründung auch dem Staate ein Anteil zugedacht wurde. Die wissen eben wohl, was sich „schickt". Nicht zum ersten Male lassen sie auch für den Gatten decken, an der Namensfeiertafel des „Hausfreundes".

Betrachten wir das in plutokratischer Opferbereitheit gezeugte Projekt doch ein wenig näher. „Die Bewirtschaftung der Güter in modernerem und gewinnbringenderem Geiste." Wo will denn die Bank diesen „Geist" hernehmen? Sie ist doch Bank und nicht Lehrkörper irgend einer Landwirtschaftshochschule. Hat sie vielleicht ein Patent erworben, das die Erzeugung jenes gewissen „Geistes" — gleich des Nitrogens aus der Luft — im großen ermöglicht? Nein, „Fachleute" sollen angestellt werden, auf daß der nötige Geist von diesen „ins Haus gestellt" werde. Die Ausgaben hinwieder möchten sie vermutlich mit den Spareinlagen der Geistlichkeit und aus dem Erlöse der im Kreise der Kirche untergebrachten Bankemission bedecken. Hiezu bedarf es keiner Bank!

Mögen die Verwalter der Kirchengüter sich zu einem Syndikate organisieren, das bei voller Wahrung der Souveränität der Beneficiare die in mancher Hinsicht bis zu einem gewissen Grad nützlich zentralisierbare Verwaltung der Güter auf Grund regelmäßiger, öfterer Besprechung gemeinschaftlich plant und in dem gewünschten Geiste leitet. Die Gesamtheit der Kirchengüter Ungarns, beziehungsweise deren Verwalter, könnten sich hiezu den vernünftigen Aufwand gestatten, als Beirat zur Schulung ihrer Wirtschaftsleiter einige sozial und technisch geschulte Kräfte anzustellen. Die zu den neuen Ausgaben nötigen Kapitalien wird man auch nicht in der Ferne suchen müssen. Sollte tatsächlich Mangel daran sich zeigen, wird sich der Anträge eine schwere Menge einstellen. Denken wir z. B. an einen grundbücherlich zu sichernden Titer eigener Emission. Es wäre vielleicht angezeigt, den agrikolen Kirchenbesitz dem Staate (?) oder einem durch ihn und unter seiner Garantie, mit Einbeziehung der Kirchenfürsten, der Domkapitel und der Ordensstifte zu schaffenden, wahrhaft altruistischen Institute zu verpachten, damit dieses die Felder in Erbpacht weitergeben könne an zu organisierende Landwirtegenossenschaften. Auch für solchen Fall läßt sich das modernste und den Ertrag auf das höchste Maß zu fördern geeignete System sichern; dabei können dann auch die nach der Richtung der sittlichen Ziele der Kirche blickenden sozialen Rücksichten zur Befriedigung gelangen.

Emanuel Halacz.

Fremdenblatt Abendbl 20/IV 1917 56

Unionbank.

(Generalversammlung vom 20. April.)

Unter dem Vorsitze des Präsidenten des Verwaltungsrates Herrn Eugen v. Minkus hat heute vormittags die (47.) ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Unionbank stattgefunden. Es waren 42 Aktionäre erschienen, welche 18.690 Aktien mit 912 Stimmen repräsentierten. Als landesfürstlicher Kommissär war Ministerialrat Dr. Josef Künstler anwesend. Nach Erledigung der Formalitäten brachte Direktor Moi' Weishut den Geschäftsbericht für das Jahr 1916 zur Verlesung, dem nachstehende Mitteilungen zu entnehmen sind:

Aus dem Geschäftsberichte.

Wir beehren uns, Ihnen über die Ergebnisse des Jahres 1916, des siebenundvierzigsten seit dem Bestande unseres Institutes, Bericht zu erstatten. Wieder blicken wir auf ein Kriegsjahr zurück. Neue schwere Kämpfe waren zu bestehen. Der Krieg ist ein Kampf aller gegen alle geworden. Zu den epochalen Ereignissen, an denen der Weltkrieg so reich ist, sind in jüngster Zeit zwei neue hinzugetreten: die Revolution in Rußland und die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Tragweite der beiden Geschehnisse läßt sich dermalen noch nicht ermessen, unerschüttert aber bleibt unsere Zuversicht. Sie stützt sich auf das Vertrauen zu der glänzend bewährten Kriegführung der Mittelmächte und darauf, daß die starke Belastungsprobe, die dem ganzen Gefüge unserer Volkswirtschaft in dreiunddreißig Kriegsmonaten auferlegt war, in so imponierender Weise von ihr bestanden wurde.

Wie im Jahre 1915 so waren auch im Berichtsjahre die Gütererzeugung, der Handel und der Verkehr fast ausschließlich den militärischen Interessen dienstbar gemacht. Im Leihgeschäfte der Banken setzte sich die die Kriegswirtschaft stets begleitende Erscheinung des Geldüberflusses fort. Wir waren in der Lage, die neu zugeströmten Gelder zum Teile im laufenden Bankgeschäfte fruchtbringend zu verwerten, im übrigen aber hat auch unser Institut bei den staatlichen Kriegsanleihen und den mit ihnen zusammenhängenden Operationen erfolgreich mitgewirkt.

Die Kapitalsvermehrung.

Die Kapitalsvermehrung, die in der Generalversammlung vom 20. Dezember 1916 beschlossen und in unserem damals erstatteten Berichte als eine die Friedenswirtschaft vorbereitende Aktion eingehend begründet wurde, ist schon zu Anfang des laufenden Jahres, also in kurzer Frist, mit vollem Erfolge durchgeführt worden. Die Neuemission umfaßte 37.500 Aktien im Nominalbetrage von 15 Millionen Kronen, wovon wir 35.000 Stück unseren Aktionären zum Bezuge angeboten und 2500 Aktien dem zur Sicherung der ganzen Operation gebildeten Syndikate überlassen haben. Unser Gesellschaftskapital erhöhte sich dadurch von 70 auf 85 Millionen Kronen. Die neu ausgegebenen Aktien haben an den Erträgnissen des abgelaufenen Jahres keinen Anteil: die Ihnen vorgelegten Abschlußziffern beziehen sich noch auf das Aktienkapital von 70 Millionen Kronen. Der Mehrerlös über den Nominalbetrag der neuen Aktien ist statutengemäß dem Kapitalsreservefonds zugeflossen, erscheint aber, da die Abwicklung erst im laufenden Jahre sich vollzog, in der vorliegenden Bilanz noch nicht verrechnet.

Wir besitzen noch Ihre Ermächtigung, die zweite Hälfte der im Dezember beschlossenen Kapitalsvermehrung, also neuerlich 37.500 Aktien in dem uns geeignet erscheinenden Zeitpunkte zu begeben.

Die Summe aller im Jahre 1916 erzielten Erträgnisse beziffert sich mit 13,77 Millionen Kronen, hat sich sohin im Vergleiche zum Vorjahre um 2,7 Millionen Kronen gehoben; der Reingewinn des abgelaufenen Jahres beträgt 7,298.253 Kronen gegen 6,416.658 Kronen im Jahre 1915, weist also nur eine Steigerung um 876.600 Kronen aus, da die Lasten nicht nur durch den erhöhten Aufwand für Gehalte und Spesen, sondern hauptsächlich durch starkes Anwachsen der Steuern und durch beträchtliche Beiträge zu Zwecken der Kriegsfürsorge eine bedeutende Vermehrung erfahren haben. Bei allem vermögen wir den Aktionären eine gegen die Ausschüttung des Vorjahres wesentlich gesteigerte Dividende zu bieten, die sich auf der Höhe des Erträgnisses des letzten Friedensjahres hält, und können auf die in der abgelaufenen Geschäftsperiode vermehrten Reserven und auf die beträchtliche Wertsteigerung unserer hauptsächlichsten Aktiven hinweisen. Die von uns zum Teile bereits eingeleitete Ausdehnung unseres Geschäftsbetriebes wollen wir in jenem Zeitpunkte vornehmen, in welchem für neue Unternehmungen verläßliche Richtlinien geschaffen sein werden.

Die Verwendung des Reingewinnes.

Nach der vorliegenden Bilanz beträgt der Reingewinn pro 1916 7,822.710 Kronen. Wir beantragen, hievon 5,950.000 Kronen, d. i. 8½ Prozent, demnach 34 Kronen per Aktie, als Dividende zu verteilen und von dem abzüglich einer 5prozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitals und des Gewinnvortrages verbleibenden Betrage von 3,798.253 Kronen die Quote von 20 Prozent, d. i. 758.650 Kronen, in den Reservefonds zu hinterlegen, so daß nach Abzug des statutenmäßigen Betrages für die Tantieme des Verwaltungsrates in der Höhe von 879.825 Kronen ein Betrag von 784.734 Kronen erübrigt. Wir beantragen weiters, der Pensionskasse unseres Institutes, deren Vermögensstand Sie dem diesem Berichte angeschlossenen Ausweise entnehmen wollen, wie im Vorjahre den Betrag von 100.000 Kronen, dem Kaiser Franz Joseph-Jubiläumsfonds für die Angestellten des Institutes und deren Angehörige eine Dotation von 50.000 Kronen zuzuwenden und die alsdann verbleibenden 584.734 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen.

Von unseren Angestellten sind dermalen 251 unter den Waffen; die meisten dieser wackeren Männer erfüllen schon seit Kriegsbeginn mit Aufopferung ihre patriotischen Pflichten und viele von ihnen sind für tapferes Verhalten vor dem Feinde mit Allerhöchsten Auszeichnungen bedacht worden. Mit aufrichtiger Trauer müssen wir mitteilen, daß in Erfüllung ihrer Soldatenpflicht die Herren Ferrucio Boso, Dr. Anton Goldschmidt, Emil Hallas und Hans Pörnbacher ihr Leben für das Vaterland ließen. Wir werden das Andenken dieser Braven mit dankbarer Pietät bewahren.

Wahlen in den Verwaltungsrat.

Herr Rudolf Löw-Beer hat sich infolge gesteigerter Inanspruchnahme durch Geschäfte seiner Firma zu unserem lebhaftesten Bedauern veranlaßt gesehen, sein Mandat als Verwaltungsrat niederzulegen. Die Interessen unseres Institutes fanden in ihm einen eifrigen Vertreter; wir fühlen uns verpflichtet, ihm hiefür an dieser Stelle unseren wärmsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Nach § 9 unserer Statuten haben die Wahlen in den Verwaltungsrat für die nach Ablauf ihrer Funktionsdauer zum Austritte bestimmten Herren Stephan Auspitz v. Artenegg, Dr. Max Déri, Georg Ritter v. Metaxa, Eugen v. Minkus und Dr. Gotthold Stern stattzufinden.

Nach Erstattung des Berichtes des Revisionsausschusses durch Herrn Hutterstrasser erfolgte ohne Debatte einstimmig die Annahme sämtlicher Anträge des Verwaltungsrates. Die ausscheidenden fünf Verwaltungsräte wurden wiedergewählt und der Revisionsausschuß neuerlich zur Funktion berufen. Die Generalversammlung wurde sodann geschlossen.

Neues Wiener Tagblatt

20./10. 1917

57

(Geschäftsbericht der Deutschen Erdölgesellschaft.) Aus Berlin wird uns telegraphiert: Der Geschäftsbericht der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft erwähnt, daß die österreichischen Unternehmungen befriedigend arbeiteten und zu angemessenen Bedingungen beträchtlich erweitert wurden; sie stehen nach 829,402 Mark Valutaabschreibung mit 6,159,347 Mark zu Buch, außerdem die „Olex" nach 101,841 Mark Abschreibungen mit 1,514,592 Mark. Ueber die rumänischen Unternehmungen, welche nach 8 Millionen Mark Abschreibungen noch mit 4,387,725 Mark figurieren, wird gesagt, daß die Gruben am meisten von der Zerstörung betroffen wurden, so daß sie größtenteils neu aufgebaut werden müßten, während die Raffinerie Vega zwar empfindlich beschädigt, inzwischen notdürftig hergestellt und als erste im Lande kürzlich wieder in Betrieb gesetzt wurde. Die Gruben sind mit der Wiederherstellung und Neubohrungen beschäftigt und nahmen jüngst die beschränkte Rohölförderung wieder auf. Der Bruttogewinn der Gesellschaft betrug 48·7 (Vorjahr 32·5) Millionen, davon gehen ab 3 Millionen Unkosten, 13 Millionen Abschreibungen, 15·5 Millionen Kriegsrücklage. Aus 13·5 Millionen Reingewinn, zu dem 0·8 Millionen Vortrag treten, werden, wie bereits gemeldet, 25 Prozent (Vorjahr 20 Prozent) Dividende gezahlt. Gute Erfolge verspricht sich die Gesellschaft aus der Oelgewinnung aus Braunkohle, welche in Rositz und Regis in großem Umfang angelegt wird. Dort sollen Teer und Heizgas, als Nebenprodukt Ammoniumsulfat, ferner aus dem Braunkohlenteer Heiz- und Treiböl, Schmieröl und Paraffin erzeugt werden. In absehbarer Zeit glaubt man damit in großem Umfang die Einfuhr ausländischer Mineralöle durch inländische ersetzen zu können und erwartet für den neuen Industriezweig nach dem Kriege Schutz und Förderung.

Der Abend
20/IV 1917

58

Allgemeine Depositenbank in Wien. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, hat nunmehr nebst den Herren Adolf und Paul Schönwald auch Herr Paul Schiff Edler v. Suvero dem Verwaltungsrat der Depositenbank mitgeteilt, daß er auf seine Stelle verzichte. Unter solchen Verhältnissen ist die Firma Gebrüder S. u. M. Reitzes in der Verwaltung der Depositenbank überhaupt nicht mehr vertreten. Herr Paul Schiff v. Suvero steht in verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Chef der Bankfirma Reitzes. Der Verwaltungsrat der Depositenbank dürfte durch Zuwahl ehestens soweit vollzählig sein, daß die Feststellung des Rechnungsabschlusses wird erfolgen können. Wie in Bank- und Börsenkreisen verlautet, dürfte die Dividende mit K 36 bis K 37 gegen K 34 i. V. bemessen werden, ein Beweis, daß für gewisse Leute wirklich das Wort des Bauern-Weltweisen gilt: „Es kann dir nix g'scheh'n!“ — Den Verkaufsabsichten des Großaktionärs kommt eine höhere Dividende natürlich wohlwollend entgegen, denn je höher die Dividende, um so höher auch der Kurs, zu dem man Außenstehenden die Aktien anhängen kann.

Neue Freie Presse
20./IV. 1917.

Die Bewegung auf dem Effektenmarkte.

Die Umsätze im beschränkten Privatverkehr des Wiener Platzes haben in den letzten Monaten an Ausdehnung zugenommen und auf vielen Gebieten eine Höhe erreicht, welche an sehr lebhafte Perioden der Friedenszeit erinnert. Die Käufe haben nicht nur in der Zahl der vorgefallenen Schlüsse einen großen Umfang erlangt, sondern auch die verschiedensten Wertkategorien erfaßt. Im vorigen Jahr war der Verkehr vorwiegend jenen Papieren zugewendet, die von der Konjunktur des Krieges unmittelbar Nutzen zogen, in erster Linie den Rüstungs- und Munitionsaktien, sodann den Eisenwerten und sonstigen Montanpapieren. In diesen Aktien war schon nach den ersten Kriegsmonaten das Geschäft sehr umfassend und die Entwicklung der Preise fast unausgesetzt nach aufwärts gerichtet. Seit dem Herbst des vorigen Jahres hat aber auch eine immer wachsende Anzahl anderer Wertpapiere den Gegenstand der Betätigung gebildet. In dem Maße, als das Kriegsende nähergerückt erschien und die Hoffnung auf den Friedensschluß stärker hervortrat, erweiterte sich das Interesse namentlich für die sogenannten Friedenspapiere, das sind die Anteile jener Unternehmungen, welche hauptsächlich bei dem Uebergang zur Friedenswirtschaft in Betracht kommen. Hieher zählen zunächst die Aktien der Schiffahrtsunternehmungen, sodann die Anteile von Maschinenfabriken, die Aktien aller Banken und in der letzten Zeit auch die Bauwerte. Daneben waren die eigentlichen Kriegspapiere nicht vernachlässigt, und so hat sich eine durchgreifende Ausdehnung des Verkehres mit einer allgemeinen, sehr raschen, wiederholt stürmischen Preiserhöhung entwickelt.

Die hauptsächlichste Stütze der Bewegung bildet die Beurteilung der militärischen und politischen Lage der Monarchie. Die Wiener Börse ist in dieser Richtung in Uebereinstimmung mit dem Berliner Platze, wenn auch wiederholt in hiesigen finanziellen Kreisen darauf hingewiesen wurde, daß die Entwicklung in Berlin langsamer erfolge und sich dort die Bewertungen von der Grundlage des Ertrages nicht so weit entfernen. Einen wesentlichen Einfluß auf die Bewegung nahmen zwei Faktoren: die Kriegsgewinne und der beispiellos flüssige Geldstand. Die Gewinne aus Heereslieferungen und sonstigen mit dem Kriege in Zusammenhang stehenden Aufträgen erhöhen den Ertrag der Unternehmungen, deren Anteile Gegenstand des Handels sind, und bilden selbst wieder den Ausgangspunkt für neue Käufe, da bedeutende aus der Abwicklung solcher Bestellungen einfließende Summen zur Anschaffung von Wertpapieren verwendet werden. Auf diese Weise hat sich seit Jahr und Tag der Kreis der Teilnehmer am Effektenmarkte erweitert und es sind ihm auch Elemente zugewachsen, die früher kein Interesse an Effektenkäufen nahmen. Die Geldflüssigkeit hat einen noch nie dagewesenen Umfang, der Privatdiskont stellt sich auf 1½ Prozent, und die Placierung größerer Mittel ist namentlich im Wechselverkehr unmöglich geworden. Auch im Report ist nur geringer Geldbedarf, weil die Käufe zumeist vollständig mit barem Gelde oder unter Ausnützung des Bankkredits durchgeführt werden. Die Geldflüssigkeit wirkt um so stärker auf den Markt mit Wertpapieren ein, als die industrielle Betätigung und der Warenhandel vielfach gehemmt sind, eine Möglichkeit der Verwendung großer Kapitalien für Investitionen nur selten vorliegt und die Summe der brachliegenden Mittel im Zusammenhange mit der Erweiterung des Notenumlaufes ständig zunimmt.

Durch diese konstante Kaufbewegung sind die Preise der meisten den Gegenstand des Verkehres bildenden Werte rasch und zuweilen stürmisch emporgestiegen. Da der berufsmäßige Börsenhandel daran verhältnismäßig weniger teilnimmt als die außerhalb des Marktes stehenden Kreise, so vollzieht sich auch die Preisentwicklung in den leitenden Marktpapieren ruhiger und die Preise haben in den letzten Monaten relativ geringere Aenderungen erfahren. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt bereits seit geraumer Zeit im Schranken, wo dem andauernden Kaufbestreben nur ein kleineres Effektenmaterial gegenübersteht und deshalb oft auch mäßige Käufe eine größere Bewegung auslösen. Die Steigerungen haben hiedurch in einzelnen Werten während weniger Wochen viele Prozente des Nominalkapitals betragen und die Bewertungen, die der freie Verkehr hervorgebracht hat, gehen vielfach über die höchsten Preise der früheren Friedenszeit weit hinaus. Namentlich in den Papieren solcher Unternehmungen, welche im kommenden Frieden eine größere Beschäftigung erhalten zu können glauben, sind Kurse entstanden, die sich von jeglicher Rentabilität fernehalten und eine bereits sehr weit ausgreifende Entwicklung vorwegnehmen. Insbesondere sind Aktien, die während des Krieges ganz erträgnislos geblieben sind, in erster Linie die Schiffahrtspapiere, zu steigenden Kursen, die ein Mehrfaches des Nominales darstellen, bezahlt und in großen Posten umgesetzt worden. Infolgedessen traten bei den Vergleichungen der Rentabilität die größten Gegensätze zutage und durch die Phantasie wurde die nüchterne Berechnung des Ertrages gänzlich ausgeschaltet. Bei Industriepapieren geht jetzt bereits die Rentabilität, welche die Marktbewertungen ausdrücken, über das Niveau der Anlagepapiere hinaus, so daß auf das im Kriege vorhandene Risiko kein Bedacht genommen ist und eine ungestörte aufsteigende Entwicklung auf mehrere Jahre als Voraussetzung erscheint. Papiere, die infolge der Verlustbilanzen während des Krieges noch eine geraume Zeit zur vollständigen Sanierung brauchen werden, haben Bewertungen erreicht, die in der früheren Friedenszeit nie verzeichnet worden waren.

Ein erfreulicheres Bild weist der Anlagemarkt auf. Die Staatswerte haben den Charakter der Stetigkeit festgehalten. Namentlich in den letzten Wochen war der Verkehr sehr lebhaft, die Nachfrage aus weiten Kreisen des Publikums umfassend, das sichere, den Schwankungen entrückte Anlagen suchte und hiebei insbesondere auf die Kriegsanleihen zurückgriff. Die Bewertungen der Kriegsanleihen zeigten Besserungen um mehrere Prozente, und die Anschaffungen in diesen Papieren dauern von seiten des Kapitals ununterbrochen an. Die Bewegung hat in den letzten Wochen auch alle anderen staatlichen Werte erfaßt, die bereits einen höheren Preisstand als in den Monaten vor dem Ausbruche des Krieges zeigen. Die Umsätze erstreckten sich hiebei sowohl auf Renten wie auf erstklassige Prioritäten und Städteanleihen. An manchen Tagen erreichte der Verkehr auf dem Anlagemarkte viele Millionen und hat zeitweilig das Interesse für die Vorgänge auf dem Aktienmarkte zurückgedrängt.

Zu der teilweise sprunghaften Entwicklung, welche die Preisbewegung auf dem Aktienmarkte in letzterer Zeit genommen hat, trägt zweifellos der Charakter des beschränkten Marktverkehres bei. Die Preisbewegung vollzieht sich ohne zureichende Kontrolle der Oeffentlichkeit und ist eigentlich nur den Kreisen der unmittelbar Beteiligten genauer bekannt, weil die Veröffentlichung der Preise, zu denen die Abschlüsse getätigt wurden, nicht gestattet ist. Durch drei Jahre, seit dem Beginn des Krieges, wurde nur ein einzigesmal zu Steuerzwecken eine Schätzung der Effektenbewertungen vorgenommen und der Oeffentlichkeit mitgeteilt. Die großen Veränderungen, die sich in der Zwischenzeit und seither vollzogen haben, sind nur in engeren Kreisen bekannt, und gerade jener Teil der Aktienbesitzer, der gewohnt ist, den Bewegungen des Effektenmarktes nicht unmittelbar zu folgen, ist über die Preisbewertungen in der Regel nicht unterrichtet. Die stärkste Gewähr für eine den tatsächlichen Verhältnissen und Auffassungen entsprechende Preisentwicklung würde die Kontrolle der Oeffentlichkeit bilden, die es ermöglichen könnte, daß das Urteil der weiten Kreise der Aktienbesitzer in den Bewertungen zum Ausdruck gelangt. Die Ansicht ist eine allgemeine, daß eine Erweiterung der Oeffentlichkeit und eine stärkere Einsichtnahme des finanziellen Publikums den Bewertungen des Effektenmarktes einen regelmäßigeren Charakter verleihen, den Verkehr weniger stoßweise und organischer gestalten würde. Die jetzigen Uebertreibungen sind gewiß bedenklich und würden ohne die Heimlichtuerei rascher verhütet werden können.

Vossische Zeitung

21./IV. 1917.

Die Kriegsgesellschaften.

Organisation der Organisation.

Die Kriegsgesellschaften verteidigen sich. Sie fühlen sich zu sehr Gegenstand der öffentlichen Kritik und wollen richtigstellen, was ihrer Meinung nach zu Unrecht gegen sie vorgebracht wird. Die allzu behäbige und kostbare Einrichtung ihrer Büros — die berühmten Klubsessel der kriegswirtschaftlichen G. m. b. H.'s —, die hohen Gehälter der Angestellten, die von der privaten Kaufmannschaft als unlauterer Wettbewerb gewissermaßen auf Kosten der Allgemeinheit angesehen werden, der Vorwurf, in den Kriegsgesellschaften säßen zuviel Interessenten und die peinlichen Erörterungen, die sich an die kostspieligen Mietsverträge einzelner G. m. b. H.'s geknüpft haben — alles das fällt den Gesellschaften auf den Nerven.

In den Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt holen sie zum Gegenstoß aus. Die Verteidigung besteht freilich nur in geharnischten Erklärungen, es sei eben alles nicht so wie die Kritik es darstelle, es sei anders und es sei durchaus alles in Ordnung. Die Gehälter hielten sich in den üblichen Grenzen des kaufmännischen Lebens, die Interessenten, auf deren Sachkenntnis die G. m. b. H.'s nicht verzichten könnten, würden in ihren Maßnahmen streng beaufsichtigt u. s. f. Das muß man alles zunächst auf Treu und Glauben hinnehmen, doch finden sich in dem Aufsatz Andeutungen, aus denen man entnimmt, daß die Kritik jedenfalls eine strengere Durchprüfung aller dieser behaupteten Mängel erreicht hat.

Es ist zurzeit eine eingehende Untersuchung der Geschäftsgebarung aller Kriegsgesellschaften durch erfahrene Sachverständige im Gange. Es ist ferner eine Mietszentrale beim statistischen Büro des Reichsschatzamts eingerichtet worden, deren sich die Kriegsgesellschaften bei Abschluß von Mietsverträgen bedienen müssen, und schließlich wird angestrebt, die Zahl der G. m. b. H.'s nach Möglichkeit zu verringern und, so weit es geht, zusammen zu legen. Auf dem Gebiet der Bewirtschaftung des Getreides und der Hülsenfrüchte soll das voraussichtlich schon im Laufe der nächsten Monate geschehen.

Das ist alles recht schön und gut und wird hoffentlich von den zuständigen Behörden mit Tatkraft und Rücksichtslosigkeit ins Werk gesetzt. Nur leider —. gegen den Hauptvorwurf, daß die meisten der Gesellschaften, so weit sie sich mit der Lebensmittelversorgung befassen, die von ihnen bewirtschafteten Waren in eine geradezu kopflose Flucht vom Markte zu jagen pflegen, scheint man bisher noch kein ausreichendes Mittel gefunden zu haben.... kn.

Pester Lloyd

21./IV. 1917.

Generalversammlungen.

Unionbank.

Wien, 20. April.

Heute hat die ordentliche Generalversammlung der Unionbank stattgefunden. Der nach Erledigung der Formalien zur Unterbreitung gelangte Geschäftsbericht der Verwaltung verleiht zunächst der vollen Zuversicht in den erfolgreichen Ausgang des Weltkrieges Ausdruck, die sich auf das Vertrauen zu der glänzend bewährten Kriegführung der Mittelmächte und darauf stützt, daß die starke Belastungsprobe, die dem ganzen Gefüge unserer Volkswirtschaft in 33 Kriegsmonaten auferlegt war, in so imponierender Weise von ihr bestanden wurde. Ueber die im abgelaufenen Jahre durchgeführte Erhöhung des Aktienkapitals äußerte sich der Bericht wie folgt: Die Kapitalsvermehrung, die in der Generalversammlung vom 20. Dezember 1916 beschlossen und in unserem damals erstatteten Berichte als eine die Friedenswirtschaft vorbereitende Aktion eingehend begründet wurde, ist schon zu Anfang des laufenden Jahres mit vollem Erfolg durchgeführt worden. Die neue Emission umfaßte 37.500 Aktien im nominalen Betrage von 15 Millionen Kronen, wovon wir 35.000 Stück unseren Aktionären zum Bezuge angeboten und 2500 Aktien dem zur Sicherung der ganzen Operation gebildeten Syndikat überlassen haben. Unser Gesellschaftskapital erhöhte sich dadurch von 70 auf 85 Millionen Kronen. Die neu ausgegebenen Aktien haben an den Erträgnissen des laufenden Jahres keinen Anteil. Die vorgelegten Abschlußziffern beziehen sich noch auf das Kapital von 70 Millionen Kronen. Der Mehrerlös über den Nominalbetrag der neuen Aktien ist statutengemäß dem Kapitalreservefonds zugeflossen, erscheint aber, da die Abwicklung sich erst im laufenden Monat vollzog, in der vorliegenden Bilanz noch nicht verrechnet. Die Direktion besitzt noch die Ermächtigung, die zweite Hälfte der im Dezember beschlossenen Kapitalsvermehrung, also neuerlich 37.500 Aktien in einem ihr geeigneten Zeitpunkte zu begeben. Die Generalversammlung nahm den Geschäftsbericht und die unterbreiteten Schlußrechnungen zur Kenntnis und beschloß im Sinne der Anträge des Verwaltungsrates, den fälligen Aktienkupon mit k 34 einzulösen. Von dem nach Abzug der fünfprozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitals und des Gewinnvortrages verbleibenden Betrag von k 3,793.253.69 werden k 758.650.74 dem Reservefonds zugeführt, als statutenmäßige Tantiemen k 379.325.27 verwendet, der Pensionskasse des Instituts k 100.000, dem Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumsfonds für die Angestellten der Bank k 50.000 zugewiesen und der Rest von k 584.734.40 auf neue Rechnung vorgetragen.

Kroatische Landesbank A.-G., Osijek.

Unter dem Vorsitze des Direktionspräsidenten Oskar Weißmayer fand gestern die ordentliche Generalversammlung der Kroatischen Landesbank A.-G. in Osijek statt. Die vorgelegte Bilanz, die bei einem Aktienkapital von fünf Millionen Kronen mit einem Reingewinn von k 763.554.78 schließt, wurde genehmigt und die Anträge der Direktion zur Zahlung einer achtprozentigen Dividende — gegen sechs Prozent im Vorjahre —, Dotierung des Reservefonds mit k 200.000, Erhöhung des Aktienkapitals auf zehn Millionen Kronen wurden angenommen. Die ausgeschiedenen Direktions- und Aufsichtsräte wurden wiedergewählt; neugewählt wurden: Landtagsabgeordneter Dr. Bogoslav Mazuranics, Novi, zum Direktionsrat, Fran Petrics in Zagreb zum Aufsichtsrat. In der nach der Generalversammlung stattgefundenen Direktionssitzung wurde zum Vizepräsidenten der Anstalt der Vizepräsident der Zivnostenská Banka Dr. Franz Malinsky, Prag, wiedergewählt. Des weiteren wurde beschlossen, in Karlovac eine Filiale zu eröffnen.

Neues Wiener Tagblatt

22/IV. 1917.

22
64

Wirtschaftliche Wochenchronik.

15. April. Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz über die Handhabung der Preistreibereiverordnung.

16. April. Beginn der Tätigkeit des österreichischen Generalkommissariats für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft. — Aufruf Wilsons zur Vermehrung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Amerikas aus Anlaß des Krieges. — Gründung einer Gesellschaft in England zur Versicherung gegen Verluste durch einen plötzlichen Friedensschluß.

17. April. Einführung einer Luxussteuer in Italien auf Juwelen, goldene und silberne Gegenstände und Perlen. — Ankündigung der Absicht der amerikanischen Regierung, eine hohe Kriegsgewinnsteuer einzuführen und die Einkommensteuer zu erhöhen.

18. April. Auf die sechste deutsche Kriegsanleihe nach den bisherigen Feststellungen 12·7 Milliarden gezeichnet. Jedes bisherige Subskriptionsresultat hiedurch übertroffen. — Einführung der Markwährung im Generalgouvernement Warschau. Verbot der Zahlungen in Rubeln.

19. April. Aufruf der russischen Regierung zur Zeichnung einer sogenannten Freiheitsanleihe.

20. April. Der Notenumlauf der Bank von Frankreich auf mehr als 19 Milliarden Franken gestiegen, davon mehr als 10 Milliarden Vorschüsse an den Staat.

Fremdenblatt

24./IV. 1917

Bank und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur".

Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Eugen Brettauer hat gestern in Anwesenheit von 39 Aktionären, die 48.977 Aktien mit 1955 Stimmen repräsenierten, die Generalversammlung über das 29. Geschäftsjahr stattgefunden. Als Regierungskommissär fungierte der k. k. Sektionsrat Dr. Leo Jacker. Nach Erledigung der Formalitäten gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des verstorbenen Verwaltungsratsmitgliedes kaiserlichen Rates Wilhelm Neuber. Ferner berichtete der Präsident, daß von den bisher einberufenen Angestellten 25 den Heldentod für das Vaterland gefunden haben, und hielt den auf dem Felde der Ehre Gefallenen einen tiefempfundenen Nachruf.

Sodann erstattete Direktor Ernst Schwarz den Geschäftsbericht, welchem folgendes zu entnehmen ist: Mit Befriedigung dürfen wir konstatieren, daß auch unser Institut im dritten Krigsjahre günstige Ergebnisse erzielen konnte. Die ungeheueren Anforderungen des Welkrieges haben für die Banken neue Aufgaben gebracht und auch unser Institut hat jene Umstellung vollzogen, die ihm im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Organisation eine erfolgreiche Tätigkeit gestattet hat. In erster Linie war unsere Wirksamkeit auf die Befriedigung der staatlichen Erfordernisse eingestellt. Die Zeichnungen auf die vierte und fünfte Kriegsanleihe erreichten bei unserem Institut die Summe von 380,000.000 Kronen; zuzüglich der Zeichnungen auf die früheren Kriegsanleihen ergibt sich eine Gesamtziffer von 742,000.000 Kronen. Im Verhältnis zur Gesamtsumme der österreichischen Kriegsanleihen hat demnach unsere Anstalt 4,1 Prozent aufgebracht. Außerdem wurden bedeutende Beträge auf die ungarischen Kriegsanleihen von uns und unserem ungarischen Tochterinstitut angemeldet. Wenn wir in unserem vorjährigen Bericht darauf hinweisen konnten, daß trotz der hervorragenden Beteiligung unserer Klientel an der Zeichnung der Kriegsanleihen eine stetige Steigerung der Spareinlagen und Kredioren bei unserem Institut festgestellt werden konnte, so ist diese Tatsache auch für das abgelaufene Jahr wiederum in Erscheinung getreten. Das Ergebnis des Jahres 1916 wird seine volle Würdigung unter Bedachtnahme auf den Umstand erfahren, daß die gebotene Vorsicht bei der Aufstellung der Bilanz beobachtet wurde, da sich eben die Dauer des Krieges noch immer nicht abschätzen läßt. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Jahre befriedigend. Die Umsätze haben wieder eine bedeutende Erhöhung erfahren und auch die Zahl der Kont. hat sich neuerdings erheblich vermehrt. Als Beweis des herrschenden Vertrauens in den weiteren Gang der Dinge ist die anhaltend große Nachfrage nach festverzinslichen Werten hervorzuheben; vorzüglich nach österreichischen und ungarischen Staatspapieren war der Begehr lebhaft, so daß wir auf diesem Gebiet, dem wir stets besondere Aufmerksamkeit zuwenden, eine große Tätigkeit entfalten konnten.

Wir haben Ihnen zu berichten, daß die auf Grund des Beschlusses unserer außerordentlichen Generalversammlung vom 28. Dezember 1916 erfolgte Erhöhung unseres Aktienkapitals von 50 Millionen Kronen auf 60 Millionen Kronen in den ersten Jännertagen durchgeführt worden ist. Das aus Anlaß der Kapitalserhöhung gebildete Garantiesyndikat konnte nach Ablauf des Termines zur Bezugsrechtsausübung sofort aufgelöst werden.

Der Rechnungsabschluß pro 1916 ergibt einen Bruttogewinn von 12,669.948 Kronen und abzüglich der Spesen und Steuern ein Reinerträgnis von 6,701.529 Kronen. Es wurde beschlossen, die Dividende mit 9 Prozent, d. i. 36 Kronen pro Aktie, zu bemessen, dem ordentlichen Reservefonds 1,000.000 Kronen zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Angestellten als außerordentliche Zuwendung 300.000 Kronen tantiemenfrei zu widmen und 553.812 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen. Demnach gelangt die Dividende von heute ab zur Auszahlung.

Zum Rechenschaftsbericht weist Aktionär Dr. Emil v. Hofmannsthal namens des Aktionärvereines in längerer Rede angesichts der beginnenden wirtschaftlichen Veränderungen auf die Notwendigkeit hin, die Angestellten am Erfolge des Unternehmens zu interessieren, zu dem sie mitwirken, und gibt zu diesem Zwecke einige Anregungen. Aktionär Oskar v. Hofmannsthal macht dagegen auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche eine derartige Beteiligung der Angestellten mit sich bringen würde, und drückt der Verwaltung und der Direktion den Dank der Aktionäre und deren volles Vertrauen aus.

Die turnusgemäß ausscheidenden Verwaltungsratsmitglieder wurden wieder- und kaiserlicher Rat Josef Binzl jun. in den Verwaltungsrat neugewählt.

Der Abend
24./IV. 1917

66

Tantiemen.

Der „Abend" hat schon wiederholt die sehr abgeschmackte Mode dieses Jahres gerügt, in den Berichten die Höhe der Tantièmen bei erfolgreichen Aktiengesellschaften zu verheimlichen. Die Mode ist nicht nur abgeschmackt, sondern auch sinnlos, denn was in den jederzeit willfährigen Zeitungen verschwiegen wird, kann man doch nicht den Lesern des „Abend" verheimlichen, und so liegt der ganze Unterschied darin, daß es die Öffentlichkeit ein paar Tage später erfährt. Selbst wenn man soweit geht, wie das „Fremdenblatt", das heute in der Erregung über die Störung der heiligen Ruhe in der Generalversammlung, deren sich der Abgeordnete Hummer schuldig gemacht hat, die Mitteilung sämtlicher auf die Verwendung des Reingewinnes bezughabenden Ziffern vergißt.

Unsere bisher letzte Rüge — es wird sicherlich nicht die letzte sein — galt der St. Egydier Eisen- und Stahlindustrie A. G., deren Generalversammlung vor einigen Tagen stattgefunden hat. Man verschwieg die Höhe der satzungsgemäßen Tantièmen. Sie beträgt K 85.966·57, in die sich fünf Verwaltungsräte teilen, und zwar die Herren: Präsident Eugen Friedländer, Vizepräsident Hugo von Noot, und die Mitglieder Dr. Otto Böhler, Heinrich Böhler und Josef Hermann Proft.

Gestern fanden die Generalversammlungen der „Elbemühl" und der Bank- und Wechselstuben A. G. „Merkur" statt. In den Berichten über beide werden die Tantièmen verschwiegen. Wir werden sie selbstverständlich nachtragen. Soviel an uns liegt, wird geschehen, damit nicht dieser Teil des volkswirtschaftlichen Wirkens der Aktiengesellschaften der gebührenden öffentlichen Würdigung unterschlagen werde.

Weil wir gerade davon sprechen: Der Abgeordnete Hummer hat einen großen Fehler gemacht. Er kämpft sehr anerkennenswert gegen die Korruption bei den Aktienbetrieben mit öffentlicher Meinung. Aber gestern hat er denen von der „Elbemühl" und ihren Mitläufern Gelegenheit zu einem wohlfeilen Triumphe geboten, indem er sie angriff und vor der Antwort, aus Mangel an Zeit, aus der Versammlung wegging. Das war sicherlich ein Fehler, denn, wenn man angegriffen hat, muß man Gelegenheit zum Erwidern geben. Die Ausrede, man habe keine Zeit, ist nicht gestattet. Wer angreift, muß immer Zeit haben. Selbstverständlich berechtigt das aber noch keineswegs die Herren Prinzhorn, Kraus, Tumont und wie sie heißen mögen, sich nun die Toga der sittlichen Entrüstung umzuhängen. Der kleine Fehler des Abgeordneten Hummer macht die großen des Herrn Prinzhorn nicht wett: „Compensationen" gibt es hier nicht und wenn auch der Herr Hummer weggegangen ist, so weiß doch die ganze Öffentlichkeit, was von den Fechterfinten des Beschuldigten und seiner — wir wollen annehmen, dieses Mal unbezahlten — Verteidiger zu halten ist. So wohlfeil kommt man nicht aus

Pester Lloyd Abendblatt
24./IV. 1917
67

Ungarische Textilindustrie A.-G.
Rózsahegy Fonógyár.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Isidor Mautner fand heute in Budapest in den Lokalitäten der Vaterländischen Bank A.-G. die einundzwanzigste ordentliche Generalversammlung der Ungarischen Textilindustrie-Aktiengesellschaft Rózsahegy Fonógyár statt. Laut des unterbreiteten Berichtes der Direktion beträgt der Bruttogewinn des Jahres 1916 k 3,471.006.68, hievon wurden zur Abschreibung der Dubiosenforderungen k 31.374.75, zur Dotierung der Wertverminderungsreserve k 842.890.53 verwendet; es bleiben somit als Reingewinn k 2,596.741.40. Von diesem Betrage sind die statutenmäßigen Tantiemen für die Direktion und den Aufsichtsrat in der Höhe von k 103.869.65 abzurechnen, so daß zur Verfügung der Generalversammlung zuzüglich des Gewinnvortrages vom Jahre 1915 von k 1,191.931.76 k 3,684.803.51 verbleiben. Die Direktion beantragt, hievon zur Dotierung des ordentlichen Reservefonds k 1,000.000, für den Arbeiter- und Beamtenhilfsfonds k 100.000, zur Bezahlung einer zwölfprozentigen Dividende, d. i. k 48 prp Aktie, k 1,440.000 zu verwenden und den Rest von k 1,140.803.51 auf neue Rechnung vorzutragen. Der Vorschlag der Direktion wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Der Reservefonds der Gesellschaft hat somit die Höhe von k 3,000.000, die Wertverminderungsreserve k 7,754.509.33, der Unterstützungsfonds für die Beamten und die Arbeiterschaft k 324.752.68 erreicht. Laut Mitteilung der Direktion hat die Gesellschaft auf die vierte und fünfte Kriegsanleihe im abgelaufenen Jahre k 4,000.000 Nominale gezeichnet. Aus dem Berichte der Direktion ist zu entnehmen, daß wegen Mangels an Rohbaumwolle sich die Fabrik in Rózsahegy auf die Erzeugung von Papiergarnen und Papierwaren eingerichtet hat und befriedigende Resultate erzielte. Für Kriegsfürsorgezwecke und Unterstützung der Arbeiter wurden k 475.000 verwendet. Bei den Direktionswahlen wurden die Herren Baron Béla Hatvany, Ministerialrat Edmund v. Szitánni, Direktor Wilhelm Kux und Geheimer Rat Graf Alexander Teleki, deren Mandat abgelaufen ist, wiedergewählt. Zum Schlusse votierte die Generalversammlung dem Präsidenten Isidor Mautner und dem Generaldirektor Julius Jolesch Anerkennung für ihr erfolgreiches Wirken. Die Einlösung des Kupons vom Jahre 1916 erfolgt am 25. d. M. bei der Kasse der Gesellschaft in Rózsahegy oder bei der Vaterländischen Bank A.-G. in Budapest.

Abendbl
25. IV. 1917

68

(Ganz u. Komp.-Danubius Maschinen-, Waggon- und Schiffbau A.-G.) Der der gestrigen Direktionssitzung vorgelegte Rechnungsabschluß dieser Gesellschaft für das Jahr 1916 schließt mit einem Bruttogewinn von k 3,488.181.91, von welchem nach Abzug der Dotierung der Wertverminderungsreservefonds mit k 1,284.491.50 und Hinzurechnung des vorjährigen Gewinnvortrages insgesamt k 2,600.549.65 zur Verfügung der Aktionäre stehen. — Es wurde beschlossen, der am 12. Mai l. J. zu haltenden Generalversammlung die Auszahlung einer Dividende von k 160 für das Jahr 1916 vorzuschlagen. Die Direktion wird ferner beantragen, daß nach Abzug der statutenmäßigen Tantiemen dem Pensionsfonds der Beamten k 100.000 zugeführt und der Rest von k 557.180.61 auf neue Rechnung vorgetragen werde. Die Direktion wird der Generalversammlung gleichzeitig den Vorschlag unterbreiten, das Aktienkapital der Gesellschaft durch die Ausgabe von 7200 Stück neuen Aktien zu k 800 Nominalwert von k 8,640.000 auf k 14,400.000 zu erhöhen. Im Sinne der Statuten wird den Aktionären das Bezugsrecht auf die neuen Aktien in der Weise gesichert, daß der Besitz von drei alten Aktien zum Bezuge von zwei neuen Aktien berechtigt. Der Kurs der neuen Aktien wird am Tage der Generalversammlung festgesetzt. Die Durchführung der Transaktion ist durch die mit dem Unternehmen im engen Konnex stehende Ungarische Allgemeine Kreditbank und Ungarische Eskompte- und Wechslerbank sichergestellt.

Neues Wiener Tagblatt
25./IV. 1917

(Aktiengesellschaft für Papierindustrie.) Unter Vorsitz des Präsidenten Generaldirektors Ernst Prinzhorn wurde gestern die Generalversammlung abgehalten. Nach dem vorgelegten Bericht hat sich die Papiererzeugung der Prisbislawitzer Fabrik ungefähr auf der Höhe des Vorjahres gehalten; dagegen hat die Holzstoffproduktion eine Verminderung erfahren. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe sowie der Hilfsmaterialien für die Papierfabrikation haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahre erheblich vermehrt und die Gestehungskosten der erzeugten Papiere eine weitere Steigerung erfahren; jedoch konnten im allgemeinen die erhöhten Herstellungskosten durch die erzielten Verkaufspreise kompensiert werden. Von dem Reingewinn pro 57,354 K. werden 2567 K. in den Reservefonds hinterlegt, 6 Prozent = 12 K. pro Aktie (gegen 5 Prozent = 12 K. im Vorjahr) als Dividende verteilt und 12,787 K. auf neue Rechnung vorgetragen. Bei den vorgenommenen Neuwahlen des Verwaltungsrates wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und in der darauf folgenden konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates Generaldirektor Prinzhorn zum Präsidenten und Dr. Ernst Sachsel zum Vizepräsidenten wieder berufen.

Reichspost Abendbl 25./IV. 1917 71

Die Wuchergeschäfte der „Ustredni Banka".

Die Direktion der „Ustredni Banka", der „Zentralbank der böhmischen Sparkassen" in Prag, hat in einer Berichtigung die aufsehenerregenden Mitteilungen der „Reichspost" über die Wucherpraktiken ihrer Filiale in Czernowitz in Abrede zu stellen gesucht und insbesondere behauptet, daß sich die Bank bei der Abwicklung ihrer Geschäfte mit der „Selanska Kassa", dem „Zentralverbande der ruthenischen Raiffeisenkassenvereine in der Bukowina", mit den üblichen Zinssätzen begnügt, niemals Jahreszinsen in der Höhe bis zu 44 Prozent genommen habe und sich keiner Schuld hinsichtlich des Umlaufes der gefälschten Einlagebüchel des Raiffeisenkassenverbandes bewußt sei. Die „Reichspost" hat bereits festgestellt, welcher Wert dieser Berichtigung zukommt. Wir möchten heute noch ergänzend mitteilen, daß das in unserem Blatte veröffentlichte Ziffernmaterial einer Denkschrift entnommen wurde, die eine von der Bukowinaer Landesregierung im Jahre 1913 eingesetzte amtliche Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruches der Bukowinaer Raiffeisenkassen verfaßt hat. Angesichts dieses Umstandes hat zweifellos eine gewisse Dreistigkeit dazugehört, unsere Veröffentlichungen als unwahr hinzustellen.

„Die „Ustredni Banka" hat sich einer eigenartigen organisatorischen Form bedient, um den ruthenischen Raiffeisenkassenverband gehörig rupfen zu können. Sie hat sich mit den bereits besprochenen Geschäften, die ihr fabelhaft hohe Wuchergewinne einbrachten, durchaus nicht begnügt. Sie hat auch eine Reihe von Geschäften „vermittelt", mit denen sich gemeiniglich eine Bank nicht zu beschäftigen pflegt. Sie hat nämlich ihre Tochteranstalt, die „B o h e m i a", nach Czernowitz gebracht, die vornehmlich Handelsgeschäfte machte. Was der „Ustredni Banka" zu kleinlich oder gar zu — anrüchig vorkam, schob sie der „Bohemia" zu. Mögen die beiden Anstalten formell auch als verschiedene Anstalten gelten, in Wirklichkeit waren sie eine Unternehmung. Sogar die Leitung und die Beamtenschaft war bei beiden gemeinsam. Die „Ustredni" ist die größere und großzügigere der beiden Schwestern. Sie finanzierte verschiedene große Unternehmungen — neben der „Selanska Kassa" war es besonders die Bukowinaer Holzindustrie, deren Jahresumsätze viele Millionen betrugen. Die Abhängigkeit der finanzierten Geschäfte war für die „Ustredni Banka" eine verlockende Gelegenheit, dieselben zu v e r h a l t e n, allerlei Warengeschäfte mit der „Bohemia" zu machen. Die „Bohemia" handelte mit landwirtschaftlichen Maschinen, mit Oelen usw., kurz mit Dingen, die die abhängigen Unternehmungen dringend brauchten oder brauchen konnten. So mußte die „Selanska Kassa" sich eine besondere Waren- und Maschinenabteilung einrichten, um für die „Bohemia" ein ergiebiges „Nutzungsobjekt" sein zu können. Die Waren waren durchaus minderwertig, teilweise sogar ausgesprochener P o f e l, aber trotzdem mußte die „Selanska" dafür Preise zahlen, die oft unverhältnismäßig höher waren als die Preise für erstklassige Erzeugnisse aus anderen Bezugsquellen! Der Schaden der Raiffeisenkassenzentrale aus diesen Geschäften war ganz bedeutend.

So schaut also die Förderung der Volkswirtschaft durch die „Ustredni Banka" und die „Bohemia" aus. Es wird Sache der Gesetzgebung sein, gegen die Wucherbegierde der Banken unübersteigbare Wälle zu errichten.

Die Zeit

26./IV. 1917

Die Wiener Banken im Jahre 1916.

Alle Wiener Großbanken bis auf die Allgemeine Depositenbank haben ihre Geschäftsergebnisse für das dritte Kriegsjahr 1916 veröffentlicht. Ein Vergleich zeigt, daß diese nicht nur die Ergebnisse der vorausgegangenen zwei Kriegsjahre, sondern durchweg auch die des letzten Friedensjahres 1913 wesentlich übertreffen. Aus den Bilanzziffern der Banken kann man aber keineswegs, wie dies in der Friedenszeit angängig und begründet war, auf das Gedeihen und die Gesundheit unseres Wirtschaftslebens schließen, sie spiegeln vielmehr den gewaltigen Liquidationsprozeß wider, den Industrie und Handel durchzumachen haben.

Die neun Wiener Groß- und Mittelbanken, deren Bilanzziffern den folgenden Ausführungen zugrunde gelegt wurden, verfügten zu Ende des Jahres 1916 über ein Aktienkapital von 963·2 Millionen Kronen und offene Reserven in der Höhe von 543·1 Millionen Kronen, daher über eigene Gelder im Betrage von mehr als anderthalb Milliarden Kronen, das sind um rund 300 Millionen Kronen mehr als zu Ende des Jahres 1913. Diese Vermehrung der eigenen Gelder ist auf drei im Jahre 1914 und vier im Jahre 1916 durchgeführte Kapitalserhöhungen und auf die zur Deckung der befürchteten Kriegsschäden besonders im ersten Kriegsjahre vorgenommenen Reservierungen zurückzuführen. Die Summe des Aktienkapitals der neun Wiener Banken stieg von 801 Millionen Kronen zu Ende des Jahres 1913 auf 963·2 Millionen Kronen zu Ende des Jahres 1916, mithin um 162·2 Millionen Kronen. In ungefähr dem gleichen Maße sind die offenen Reserven in demselben Zeitraum von 396·1 Millionen Kronen um 147 Millionen Kronen auf 543·1 Millionen Kronen angewachsen.

Noch gewaltiger als die Vermehrung der eigenen Gelder und kennzeichnend für die Kriegswirtschaft ist das Anwachsen der fremden Gelder bei den Banken. Im Jahre 1913 waren bei den neun Wiener Groß- und Mittelbanken auf Einlagebüchel 580·9 Millionen Kronen und als Kontokorrenteinlagen 3173·34 Millionen Kronen eingelegt. Trotz der Milliardenzeichnungen auf die fünf Kriegsanleihen haben sich am Ende des Jahres 1916 die Sparbücheleinlagen auf 1420·9 Millionen Kronen und die Kontokorrenteinlagen auf 7051·6 Millionen Kronen erhöht. Die fremden Gelder beliefen sich Ende 1913 bei den neun Wiener Banken auf 3754·27 Millionen Kronen und verhielten sich zu den eigenen Mitteln wie 3 : 1, und erreichten Ende 1916 eine Höhe von 8472·58 Millionen Kronen, bei der sie sich zu den eigenen Geldern annähernd wie 5·7 : 1 verhielten.

Die Höhe der gesamten von den Wiener Banken verwalteten Vermögen ist bei der Verschiedenartigkeit der Bilanzierungsmethoden

Die Rolle der Banken als Träger unserer finanziellen Volks- und Staatswirtschaft in der in der Kriegszeit erhöhten Bedeutung geht wohl schon aus den vorangeführten Ziffern hervor, könnte aber in vollem Umfange erst dann übersehen werden, wenn über ihre Mitwirkung bei der Umgestaltung unserer Industrie auf die Bedürfnisse der Kriegführung ausführliche Daten vorliegen würden. Bei dem Abflauen der Kriegskonjunktur in jenen Betrieben, die auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen sind, fließen den Banken immer reichlicher die Mittel zu, die in der Finanzierung des Krieges und in Neugründungen von Kriegsindustrien nur zum Teil Verwendung finden. Gewaltiger, in Art und Form heute noch nicht absehbar, wird die den Banken nach Beendigung des Krieges erwachsende Aufgabe sein. Aus der sodann wieder notwendig werdenden Umstellung der Kriegsindustrien, die heute das Gros unserer Industrie darstellen, der erforderlichen Auffüllung der geleerten Lager und besonders der Einfuhr wichtiger Rohstoffe für die industrielle Verarbeitung schließen die Leitungen unserer Banken auf einen stürmischen Kapitalsbedarf. Um seinen Ansprüchen in größtem Umfange genügen zu können, haben die meisten Wiener Banken ihr Aktienkapital schon im Jahre 1916 vermehrt, die Unionbank und der „Merkur" haben zu Beginn des heurigen Jahres die Erhöhung ihres Eigenkapitals vorgenommen und die Allgemeine Verkehrsbank und die Bodenkreditanstalt, die beide ihr Aktienkapital im Vorjahre erhöht haben, planen eine weitere Vermehrung.

Die von unseren Banken getragene und in der schweren Prüfungszeit des Krieges bewährte Finanzorganisation wird sich auch den Anforderungen der kommenden Friedenszeit gewachsen zeigen. Dieser Erwartung kann schon deshalb mit Zuversicht Ausdruck verliehen werden, weil die übergroße Mehrzahl der den industriellen Konzernen unserer Banken angehörigen Betriebe, die vor dem Kriege finanzielle Schwierigkeiten hatten, gut geworden sind und aus den eigenen Erträgnissen für die Zukunft Reserven schaffen konnten, wodurch große Summen, die von den Banken als stille Reserven einbehalten wurden, frei und zu verfügbaren Reserven für neue Unternehmungen werden und ihre Rüstung für die Friedensaufgaben verstärken.

Der Abend
27./IV. 1917

73 V7

Die Verwendung der Gewinne einiger Wirtschaftszentralen.

Die „Politischen Tagebücher" schreiben: Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, wird gegenwärtig untersucht, welche Gewinne die beim Handelsministerium zuständigen Wirtschaftszentralen gemacht haben. Die Bestrebungen gehen dahin, diese Gewinne den ärmsten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen, während sie bis jetzt bekanntlich satzungsgemäß für Zwecke der Kriegsfürsorge an das Kriegsministerium abzuliefern wären. Zu diesem Behufe wird eine Änderung der Satzungen ins Auge gefaßt. Die Untersuchung erstreckt sich auch darauf, festzustellen, welchen Aufwand die Verwaltung der einzelnen Zentralen beansprucht hat, das heißt, welche Gehalte ausbezahlt wurden und welche Gewinnanteile den leitenden Persönlichkeiten zugeflossen sind, nicht minder darauf, was die Aktionäre erhalten haben.

Es handelt sich um die Leder-, Metall-, Harz- und Fettzentrale, sowie um die Baumwoll- und Leinenzentrale. Bei der Lederzentrale wird der verfügbare Gewinn mit sechs Millionen Kronen geschätzt und soll die Absicht bestehen, diesen Betrag zur Förderung des Schuhmachergewerbes, insbesondere der kleingewerblichen Betriebe zu verwenden. Bei der Metallzentrale sollen angeblich nur drei Millionen Kronen verfügbar sein. Die zweihundert Beamten dieses Unternehmens erfordern einen Aufwand von jährlich 600.000 Kronen, das Direktorium hat 50.000 Kronen bezogen. Die Harzzentrale verfügt angeblich über keinen Gewinn. Die Fettzentrale leidet, wie behauptet wird, an einem Betriebsverlust, der durch die Einfuhr aus dem Auslande hervorgerufen sein soll. Die Baumwoll- und Leinenzentrale verfügten ursprünglich über dreizehneinhalb Millionen Kronen, unter denen sich allerdings auch ein Staatszuschuß von sechs Millionen Kronen befindet, Beträge, die zur Unterstützung der notleidenden Weber zum größten Teile bereits ausgegeben worden sein sollen.

Neue Freie Presse
27./IV. 1917

[Der Warenhandel der Banken.] Das Handelsgremium in Karlsbad versendet nachstehende Mitteilung: „In unserer letzten Vorstehungssitzung wurde folgender Antrag zum Beschlusse erhoben: Das Handelsgremium in Karlsbad erhebt nachdrücklich Protest gegen die Weiterduldung des für die Produktion ebenso wie für die Konsumtion gleich schädlichen Warenhandels der Banken, welcher nicht zu übersehende Gefahren für die gesamte Volkswirtschaft in sich birgt. Die Kaufmannschaft erwartet von der Regierung und vom Parlament, daß der Betrieb aller Arten des Warengeschäftes der Banken verboten und hinsichtlich der verderblichen Ausschreitungen dieser Institute, wie sie seit Kriegsbeginn notorisch geworden und im Kranz-Prozesse zum typischen Ausdruck gelangt sind, durch tiefgreifende Reform der Bankgesetzgebung Wandel geschaffen werde. Dieser Beschluß wurde zur Einleitung der nötigen Schritte an maßgebender Stelle sowohl an die Handels- und Gewerbekammer in Eger, als auch an den Landesverband der kaufmännischen Gremien in Teplitz weitergeleitet."

Fremdenblatt
27/IV. 1917

Oesterreichisch-ungarische Bank.

K. Budapest, 26. April. Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank hielt heute unter dem Vorsitze des Gouverneurs Geheimen Rates Alexander v. Popovic eine Sitzung ab, in welcher Generalsekretär von Schmid einen längeren Bericht über den Stand des Weltfinanzmarktes erstattete. Sodann wurden laufende Angelegenheiten erledigt.

In seinem Berichte über die Lage des Weltfinanzmarktes führte Generalsekretär v. Schmid u. a. aus: Die im Gefolge der russischen Revolution aufgetauchten Friedensgerüchte hatten eine neuerliche Aufwärtsbewegung auf dem ohnehin schon seit längerer Zeit außerordentlich fest gestimmten Anlagemarkt zur Folge. An der Spitze stand die vierprozentige Kronenrente, die seit 20. März eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Die fünf österreichischen Kriegsanleihen sind seit 20. v. M. ebenfalls sämtlich im Kurse gestiegen; die erste österreichische Kriegsanleihe hat ihren ersten Emissionskurs wesentlich überschritten. Die ungarischen Kriegsanleihen sind unverändert geblieben. Eine außerordentliche Festigkeit zeigen die Pfandbriefe der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Der Anschluß der Vereinigten Staaten von Amerika an die Entente und die ungeheuren Kredite, welche dieser von dem neuen Bundesgenossen vorläufig allerdings nur in Aussicht gestellt wurden, hatten eine lebhafte Aufwärtsbewegung der englischen wie französischen Staatspapiere und Kriegsanleihen zur Folge, die jedoch nicht lange angehalten hat; es ist bereits wieder ein Abbröckeln der erhöhten Kurse zu bemerken. Am 23. d. M. notierten die englischen 2½%igen Konsols 55, um 1¼% höher als am 20. März l. J. Die neue 5%ige englische Kriegsanleihe wurde am 23. d. M. mit 95¼ notiert und verzinst sich zu diesem Kurse mit 5¼%, während die 5%ige deutsche Anleihe mit ihrem damaligen Kurse 5,13% und die erste österreichische Kriegsanleihe 5,56% trägt. Die 3%ige französische Rente hat sich seit 20. März um 65 Centimes auf 61,75 erhöht und die 5%ige französische Kriegsanleihe ist seither um ¾% auf 88,85 gestiegen. Sie verzinst sich zu diesem Kurse mit 5,68%, also noch immer höher als die erste österreichische Kriegsanleihe.

Der Geldsatz auf offenem Markte hat seit dem 20. März in Wien unbedeutend angezogen. Geld bleibt flüssig zu 1½%, doch ist dieser Satz in Ermanglung von Wechselmaterial nur nominell. Für Kriegsanleihe ist im Lombard Geld zu 4% zu haben. In Budapest notiert der Privatsatz unverändert 2½%. Umsätze finden fast gar keine statt. In Berlin hat sich der Privatsatz um ¼ auf 4⅜% ermäßigt. Geld ist dort sehr flüssig. Taggeld ist um ½% teurer als vor einem Monat zu 4½% zu haben. In London ist der Diskont auf offenem Markte um ¼ auf 4 13/16% für Dreimonatswechsel gestiegen.

Ich habe, führte Generalsekretär v. Schmid weiter aus, in der letzten Sitzung des Generalrates eine baldige weitere Herabsetzung des am 19. Jänner l. J. auf 5½% ermäßigten Zinssatzes der Bank von England um ½% auf 5% als sehr wahrscheinlich bezeichnet, da durch den deutschen U-Boot-Krieg der Import von Amerika nach England und damit die Gefahr weiterer Goldabflüsse von England nach Amerika vermindert worden sei. Die Gefahr derartiger weiterer Goldabflüsse ist nun durch die großen Kredite, die England von Amerika in Aussicht gestellt worden sind, vorläufig ganz in den Hintergrund getreten und die Bank von England hat die erwartete Zinsfußermäßigung auf 5% am 6. d. M. eintreten lassen. Am 22. März hat die Bank von Spanien ihren seit Ende Oktober 1914 festgehaltenen Zinssatz von 4½ auf 4% ermäßigt. Die Bankrate von 4% gilt jetzt in Spanien und Belgien, während Amsterdam und Zürich einen Banksatz von 4½%, Wien, Berlin, London, Paris, Bukarest und Kopenhagen einen solchen von 5% haben. In Italien, in Christiania und in Stockholm besteht der Satz von 5½%. Petersburg hat einen solchen von 6% und Bulgarien von 6½%.

Da unsere gegenwärtige Bankrate von 5 Prozent den Verhältnissen vollkommen entsprechend erscheint, wurde ein Antrag auf eine Zinsfußänderung nicht gestellt.

Neues Wiener Tagblatt

76

29./IV. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

23. April. Auflösung des österreichischen Eisenkartells.

24. April. Präsident Wilson unterzeichnet das Gesetz betreffend die Aufnahme einer amerikanischen Anleihe von 7 Milliarden Dollar. — An der Produktenbörse in Chicago erreicht der Weizenpreis den bisher höchsten Stand von 241 (gegen 180 vor vier Monaten).

25. April. Erlaß des österreichischen Justizministers, worin besondere Vorsicht bei der Anwendung der Preistreibereiverordnung, namentlich in der Uebergangszeit bis zum Beginn der Wirksamkeit der Preisprüfungsstellen, für notwendig erklärt wird.

26. April. Verordnung betreffend Steuer- und Gebührenerleichterungen bei Kriegsschäden. — In der Generalratssitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird mitgeteilt, daß Geld auf offenem Markt in Wien andauernd zu 1½ Prozent erhältlich ist. Wechselmaterial fehlt. — Der amerikanische Stahltrust weist im ersten Quartal 1917 einen Reingewinn von 108 Millionen Dollar aus gegen 51 Millionen in derselben Zeit des Vorjahres und 6½ Millionen vor zwei Jahren.

27. April. Eine ungarische Regierungsverordnung verfügt die Aufnahme der Holzbestände. — Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln und Luxuslebensmitteln in Bulgarien. — Weiteres Steigen des amerikanischen Weizenpreises bis 254.

28. April. Das Zeichnungsergebnis der sechsten Kriegsanleihe ist bisher auf 12·97 Milliarden Mark gestiegen; das Resultat der Feldzeichnungen ist noch ausständig.

Reichspost

29./IV. 1917

77

Zur Generalversammlung des Wiener Bankvereins.

Vom Aktionär Herrn Dr. F. Handler geht uns ein Schreiben zu, worin der Einsender eine Darlegung der Vorgänge gibt, die sich in der am 18. d. M. abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Bankvereines abgespielt haben, und sich dabei über die Art beklagt, wie seine Kritik unterdrückt wurde. Das Wesentliche dieser Klage, soweit sie von öffentlichem Interesse ist, sei hier wiedergegeben:

Ich unternahm es, bei der am 18. d. M. abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Bankvereines eine sachliche Kritik an der Geschäftsgebarung, Bilanzierung und Berechnung der Tantiemen vorzunehmen, mußte jedoch erfahren, daß die Generalversammlung nach Ansicht des Vorstandes und einer Reihe bei der Versammlung anwesender Herren, die jedenfalls als Aktionäre aufgestellt wurden, keineswegs den Zweck habe, über die Gebarung des Vorstandes zu sprechen, vielmehr die Anträge desselben blind zu genehmigen. Bevor noch meine Ausführungen soweit gediehen waren, daß die Zuhörer überhaupt wissen konnten, was ich vorzubringen beabsichtigte, entstand, nachdem der Vorsitzende mich mit dem Bemerken unterbrochen hatte, daß diese Ausführungen nicht Gegenstand der Generalversammlung seien, ein wüstes Geschrei und es wurde von verschiedenen Seiten Schluß der Debatte beantragt. Nur mit größter Mühe war es möglich, überhaupt einige Worte vorzubringen und wurde, ohne daß mir die Möglichkeit gegeben war, noch einmal das Wort zu ergreifen, die Debatte beendigt, wodurch es auch anderen Aktionären unmöglich gemacht wurde, wichtige Fragen zur Diskussion zu bringen.

Der Gedankengang, der von mir beabsichtigten Ausführungen war folgender: Im Berichte über das Jahr 1916 sind alle jene Unternehmungen angeführt, in deren Verwaltungen der Bankverein vertreten ist, bei welchen die Anstalt mithin ein größeres Kapital investiert hat. Der Gewinn und Verlust dieser industriellen Unternehmungen berührt naturgemäß auch die Aktionäre, welche nur in der Generalversammlung Gelegenheit haben, im Wege der Erörterung der Verhältnisse bei den einzelnen industriellen Unternehmungen die Gebarung der Verwaltung als solcher zu behandeln. Dies erscheint umso dringlicher, als der Jahresbericht äußerst knapp ist und die von der Gesellschaft aufgestellte Bilanz nur ganz wenige und unklare Ziffern enthält, aus welchem allein sich ein genauer Einblick nicht erzielen läßt. Im Jahresberichte 1916 heißt es, daß bei der Leykam-Josefstal-A.-G. die Sanierungsaktion programmäßig zur Durchführung gelangt sei und dieses Unternehmen selbst die Verteilung einer Dividende ermöglicht habe, obwohl diese Gesellschaft genötigt war, ihr Aktienkapital um 37·5 Prozent, d. i. von 20 auf 12·5 Millionen Kronen zu reduzieren. Aehnlich liegen die Dinge bei einer Reihe anderer industrieller Unternehmungen, welche ebenfalls sehr ansehnliche Verluste erlitten haben.

Es versteht sich nun von selbst, daß es den Aktionären gestattet sein muß, in der Generalversammlung die Ursachen der Verluste für Unternehmungen, deren Aktien zum größten Teile in Händen des Bankvereines liegen, zu erörtern. Ich wurde jedoch, wie bereits erwähnt, mit dem Bemerken unterbrochen, daß die Erörterung dieser Frage nicht Gegenstand der Generalversammlung sei. Unter diesen Umständen war es auch nicht möglich, über die Verluste der im Geschäftsberichte vom Jahre 1916 angeführten Unternehmungen, insbesondere über die Firma Salzmann & Ko., Fasold A.-G. sowie über die Betrügereien des Materialverwalters Katz, eines untergeordneten Beamten, dessen Auto Tag für Tag vor den Toren der Anstalt stand, ohne daß dies irgend jemandem aufgefallen wäre. Ebenso war es nicht möglich, die Behandlung des Reingewinnes und die Verwendung von stillen Reserven zur Deckung der Verluste der Anstalt eingehend zu erörtern. Indem ich mir vorbehalte, diese Frage demnächst des näheren zu beleuchten, verweise ich noch auf die Ausführungen des Aktionärs Dr. Steinbach, der verlangte, daß die Tantiemenverteilung in den Jahresbericht aufgenommen und der Schlüssel der Verteilung der Tantiemen ausgewiesen werde. Als Aktionär v. Löbl das Wort ergreifen wollte, wurde ihm selbes durch den Antrag auf Schluß der Debatte entzogen; in dem Statut des Wiener Bankvereins ist keine Bestimmung enthalten, welche den Vorstand ermächtigt, den Schluß der Debatte überhaupt zu beantragen. Wie sehr die Direktoren über die Versuche, eine sachliche Diskussion herbeizuführen, gereizt waren, geht daraus hervor, daß Herr Direktor Marcus wiederholt die Faust drohend erhob und Direktor v. Adler verletzende und beleidigende Worte in das Auditorium rief. Ueber diese Vorkommnisse waren selbst solche Aktionäre, die der Direktion wohlwollend gegenüberstehen, im höchsten Grade entrüstet und erregte es das unliebsamste Aufsehen, als Direktor Popper, dem seit mehr als vierzig Jahren im Bankverein tätigen Vizepräsidenten Stögermayer über seinen Versuch einer halbwegs objektiven Leitung der Versammlung Vorwürfe machte und ihn halblaut fragte, ob er oder die Opposition die Leitung der Sitzung innehabe.

Der Abend
29./IV. 1917

78

Denen der Krieg gut anschlägt.

In ermüdender Gleichförmigkeit marschieren die Rechnungsabschlüsse auf: heute ist es die Unionbank, die ausweist, was ihr der Krieg getragen hat; es mag ihr zur Ehre gereichen, daß sie bisher den bescheidensten Anteil unter den Nutznießern der — für sie — so großen Zeit auswies. Für unser Empfinden ist er noch immer groß genug.

Der Reingewinn beträgt 7,822.710 Kronen (um 1,048.257 Kronen mehr als im Vorjahre.) Daraus soll die Dividende mit 8¼ v. H., das ist 34 Kronen (gegen 30 Kronen im Vorjahre) bezahlt, 758.650 Kronen dem Reservefonds zugeführt, als statutenmäßige Tantieme 379.325 Kronen verwendet, der Pensionskasse des Instituts 100.000 Kronen, dem Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfonds für die Angestellten der Bank 50.000 Kronen zugewiesen und der Rest von 584.734 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Das Verzeichnis der von der Bank beherrschten Industrieunternehmungen ist der schon üblich gewordene Triumphzug höherer Gewinne.

Was sich die Unionbank Wohlfahrtszwecke hat kosten lassen, wird mit vielleicht übertriebener Bescheidenheit nicht mitgeteilt. Bezüglich der Teuerungszulagen und Ähnlichem scheint sie sich nicht übermäßig angestrengt zu haben, da die Mehrausgabe für Gehalte nicht ganz 15 v. H. ausmacht.

Westböhmische Kaolin- und Chamottewerke Oberbris. Reingewinn 699.697 = 11·6 v. H. des Aktienkapitals (i. V. 338.189 = 5·6 v. H.), Dividende 7½ v. H. (i. V. 6 v. H.). Die Gesellschaft wurde vor einiger Zeit im „Abend" heftig angegriffen, weil sie Tonerde als Seifenersatz zu übermäßigen Preisen in den Handel gebracht hat. Ein Teil des gesteigerten Gewinns ist also dieser Schaumschlägerei zuzuschreiben. Konzern: Zivnostenska Banka.

Schraubenfabrik A.-G. Bewillier & Co. und A. Urban & Söhne. Die Dividende wird 100 Kronen = 25 v. H. & Söhne. Die Dividende wird 100 Kronen = 25 v. H. betragen. Im Vorjahre waren es 70 Kronen. Ursache des höheren Erträgnisses — wie mitgeteilt wird, als handle es sich um die selbstverständlichste und einwandfreieste Sache von der Welt —: Lieferungen für Heereszwecke. Sie genieren sich gar nicht mehr, die Herren Nutznießer!

Neue Freie Presse

29/IV. 1917

[Allgemeine österreichische Baugesellschaft.] Der zur Vorlage an die Generalversammlung der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft bestimmte Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr besagt, daß eine Aenderung im Baugeschäfte höchstens hinsichtlich des Verkehres mit Liegenschaften anzumerken ist, welcher durch das verstärkte Anlagebedürfnis der von der Geschäftslage Begünstigten belebt wurde. Aber auch in dieser Hinsicht handelte es sich mehr um den Umsatz zinsentragender Häuser als um Liegenschaften, die erst der Verbauung zuzuführen sind. Im Vorjahre wurde konstatiert, daß im Drange der Kriegsverhältnisse in unzulänglichem Zustande aufgelegte Ausschreibunterlagen einen spekulativen Einschlag bei der Bewerbung um Bauaufträge hervorriefen, und diese bedauerliche Wirkung sei in noch höherem Maße im Jahre 1916 aufgetreten und wäre auf die Marktgestaltung selbst zurückzuführen. Gänzliche Unklarheit in der Beurteilung der Handarbeitskosten aller baugewerblichen Arbeitsgattungen, die Unmöglichkeit der Sicherstellung der Beschaffung des Bauwerkstoffes und der Anfrachtung jeder Art sind zu den auch unter gewöhnlichen Verhältnissen bestehenden Fährlichkeiten des Baugeschäftes hinzugetreten. Eine Besserung dieser geschäftlichen Verhältnisse erscheine in nächster Zukunft ausgeschlossen. Dagegen würde es notwendig sein, gewisse Maßnahmen zu treffen, welche das Wiedereinsetzen der Bautätigkeit in der Friedenszeit ermöglichen, was am besten durch Schaffung einer Verkehrsanstalt der Baugewerbe zu erzielen wäre. Ferner wären weitgehende Steuerbegünstigungen für Neubauten mit kleinen und mittleren Wohnungen zu gewähren. Die Dividende der Gesellschaft wird, wie bereits mitgeteilt wurde, mit 16 K. wie im Vorjahre in Vorschlag gebracht. Das Gewinn- und Verlustkonto stellt sich im Vergleiche mit dem Vorjahre folgendermaßen dar:

Einnahmen: Vortrag aus dem Jahre 1913 266.590 (— 193) K., Einnahmen aus Liegenschaften 132.382 (— 5684) K., Gewinn aus Realitätenverkäufen, Gewerkschafts- und Baugeschäften 885.788 (+ 498.821) K., Zinsen 234.125 (— 7774) K., Summe der Einnahmen 1,518.885 (+ 485.170) K. Ausgaben: Allgemeine Aufwendungen 177.088 (+ 16.442) K., Steuern und Gebühren 373.601 (+ 363.740) K., Reingewinn inklusive Vortrag 968.196 (+ 104.988) K., Summe der Ausgaben 1,518.885 (+ 485.170) K.

Die Bilanz per 31. Dezember 1916 zeigt die folgenden Ziffern:

Aktiven: Bargeld 3608 (— 37.292) K., Wertpapiere 1,686.452 (+ 717.759) K., Schuldner 4,058.821 (— 429 266) K., Liegenschaften 2,175 255 (— 8939) K., Beteiligungen 3,771.015 (+ 33.864) K., Betriebseinrichtungen, sonstige Fahrnisse und Vorräte 155.502 (+ 52.222) K., Kautionen und Depots 4,975.796 (+ 17.505) K., zusammen 16,826.450 (+ 345.853) K. Passiven: Aktienkapital 6,666.667 K. (unverändert), Reservefonds 783.701 (+ 26.309) K., außerordentlicher Reservefonds 600.000 K. (unverändert), Hypothekarschulden 438.000 K. (unverändert), Buchschulden 1,502.143 (+ 159.913) K., Kautionen und Depots 4,975.797 (+ 17 505) K., Liegenschaftseinnahmen (Vortrag für 1917) 14.558 (+ 567) K., Zinsen und sonstige Vortragskonti 805.085 (+ 19.996) K., Alphonse Feldmann-Unterstützungsfonds 13.725 (+ 533) K., Wohlfahrtseinrichtungen 58.578 (+ 16.042) K., Reingewinn 968.196 (+ 104 988) K., zusammen 16,826 450 (+ 345.854) K.

Frankfurter Zeitung

80

1.IV.1917

Finanzielles aus Wien.

Wien, 28. April.

In der ersten Hälfte Mai wird die sechste österreichische und ungarische Kriegsanleihe aufgelegt werden. Der Prospekt der österreichischen Kriegsanleihe wird voraussichtlich am 8. oder 10. Mai erscheinen. Es werden wieder wahlweise 5proz. 40jährige amortisable Anleihe und 5½proz. Schatzscheine, diesmal mit zehnjähriger Laufzeit gegen 5½jähriger bei der fünften Kriegsanleihe, zur Ausgabe gelangen. Es war der Vorschlag gemacht worden, eine 5½ proz. 50jährige Anleihe mit einer Verlosungsprämie, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt von 1 bis 5 pCt. ansteigen sollte, zu begeben; doch wurde er nicht genehmigt. Der Zeichnungskurs der Schatzscheine dürfte 93½ pCt. sein mit einer Rentabilität von 6.4 pCt., das ist die gleiche wie die der 5½jährigen Schatzscheine der fünften Anleihe, die zu 96 aufgelegt wurden. Die amortisable Rente dürfte sowie die letzte zu 92 pCt. netto herauskommen, was eine Rentabilität von 6.2 pCt. bedeuten würde. Wahrscheinlich wird die Finanzverwaltung den Zeichnern der langfristigen Anleihe eine kleine Begünstigung von 0.46 pCt. dahin gewähren, daß die Verzinsung vom 1. April an (erste Kuponfälligkeit am 1. Oktober) laufen wird und trotzdem nur laufende Zinsen vom 1. Mai an verlangt werden. Dadurch würde der Emissionskurs dem Tagespreis der Anleihe angepaßt werden, ohne daß der offizielle Zeichnungspreis eine Ermäßigung erfährt. Im übrigen werden die Zeichnungsbedingungen Belehnungserleichterungen usw. ziemlich genau mit den bisherigen übereinstimmen, und man kann wieder auf einen guten Erfolg rechnen. Die Aussichten dafür haben sich seit der Emission der fünften Anleihe entschieden gebessert. Seither ist die Nachfrage nach Kriegsanleihen ständig rege, und auch der Kurs, der bis in den Spätherbst für die einzelnen Kriegsanleihen 3 bis 4 pCt. unter dem Emissionskurs war, hat sich diesem sehr genähert; die erste Kriegsanleihe hat den Emissionskurs sogar um 1¼ pCt. überschritten. Das erleichtert natürlich die Werbetätigkeit auch bei jenen, die ihr eigenes Interesse hinter der Pflichterfüllung nicht zurückstellen wollen. Die Propaganda-Vorbereiterungen sind bereits im vollen Gang und sind in gewohnter Weise gemacht worden. Die Kombination mit Lebensversicherungspolicen in verschiedenen Variationen dürfte mehr als früher angewendet werden. Es ist nur zu hoffen, daß die öffentliche Propaganda nach dem Muster Englands und Deutschlands größere Lebhaftigkeit und Abwechslung annimmt als bisher. Wenn die Werbetätigkeit mehr in jene Kreise eindringt, die sich bisher der Verpflichtung in angemessenem Maß an der Aufbringung der Kriegskosten teilzunehmen, entzogen haben, dann müßten noch viel größere Summen erreichbar sein als die 4—4½ Milliarden Kronen, die in Oesterreich bei jeder der letzten drei Anleihen gezeichnet worden sind. Denn die Geldrücklagen wachsen mit der Dauer des Krieges unausgesetzt, und nur die Zurückhaltung eines Teiles der Bevölkerung, ihre flüssigen Mittel voll in Kriegsanleihe zu verwandeln und damit ihrem eigenen Interesse ebenso zu dienen wie dem des Staates bewirkt das ungeheure Anschwellen der Einlagen bei Banken und Sparkassen, die enorme Geldflüssigkeit, die sich im Privatdiskont von 1½ pCt. zeigt, und die Verlegenheit, wie man die Kapitalien anlegen soll, welche einzig und allein zu jenen Exzessen führt, die immer wieder auf dem Aktienmarkt zu beklagen sind. Dieser war einige Zeit, in welcher das Publikum zur Erkenntnis gelangt schien, daß es nichts vernünftigeres tun könne als die Gelegenheit der hohen Verzinsung, die die Kriegsanleihen bieten, zu benützen, einigermaßen vernachlässigt.

Seit einigen Wochen aber herrscht wieder ein Taumel auf dem Aktienmarkt, der aus den verschiedensten Gründen unerwünscht ist und für die Teilnehmer immer weniger unbedenklich erscheint. Die Bewegung ist umso auffallender als sie in eine Zeit fällt, wo die Geschäftskreise aus manchen Gründen beunruhigt sind. Die strengere Verfolgung der Preistreiberei hat zwar die wohltätige Folge gehabt, daß verschiedene Bedarfsartikel, Wäsche und Kleidungsstücke, Schuhe und anderes zu erheblich billigeren Preisen in den Geschäften zu haben waren, allerdings zum großen Teil auch sehr rasch ausverkauft wurden, anderseits aber ist eine große Unsicherheit bei Händlern und Produzenten eingetreten, da die Verordnungen so unbestimmt gefaßt sind und der Auslegung der Gerichte so viel Spielraum lassen, daß auch der anständige Geschäftsmann Gefahr läuft, mit der Justiz in Konflikt zu geraten. Von verschiedenen Seiten hört man daher die Absicht, sich vom Geschäft zurückzuziehen, was durch die Liquidierung der Vorräte und die erzielten Gewinne sehr erleichtert ist, und es sind nicht die schlimmsten Kreise, die so aus dem Geschäft ausgeschaltet werden könnten. So sehr eine Beschränkung der übermäßigen Gewinne zu begrüßen ist, so ist anderseits eine Verminderung der Unternehmungslust für die restliche Kriegszeit und vor allem für die Friedenswirtschaft kaum eine erwünschte Nebenwirkung. Jedenfalls aber sollte man meinen, daß ein der Preistreiberei gesetzter Riegel die Gewinne der Unternehmungen zu mindern geeignet sei, und daß schon aus diesem Grund die neue Preistreiberei in Aktien wenig Berechtigung hat. Nach der gleichen Richtung sollten die Verschärfungen der Steuervorschriften wirken und die neuen Steuern, die zweifellos noch bevorstehen. Bezeichnend ist auch, daß es ganz gleich ist, ob die Nachrichten die Friedenshoffnungen zu begünstigen scheinen oder ob man sich auf längere Kriegsdauer gefaßt zu machen hat. Es steigen ziemlich wahllos die Kurse aller in den Handel kommenden Papiere, Kriegs- wie Friedenswerte, ein Beweis, daß die Basis der Bewegung das Anlagebedürfnis ist, das allerdings irregeleitet ist, und daß die Zahl der spekulativen Mitläufer fortgesetzt im Wachsen ist. Erfahrene Beobachter bemerken auch, daß die Qualität der Käufer in den letzten Wochen zum Teil viel geringer geworden ist als früher. Seit den Schätzungskursen zu Ende Dezember sind fast auf allen Marktgebieten neue große Kurssteigerungen zu verzeichnen. Besonderer Vorliebe erfreuen sich die Schiffahrtsaktien. Meldungen, daß die Austro Americana einige ihrer im Ausland befindlichen Schiffe mit einem enormen Nutzen gegen den Buchwert verkauft hat — endgültig scheint die Sache noch nicht erledigt zu sein, denn der Kaufpreis ist der Gesellschaft noch nicht zugegangen — haben zu einer wilden Kurssteigerung geführt, in der die Aktien ihren Kurs binnen wenigen Tagen nahezu verdoppelt haben. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß die Gesellschaft die Verpflichtung übernommen hat, wenn die Verkäufe zustande kommen, sie durch entsprechende Neubauten ehestens zu ersetzen und daß die Kosten der Neubauten auch einen ganz anderen Betrag erfordern werden als vor dem Krieg. Aber auch alle anderen Schiffahrtsaktien haben sehr starke Kurssteigerungen erzielt. Charakteristisch ist auch die Kurssteigerung, die die Südbahn-Prioritäten seit Jahresschluß erfahren haben, und daß in den Tagen der Bilanzveröffentlichung selbst für die Aktien Interesse war, obwohl man meinen müßte, daß der Rechnungsabschluß deutlich genug bewiesen hat, wie unsicher die finanziellen Aussichten des Unternehmens solange sind, als nicht die Verkehrsverhältnisse wieder normal sind und nicht minder als im Agio der Wechselkurse sich eine starke Rückbildung vollzogen hat. Die Kurse vieler Aktien verlieren immer mehr jedes vernünftige Verhältnis zu ihren Erträgnissen.

Für die Devisenzentrale haben sich die Verhältnisse in letzter Zeit wieder schwieriger gestaltet, und es war nicht zu vermeiden, daß der Kursentwicklung der Kronen im neutralen Ausland durch eine Hinaufsetzung der Kurse in Wien Rechnung getragen wurde. So sehr man auch bestrebt ist, die Zahlungen ans Ausland nach Möglichkeit in fremder Währung zu leisten, so läßt sich doch so wenig wie in Deutschland der Export von Kronen, wenn die verfügbaren Devisen nicht ausreichen, ganz unterdrücken. Eine Zeitlang schien die Aussicht zu bestehen, daß nach allmählicher Aufarbeitung der Rückstände, die aus der Zeit vor der neuen Devisenverordnung stammten, das Auskommen ohne Kronenexport gefunden werden könne. Der Abbruch der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hat eine neue Erschwerung verursacht, weil seither die früher immerhin noch ansehnlichen Auswanderergelder ausgeblieben sind. So sehr man auch den Import einzuschränken sucht, übersteigt er immer noch das geringe aus dem Export zufließende Material und die Hindernisse, die larger Kreditgewährung des neutralen Auslandes im Wege stehen, führen dazu, daß immer noch Zahlungen durch Kronenausfuhr geleistet werden müssen."

Fremdenblatt
1./V. 1917
82

Gegen die Ausschreitungen der Effektenspekulation.

Vor kurzem wurde an dieser Stelle ausgeführt, daß nicht eindringlich genug vor den schädlichen Folgen der Uebertreibungen im Effektenverkehr gewarnt werden könne und den betreffenden Kreisen die Auferlegung einer größeren Zurückhaltung empfohlen werden müsse.

Es liegt im allgemeinen Interesse, daß diese wohlgemeinten Warnungen in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt, in ihrem ganzen Ernste erkannt werden. Wenn Ausschreitungen der Effektenspekulation schon in normalen Zeiten nicht gleichgiltig hingenommen werden können, so muß der Einspruch der für die Konsolidierung des Marktes verantwortlichen Faktoren gegenwärtig, wo die Freihaltung des Börsenverkehrs von allen schädlichen Einflüssen ein unabweisliches Gebot der Stunde ist, um so nachdrücklicher sein.

Und es wäre nicht zu verstehen, wenn man sich in den betreffenden Kreisen einfach über einen solchen Appell zur Besonnenheit hinwegsetzen wollte. Abgesehen davon, daß bei den jetzigen Hochkursen alle Rentabilitätserwägungen ausgeschaltet erscheinen, kann man doch auch die Fülle der schwerwiegenden Probleme nicht übersehen, die sich schon jetzt vor uns auftürmen und die bei Abschätzung der Zukunftschancen gewiß nicht außer Betracht bleiben können. Um nur auf eines hinzuweisen: In der letzten Sitzung der Staatsschulden-Kontrollkommission hat Finanzminister Doktor v. Spitzmüller u. a. ausgeführt, daß die auf dem Gebiete der Steuer- und Abgabenpolitik noch erübrigenden Aufgaben ganz neuartig und so ungeheure seien, wie sie annähernd in diesem Maße unserem Staatswesen noch niemals gestellt worden seien. Die Zuversicht des Marktes in den glücklichen Ausgang des Krieges ist vollkommen berechtigt, sie soll aber in einer Haltung ruhigen Vertrauens, nicht in Uebertreibungen sich äußern, die unberechtigt und gefährlich sind.

Neue Freie Presse
1./V. 1917

[Industrielle Neugründungen im Kriege.] Die Wiener Metallhandelsfirma Jakob Neurath hat in Liesing bei Wien ein Metallhüttenwerk errichtet, das vor kurzem in Betrieb genommen wurde. — In Linz wurde vor kurzem die „Oberösterreichische Glockengießereigesellschaft m. b. H." unter Beteiligung kirchlicher Kreise und des Metallwarenfabrikanten Anton Gugg gegründet. Bisher hat eine Glockengießerei in Oberösterreich überhaupt nicht bestanden. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Metallgießerei zur fabriksmäßigen Herstellung von Glocken aller Art sowie anderer Metallgeräte. Die Gießerei wird im Markte St. Florian errichtet. Nach dem Gesellschaftsvertrage ist auch die Errichtung, eventuell die Erwerbung anderer in Oesterreich bestehender Glockengießereien beabsichtigt.

Fremdenblatt
1./IV. 1917

Skoda-Werke.

Die (17.) ordentliche Generalversammlung der Skoda-Werke wurde gestern in Anwesenheit von 22 Aktionären abgehalten, die 153.774 Aktien und 15.375 Stimmen vertraten.

Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt Präsident Dr. Karl Freiherr v. Skoda folgende Ansprache: Ehe wir die geschäftlichen Ereignisse des abgelaufenen Jahres zum Gegenstande unseres Berichtes machen, gedenken wir wehmutsvoll des erhabenen Herrschers, Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph I., der inmitten der welterschütternden Ereignisse seinen Völkern entrissen wurde. Mit gnädigem Schutz hat der verblichene Herrscher Handel und Industrie gefördert. Seiner gütigen und weisen Fürsorge war es zu danken, wenn das industrielle Schaffen unserer Monarchie jene Höhe erreichen konnte, die sich in diesen schicksalsschweren Tagen zum Segen unseres Vaterlandes erwies.

Mit huldigenden Gefühlen blicken wir zu unserem neuen kaiserlichen Schirmherrn, Seiner Majestät Kaiser Karl I., empor, der im tobenden Kampfe der Völker den ehrwürdigen Thron seiner Väter bestiegen hat. Wir geloben, in unentwegter Pflichterfüllung auch künftighin unsere gesamten Kräfte aufzubieten, zum Wohle unseres Vaterlandes, erfüllt von dem innigen Wunsche, daß eine Zeit friedlichen und segensreichen Schaffens heranbreche, zum Glück unseres Reiches und seines geliebten Herrscherhauses. (Lebhafter Beifall.)

In dem vorgelegten Geschäftsbericht heißt es u. a.: In dem mächtigen Ringen der Völker wurde unserem Unternehmen die Pflicht auferlegt, seine Arbeit von Kriegsjahr zu Kriegsjahr zu steigern. Als wir in unserem Geschäftsberichte für das Jahr 1914 von der technischen Vollendung unseres Unternehmens sprachen, waren die Begriffe Aller über die Grenze der industriellen Leistungsfähigkeit noch nicht geklärt: Was im ersten Kriegsjahr die Meisten von uns als höchste Anspannung bezeichnet hatten, erwies sich für die gewaltigen Rüstungen als viel zu gering. Immer neue, immer gewaltigere Aufgaben wurden der heimischen Industrie zugewiesen und so haben auch wir unsere Tätigkeit vervielfacht, was in den Ziffern der vorliegenden Bilanz des Geschäftsjahres 1916 zum Ausdrucke gelangt. Unsere Investitionswerte, welche wir im Vorjahre mit 58,982.917 Kronen ausgewiesen hatten, sind heuer auf 58,640.850 Kronen gestiegen. Unter Hinzurechnung der Abschreibungen im Betrage von 12,688.681 Kronen (71,329.532 Kronen) ergibt dies eine Steigerung von 17,346.614 Kronen. Hiebei sind in der vorliegenden Bilanz nur die per 31. Dezember 1916 mit den betreffenden Lieferanten tatsächlich abgerechneten Investitionen berücksichtigt, während jener Teil der Investitionen, für welche die bezüglichen Rechnungen seitens der Lieferfirmen noch nicht gelegt werden konnten, erst in der Bilanz pro 1917 ausgewiesen werden wird. In der Ziffer der Vorräte an Rohmaterialien und Halbfabrikaten kommt natürlich die außerordentliche Steigerung der fabrikatorischen Tätigkeit ebenfalls zum Ausdruck. Was die Erhöhung der Post Abschreibungen betrifft, so bemerkt der Bericht, daß die in den Kriegsjahren bisher verrechneten Abschreibungen sich bei der forcierten Verwendung und intensiven Ausnützung aller Gebäude, Maschinen und Werkseinrichtungen als zu niedrig erwiesen haben. Schließlich gibt der Bericht bekannt, daß die Gesellschaft in Gemeinschaft mit Geschäftsfreunden eine Pulverfabrik, sowie die Imperator-Motoren-Werke A. G. in Berlin gegründet habe. Bezüglich der derzeitigen Geschäftslage wird konstatiert, daß sämtliche Abteilungen zurzeit mit der vollsten Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen sind und ein Nachlassen der Werktätigkeit im Jahre 1917 nicht zu erwarten ist. Von dem Reingewinne per 19,271.428 Kronen werden 909.045 Kronen in den Reservefonds hinterlegt und dieser außerdem noch mit 2,090.954 Kronen dotiert, so daß er nunmehr die statutarische Höhe erreicht hat, 56 Kronen per Aktie als Dividende verteilt und 2,304.241 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen.

In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herren: Julius Blum, Max Feilchenfeld und Josef Turesky wiedergewählt und der kooptierte Reichsgraf Hans Georg von Oppersdorf in seiner Funktion bestätigt.

Aktionär Julius Schwarz nimmt namens der Aktionäre Gelegenheit, im Hinblicke auf die Wirkung der Skodageschütze im Weltkriege, dessen baldige glückliche Vollendung er hofft und an dessen für uns günstigen Ausgang die Skodageschütze wesentlichen Anteil haben, der genialen Leitung, ferner allen führenden Personen der Gesellschaft, den Beamten und der gesamten Arbeiterschaft den Dank und die Anerkennung der Aktionäre auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident dankt für die freundlichen Worte der Anerkennung. Die Generalversammlung genehmigt sodann die bereits bekannten Veränderungen in der Zentralleitung des Unternehmens durch Bildung eines Exekutivkomitees.

Fremdenblatt
1./V. 1917

(Daimler Motoren A. G.) Unter Vorsitz des Präsidenten wirkl. Geh. Rat Feldzeugmeister Hugo Hoffmann v. Nagysötetag wurde gestern die 7. ordentliche Generalversammlung dieser Gesellschaft abgehalten. Der Bericht gedenkt mit dem Ausdrucke tiefster Trauer des Dahinscheidens des Kaisers Franz Joseph I. und bringt gleichzeitig dem neuen Herrscher Kaiser Karl I. seine Huldigung dar. Wie im vergangenen Jahre hat die Verwaltung auch im Berichtsjahre das Unternehmen ausschließlich den vielseitigen Interessen der Kriegsverwaltung unterworfen. Das Ergebnis der Gesellschaft zeigt in seinen Einzelheiten die stetig fortschreitende Entwicklung des Unternehmens. Die am 10. Juli 1916 über Wr.-Neustadt hereingebrochene Sturmkatastrophe hat auch den neuen Teil der Werksanlagen dieser Gesellschaft in schwerer Weise heimgesucht und aus den Reihen seiner Arbeiter einzelne Opfer gefordert. Der aus diesem Elementarereignisse erwachsene materielle Schaden wurde dem Reinertrage des Berichtsjahres vorweggenommen. Der Ausbau der Werksanlagen wurde durch Erweiterung und Arrondierung des Grundbesitzes der Gesellschaft und Inangriffnahme weiterer Neubauten fortgesetzt, ebenso wie die Ergänzung des Maschinenparkes und die Vervollständigung der Werkseinrichtung vorgenommen wurden. Die Unterkunfts- und Verpflegsstätten für die Arbeiterschaft wurden durch Schaffung eines eigenen Lebensmittelmagazins ergänzt und zur Sicherstellung der wichtigsten Verpflegsartikel ein gegenwärtig den Namen „Daimlerhof" führendes Gut in Steinabrückl an der Schneebergbahn erworben. Des weiteren wurden Zuwendungen von 1,500.000 Kronen für Beamten- und Arbeiterfürsorge und Widmungen für Kriegsfürsorgezwecke von 1,000.000 Kronen dem Betriebsgewinn bereits vorweggenommen. Die gesellschaftlichen Betriebsstätten sind mit Aufträgen für das laufende Geschäftsjahr voll besetzt. Von dem Reingewinn per 2,189.906 Kr. werden 600.000 Kronen dem Reservefonds zugewiesen, so daß dieser seine volle statutarische Höhe erreicht, 34 Kronen per Aktie als Dividende gewährt und 124.803 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen. Die aus dem Verwaltungsrate scheidenden Herren Exzellenz wirkl. Geh. Rat Hugo Hoffmann v. Nagysötetag, Hugo Marcus und Ludwig Urban jun. wurden wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Herren Wilhelm Schwagerer und Emil Kiesler berufen.

Neues Wiener Tagblatt
2./V. 1917

(Neusiedler Papierfabrik.) Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Heinrich Ritter von Miller zu Aichholz wurde gestern die Generalversammlung der Neusiedler Aktiengesellschaft für Papierfabrikation abgehalten. Der vom Präsidenten erstattete Bericht weist zunächst auf die anhaltend gesteigerten Schwierigkeiten hin, welche die Gesellschaft auch im abgelaufenen Jahre im Geschäftsbetriebe zu überwinden hatte. Die Papierfabrik Petersdorf kam durch den Einfall Rumäniens vom 28. August vorigen Jahres zum Stillstande und war bis zum Ende des Berichtsjahres trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage, den normalen Betrieb wieder aufzunehmen. Für die mit der Gesellschaft litierte Papierfabrik Schlöglmühl ergab sich bei der Erzeugung von Zeitungsdruckpapier ein sehr bedeutender Betriebsverlust, der die Verwaltung auch heuer von der Verteilung einer Dividende für dieses Unternehmen absehen läßt. Sehr empfindlich machten sich die außergewöhnlichen Verhältnisse, die der Krieg auch auf dem Holzmarkte zeitigte, für die Zellulosefabriken in Rattimau und Josefshütte fühlbar. Die Strohfabrik Arad konnte auch im Jahre 1916 nicht in Betrieb gesetzt werden. Als Anerkennung für die hingebungsvolle Tätigkeit der Beamtenschaft sieht sich die Verwaltung veranlaßt, einem langgehegten Wunsche entsprechend, einen Pensions- und Unterstützungsfonds zu errichten, für welchem Zweck dem Erträgnisse des abgelaufenen Jahres eine Million tantiemenfrei entnommen werden soll. Zur dauernden Erinnerung an das ausgezeichnete Wirken des Generaldirektors der Gesellschaft soll der Fonds den Namen „Ludwig Tennenbaumfonds" führen. (Lebhafter Beifall.) Von dem Reingewinn per 4,058,988 K. werden 36 K. pro Aktie als Dividende verteilt, 600,000 K. in den allgemeinen Reservefonds hinterlegt, 1,000,000 K. tantiemenfrei dem zu errichtenden Pensions- und Unterstützungsfonds gewidmet und 441,364 K. auf neue Rechnung vorgetragen. In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herren Eduard Borkenstein, Dr. Franz Chorin, Geza Goldzieher, Siegwart Freiherr v. Mayer-Ketschendorf, Dr. Heinrich Ritter von Miller zu Aichholz und Vinzenz Baron Pongracz von Ovar et Szentmiklos wiedergewählt. Aktionär Herrenhausmitglied Moriz Faber spricht namens der Aktionäre dem Verwaltungsrate und dem Generaldirektor für die erzielten Geschäftsresultate den Dank und die Anerkennung aus.

Neue Freie Presse

4./V. 1917

[Die Verhandlungen des Börsenkommissärs in Berlin.] Der Börsenkommissär der Wiener Börse, Ministerialrat Dr. Zwierzina, ist aus Berlin hieher zurückgekehrt. Er war fünf Tage dort, um die Einrichtungen des freien Börsenverkehres eingehend zu studieren. Ministerialrat Zwierzina hat wiederholt die Börse besucht, hat mit den Organen derselben, mit den Leitern der Aufmannschaft, mit verschiedenen Regierungsstellen und den Banken Besprechungen gehabt und hierüber nach seiner Rückkehr in Wien berichtet. Den Ausgangspunkt der Reise bildeten Wünsche, welche hier wegen börsentechnischer Maßnahmen zur Erleichterung des Kassenverkehres vorgebracht worden sind. Seitens des Giro- und Kassenvereines wird darüber Klage geführt, daß die gegenwärtige Abwicklung des Effektengeschäftes eine außerordentliche Belastung für die Berechnung und Durchführung bedeute. Es besteht jetzt hier das Kassengeschäft mit dreitägiger Lieferung und jedes einzelne Geschäft bedarf einer eigenen Berechnung, während bei den früheren Liquidationen nur die Endgeschäfte abgerechnet und durchgeführt wurden. Diese Mängel werden aber auch in den Kreisen des Effektenhandels stark empfunden und daher Erleichterungen angestrebt. Als Beweis, daß die gegenwärtige Form des Verkehres diese Schwierigkeiten hervorruft, wird angegeben, daß die gegenwärtigen Umsätze nach internen Schätzungen geringer sind als in normalen Friedenszeiten; das gilt speziell für Kulissepapiere, während der Umsatz im Schranken in den letzten Wochen ungefähr die Höhe erreicht hat, die er am Anfang des Jahres 1914 hatte. Bestimmte Vorschläge dürften erst in einiger Zeit erfolgen. Bei der Reform des Schrankenverkehres schwebt namentlich die Einführung des Berliner Gruppensystems vor. Hingegen wird hervorgehoben, daß andere Formen des Berliner Verkehres auf dem hiesigen Platze kaum in Anwendung kommen dürften, da der Berliner Markt auch in Friedenszeiten bloß das reine Kassengeschäft und das Ultimogeschäft kennt, und ihm das wöchentliche Arrangement, welches in Wien die Grundlage der Abwicklung bildet, fremd ist. Der Börsenkommissär wird voraussichtlich morgen in der Plenarsitzung der Börsekammer über die Ergebnisse seiner Reise Mitteilung machen.

Der Abend
5. IV. 1917

Auswüchse des Finanzwesens.

In Berlin und Wien beschäftigt man sich schon wieder einmal mit dem gemeinschädlichen Treiben der Börsenspekulation. An beiden Plätzen macht es der väterlichen Obsorge der Behörden Kummer, sich vorstellen zu müssen, welche Schäden dem einzelnen und welche Gefahren der Allgemeinheit durch die Ausschreitungen einer gewissenlosen Bande entstehen könnten. An beiden Plätzen gibt man es aber entsagungsvoll auf, etwas dagegen zu unternehmen, offenbar weil man sich noch nicht zu den ganz einschneidenden Maßregeln entschließen will oder kann, von denen man ganz genau weiß, daß sie, und nur einzig und allein sie, einige Aussicht auf Erfolg versprechen würden. In Wien hat der Börsenkommissär Ministerialrat Dr. Zwirzina erklärt, der Minister habe die sichere Erwartung ausgesprochen, daß alle maßgebenden Faktoren der Wiener Börse in deren eigenem Interesse mit größter Energie den zutage kommenden, im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders bedenklichen Auswüchsen der Spekulation entgegentreten werden, so daß die Regierung vorerst von schärferen Maßnahmen absehen könne. Diese Erklärung wurde von der Börsenkammer mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In derselben Nummer, in dem die „N. Fr. Pr." dies in ihrem nicht immer und unter allen Umständen bezahlten Teile veröffentlicht, bringt sie in dem immer bezahlten folgende Anzeige:

Ueber ein im Kurse stark zurückgebliebenes

Effekt erteilt Informierter gegen Retourmarke Auskunft. Zuschriften unter Chiffre **„Erstklassig 91"** an die Annoncen-Expedition . . . **Wien I.**

Den Lesern des „Abend" brauchen wir nicht erst zu sagen, daß jede Anzeige dieser Art ein Schwindel ist, vor dem man sich sorgfältigst zu hüten hat. Es gibt natürlich keine Menschenfreunde, die es sich eine Anzeige in der „N. Fr. Pr." und den anderen Mauerblättern kosten lassen, den geliebten Mitmenschen sagen zu dürfen, an welchen Börsenpapieren sie Geld verdienen können. Es handelt sich unter allen Umständen darum, Leichtgläubige zum Börsenspiel zu verlocken, in der Regel auch darum, Papiere, die die Wissenden nehmen, zu besseren Preisen den um das Licht fliegenden Motten anzuhängen.

Diese Versuche, einer Welt, die betrogen werden will, den Gefallen zu tun, sind uralt; ebenso alt die bereitwillige Mitwirkung der großen Presse; nicht minder aber auch das Staunen, daß eine Polizei, die sich um alles kümmert und in alles mengt, gerade hier so zarte Zurückhaltung übt. Zumindest die Helfershelferei der Zeitungen könnte doch leicht abgestellt werden; war es möglich, ihnen die Mitwirkung beim Kettenhandel so ziemlich zu vertreiben, so würde es gewiß nicht mehr Mühe kosten, ihnen auch die Zutreiberdienste für bedenkliche Börsengeschäfte vergehen zu machen. Wobei man vorsichtshalber und um keines durchrutschen zu lassen, alle Börsengeschäfte der Außenstehenden als bedenklich ansehen und deshalb jede solche Anzeige untersagen sollte. Die Börsenleute bedürfen solcher Anzeigen nicht und deshalb ist jede auf Bauernfängerei gerechnet.

Solange die Behörden diesen Anzeigenunfug dulden, wird man sich schwer entschließen können, an den vollen Ernst ihres Auftretens gegen die Ausschreitungen der Börse zu glauben, denn das ärgste ist zweifellos die offene oder versteckte Anreizung zum Börsenspiel.

5./V.1917

92

Eine Warnung des Finanzministers vor den Auswüchsen der Spekulation.

Wiener Börsekammer.

In der gestern unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Bernhard v. Popper-Artberg abgehaltenen Sitzung des Kursblatt-Komitees der Wiener Börsekammer wurden die Schwierigkeiten und Mißstände besprochen, die sich in der Abwicklung des gegenwärtigen Privatverkehres an der Börse in technischer Beziehung in stets wachsendem Maße ergeben.

Zu dieser Frage hat das Gremium der Effektensensale in einer Eingabe Stellung genommen, die die Einführung eines Gruppensystems für die Diensteinteilung der Sensale und andere Maßnahmen vorschlägt. Mit der Beratung dieser Angelegenheit wurde ein Spezialkomitee, bestehend aus den Herren Börseräten Robert Kolisch, Ernst Lemberger, Gustav Sobotka und Alois Weishut betraut.

Weiters wurde eine Eingabe des Wiener Giro- und Kassenvereines vorgelegt, in der er zur Behebung der durch den Personalmangel noch verschärften Schwierigkeit, den gegenwärtigen, sehr umfangreichen Geschäftsverkehr in der primitiven Form der täglichen Abwicklung zu bewältigen, verschlägt, alle Geschäfte, die nach wie vor ausschließlich nur per Kassa geschlossen werden dürfen, wöchentlich an zwei festen Einreichungs- und zwei Erfüllungstagen durchzuführen.

Hiezu gab der Börsekommissär Ministerialrat Dr. Robert Zwierzina mit Ermächtigung des Herrn Finanzministers die Erklärung ab, daß die Regierung angesichts der von ihr festgestellten Unmöglichkeit, mit den derzeitigen technischen Verkehrsformen das Auslangen zu finden, trotz gewisser Bedenken den Vorschlägen des Wiener Giro- und Kassenvereines ihre Zustimmung nicht versage. Der Finanzminister habe gleichzeitig die sichere Erwartung ausgesprochen, daß alle maßgebenden Faktoren der Wiener Börse in deren eigenem Interesse mit größter Energie den zutage kommenden, im gegenwärtigen Zeitpunkte besonders bedenklichen Auswüchsen der Spekulation entgegentreten werden, so daß die Regierung vorerst von schärferen Maßnahmen absehen könne. Diese Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Vorsitzende bat den Herrn Börsekommissär, Se. Exzellenz den wärmsten Dank der Kammer für das erwiesene Entgegenkommen, sowie die Versicherung zu übermitteln, daß die Tendenzen der Regierung wie bisher bei der Leitung der Wiener Börse die ernsteste Würdigung finden werden. Dem Herrn Börsekommissär wurde der aufrichtige Dank für seine wohlwollende Förderung der gerechtfertigten Wünsche des Marktes ausgesprochen.

Neues Pester Journal
6./II. 1917

D 16
94

‡ (Berlin, Wien, Budapest.) Die bedauerlichen Auswüchse, welche sich seit einiger Zeit an den Börsen der Centralmächte breit machen, haben die maßgebenden Stellen Deutschlands und Oesterreichs veranlaßt, in dieser Frage energisch Stellung zu nehmen und mit der Anwendung drastischer Maßregeln zu drohen. In unserer vorigen Nummer haben wir gemeldet, daß die deutschen Regierungsstellen die Berliner Börsenbehörden energisch aufforderten, aufs strikteste auf die Einhaltung der zur Zügelung des Börsenverkehrs getroffenen Bestimmungen zu achten, während in der Wiener Börsenkammer der landesfürstliche Kommissär im Namen des Finanzministers die Erklärung abgab, es sei zu erwarten, daß alle maßgebenden Faktoren der Wiener Börse in deren eigenem Interesse mit größter Energie den zutage kommenden, im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders bedenklichen Auswüchsen der Spekulation entgegentreten werden, so daß die Regierung vorerst von schärferen Maßnahmen absehen könne. Die Wiener Börsenkammer hat denn auch diesbezüglich mehrere Beschlüsse gefaßt, die geeignet sein dürften, die überhand genommenen Unzukömmlichkeiten und Uebelstände wenigstens einigermaßen zu reduziren. Ueberall zeigt sich somit das Bestreben, Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, die wachsende Spielleidenschaft einzudämmen, nur auf dem Budapester Platze sieht man diesen erschreckenden Zuständen mit geradezu erstaunlichem Gleichmuth zu. Und daß Maßregeln hier mindestens so nothwendig sind wie in Berlin oder Wien, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es genügt, wenn wir auf die Machenschaften hindeuten,

welche seit geraumer Zeit mit den Holzbankaktien betrieben werden, oder beispielsweise auf den Fall, der sich gerade heute bei den Láng'schen Maschinenfabriksaktien ereignete, die, heute eingeführt, innerhalb einer Stunde seitens der zügellosen Spekulation um mehr als 200 Kronen in die Höhe getrieben wurden. Derartige Vorgänge verlangen kategorisch das Dazwischentreten der kompetenten Faktoren, nämlich des Börsenrathes und der Regierung, und es ist nur zu hoffen, daß sich diese Stellen endlich den Schlaf aus den Augen reiben und sich ihrer Pflicht bewußt werden. Es ist dringend nöthig, auch bei uns energische Maßregeln zu treffen, ehe es zu einer Katastrophe an der Budapester Börse kommt.

Neue Freie Presse
6.IV.1917

[Die Anmeldung ausländischer Wertpapiere.] Die Frist für die Anmeldung ausländischer Wertpapiere, welche vom Finanzministerium gesetzt worden war, ist mit dem Monat April abgelaufen. Die Zusammenstellungen werden jetzt bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank bearbeitet und der Abschluß dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Nach der im Dezember erlassenen Verordnung ist der gesamte Besitz an ausländischen Wertpapieren aller Art bekanntzugeben. Die Anmeldungspflicht oblag zunächst den Banken, dann aber auch jedem anderen Vermögensbesitzer. Soviel sich bis jetzt übersehen läßt, dürfte der angemeldete Betrag eine bedeutende Höhe erreichen und nach dem Nominalkapital berechnet, über eine Milliarde Kronen hinausgehen. Das ist natürlich im Vergleiche mit dem deutschen oder dem englischen Besitze an ausländischen Wertpapieren nicht übermäßig viel, aber doch erheblich mehr als erwartet wurde. Der Hauptstock der ausländischen Wertpapiere, der aus dem Besitze des österreichischen Kapitals angemeldet wurde, betrifft deutsche und amerikanische Effekten. Daneben sind auch italienische und Balkanwerte in erheblicher Zahl vorhanden. Auch exotische Wertpapiere sind angemeldet worden, darunter persische Renten und Aktien persischer Unternehmungen. Die Aufarbeitung dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Neue Freie Presse
6.11.1917

Die Regelung des Wiener Effektenverkehres.

Von Ministerialrat Robert Zwierzina.
Börsekommissär der Wiener Börse.

Die Pläne wegen der Neuregelung des Wiener Effektenverkehrs beschäftigen naturgemäß die finanziellen Kreise in hohem Maße. Es war daher von besonderem Interesse, darüber die Ansicht des landesfürstlichen Kommissärs der Wiener Börse Ministerialrates Dr. Robert Zwierzina einzuholen. Derselbe äußerte sich in einem Gespräch mit einem Redakteur unseres Blattes folgendermaßen:

„Die an den Wiener Giro- und Kassenverein dermalen schon an und für sich infolge Ausschaltung des Arrangements und der hiemit verbundenen kompensativen Geschäftsabwicklung gestellten wesentlich erhöhten Anforderungen gegenüber den Friedenszeiten haben nunmehr infolge des intensiveren Verkehrs auf dem Wiener Effektenmarkte eine derartige Verschärfung erfahren, daß eine weitere Tolerierung des bestehenden Zustandes zu den bedenklichsten Konsequenzen geführt hätte. Bei den außerordentlichen Schwierigkeiten, welche mit der Beschaffung eines ausreichenden, qualifizierten Personales verbunden sind, konnte eine befriedigende Lösung der Frage nur in Erleichterungen in der technischen Verkehrsform erblickt werden. Eine solche Erleichterung ist durch die inzwischen erfolgte Kundmachung der Wiener Börsekammer in der Weise eingeführt worden, daß die Kassageschäfte in Effekten, sofern sie durch den Wiener Giro- und Kassenverein abgewickelt werden, allwöchentlich an zwei Tagen, nämlich am Dienstag und Freitag, zur Erfüllung zu bringen sind, wobei die Einreichung am vorhergehenden Samstag, beziehungsweise Mittwoch zu erfolgen hat. Durch die Konzentration der Einlieferung an zwei Tagen ist zu erwarten, daß das zu bewältigende Pensum mit einem den normalen nicht wesentlich übersteigenden Zeitaufwand wird bewältigt werden können. Die Kompliziertheit des Apparates der Geschäftsabwicklung beim Wiener Giro- und Kassenverein, welcher die genaue Prüfung und Durchrechnung der eingelieferten Posten besorgt, bringt es mit sich, daß das Arbeitsquantum ein Vielfaches der vom korrespondierenden Berliner Institut, dem Berliner Kassenverein, zu leistenden Arbeiten beträgt. Dort kommt der Geschäftsabwicklung zwar die sehr einfache und elastische Konstruktion des Effektengeschäftsverkehres zugute. Es darf aber nicht übersehen werden, daß bei diesem Institut eine Ueberprüfung der Einlieferungsposten wie in Wien nicht erfolgt. Die Verantwortung wird nicht vom Kassenverein getragen, das Risiko belastet vor allem die Parteien, welche die Differenzen auszugleichen haben. So sehr sich das Berliner System während seiner langjährigen Dauer außerordentlich bewährt hat, für unsere Verhältnisse würde es gewiß nicht passen und muß im allgemeinen den Prinzipien unserer gegenwärtigen Organisation zweifellos der Vorzug gegeben werden."

Reichspost 6.IV.1917

Die Ausschreitungen der Effektenspekulation.

Der landesfürstliche Börsekommissär hat, wie wir gestern mitteilten, in der Plenarsitzung der Börsekammer erklärt, der Finanzminister habe die sichere Erwartung ausgesprochen, daß alle maßgebenden Faktoren der Wiener Börse in deren eigensten Interesse mit größter Energie den zutage kommenden, im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders bedenklichen Auswüchsen der Spekulation entgegentreten werden, so daß die Regierung vorerst von schärferen Maßnahmen absehen könne. Die Regierung verläßt sich also auf die „maßgebenden Faktoren", d. s. die Banken, trotz der Erfahrungen, die man schon im vorigen Jahr bei ähnlicher Gelegenheit machen mußte. In den Finanzkreisen ist man natürlich mit dieser Zurückhaltung vollauf zufrieden. Leider aber legen die Kurstreiber an der Börse nicht die gleiche Zurückhaltung an den Tag. Trotzdem hört man nichts davon, daß etwa auch nur eine einzige unter den Großbanken durch rücksichtsloses und ausgiebiges Hinaufschrauben des Einlagesatzes dem Umsichgreifen der Spekulation Einhalt zu tun bemüht wäre. Damit, daß man eine stramme Einhaltung der geforderten Mengen verlangt und eventuell die Sätze hiefür um eine Kleinigkeit erhöht, ist gar nichts erreicht.

Um den Ausschreitungen der Spekulanten den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel, und das ist die volle Bardeckung im Effektenkommissionsgeschäft, so wie wir sie schon vor mehr als einem Jahre gefordert haben. Daß man sich damals an zuständiger Stelle nicht zu diesem Schritte entschließen konnte und sich vielmehr mit Einschränkungen, die mehr formaler Natur waren, begnügte, war eine Folge des Einflusses der Banken, die alles Interesse daran hatten, das Effektengeschäft an der Börse möglichst rege zu erhalten. Heute ist man mit dem seinerzeit von der Börsenkammer und von der Finanzpresse beifällig begrüßten System des sogenannten Privatverkehrs so weit, daß selbst offiziöse Verwarnungen kaum mehr einen Eindruck machen. Und begnügt man sich mit einem Appell, statt zu den erforderlichen Machtmitteln zu greifen, obwohl das Treiben der Spekulation, die immer größere Kreise zieht und immer größere Mengen flüssigen Kapitals in übermäßig verteuerten Effekten festlegt, geeignet erscheint, den Erfolg der neuen Kriegsanleihe zu schmälern. Heute hat sich unser ganzes Wirtschaftssystem dem Gedanken der Kriegsfinanzierung unterzuordnen, und zwar ohne allen Vorbehalt. Das gilt nicht zum wenigsten von der Börse.

Ist es nicht widersinnig, wenn es am Effektenmarkt an Material fehlt, um die Nachfrage zu befriedigen, während am Anlagemarkt schon ein relativ kleines Anbot genügt, um in den Kursen der Renten einen Rückgang hervorzurufen?

Die interessierten Kreise sind freilich um Erklärungsgründe für das sozusagen „Naturnotwendige" der jetzigen Effektenhausse nicht verlegen. Die abnorme Geldflüssigkeit und die fortschreitende Liquidierung der Warenvorräte tragen ja zweifellos dazu bei, die Nachfrage nach Effekten wesentlich zu steigern. Aber könnte nicht durch geeignete Mittel (kurzfristige Schatzwechsel u. dgl.) der Papierfülle am Geldmarkte zur rechten Zeit, d. h. in den Zeiträumen, die zwischen den einzelnen Kriegsanleihen liegen, Abbruch getan werden? Dadurch würde ein gewisser Aderlaß geschaffen werden, der nicht ohne Wirkung auf das allgemeine Anlagebedürfnis bleiben könnte. Freilich, ein vollkommener Abbau der Effektenspekulation läßt sich auf solche Art nicht erreichen. Da müßte man sich schon zur rücksichtslosen Einschränkung des Effektenkommissionsgeschäftes auf dem angedeuteten Wege entschließen.

Pester Lloyd
8. V. 1917

(Die Regelung des Wiener Börsenverkehrs.) Aus Wien wird uns telegraphiert: In Ergänzung der Kundmachung, die die Börsenkammer wegen der Abwicklung der privaten Abschlüsse verlautbart hat, publizierte gestern der Wiener Giro- und Kassenverein eine Mitteilung, wonach Käufe und Verkäufe, die an der Wiener Börse geschlossen werden, effektiv zur Durchführung gelangen müssen. Diese Bestimmungen hätten, wenn sie in aller Form eingehalten worden wären, den Kulissenhandel in einzelnen Papieren fast unmöglich gemacht. Aus diesem Grunde wird wahrscheinlich noch eine Ergänzung zu den Bestimmungen verlautbart werden. Das für die Regelung des Verkehrs eingesetzte Komitee der Börsenkammer wird sich morgen mit der Angelegenheit befassen. Die hauptsächlichste Verfügung bestand darin, daß der Giro- und Kassenverein sich weigerte, weiterhin Ablieferungen aus der Uebernahme von Effekten durchzuführen.

Der Abend
8. IV. 1917

101

Denen der Krieg gut anschlägt.

Allgemeine Depositenbank.

Der Rechenschaftsbericht ist heute erschienen. Es hat lange gedauert. Gut Ding braucht Weile. Es ist ein gut Ding für Herrn Reitzes und die geringeren Aktionäre geworden. Die Entgleisungen, die Präsidenten und Direktoren so peinlich wurden, haben der Dividende nicht geschadet. Sie beträgt 37 K = 9¼ v. H. gegen 34 K = 8½ v. H. im Vorjahre; der Reingewinn, soweit er ausgewiesen wird, 6,719.274 K, um 1,898.341 K mehr als im Jahre 1916, wo das k. k. Landesgericht in Strafsachen noch keinen forschenden Blick in das Getriebe der Bank getan hatte. Dabei sollen angeblich Gewinne aus Warengeschäften der Bank nicht zugeflossen sein und die beim Kommissionsgeschäfte der Bereinkaufszentrale erzielte Provision bis zur gänzlichen Abwicklung dieses Geschäftes künftiger Verrechnung vorbehalten bleiben. Man erinnert sich: das sind die Gewinne, die plötzlich niemand haben wollte, herrenlose Hunderttausende, an denen der „Abend" die Freude verdorben hat!

Wenn der gedruckte Rechenschaftsbericht vorliegt, werden wir sehen, ob Anlaß vorhanden ist, darauf zurückzukommen.

Der Abend
9.V.1917

102

Laufburschen einer großen Bank. — Pensionen und Tantiemen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Im Anschlusse an Ihren Artikel „Wiener Bankverein" im Blatte vom 19. April 1917 und Ihre gestrigen Mitteilungen über die Entziehung der Teuerungszulagen bei den eingerückten Amtsdienern der Oesterreichisch-ungar. Bank möchte ich noch folgendes mitteilen:

Seit Beginn des Krieges erhalten Beamte und Diener des obgenannten Institutes, wenn auch nach langen Kämpfen mit der hochlöblichen Direktion, wenn sie eingerückt sind, den vollen Gehalt Plus Teuerungszulage. Wie gesagt, erst nach langen, schweren Kämpfen! Wäre der Gebrauch, daß Beamte, Diener und Laufburschen ihren Gehalt samt der Teuerungszulage für Kriegsdauer bekommen, nicht schon längst bei allen anderen Bankinstituten, selbst bei den kleinsten, eingeführt gewesen, so hätte man den Forderungen des Personals in diesem Institute sicherlich nicht nachgeben. Weil man aber dieser unangenehmen Forderung schließlich doch nachgeben mußte, so war man natürlich in der Direktion des Wiener Bankverein sofort bestrebt, möglichst viel bei dieser Sache zu ersparen, und siehe, man fand sich kein zu diesem Zwecke besser dienliches Objekt als — die Laufburschen. Denen konnte man ja ganz leicht das Gehalt und die Teuerungszulage für die Einrückungsdauer entziehen, denn sie sind ja solchen Gewalttätigkeiten gegenüber ganz wehrlos! Auf diese Art und Weise sucht also die sattsam bekannte Direktion des Wiener Bankverein bei den Angestellten auf der einen Seite das wieder hereinzubringen, was sie auf der anderen Seite hergeben muß. Damit aber niemand vielleicht der Ansicht sei, daß der Gehalt der Laufburschen im Wiener Bankverein so groß sei, daß diese Maßregel gerechtfertigt wäre, will ich noch hinzufügen, daß das Anfangsgehalt für Laufburschen in diesem Institute 30 Kronen beträgt, und daß man nach jedem neuerlichen Dienstjahre um 10 Kronen avancieren sollte. Ich habe das letzte Wor tdeshalb besonders hervorgehoben, weil es schon so Sitte ist, daß jeder Laufbursche, der einen Gehalt von 50 Kronen erreicht hat, ein bis zwei Jahre lang warten kann, bis er wieder avanciert. Dabei kann aber nicht ein Grund für diese Zurücksetzung angegeben werden. Es ist eben so Sitte!

*

Eine andere Zuschrift lautet:

Es wurden nunmehr zum größten Teile die Jahresbilanzen der Wiener Banken in den Tagesblättern veröffentlicht, welche trotz der Not der Zeit Millionengewinne ausweisen. Der Geldstrom der Dividenden, Tantièmen, sowie Remunerationen spendet seine reiche Fülle.

Wie steht es aber mit den Pensionisten dieser Banken, die doch ein Menschenalter ihr Bestes im Interesse ihrer Institute, denen sie angehört hatten, eingesetzt haben? Wie Sie aus dem beiliegenden Abschnitt des Fachblattes der Wiener Bankbeamten „Der österreichische Bankbeamte" ersehen können, ist das Ergebnis der Intervention des Reichsvereines der Wiener Bankbeamten vom Oktober 1916 gleich Null.

Der direktoriale Standpunkt ist augenscheinlich der, ihre Pensionisten einfach glatt verhungern zu lassen, wenn sie der Not gehorchend nicht dem eigenem Trieb es nicht vorziehen, neuerlich, ob gut oder schlecht, die Bürde der Arbeit auf ihre müden Schultern zu nehmen, oder mit Hintansetzung ihrer Denkungsart einen Bettelbrief um Gewährung einer Aushilfe zu richten, da man ja geneigt wäre, jenen Pensionisten, deren wirtschaftliche Lage bedrängt ist („und wo ist dies nicht der Fall"), einlaufende Gesuche nach Tunlichkeit zu berücksichtigen. Ein trauriges Ergebnis; wenig würdig der großen Zeit.

In allen öffentlichen Ämtern hat man sich wegen der großen Not einsichtsvoll verstanden, einmalige oder zeitweilige Aushilfen zu gewähren, nur die Bankmachthaber, die doch im Strom der Reingewinne lustig plätschern, nicht.

Leihen Sie uns, verehrter Herr Schriftleiter, eine Spalte Ihres vielgelesenen Blattes, vielleicht beginnt man sich zu schämen.

Ein Pensionist im Namen vieler, die da schweigend darben.

(Wir geben der Zuschrift, einem in seiner Schlichtheit ergreifenden Schrei nach Recht und Billigkeit gerne Raum; vielleicht bewirkt die Furcht vor der Öffentlichkeit, was das Gerechtigkeitsgefühl bisher nicht vermochte. Die Schriftleitung.)

Wir haben uns bezüglich der darin enthaltenen Beschwerden an eine in Betracht kommende Stelle gewendet und erhalten folgende Auskunft:

Wiener Bankverein: Es ist ganz richtig, daß die Laufburschen, wenn sie einrücken, keinen Gehalt beziehen; dies trifft aber leider nicht die Laufburschen allein, sondern auch die jüngeren (provisorischen) Beamten, ein Mißstand, der in allen Banken anzutreffen ist. Die Direktionen begründen dies damit, daß die jungen Leute auch im Frieden während ihrer militärischen Präsenzdienstpflicht keinerlei Bezüge haben. Man kann nicht behaupten, daß der Wiener Bankverein in dieser Sache seine Angestellten schlechter behandelt als irgend ein anderes gleichrangiges Institut.

Pensionisten-Zuschrift: Daß das Ergebnis unserer Intervention gleich Null gewesen ist, beruht auf Unrichtigkeit. Richtig ist vielmehr, daß sehr wenig für die Pensionisten geschehen ist und daß es sich wie immer so auch diesmal gezeigt hat, daß jene Institute, welche ihre Beamten während der Dienstzeit mit dem geringsten Wohlwollen behandeln, auch zu keinerlei generellen Zuwendungen für die Pensionisten bereit waren, so der „Merkur", die Verkehrsbank usw. Hervorzuheben ist, daß merkwürdigerweise diesmal auch die Credit-Anstalt trotz mehrfacher Urgenzen die Sache noch keiner Erledigung zugeführt hat.

Tägliche Rundschau

123

9. IV. 1917.

Oesterreichische Kriegswirtschaft.

Im österreichischen Bankwesen ist die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung während des dritten Kriegsjahres in ähnlicher Weise zur Geltung gekommen wie in Deutschland. Einen guten Einblick in die österreichischen Verhältnisse gewähren die in den letzten Tagen bekanntgegebenen Rechenschaftsberichte der großen Finanzinstitute. So heißt es in dem Bericht der Oesterreichischen Länderbank:

Volkswirtschaftlich und finanziell hat das dritte Kriegsjahr Beweise für die Lebenskraft und Widerstandsfähigkeit der Monarchie geliefert, die alle Hoffnungen unserer Feinde, uns durch Abschnürung vom Welthandel zu erschöpfen, zunichte machen werden. Da die Absperrung von den ausländischen Zufuhren den Staat auf die eigenen Hilfsmittel angewiesen hat, so ergab sich die Notwendigkeit, immer neue Produktionszweige der staatlichen Bewirtschaftung zu unterstellen, wodurch der freie Handel immer mehr eingeengt worden ist. Die Erschöpfung der Vorräte und die Unmöglichkeit, sie zu ergänzen, führte zu einschneidenden Veränderungen im wirtschaftlichen Kreislauf, indem in einem noch nie dagewesenen Umfang eine Umwandlung aller Produktionsgüter in Bargeld stattgefunden hat. Den Finanzinstituten als den Zentralstellen des Geldverkehrs sind infolgedessen gewaltige Kapitalien, die im Frieden für die Gütererzeugung arbeiteten, geliefert worden. Die Kapitalien, die die Banken in kommerziellen Krediten angelegt hatten, sind in einem außerordentlich großen Umfange zurückgezahlt worden, so daß viele Kunden, die früher Schuldner waren, jetzt mit großen Guthaben erscheinen. Darauf ist zum nicht geringen Teile das enorme Anschwellen der Kontokorrenteinlagen zurückzuführen.

Ferner schreibt die Anglo-österreichische Bank:

Die Züge der Kriegswirtschaft haben eine besondere und markante Gestalt angenommen. Je länger der Krieg fortdauert und je mehr sich die Volkswirtschaft zur Kriegswirtschaft im strengeren Sinne entwickelt, in desto größerem Maße werden die Richtlinien der Produktion wichtiger Güter dem Einfluße privater Geschäftsführung entzogen. Mit Recht erscheint es als das wichtigste Problem, sowohl die im Lande vorhandenen und in emsiger Arbeit stets neu erzeugten, als auch die durch Import etwa noch zu beschaffenden Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und endlich auch an Ganzfabrikaten einer möglichst systematischen Verarbeitung und Verteilung zuzuführen, die durch die gesamtwirtschaftliche Bedürfnisabstufung bestimmt wird. Der hervorstechendste Zug der geldwirtschaftlichen Entwicklung war die weitere und stark ansteigende Konzentration von flüssigen Mitteln in den Kreditinstituten. Es ist dies eine Erscheinung, die mit der Entwicklung, welche die Kriegswirtschaft im Berichtsjahre nahm, aufs innigste zusammenhängt und nicht bloß auf die Banken beschränkt blieb, allerdings aber bei den letzteren am stärksten aufgetreten ist. Die allmähliche Entgüterung der Volkswirtschaft und die wachsende Umwandlung von Gütern in Geldform kommt hier zum Ausdrucke. Dieses Phänomen ist ersichtlich in gewissem Sinne ein anormales und daher wohl auch kritisch zu betrachten, hat aber anderseits auch die Eignung, für den Uebergang zur Friedenswirtschaft in kredit- und geldwirtschaftlicher Beziehung nicht zu unterschätzende Voraussetzungen zu schaffen und zu festigen. Denn so wie heute die in reichem Maße den Banken zufließenden Gelder dem Staate zunächst provisorisch, dann aber auch durch die Finanzierung von Kriegsanleihezeichnungen definitiv überwiesen werden, so wird späterhin die Ansammlung von großen Beständen bei den Kreditinstituten es ermöglichen, beim Uebergang zur Friedenswirtschaft sowohl der Industrie die für die Beschaffung von neuen Rohstoffen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, als auch die dann vom Staate zu ergreifenden Maßregeln aufs kräftigste zu unterstützen.

Die Oesterreichische Creditanstalt, welche in ihrem Jahresbericht eingehend die Entwicklung der mit dem Institut zusammenhängenden zahlreichen finanziellen und industriellen Unternehmungen behandelt, beschränkt sich bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auf folgende kurze Kennzeichnung:

In gesteigertem Maße wendet sich die geschäftliche Arbeit nahezu ausschließlich der Befriedigung des Kriegsbedarfes zu, und die Folgeerscheinungen drücken sich in einer stets wachsenden Einflußnahme des Staates auf Beschaffung und Verteilung der Güter sowie in zunehmender Liquidation der Warenvorräte und dadurch hervorgerufenen gesteigerten Zuflüssen von Geld aus. Die abnorme Geldflüssigkeit bewirkte, daß die Einlagen bei Banken und Sparkassen höher waren als je zuvor.

Tägliche Rundschau
9.IV.1917
104 9

* **Die Zahl der Kriegsgesellschaften.** Man schreibt uns: Aus Mitteilungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts geht hervor, daß angestrebt wird, die Zahl der Kriegsgesellschaften nach Möglichkeit zu verringern und, soweit es angängig ist, sie zusammenzulegen. In einigen Fällen, insbesondere auf dem Gebiete der Bewirtschaftung des Getreides und der Hülsenfrüchte, werden voraussichtlich schon im Laufe der nächsten Monate Zusammenlegungen erfolgen können. Wie beträchtlich inzwischen die Zahl der Kriegsgesellschaften angewachsen ist, geht aus einer neuen Zusammenstellung derselben hervor. Danach sind gegenwärtig 139 Gesellschaften vorhanden. In dieser Zahl sind jedoch eine ganze Reihe von Gesellschaften mit örtlich begrenztem Wirkungskreis nicht enthalten. Beispielsweise fehlen darin die Fischversorgungsgesellschaften, deren Zahl sich gegenwärtig auf 20 beläuft. Auch die dem Reichskommissar für Ausfuhrbewilligungen unterstehenden 30 Zentralstellen für die fachmännische Vorprüfung von Anträgen auf Ausfuhrbewilligung sind nicht in dieser Zahl enthalten; ebenso nicht die drei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung unterstehenden Kohlengesellschaften. Die Aufsicht über die Kriegsgesellschaften führt teils das Reichsamt des Innern, teils das Kriegsernährungsamt, teils das Kriegsamt. Dem Reichsamt des Innern unterstehen 42, dem Kriegsernährungsamt 35 Gesellschaften. Das Kriegsamt leitet die Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit den angegliederten Meldestellen sowie die Kriegs-Rohstoff-Gesellschaften, über die die Rohstoff-Abteilung die Aufsicht führt; im ganzen 62 Gesellschaften. Der größte Teil aller Kriegsgesellschaften hat seinen Sitz in Berlin; 4 Gesellschaften haben ihren Sitz in Bremen, je zwei in Leipzig und Würzburg, je eine in Minden, Dresden, Mannheim, Braunschweig, Hamburg und Bamberg. Im Reichsschatzamt ist eine besondere Stelle eingerichtet, die sich mit der Prüfung der Geschäftsgebarung aller Kriegsgesellschaften durch besonders erfahrene Sachverständige beschäftigt. Dortselbst befindet sich auch eine Mietszentrale, deren sich die Kriegsgesellschaften beim Abschluß von Mietsverträgen zu bedienen haben.

Pester Lloyd

106

9/V. 1917

Neuschloßsche Nasicer Tanninfabrik und Dampfsäge-Aktiengesellschaft.

Unter dem Vorsitze des Ministerialrates Döme v. Szitányi und in Anwesenheit von zwanzig Aktionären mit 11.126 Aktien fand heute in den Lokalitäten der Vaterländischen Bank A.-G. die ordentliche Generalversammlung der Neuschloßschen Nasicer Tanninfabrik und Dampfsäge-A.-G. statt. Der durch den Generaldirektor Hermann Rosenberg vorgelegte Direktionsbericht lautet im wesentlichen wie folgt: Während es im Geschäftsjahre 1914/15 unsere wichtigste Aufgabe bildete, unsere auf den internationalen Verkehr eingerichteten Betriebe für Kriegszwecke umzugestalten, mußten im abgelaufenen Jahre alle Kräfte aufgewendet werden, um den großen Anforderungen gerecht zu werden, die die für Heer und Flotte arbeitende Industrie an unsere Produktion stellte. Trotz der großen Hemmungen, die sich der produzierenden Tätigkeit entgegenstellten, war es uns möglich, unsere für die Heereserfordernisse wichtigen Betriebe auf ihre höchste Leistungsfähigkeit anzuspannen. Unsere gesteigerte Tätigkeit kommt in der Summe unserer Gesamtfakturierungen von 22·5 Millionen zum Ausdruck und versetzt uns trotz der fortschreitenden Verteuerung der Produktionskosten in die Lage, ein erhöhtes Erträgnis auszuweisen und nach entsprechenden Rückstellungen für Wertverminderung unserer Investitionen, sowie für Steuern, eine größere Dividende in Vorschlag zu bringen. Indem einzelne unserer Werke in ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb auf das intensivste ausgenützt wurden, die Instandhaltung der Maschinen und Apparate nicht in gleich sorgfältiger Weise stattfinden konnte wie in Friedenszeiten, so daß späterhin größere Beträge erforderlich sein werden, um diese Anlagen in den früheren tadellosen Zustand zu versetzen, sehen wir uns veranlaßt, eine größere Amortisationsquote im Betrage von k 700.000 in Abschreibung zu bringen, insbesondere da unsere für den gesteigerten Betrieb im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgewendeten Auslagen die Summe von k 721.438.75 erforderten. Somit betragen unsere bisherigen Abschreibungen k 7,910.551.16. Da das Jahreserträgnis höher war als das des Vorjahres und überdies auch die Kriegsgewinnsteuer die Bilanz belasten wird, haben wir für Steuerlasten den Betrag von k 800.000 zurückgestellt. Die Steigerung der in der Bilanz ausgewiesenen Aktivposten an Waldungen, Material- und sonstigen Produkten, sowie der Debitoren und Kreditoren, ist ebenso eine Folge dessen, daß die Tätigkeit in bedeutendem Maße gesteigert wurde, wie auch daß durch das Sinken des Geldwertes die zur Geschäftsführung erforderlichen Summen einen entsprechend größeren Umfang in Anspruch nahmen. In Erwägung dieser Umstände und infolge der uns gebotenen Möglichkeit, den nicht in unserem Besitze befindlichen Teil der Aktien der von uns gegründeten Lomáser Waldindustrie A.-G. restlos zu erwerben, sahen wir uns veranlaßt, eine Erhöhung unseres Aktienkapitals durch Ausgabe von neuen 10.000 Stück Aktien um zwei Millionen Kronen ins Auge zu fassen. Die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 28. Dezember v. J. beschlossene Kapitalsvermehrung wurde mit vollem Erfolg durchgeführt, indem alle Aktionäre ihr Bezugsrecht ausübten, wodurch sich unser Aktienkapital auf k 7,000.000 und unsere sämtlichen Reservefonds inklusive der Abschreibungen auf k 18,154.981.05, respektive wenn die durch die heutige Generalversammlung zu votierenden k 250.000 hinzutreten, auf k 18,404.981.05 erhöht haben. Während wir an unseren slawonischen Werken und unseren sonstigen Betrieben eine gesteigerte Tätigkeit entfalten konnten, mußten wir unser in Siebenbürgen befindliches Homoróder Werk, das kurze Zeit auch in rumänischem Besitz war, wie unsere dortigen, in die Kriegszone fallenden Waldmanipulationen zum Stillstand bringen. Abgesehen davon, daß unsere Wohnhäuser, die Vorräte von Bedarfsartikeln, die Mobilien und Habseligkeiten unseren Beamten komplett geplündert und geraubt wurden, haben wir an der maschinellen Anlage in Homoród wie an unseren Holzvorräten keinen nennenswerten Schaden erlitten, doch mußten infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der Unmöglichkeit, Lebensmittel zu beschaffen, unsere Siebenbürger Betriebe eingestellt werden. Ein weitaus größerer Schaden traf die Lomáser Waldindustrie A.-G., indem ihr unmittelbar ins Kriegsgebiet fallendes Galoczáser Werk mit allen Vorräten durch unsere eigenen Truppen vernichtet werden mußte. Es ist jedoch begründete Hoffnung vorhanden, daß die erlittenen Schäden in vollem Umfange ersetzt werden und daß die Lomáser Waldindustrie A.-G. nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse ihre erfolgreiche Tätigkeit fortzusetzen in der Lage sein wird. Infolge des obigen Umstandes hat die Lomáser Aktiengesellschaft bis zur Liquidierung ihrer Schadenersatzansprüche von einer Bilanzaufstellung für das abgelaufene Jahr abgesehen. Unsere im Vorjahre ins Leben gerufene Tochtergesellschaft, die Oesterreichische Holzverkehrs-Gesellschaft m. b. H. in Wien, hat das erste Jahr ihrer Tätigkeit mit zufriedenstellendem Erfolg abgeschlossen und dürfte auch in Zukunft den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen. Im Vereine mit den hervorragendsten kroatisch-slawonischen Extraktfabrikanten haben wir im abgelaufenen Jahre die Gerbextrakt-Aktiengesellschaft in Budapest gegründet, die vorläufig mit einem auf 50 Prozent eingezahlten Aktienkapital von k 1,000.000 ausgestattet wurde. Diese Gesellschaft wird ebenso die Aufgabe haben, die Interessen der seit Kriegsbeginn zu besonderer Bedeutung gelangten Extraktindustrie innerhalb und außerhalb der Monarchie zu vertreten, wie namentlich den für die Heereserfordernisse der Monarchie und ihrer Verbündeten auftretenden Bedarf an Gerbextrakten zur Verfügung zu halten. Der Bericht gedenkt dann in pietätvollen Worten des Ablebens des langjährigen Präsidenten der Gesellschaft Josef v. Hajós und meldet mit Bedauern, daß Geheimer Rat Josef Szterényi aus politischen Gründen vor kurzem veranlaßt war, seine Stelle als Mitglied der Direktion niederzulegen. Die Direktion beantragt, ihm für seine eifrige Tätigkeit protokollarisch Dank und Anerkennung zu votieren. Nach Abzug der erwähnten Zuweisungen von k 700.000 für Wertverminderung und k 800.000 für Steuerreserven beziffert sich der verbleibende Reingewinn des abgelaufenen Jahres auf k 1,882.520.88 gegen k 1,677.667.16 im Vorjahre. Die Direktion beantragt, hievon dem allgemeinen Reservefonds k 250.000, dem Beamtenhilfsfonds k 100.000, für Kriegsfürsorge- und Wohltätigkeitszwecke k 100.000 zuzuwenden, nach Berücksichtigung der statutarischen Abzüge k 1,125.000 zur Bezahlung einer 22½prozentigen Dividende, d. i. k 45 für den Kupon Nr. 21 zu verwenden und die verbleibenden k 185.035.96 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Einlösung der Kupons erfolgt von heute ab an den Schaltern der Gesellschaft und der Vaterländischen Bank Aktiengesellschaft. Die Generalversammlung akzeptierte den Bericht, sowie den auf die Verwendung des Reingewinns bezughabenden und die sonstigen Anträge der Direktion. Hierauf erfolgte mit Stimmeneinhelligkeit die Wahl der bisherigen Direktionsmitglieder und die Neuwahl des Barons Béla Hatvany und des Direktors Julius v. Kelemen in die Direktion der Gesellschaft.

Neues Wiener Tagblatt
9.IV. 1917

107

Die Neuregelung des Effektenverkehrs an der Wiener Börse.

Der Verkehr an der Wiener Börse ist trotz seines privaten Charakters, und obschon Geschäfte nur gegen Kassa gemacht werden dürfen, lebhafter als er je im Frieden war. Die in solchem Grade kaum noch dagewesene Geldflüssigkeit, die gute Beschäftigung einzelner Industrieunternehmungen und die im letzten Jahre gewinnreiche Tätigkeit der Banken haben dem Markte neue Käuferschichten zugeführt, welche sich aus dem dem Markte sonst ferne stehenden Publikum rekrutieren und durch ihr Eingreifen maßlose Wertsteigerungen, die schon längst ganz außer Verhältnis zur Rentabilität der Papiere stehen, herbeigeführt haben. Warnungen gegen dieses entschieden zu mißbilligende Treiben haben sich bisher als nutzlos erwiesen, die Uebelstände im Verkehre mehren sich vielmehr von Tag zu Tag, und die wachsenden technischen Schwierigkeiten einer klaglosen Abwicklung des gegenwärtigen, übermäßig ausgedehnten Privatverkehrs haben gerade in der letzten Zeit wieder die beruflichen Kreise zu Vorschlägen behufs Behebung der zutage getretenen Mängel veranlaßt. Zu dieser Frage hat zunächst das Gremium der Effektensensale in einer Eingabe Stellung genommen, welche nach Berliner Muster die Einführung eines Gruppensystems für die Diensteinteilung der Sensale sowie auch andre Maßnahmen vorschlägt.

Die Börsekammer hat mit der Beratung dieser Angelegenheit ein Spezialkomitee eingesetzt, das gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten ist. Seit der Konstituierung dieses aus den Börseräten Robert Kolisch, Ernst Lemberger, Gustav Sobotka und Alois Weishut bestehenden Komitees, dem noch kaiserlicher Rat Leopold Langer zugezogen wurde, ist noch ein Zwischenfall eingetreten, in welchem ein Teil der Börseninteressenten und speziell die Kulisse eine weitere Erschwerung des Verkehres erblickt. Im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen über die Abwicklung des Effektenverkehres hat nämlich der Giro- und Kassenverein, dem das Arrangement, die Regulierung der Käufe und Verkäufe obliegt, eine Verfügung getroffen, wonach zum Zwecke einer genauen Kontrolle des Verkehres Kompensationen von Käufen und Verkäufen nicht mehr zulässig sein sollen, die einzelnen Kaufs- und Verkaufsgeschäfte vielmehr gesondert erfüllt werden müßten. Gleichzeitig wendet sich die erwähnte Verfügung dagegen, daß einzelne Kontoinhaber durch das Arrangementbureau der Giro Effektenposten übernehmen lassen, ohne rechtzeitig für die entsprechende Warendeckung des Kontos Sorge zu tragen, weshalb künftighin, falls nicht rechtzeitig vorher das Einvernehmen mit dem Giro gepflogen wurde, solche Posten an den Einreicher zurückgehen sollen.

In der gestrigen unter Vorsitz der beiden Vizepräsidenten Bernhard v. Popper und Samuel Steinhübel abgehaltenen Komiteesitzung wurden die Vorschläge des Sensalengremiums einer genauen Prüfung unterzogen und prinzipiell das Einverständnis mit denselben erklärt. Zu einer formellen Beschlußfassung ist es in der gestrigen Sitzung jedoch nicht gekommen, sondern vielmehr die Einberufung einer Enquete beschlossen worden, um die Meinungen verschiedener kompetenter Faktoren zu hören, ehe eine entgültige Entscheidung getroffen wird. Zur Enquete werden Vertreter der hiesigen Banken und mehrerer größerer Firmen des Platzes herangezogen werden. Man glaubt, die Vorschläge des Sensalengremiums, die, wie bereits erwähnt, die Einführung des Gruppensystems als hauptsächlichste Reform zum Inhalt haben, noch im Laufe der Woche erledigen zu können. An die Ernennung neuer Sensale wird, so lange der Krieg dauert, nicht geschritten werden. Zu der neuen, oben skizzierten Verlautbarung des Giro- und Kassenvereines wurde gestern noch nicht Stellung genommen.

Das Gruppensystem ist in der Weise gedacht, daß, während gegenwärtig jeder Sensal in jedem zum Umsatz an der Börse zugelassenen Wertpapier Kauf- oder Verkaufaufträge durchführt, in Hinkunft sämtliche Sensale in eine Anzahl von Gruppen — beabsichtigt sind 5 bis 6 Gruppen — gegliedert werden sollen. Jeder Gruppe, aus vier Sensalen zusammengesetzt, würden bestimmte Wertpapiere zum ausschließlichen Handel zugewiesen werden. Durch eine derartige Regelung erwartet man, die gegenwärtige Regellosigkeit im Schranken, die die ungestörte Abwicklung des Verkehrs in der verhältnismäßig knappen Börsenzeit von anderthalb bis zwei Stunden überaus erschwert und die ordnungsmäßige Feststellung der Kurse häufig geradezu in Frage stellt, beseitigen zu können.

Es ist jedenfalls von Inetresse, daß, ungeachtet offizielle Börse derzeit eigentlich gar nicht existiert, der sogenannte Privatverkehr einen Umfang erreicht hat, daß dessen Bewältigung durch die seitherige Organisation unmöglich erscheint und Neuerungen und Reformen sich als unabweisbar erweisen. Dabei kann von spekulativen Umsätzen in dem Sinne, daß etwa wie in ehemaligen Perioden ungezügelter Ueberspekulation Effekten gegen unzulängliche, geringe Deckung erworben werden, in nennenswertem Maße gegenwärtig gar nicht die Rede sein, die Käufe erfolgen überwiegend gegen bar gegen volle Bezahlung. Die Gefahr eines rapiden Umschwunges, einer unvermittelten, nicht zu begrenzenden plötzlichen Entwertung der Papiere ist aber deshalb keine geringere. Daran scheinen die vielen unberufenen Elemente, die jetzt mit dem Feuer spielen, nicht zu denken. Sie sollen aber immer wieder daran gemahnt werden, mögen auch die Warnungen weder Beachtung noch Beherzigung finden. Mit Unrecht wird man im Moment der Katastrophe den Zusammenbruch der Börse zur Last legen; die berufsmäßigen Mitglieder der Börse tragen am wenigsten zur Ueberwertung der Papiere bei; zumeist führen sie nur als Kommissionäre die von außen kommenden Aufträge aus. Sie könnten sich allerdings ein Verdienst um die Institution, die ihnen Erwerb und Stellung bietet, sichern, wenn sie es auch ihrerseits an Abmachungen nicht fehlen ließen. Insoweit der Geldüberfluß die Bewegung fördert, würde gerade jetzt die Subskription auf die Kriegsanleihe die passendste und auch rentabelste Gelegenheit zur guten Veranlagung disponiblen Geldes gewähren.

11./V. 1917

108

Die Bewegung in den Schiffahrtsaktien.

Geplantes Verbot des Börsenhandels in den Aktien der Austro-Americana.

Die Bewegung in den Schiffahrtsaktien hat in der letzten Zeit auf dem Wiener Markte einen außerordentlich stürmischen Charakter angenommen und Preisübertreibungen hervorgerufen, welche ernste Bedenken in maßgebenden finanziellen Kreisen wecken. Wie verlautet, ist eine Gegenmaßregel der Aufsichtsbehörde in Aussicht genommen, wenn die Bewegung keine Eindämmung erfahren sollte. In diesem Falle würde die vor einiger Zeit bewilligte Zulassung der Aktien der Schiffahrtsgesellschaft Austro-Americana zum Handel im gegenwärtigen beschränkten Privatverkehre zurückgenommen werden. Damit wäre es dann verboten, innerhalb des Börsensaales Geschäfte in den Aktien dieser Schiffahrtsgesellschaft abzuschließen.

Die wilde Bewegung in den Schiffahrtsaktien hat vor ungefähr drei Wochen eingesetzt. Sie wurde mit Gerüchten über große finanzielle Transaktionen einzelner der in Betracht kommenden Gesellschaften eingeleitet und überdies mit der Frachtratenbewegung in Verbindung gebracht. Die Seeschiffahrt ist im Kriege zum vollkommenen Stillstand verurteilt, die Gesellschaften haben außer den Einnahmen aus den für die Kriegsmarine gecharterten Schiffen keine anderweitigen Eingänge, müssen aber den ungemein kostspieligen Apparat erhalten, insbesondere ihre Angestellten weiter entlohnen. Durch diese Umstände wurden die Reserven, welche die Gesellschaften in den Friedensjahren angesammelt hatten, vollkommen aufgezehrt. Die letzten Bilanzen schlossen mit großen Verlusten. Die Abschlüsse des Jahres 1916 liegen noch nicht vor. Zu Ende 1915 hatte der Oesterreichische Lloyd bereits einen bilanzmäßigen Verlust von 5 Millionen Kronen, der nach Aufzehrung des Reservefonds sich auf 1¾ Millionen Kronen reduzierte. Dieser Verlust dürfte mit Ende 1916 auf rund 5 Millionen Kronen gewachsen sein. Die Austro Americana hatte zu Ende 1915 einen Verlust von 10·9 Millionen Kronen, das ist über 40 Prozent des Aktienkapitals. Die Schiffswerftengesellschaft Cantiere Navale, deren Aktien zum Handel nicht zugelassen sind, hat für das Jahr 1915, da ihre Anlagen in Monfalcone liegen, überhaupt keine Bilanz veröffentlicht. Die bisherigen tatsächlichen Ergebnisse sind also außerordentlich ungünstig, die Reserven und ein Teil des Aktienkapitals der Gesellschaften sind verloren und die Auffüllung dürfte jedenfalls eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Bewegung in den Schiffahrtsaktien trat nicht allein durch ihre Intensität, sondern auch durch die Ausdehnung der Umsätze stark hervor und es beteiligten sich an ihr weite Kreise, die sonst an dem Handel in Effekten nicht teilnehmen. Angeblich sollen verschiedene außerhalb der Börse stehende Personen sich vereinigt haben, um durch forcierte Käufe die Bewegung ununterbrochen zu erhalten. Insbesondere sind große Käufe einer Triester Gruppe beobachtet worden. Der Zweck, der diesem Eingreifen zugrunde lag, war dahin gerichtet, auf weite Kreise des Publikums einzuwirken und diese an der Bewegung zu interessieren. Hiedurch erklärt sich die ungewöhnliche Ausdehnung, welche der Verkehr in diesen Papieren, die zum größten Teile Jahre hindurch abseits von jeder Geschäftstätigkeit gelegen waren, angenommen hat. Die stürmische Entwicklung der Preise dieser Papiere hat ihre Ursache zum Teile darin, daß die Zahl der für den Handel verfügbaren Effekten eine beschränkte ist, weil die Mehrheit in Syndikaten gebunden und vertragsmäßig vom Verkaufe ausgeschlossen ist. Die Aktien der Austro-Americana befinden sich im Besitze eines Konsortiums, dem die meisten Wiener Großbanken angehören. Der Umfang der sprunghaften Aufwärtsbewegung wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß einzelne dieser Papiere während drei Wochen um das Dreifache ihres früheren Preises, um mehrere hundert Kronen, gestiegen sind. Hiebei zeigen auch die Tagesbewegungen einen sprunghaften Charakter und Schwankungen von 30 bis 40 Kronen sind regelmäßige Erscheinungen. In den allerletzten Tagen hatte diese Bewegung ein besonders heftiges Tempo, und die Bedenken gegen eine solche Bewertung, welche über die Ertragsaussichten der nächsten Jahre weit hinausgeht, haben an Stärke allenthalben zugenommen.

Als Grund der Höherbewertung der Schiffahrtsaktien wird vorwiegend das Näherrücken des Friedens angeführt. Man weist darauf hin, daß die Flotte der österreichischen Schiffahrtsgesellschaften gesichert und unverletzt in den heimischen Häfen liege, daß nur wenige Schiffe verloren gegangen sind und daß die Dampfer sofort nach dem Frieden für die Wiederaufnahme des Verkehres bereitstehen werden. Aus Verkäufen, die bezüglich verschiedener neutraler und feindlicher Schiffe im Kriege zu enormen Preisen getätigt wurden, wurde gefolgert, daß später die heimische Flotte einen wesentlich höheren Wert ergeben werde, als die Ansätze der Bilanzen nach den Bewertungen der letzten Friedenszeit bekunden. Auf diese Weise würde die Möglichkeit geschaffen sein, die Bilanzen zu bereinigen und die Verluste zu tilgen. Ferner wird auf die außerordentlich hohen Schiffsfrachten hingewiesen, die im internationalen Seeverkehre gelten. Diese Frachten haben namentlich seit dem Ausbruche des verschärften Unterseebootkrieges eine vielfach phantastische Höhe erreicht. Vor dem Kriege kostete die Versendung von Getreide aus Newyork nach England 2 Schilling 6 Pence für die Tonne. Gegenwärtig wird für Getreide 30 bis 32 Schilling gezahlt. Die Verfrachtung von Kohle aus Cardiff nach Genua kostete vor dem Kriege 7 Schilling 3 Pence. Jetzt notiert die Fracht 80 bis 85 Schillinge. Für Sendungen aus Indien nach England wurden vor dem Kriege 15 Schilling für die Tonne gefordert, jetzt kostet die Verladung und Verfrachtung 200 bis 240 Schillinge. Allerdings sind das Raten, denen der Charakter des ganz Ausnahmsweisen deutlich auf die Stirne geprägt ist, die überwiegend nominell und nicht effektiv sind, weil der Unterseebootkrieg den Verkehr sehr einengt und die in solcher exzessiver Höhe sicherlich mit dem Ende des Krieges wieder verschwinden werden. Anderseits sind auch die Selbstkosten, insbesondere die Kohlenpreise, außerordentlich gestiegen und es läßt sich gegenwärtig gar nicht kalkulieren, welchen Ertrag das Frachtgeschäft zur See im Frieden besitzen wird. So entbehrt die stürmische Bewegung in Schiffahrtsaktien einer rechnerischen Grundlage und vollzieht sich unabhängig von den gegenwärtigen Verlustbilanzen bloß in der unbestimmten Hoffnung auf hohe Gewinne im Frieden. Die Bedenken gegen solche Ausschreitungen in den Preisen dürften eben das geplante Verbot des Handels in den Aktien jenes Papieres, welches in der letzten Zeit im Vordergrunde der Bewegung stand, der Gesellschaft Austro-Americana zur Folge haben.

Neue Freie Presse 11.IV.1917 Abendbl. 109 11 A

Verbot des Handels in Aktien der Austro-Americana.

Durch eine Verfügung des Finanzministeriums wird heute die vor einiger Zeit für die Aktien der Seeschiffahrtsgesellschaft Austro-Americana erteilte Bewilligung zurückgezogen, womit der Handel in diesen Aktien im beschränkten Privatverkehr der Wiener Börse untersagt ist. Für die Abwicklung der laufenden Geschäfte wird eine Frist von drei Tagen gewährt werden. Das unbedingte Verbot des Börsenhandels in diesen Aktien wird mit dem Dienstag in Kraft treten.

Durch eine Kundmachung der Wiener Börsekammer, welche heute erlassen worden ist, wird das Verbot des Börsenhandels in Wertpapieren, die nicht zur Kote zugelassen sind, neuerlich eingeschärft werden. Die Uebertretung dieses Verbotes wird mit strengen Strafen geahndet werden. Die Einschärfung des Verbotes ist in erster Linie durch die Bewegungen in den Aktien des Cantiere Navale Triestino veranlaßt.

Der Rechtsstandpunkt bei dem Verbot der Regierung.

Das Finanzministerium hat am 26. Februar 1917 die Bewilligung erteilt, daß die Aktien der Austro-Americana zum Handel im beschränkten Privatverkehr zugelassen werden. Sie hat jedoch damals diese Erlaubnis unter der ausdrücklichen Voraussetzung erteilt, daß sie die Bewilligung jederzeit zurückziehen kann. Hievon wurde nicht nur die Börsekammer, sondern auch die Schiffahrtsgesellschaft, die um die Zulassung ansuchte, verständigt.

Die Zulassung bezieht sich hier nur auf den beschränkten Privatverkehr, der während des Krieges eingeführt wurde und ist mit der Kotierung von Aktien nicht zu verwechseln. Auch eine Kotierung kann indessen von der Regierung nach dem Börsegesetz jederzeit zurückgezogen werden. Die Vertreter der Börsekammer erinnern sich jedoch nicht, daß die Regierung jemals von dem Rechte der Zurückziehung einer Kote Gebrauch gemacht hätte.

Die Kundmachung der Wiener Börsekammer.

Im Laufe des gestrigen Abends hat der Börsekommissär Ministerialrat Zwierzina der Börsekammer mitgeteilt, daß das Finanzministerium die Cote für die Austro-Americana-Aktien zurückzieht. Der Finanzminister hat, damit die Abwicklung des laufenden Geschäftes ermöglicht werde, eine Erstreckung des Verbotes des Handels in diesen Aktien bis zum 15. Mai verfügt. Heute wurde die nachstehende Kundmachung der Wiener Börsekammer bei Beginn des Verkehres angeschlagen:

Die mit Kundmachung vom 26. Februar 1917 verlautbarte Zulassung der Aktien der Vereinigten österreichischen Schiffahrts-Aktiengesellschaft vormals Austro-Americana und Fratelli Cosulich zu dem im Effektensaale gestatteten beschränkten Privatverkehr wird hiemit mit Gültigkeit vom 15. Mai 1917 bis auf weiteres widerrufen. Es ist daher jeder Handel in diesen Aktien in den Börseräumlichkeiten untersagt. Gegen Zuwiderhandelnde wird mit Ordnungsstrafen (Geldbußen oder Börsenausschluß) mit aller Strenge vorgegangen.

Die gleichen Strafen treffen jedermann, der in den Börseräumlichkeiten in irgendwelchen anderen nicht notierten oder nicht zum Privatverkehre zugelassenen Aktien handelt oder zu handeln versucht.

Der heutige Verkehr in Schiffahrtsaktien.

Das Interesse des Marktes war von den Verfügungen beherrscht, die sich gegen die Ausschreitungen auf dem Markte für Schiffahrtsaktien richten. Unter dem Eindruck dieser Maßregeln fanden in Schiffahrtsaktien größere Entlastungsverkäufe statt, die in sämtlichen Papieren der erwähnten Kategorie, deren Kurse sich in den letzten Wochen sprunghaft erhöhten, zu Preisermäßigungen führten. Die auf den Markt gelangende Ware hatte jedoch keinen sehr bedeutenden Umfang, und da dem Ausgebot Nachfrage gegenüberstand, so vollzog sich der Rückgang in ruhigen Formen. Nach den anfänglichen Abschwächungen traten in einzelnen Schiffahrtswerten wieder Preiserholungen ein, infolge deren der Unterschied gegenüber den gestrigen Kursen kein auffallend großer ist. Im späteren Verlaufe traten jedoch wieder stärkere Rückgänge ein.

In jenen Schiffahrtsaktien, in denen sich in den letzten Tagen, trotzdem die Cote nicht erteilt worden ist, ein reges Geschäft abwickelte, unterblieb heute mit Rücksicht auf die Kundmachung der Börsekammer jeder Verkehr.

Die Bewegung auf dem Schiffahrtsmarkte übte auf die übrigen Gebiete gleichfalls größeren Einfluß aus. Bemerkenswert war neuerlich die feste Tendenz des Anlagemarktes.

Der Abend
11/V. 1917

110

Wie arg muß es sein.

Wie die „N. Fr. Pr." und andere Börsenblätter melden, will die Staatsbehörde den Handel, oder besser gesagt das Börsenspiel in den Aktien der Schiffahrts-Gesellschaft „Austro-Americana" verbieten. Das Treiben soll so arg sein, daß sogar die Börsenblätter Worte des Tadels dafür finden — nicht der sittlichen Entrüstung, die wohlfeil ist, sondern des wirklichen ernsthaften Tadels, der einen mit geschätzten Geschäftsfreunden entzweien kann. Da muß wirklich schon Feuer auf dem Dache sein. Angeblich geht die Börse viel zu weit in der Vorausbewertung der Aussichten, die sich den Schiffahrtsunternehmungen nach dem Kriege bieten; wie man sieht, wird wirklich das Fell des Bären ein wenig frühzeitig verteilt.

Uns kann dieses Treiben selbstverständlich gleichgültig sein; wir besorgen nicht, daß sich unter den Lesern des „Abend" welche finden könnten, die diesen Gaunereien aufsitzen. Wir erwähnen das ganze nur, weil es so überaus bezeichnend ist; zuerst entfesseln alle, die an hohen Kursen beteiligt sind, alle ohne Unterschied des Standes und Ansehens im Börsensaale, ein wildes Treiben; sie alle flüstern das geheimnisvoll-verlockende „Wollen Sie Geld verdienen?", auf das die unbelehrbare Menge immer wieder hineinfällt. Hat man aber einmal den unheilbar Dummen die Papiere angehägt, dann kommt die sittliche Entrüstung zum Durchbruch und ruht nicht eher, als bis die Papiere wieder so tüchtig gefallen sind, daß es sich lohnt, sie den Unheilbaren wieder abzukaufen. So geht es im nie endenden Kreislauf, aus der allgemeinen Tasche in ein paar besondere . . . Dieses gemeinschädliche Treiben wird natürlich erst mit dem Augenblick enden, wo es nicht länger möglich sein wird, sich durch den bloßen Besitz von bedrucktem Papier den Ertrag fremder Arbeit anzueignen; arbeitsloser Gewinn muß zum Spiele verlocken, da er ja an sich Spiel ist.

Solange aber die wirtschaftliche Ordnung besteht, die solches ermöglicht, sollte man wenigstens ihre allerschädlichsten Folgen auszuschließen suchen, und das ist das Börsenspiel der Außenstehenden, der sicheren Opfer. Verbote nützen hier nicht viel, denn die Nutznießer, naturgemäß schlauer als die Staatsgewalt, finden immer Mittel und Wege um das Verbot herum. Nur zwei Abhilfen gibt es: die eine ist unausgesetzte Aufklärungsarbeit, die deshalb von den Behörden gefördert und nicht etwa behindert werden sollte; dann aber heißt es auch, das ganze Treiben dem vollsten Lichte der Öffentlichkeit aussetzen, statt, wie es jetzt geschieht, den Schleier der Heimlichkeit darüber zu breiten. Wahrlich, was hat es für Sinn, die Berichterstattung über die Vorgänge in dem großen Spielsaale der Börse zu verbieten? Das Verbot nützt doch nur den Spielhaltern, die alles wissen und die Vorteile der Heimlichkeit ausnützen. Wo die Sonne hinkommt, kommt der Arzt nicht hin, sagt ein italienisches Sprichwort; wo die Sonne der Öffentlichkeit hinkommt, brauchen der Polizist und der Staatsanwalt nicht hinzukommen. Stünde die Börse unter der Überwachung der Öffentlichkeit, so wären die allerärgsten Ausschreitungen nicht möglich, denn ein wenig ist die Öffentlichkeit jetzt doch schon so geartet, daß sie nicht für alle Schiebereien und Treibereien der Börsenjobber blind ist. Sie fängt an, die Augen offen zu halten. Sie lernt, auf die Finger sehen, die so gewandt in fremden Taschen herumarbeiten.

*

Heute wurde im Börsensaale eine Kundmachung der Börsenkammer verlautbart, welche bestimmt, daß ab 15. d. die Aktien der „Austro-Americana"-Schiffahrtsgesellschaft nicht mehr an der Börse gehandelt werden dürfen. Gleichzeitig wird den Börsebesuchern in Erinnerung gebracht, daß Geschäftsabschlüsse in Papieren, die zum Handel an der Börse nicht zugelassen sind, verboten sind und die Außerachtlassung des Verbotes strenge Strafen nach sich ziehen würde.

Neue Freie Presse

12./V. 1917

111

Das Verbot des Handels in Austro-Americana-Aktien.

Aeußerungen von Fachmännern.

Kaiserlicher Rat S. Steinhübl.

Vizepräsident der Wiener Börsekammer.

Auf Grund des Börsegesetzes vom 1. April 1875 bestimmt der Finanzminister jene Wertpapiere, welche an der Börse gehandelt und in deren amtliches Kursblatt aufgenommen werden dürfen, nachdem darüber die Börsekammer ihr Gutachten abgegeben hat. Es ist, wenn sich hierüber auch im Gesetze keine ausdrückliche Bestimmung findet, doch zweifellos das Recht der Regierung, solche Bewilligungen zur Kote und damit zum Handel auch wieder zurückzuziehen, da die Staatsverwaltung nach § 11 des Börsengesetzes sogar zur Schließung der Börse berechtigt ist. Allerdings ist es meines Erinnerns bisher noch niemals vorgekommen, daß die Zulassung zur Kote vom Ministerium später wieder aufgehoben wurde. Im § 17 des Statuts der Börse ist die Bestimmung enthalten, daß der Handel und Verkehr in nicht kotierten Effekten verboten ist. Das war der rechtliche Zustand vor dem Kriege bis zur Eröffnung des beschränkten Privatverkehres.

Bei den Verhandlungen im Finanzministerium, die der Eröffnung des beschränkten Privatverkehres vorausgegangen sind, wurde auch die Frage des Handels in nicht kotierten Werten in Beratung gezogen. Hiebei wurde von mehreren Seiten der Standpunkt vertreten, daß im beschränkten Privatverkehre der Handel auch in nicht kotierten Papieren zulässig sei. Zur Unterstützung dieser Auffassung wurde darauf hingewiesen, daß der beschränkte Privatverkehr keinen wirklichen Börsenverkehr darstelle, da ihm die wesentlichsten Bedingungen für den Begriff des technischen Börsengeschäftes fehlen, wie namentlich das Kursblatt, die Aufnahme der Kurse und das Schiedsgericht. Auch wurde betont, daß die Sensale nach dem Maklergesetz die Berechtigung haben, außerhalb der Börse auch in nicht kotierten Effekten Geschäfte abzuschließen. Diese Ansicht ist bei den damaligen Konferenzen durchgedrungen und es war damit die Möglichkeit des Handels in den nicht kotierten Effekten in dem beschränkten Privatverkehre gegeben. Tatsächlich hat sich auch ein solcher Handel entwickelt, der sich anfangs wohl nur auf wenige Personen und Werte beschränkte, allmählich aber größere Dimensionen annahm und an dem sich später auch die Sensale in stärkerem Maße beteiligten. Dieser Verkehr trat dann aus dem Rahmen eines stillen Geschäftes heraus und nahm immer offenere Formen an. Im Herbst 1916 waren die Umsätze in den nicht kotierten Effekten bereits recht bedeutende, insbesondere im Schranken, so daß die Regierung in Ausübung des Aufsichtsrechtes über die Sensale sich veranlaßt sah, gewisse Kautelen einzuführen, um diesen übermäßig angewachsenen Handel einzudämmen. Es wurden nämlich jene Gesellschaften, welche den Handel ihrer Aktien anstrebten, veranlaßt, ein entsprechendes Ansuchen an die Börsekammer zu richten. Jene Daten, welche in normalen Zeiten als Prospekt bezeichnet werden, wurden der Kammer in Form einer Mitteilung vorgelegt und die Gesellschaften mußten sich gleichzeitig verpflichten, einen entsprechenden Betrag für den Börsenfonds sowie zur Publikation dieser Mitteilungen zu leisten. Die von den Gesellschaften eingebrachten Daten wurden von einem besonderen Komitee geprüft, und wenn sie als befriedigend betrachtet wurden, ging an das Finanzministerium der Vorschlag auf Gestattung des Handels in den betreffenden Effekten. Die Regierung gab auch in den meisten Fällen ihre Zustimmung. Hiebei wurde aber seitens der Regierung der Börsekammer und seitens der Börsekammer den Gesellschaften ausdrücklich erklärt, daß diese Bewilligung zum Handel jederzeit zurückgezogen werden könne und daß sie durchaus kein Präjudiz für die Gewährung einer später eventuell anzusuchenden Kotierungsbewilligung biete. Der Handel in anderen nicht bewilligten Effekten wurde ausdrücklich verboten. Im Laufe der nächsten Monate ist dann neuerlich eine Anzahl Gesellschaften um Zulassung ihrer Aktien zum Handel eingeschritten, und das Finanzministerium hat nach dem Antrage der Börsekammer für eine weitere Gruppe von Aktien die Zulassung zum Handel gegeben. Aber schon damals wurden einzelne Ansuchen nicht erledigt. Nach einiger Zeit kamen noch neuerliche Ansuchen hinzu, die aber von der Börsekammer nicht mehr in Beratung gezogen wurden, weil mit Bestimmtheit anzunehmen war, daß das Finanzministerium weitere Bewilligungen nicht erteilen werde.

Das ist der derzeitige Stand in dieser Frage. Der gesamte gegenwärtige beschränkte Privatverkehr stellt lediglich das Resultat eines Uebereinkommens zwischen der Regierung und der Börsekammer dar, bei welchem sich das Finanzministerium von vornherein die Möglichkeit einer Aenderung vorbehielt. Die jetzige partielle Maßregel, die Aufhebung der Bewilligung des Handels in einem Effekte, ist in den Befugnissen der Regierung gelegen gewesen, die sich dieses Recht seinerzeit ausdrücklich wahrte.

Emil Bentl.

Direktor des Wiener Giro- und Kassenvereines.

Schon seit längerer Zeit rief der allzu lebhafte Handel in gewissen Spezialeffekten, zu denen die Aktien der Austro-Americana und verwandter Unternehmungen gehören, in den Börsekreisen gewisse Bedenken hervor. Wenn auch die Maßregel, welche seitens der Aufsichtsbehörde getroffen wurde, nämlich der Widerruf der Zulassung der Austro-Americana-Aktien zum börsenmäßigen Handel, den Charakter des Ungewöhnlichen an sich trägt, wurde doch allgemein zugegeben, daß es auch ungewöhnliche Verhältnisse waren, welche hiezu führten. Zur Vermeidung eines vielfach bestehenden Irrtums sei hiebei übrigens hervorgehoben, daß es sich nicht um die Rückziehung einer Kote handelt, zu welcher das Finanzministerium gleichfalls berechtigt wäre; vielmehr kommt im vorliegenden Falle ein an der Wiener Börse nicht kotiertes Effekt in Frage, welches mit dem ausdrücklichen Vorbehalte des Widerrufes seit kurzem zum privaten Verkehre an der Wiener Börse zugelassen war. Für den Giro- und Kassenverein, welcher mit der Abwicklung des Effektengeschäftes an der Wiener Börse betraut ist, hat diese Maßregel insofern eine gewisse Bedeutung, als die etwas ungeregelte Form, welche der Handel in solchen einzelnen stark gehandelten Effekten annahm, eine außerordentliche Erschwerung für ihn bedeutete, und wenn auch nicht der einzige, so doch ein wesentlicher Grund für die in jüngster Zeit getroffenen Maßnahmen des Instituts war.

Bei diesem Anlasse soll nicht unerwähnt bleiben, daß diese viel besprochenen Maßnahmen keineswegs neue Verfügungen, sondern längst bestehende, allerdings vielfach nicht beachtete Bestimmungen der Geschäftsordnung des Instituts in Erinnerung brachten. Die Schwierigkeiten, welche dem Wiener Giro- und Kassenverein infolge des Personalmangels und sonstiger Gründe bei Erfüllung seiner Aufgabe erwachsen, erforderten gewisse Maßnahmen zur Regelung des Geschäftsverkehres, welche vielleicht in einem einzelnen Falle auch für den regulären Handel eine gewisse Erschwerung bedeuten mögen. Im allgemeinen lassen aber die vertrauensvollen Beziehungen, welche der vieljährige Geschäftsverkehr des Wiener Giro- und Kassenvereines mit den Banken und Bankfirmen gegründet, es selbstverständlich von vornherein als ausgeschlossen erscheinen, daß der Wiener Giro- und Kassenverein irgendeine Maßregel treffen wollte, welche gegen den legitimen Handel gerichtet ist.

Wir sind vollkommen überzeugt, daß gegenseitiges verständnisvolles Entgegenkommen seitens des Effektenhandels einerseits und des Wiener Giro- und Kassenvereines anderseits in kurzer Zeit alle gegenwärtigen technischen Schwierigkeiten des Verkehres wesentlich erleichtern, wenn nicht beseitigen wird.

Die Zeit 12.IV.1917

Die Kriegskonjunktur und die Börse.

Das Verbot des Handels mit Austro-Americana-Aktien hat die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge gelenkt, deren Schauplatz schon seit geraumer Zeit die Wiener Börse ist. Während der Zeit, wo die Börse geschlossen war, hat sich ein schwungvoller Handel mit Wertpapieren von Bureau zu Bureau herausgebildet, der keiner wie immer gearteten Kontrolle unterlag und infolge arger Mißbräuche zu begründeten Beschwerden aller Fachkreise Veranlassung bot. Um diesen Uebelständen abzuhelfen, wurde schließlich im Börsensaal ein mit verschiedenen Kautelen umgebener inoffizieller Verkehr eingerichtet, der unter Aufsicht der Börsenbehörden steht und sich von dem sogenannten offiziellen Verkehr lediglich dadurch unterscheidet, daß eine Reihe von Wertpapieren nicht gehandelt werden darf, daß kein offizielles Kursblatt herausgegeben wird, und daß schließlich über die Vorgänge auf dem Markte nur in ganz allgemeinen Wendungen ohne Nennung des Wertpapiers und ohne Angabe der vorgefallenen Kurse berichtet werden darf. Der Zweck, der mit der letzten Bestimmung offenbar verfolgt wurde, das große Publikum über die Vorgänge an der Börse nicht zu unterrichten, um keinen Anreiz zum Spiel zu bieten, ist nicht erreicht worden. Der Umfang des Interessentenkreises an den Börsenvorgängen hat trotz der erwähnten Vorsichtsmaßnahmen von Tag zu Tag zugenommen und ist jetzt so groß, wie selten in Friedenszeiten. Den Umstand, daß die Oeffentlichkeit durch die Zeitungen über die Vorgänge des einzigen österreichischen Effektenmarktes nicht unterrichtet werden darf, machen sich unlautere, außerhalb der Börse stehende Elemente in immer stärkerem Maße zunutze, um durch Agenten, Zirkulare usw. weite Kreise der Bevölkerung zum Börsenspiel zu verleiten.

Die Verlockungen fallen auf um so günstigeren Boden, als die meisten produzierenden Stände mehr oder weniger große Kriegsgewinne erzielt haben, die sie nicht in ihren eigenen Betrieben verwenden können und die Liquidation unserer Volkswirtschaft, das heißt die Umwandlung von Waren in Bargeld, immer weiter fortschreitet. Zuerst waren es die Mitglieder verschiedener großen und mittleren Industrien, die mit der zunehmenden Ansammlung von Barmitteln infolge der Aufarbeitung ihrer im Kriege schwer oder gar nicht zu ersetzenden Vorräte immer stärkere Käufer von Wertpapieren, namentlich von Aktien verwandter Unternehmungen wurden. Ihnen folgte der Großhandel, dessen Tätigkeit durch die zunehmende staatliche Bewirtschaftung verschiedenster Bedarfsgegenstände eingeschränkt oder lohngelegt wurde. Im weiteren Verlauf kam der kleinere Industrielle und der mittlere und kleine Kaufmann dazu, die ihre Warenlager ausverkauft haben, neue Waren in nennenswerten Mengen nicht anschaffen können und infolgedessen für die brachliegenden Mittel eine gewinnbringende Verwendung suchen. So paradox es auch klingen mag, so ist es doch Tatsache, daß seit dem Inkrafttreten der neuen Preistreibereiverordnung der Kreis der Börseninteressenten stark gewachsen ist, da viele Händler mit notwendigen Bedarfsgegenständen aus Vorsicht oder Angst ihre Geschäfte liquidiert haben und ihr Glück an der Börse versuchen. Hat schon dieser stete Zustrom von Börseninteressenten das vorhandene, ohnehin geringe flottante Aktienmaterial noch weiter verringert und durch die kontinuierliche Nachfrage die Kurse einzelner Wertpapiere, ganz losgelöst von ihrem Erträgnis und ihrer Ertragsfähigkeit, in die Höhe getrieben, so kam noch dazu das aleatorische Moment der zahlreichen Triestiner Flüchtlinge, die seit jeher schon an der Triester Börse zu Ausschreitungen besonders geneigt waren. Es ist daher durchaus kein Zufall, daß speziell in jenen Papieren, die in den Interessenkreis der Triester Börse fallen, wie in Schiffahrtpapieren und in Anteilen von Schiffswerften, die Kursexzesse so weit gingen, daß sie das Einschreiten der Börsenbehörden herausforderten.

Die große Kurssteigerung nahm ihren Ausgang von den Werten der engeren Kriegsindustrie, bei denen die enormen einbekannten und noch mehr die nicht einbekannten Kriegsgewinne der Phantasie der Käufer einen großen Anreiz boten. Immerhin wurde noch bei dieser Kategorie der Kurs mit dem Erträgnis, wenn auch nicht in ein angemessenes, so doch in ein halbwegs vertretbares Verhältnis gebracht. Schon bei den indirekten Kriegsindustrien, namentlich bei den Aktien der rohstoffproduzierenden Werke, wurden vielfach Kurse bezahlt, die oft eine 3prozentige Kapitalisierung der Dividende darstellten. Der Boden jeder Rentabilitätsrechnung wurde jedoch verlassen, als sogenannte Friedenswerte in den Kreis der Haussebewegung traten. Hierher gehören in erster Linie die Aktien jener Unternehmungen, die während des ganzen Krieges infolge der Untätigkeit ertraglos blieben, wie beispielsweise die Schiffahrtwerte. Gerade bei diesen Werten betrugen die Kurssteigerungen bis zu mehreren hundert Prozent und basierten lediglich auf Zukunftsphantasien. Die effektiven Verluste, die die Schiffahrtgesellschaften erlitten haben, wurden nicht berücksichtigt, sondern nur der Wert des noch vorhandenen Schiffsparks nach den jetzt im Kriege geltenden abnormalen Preisen berechnet. Die zukünftigen Einnahmen der Gesellschaften wurden nach einem Schlüssel eskomptiert, den die jetzigen phantastischen Frachtraten boten. Alle Schwierigkeiten, die sich in der Uebergangswirtschaft infolge der Valutaverhältnisse und der gesteigerten Gestehungskosten ergeben werden, fanden keine Beachtung. Man sah nur Riesengewinne in der Zukunft, und jeder wollte seinen Teil daran haben. Ob das Dazwischentreten der Behörde diesen Traum wirklich zerstören wird, kann erst die Zukunft lehren.

Reichspost

12./V. 1917

Der Börsehandel in Austro-Americana-Aktien verboten.

Noch in der vorigen Woche hielt man es im Finanzministerium für besser, von einem direkten Eingriff in den Effektenmarkt Abstand zu nehmen und die Eindämmung der Spekulation den „maßgebenden Faktoren" zu überlassen. Diese maßgebenden Faktoren haben jedoch — das beweisen die Zustände an der Börse, wo die Hausse ungehindert ihren Fortgang nimmt — die in sie gesetzte Hoffnung nicht im geringsten erfüllt und so bleibt jetzt der Regierung nichts anderes übrig, als den Weg des „schärferen Zugreifens" einzuschlagen. Ministerialrat Zwierzina teilte daher gestern der Börsekammer mit, daß das Finanzministerium die Cote der Austro-Americana-Aktien zurückziehe und zur Abwicklung der laufenden Geschäfte eine Frist von drei Tagen gewähre. Auf diese Eröffnung hin erließ die Börsekammer folgende Kundmachung, die bei Beginn des Verkehrs im Hauptsaal der Börse angeschlagen wurde: „Die mit Kundmachung vom 26. Februar 1917 verlautbarte Zulassung der Aktien der Vereinigten Oesterreichischen Schiffahrts-Aktiengesellschaft vormals Austro-Americana und Fratelli Cosulich zu dem im Effektensaale gestatteten beschränkten Privatverkehr wird hiemit mit Gültigkeit vom 15. Mai 1917 bis auf weiteres widerrufen. Es ist daher jeder Handel in diesen Aktien in den Börsenräumlichkeiten untersagt. Gegen Zuwiderhandelnde wird mit Ordnungsstrafen (Geldbußen oder Börsenausschluß) mit aller Strenge vorgegangen. Die gleichen Strafen treffen jedermann, der in den Börsenräumlichkeiten in irgendwelchen anderen nicht notierten oder nicht zum Privatverkehre zugelassenen Aktien handelt oder zu handeln versucht." — Die Börsekammer hat, wie man sieht, den Anlaß des Handelsverbotes in den Austro-Americana-Aktien benützt, um zu gleicher Zeit das Verbot des Handels in nicht notierten Wertpapieren wiederum einzuschärfen und damit vor allem den Verkehr in den Aktien der Cantiere Navale zu treffen. Dieses Papier wird heute zu dem ungeheuerlichen [illegible] der Tatsache, daß sich die großen Werftanlagen des Unternehmens in dem von den Italienern besetzten Monfalcone befinden, wo sie der Gefahr der Zerstörung Tag für Tag ausgesetzt sind. Sachliche Erwägungen spielen heute an der Börse bei der Bewertung der verschiedenen Papiere — das dürfte der soeben erwähnte Fall zur Genüge beweisen — absolut keine Rolle mehr. Es hat wieder einmal ein Haussetaumel eingesetzt, der bei den abnormen Geldverhältnissen nur zu leicht zum Hausseschwindel ausartet und bei dem das Privatpublikum, das jetzt in großem Maßstab als Effektenkäufer auftritt, aller Voraussicht nach die Zeche zu zahlen hat. Daß unter solchen Umständen ein energisches Eingreifen der Regierung dringend notwendig war, liegt auf der Hand. Zu bedauern ist nur, daß man nicht schon viel früher gegen die Auswüchse im Börsenverkehr eingeschritten ist und sich vertrauensselig auf die „maßgebenden Faktoren" verließ.

Fremdenblatt
13./V. 1917

Die Neuregelung des Effektenverkehres.

Die Beratungen über die Neuregelung des Effektenverkehres, die seit längerer Zeit gepflogen wurden, haben bereits zu einem positiven Ergebnis geführt. Gestern wurde die bereits angekündigte Enquete über die aktuellen börsentechnischen Fragen abgehalten, und diese von Vertretern aller Banken beschickte Versammlung hat, wie wir hören, den Beschluß gefaßt, daß vom 15. Juni d. J. ab das Gruppensystem im Schrankenverkehr zur Einführung gelangt.

Die Durchführung dieser Reform ist derart gedacht, daß der Schranken in sieben Gruppen eingeteilt wird, die mit den schon im Amte befindlichen und den noch zu ernennenden Sensalen gruppenweise besetzt werden sollen. Das hat zur Folge, daß in bestimmten Effekten. die Ordres nur den mit diesen Effekten befaßten Sensalen zu erteilen sein werden. Um ein Beispiel anzuführen, werden zum Beispiel die Kohlenwerte nur durch die zwei oder drei für diese Gruppe bestimmten Sensale gehandelt werden können, nur diese zwei Sensale werden alle die Kohlenwerte betreffenden Aufträge zu übernehmen haben. Diesen Sensalen allein obliegt auch die Kursfeststellung. Welchen Vorteil das gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, daß jetzt ein Sensal, der beispielsweise den Auftrag in einem Kohlenpapier hatte, sich gegebenenfalls mit sämtlichen Sensalen über die Notierung verständigen mußte.

In der gestrigen Beratung wurde auch noch ein zweiter überaus wichtiger Beschluß gefaßt, der Kautelen bezüglich der Ordreerteilung betrifft. Nach Berliner Muster wird der erste Kurs um 12 Uhr mittags fixiert werden, das heißt die bis 12 Uhr mittags vorliegenden Ordres werden à raison des um 12 Uhr festgesetzten Kurses zur Ausführung gelangen. Von 12 Uhr bis 12 Uhr 45 Minuten wird ein fortgesetzter Handel stattfinden, wobei die Abschlüsse à raison des jeweiligen Kurses erfolgen werden. Bisher war der Vorgang bekanntlich so, daß sich um 1 Uhr das ganze Geschäft zusammendrängte, weil erst um diese Zeit die Kursfeststellung erfolgte, ein ungesunder und unnatürlicher Zustand, der an stürmischen Geschäftstagen zu einer wahren Verwirrung führte. Ordres werden von nun an nur bis ¾1 Uhr entgegengenommen. Nach erfolgtem Glockenzeichen ist die Entgegennahme von Aufträgen nicht mehr zulässig. Die Zeit bis 1 Uhr verbleibt den Sensalen zur Aufarbeitung der noch nicht erledigten Ordres.

Eine Vereinfachung für die Abwicklung des Verkehres wird auch darin bestehen, daß die Publizität erweitert wird. Zum Zwecke der rascheren Orientierung der Börsenbesucher wird eine größere Anzahl von Tafeln angebracht werden, um über die einzelnen Phasen des Verkehres einen Ueberblick zu ermöglichen.

Wenn man berücksichtigt, daß die beklagenswerten Erscheinungen der letzten Zeit, die das Eingreifen der Aufsichtsbehörde notwendig gemacht haben, nicht zuletzt durch die Unzulänglichkeit der bisherigen börsentechnischen Einrichtungen verursacht wurden, so wird man den Fortschritt, der in den dargelegten Reformen gelegen ist, denen ja weitere folgen sollen, mit Befriedigung begrüßen.

Ueber die gestrige Sitzung wird das nachstehende Communiqué verlautbart:

Heute wurde unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Bernhard v. Popper-Artberg in Anwesenheit des Börsekommissärs Ministerialrates Dr. Zwierzina und im Beisein des Vizepräsidenten Samuel Steinhübl, der Börsenräte Gustav Kolisch, Leopold Langer, Ernst Lemberger, Gustav Sobotka und Alois Weishut als Mitglieder des vorbereitenden Komitees sowie des Generalsekretärs Dr. v. Zinsler eine Enquete abgehalten, in welcher Vertreter der Banken, Kommissionsfirmen und Kuliffiers sowie des Sensalen-Gremiums einvernommen wurden. Die Einführung eines Gruppensystems unter den Sensalen wurde einhellig befürwortet. Es sollen sieben Effektengruppen, sechs Aktien- und eine Anlagewertegruppe, geschaffen werden; in die Aktiengruppen sollen die Effekten ohne strenge Anpassung an die Einteilung des Kursblattes möglichst gleichmäßig verteilt werden. (Sogenanntes „gemischtes System".) Für die stärkeren Gruppen sind je drei Sensale, für die schwächeren je zwei Sensale in Aussicht genommen; nach seinerzeitiger Ergänzung des Sensalenstandes soll die Einteilung von je vier Sensalen in die stärkeren Gruppen erfolgen.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung nach mehrstündiger Dauer mit Worten des Dankes und der Befriedigung über die sachdienlichen Erörterungen, über die nunmehr dem Kursblattkomitee berichtet werden wird.

Neues Wiener Tagblatt

13./V. 1917

115

Die Uebertreibungen im Börsenverkehr.

Der gesunde Menschenverstand begreift es nicht, wie ein toller Wirbel, der sich so oft schon bitter gerächt hat, den Effektenmarkt in einem solchen Grade erfassen kann, daß jede Berechnung über den inneren Wert der wahllos hinaufgetriebenen Papiere zuschanden wird. Was sich in der letzten Zeit in Schiffahrtsaktien zugetragen hat, das übersteigt alle Begriffe und hat darum auch die Regierung und die Börsekammer zum Einschreiten veranlaßt. Es bildete geradezu eine Gefahr, nicht nur für den engeren Kreis der blindlings nur einem sogenannten Tip folgenden Himmelsstürmer, sondern, wie sich bei früheren Börsenkrisen wiederholt gezeigt hat, für die gesamte Institution der Börse, über welche dann ganz unbegründete, auf völliger Unkenntnis der Verhältnisse basierende Verurteilungen Verbreitung fanden, die nur einer demagogischen Agitation Vorschub leisteten. Wir wollen nicht wieder einmal das Krachgespenst aus dem Jahre 1873 zitieren. Denn die Verhältnisse liegen heute tatsächlich ganz anders als damals. Die Papiere, die man heute kauft, werden zumeist — wenn auch trotz Verordnung nicht durchwegs — bar bezahlt oder mit so starker Deckung erworben, daß Zwangsverkäufe im Falle eines Rückganges wohl zu den Ausnahmen gehören würden. Aber wenn dies auch im großen und ganzen richtig ist, so ist dadurch doch die Gefahr eines Zusammenbruches des gedankenlos aufgerichteten Kartenhauses keineswegs ausgeschlossen. Die Papiere der jetzt im Gegensatze zu 1873 durchweg auf solider Grundlage ruhenden Unternehmungen können allerdings nicht so entwertet werden, daß sie eben allen Wert verlieren, aber diejenigen unter ihnen, die ungesundes Fett angesetzt haben, in denen eine bewußte oder unbewußte Kurstreiberei stattgefunden hat, können, auch wenn sie zum großen Teil in festem Besitze sind, so viel von ihrem Fett verlieren, so abmagern, daß die empfindlichsten Verluste daraus entstehen. Sowie sie weit über ihren inneren Wert gestiegen sind, können sie zeitweilig auch weit unter ihren inneren Wert herabgedrückt werden. Es wäre nicht das erstemal, daß dies geschieht.

Wir geben zu, daß vieles dazu beigetragen hat, die Kurse, wenn sie auch schon einen ganz unerwarteten Stand erreicht hatten, noch weiter emporschnellen zu lassen. Die hohen Erträgnisse, die außerordentliche Geldflüssigkeit, die militärischen Erfolge, die U-Boot-Erfolge, dazwischen auch Friedenshoffnungen, dies alles wirkte zusammen, beinahe keinen Tag vorübergehen zu lassen, an dem nicht die vorliegenden günstigen Nachrichten Anlaß zu einer weiteren Steigerung der Kauflust gegeben hätten. Aber alles hat seine Grenzen, auch wenn die Konjunktur noch so günstig erscheint. Es gibt heute nur wenige Industrieaktien, deren für sie gezahlter Preis mit ihrer Rentabilität auch nur annähernd in Einklang zu bringen wäre. Danach fragen aber die Käufer gar nicht. Der eine kaufte, weil er, ohne sich weiter um die Zukunftsaussichten zu kümmern, andre kaufen sah, und an ein Steigen ohne Ende zu glauben schien. Das eine Mal wurden die Rüstungswerte, ein andermal die Petroleumwerte oder Eisen- oder Kohlenwerte, und zuletzt die Schiffahrtsaktien hervorgesucht, um eine Kurssteigerung auf die andre zu pfropfen. Insbesondere bei den Letztgenannten hat die Aufwärtsbewegung ein so rasendes, gefahrvolles Tempo angenommen, daß keine der früheren Kurssteigerungen damit verglichen werden kann. Innerhalb weniger Wochen ist ein einziges mit 200 K. eingezahltes Papier dieser Kategorie um 600 K. gestiegen. Es war höchste Zeit, daß da gebremst wurde.

Um die trotz des gegenwärtigen völligen Stillstandes unsrer Seeschiffahrt und trotz der seit dem Kriegsausbruch alljährlich wiederkehrenden Defizitbilanzen der Schiffahrtsgesellschaften vorgekommenen beispiellosen Kurssteigerungen zu rechtfertigen, hat man sich darauf berufen, daß die Schiffe einen Seltenheitswert erlangt haben, daß sie das Mehrfache dessen, womit sie in den Büchern figurieren, wert geworden seien, und daß nach Beendigung des Krieges für sie bei dem Mangel an Schiffsraum eine Konjunktur zu erwarten sei, die sie reichlich für das im Kriege Versäumte entschädigen werde. Die vom Staate subventionierten Schiffahrtsgesellschaften haben aber ihre ganz besonderen Pflichten. So geht zum Beispiel aus dem Lloydvertrage hervor, und ähnliches gilt auch für die andern subventionierten Gesellschaften, daß es durchaus nicht im Belieben dieser Unternehmungen liegt, die Tarife eigenmächtig zu erhöhen und etwa für Rechnung des Auslandes Frachten zu übernehmen, wenn es ihnen besser als im Inlande bezahlt würde. Nach einer im August 1916 erlassenen Ministerialverordnung ist die Ueberlassung von Schiffsraum an das Ausland allen österreichischen Seehandelsschiffen überhaupt verboten. Dies und manches andre ist bei der sinnlosen, stürmischen Kurssteigerung der Schiffahrtsgesellschaften nicht erwogen worden. Man hat es auch versucht, nicht kotierte Effekten, wie zum Beispiel die Cantiere Navale-Aktien, in den Wirbel mit hineinzuziehen, obwohl die Werft dieser Gesellschaft sowie auch die der „Austro-Americana", die beide sich in Monfalcone befinden, noch vom Feinde besetzt sind. Durch das Verbot des Börsenverkehres in den Aktien der „Austro-Americana" und in den bisher überhaupt zum Börsenhandel noch nicht zugelassenen andern Effekten ist wenigstens der wildesten Spekulation ein Dämpfer aufgesetzt worden, der seine Wirkung hoffentlich nicht verfehlen wird.

Neue Freie Presse

Abendblatt
12. IV. 1917

Der Verkehr in Schiffahrtsaktien.

Das Verbot des Handels in Aktien der Austro-Americana hat den Wiener Effektenmarkt heute weiter eingehend beschäftigt, wobei namentlich die prinzipielle Bedeutung dieser Maßregel für die gesamte Verkehrsorganisation besprochen wurde. Die Mitteilungen über die Schiffahrtsbewegung und über die gegenwärtige Sachlage fanden allgemeine Beachtung und haben die Auffassung beeinflußt, indem die Bedenken über die gegenwärtige Ausdehnung des Effektenhandels stärker hervortraten und zu Entlastungsverkäufen veranlaßten. Dieselben hatten zwar keinen großen Umfang, erstreckten sich aber auf alle Gebiete des Schiffahrtsmarktes. Die Aktien der Austro-Americana erfuhren eine namhaftere Ermäßigung und ebenso waren auch bei den anderen Schiffahrtswerten Rückgänge zu verzeichnen. Der übrige Markt war ruhig und weiter zurückhaltend. Eine andauernd feste Tendenz zeigte mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Anlagemarkt.

Der Abend
14./10. 1917

Austro-Amerikanisches.

Selten ist der Zusammenhang zwischen Handel und Börsentreiberei so klar zutage getreten, wie in dem aufsehenden Falle der Austro-Americana. Seit einigen Wochen herrscht das wildeste Spiel in den Aktien dieser Gesellschaft; Millionen werden gewonnen — selbstverständlich von den Machern der Unternehmung —, Millionen werden verloren — selbstverständlich von den außenstehenden Unverbesserlichen; Gerüchte werden in Umlauf gesetzt, die den geschäftlichen Ruhm des Herrn Cossulich in Kreise tragen, denen natürlich die Geschäfte der Gesellschaft gar nichts, die Börsendifferenzen alles bedeuten; endlich wird es zu arg, nicht etwa der Börsenkammer, die zur Überwachung verpflichtet wäre, sondern der Regierung; man verbietet den Handel in den auf das vier- und fünffache ihres eingezahlten Geldes hinaufgeschwindelten Papieren; die Außenstehenden kommen zum Handkuß und die Eingeweihten, die das Verbot natürlich kommen sahen, vielleicht auch ein wenig herbeigeführt haben, können wieder billig einkaufen. Solche Dinge sollten in den Schulen gelehrt und der Bevölkerung von Amts wegen mitgeteilt werden, damit die Menschen endlich begreifen, wohin das Börsenspiel und der ganze Handel mit Aktien führt.

An der Sache fällt übrigens noch eines höchst unliebsam auf und zeigt wieder, wie sinnlos die ganze Geheimhalterei ist und wie sie nur denen nützt, die aus dem Irrtum oder der Unwissenheit anderer (strafgesetzliche Erklärung des Begriffs des Betruges) Vorteil ziehen. Seit Wochen ist das wüste Treiben bekannt, alle Welt erzählt es sich, niemand konnte einsehen, warum es amtlich ein Geheimnis bleiben müsse, aber die Zensur erlaubte nicht, daß die paar Zeitungen, die nicht im Solde der Börsenjobber stehen, etwas darüber brächten. Wann wird man sich doch endlich zu der Erkenntnis aufschwingen, daß das Verheimlichen zweck- und sinnlos ist und es nur ein einziges Mittel gibt, die Folgen der Ereignisse unschädlich zu machen, nämlich, indem man ihnen die vollste, durch nichts eingeschränkte Öffentlichkeit gibt? Leider scheint es wirklich, als ob man bei uns in dieser Hinsicht noch immer nicht lernen und nichts vergessen wollte.

Eine weitere wichtige Frage wäre noch zu prüfen und zu beantworten: der Leiter eines großen Schiffahrtsunternehmens hat nicht nur die Interessen seiner Aktionäre, sondern auch die des Staates und der Bevölkerung, der handeltreibenden und der verbrauchenden, zu wahren. Die Frage geht nun dahin, ob ein Mann würdig des Vertrauens ist, das eine solche Stellung zur Voraussetzung hat, wenn er, wie dies nach allgemeiner und von ihm nicht widersprochener Annahme bei dem Leiter der Austro-Americana der Fall gewesen sein soll, die Kenntnis großer Geschäfte, dazu benützt, um durch Börsengeschäfte von ganz ungewöhnlichem Umfange um Millionen zu gewinnen. Dies mag in Amerika Sitte sein; aber noch sind wir nicht ganz Amerikaner, sondern vorläufig nur Austro-Amerikaner. Wir sollten doch einigermaßen rückständig bleiben und nicht ganz widerstandslos zusehen, wie alles und jedes zur Quelle bedenklicher Bereicherung gemacht wird. Es wäre dankenswert und würde die Bevölkerung beruhigen, wenn sie erfahren könnte, wie die obersten Stellen im Staate darüber denken. Es scheint uns nicht wünschenswert, daß zu den Kriegsgewinn-Milliardären auch noch eine neue Schicht von Kriegsbörsebaronen hinzukomme, man fängt schon an, durch die Wahrnehmungen über Art und Umfang des Börsenspieles in Kriegszeiten einigermaßen beunruhigt zu sein.

*

Das Vorstehende ist ein Teil eines Aufsatzes, den die Staatsanwaltschaft vorgestern unterdrückt hat. Es ist heute genau so zeitgemäß, sieht sich doch sogar die „N. Fr. Pr.", die große Gönnerin jedes Börsentreibens — solange es strafgesetzlich möglich ist — zu einer Sonntagsbetrachtung genötigt, in der sie vor „Übertreibungen" warnt und zugibt, daß „einzelne Erscheinungen zur Vorsicht mahnen und die in Kriegsgewinn doppelt notwendige Wachsamkeit herausfordern". Auch sie verlangt Öffentlichkeit des Börsentreibens. Daß sie sich damit begnügt, sei ihr nicht verübelt. Sie ist ja die „N. Fr. Pr.", Freundin der Milde, wenn es sich um Banken und Börsenleute, ihre besten Geschäftsfreunde handelt.

Frankfurter Zeitung
14.10.1917

* **Finanzielles aus Ungarn.** Aus Budapest, 5. d. M., schreibt unser h-Korrespondent: „Die uferlose Spekulation an der hiesigen Börse wird frisch, fromm und frei fortgesetzt. Die vor einiger Zeit seitens des Börserates erfolgte Verwarnung und Androhung von schärferen Maßnahmen hat schon aus dem Grunde keine Wirkung gehabt, weil keine wie immer geartete schärfere Verfügung auch wirklich in Anwendung gebracht worden ist. Wie schon seit Monaten gibt es durchschnittlich jede Woche ein von einzelnen Spekulanten ohne jede wirkliche Veranlassung als Favorit deklariertes Wertpapier, das in den Vordergrund geschoben und mit allen Mitteln der Börsentechnik jauchzend himmelhoch getrieben wird. So ist dies jetzt mit einigen Bankpapieren, darunter wieder mit den Aktien des Kreditinstitutes ungarischer Holzhändler (Holzbank) A.-G. der Fall, deren Leiter, wie bereits gemeldet worden, die günstige Gelegenheit benützen, eine abermalige Kapitalserhöhung, die dritte seit März 1916, vorzuschlagen. Dadurch rückt dieses im Jahre 1905 mit einer Million Kronen gegründete Institut unter Berücksichtigung der Reserven, welchen nach der diesmaligen Kapitalserhöhung allein 6 Millionen Kronen aus dem Aufgeld zufließen, in die Reihe der bedeutenderen Mittelbanken vor. Auch andere Gesellschaften benützen die derzeit herrschende Geldflüssigkeit und die von der Börse ausgehende günstige Stimmung dazu, ihre Kapitalien zu vermehren. Ob die für die Zeit nach dem Kriege erwartete wirtschaftliche Hochkonjunktur, in deren Erhoffung viele dieser Transaktionen zur Durchführung gelangen, diese Ansammlung von Kapitalien in der Verzinsung rechtfertigen wird, muß abgewartet werden. Das zügellose Treiben von unverantwortlichen Spekulanten an der Börse hat in den letzten Tagen die ernsten Faktoren des hiesigen Platzes dazu veranlaßt, die Leitung der Börse neuerdings dringend darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht wäre, den Kurstreiberorgien ein Ende zu machen, bevor es zu spät sein wird. Die herrschende Geldabundanz, für welche die Thtsache, daß die Einlagen bei den hiesigen Finanzinstituten von Januar bis Ende September 1916 mit 1.2 Milliarden d. i. von 2.5 im Jahre 1915 auf 3.8 Milliarden angewachsen sind, einen interessanten Beitrag bildet, wird jetzt auch von der Regierung dazu benützt werden, mit der sechsten Kriegsanleihe auf den Markt zu erscheinen. — Zu der bereits gemeldeten Gründung der ungarisch-landwirtschaftlich chemischen Industrie A.-G., von deren auf K 5 Mill. festgesetzten Aktienkapital die Hälfte das Ackerbauministerium, die andere Hälfte die Ungarische Agrar- und Rentenbank übernimmt, wird nachträglich bekannt, daß sich an der Gründung auch die altruistischen landwirtschaftlichen Vereinigungen beteiligen und deshalb im Jahre 1918 aus dem ungarischen Kunstdüngerkartell austreten werden. Natürlich wird infolge dieser neuen Beteiligung eine entsprechende Erhöhung des Aktienkapitals erfolgen. — Im Zusammenhang mit den bisherigen Mitteilungen über die Grundpachtungen Deutscher Banken in Ungarn wird noch bekannt, daß die Bayerische Diskonto- und Wechselbank A.-G. Nürnberg und die Süddeutsche Discontogesellschaft A.-G. Mannheim, welche hier unter der Firma Ungarisch-Deutsche Landwirtschafts A.-G. eine besondere Unternehmung zur Verwaltung ihrer Grundpachtungen in Ungarn geschaffen, sich ganz besonders mit der Produktion von Industriepflanzen und deren fabriksmäßiger Verarbeitung beschäftigen werden. Wie verlautet, wird ein großer Teil der produzierten Rohprodukte und Halbfabrikate zur Deckung des Rohstoffbedarfes nach dem Kriege nach Deutschland gebracht werden."

Der Abend
15. IV. 1917

119

Börsebericht.

Auf der Börse und wo man sich sonst mit den Angelegenheiten der Erzeuger und Händler mit öffentlicher Meinung beschäftigt, treten Gerüchte über bevorstehende Veränderungen bei der „Steyrermühl" auf, die sich von Tag zu Tag so sehr verdichten, daß man wohl annehmen darf, daß etwas Wahres daran sei. Demzufolge würde nach der am 31. stattfindenden Generalversammlung dieser Gesellschaft zur Erzeugung von reinem und bedrucktem Papier Dr. Reichenauer, bisher Leiter der Grazer „Tagespost", die Leitung des „Neuen Wiener Tagblatt" übernehmen, wo er die Aufgabe hätte, aus dem überzeugungslosesten ein überzeugt regierungsfreundliches Blatt zu machen. In erster Linie solle der ebenso strebsame wie zweifellos begabte Herr seine aus Graz nach Wien übersiedelte Überzeugung in den Dienst staatsfinanzieller Angelegenheiten zu stellen haben. Ob er an die Stelle des Herrn Wilhelm Singer treten oder neben ihm wirken wird, soll noch nicht endgültig entschieden sein; auf jeden Fall aber wird Herr Singer mitsamt seinen Brüdern damit rechnen müssen, daß nun eine andere Art des Geschäftsbetriebes eingerichtet werden wird. Vielleicht darf man die geplante Neuerung so bezeichnen, daß der deutschnational-antisemitische Geschäftsbetrieb der Herren Singer durch entschiedenere Betätigungen ersetzt werden dürfte, während man gleichzeitig die Beziehungen zur Hochfinanz noch weiter auszugestalten bemüht sein wird. Mit Rücksicht auf die Persönlichkeit, die als einflußreichster Förderer der neuen Kombination genannt wird, dürfte auch dieser zweite Teil des neuen Programms unschwer zu erfüllen sein.

Außerdem soll Herr Hugo v. Noot, Verwaltungsrat der Bodenkreditanstalt, von dem neuen Gebieter zum Präsidenten der „Steyrermühl" ausersehen sein.

Soweit das Gerücht, das selbst, wenn unrichtig, bezeichnend genug wäre.

Was uns an dieser sonst recht bedeutungslosen Sache angeht, ist die neuerliche Bestätigung der Übel, die daraus entspringen, daß die großen Zeitungen auf rein kapitalistischer Grundlage geführt werden wie irgend eine andere Fabrik, die einfach nach den Grundsätzen zu arbeiten hat, die dem augenblicklichen Besitzer am gewinnbringendsten oder sonst vorteilhaftesten erscheinen; denn nicht immer muß, wer über die Mehrheit der Aktien und damit über die Überzeugung einer großen Zeitung verfügt, gerade die Höhe der Dividende als das Ausschlaggebende ansehen. Es gibt Fälle, wo das sehr in zweiter Linie steht, so z. B. wenn es sich etwa darum handelt, ein Blatt oder eine Anzahl Blätter der Regierung unbedingt und ganz nach den An- und Absichten einer einzelnen Regierungsstelle zu verpflichten. Auch den Großaktionären wird in solchen Fällen der Reingewinn, wie er im Rechnungsabschluß öffentlich ausgewiesen wird, keineswegs die Hauptsache sein. Es gibt Mittel und Wege, sich als Großaktionär-Bank auf anderen Wegen für einen Ausfall an Dividende reichlich schadlos zu halten. Kurz: auf der Börse, wo die öffentliche Meinung gehandelt wird, gibt es wie auf der der anderen Aktien hundert Mittel und Wege, Geld zu machen; man muß sich nur auf der richtigen Seite befinden.

Der geehrte Leser aber sieht mit dem landesüblichen Stumpfsinn zu, wie nun ein anderer Koch für die Küche bestellt wird, in der man ihm zum Frühstück und zur Jause seine Portion Ansichten über die Fragen des öffentlichen Lebens zubereitet. Was liegt auch daran, wer kocht und zu wessen Vorteil? Die Hauptsache ist ja doch, daß man in seinem Blatte allen Tratsch und Klatsch findet, wen man u. a. bemerkte und wer auch dabei war. Überzeugung? Meinung? Gedanken über Fragen, die die Welt bewegen und das Schicksal unserer Kinder bestimmen? Fades Zeug! Dazu sind andere da, die hohe Regierung und wer sonst dafür bezahlt wird; wir wollen vorn mit Nachdenken verschont werden und hinten erfahren, wohin man heute geht: in welches Tingeltangel, in welches Wirtshaus und nachher zu welcher Masseuse.

Nebenbei — man darf neugierig sein, ob die Masseusen und die Manikuren der Herren Singer auch unter den neuen Gebietern die geschätzten Geschäftsfreundinnen des freiwillig — so nennt man es ja — regierungsfreundlichen Blattes des Wiener Bürgertums bleiben werden. Neugierig, aber nicht unvorsichtig; unvorsichtig wäre es, wollte man z. B. wetten.

*

Eine erfreuliche Nachricht: Bekanntlich leidet nicht nur Herr Wilhelm Singer, sondern nicht minder Herr Moritz Benedikt seit Jahren an ungestillter Herrenhaussehnsucht. Freunde der Reinlichkeit des politischen Lebens werden mit Genugtuung erfahren, daß die bevorstehende Ernennung von Mitgliedern des Herrenhauses diese Sehnsucht nicht befriedigen dürfte. Die Regierung soll sich endgültig entschlossen haben, allen journalistischen Anbiederungen und Anzapfungen standzuhalten und keine Ernennungen vorzuschlagen, die in den weitesten Kreisen auf das tiefste verletzen würden. Herr Benedikt dürfte bleiben, was er ist.

*

Am 31. Mai, um 10 Uhr vormittags, wird die Generalversammlung der „Steyrermühl" Papierfabriks- und Verlags-Gesellschaft abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Gegenständen folgende Anträge nach § 26 der Statuten:

a) Antrag des Herrn Dr. Kamillo Müller, Wien, auf Verhandlung über den Ankauf des „Neuen 8 Uhr-Blattes".

b) Antrag des Herrn Franz Seifert, Leitmeritz, alle auf den Ankauf des „Neuen 8 Uhr-Blattes" bezüglichen Urkunden der Generalversammlung vorzulegen.

c) Antrag des Herrn Dr. Ernst Prochaska, Leitmeritz, einen Entwurf neuer Statuten, die dem Aktienregulativ vom 20. September 1899, R.-G.-Bl. Nr. 175, angepaßt sind, vorzulegen.

d) Antrag des Herrn Mr. Gustav Hummer, Wien, den Verwaltungsrat zu beauftragen, die Selbständigkeit des Unternehmens zu wahren und gegen jede Konzernbildung in der Presse Stellung zu nehmen.

Abendblatt 120
15. IV. 1917

Die Anmeldung der ausländischen Vermögen und Forderungen.

Die heutige Nummer des amtlichen Blattes enthält sub Nr. 1702/M. E. eine Verordnung des königlich ungarischen Ministeriums über die Anmeldung ausländischer Forderungen und Vermögen. Die physischen und juristischen Personen, die auf dem Gebiete der Länder der heiligen Stefanskrone ihren Sitz haben, sind verpflichtet, folgende Anmeldungen zu erstatten: Die Vermögensgegenstände und deren Wert müssen angemeldet werden, soweit sie im ganzen oder zum Teil Eigentum von Ausländern bilden und im Gebrauche der inländischen Person stehen, durch diese bewahrt, verwaltet oder anderweitig in Besitz gehalten werden. Weiter muß Anmeldung erstattet werden, wenn die inländischen Personen im Inlande eine Unternehmung, Niederlassung, Filiale oder Agentur leiten, deren Vermögen ganz oder zum Teil Ausländern gehört. Die Anmeldung hat sich in diesem Falle auf die Beteiligung der Ausländer, deren Art, Größe und Wert zu beziehen. Die inländischen Personen müssen auch die Waren oder Geldforderungen anmelden, die bei Ausländern den inländischen Personen gegenüber bestehen. Desgleichen müssen diese Personen jene Vermögensgegenstände und deren Wert anmelden, deren Eigentümer sie sind, die sich jedoch im Auslande befinden. Wenn eine ungarische physische oder juristische Person im Auslande eine Niederlassung, eine Agentur, eine Filiale oder sonst ein Unternehmen hat, oder an einem solchen beteiligt ist, so ist Art, Größe und Wert dieser Unternehmungen oder der Beteiligung anzumelden. Ebenso müssen alle Forderungen angemeldet werden, die gegenüber Ausländern, sei es in Ware oder Geld, bestehen. Unter Ausland ist das Zollausland, unter Ausländern sind alle jene zu verstehen, die, ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft, im Auslande dauernd wohnhaft sind. Wenn die ungarische Person in Ungarn mehrere Niederlassungen hat, so erfolgt die Anmeldung durch das Hauptgeschäft. Die bezeichneten Werte müssen nicht angemeldet werden, wenn der Wert bei einmaliger Leistung 500 Kronen, bei wiederkehrender Leistung (zum Beispiel Renten) jährlich 200 Kronen nicht übersteigt. Auch Versicherungsprämien und Versicherungssummen müssen nicht angemeldet werden, es sei denn, daß im letzten Falle die Auszahlung fällig wurde. Die Verordnung enthält dann genaue Angaben für die Art, in der die Anmeldung erfolgen muß. Die Anmeldung hat im Zentralstatistischen Amte (Budapest, Heltai-utca 5—7) zu geschehen. Als Grundlage für die Anmeldungen ist der Zustand zu nehmen, in dem sich die betreffenden Vermögensstücke am 20. Mai des Jahres 1917 befinden. Die Anmeldungen müssen in der Zeit vom 20. Mai 1917 bis 20. Juni 1917 erfolgen. Die Funktionäre, die diese Anmeldungen entgegenzunehmen haben, sind zur Geheimhaltung verpflichtet, namentlich können die Anmeldungen nicht für die Steuerbemessung und Gebührenbestimmung in Anspruch genommen werden. Die Uebertretung der Verfügungen dieser Verordnung wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und Geldstrafe bis zu 2000 Kronen bestraft. Als Strafbehörde erscheinen im Sinne der Verordnung in Budapest die Staatspolizei, sonst die Verwaltungsbehörde erster Instanz. Die Verordnung erstreckt sich auch auf Kroatien und Slawonien.

Pester Lloyd
19./V. 1917

(Ungarische Lederbeschaffungs-Aktiengesellschaft.) Diese Aktiengesellschaft hielt gestern unter dem Vorsitze des Präsidenten Béla Surányi eine außerordentliche Generalversammlung, deren Gegenstand die Durchführung der schon früher geplanten Erhöhung des Aktienkapitals war. Laut Unterbreitung des leitenden Direktors Dr. Paul Bacher wurde die Gesellschaft im Juli vorigen Jahres mit k 500.000 Aktienkapital gegründet. Die im Oktober vorigen Jahres erlassenen Regierungsverordnungen haben die Abwicklung des gesamten Lederverkehrs des Landes der Gesellschaft übertragen, demzufolge ist die Einbeziehung neuer Interessenten und eine entsprechende Erhöhung des Aktienkapitales notwendig geworden. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital durch Herausgabe von 700 Stück neuen, auf je k 1000 Nominale lautenden Aktien auf k 1,200.000 zu erhöhen und nahm gleichzeitig die nötigen Statutenänderungen vor. Schließlich wurden als neue Mitglieder der Direktion Hugo Hoffmann (kroatisch-slavonisch-dalmatinische Landesregierung), Dr. Moses Farkas (Brüder Renner u. Co. Lederfabrik), Stefan Gergely („Hangya" Konsumgenossenschaft), Wolfgang Moskovits (Robur Schuhfabrik), Alexander Neugebauer (Einkaufs- und Produktivgenossenschaft Budapester Schuhmachermeister) und Dr. Karl Vermes (Verein Budapester Ledergroßhändler), als neue Mitglieder des Aufsichtsrates die Ledergroßhändler Artur Kalleder und Hugo Vértes gewählt.

Fremdenblatt

19./V. 1917

Salgo-Tarjaner Steinkohlenbergbau-A.-G.

Budapest, 18. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die Salgo-Tarjaner Steinkohlenbergbau-Aktiengesellschaft hat von der Pester ungarischen Kommerzialbank die Mehrheit der Aktien der Nordungarischen Vereinigten Kohlenbergbau- und Industrie-A.-G. erworben. Die am 21. Mai abzuhaltende Generalversammlung der letzteren Unternehmung wird mehrere Delegierte der Salgo-Tarjaner in ihre Direktion wählen. Die Kohlenwerke der Nordungarischen grenzen an die im Komitat Nograd gelegenen Werke der Salgo-Tarjaner an und haben im Jahre 1916 3,4 Millionen Meterzentner Kohle erzeugt. Die neue Direktion wird bestrebt sein, um den sich von Tag zu Tag steigernden Kohlenbedarf des Landes zu befriedigen, die Erzeugung dieser reichhaltigen Kohlengruben innerhalb kurzer Zeit beträchtlich zu erhöhen und mittelst einer Separation und sonstiger maschineller Einrichtungen für Hausbrand geeignete Stückkohle in großer Quantität zu erzeugen.

Die Nordungarische Vereinigte Kohlenbergbau-Gesellschaft ist Besitzerin fast aller Aktien der Graner Regional-Bergbau-Kohlen-A.-G. Letztere Gesellschaft hat im Graner Komitat bei der Ortschaft Tokod in Betrieb stehende Schächte und ausgedehnte Kohlenterrains. Die Salgo-Tarjaner hat diese unter Wasser stehenden Schächte und Kohlenterrains, die in unmittelbarer Nachbarschaft der unter ihrer Leitung befindlichen Gran-Szaszvarer Kohlenbergbau-A.-G. liegen, seit längerer Zeit zum Gegenstand eingehender Studien gemacht. Es wird die Aufgabe der neuen Leitung sein, mit Zuhilfenahme der Errungenschaften der modernen Technik die Schächte produktiv zu gestalten und nach gründlicher Durchforschung der Kohlenterrains einen neuen Schacht abzuteufen und so der heimischen Industrie in der Nähe der Hauptstadt in reichlichem Maße Kohle zur Verfügung zu stellen.

Die neue Direktion beabsichtigt, sofort nach Friedensschluß mit größter Energie an die Verwirklichung dieser Aufgabe zu schreiten. Die Salgo-Tarjaner wird die Mittel für den Kaufpreis der Aktien und für die Vermehrung ihres Betriebskapitales durch Erhöhung ihres Aktienkapitales sicherstellen. Und aus diesem Grunde beruft sie ihre Aktionäre für den 8. Juni laufenden Jahres zu einer außerordentlichen Generalversammlung ein, der die Direktion den Antrag stellen wird, das Aktienkapital durch Emission von 22.000 Stück neuer Aktien um 4,400.000 Kronen zu erhöhen und den alten Aktionären das Bezugsrecht einzuräumen.

* * *

Die Nordungarische Vereinigte Kohlenbergbau- und Industrie-A.-G. ist im Jahre 1881 mit 1,6 Millionen Gulden Aktienkapital errichtet worden und besitzt jetzt 4 Millionen Kronen Aktienkapital in 20.000 Aktien a 100 fl. Ihre Gründung erfolgte von der Ungarischen Länderbank durch Vereinigung von sechs im Nograder Revier gelegenen Werken. Im Jahre 1889 dehnte sie ihren Betrieb auf das Budapest-Graner Kohlenrevier aus, sie erwarb dort auf einem Kohlengebiet von rund 8000 Joch das ausschließliche Abbaurecht. Später folgten gleiche Transaktionen im Graner Komitat. Der Tokoder Besitz wurde im Jahre 1896 an die oben erwähnte Graner Regional-Kohlenbergbau-A.-G. übertragen, wobei der Nordungarischen Kohlenbergbau-A.-G. fast alle Aktien der Graner zugewiesen wurden.

Die Zeit
19./V. 1917

(Neugründungen der Montanindustrie.)

In Prag wurde vor kurzem die Firma „Bohim"-Bergbaugesellschaft m. b. H. mit dem Sitze in Prag und einem Kapital von K. 700.000 gegründet. Zweck des Unternehmens ist das Schürfen auf Mineral-lagerstätten in der Umgebung von Jesen in Böhmen und Gewinnung der erschürften Mine-ralien. — Die Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken A.-G. zu Berlin haben vor kurzem gemeinsam mit der Wiener Firma Otto Böttner die Otto Böttner-Gesellschaft m. b. H. in Wien mit einem Stammkapital von einer Million Kronen gegründet, wozu die Ober-schlesischen Kokswerke und die Firma Böttner je die Hälfte beitragen. Zweck der Unternehmung ist Handel mit Kohle, Koks und Briketts, Erwerb und Gründung gleichartiger Unternehmungen, Erwerb von Bergwerkseigentum usw. Die Firma Otto Böttner in Wien hatte auch schon bisher die Vertretung der Oberschlesischen Kokswerke bezüglich des Koksabsatzes in Oesterreich-Ungarn

Neues Wiener Tagblatt

20./V. 1917

126

(Generalsekretär v. Schmid über die Bewegung auf dem Aktienmarkt.) Gestern fand hier eine Sitzung des Generalrates der Oesterreichisch-ungarischen Bank statt, in welcher lediglich Gegenstände der laufenden Geschäftsgebarung in Verhandlung standen. In seinem an den Generalrat erstatteten Bericht über Erscheinungen auf dem Gebiet des Geld- und Devisenmarktes sprach Generalsekretär v. Schmid auch über die Bewegung auf dem Aktienmarkt, und zwar in folgendem Sinne: Auf dem Aktienmarkt bei uns und in Deutschland hat die oft ganz unmotivierte starke Steigerung einzelner Effekten schon seit längerer Zeit unliebsames Aufsehen erregt. Es sind bereits Warnungen vor Ausschreitungen der Spekulation von berufener Seite ergangen. Der Umstand, daß die Kurse nicht veröffentlicht werden dürfen, läßt das Publikum vielfach im unklaren über den Umfang der Bewegung. Auch die Aktien der Oesterreichisch-ungarischen Bank sind in den letzten Tagen auf einen bisher noch nicht erreichten Hochstand gebracht worden.

Die Zeit

20./V. 1917

Die Deutsche Reichsbank im Kriege.

Berlin, 19. Mai. (KB)

Ebenso wie in der ersten ist auch in der zweiten Maiwoche dieses Jahres der Ausweis der Deutschen Reichsbank befriedigend. Zwar haben die Kapitalsanlage um 567·4 auf 9395·6 Millionen und die banknäßige Deckung allein um 567·2 auf 9277·8 Millionen Mark zugenommen, doch geht die Steigerung der fremden Gelder noch darüber hinaus. Diese beliefen sich am 7. d. auf 3952·1 Millionen Mark und sind inzwischen auf 4592·7, mithin um 640·6 Millionen Mark gestiegen, woraus der Schluß gezogen werden darf, daß nicht nur die der Anlage zur Last gefallenen Beträge auf das Konto der fremden Gelder wieder eingezahlt wurden, sondern daß darüber hinaus der Reichsbank noch erhebliche Beträge zugegangen sind. Durch die ungewöhnlich starke Vermehrung der fremden Gelder ergibt sich in diesem Jahre ein verhältnismäßig günstigeres Gesamtbild für die zweite Maiwoche als zur gleichen Zeit der Jahre 1916 und 1915.

Was die Zahlungsmittel betrifft, so hat sich der Goldvorrat um 177.000 Mark auf 2533·09 Millionen Mark vermehrt. Bemerkenswert ist die Zunahme des Bestandes an Silber; sie beläuft sich auf 4·1 Millionen Mark mit dem Ergebnis, daß der Silbervorrat nunmehr 21·7 Millionen Mark beträgt. Offenbar hängt dieser starke Rückfluß damit zusammen, daß das Reichsschatzamt die Außerkurssetzung der Silber- und Nickelmünzen beabsichtigt. Auch der Rückfluß an Banknoten war befriedigend; er betrug 97·3 Millionen Mark, wodurch der Gesamtumlauf sich auf 8206·3 Millionen Mark vermindert hat. Zur gleichen Zeit des Vorjahres hatte der Notenumlauf um 106 und im Jahre 1915 um 45 Millionen Mark abgenommen.

An Reichskassenscheinen gingen der Reichsbank aus dem Verkehr 1 Million Mark zu. Ihr Bestand daran beträgt nunmehr 15·7 Millionen Mark. An Darlehenskassenscheinen hat sie dagegen 11 Millionen Mark in Verkehr gesetzt, und da sie 0·8 Milloinen Mark von den Darlehenskassen empfangen hat, so hat sich ihr Bestand an Darlehenskassenscheinen um 10·2 auf 444·3 Millionen Mark verringert. Der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen hat in der Berichtswoche eine unbedeutende Erhöhung um 0·8 auf 4512·9 Millionen Mark zu verzeichnen.

Auf die sechste Kriegsanleihe ist in der zweiten Maiwoche der erhebliche Betrag von 405 Millionen Mark neu eingezahlt worden, so daß bis zum 15. d. 11.243 Millionen Mark = 86·6 Prozent des bisher bekannt gewordenen Zeichnungsergebnisses von 12.978,940.700 Mark eingezahlt worden sind. Die Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Zwecke der Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe war wieder verhältnismäßig klein; sie hatte am 7. d. 225·9 und am 15. d. 237·4 Millionen Mark = 2·11 Prozent des vollbezahlten Anleihenennwertes betragen.

Nachstehend der detaillierte Ausweis der Reichsbank für die zweite Maiwoche:

Ausweis vom 15. Mai.

	Mark Stand		Differenz
Aktiva:			
Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet ...	2.554,843.000	+	4,341.000
Darunter Gold	2.533,093.000	+	177.000
Reichs- und Darlehenskassenscheine	459,962.000	—	9,214.000
Andere Banknoten	7,150.000	+	737.000
Wechsel, Scheck und diskontierte Schatzanweisungen	9.277,793.000	+	567,232.000
Lombard-Forderungen	16,059.000	+	819.000
Effekten	107,741.000	—	686.000
Sonstige Aktiva	1.062,926.000	—	3,428.000
Passiva:			
Grundkapital	180,000.000		unverändert
Reservefonds	90.137.000		unverändert
Notenumlauf	8.206,299.000	—	97,295.000
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	4.592,682.000	+	640,584.000
Sonstige Passiva	411,326.000	+	16,510.000

Fremdenblatt

20/V. 1917

128

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

I.

Der Krieg hat den Banken eine außerordentliche Vermehrung ihrer Geschäfte mit einer wesentlichen Veränderung ihrer Struktur gebracht. Nach den ersten Wochen der Stockung und des Moratoriums haben die wachsenden und jede Vorahnung übersteigenden Materialansprüche der Kriegsverwaltung zu einer ungeheuren Intensivierung der Produktion, soweit sie im Krieg aufrechtgehalten oder neu aufgenommen werden konnte, geführt. Die Fabriken haben ihre Vorräte aufgearbeitet, der Handel hat die seinen liquidiert und selbst Maschinenteile sowie Hausgeräte wurden der Kriegsverwaltung abgeliefert. Der Wiederersatz der Vorräte kann infolge der Zufuhrsperre nur in geringen Mengen erfolgen, die zumeist sofort wieder in Arbeit genommen werden müssen. Lager wie vor dem Krieg gibt es nicht, und da die Verkäufer von der Kriegsverwaltung, aber nicht minder von den Zentralen, die für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung sorgen, und von dieser selbst zumeist rasch bezahlt werden, oft auch nach den Fortschritten ihrer Arbeitsleistung große Anzahlungen erhalten und die Verkäufe zumeist mit gegen die Friedenszeiten außerordentlich gesteigerten Gewinnen stattfinden, hat die Geschäftswelt ein weit geringeres Kreditbedürfnis als im Frieden und sammelt große Barmittel an, die bei den Banken erlegt werden, soweit sie nicht zur Erwerbung von Kriegsanleihen dienen. Die Umwandlung von Vorräten in Geld bewirkt ein außerordentliches Anschwellen der Einlagen und Guthaben bei den Banken, welche trotz der jährlich zweimal erfolgenden Auflage der Kriegsanleihen, je länger der Krieg dauert, in desto rascherem Tempo anwachsen. Die Kriegsanleihen selbst geben den Banken Gelegenheit zu großen Gewinnen, denn wenn auch die Vergütung, die ihnen für die Sammlung der Zeichnungen gewährt wird, wesentlich niedriger ist, als bei Staatsgeschäften vor dem Krieg üblich war, so wachsen sie bei der Höhe der Zeichnungsergebnisse doch zu sehr bedeutenden Summen an. Außerdem bieten die eigenen Zeichnungen und noch weit mehr die der Kunden, welche zum ansehnlichen Teil mit Benützung von Kredit erfolgen, den Banken Gelegenheit, einen großen Teil der ihnen zuströmenden Mittel, die bei dem geringen Kreditbedarf von Industrie und Handel in kommerziellen Außenständen keine Veranlagung finden, nutzbringend zu verwerten, und was ihnen übrig bleibt, zahlen sie der Postsparkasse auf künftige Kriegsanleihen voraus ein, soweit sie nicht wegen der im Krieg gebotenen Vorsicht größere Kassenbestände als gewöhnlich halten. Es ist bekannt, daß diese Voreinzahlungen bei einzelnen Banken die Höhe von mehreren hundert Millionen Kronen erreichen. So kommen in den Bankbilanzen die im Krieg in der ganzen Wirtschaft eingetretenen Wandlungen stark zum Ausdruck. Der Staat direkt oder indirekt als Schuldner, die Produzenten und Händler und auch zum Teil von diesen abhängige Kreise, leitende Beamte usw. als Gläubiger. Entschuldete Privatwirtschaft bei verschuldetem Staat.

Die Ziffern, die die Banken veröffentlichen, lassen freilich nur die Tendenz dieser Entwicklung, in der die Güter zu Geld geworden oder Forderungen geworden sind, erkennen. Die absolute Höhe der direkten und indirekten Forderungen an den Staat und das Verhältnis dieser Forderungen zu den noch bestehenden kommerziellen Krediten und anderen Anlagen ist nicht zu ersehen. Dazu sind die Bilanzen der Banken viel zu wenig detailliert und in der Kontierung viel mehr — was freilich zum Teil unvermeidbar ist — nur nach einem auf äußere Merkmale aufgebauten Schema als nach der wirtschaftlichen Bedeutung geschieden. Auch sind die Grundsätze der Bilanzaufstellung bei den einzelnen Banken ganz verschieden. Diesem Uebelstand ist in Deutschland schon vor Jahren durch Aufstellung eines einheitlichen Bilanzschemas zum großen Teil abgeholfen worden, während bei uns bisher die größte Verwirrung in den Bilanzaufstellungen herrscht. Die eine Bank stellt stattliche Schatzwechsel in das Wechselportefeuille ein, die andere unter Effekten. Die eine Bank bucht die Vorschüsse an die Kunden auf Kriegsanleihe unter Debitoren, die zweite unter Effektenvorschüssen, eine dritte eröffnet eine eigene Post hiefür in der Bilanz. Vorschüsse auf Kriegsanleihe an andere Kreditinstitute erscheinen auf den verschiedensten Konti. Das Kriegsanleihe-Verrechnungskonto, das einzelne Banken überhaupt nicht, andere ausweisen, bedeutet bei diesen durchaus nicht dasselbe. Einzelne Banken buchen die nach den Einzahlungsterminen der Postsparkasse noch geschuldeten Beträge unter den Passiven, die Vorauszahlungen unter den Aktiven, andere setzen nur die Differenz als Aktivum oder Passivum ein. Einige Banken ziehen von ihren Debitoren und Kreditoren die von dem gleichen Kunden auf verschiedenen Konten geschuldeten und gutgehabten Beträge ab, kompensieren sie also gegeneinander und stellen nur den Nettosaldo des Kunden als Außenstand oder Guthaben ein, andere nehmen eine solche Kompensation nicht vor. Es ist klar, daß die Bilanzhöhe dieser Banken nicht ohneweiters vergleichbar ist und daß eine Summierung der Bilanzen aller Banken keine gleichartigen Posten addiert. Dazu kommt, daß auch manche Banken von Jahr zu Jahr ihre Kotierungsgrundsätze ändern, so daß nicht einmal eine Gegenüberstellung der Rechnungsabschlüsse mehrerer Jahre Gleiches mit Gleichem vergleicht.

Österr. Volkszeitung

20./5. 1917

129

Finanzpolitische Aufgaben

Gleichwie die Grundlinien der zukünftigen Handelspolitik jetzt bereits festgelegt werden sollen, um auch für den Fall, daß das Wirtschaftsprogramm der Ententestaaten verwirklicht werden sollte, wirtschaftlich gerüstet zu sein, und gleichwie die Industrie umfangreiche Vorbereitungen zur Ueberleitung in die normale Gütererzeugung trifft, geht selbstverständlich auch der Staat daran, in weitestgehendem Maße Vorsorge zu treffen, um ohne Erschütterung des finanziellen Gleichgewichtes den großen Mehranforderungen, die durch die Kriegslasten entstanden sind, gewachsen zu sein. Bereits während des Krieges konnte eine stattliche Quote des Zinsenerfordernisses der bisher aufgenommenen Kriegsanleihen durch die Erhöhung verschiedener Steuern und Tarife, und durch die Kriegsgewinnsteuer beschafft werden. Daß es damit nicht sein Bewenden haben kann, liegt auf der Hand und das Parlament wird sich zweifellos bald mit Regierungsvorlagen, die die Erschließung neuer Einnahmsquellen des Staates zum Gegenstande haben, zu beschäftigen haben. Die ungeheuren Lasten des Krieges müssen getragen und allmählich auch abgetragen werden. Der Krieg hat sehr tiefgreifende Vermögensverschiebungen herbeigeführt, die Vermehrung der Staatsschulden bedeutet an sich keine Verminderung des Volksvermögens. Daß es nach Friedensschluß nicht lange dauern wird, bis das Volksvermögen wieder den Stand, den es vor Kriegsausbruch hatte, erreicht haben wird, kann mit Zuversicht erwartet werden. Mit allen Mitteln wird danach gestrebt werden müssen, das Volkseinkommen zu heben, denn nur ein kräftiger Wirtschaftskörper wird imstande sein, die Lasten des Krieges zu tragen.

Die restlose Erfassung des Volksvermögens wird von größter Wichtigkeit sein, bisher liegen hierüber nur ungefähre Angaben vor. Der bekannte ökonomische Statistiker Professor Fellner hat das reine Volksvermögen Oesterreichs und Ungarns auf 136 Milljarden geschätzt. Aus dieser Ziffer erklärt sich die große finanzielle Kraft der Monarchie, welche sich in diesen schweren Zeiten so glänzend bewährt hat. Mit Recht wurden kürzlich von einem Fachmann die Kriegsanleihen als eine erste Hypothek auf das gesamte Volksvermögen bezeichnet. Die Erhebungen über das Volksvermögen, beziehungsweise die danach zu bemessenden Vermögensabgaben werden auch die lebhaft zu begrüßende Folge haben, daß jene kapitalistischen Schichten, welche bislang in ganz unzureichendem Maße an den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen teilgenommen haben, eine entsprechende Quote zur Rückzahlung und Verzinsung der aufgenommenen Schulden werden beizutragen genötigt sein.

Was aber die nächste Zukunft bringen wird, muß vor dem zurücktreten, was das Heute erheischt. Kriegsanleihe zu zeichnen ist die gebieterische Forderung des Tages. Erfreulicherweise gestalten sich die Zeichnungen auf die sechste Kriegsanleihe sehr befriedigend, doch muß trotzdem immer wieder an jeden einzelnen die dringende Aufforderung gerichtet werden, nicht zurückzubleiben und sich nicht zu sagen: Auf mich kommt es ja nicht an! Wie der Erfolg der Kriegsanleihe nicht etwa nur Sache des Staates ist, sondern jeden Bürger des Staates unmittelbar angeht, so kommt es auch bei den Zeichnungen auf jeden an.

Neues Wiener Tagblatt
20. IV. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

13. Mai. Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise um 20 Pfennig pro Meterzentner. — Betriebseinstellung der englischen Baumwollspinnereien vom 20. bis 29. Mai, angeordnet infolge der äußerst unbefriedigenden Geschäftslage.

14. Mai. Ein amerikanisches Gesetz entbindet die Staatsbanken der Verpflichtung, eine Goldreserve zu halten. — Der Weizenterminhandel in Chicago für zwei Tage eingestellt. — Wiedereröffnung der Konstantinopler Börse.

15. Mai. 400 Millionen Dollar durch eine amerikanische Kreditvorlage zum Ankauf von Handelsschiffen und zum Bau einer Handelsflotte bestimmt, die Regierung der Vereinigten Staaten zur Uebernahme der hiezu notwendigen Schiffsbauwerkstätten ermächtigt.

16. Mai. Schaffung von Kohlenversorgungsinspektoren in den einzelnen österreichischen Revieren.

17. Mai. Verkehrseinschränkungen an den amerikanischen Getreidebörsen.

18. Mai. Gründung einer englischen Handelsgesellschaft zur Förderung des Außenhandels, um insbesondere einen möglichst großen Teil des deutschen Absatzgebietes im Auslande für England zu gewinnen. — Gewährung eines neuen amerikanischen Kredits von 100 Millionen Dollars an Rußland zur Bezahlung der russischen Bestellungen in Amerika.

19. Mai. Ein Kriegsfinanzgesetz in Amerika erhöht den ursprünglich vorgeschlagenen Zuschlag zur Einkommensteuer noch um ein Viertel.

Fremdenblatt

20. V. 1917

Generalratssitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Unter dem Vorsitze des Gouverneurs Geheimen Rates Dr. Alexander Popovics fand gestern eine Sitzung des Generalrates der Oesterreichisch-ungarischen Bank statt.

Generalsekretär Edler v. Schmid erstattete den üblichen Geschäftsbericht, in dem er u. a. ausführte:

Die Ausschreitungen der Effektenspekulation.

Auf dem Aktienmarkte bei uns wie in Deutschland hat die oft ganz unbegründet hohe Steigerung einzelner Effekten schon seit längerer Zeit unliebsames Aufsehen erregt. Es sind bereits Warnungen vor Ausschreitungen der Spekulation von berufener Seite ergangen. Der Umstand, daß die Kurse nicht veröffentlicht werden dürfen, läßt das Publikum vielfach im Unklaren über den Umfang der Bewegung.

Der Generalsekretär wies insbesondere darauf hin, daß die Aktien der Oesterreichisch-ungarischen Bank jetzt einen vorher noch nie erreichten Hochkurs verzeichnen.

Keine Veränderung des Zinsfußes.

Der Generalsekretär führte weiter aus, daß sich in den Zinssätzen der letzten vier Wochen keine Aenderung ergeben habe. Auch bei uns sei keine Veranlassung zu einer Aenderung des Zinsfußes.

Die Geldsätze auf dem offenen Markte stellten sich am 16. d. ebenso wie am 23. v. M. in Wien auf 1½ Prozent, in Budapest auf 2½ Prozent. Geld ist andauernd reichlich vorhanden. In Berlin hat der Geldpreis in gleicher Zeit um ¼ Prozent angezogen. Geld ist dort zu 4½ Prozent und darüber zu haben, tägliches Geld bedingt 4½ Prozent. In London hat sich der Satz auf offenem Markt um 7/16 bis 17/16 Prozent auf 3¾ bis 4¾ Prozent ermäßigt. Geld ist dort andauernd flüssig, Taggeld zu 3¾ Prozent, Wochengeld zu 4¾ Prozent erhältlich. Zwei- und Dreimonatswechsel bedingen 4¾ Prozent.

Oesterreichisches Geld in Albanien.

Generalsekretär Edler v. Schmid teilte in der gestrigen Sitzung auch mit, daß sich in den letzten vier Wochen ein Ausgang an Teilmünzen der Kronenwährung ergeben habe und führte dazu aus: Sehr stark begehrt sind unsere Silbermünzen in den von unseren Truppen okkupierten Gebieten von Albanien und den angrenzenden Teilen von Montenegro und Serbien. Es hat sich dort ein Unterschied von 40 Prozent und darüber zwischen unseren Banknoten und unserem Silbergeld zugunsten des Silbers herausgebildet. Unsere dortigen Militärbehörden verlangen daher fortwährend Silber, da Einkäufe von Bedarfsartikeln, sowie Hereinwechseln von Gold gegen Banknoten nur mit Schwierigkeiten und mit sehr bedeutendem Verlust gegenüber der Zahlung in Silber zu bewerkstelligen sind. Aus einem Berichte des Delegierten des wissenschaftlichen Komitees für Kriegswirtschaft im Kriegsministerium ist zu entnehmen, daß in Podgoritza von albanischen Kaufleuten 1600 Kronen Banknoten gegen 1000 Kronen Silber eingewechselt werden, 1 Kilo Tabak albanischer Provenienz, das 25 Kronen Papier kostet, ist um 15 Kronen Silber zu haben usw. Der betreffende Delegierte fragte in Bar einen sehr intelligenten Albaner, warum gerade seine Landsleute in Albanien und Montenegro der Regelung der Währung und der Papierfrage so große Schwierigkeiten machen. Er erhielt darauf folgende Antwort: Der Albaner hat kein Vertrauen zu einem Gelde, das nicht den Kopf oder das Bild des Kaisers trägt! Deshalb läßt er das Geld, an das er durch die Türken gewöhnt worden war, nur noch durch Silber, auf das der Kopf des Kaisers oder zumindest die Krone geprägt ist, ersetzen. Aber ein Papier, auf dem zwei Weiberköpfe zu finden sind, kann er nicht als Geld annehmen, da doch die Weiber in Albanien eine so niedrige Rolle spielen. „Hättet ihr auf dem Papiergeld, das bei uns kursieren soll, den Kopf des Kaisers gedruckt, so wäre alles glatt gegangen."

Die Verzinsung der Anlagewerte.

Der Generalsekretär führte in seinem Berichte endlich an, daß sich nach dem Kurse vom 10. d. die zweieinhalbprozentigen englischen Konsols mit 4,50 Prozent, die dreiprozentige Deutsche Reichsanleihe mit 4,53 Prozent, die dreiprozentige französische Rente mit 4,88 Prozent, die ungarische vierprozentige Kronenrente mit 5,09 Prozent, die österreichische vierprozenige Kronenrente mit 5,24 Prozent verzinsen.

Von den Kriegsanleihen verzinsen sich die fünfprozentige deutsche Kriegsanleihe mit 5,13 Prozent, die fünfprozentige neue englische Kriegsanleihe mit 5,30 Prozent, die fünfeinhalbprozentige erste österreichische Kriegsanleihe mit 5,58 Prozent, die fünfprozentige französische Rente mit 5,70 Prozent und die sechsprozentige ungarische Kriegsanleihe mit 6,33 Prozent, mit anderen Worten, die deutsche Kriegsanleihe ist der englischen, die österreichische Kriegsanleihe der französischen im Kurse vorausgekommen.

Pester Lloyd

23./V. 1917

132

Steuererträgnis und Geldwertveränderung.

Von **Dr. Viktor Krakauer** (Wien).

Wien, 21. Mai.

Man braucht nicht prophetischen Geistes zu sein, um vorherzusehen, daß mit der Fortdauer des Krieges in beiden Staaten der Monarchie zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden früher oder später neue Steuermaßnahmen zu gewärtigen sind. Schon bisher erschien der Wettlauf zwischen Kriegsanleihen und Kriegsausgaben zahlreichen Steuerträgern wenig vergnüglich. Wohin wird, fragen sich viele, der hungrige Blick des Fiskus sich wenden, wenn überdies die finanziellen Vorsorgen für die weiteren Kriegskosten, für die Gesamtliquidierung des Feldzuges und die ungeheuren Aufwendungen der Friedenswirtschaft zu treffen sein werden? Und wie wird erst der erhebliche Bedarf der Selbstverwaltungskörper aufzubringen sein? Kein Wunder, daß das Eingehen auf solche Fragen den Staatsbürger das Gruseln lehren könnte, und daß abenteuerliche Pläne von drakonischen Steuern und Vermögenskonfiskationen auftauchen. Da ferner der Zaubertrank noch nicht gebraut ist, der den Staat instand setzen würde, aus der stets dünnen Oberschicht der Reichen ergiebige Einnahmen zu seiner Bedürfnisbefriedigung zu gewinnen, vielmehr alle Steuern, wie immer sie heißen, von wem immer sie eingehoben werden mögen, unvermeidlich die großen und ärmeren Massen der Bevölkerung belasten müssen, so steigt als endgültiges Ergebnis des Krieges das Gespenst der allgemeinen Verarmung furchterregend empor.

Die solchen trübseligen Gedanken Nachhängenden werden in den nachfolgenden Zeilen einigermaßen einen Trost finden. Es sei nur vor allem darauf hingewiesen, daß die Intensität der, wie erwähnt, während des Krieges so häufigen Steuererhöhungen und Einführungen neuer Steuern außer von der Größe des staatlichen Bedarfes vornehmlich davon abhängt, mit welchem Betrage das zukünftige Erträgnis der Steuermaßnahmen veranschlagt wird. Eine derartige Kalkulation läßt schon aus steuertechnischen Rücksichten die tief eingreifenden Aenderungen, die die Volkswirtschaft während der Kriegszeit erfahren hat, selbstverständlich außer acht. Nicht nur deshalb, weil hiefür keine verläßlichen Grundlagen vorliegen, sondern weil es sich auch um Ausnahmszustände, um vorübergehende Erscheinungen handelt. Aber auch die vielen wirtschaftlichen Veränderungen, die wir nach dem Kriege zu erwarten haben, bleiben bei Steuerschätzungen unberücksichtigt. Hier gilt so wie bei den Vertragsabschlüssen stillschweigend die clausula de rebus sic stantibus: Es wird angenommen, die Steuerentwicklung werde auch weiterhin so wie früher fortschreiten. Daher bilden auch die Durchschnittsziffern der letzten Friedensjahre die Grundlage für die gegenwärtigen Steuerertragsschätzungen, wobei in der Regel die regelmäßige, schon aus der Zunahme der Bevölkerung sich ergebende Steigerung der Steuereingänge nicht in Anschlag gebracht wird, — gleichwie nach den Geboten vorsichtiger Bilanzierung in den Aktivposten die Wertsteigerung von Grund und Boden nicht berücksichtigt zu werden pflegt.

Aber dennoch sollte in den jetzigen Steuerkalkulationen und demnach beim Zusammenbinden reichlicher Steuersträuße ein Faktor nicht ganz außer acht gelassen werden: die außerordentliche Veränderung, die während des Krieges der (nominelle) Geldwert erlitten hat, und der auch im Frieden, darüber sind sich alle einig, niemals mehr auf den früheren Stand gebracht werden kann. Ist doch das Sinken des Geldwertes — auf das hier nicht näher eingegangen zu werden braucht —, das in normalen Zeiten bloß allmählich, Schritt für Schritt vor sich geht, jetzt ganz plötzlich mit einem großen Sprung vor sich gegangen. Bei einem Teil der Bevölkerung, bei vielen Kaufleuten, Industriellen, Landwirten und Gewerbetreibenden hat sich bereits ein entsprechendes (zum großen Teil ein allzu günstiges) Verhältnis zwischen Einnahmen und bedeutend vermehrten Ausgaben ausgebildet. Eine derartige Anpassung an die Teuerung, an die geänderte Kaufkraft des Geldes wird früher oder später auch bei allen anderen, jetzt vom Kriege wirtschaftlich schwer betroffenen Bevölkerungsklassen stattfinden. Den erhöhten Kosten des Lebensunterhaltes werden erhöhte Einnahmen gegenüberstehen müssen und den jeder Klasse eigentümlichen Lebensfuß, allerdings mit gewissen Schwankungen, wiederherstellen.

Dies kommt auch dem Staatsschatz zugute. Seine Schulden sind, wie die des einzelnen, nicht mehr mit dem früheren Maß zu messen. Sie sind in Wirklichkeit viel kleiner, als die uns jetzt erschreckende, mit dem Augenmaß der früheren Verhältnisse betrachtete Ziffer besagt. Wie geringfügig erscheint uns jetzt beispielsweise die nach den Feldzügen des Jahres 1870/71 geleistete Kriegskostenentschädigung Frankreichs, die, nebst Zinsen und örtlichen Kriegsschatzungen, alles in allem fünfeinhalb Milliarden Francs betragen hat. Und wie groß, wie unerhört groß wurde dieser Betrag von den damaligen Zeitgenossen angesehen! Trotzdem hat das überdies gründlich besiegte Frankreich, das nach dem Kriege fast alle Steuern auf Gebrauchs- und Genußmittel zu erhöhen und eine ganze Reihe neuer Steuern einzuführen gezwungen war, sich bald erholt. Seine Volkswirtschaft nahm einen glänzenden Aufschwung und seine Staatseinnahmen stiegen von Jahr zu Jahr. Auch dies ist leicht begreiflich. Der Krieg zerstört viele Güter. Aber er zerstört nicht die physische Beschaffenheit des Bodens, nicht seine natürlichen Schätze, nicht die sachlichen und persönlichen Grundbedingungen des Landes; er gibt vielmehr Anlaß zu erhöhter Gütererzeugung, zu größerer Kapitalsbildung, — und dieser Prozeß ist es, der, um einen volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen, Geld unter die Leute bringt. Kommen noch dazu, wie Oesterreich-Ungarn mit Recht hoffen darf, günstigere Auslandsverträge, bessere Exportmöglichkeiten als sie vordem bestanden haben, so ist eine längere Friedenskonjunktur zu erwarten, die jedenfalls heilsamer wirken wird, als die mit Ungerechtigkeiten aller Art erfüllte Konjunktur des Krieges.

Doch nicht bloß davon, nicht bloß von der absoluten Steigerung des Wirtschaftsverkehrs wird der Staat Nutzen ziehen, ebenso wie von dem jedem Schuldner zugute kommenden Sinken der Kaufkraft des Geldes. Letztere Tatsache vergrößert auch relativ die Umsätze. Wenn eine Ware teurer wird, so erzielt der Kaufmann, Gewerbetreibende, Landwirt usw. auch dann, wenn er nur dasselbe Quantum wie ehedem verkauft, größere Einnahmen und zumeist auch (der Ziffer nach) größere Erträgnisse. Da nun, wie erwähnt, alle Kalkulationen über das Erträgnis der Steuern überhaupt und der Kriegssteuern im besonderen auf den Daten der letzten Friedensjahre, das heißt auf der früheren Kaufkraft des Geldes aufgebaut sind, so sind sie viel zu niedrig. Bildet doch im Grunde genommen jede unmittelbare und vielfach auch die mittelbare Steuer — soweit sie sich nicht, wie z. B. die Verkehrssteuer, auf die Menge oder das Gewicht des beförderten Gutes bezieht — einen Anteil des Staates an dem Ertrag, Einkommen oder Vermögensbesitz einer Person und an dem Verkaufswert der Ware. Steigen die letzterwähnten Faktoren, so erhöht sich von selbst sein Anteil, und dies wird, bei der enormen Preissteigerung, in der Zukunft in gewaltigem Maße vor sich gehen. Der Staat wird mehr, viel mehr einnehmen, als er jetzt veranschlagt und das Bedürfnis nach Steuern wird nicht derart zunehmen, wie dies jetzt viele befürchten. Auch hier gilt das Sprichwort: Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird.

Frankfurter Zeitung

24/V. 1917

134 24

Die Ueberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich.

N Berlin, 24. Mai. (Prtv.-Tel.) Die heutige Ausgabe des Reichsgesetzblatt enthielt die Bekanntmachung betreffend die Ueberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich vom 22. Mai 1917:

Auf Grund der Verordnung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917 wird hiermit angeordnet:

1. die nachstehend aufgeführten schwedischen, dänischen und schweizerischen Wertpapiere sind dem Reich zu überlassen, sofern sie am 31. Mai 1917 im Eigentum von deutschen, im Inland ansässigen Personen oder Firmen stehen, die ihren Sitz in Deutschland haben. Von der Anordnung werden betroffen:

a) schwedische Wertpapiere: Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Pfandbriefe der Schwedischen Reichshypothekenbank, der Hypothekenkasse der Städte Schwedens und der Stadthypothekenkasse des Königreichs Schwegen, sonstige fest verzinsliche Wertpapiere,

b. dänische Wertpapiere: Staatsanleihen, Stadt- und Kommunalanleihen, Eisenbahnobligationen, Pfandbriefe von Hypothekenbanken, Kreditkassen, Kreditvereinen usw., Obligationen von Schiffahrtsgesellschaften, Banken und sonstigen fest verzinslichen Wertpapiere, sowie Aktien der folgenden Gesellschaften: Vereinigte Dampfschiffahrtsgesellschaft Kopenhagen, Kopenhagener Nationalbank, Kopenhagener Privatbank, Laane og Disconto-Bank, Dänische Landmandsbank, Ostseeländische Eisenbahn, Grande Compagnie des Telegraphes du Nord, Dänische Zuckerfabriken,

c. schweizerische Wertpapiere: Obligationen des Bundes, der Kantone und Gemeinden, verstaatlicher Eisenbahnen, sowie von Banken aller Art

2. Zwecks Ueberlassung an das Reich sind zunächst die bezeichnete Wertpapiere bis zum 15. Juni 1917 durch Vermittlung einer Reichsbankanstalt oder einer anderen Bank, oder eines Bankiers dem staatlichen Bureau des Reichsschatzamtes Berlin W., Behrenstraße 17, anzuzeigen, soweit sie nicht bereits daselbst zur Verfügung des Reichs gestellt sind. Dabei ist anzugeben, wo sich die Wertpapiere befinden. Im neutralen Ausland und in den verbündeten Ländern befindliche Wertpapiere unterliegen ebenfalls der Anzeigepflicht. Ferner ist anzugeben, ob und welche Pfandrechte oder sonstige Rechte Dritter an den Wertpapieren bestehen.

Zur Anzeige verpflichtet sind die Eigentümer oder ihre gesetzlichen Vertreter, Verwalter von Vermögensmassen aller Art (§ 6, Abs. 1 und 2 der Verordnung vom 22 März 1917), Bevollmächtigte und sonstige Verfügungsberechtigte.

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

4. Die Bedingungen, unter denen die Ueberlassung an das Reich zu erfolgen hat, werden im Reichsanzeiger bekannt gemacht.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Fremdenblatt

24./V. 1917

135

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

III. *)

Wir haben im vorigen Artikel eine Tabelle veröffentlicht, durch welche die Bewegung der Bilanzpassiva der zehn Wiener Groß- und Mittelbanken im Kriege dargestellt wird. Viel stärker als in den Passiven der Bankbilanzen macht sich die in meinem ersten Artikel gerügte mangelnde Einheitlichkeit in den Grundsätzen der Bilanzaufstellung in den Aktiven geltend. Da gibt es kaum ein Konto, bei dem man sicher sein könnte, daß es sich bei allen Banken aus durchaus wesensgleichen Einzelposten zusammensetzt:

Wiener Banken:

Aktiva:	1913	1914	1915	1916
		in tausend Kronen		
Barvorrat	132.963	325.298	329.754	304.636
Wechsel	1,178.620	1,296 795	1,002.405	785.595
Effekten	277.528	386.792	613.588	731.837
Vorschüsse	327.285	254.864	379.945	447.118
Realität	57.010	60.442	66.184	67.620
Konsort.	269.265	258.831	261.123	314.413
Debitoren	3,525.348	3,702 272	4,147.724	6,982.917
Kriegsanleihebarl.	—	313.885	1,072.076	1,727.448
Hypothekardarl. .	410.341	439.463	452.083	462.509
Diverse	4.928	26.049	17.217	18.003
	6,193.287	7,064.691	8,342.099	11,842.094

Selbst in den Kassenbeständen mögen bei einzelnen Banken täglich rückzahlbare Bankguthaben enthalten sein, bei den anderen nicht. In den Kassenbeständen ist die sprunghafte Erhöhung bereits im Jahre 1914 eingetreten, wo sie von 133 auf 325 Millionen Kronen gestiegen sind. Die Unsicherheit, ob nicht bei ungünstiger Kriegsgestaltung der zu Beginn des Krieges ausgebliebene Run der Gläubiger der Banken doch einsetzen werde, veranlaßte sie, große Barbestände anzuhäufen, die sie bald unfreiwillig noch vermehrten, als ihnen die fremden Gelder zuzuströmen begannen, ohne daß sie zunächst eine Verwendung für sie hatten. Die Kassenbestände der Banken dürften vor der zweiten Kriegsanleihe, also im Frühjahr 1915, die Höchstziffer erreicht haben, dann gingen sie zurück und sie sind Ende 1916 etwas geringer als 1914. Doch ist die Entwicklung ungleichmäßig. Der Rückgang der Gesamtsumme wäre noch größer gewesen, wenn nicht einzelne Banken, die Ende 1914 und 1915 noch nicht so hohe Barsaldi hatten, Ende 1916 die Ansammlung nachgeholt hätten.

Eine der wenigen Bilanzposten, die im Kriege zurückgegangen ist, sind die Wechsel. Das Geschäft wickelt sich im Kriege größtenteils gegen Barzahlung ab. Würden nicht einzelne Banken ungarische Schatzwechsel unter die Wechselbestände einstellen und würden nicht die Akzepte und Wechsel einzelner Kriegszentralen an die Stelle der gewohnten Kommerzwechsel und Bankakzepte getreten sein, so wäre der Rückgang des Wechselportefeuilles noch viel stärker. Nur so ist es zu erklären, daß das Wechselportefeuille vereinzelt sogar noch gestiegen ist, während es bei den meisten Banken beträchtlich, bis auf die Hälfte, ja sogar auf ein Drittel gesunken ist. Ende 1914, wo noch Moratoriumswechsel, vor allem ungarische, in den Portefeuilles waren, war die Gesamtsumme noch höher als 1913. Gegen 1914 ist seither ein Rückgang auf 60 Prozent eingetreten.

Eine gleiche Entwicklung hätten die Vorschüsse auf Effekten ausgewiesen, die ja vor dem Kriege zumeist den börsenmäßigen Effektenkredit umfaßten, und bei einzelnen Banken, die auch im Kriege nur börsenmäßigen Kredit auf diesem Konto buchen, sind sie auf ein Bruchteil, ein Drittel, ein Fünftel, ja sogar bei einer Bank unter den zehnten Teil der Friedensziffer gesunken. Aber einzelne Banken haben auch Vorschüsse auf Kriegsanleihen auf diesem Konto verbucht, und zwar einzelne die Vorschüsse an ihre Kundschaft, andere wieder die Vorschüsse an andere Geldinstitute, und so konnte es geschehen, daß das Effektenvorschußkonto bei den zehn Banken, das im Jahre 1914 um fast den vierten Teil zurückgegangen war, Ende 1916 mit einem um 120 Millionen Kronen, fast 40 Prozent höheren Betrage sich summiert als vor dem Kriege. Dies, obwohl der börsenmäßige Kredit zweifellos fortgesetzt zurückgegangen ist.

Der weitaus überwiegende Teil der zugeströmten Gelder hat in den Debitoren seine Veranlagung gefunden. Sie haben sich in den drei Kriegsjahren verdoppelt, von 3,5 auf 6,98 Milliarden Kronen, wobei die größte Steigerung um fast 70 Prozent auf das Jahr 1916 entfällt. Aber ihre Zusammensetzung hat sich sehr geändert. Es sind nur mehr zum geringeren Teile die üblichen Betriebs- und Investitionskredite an die Geschäftswelt. Auch die großen durch Effekten bedeckten Kredite, die die Aktienspekulationen der Kunden genährt haben, sind erheblich zurückgegangen, seitdem die Ueberfülle an flüssigen Mitteln es den Bankkunden zumeist ermöglicht, die gekauften Aktien bar zu bezahlen. Der überwiegende Teil der Debitoren setzt sich aus den Vorschüssen an die Kundschaft und an kleinere Geldinstitute auf die gezeichnete Kriegsanleihe und aus den Voreinzahlungen an die Postsparkasse zusammen, soweit diese nicht, wie es bei einzelnen Banken der Fall ist, auf anderem Konto erscheinen. Eine Scheidung der kommerziellen Kredite und der auf den verschiedenen Konten erscheinenden direkten und indirekten Kredite zur Finanzierung der Kriegskosten wäre sehr interessant, aber die wenigsten Banken liefern Anhaltspunkte, um diese Gliederung annähernd vorzunehmen. Der Anteil dieser beiden Hauptgruppen an Schuldnern ist auch bei den einzelnen Banken sehr verschieden, je nachdem, ob ihren Konzernen viele Kriegsmaterial erzeugende Werke angehören oder nicht. Die ersteren haben verhältnismäßig weniger an die Postsparkasse eingezahlt, andere haben die Hälfte ihrer Außenstände und mehr auf diese Weise und in Vorschüssen auf Kriegsanleihen angelegt. Der Zuwachs der Debitoren ist gleichfalls bei den einzelnen Banken sehr verschieden. Man muß übrigens, um ein richtiges Vergleichsbild zu gewinnen, jedenfalls die Vorschüsse auf die Kriegsanleihen, die 1¾ Milliarden Kronen erreichen, und die Vorschüsse auf Effekten zuzählen, da von den zehn Banken sieben die Kundenvorschüsse auf Kriegsanleihe gesondert ausweisen und mindestens eine sie unter den Effektenvorschüssen, die früher nur die Vorschüsse an Börsenfirmen enthielten, bucht. Diese Posten betrugen Ende 1913 3,85 Milliarden, Ende 1916 9,06 Milliarden, sind also um 135 Prozent gestiegen.

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 23. d.

Vossische Zeitung
24./V. 1917
137

Die Wiener Börsenvorgänge.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Wien, 19. Mai.

Eine Reihe von auffallenden Erklärungen hat in der letzten Zeit wieder die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Verfassung der Wiener Börse gelenkt. Die erste ist eine Warnung im „Fremdenblatt" gewesen, die sich gegen die Ausschreitungen im Effektenhandel wendet. Sie ist von der Spekulation so wenig beachtet worden, wie zahlreiche ähnliche Kundgebungen der Regierung in und vor dem Kriege. Größeren Eindruck hat eine wenige Tage später im Börsensaale verlautbarte Mitteilung des Giro- und Kassen-Vereins gemacht: „Trotz unseres wiederholten Ansuchens wurde seitens einzelner Firmen gerade in der letzten Zeit von der nur in Ausnahmefällen zulässigen Ablieferung aus der Uebernahme ein unverhältnismäßig starker Gebrauch gemacht. Wir erlauben uns daher nachdrücklichst darauf aufmerksam zu machen, daß wir im Hinblick auf die uns erwachsende Arbeitslast in Hinkunft solche Ablieferungen aus der Uebernahme nicht mehr durchführen werden, sofern nicht rechtzeitig vorher das Einvernehmen mit uns gepflogen würde. Gleichfalls häufen sich die Fälle, daß einzelne Kontoinhaber durch uns Effektenposten übernehmen lassen, ohne rechtzeitig für die entsprechende Bardeckung des Kontos Sorge zu tragen. Da dieses Vorgehen unserer Geschäftsordnung widerspricht werden wir in Hinkunft solche Posten mangels Deckung an den Einreicher zurückgehen lassen." — Diese Mitteilung hat auf die Verhältnisse an der Börse ein grelles Schlaglicht geworfen. Als während des Krieges der große Börsensaal für den freien Privatverkehr wieder geöffnet wurde, knüpfte die Regierung daran die Bedingung, daß lediglich Kassageschäfte durchgeführt werden dürften. Man wollte auf diese Weise zwar das Anlagebedürfnis des Publikums befriedigen, aber die Tagesspekulation ausschalten. Die Verwarnung des Giro- und Kassen-Vereins zeigt, daß sich die Börse in weitem Umfange darüber hinweggesetzt hat, daß kleinere Firmen in den zahlreichen Kulissenwerten die täglichen Kursschwankungen ausgenützt und Effekten am gleichen Tage gekauft und verkauft haben, daß ferner häufig Effekten gekauft werden, die gleich in Kost gegeben werden müssen, also wieder nicht in barem bezahlt werden können, und schließlich, daß der Giro- und Kassenverein sich bisher vielfach mit Effektendeckung statt mit Bardeckung begnügt hat. Daß der Giro- und Kassen-Verein sich jetzt zu schärferem Vorgehen entschlossen hat, ist natürlich vor allem in der Kulisse und bei den kleineren Bankfirmen übel aufgenommen worden, da eine konsequente Durchführung der Geschäftsbestimmungen die Kulisse lahmlegen und das Geschäft ausschließlich den Banken und großen Bankiers überliefern würde. Ob die neue Praxis in ihrer vollen Schärfe durchgeführt werden wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls wird der „Giro" die genaue Einhaltung seiner Geschäftsbestimmungen nur allmählich durchsetzen.

An die Möglichkeit, daß es wirklich zu Regierungsmaßnahmen gegen das Börsentreiben kommen könnte, hat aber die Börse ernstlich erst zu glauben begonnen, als in der vorigen Woche der Finanzminister ab 15. Mai den Handel in Aktien der Austro-Americana untersagte. Gleichzeitig wurden strenge Ordnungsstrafen denjenigen angedroht, die mit nicht notierten oder nicht zum Privatverkehr zugelassenen Aktien handeln. Diese Drohung richtet sich gegen den Handel in Aktien der Schiffswerft Cantiere Navale, die an dem Haussetreiben teilnahmen. Die Aktien der Austro-Americana, die vor Kriesausbruch zuletzt 105 pCt. notierten, wurden am Tage, da das Handelsverbot erfolgte, zu 460 umgesetzt, die Aktien des Cantiere Navale zu 522 pCt. gegen einen Schlußkurs am 25. Juli 1914 von 195 pCt. Die wilde Hausse in Austro-Americana-Aktien hat von Gerüchten über Schiffsverkäufe der Reederei im Ausland ihren Ausgang genommen, die inzwischen durch eine Reutermeldung bestätigt wurden. Natürlich hat von den Verhandlungen ursprünglich nur ein kleiner Kreis von Eingeweihten gewußt, der aber wie gewöhnlich zahlreiche Mitläufer fand. Die Austro-Americana hat in Nord- und Südamerika mit Zustimmung der Regierung sieben Schiffe verkauft, die ungefähr ein Siebentel ihrer Bruttotonnage vor dem Kriege umfassen, und hat dafür einen Kaufpreis erlöst, der ungefähr das Doppelte des Buchwertes der gesamten Flotte erreicht. Diese zunächst nur gerüchtweise bekannte und zum Teil entstellte Tatsache hat der Spekulation genügt, um auf Grund einer höchst zweifelhaften Berechnung einen phantastischen inneren Wert der Aktien zu ermitteln. Sie übersah, daß die Gesellschaft bis Ende 1916 mindestens einen Verlust von 15 Millionen erlitten hat, daß sie überdies noch einige Schiffe in neutralen Häfen liegen hat, für die sie keine Verkaufsbewilligung von der Regierung erhält und die unter Umständen gefährdet sind, daß sie für Schiffsverkäufe vor dem Kriege noch bedeutende Außenstände hat und daß vor allem ein sehr großer Teil des Verkaufserlöses als Kriegsgewinnsteuer dem Fiskus abzuführen ist. Schließlich ist die Austro-Americana verpflichtet, die verkaufte Tonnage sofort nach Friedensschluß durch Neubauten zu ersetzen, deren Kosten sich heute nicht abschätzen lassen, obwohl die Gesellschaft, wie ich höre, sich das Schiffsbaumaterial zum großen Teil bald nach Kriegsausbruch noch zu sehr billigen Preisen gesichert hat. Noch bedenklicher mußte aber der Handel in Cantiere Navale-Aktien erscheinen, dessen Werft Monfalcone in Händen der Italiener ist und wahrscheinlich durch Beschießung schwer gelitten hat. Darum hat auch die Gesellschaft bisher im Kriege von der Aufstellung eines Rechnungsabschlusses absehen müssen. Die Spekulation beruft ich darauf, daß die Gesellschaft große Aufträge hat, die sie vorläufig auf fremden Werften in Lohn ausführen läßt und die ihr für die Zeit nach dem Kriege auf lange volle Beschäftigung sichern.

Seit dem 11. Mai, an dem das erwähnte Handelsverbot verlautbart wurde, sind die Umsätze wesentlich geringer geworden, doch zeigt das Kursniveau eine außerordentliche Widerstandskraft. Wie lange die Zurückhaltung der Börse anhalten wird, ist natürlich nicht vorauszusehen. Der tiefste Grund der Ueberwertung nahezu aller Industrieaktien, an die bei den Kriegskonjunkturdividenden ein Bewertungsmaßstab von 3 bis 5 pCt., letzteres in Ausnahmefällen) angelegt wird, ist die durch den Krieg bewirkte Geldflüssigkeit, der Mangel an Gelegenheit zu anderweitiger, spekulativer Kapitalsveranlagung, die die Kriegsanleihen nicht bieten. Daß die Wirkung dieser Momente durch neu hinzuströmende Elemente, die früher der Börse fernstanden, noch übertrieben wird, ist gleichfalls Kriegswirkung. Die galizischen Flüchtlinge spielen dabei sowohl in Wien wie in Budapest eine nicht unbeträchtliche Rolle, mögen sie nun in die Reihe der Börsenbesucher offiziell aufgenommen sein oder nicht. Bei dem großen Umfang, den der Börsenverkehr in den letzten Monaten angenommen hat, wird natürlich vielfach die Frage aufgeworfen, ob die Beschränkungen, die man seinerzeit bei Freigabe des Privatverkehrs anordnen zu müssen glaubte, nicht inzwischen zwecklos geworden sind. Doch ist kaum anzunehmen, daß die Regierung hier die Wiedereröffnung des vollen Börsenverkehrs mit Arrangements und Kurslisten gestatten wird, solange nicht die deutschen Börsen damit vorangehen. Inzwischen sucht man die Technik des Kassaverkehrs so weit auszugestalten, daß man ohne Arrangement weiter auskommen kann. So hat der Giro- und Kassenverein anstatt der täglichen Ablieferung die Ablieferung an zwei Tagen in der Woche angeordnet, weil er mit seinen verminderten Arbeitskräften nachgerade das Geschäft nicht mehr bewältigen konnte. Vor allem aber hat eine Zeitlang ein Zusammenbruch des Schrankenverkehrs wegen Ueberlastung der Sensale gedroht. Obwohl diese sich schon im Frieden fühlbar gemacht hat und von vielen Seiten die Einführung des Gruppensystems nach deutschem Muster vorgeschlagen worden ist, hat man die Reform immer wieder hinausgeschoben. Nun scheint sie endlich doch durchgeführt zu werden. Der staatliche Börsenkommissar hat sich vor kurzem über die Einrichtung des Berliner Privatverkehrs an Ort und Stelle unterrichtet, und nun finden zwischen Regierung, Börsenkammer und Sensalgremium Verhandlungen über die Aufteilung der Effekten unter die einzelnen Gruppen von Sensalen statt, die demnächst zum Abschluß gelangen dürften.

Reichspost Abendbl 25. IV. 1917

Der Stand der österreichischen Staatsschulden am 31. Dezember 1916.

Die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates veröffentlicht soeben ihren neuesten Ausweis über den Stand der österreichischen Staatsschulden, und zwar per 31. Dezember 1916. Dem Ausweis ist u. a. folgendes zu entnehmen:

Oesterreichische Staatsschuld aus der Zeit vor dem Jahre 1867 Kr. 5.089,413.969.90.

Oesterreichische Staatsschuld aus der Zeit nach dem Jahre 1867:

I. Konsolidierte Staatsschuld.

A. Ohne Rückzahlungsverpflichtung.

Rentenschuld Kr. 3.778,999.252.38.

B. Mit Rückzahlungsverpflichtung.

1. Noch nicht fällige Schuld Kr. 3.446,795.266.48.
2. Bereits fällige, aber unbehobene Schuld Kronen 17,017.221.55.

II. Schwebende Schuld.

1. Noch nicht fällige Schuld Kr. 31.821.553.094.67.
2. Bereits fällige, aber unbehobene Schuld Kronen 73,140.740.—.

Zusammen „Oesterreichische Staatsschuld aus der Zeit nach dem Jahre 1867" Kr. 39.137,505.575.08.

Die Gesamtsumme der österreichischen Staatsschuld beläuft sich also auf insgesamt **Kr. 44.226.919.544,98** mit einem jährlichen Zinsenerfordernis von **K. 1.763.231.684,27.**

Frankfurter Zeitung

26./V. 1917

Die Valuta.

Die Ueberlassung neutraler Wertpapiere an das Reich.

Wie im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, werden die Besitzer einer größeren Reihe von schwedischen, dänischen und schweizerischen Wertpapieren nunmehr zur Ueberlassung an das Reich aufgefordert. Das Recht zu solcher Forderung ist dem Reich durch Verordnung vom März d. J. verliehen worden, weil das notwendig ist, um den Stand unserer Valuta zu heben resp. ihn, durch Gewinnung von ausländischen Zahlungsmitteln zur Bezahlung von Einfuhr, vor weiterem Sinken zu schützen. Die in deutschem Besitz befindlichen Auslandspapiere haben also jetzt eine wichtige, kriegswirtschaftliche Funktion zu erfüllen; zu dieser vaterländischen Hilfsdienstpflicht werden sie aufgerufen. Zunächst erwächst den Besitzern die Pflicht der Anmeldung; die Wertpapiere werden im übrigen nicht enteignet sondern vom Reich nur geliehen, und zwar gegen guten Entgelt.

*

Bei diesem Anlaß sei auf eine Schrift verwiesen, die Ernst Kahn, Handelsredakteur der „Frankfurter Zeitung“ unter dem Titel „Unsere Valutasorgen, Ursachen, Wirkungen und Heilmittel“ soeben als Heft 6 der Sammlung „Dringliche Wirtschaftsfragen“ im Verlag von Veit u. Co., Leipzig erscheinen läßt. Die Valutafrage, vor dem Kriege in bester Ordnung und deshalb nur für einen engen Kreis von Bankfachleuten und Volkswirtschaftern ein Gegenstand praktischer oder theoretischer Interessen, ist ja jetzt im Kriege zu einem Problem ersten Ranges geworden, wichtig während des Krieges selbst und von beinahe noch größerer Wichtigkeit für die Zeiten des Uebergangs zur Friedenswirtschaft. So wird jetzt sicher vielen, die diesen Dingen früher fernstanden, die Gelegenheit zur Unterrichtung über die sehr ernsthaften Probleme, die da aufgetaucht sind, willkommen sein. Der Verfasser schildert in gemeinverständlicher Form die Entwicklung der Wechselkurse in den wichtigsten kriegführenden Ländern, die Erschwerungen durch den Krieg, mit denen zu kämpfen war und die Mittel, mit denen sie bekämpft wurden. Und er behandelt sodann besonders ausführlich die in Deutschland, vielfach reichlich spät und zögernd, ergriffenen Maßnahmen. Kurze Ausführungen über das Wesen der Wechselkurse in normalen Zeiten, über die Wirkungen ungünstiger Wechselkurse und über die voraussichtliche weitere Entwickelung, sowie Erklärungen der dem Laien oft unverständlichen Devisennotierungen des Kurszettels und ähnliche, das Verständnis erleichternde Erläuterungen vervollständigen den Inhalt des Heftes, das wohl zum ersten Male eine zusammenfassende und zugleich kritische Darstellung unserer Valuten-Kriegswirtschaft bietet.

Der Abend
26./V. 1917

142 A 26

Denen der Krieg gut anschlägt.

Heute veröffentlicht eine größere Menge von Ausbeutern der Kriegsgelegenheit ihre Rechnungsabschlüsse. Darunter sind wieder solche, denen ein kräftiger Entschluß der Regierung oder auch nur der bestellenden Behörde das Handwerk legen könnte. Bekanntlich geschieht es nicht. Man zieht es vor, wenn ihnen der Profit ungeschmälert bleibt. Sie zeichnen dann für einen Bruchteil Kriegsanleihe, haben ihre patriotische Pflicht erfüllt und bekommen 6 v. H. dafür.

Hofherr—Schrantz—Clayton — Shuttleworth, landwirtschaftliche Maschinenfabrik-A.-G. Reingewinn — selbstverständlich an Kriegslieferungen — K 2,019.478 (i. V. 1,115.794). Dividende 9 v. H. (i. V. 7). — Konzern: Eskomptegesellschaft; Präsident, der überall, wo es Geld zu machen gilt, gegenwärtige Herr Wilhelm Kestranek.

Die ungarische Gesellschaft gleichen Namens: Reingewinn K 1,664.375 (i. V. Verlust K 286.611); Dividende 9 v. H. (i. V. konnte sie wie auch das Jahr vorher keine Dividende verteilen).

Zbirower Eisenwerke Max Hopfengärtner A.-G. Dividende K 34 = 17 v. H. (i. V. K 16 = 8 v. H.) Also einer der berühmten Verdoppler! Konzern: Eskomptegesellschaft.

Zu derselben Gattung von Ehrengesellschaften gehört die Aktiengesellschaft für Glasfabrikation C. Stölzles Söhne. Sie hat es verstanden, aus dem Kriege 9 v. H. Dividende (gegen 4½ im Jahre vorher) herauszuschlagen. Konzern: Kreditanstalt.

Die Versicherungsgesellschaft „Donau" weist einen Reingewinn von K 1,621.840 aus, und zwar nachdem K 900.000 unter allerlei Vorwänden schon vorher abgesetzt wurden. (Im Vorjahre K 1,118.522.) Dividende K 60 = 15 v. H. (i. V. K 56 = 14 v. H.). Konzern: Eskomptegesellschaft. Präsident Herr Wilhelm Kestranek, der überall, wo es Geld zu machen gibt, Gegenwärtige, der reine King-fu der Großindustrie. Man erinnert sich vielleicht noch: King-fu weiß alles, King-fu versteht alles, King-fu redet über alles — King-fu steckt alles ein!

Neues Wiener Tagblatt

29./V. 1912

146

(**Wiener Baugesellschaft.**) Kürzlich wurde die Generalversammlung unter Vorsitz des Präsidenten Direktor Bernhard v. Popper abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Gesellschaft ungeachtet der auf dem Baugewerbe schwer lastenden Kriegsverhältnisse sowohl mit privaten Bauten wie auch mit öffentlichen, insbesondere militärärarischen, Bauführungen voll beschäftigt war. Außerdem hat die Gesellschaft von den ihr und dem Wiener Bankverein gemeinschaftlich gehörigen Baugründen in Ober-St. Veit 7 Baustellen und im laufenden Jahre 8 Baustellen, davon 7 in Hernals und 1 in Ober-St. Veit, verkauft und ein ihr gehöriges Haus in Wien veräußert. Das Gesamterträgnis beziffert sich auf 725,056 K., wovon eine 6prozentige Dividende von 12 K. pro Aktie zur Verteilung gelangt und ein Rest von 55,582 K. auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das ausscheidende Verwaltungsratsmitglied Oberbaurat Ferdinand Dehm wurde einstimmig wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Verwaltungsratsmitgliedes Dr. Karl Ritter v. Feistmantel Dr. Wilhelm Ritter v. Adler, Direktor des Wiener Bankvereines, neugewählt. Bei der an die Generalversammlung anschließenden Verwaltungsratssitzung wurde Direktor Bernhard v. Popper als Präsident und Oberbaurat Ferdinand Dehm als Vizepräsident des Verwaltungsrates wiedergewählt.

Neues Wiener Tagblatt
29./.V. 1912.

147

(Wiener Ziegelwerke.) Unter Vorsitz des Präsidenten Direktor Maxime v. Krasny fand kürzlich die Generalversammlung der Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke statt. Wie der Geschäftsbericht ausführt, hat sich das Bild, welches die Lage der Ziegelindustrie in der abgelaufenen Geschäftsperiode bot, gegen das Vorjahr nicht wesentlich verändert. Nach wie vor leidet dieselbe schwer unter den Wirkungen der Kriegszeit, sowohl was den Absatz als die Produktionsmöglichkeit anlangt; einerseits ist die private Bautätigkeit nahezu gänzlich eingestellt, anderseits stellen sich der Erzeugung die größten Schwierigkeiten durch die Unmöglichkeit, entsprechende Arbeitskräfte zu erhalten, entgegen; dazu treten noch die Hemmungen im Waggonverkehr und der völlige Mangel an Fuhrwerken. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Betrieb im abgelaufenen Geschäftsjahre verlustlos zu führen, so ist dies lediglich dem Verkauf der Dachfalzziegelfabrikate zu verdanken. Die Bilanz schließt nach Vornahme von Abschreibungen in der Höhe von 150,000 K. mit einem Reingewinn von 71,519 K. Es wurde beschlossen, den erwähnten Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, die Herren Georg Boschan, Josef Dachler und Maxime von Krasny, wurden wiedergewählt und die Herren Ferdinand Plaschkowitz, Leo Gerö und Doktor Viktor Glaser zu Mitgliedern des Revisionsausschusses berufen.

Neues Wiener Tagblatt

29./V. 1917.

(Erste österreichische Glanzstoff-Fabrik-A. G.) Unter Vorsitz des Präsidenten Max Feilchenfeld fand kürzlich die Generalversammlung statt. Der Rechenschaftsbericht führt aus, daß im verflossenen Geschäftsjahre die durch die Kriegsverhältnisse bedingten Schwierigkeiten — Mangel an Arbeitskräften, an Roh- und Betriebsmaterial — in noch wesentlich erhöhtem Maße zum Ausdruck kamen, so daß der Betrieb eingeschränkt werden mußte und sogar des öfteren seine Stillegung nahe bevorstand. Nach Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsrevisoren wurde die Bilanz des Geschäftsjahres 1916 genehmigt und dem Verwaltungsrat das Absolutorium erteilt. Bezüglich des ausgewiesenen Reingewinnes von 924,197 K. wurde beschlossen, hievon statutenmäßig 5 Prozent, das sind 46,209 K., dem ordentlichen Reservefonds und 150,000 K. der bereits bestehenden Sonderrücklage zuzuführen, ferner nach Abzug der statutenmäßigen Quoten eine 15prozentige Dividende pro Aktie (gegen 10 Prozent im Vorjahre), im ganzen 600,000 K., an die Aktionäre zu verteilen und den Rest per 42,789, zuzüglich des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1915 per 108,968 K., insgesamt also 151,758 K., auf neue Rechnung vorzutragen. Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, die Herren Dr. Alfred Wolff und Professor Doktor E. Bronnert, wurden einstimmig wiedergewählt.

Neues Wiener Tagblatt
29./V. 1917.

(Glashüttenwerke vormals J. Schreiber u. Neffen.) Kürzlich fand im Sitzungssaal der Gesellschaft unter dem Vorsitz des Präsidenten Direktor Maxime v. Kraßny die 19. ordentliche Generalversammlung der Glashüttenwerke vormals J. Schreiber u. Neffen statt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft durch die Umstellung ihrer Fabrikation auf eine intensivere Erzeugung andrer Artikel — als Ersatz für den Entfall des Exports ihrer hochwertigen Erzeugnisse — einen höheren Umsatz erreicht hat. Der Reingewinn beziffert sich nach Vornahme von Abschreibungen auf 237,455 K. Die Anträge der Verwaltung, den hiemit erzielten Reingewinn als 5prozentige Dividende 200,000 K. zur Auszahlung zu bringen, von dem erübrigenden Betrag 10 Prozent = 3745 K. in den Reservefonds zu hinterlegen und den nach Auszahlung der statutenmäßigen Tantieme verbleibenden Saldo von 26,218 K. auf neue Rechnung vorzutragen, wurden einstimmig angenommen.

Neues Wiener Tagblatt
29./V.1914.

150

(Maschinenfabrik Breitfeld, Danek u. Co.) Aus Prag wird uns telegraphiert: Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Karlik fand die diesjährige Generalversammlung der Maschinenfabrik Breitfeld, Danek u. Co. statt. Es wurde beschlossen, vom Reingewinn in der Höhe von 2,576.844 K. eine Dividende von 13 Prozent (26 K.) gegen 12 Prozent im Vorjahre zu verteilen und 100.729 K. auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsbericht erwähnt, daß das Unternehmen bis Ende 1913 mit Aufträgen versehen ist. Auf die Anfrage eines Aktionärs, warum der Reingewinn im Vergleich mit andern Maschinenfabriken so gering sei, bemerkte Verwaltungsratsmitglied Janatka, daß dies hauptsächlich darin begründet sei, daß die Fabrik nicht bloß Massenartikel für den Heeresbedarf erzeuge, sondern auf Wunsch des Kriegsministeriums auch außerhalb dieses Rahmens liegende neue Maschinen. Die Fabrik fungiere geradezu als Versuchsstation des Kriegsministeriums. Außerdem habe die Arbeiterfürsorge große Summen verschlungen. Auch die Materialpreise sind unausgesetzt in die Höhe gegangen. Die Anträge des Verwaltungsrates wurden genehmigt. Dr. Ernst Ziegler, Direktorstellvertreter der Prager Kreditanstaltsfiliale, wurde in die Verwaltung berufen.

Arbeiterzeitung

30./V. 1917

151

Oesterreichs Kriegsschulden bis Ende 1916.

Die Staatsschuldenkontrollkommission veröffentlicht einen Ausweis über den Stand der österreichischen Staatsschulden am 31. Dezember 1916. Damals dauerte der Krieg 29 Monate, die Kriegsschulden Oesterreichs betrugen 31⅓ Milliarden, genau: 31.389,029.316 Kronen. Rechnet man, daß Ungarns Kriegsschulden mehr als ein Drittel der österreichischen betragen haben dürften, da Ungarn 34·4 Prozent der Kriegskosten trägt, so kommt man auf fast 50 Milliarden oder 50.000 Millionen Kronen Kriegsschulden in den damaligen kaum zweieinhalb Jahren des Krieges. Seither sind sie noch gewachsen. Die Kriegskosten sind übrigens gleich in den ersten 29 Monaten noch viel höher gewesen als die Kriegsschulden. Der Krieg wird natürlich täglich teurer; wie alles durch den Krieg teurer wird, wird es auch der Krieg selber. Das sieht man, wenn man es nicht schon sonst wüßte, an folgenden Zahlen: Ende 1914 betrugen die Kriegsschulden 5, Ende 1915 14, Ende 1916 31 Milliarden. Das Jahr 1916 brachte Oesterreich 17.260 Millionen neuer Kriegsschulden, also täglich etwas weniger als 50 Millionen.

Es entsteht nun die Frage: Was kosten die Kriegsschulden an Zinsen? Die Kapitalisten borgen doch dem Staate ihr Geld nur gegen gute Verzinsung. Für die Kriegsanleihe zahlt er mehr als sechs, unter Umständen auch mehr als sieben Prozent. Würde der Staat die Kriegsschulden nur mit sechs Prozent verzinsen, so würde die Verzinsung 1800 Millionen jährlich erfordern. Die Kommission berichtet aber, daß die mehr als 31 Milliarden nur 1.314,135.970 Kronen Zinsen kosten, also bloß eine Verzinsung von etwa 4¼ Prozent beanspruchen. Das kommt daher, daß „nur" 18 von 31 Milliarden in Kriegsanleihe bestanden. Die anderen 13 Milliarden war der Staat den Banken schuldig, und zwar mehr als acht Milliarden der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der er nur einen Teil der Schuld mit fünf Prozent, den übrigen mit einem Prozent und einem halben Prozent jährlich verzinst. Diese Bank kann Geld so billig borgen, weil sie selbst für dieses Geld nicht mehr zahlt als die Druckkosten der Banknoten; sie braucht es nicht auszuborgen wie andere Banken. Aber diese Art der Verzinsung ist nur möglich, so lange der Krieg dauert. Den österreichischen Privatbanken ist der Staat gegen 3⅓ Milliarden schuldig, er muß sie mit 4¼ Prozent verzinsen. Mehr als 1¾ Milliarden Schulden hat er bei deutschen Banken aufgenommen, sie kosten fast 5¼ Prozent. Ein „ausländisches Konsortium", das nicht näher bezeichnet, aber von dem „Konsortium im Deutschen Reiche" unterschieden sind, hat mehr als 4 Millionen für den Krieg geborgt.

Vor dem Kriege betrugen Oesterreichs Staatsschulden, eingeschlossen die Eisenbahnschulden, für die doch Deckung vorhanden ist, und eingeschlossen die Schulden aus der Zeit vor 1867, zu deren Verzinsung auch Ungarn beiträgt (der „ungarische Block"), weniger als 13 Milliarden, nämlich 12.837 Millionen. In weniger als zweieinhalb Kriegsjahren ist die Schuld auf 44.226 Millionen hinaufgeschnellt. Für das Jahr 1914/15 waren als Staatseinnahmen vorhergesehen — eingeschlossen die Fahrkarten, Briefmarken, Tabakeinnahmen — drei Milliarden. Ende 1916 machte die Verzinsung der Kriegsschulden allein schon fast die Hälfte dessen aus, was der Staat früher alles in allem einnahm. Und seither ging der Krieg weiter und wie lange werden noch die Kriegsausgaben dauern! Die Berichte über die Kriegsschulden sind ebenfalls lehrreiche Kriegsbücher.

Die Zeit
30./V. 1917

— (Die Valutaentwertung und Bilanzaufstellung.) Mit dem 30. Juni schließt das Geschäftsjahr bei einer großen Anzahl von Aktiengesellschaften, namentlich bei Industrie- und Handelsgesellschaften, die relativ große Warenmengen aus dem befreundeten und neutralen Ausland beziehen und, sei es durch ihre Bankverbindung, sei es direkt, Teile des Kaufschillings in ausländischer Währung schuldig bleiben. Die fortgesetzte Verschlechterung unserer Valutapreise und die Ungewißheit über die weitere Gestaltung der Dinge bringt es mit sich, daß diese Kategorien von Aktiengesellschaften und auch private Firmen bei der Aufstellung der Bilanz vor die wichtige Frage gestellt werden, für bereits eingetretene oder mögliche Valutaverluste Vorsorge zu treffen, ohne mit der Steuerbehörde in Konflikt zu geraten, die besonders scharf darauf achtet, daß keine Kriegsgewinne in sogenannten stillen Reserven verschwinden. Daß es sich aber bei den Valutaverlusten mitunter um recht ansehnliche Beträge handeln kann, geht aus nachfolgender Gegenüberstellung der Devisenpreise Ende 1916 gegenüber jenen vom 23. Juli 1914 hervor. So kostete beispielsweise die Devise Berlin am 31. Dezember 1916 K. 156.25, am 23 Juli 1914 K. 118.12·5, Holland K. 374, beziehungsweise K. 199.75, Schweden K. 269.25, beziehungsweise K. 132, Schweiz K. 183.50, beziehungsweise K. 96.17·5. Die Differenzen betragen demnach 24·4, 46·65, 50·90 und 47·60 Prozent und haben sich seither weiter nicht unerheblich erhöht.

Fremdenblatt

30./V. 1917

153

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

IV.*)

Die letzte Gruppe der Anlagen der Banken enthält die eigenen Engagements auf Effekten-, Konsortial- und Immobilienkonto. Der Effektenbesitz hat sich überaus stark vermehrt, er ist von 277,5 auf 731,8 Millionen Kronen gestiegen. Die größte Steigerung ist im Jahre 1915 eingetreten, wo die Banken große Posten Kriegsanleihe für eigene Rechnung übernommen haben und ihren sonstigen Effektenbesitz noch verhältnismäßig wenig vermindern konnten. Im Jahre 1916 ist den weiteren Kriegsanleihezeichnungen eine starke Verminderung des alten Effektenportefeuilles gegenübergestanden, so daß die Zunahme nur 118 gegen 227 Millionen Kronen im Jahre 1915 ausmacht. Man darf wohl zum mindesten die ganze Vermehrung des Effektenportefeuilles während der drei Jahre von 454 Millionen Kronen dem eigenen Besitz der Banken an Kriegsanleihe zuschreiben. Wieder ist die Steigerung bei den einzelnen Banken sehr ungleich. Während sich der Effektenbesitz einer Bank im Kriege nur um 20 Prozent erhöht hat, ist er bei mehreren anderen mehr als verdreifacht, bei einer sogar auf das Fünffache gestiegen.

Weit geringer ist die Zunahme der Konsortialbeteiligungen und hier ist er zur Gänze darauf zurückzuführen, daß eine Bank, die Bodenkreditanstalt, die früher die Konsortialbeteiligungen unter den Debitoren verbucht hat, sie seit dem Jahre 1916 mit 55 Millionen Kronen separat ausweist. So ist denn auch Ende 1915 gegen das letzte Friedensjahr noch eine kleine Verminderung zu verzeichnen. Es sind eben im Krieg auch viele Effekten vom Konsortialkonto abgestoßen worden, denen allerdings auch große neue Beteiligungen hauptsächlich an Kriegsmaterialunternehmungen gegenüberstehen. Auch darf man ebensowenig wie auf Effektenkonto übersehen, daß große Minderbewertungen vorgenommen wurden, die zum überwiegenden Teil stille Reserven darstellen.

Schließlich das Immobilienkonto hat sich um 10 auf 67 Millionen Kronen erhöht, hauptsächlich weil eine Großbank ein neues Bankpalais im Jahr 1915 fertiggestellt hat.

Will man die perzentuellen Verschiebungen in der Verteilung der von der Bank verwalteten Mittel seit Kriegsausbruch feststellen, so kann man wegen der Verschiedenartigkeit der Buchungsmethoden nur vier Gruppen ins Auge fassen. Die erste Post, die Kassenbestände, beträgt Ende 1913 2,15 Prozent der Bilanzsumme, 1916 2,58 Prozent, beides eigentlich nur sehr geringe Prozentsätze. Das Wechselportefeuille betrug 1913 19,06 Prozent, im letzten Jahr dagegen nur 6,64 Prozent. Die Debitoren und Effektenvorschüsse (Kriegsanleihevorschüsse, Kriegsanleiheverrechnungskonto) betrugen 1913 62,3 Prozent, 1916 76,57 Prozent, Effekten-, Konsortialkonto und Immobilien betrugen 9,4 Prozent gegen 9,8 Prozent Ende 1913.

Bei der Darstellung der Erträgnisse und Auslagen der Banken äußert sich die Systemlosigkeit und das häufige Wechseln in den Bilanzaufstellungen ebenso unangenehm wie bei der Statistik der Bilanzziffern. Auch hier muß man sich damit begnügen, die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, ohne daß beim Vergleich der einzelnen Positionen des Gewinn- und Verlustkontos auch nur von einem Jahre zum anderen die Fehlerquellen die gleichen blieben. Bei den Ertragsziffern kommt aber noch ein weiterer Umstand hinzu. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Banken nur einen Teil der erzielten Erträgnisse wirklich ausweisen. Erst nach Ermittlung der Ueberschüsse wird die Dividende festgesetzt, dann wird bestimmt, welchen Reingewinn man ausweisen will, um außer den Ausschüttungen die für wünschenswert erachteten offenen Reservestellungen zu ermöglichen, welche wieder bei den einzelnen Banken sehr verschieden sind, und darnach erst werden die Ziffern der einzelnen Ertragskonti durch Zurücklegung eines Teiles der wirklich erzielten Gewinne konstruiert. Dabei ist das Vorgehen der einzelnen Bankleitungen äußerst verschieden und wechselt von Jahr zu Jahr. Je größer der Gewinn, desto mehr wird natürlich versteckt, und so dürften niemals annähernd so große stille Reserven angelegt worden sein wie im letzten Jahre, in welchem die Gewinne eine ganz außerordentliche Höhe erreicht haben. Von einzelnen Großbanken darf man annehmen, daß der wirklich erzielte Gewinn um viele Millionen den ausgewiesenen übersteigt. Einige Banken scheinen allerdings im letzten Jahre vorgezogen zu haben, die offenen Rücklagen sehr zu stärken und geringere geheime Reservierungen zu machen. Aus der nachstehenden Tabelle der ausgewiesenen Erträgnisse läßt sich also auch nicht annähernd die wirkliche Zunahme der Gewinne im Verlaufe des Krieges erkennen:

Einnahmen	1913	1914	1915	1916
	in Tausend Kronen			
Zinsen[1]	128.800	122.654	137.549	164.895
Provisionen[2]	36.431	38.673	41.034	50.977
Effekten u. Konsort.[3]	14.092	4.236	9.081	28.497
Devisen[4]	3.428	3.019	2.841	2.092
Filialen[5]	2.414	2.079	2.697	3.647
Realitäten u. Diverse[6]	1.359	1.345	1.282	1.382
Hypotheken[7]	2.690	2.832	2.650	2.706
	188.214	174.838	197.134	254.142

[1]) Bis 1915 bei der Bodenkreditanstalt einschließlich Provisionen und Devisen; bis 1914 bei der Depositenbank, einschließlich Provisionen und der meisten sonstigen Gewinne.

[2]) Bei der Anglobank einschließlich diverse Gewinne; bei der Kreditanstalt, einschließlich der Warengewinne; bei der Bodenkreditanstalt bis 1915 nicht ausgewiesen; bei der Depositenbank bis 1915 nicht ausgewiesen; für 1915 und 1916, einschließlich Effekten und sonstige Gewinne; beim „Merkur", einschließlich sonstige Gewinne; bei der Verkehrsbank 1913 und 1914, einschließlich Effekten- und Konsortialgewinne.

[3]) Bei der Anglobank, Bodenkreditanstalt, Eskomptegesellschaft, „Merkur", Unionbank und Verkehrsbank, einschließlich Devisen; beim Bankverein einschließlich Waren.

Die Anmerkungen zu dieser Tabelle zeigen wie verschiedenartig die einzelnen Banken die Gewinne buchen und welche Veränderungen in der Kontierung im Verlaufe dieser vier Jahre vorgenommen worden sind. Die Betrachtung kann sich nur auf die ausgewiesenen Ziffern stützen. Sie gibt für das erste Kriegsjahr ein starkes Abfallen der Gewinne. Dieses ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1914 von den zehn Banken, deren Bilanzergebnisse betrachtet werden, nur vier Effekten- und Konsortialgewinne ausgewiesen haben, die anderen haben die erzielten Gewinne zu Minderbewertungen benützt, drei von ihnen haben überdies Kursverluste von 3,67 Millionen Kronen in die Ausgaben eingestellt. Zieht man sie von dem Gewinn ab, dann beträgt der Rückgang des Effekten- und Konsortialkontos von 1913 auf 1914 nicht 10 Millionen Kronen, sondern über 13½ Millionen Kronen und der Gesamtgewinn aller Banken auf diesem Konto im Jahre 1914 betrug nur wenig über ½ Million Kronen. Außerdem sind in jenem Jahre auch große interne Rücklagen herangezogen worden, um die Bewertung der Effekten- und Konsortialbestände auf das Ende 1914 angemessen erschienene tiefe Niveau herabzudrücken. Seither haben die im freien Verkehr vorgekommenen Kurssteigerungen nicht nur dieses Bewertungsniveau als sehr tief erscheinen lassen, sondern auch Verkäufe zu wesentlich höheren Kursen ermöglicht, so daß die niedrigen Bewertungen, die aufrechtgehalten worden sind, die stillen Reserven überaus stark erhöht haben.

Vossische Zeitung

31./V. 1917 154 31

Die österreichischen Kriegsschulden.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Wien, 26. Mai.

Die Staatsschulden-Kontrollkommission veröffentlicht mit anerkennenswerter Beschleunigung ihren Ausweis über den Stand der österreichischen Staatsschulden Ende 1916. Seit der letzten Nachweisung über den Stand vom ersten Halbjahr 1916 sind nicht ganz vier Monate verstrichen. Die Nachweisungen der Kontrollkommission sind die einzige, aber eine sehr ausführliche Quelle für die Kenntnis der österreichischen Kriegskosten. Danach stellt sich die österreichische Kriegsschuld Ende 1916, somit für 29 Kriegsmonate, auf 31 389 Mill. K. Die Zunahme der Kriegsschuld im zweiten Halbjahr 1916 beläuft sich für Oesterreich nur auf 6837 Mill. K., während sie im ersten Halbjahr 1916 10 412 Mill. K. betragen hatte. Es ist natürlich keine Rede davon, daß die Kriegskosten sich im zweiten Halbjahr 1916 ermäßigt haben. Vielmehr ist diese Differenz damit zu erklären, daß Ende Juni 1916 gewisse Staatsschulden, die Voreinzahlungen der Banken an die Postsparkasse auf die vierte Kriegsanleihe und die Kriegsanleihe selbst, doppelt gerechnet waren. Wenn man den Anteil Ungarns nach den österreichischen im Verhältnis der Quote berechnet, so haben die Kriegskosten der Monarchie bis Ende 1916 49 354 Mill. K., somit rund 50 Milliarden betragen. Das ergibt einen Monatsdurchschnitt von 1700 Mill. K. Auf dieser Höhe dürften sich seit geraumer Zeit die durchschnittlichen Kriegskosten der Monarchie stabilisiert haben. Sie sind wesentlich geringer als die der anderen kriegführenden Großmächte, mit Ausnahme Italiens.

Die Kriegsschulden der Monarchie zerfallen in fünf Gruppen: Die erste bilden die verschiedenen Schulden an die Oesterreichisch-Ungarische Bank. Diese Schulden stellten sich für Oesterreich zum Jahresschluß auf 8195 Mill. K. Im zweiten Halbjahr 1916 hat sich die Schuld an die Notenbank neuerdings um 1770 Mill. K. vergrößert. Die Schuld der Gesamtmonarchie an die Notenbank berechnet sich somit auf 12 885 Mill. K. Natürlich hat sich der Notenumlauf auch nicht annähernd im gleichen Betrag erhöht, da die Vorschüsse der Notenbank an die Regierung zum sehr großen Teil im Girowege abgehoben werden. Die Schulden an die Notenbank setzen sich zusammen aus zwei Lombarddarlehen von 510 und 1272 Mill. K., von denen das erste durch 5proz. 2½jährige Schatzscheine im Nominalbetrag von 600 Mill. K., das zweite durch 5proz. 5jährige Schatzscheine im Nominalbetrag von 1696 Mill. K. gedeckt ist. Das erste ist zum jeweiligen Lombardzinsfuß der Oesterreichisch-Ungarischen Bank (derzeit 5½ pCt.), das zweite mit 1 pCt. notensteuerfrei verzinst. Dazu kommen zwei Darlehen gegen Solawechsel im Betrag von 1272 und 508,8 Mill. K. zu 1 pCt. und fünf Darlehen gegen Schuldschein von je 954 Mill. K. (quotenmäßiger Anteil von 1500 Mill. K. für die Gesamtmonarchie). Hinzugekommen sind im zweiten Halbjahr 1916 drei Darlehen zu je 954 Mill. K., auf deren eines inzwischen rund 138 Mill. Kronen zurückgezahlt wurden. Die Darlehen gegen Schuldschein sind mit Ausnahme des ersten zu ½ pCt. verzinslich. Das erste wurde noch zu 1 pCt. aufgenommen.

Ein Kontokorrentvorschuß bei den österreichischen Banken von 2302 Mill. K., der Ende Juni 1916 ausstand, wurde aus dem Erlös der vierten Kriegsanleihe bis auf 10 Mill. K. zurückgezahlt. Von den späteren Einzahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe von 3128 Mill. K. waren bis Ende 1916 gleichfalls 814 Mill. K. zurückgezahlt, so daß sich mit einem alten Vorschuß von 970 Mill. K. die schwebende Verschuldung an die Banken zum Jahresschluß auf 3294 Mill. Kronen um 22 Mill. K. höher als Ende Juni stellte. Die gleichzeitige Verschuldung der ungarischen Regierung an die ungarischen Banken läßt sich daraus natürlich nicht berechnen, da im Gegensatz zu den Darlehen der Notenbank die beiden Regierungen im Kreditverkehr mit den Privatbanken völlig freie Hand haben.

Die bei dem Berliner Konsortium im Einvernehmen mit der Reichsregierung begebenen Schatzwechselemissionen haben zum Jahresschluß rund 1565 Mill. M. gegen 1082 Mill. Mark Ende Juni betragen. Von den Markwechseln ist die erste Emission von 235,2 Mill. mit 6 pCt. verzinslich, die übrigen mit 5 pCt. Im Staatsschuldenausweis sind sie zur Relation eingestellt. Wieder quotenmäßig berechnet hat die durch Schatzwechsel gedeckte staatliche Verschuldung der Monarchie an das Deutsche Reich zum Jahresschluß rund 2460 Mill. M. betragen. Die Schatzwechsel sind durchweg einjährig, aber bisher regelmäßig prolongiert worden. Außer dieser Schuld an Deutschland werden diesmal zum erstenmal 5proz. Schatzscheine an ein ausländisches Konsortium von 4,17 Mill. K. ausgewiesen. Dabei handelt es sich um eine Transaktion im neutralen Ausland.

Der Rest der Kriegsschulden entfällt auf die fünf Kriegsanleihen. Ihr Erlös ist mit insgesamt 18 056 Mill. K. ausgewiesen. Von den gesamten Kriegskosten Oesterreichs sind somit nahezu 60 pCt. durch Kriegsanleihen gedeckt. Der Erlös der in das letzte Halbjahr fallenden fünften Kriegsanleihe ist mit 4 665 Mill. K. angeführt, wovon 2 025 Mill. K. auf die 40jährige Anleihe und 2 440 Mill. K. auf die 5½jährigen Schatzscheine entfallen. Aus formalen Gründen (da auf Grund des § 14 nur eine schwebende Verschuldung des Staates zulässig ist) wird auch die 40jährige Kriegsanleihe von der Kontokorrent-Anleihe unter den schwebenden Schulden angeführt.

Den genauen Stand der Kriegskosten lassen die Nachweisungen der Kontrollkommission nicht erkennen, da sie nur die von ihr gegengezeichneten Schulden mitteilt, dagegen nicht die schwebenden Schulden der Militärverwaltung an Lieferanten, ebensowenig aber die Guthaben und Kassenbestände der Staatsverwaltung aus den aufgenommenen Schulden. Diese waren Ende Juni 1916 besonders groß, dürften zum Jahresschluß wesentlich geringer gewesen sein und durch die zur Jahreswende gerade in Zeichnung begriffene fünfte Kriegsanleihe im Anfang des laufenden Jahres wieder eine erhebliche Stärkung erfahren haben.

Fremdenblatt
31/V. 1917
156

Aktiengesellschaft der hydraulischen Kalk- und Portland-Zementfabrik zu Perlmoos (vormals Angelo Saullich).

In der am 25. Mai d. J. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Perlmooser Zementfabriks-Aktiengesellschaft wurde der Rechnungsabschluß für das Geschäftsjahr 1916 festgestellt. Nach Abschreibungen im Betrage von 850.000 (500.000) Kronen verbleiben 155.904 (78.099) Kronen, welche auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Der Coupon für 1916 wird sohin nicht eingelöst (für 1915 wurde auch keine Dividende bezahlt.

Das Bilanzkonto am 31. Dezember 1916 weist aus: **Aktiva: Immobilien 10,625.507 (11,459.254) Kronen, Vorräte 946.983 (1,475.056) Kronen, Kautionen 167.771 (154.727) Kronen,** Portefeuille 60.081 (25.529) Kronen, Wertpapiere 25.002 (39.110) Kronen, Debitoren 3,587.936 (2,174.240), Barbestände 71.474 (33.470) Kronen, zusammen 15,484.707 (15,361.289) Kronen. — Passiva: Aktienkapital 9,600.000 (9,600.000) Kronen, Reservefonds 1,617.388 (1,617.388), Kreditoren 4,110.685 (4,064.723), unbehobene Dividenden 728 (1178) Kronen. Gewinn per Saldo 155.904 (78.099) Kronen.

Gewinn- und Verlustkonto: Lasten: Zentralregie 331.660 (334.756) Kronen, Pensionsversicherung 79.774 (75.664) Kronen, Steuern 47.611 (232.883) Kronen, Zinsen 110.165 (148.876) Kronen, Effektenkursverluste 60.974 (—) Kronen, Abschreibungen 850.000 (500.000) Kronen, Gewinn per Saldo 155.904 (78.099) Kronen. Erträgnisse: Gewinnvortrag 78.099 (65.737) Kronen, Betriebsgewinn 1,557.991 (1,303.102) Kronen, verfallene Dividenden — (1440) Kronen, zusammen 1,636.091 (1,370.279) Kronen. Das ungünstige Ergebnis ist eine Folge der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse, unter welchen das österreichische Zementgroßgewerbe wegen des Kriegszustandes auch im vergangenen Jahre zu leiden hatte. Obwohl die Erzeugung der gesellschaftlichen Werke vorweg auf einen sehr geringen Umfang, nur den dritten Teil der Leistungsfähigkeit, eingestellt worden war, nötigte Mangel an Arbeitern und wichtigen Betriebsstoffen, insbesondere an Kohle, zu zeitweiligen Betriebseinstellungen. Dies und die Verteuerung der Hilfsstoffe, Erhöhungen der Arbeitslöhne und anderer Unkosten haben die Gestehungskosten so erhöht, daß die im Laufe des Jahres vorgenommenen Regelungen der Verkaufspreise nicht genügen konnten, auch nur ein bescheidenes Erträgnis zu bringen.

Reichspost

1./VI. 1917

159

Steyrermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft. Heute fand die Generalversammlung der Steyrermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft statt. Der vorgelegte Geschäftsbericht führte u. a. folgendes aus: „Wir haben das uns zu günstigen Bedingungen angebotene „Neue 8-Uhr-Blatt" erworben und in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Die Zeitungen „Neues Wiener Tagblatt" und „Oesterreichische Volkszeitung" haben durch den Krieg empfindlich gelitten. Es war nicht möglich, die außerordentliche Steigerung der Personallasten und der Kosten für Betriebsmaterialien aller Art durch Preiserhöhungen wettzumachen. Dazu kommt noch im laufenden Jahre die von Staats wegen verfügte Einschränkung des Umfanges und des Papierverbrauches der Zeitungen." Aktionär Max Gibian beklagt, daß das „N. W. T." seit acht Monaten die frühere Freiheitlichkeit aufgegeben habe und der „klerikalen Richtung zuneige" (gemeint ist offenbar damit, daß das Blatt nicht hinlänglich die jüdischen Spezialinteressen vertreten habe); dies habe dem Blatt geschadet und seinen Leserkreis verringert, da die Bevölkerung jetzt immer mehr freiheitlich und radikal werde. (Diese Begründung erweckt den Anschein, daß es dem Aktionär Gibian mehr um das finanzielle Erträgnis als um die schöne „freiheitliche" Richtung des Blattes zu tun ist.) Präsident Wilhelm Singer wies die Behauptung Gibians zurück; das Blatt habe seine Gesinnung niemals geändert; aber es sei nicht gut, in der Generalversammlung derlei zu erörtern und die Richtung des Blattes zu bestimmen, weil sonst die jeweiligen Aktienbesitzer über die Richtung des Blattes verfügen könnten. Auch die Aktionäre Dr. Stransky und Richard Cola (recte Kohn) äußerten Wünsche nach höheren Dividenden. (Seit das Hebammen-, Masseusen- und Gelegenheitsmachergeschäft im Inseratenteil polizeilich ein wenig beschnitten wurde, sind die aktionären Nutznießer etwas kürzer gehalten! Immerhin, sie sollten, so meinen wir mit dem Verwaltungsrat, mit 26 Kr. zufrieden sein.) Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß das „Neue 8-Uhr-Blatt" bei der erst besten Gelegenheit um 200.000 Kr. aufgekauft wurde (mit Haut und Haar, Redaktion und liberaler „Gesinnung") Der Wiener Preßliberalismus ist aber eine Marktware, mit der man beinahe Kettenhandel treiben könnte.) Der auf der Tagesordnung befindliche Antrag des Herrn Dr. Kamillo Müller auf Verhandlung über den Ankauf des „Neuen 8-Uhr-Blattes": der Antrag des Herrn Franz Seifert, alle auf den Ankauf des „Neuen 8-Uhr-Blattes" bezüglichen Urkunden der Generalversammlung vorzulegen und der Antrag des Herrn Mr. Gustav Hummer, den Verwaltungsrat zu beauftragen, die Selbständigkeit des Unternehmens zu wahren und gegen jede Konzernbildung in der Presse Stellung zu nehmen, wurden zurückgezogen. Verwaltungsrat Dr. Coumont weist hinsichtlich dieser zurückgezogenen Anträge darauf hin, daß mit diesen Anträgen ein Thema angeschlagen wurde, das vielleicht in der Folge noch nachwirken wird. Was den Antrag des Herrn Hummer anlangt, so könne Redner erklären, daß die Verwaltung bisher überhaupt nicht (?) in die Lage kam, die Selbständigkeit des Unternehmens wahren zu müssen, da von keiner Seite der Versuch unternommen worden sei, sich in die Geschäftsführung einzumischen.

Neues Wiener Tagblatt
1./VI. 1917

Steyrermühl-A. G.

Generalversammlung vom 31. Mai.

Unter Vorsitz des Präsidenten Wilhelm Singer wurde gestern die 45. ordentliche Generalversammlung der Steyrermühl, Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft, abgehalten. Nach dem vom Verwaltungsrat Dr. Friedrich Geiringer erstatteten Bericht hat die Produktion der Papierfabrik infolge von Arbeitermangel und vielfachen Störungen weiter abgenommen. Es ist leider zu befürchten, daß im laufenden Jahre die Produktion nur in beschränktem Umfang wird aufrechterhalten werden können. Die Buch- und Kunstdruckerei konnte den enorm gestiegenen Anforderungen nur unter Aufwendung außerordentlicher Mittel entsprechen. Die Erlöse sind den Leistungen nicht entsprechend, und es ist ungewiß, ob es insbesondere infolge der Entziehung von Arbeitern und Metallen möglich sein wird, den Betrieb im gegenwärtigen Umfang fortzuführen. Die Zeitungen „Neues Wiener Tagblatt" und „Oesterreichische Volks-Zeitung" haben durch den Krieg empfindlich gelitten. Es war nicht möglich, die außerordentliche Steigerung der Personallasten und der Kosten für Betriebsmaterialien aller Art durch Preiserhöhungen wettzumachen. Dazu kommt noch im laufenden Jahre die von Staats wegen verfügte Einschränkung des Umfanges und des Papierverbrauches der Zeitungen, so daß wir trotz steigender Nachfrage gezwungen sind, sowohl die Inseratenaufnahme als auch die Auflage unsrer Zeitungen zu beschränken. Von dem Reingewinn per 2,042,688 K. werden 380,000 K. als Beitrag zum Pensions- und Unterstützungsfonds der Angestellten und ihrer Hinterbliebenen gewidmet, 26 K. pro Aktie als Dividende verteilt und 470,793 K. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Spezialreserve wurden 108,530 K. zugewiesen.

Aktionär Gibian wünscht die Aufmerksamkeit der Verwaltung auf die Führung des „Neuen Wiener Tagblatt" zu lenken, welches, wie ihm scheine, in den letzten Monaten seine politische Haltung geändert habe. Er fragt, ob die Verwaltung geneigt sei, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß das Blatt auch weiterhin in der altbewährten Richtung, die ihm so viele Anhänger geschaffen, geführt werde. Aktionär Dr. Stransky wendet sich gegen die zu geringe Höhe der Dividende und glaubt, daß mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Reserven des Unternehmens eine Erhöhung der Dividende vielleicht durch eine kleine Kürzung des Vortrages auf neue Rechnung sehr leicht möglich wäre.

Der Präsident wendet sich gegen eine Besprechung über die Führung des Blattes, die ihm allein vertragsmäßig zustehe. Es ist selbstverständlich unzulässig, daß die Generalversammlung in solchen Angelegenheiten Beschlüsse fasse. Wenn die Generalversammlung berechtigt wäre, die Richtung des Blattes zu bestimmen und dem Redakteur Vorschriften zu machen, so könnte es kommen, daß in jedem Jahre ein andrer Beschluß gefaßt würde und diese Beschlüsse sich vollständig widersprächen.

Die Anträge der Verwaltung wurden sodann einstimmig genehmigt.

In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herren Dr. Friedrich Geiringer und Julius Singer wiedergewählt, in den Revisionsausschuß die Herren Eugen Brüll, kais. Rat Franz Haunzwickel, Koloman Werner, Dr. Josef Alt und Dr. Julius Elias (die beiden letzteren als Ersatzmänner) wieder berufen.

Der Präsident macht sodann die Mitteilung, daß die auf der Tagesordnung stehenden, von einigen Aktionären eingebrachten Anträge von diesen wieder zurückgezogen wurden, weshalb dieser Punkt der Tagesordnung entfällt. Verwaltungsrat Dr. Coumont glaubt trotzdem, den Standpunkt der Verwaltung zu diesen Anträgen darlegen zu müssen. Wie schon der Bericht ausführt, sei die Beteiligung an der das „Neue 8-Uhr-Blatt" betreibenden Gesellschaft nur aus rein geschäftlichen Gründen erfolgt. Keinesfalls handelte es sich hiebei um eine Aktion im Interesse der sogenannten Trustbildung, der die Verwaltung vollkommen fernstehe.

Der Antrag, den Verwaltungsrat zu beauftragen, die Selbständigkeit des Unternehmens zu wahren und gegen jede Konzernbildung in der Presse Stellung zu nehmen, sei vollkommen überflüssig, da der Verwaltungsrat bisher überhaupt nicht in die Lage gekommen ist, die Selbständigkeit des Unternehmens wahren zu müssen, da von keiner Seite irgendein Versuch unternommen wurde, sich in die selbständige Geschäftsführung unsrer autonomen Gesellschaft einzumengen. Er wird auch in Zukunft, wenn nötig, die Selbständigkeit des Unternehmens pflichtgemäß zu wahren wissen. Um die Konzernbildung fremder Blätter hat sich der Verwaltungsrat nicht zu kümmern. So weit die Blätter des eigenen Unternehmens in Betracht kommen, lag bisher ein Anlaß zu einer Stellungnahme nicht vor. Für die Zukunft müsse der Verwaltungsrat bitten, ihm auch in dieser Frage das Vertrauen zu schenken, daß er vorkommendenfalls die im Interesse der Gesellschaft gelegenen Beschlüsse fassen wird.

Das Bilanzkonto zeigt folgende Posten: Aktiva: Papierfabrik „Steyrermühl", Realitäten und Betriebseinrichtungen 1,751,634 K., Verlag und Druckereien 1,418,030 K., Realitäten in Wien 3,007,388 K., Effekten 1,728,824 K., Kontokorrent-Saldi, Wechsel und Vorräte der Unternehmungen 7,203,841 K., Kasse 190,340 K., Effekten des Unterstützungsfonds 300,692 K., Kasse des Unterstützungsfonds 29,977 K. Passiva: Aktienkapital 7,400,000 Kronen, Reservefonds 2,783,091 K., Spezialreservefonds für die Papierfabrik 600,000 K., Spezialreservefonds für Druckereien und Verlag 1,500,000 Kronen, Baureserve 439,932 K., Spezialreserve gemäß § 20 der K. Vdg. vom 16. April 1916, RGB. Nr. 103, 88,670 K., Kriegsverlustreserve 395,908 K., Coupon- und Dividendenkonto 7766 K., Unterstützungsfonds 330,669 K., Kreditoren 42,002 K., Gewinnvortrag vom Jahre 1915 459,052 K., Reingewinn des Jahres 1916 1,583,635 K.

Gewinn- und Verlustkonto: Soll: Zentralverwaltung und Spesen 118,748 K., Kriegsverlustreserve 395,908 K., Gewinnvortrag vom Jahre 1915 459,052 K., Reingewinn des Jahres 1916 1,583,635 K. Haben: Gewinnvortrag vom vorigen Jahre 459,052 K., Erträgnisse der Unternehmungen, Mieten und Zinsen 2,097,588 K., Coupon- und Dividendenkonto 705 K.

Neues Wiener Tagblatt
2. VII. 1917

(Ganzsche Elektrizitäts-A. G.) Aus Budapest, 20. d., wird telegraphiert: Die Ganzsche Elektrizitäts-Aktiengesellschaft hat in ihrer gestern abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, vom **Reingewinn** per 1,229,887 K. eine achtprozentige **Dividende**, das sind 32 K. pro Aktie, auszuschütten. Gleichzeitig wurde beschlossen, das **Stammkapital** durch Emission von 15,000 Stück Neuaktien im Nominale von 400 K. auf 18 Millionen Kronen zu **erhöhen**. Die Aktionäre haben das Optionsrecht nach zwei alten Aktien auf je eine neue. Der Emissionskurs der neuen Aktien wurde mit 520 K. festgesetzt.

3./VI. 1917

163

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Mai. Regelung des Verkehres mit Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten der bevorstehenden Ernte. Beschlagnahme dieser Ernte durch den Staat.

29. Mai. Eröffnungssitzung der Zentralpreisprüfungskommission. Erklärungen des Ernährungsministers über die Aufgaben dieser Kommission und über die Preispolitik. — Beschluß der bulgarischen Kaufmannschaft, eine Börse in Sofia zu errichten.

30. Mai. Verbot der Ein- und Durchfuhr von Zahlungsmitteln der Rubelwährung.

31. Mai. Thronrede zur Eröffnung des Reichsrates mit wichtigem wirtschaftlichem Programm. Ansprachen des Kaisers an von ihm empfangene wirtschaftliche Huldigungsdeputationen.

1. Juni. Einsetzung einer Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrsbewilligungen. — Regelung des Holz- und Holzkohlenverkehres in Ungarn.

2. Juni. Günstige Saatenstandsberichte aus Ungarn infolge ausgiebiger Niederschläge in fast allen Landesteilen. — Eine Erhöhung der englischen Kriegsgewinnsteuer auf 80 Prozent vom Schatzkanzler angekündigt.

Die Zeit 3./III. 1917

164

Die Valuta Oesterreich-Ungarns.

Vom Magnatenhausmitglied Adolf v. Ullmann,
Generaldirektor der Ungarischen allgemeinen Kreditbank.

In den jüngsten Tagen kann man wieder einmal in der den Mittelmächten feindlich gesinnten Presse der Ententestaaten allerlei Betrachtungen über die Verschlechterung der österreichisch-ungarischen Valuta lesen. Die sonderbarsten und unsinnigsten Kombinationen werden von feindlicher Seite über die wirtschaftliche Lage der Monarchie verbreitet, und all diesen naiven, aber auch böswilligen Kombinationen soll stets unsere scharf kritisierte Währung die Grundlage bieten.

Ich kann auf eine Anfrage der geehrten Redaktion, die dieses Thema beinhaltet, eigentlich nur wiederholen, was ich schon oft sagte. Das tatsächlich bestehende Agio auf fremde Zahlungsmittel ist eine Folge der durch die Kriegsereignisse einseitigen Gestaltung unserer Handelsbilanz. Jedermann weiß, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Kriege unsere Monarchie veranlassen mußte, die Einfuhr wesentlich zu steigern, die Ausfuhr hingegen bedeutend zu verringern. Auch die Ententestaaten befinden sich im großen und ganzen in der gleichen Situation, allerdings mit dem Unterschiede, daß sie die Einfuhr durch Anleihen in Amerika decken, wozu uns die Möglichkeit fehlt. Dennoch ist auch eine Verschlechterung der Valuta aller Ententestaaten zu konstatieren, und weiter auch, daß die Valuten dieser Staaten untereinander Disagio aufweisen.

Hier möchte ich bemerken, daß die These, wonach bloß jene Banknoten vollwertig sind, die eine entsprechende Goldbedeckung haben, keineswegs unantastbar ist, wenngleich sie allgemein, zum mindesten bisher, verbreitet war. Man wird aber zu anderen Schlüssen gelangen, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß die Deutsche Reichsbank beispielsweise im Jahre 1913 bloß über einen Goldschatz von ungefähr 1¼ Milliarden Mark verfügte und dennoch einen Umsatz von zirka 420 Milliarden Mark hatte, welcher Umsatz im vergangenen Jahre sich bis zu zirka 1260 Milliarden Mark steigerte, wobei der Goldschatz sich um etwas mehr als eine Milliarde, auf ungefähr 2½ Milliarden nämlich, erhöhte. Bedenkt man nun, daß alle Geldinstitute in Deutschland zusammen einen in Tausende von Milliarden Mark gehenden Geldumsatz jährlich zur Abwicklung bringen, so muß man wohl zur Ueberzeugung kommen, daß hier die Goldbedeckung nicht die eigentlich entscheidende Rolle spielt.

An anderer Stelle führte ich bereits aus, daß die durch Bargeld und die verschiedenen Arten des Zahlungsausgleiches jährlich stattfindenden Zahlungen der Weltwirtschaft auf viele Billionen veranschlagt werden können, während der gesamte Goldvorrat der Welt höchstens auf 35 Milliarden Mark geschätzt werden kann. Daraus ergibt sich, daß nicht die Goldbedeckung allein, sondern die ganze wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes für die Bewertung seiner Valuta maßgebend ist und die Kombinationen unserer Ententegegner in betreff unserer Währung jeder festen Basis entbehren. Die Menge der Banknoten reguliert sich nach dem Bedarf an Zahlungsmitteln, und dieser Bedarf ändert sich häufig, so zwar, daß die Bewertung der Valuta schon in normalen Zeiten keineswegs Schritt hält mit der Verschiebung des Verhältnisses zwischen den umlaufenden Banknoten und deren Goldbedeckung. Entspricht die Menge der Banknoten dem Bedarf, stehen den mit Gold nichtbedeckten Noten gute Debitoren und vollwertige Aktiven gegenüber, dann wird und muß die Banknote auch im Ausland ihre Parität behaupten, insofern nicht die Zahlungsbilanz die Parität alteriert. Und der gegenwärtige Stand unserer Zahlungsbilanz scheint mir der einzige Grund für unsere im Verhältnis zur Friedenszeit allerdings ungünstige Valuta zu sein. Aber dieser Zustand wird selbstverständlich mit Friedensschluß durch ernste und gewissenhafte Arbeit, systematische Sparsamkeit beim Import und energische Steigerung des Exports beseitigt werden können. Und damit wird dann unsere Valuta ihre Wertbeständigkeit sicherlich voll und ganz zurückgewinnen.

Fremdenblatt

3./III. 1917

165

Wochenschau.

H. A—r. Die jetzige Bewegung in den Schiffahrtswerten zeigt unstreitig Eines vor allem Anderen, sie zeigt, wie wenig Bedeutung die Spekulation eigentlich der für Schiffahrts-Unternehmungen immerhin nicht ganz unwichtigen Frage beimißt, ob deren Schiffe wirklich fahren oder untätig im Hafen liegen! Die Schiffahrtsgesellschaften haben kein Erträgnis abgeworfen, keine Dividende gewährt, ihre Schiffe liegen ganz so wie die Kampfschiffe im Bereiche der schützenden Reeden, statt eines Reingewinnes verzeichnet das Gewinn- und Verlust-Konto durchwegs einen Betriebsabgang. Aber die Spekulation geht über all das hinweg und betrachtet lieber die Möglichkeiten des Bilanz-Konto. Kurz, die letzten Vorgänge zeigen, daß die Spekulation den alten Spruch von „navigare" und „vivere" tiefgehend abgeändert hat. Sie legt dem „navigare" jetzt offenbar weniger Wert bei, als dem „vivere". Der Lebensführung, die gegenwärtig immer schwieriger wird, ihr soll nun aus den Kursgewinnen bei den Aktien der jetzt stillgelegten Schiffahrtsunternehmungen nachgeholfen werden, die früher gerade mit ihren Ueberseezufuhren den heimischen Markt vor aller Not bewahrt hatten. Nach dem Kriege wird man's wohl anders lesen! Dann wird man gewiß nicht bloß den Schiffen, sondern auch ihrer Benützung, ihrem Fahren wieder den gebührenden Wert beilegen. Und dann wird die Währungspolitik auch dem für die Zahlungsbilanz des Reiches früher so wichtig gewesenen Transportverkehr der Schiffe, nicht nur diesen selbst Bedeutung beimessen. In einer Zeit wie es die jetzige ist, in einer Zeit der Minensperren und des U-Bootkrieges ist das freilich ganz anders.

Erfreulich ist es, daß trotz des Hochgehens der Aktienspekulation der Anlagemarkt seine Festigkeit ungeschwächt behauptet. Die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt fortdauernd überaus rege, ja, mit Genugtuung kann man feststellen, daß die Zeichnung diesmal von einem frischeren Zuge beherrscht ist. Der Werbung auch der eigentlichen Sparer wird bei der jetzigen Anleihe endlich der gebührend große Wert beigelegt. Die Einfügung der Lebensversicherung in die Kriegsanleihe-Agitation, das, was bei den früheren Kriegsanleihen noch vergeblich empfohlen worden war, das ist jetzt endlich erreicht. Allerdings erst auf dem Umwege über Deutschland! Denn erst als Deutschland — bei seiner sechsten Kriegsanleihe! — diesen Weg als gut gangbar erkannt hatte, entschloß man sich auch bei uns, ihn zu betreten.

Eine ebenso große Wirkung kann man sich von der Einführung der Kriegsanleihe-Einlagebücher versprechen. Die Banken selbst begünstigen diese Art der Zeichnung bei ihren Spareinlegern. Ein Entgegenkommen, das umso nachdrücklicher anerkannt werden muß, als die Gegner der Banken seit langem bemüht sind, diesen das Recht auf Ausgabe von Einlagebüchern einzuschränken. Und nun gehen die Banken selbst voran in der Aufforderung, die Spareinlagen mittels Annahme von Kriegsanleihe-Sparbüchern in Kriegsanleihe umzuwandeln, also der Bankgebarung zu entziehen. Eine Aktion, die vom Standpunkte auch des Geldumlaufes und damit auch der Preisbewegung von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Denn die Bindung der den Markt mit ihrer Masse belastenden Geldmittel, ihre feste Anlage in Kriegsanleihe muß auf den Geldmarkt wie ein Exhaustor wirken. Je größeren Umfang dieses Absaugen der flottierenden Millionen gewinnen wird, umso früher werden auch auf dem Warenmarkte wieder die normalen Verhältnisse zur Herrschaft kommen.

Die Thronrede hat auch auf die großen Aufgaben hingewiesen, die sich für die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates ergeben werden. Dem Selbstverständlichen jeder Finanzgebarung, Verringerung der Ausgaben und möglichste Steigerung der Einnahmen, kommt unter den jetzigen Umständen geradezu gebieterischer Zwang zu. Auf welchem Wege die Staatseinnahmen noch weiter erhöht werden sollen, etwa mittelst einer Vermögenssteuer und neuer Staatsmonopole, darüber hat die Thronrede freilich noch keinen Aufschluß gebracht. Sie kündigt nur an, daß die Wiederherstellung des Staatshaushaltes große, außerordentliche Leistungen fordern und so wohl zum Betreten ganz neuer Bahnen nötigen wird. Ueber die Höhe der Kriegsverschuldung hat man von Halbjahr zu Halbjahr amtlichen Aufschluß bekommen. Die Ausgabe der Staatsrechnungsabschlüsse ist dagegen ganz so wie die der Staatsvoranschläge und der Bankausweise unterblieben. Wohl aber hat der Finanzminister nicht unterlassen, auf die Bedeutung des Bankstatus hinzuweisen. Das jetzige Fehlen der Staatsvoranschläge und der Rechnungsabschlüsse entzieht auch die Möglichkeit, über die Entwicklung der Steuern und Gebühren ins Klare zu kommen. In den anderen Ländern sind über diese Fragen in regelmäßigen Zeitabschnitten Mitteilungen gemacht worden. In Oesterreich und Ungarn ist man dagegen nur auf Wahrscheinlichkeitsschätzungen beschränkt. So kann man annehmen, daß die Petroleum- und die Biersteuer tiefgehende Aenderungen in ihrem Erfolge erfahren haben müssen, da das Steuerobjekt sich in seinem Umfange wesentlich verringert hat. Bei der Branntweinabgabe hat man dieser Entwicklung durch beträchtliche Vergrößerung des Steuerfußes entgegengewirkt. Bei den Gebühren für Uebertragungen unter Lebenden dürfte die Steigerung des Immobilarwertes, wie sie der Krieg gebracht hat, wohl ein kräftiges Gegengewicht gegen die Einbuße gebracht haben, die sich unter anderen Umständen aus dem jetzigen Stillstande der Bautätigkeit für die Immobiliargebühren hätte ergeben müssen. Ein sehr beträchtlicher Ausfall muß sich bei den Zöllen ergeben haben. Soweit ein Einfuhrhandel überhaupt noch geduldet ist — für die Luxuseinfuhren ist längst die Sperre verhängt — können ja schon die zahlreichen Zollsuspensionen nicht ohne Wirkung geblieben sein, die aus Ernährungsrücksichten gewährt worden sind. Und im übrigen ist die Einfuhr speziell bei den Kolonialwaren (Kaffee, Tee, Kakao 2c.), deren Zollerlös sonst den Kern des Zollertrages bildete, bekanntlich aufs tiefste gesunken. Seit Kriegsausbruch ist die Ausgabe der Ausweise über den Außenhandel eingestellt — eine halbwegs verläßliche Schätzung der neuesten Gestaltung des Zollgefälles ist also unmöglich.

Indes, das Finanzprogramm, das ja doch wohl in absehbarer Zeit mitgeteilt werden wird, kann sich nicht nach dem Augenblick richten, es muß vielmehr auch dem Kommenden Rechnung tragen. Die im Kriege in Anlehnung an die Kartelle geschaffenen oder selbständig entstandenen Kriegsorganisationen mit ihrer Zentralisierung würden der Schaffung mancher neuer Staatsmonopole eine ebenso gute Grundlage bieten, wie neue Abgaben, die im Rahmen jener Organisation eingehoben würden. Einen Vorläufer dessen kann man vielleicht schon in der Staatsbeteiligung am erhöhten Gewinn der Spiritusindustrie erblicken. Ob die Vermögenssteuer beim Fehlen eines Vermögenskatasters so leicht möglich sein wird, darin herrscht keine Einmütigkeit der Anschauungen. Deutschland hatte auch darin einen Vorsprung. Deutschland ist aber auch in der Umsatzsteuer vorangegangen und die anderen Staaten folgen ihm erst, eben jetzt auch Italien. Vielleicht wird man sich aber auch noch der allgemeinen Produktionssteuer erinnern, wie sie Nordamerika nach dem Bürgerkriege mit Erfolg eingeführt hat. Die gewerbsmäßige Herstellung jedes Verbrauchsartikels wurde damals dort mit einer Wertsteuer von 5 bis 6 Prozent belegt, die bei der Fortbringung der Ware aus der Erzeugungsstätte zu entrichten war. In der Staffelung des Steuersatzes könnte wohl auch jede sozialpolitisch erwünschte Progression erreicht werden. An Steuervorschlägen fehlt es ja wirklich nicht — das eigentliche Steuerbukett wird diesmal wohl erst der Herbst bringen.

Die Zeit
5./III. 1917

— (Prager Eisenindustriegesellschaft.) Gestern wurde eine Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft abgehalten, in der über das Ergebnis der mit dem [illegible]monat März 1917 abgelaufenen ersten [illegible]un Monate des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 Bericht erstattet worden ist. Dieser Zeitabschnitt weist im Vergleich zum Vorjahre eine Ertragssteigerung um rund 8 Millionen Kronen auf. Die gesellschaftlichen Kohlen- und Hüttenwerke sind nach wie vor bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien in Anspruch genommen. — Die Ertragssteigerung, die in den ersten zwei Quartalen je 3 Millionen Kronen betragen hatte, weist schon im Berichtsquartal eine sinkende Tendenz auf, die auch im laufenden vierten Quartal anhält. Die Lasten, sowohl die Personal- als auch Materialkosten, sind in fortgesetzter Steigerung begriffen, während die Preise seit etwa einem halben Jahre stationär geblieben sind. Diesen ungünstigen Momenten stehen entgegen die Verbilligung der Gestehungskosten durch die bessere Ausnützung der Betriebsmittel und der fortgesetzte Ablauf älterer Schlüsse zu ungünstigen Preisen. Mit Ende 1917 laufen sämtliche älteren Schlüsse ab. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände dürfte die in den ersten drei Vierteljahren erzielte Ertragssteigerung von 8 Millionen Kronen bis zum Jahresschluß keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Verwaltung plant jedoch, wie Generaldirektor Kestranek mitteilte, auch heuer den Unterstützungsfonds reichlich zu dotieren und die Abschreibungen, die normal etwa 2¾ Millionen Kronen betrugen, zu verdoppeln, da bereits ein klares Bild über die übermäßigen Abnützungen der Betriebsanlagen gewonnen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfte die Dividende für das laufende Jahr eine mäßige Erhöhung erfahren und auf höchstens K. 220 zu schätzen sein. Im Vorjahre wurden K. 190 pro Aktie ausgeschüttet. Für Steuern wurden in den ersten drei Quartalen 4·7 Millionen Kronen, um 2·1 Millionen Kronen mehr als in der gleichen Vorjahrszeit, in Rechnung gestellt. Bekanntlich hat die Prager Eisenindustriegesellschaft Kohlenfelder in Deutschland (am Rhein) erworben. Der Kaufpreis für diese aussichtsreichen Kohlenfelder beträgt 6 Millionen Mark und ist auf längere Zeit echelloniert.

Fremdenblatt Abendblatt 168
5./VI. 1917

Prager Eisenindustriegesellschaft.

Gestern wurde eine Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft abgehalten, in der über das Ergebnis der mit Monat März 1917 abgelaufenen ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 Bericht erstattet worden ist. Dieser Zeitabschnitt weist im Vergleich zum Vorjahre eine Ertragssteigerung um rund 8 Millionen Kronen auf. Die gesellschaftlichen Kohlen- und Hüttenwerke sind nach wie vor bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien in Anspruch genommen.

Die Ertragssteigerung, die in den ersten zwei Quartalen je 3 Millionen Kronen betragen hatte, weist schon im Berichtsquartal eine sinkende Tendenz auf, die auch im laufenden vierten Quartal anhält. Die Lasten, sowohl die Personal- als auch Materialkosten, sind in fortgesetzter Steigerung begriffen, während die Preise seit etwa einem halben Jahre stationär geblieben sind. Diesen ungünstigen Momenten stehen entgegen die Verbilligung der Gestehungskosten durch die bessere Ausnützung der Betriebsmittel und der fortgesetzte Ablauf älterer Schlüsse zu ungünstigen Preisen. Mit Ende 1917 laufen sämtliche älteren Schlüsse ab. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände dürfte die in den ersten drei Vierteljahren erzielte Ertragssteigerung von 8 Millionen Kronen bis zum Jahresschluß keine wesentliche Veränderung erfahren.

Die Verwaltung plant jedoch, wie Generaldirektor Kestranek mitteilte, auch heuer den Unterstützungsfonds reichlich zu dotieren und die Abschreibungen, die normal etwa 2¾ Millionen Kronen betrugen, zu verdoppeln, da bereits ein klares Bild über die übermäßigen Abnützungen der Betriebsanlagen gewonnen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfte die Dividende für das laufende Jahr eine mäßige Erhöhung erfahren und auf höchstens Kr. 220.— zu schätzen sein. Im Vorjahre wurden Kr. 190.— pro Aktie ausgeschüttet. Für Steuern wurden in den ersten drei Quartalen 4,7 Millionen Kronen, um 2,1 Millionen Kronen mehr als in der gleichen Vorjahrszeit, in Rechnung gestellt. Bekanntlich hat die Prager Eisenindustriegesellschaft Kohlenfelder in Deutschland (am Rhein) erworben. Der Kaufpreis für diese aussichtsreichen Kohlenfelder beträgt 6 Millionen Mark und ist auf längere Zeit echelonniert.

Fremdenblatt
5./VI. 1917
169

Verbot des Kulissehandels von Schrankenwerten.

Die Wiener Börsekammer teilt mit: Die Wiener Börsekammer sieht sich bemüßigt, in Ergänzung der Kundmachung vom 8. März 1916 bekannt zu machen, daß während der Dauer des beschränkten Privatverkehrs im Effektensaale der kulissemäßige Handel in Aktien nur in jenen Fällen gestattet ist, in denen er schon zu Zeiten des offiziellen Börseverkehrs bestand. Jeder Versuch eines über diesen Rahmen hinausgehenden Kulisseverkehrs unterliegt der Strafsanktion des § 17 Börsegesetz (Geldbuße oder Börseausschluß).

* * *

Das vorstehend mitgeteilte Verbot der Neuaufnahme von Aktien in den Kulissehandel ist öffentlich durch die letzterzeit sehr großen Kursbewegungen einzelner Schiffahrtswerte veranlaßt. Noch früher ist bekanntlich der Handel in Austro-Americana-Aktien im beschränkten Privatverkehr überhaupt untersagt, also auf den Verkehr von Bureau zu Bureau verwiesen worden. Für den Handel speziell eines dieser Effekten hatte sich vor einigen Tagen eine eigene Kulisse gebildet, und die Börsekammer hatte dies stillschweigend unter der Voraussetzung geduldet, daß dieser Kulissehandel sich in aller Ruhe vollziehen werde. Im übrigen wurden seitens der Sensale keine Abschriften dieser Kulisseschlüsse vorgenommen. Das nunmehr erflossene Verbot ist vielleicht noch dadurch beschleunigt worden, daß gestern versucht worden ist, auch noch einen anderen Schiffahrtswert — es handelte sich um die Aktien einer ungarischen Schiffahrtsunternehmung — in der Kulisse zu handeln, ein Versuch, der übrigens nicht weit gediehen, sondern eher als mißglückt anzusehen ist.

Das nunmehrige Verbot des Kulissehandels von Schrankenwerten dürfte von der Erwägung ausgehen, daß im Schranken die Inhibierung extremer Kurse möglich ist, während dies beim Kulissehandel ausgeschlossen erscheint. Und da sich nun im Kulissehandel jener Aktien Kurssteigerungen eingestellt haben, die man an maßgebender Stelle als bedenklich ansieht, griff man eben zu dem Radikalmittel, für diese Aktien den Kulissehandel eben nicht mehr zu dulden, sondern sie wieder dem Schranken allein zuzuweisen, also nur dort handeln zu lassen, wo im Bedarfsfalle auch die Kursinhibierung möglich wird.

Eine Sitzung der Börsekammer hat gestern nicht stattgefunden. Das oben mitgeteilte Verbot ist also vom Präsidium und dem Exekutivkomitee der Börsekammer im Einvernehmen mit dem Börsekommissär erlassen worden. In der für heute anberaumten Sitzung des Kartenkomitees der Börsekammer dürften vielleicht auch die zur Einschränkung der Ausschreitungen der Spekulation ergangenen und noch weiter zu verfügenden Maßnahmen besprochen werden.

Neues Wiener Tagblatt

5./VI. 1917 171

(Keine neuen Kulissenpapiere.) Die Wiener Börsekammer erläßt folgende Kundmachung: „Die Wiener Börsekammer sieht sich bemüßigt, in Ergänzung der Kundmachung vom 8. März 1916 bekanntzumachen, daß während der Dauer des beschränkten Privatverkehres im Effektensaale der kulissenmäßige Handel in Aktien nur in jenen Fällen gestattet ist, in denen er schon zu Zeiten des offiziellen Börsenverkehrs bestand. Jeder Versuch eines über diesen Rahmen hinausgehenden Kulissenverkehrs unterliegt der Strafsanktion des § 17 Börsegesetz (Geldbuße oder Börseausschluß)." — Das Verbot der Erweiterung der Zahl und der Kategorien der seitherigen Kulissenpapiere, sonach der Einbeziehung von Aktien, die ausschließlich dem Schrankenverkehr vorbehalten sind, in den Kulissenhandel, wurde offenbar dadurch hervorgerufen, daß in jüngster Zeit die ungewöhnlich lebhafte Bewegung, namentlich in Schiffahrtsaktien, zu Uebertretungen der einschlägigen Vorschriften geführt hat. So etablierte sich vor einigen Tagen, da die Notiz für Lloydaktien im Schranken angesichts der überstürzten Kurssteigerung nicht zur Feststellung kam, eine Lloydkulisse. Die Lloydaktien wurden im Kulissenverkehr gehandelt, und es ergaben sich Zweifel, ob der in der Kulisse zustandegekommene Kurs Geltung habe und ungeachtet er ohne Intervention der beeideten Sensale resultierte, anzuerkennen sei. Die Börsekammer will nunmehr durch das Verbot derartiger Vorkommnisse für die Zukunft auch die Ungewißheit hinsichtlich der Rechtsgültigkeit eines Kulissenkurses von Schrankenpapieren überhaupt beseitigen.

Neues Wiener Tagblatt
5./VI. 1917

Budgetprovisorium und Anlehensermächtigung.

Die erste wirtschaftliche Vorlage, die dem Reichsrat nach seiner dreijährigen Untätigkeit zugegangen ist, betrifft selbstverständlich den Staatshaushalt. Auch wenn kein Krieg wäre, würde es dem Parlament an Zeit mangeln, ein definitives Budget für das schon am 1. Juli beginnende neue Budgetjahr in Beratung zu ziehen. Es würde auch in diesem Falle sich die Gesetzgebung mit einem Provisorium behelfen müssen. In den letzten Jahren der parlamentarischen Tätigkeit vor dem Kriege waren überhaupt die Budgetprovisorien zur Gewohnheit geworden. Jetzt im Weltkrieg konnte um so weniger daran gedacht werden, endgültige Ziffern des Staatsvoranschlages schon festzustellen. Es wird auch in der Motivierung des das Budgetprovisorium betreffenden Gesetzentwurfes ausdrücklich hervorgehoben, daß die Unkenntnis über die Dauer des Krieges es noch nicht zugelassen habe, ein regelrechtes Budget festzustellen, da die Einnahmen und Ausgaben des Staates sich noch nicht abschätzen lassen. Es wird deshalb wieder zu dem Auskunftsmittel gegriffen, für die ersten sechs Monate des Budgetjahres 1917/18 der Staatsverwaltung die Ermächtigung geben zu lassen, die Steuern und sonstigen Staatseinnahmen einzuheben und die Ausgaben zu bestreiten. Man darf erwarten, daß der Reichsrat wenigstens das Provisorium in der ihm hiezu bis Ende dieses Monats zur Verfügung stehenden Frist ordnungsmäßig erledigen wird, so daß der § 14 nicht als Nothelfer die Arbeit des Parlaments zu verrichten haben wird.

Die Regierung kündigte ihre Absicht an, sobald als möglich ein definitives Budget dem Reichsrat vorzulegen, indem sie mitteilte, daß alle Vorarbeiten für die Voranschläge der einzelnen Ressorts im Zuge sind. Leicht wird die Ausarbeitung des Budgets, wenn es auch nur eine annähernd genaue Schätzung der Einnahmen und Ausgaben enthalten soll, nicht sein. Wenn schon im Frieden die Arbeit wegen der wechselnden Konjunkturen, welche die Einnahmen beeinflussen, schwierig ist, wie erst in diesem Kriege, der häufig Ausgaben bringt, zum Beispiel infolge notwendiger Verbesserungen in der Ausrüstung, die sich nicht auf Monate hinaus vorhersehen lassen. Auch der finanzielle Effekt der neuen Steuern oder Steuerverhöhungen läßt sich noch nicht ziffernmäßig angeben. Man ist in dieser Beziehung noch auf Schätzungen angewiesen, welche von dem tatsächlichen Erfolge übertroffen werden, aber auch hinter ihm zurückbleiben können. Eine ungeheure Arbeitsleistung ist von den Aemtern bei den Steuervorschreibungen diesmal zu bewältigen, wobei nicht das volle Friedenspersonal zur Verfügung steht. Auch das behindert die rechtzeitige Einbringung eines definitiven Budgets.

In jedem Budgetprovisorium wurde auch schon in Friedenszeiten seitens der Regierung um die Ermächtigung zur Aufnahme von Anlehen, die sich damals zumeist auf die Bestreitung der Kosten von Eisenbahnbauten oder anderweitigen Investitionen bezogen, angesucht. Die Verfassung hat die Aufnahme einer jeden Anleihe, die den Staat dauernd belastet, an die Bewilligung des Parlaments gebunden. Die Kriegskosten mußten, da das Abgeordnetenhaus nicht arbeitsfähig war, auf Grund des § 14 beschafft werden, wobei indessen jedesmal die parlamentarische Staatsschulden-Kontrollkommission um ihr Votum befragt wurde, und erst wenn sie ihre Zustimmung gegeben hatte, die sie allerdings angesichts der vom Feinde drohenden Gefahr nicht verweigern konnte, wurde zur Aufnahme der Anleihen geschritten. Uebrigens sind die Kriegsanleihen keine derartige Staatsschuld wie zum Beispiel die nicht tilgbare Mairente oder Kronenrente, sie belastet den Staat nicht dauernd, sondern die Schatzscheine lauten auf eine bestimmte Zeit, nach welcher sie eingelöst oder konvertiert werden, und auch die mit einer längeren Laufzeit ausgestattete amortisable, das heißt verlosbare Kriegsanleihe ist keine dauernde Schuld. Gerade jetzt ist der Tilgungsplan der amortisablen vierten Kriegsanleihe veröffentlicht worden, woraus die jährliche Zahlung, die dem Staate zur vollständigen Tilgung dieser Anleihe obliegen wird, ersichtlich ist.

Bezüglich der künftigen Anleihen wird, da der Reichsrat seine Tätigkeit wieder aufgenommen hat, auf das Auskunftsmittel des § 14 verzichtet werden können. Mit dem Budgetprovisorium wird zugleich die Ermächtigung zur Bedeckung der durch den Krieg verursachten weiteren Kosten auf dem Kreditwege gegeben sein. Gleichzeitig ist auch darin der Fall vorgesehen, daß in dem am 30. Juni zu Ende gehenden Budgetjahre ein Gebarungsabgang zu bedecken sein dürfte, welcher einerseits durch Steigerung der laufenden Staatsausgaben und anderseits durch Zurückbleiben verschiedener Staatseinnahmen in dieser schweren Zeit entstanden sein wird. Wir zweifeln nicht, daß diesen Staatsnotwendigkeiten Rechnung getragen und das Budgetprovisorium samt seiner Ergänzung, den Kreditermächtigungen, glatt erledigt werden wird.

Neue Freie Presse
5./VI. 1917
173

[Die Bewegung auf dem Effektenmarkte.] Die Preisentwicklung auf dem Wiener Aktienmarkte, die schon wiederholt zu Erörterungen Anlaß gab, hat gerade in den letzten Tagen wieder einen stürmischen Charakter angenommen und die Bewegung zeigt gegenwärtig eine größere Ausdehnung und weit stärkere Intensität als bisher. Täglich vollziehen sich sprunghafte Preissteigerungen in zahlreichen Papieren, die Käufe wenden sich nicht allein fast allen geläufigen Marktgebieten, sondern auch mehreren Effekten zu, die sonst abseits vom Verkehre standen und die Wertbildung trägt in den wenigen Stunden der gegenwärtigen Börsenzeit häufig ein verwirrendes Gepräge. Neben den Schiffahrtsaktien wurden fast sämtliche Kategorien von Industriewerten und Bankpapieren in den Kreis der Bewegung einbezogen und die Käufe umfaßten beinahe ohne Unterscheidung alle Dividendenpapiere. Die grundlegenden Ursachen bilden, wie schon mehrfach hervorgehoben wurde, die ungewöhnliche Geldflüssigkeit und die außerordentliche Einschränkung der Möglichkeiten der Geldverwendung auf industriellen und kaufmännischen Gebieten im Kriege. Auf dieser Basis baut sich aber nunmehr auch eine starke spekulative Betätigung auf, die trotz der schon bisher ergangenen Mahnungen immer wieder von neuem einsetzt und durch ihre bisherigen Erfolge die Mäßigung verloren zu haben scheint. Es ist bezeichnend, daß zahlreiche der in den letzten Tagen erfolgten sprunghaften Preissteigerungen hauptsächlich damit in Verbindung gebracht wurden, daß in einigen Papieren, die gerade gegenwärtig in den Vordergrund des Interesses gerückt sind, mehrfach unlimitierte Kaufordres zur Durchführung zu gelangen hatten. Den Käufern war es also nicht darum zu tun, das Papier zu einem bestimmten Preise, welcher mit dem Ertrage oder mit möglichen Geschäftsaussichten in Zusammenhang gebracht werden könnte, zu erwerben, sondern ihre Absicht war, es überhaupt in ihren Besitz zu bringen, um an der in vielen Fällen angekündigten weiteren Kursentwicklung teilzunehmen. Der spekulative Charakter dieser Käufe tritt klar zu Tage, wenn auch die Käufer zum größeren Teil außerhalb des Marktes stehen und die berufsmäßigen Börsenkreise, die Erfahrungen über die Bedeutung sprunghafter Marktbewegungen besitzen, die gegenwärtigen Vorgänge zurückhaltend beobachten. Es wird von diesen Seiten darauf hingewiesen, daß, abgesehen von den Bedenken, die jede Anhäufung großer spekulativer Engagements hervorrufen muß, bei der gegenwärtigen Bewegung auch in vielen Fällen das Verhältnis zu dem derzeitigen Ertrage der Papiere und zu deren weiteren Ertragsaussichten außer acht gelassen werde. Insbesondere wird betont, daß die Produktionskosten der Industrie allgemein stark anwachsen und daß sich die Verteuerung der Betriebe späterhin um so fühlbarer machen werde, als zu ihr noch eine ungewöhnliche Erhöhung der Steuerlasten hinzutreten wird. In den Kreisen des Marktes weist man auch namentlich darauf hin, daß die gegenwärtige Form des Verkehres die derzeitigen Vorgänge begünstigt. Die Veröffentlichung der Preisentwicklung würde, wie allgemein hervorgehoben wird, jedenfalls regelnd auf die Wertbildung wirken. Weite Kreise des Kapitals könnten, wenn sie regelmäßig wie früher über die Preisbewegung unterrichtet wären, ihre richtige Auffassung betätigen und ihre Verkäufe würden die richtigste und wirksamste Hemmung gegen die derzeitigen Vorgänge auf dem Effektenmarkte bilden. — Die Wiener Börsekammer erläßt folgende Kundmachung: Die Wiener Börsekammer sieht sich bemüßigt, in Ergänzung der Kundmachung vom 8. März 1916, Verordnungsblatt Nr. 31, bekannt zu machen, daß während der Dauer des beschränkten Privatverkehrs im Effektensaale der kulissenmäßige Handel in Aktien nur in jenen Fällen gestattet ist, in denen er schon zu Zeiten des offiziellen Börseverkehres bestand. Jeder Versuch eines über diesen Rahmen hinausgehenden Kulissenverkehrs unterliegt der Strafsanktion des § 17 Börsengesetz (Geldbuße oder Börseausschluß).

Neue Freie Presse
6./VI. 1917
174

Die österreichischen Finanzen im Kriege.

Anläßlich der Vorlage des Ermächtigungsgesetzes.

Wien, 5. Juni.

Friedrich v. Fellner schätzt in seiner neuesten Schrift die jährlichen Ersparnisse in beiden Staaten der Monarchie vor dem Kriege auf ungefähr drei Milliarden Kronen. Sind wir arm gewesen, als die reinen Ueberschüsse aus dem Verhältnisse zwischen den Einnahmen und den Ausgaben einen solchen Zuwachs verschaffen konnten? Nehmen wir an, der Krieg habe uns bis auf das Volksvermögen am Beginne des zwanzigsten Jahrhunderts zurückgeworfen. Sind wir damals wirtschaftlich herabgekommen gewesen? Diese Ziffern haben nicht den Wert einer Buchhaltung, wo die Posten auf beiden Seiten bis zum Heller stimmen müssen; als Beispiele, die unserer Vorstellung ein Maß geben und die Größenbeziehungen regeln, dürfen sie jedoch gelten. Die österreichischen Finanzen sind während des Krieges im Dunkel des Geheimnisses, und die wichtigste Aufklärung verdanken wir der Staatsschuldenkontrollkommission, an deren Spitze der Nestor unseres Parlaments, der unermüdliche Freiherr v. Czedik, mit seiner schöpferischen Arbeitsfreude steht. Die Wirkung des Krieges auf das Volkseinkommen und auf die Volksersparnisse kennen wir nicht. Bloße Vermutungen darüber aussprechen, was aus den drei Milliarden geworden sein mag, welche Zahl statt der neun Milliarden, die wir ohne den Krieg in drei Jahren hätten zurücklegen können, angemerkt werden müsse, wäre zu bedenklich. Gewinne an hohen Preisen und Verluste durch die Schwierigkeiten der Lebensführung, Einfluß der Kapitalsflüssigkeit durch den Ausverkauf der Warenlager und vielfaches Emporschnellen der Selbstkosten, der Krieg als Hochkonjunktur und als Krise, Uebersülle von Aufträgen und daneben Stillstand der Erzeugung durch Mangel an Rohstoffen und Arbeitern, diese Erscheinungen sind gleichzeitig zu sehen und verschüchtern das Urteil über das Ergebnis. Die hohen Zinsen der Kriegsanleihen, die sechs Prozent und darüber, sind jedenfalls ein Element der Vermehrung des Einkommens im Kriege. Aber das Herausreißen einer einzigen Post aus dem Gewebe von Ursachen und Wirkungen gestattet keine allgemeinen Schlüsse. Wie groß ist die Ueberraschung gewesen, als nach dem ersten Kriegsjahre das Einkommen in Preußen nur unbedeutende Veränderungen zeigte; wie lebhaft war das Erstaunen in Oesterreich, als sich die wirtschaftliche Entwicklung von den Schilderungen der Propheten so wesentlich unterschied. Wir sind gegenüber diesen gewaltigen Ereignissen nur Lernende, die auf nie vorher betretenen Pfaden neuen Erkenntnissen entgegengehen, über welche die Vergangenheit wenig mitzuteilen hat.

Die Ersparnisse von jährlich drei Milliarden waren der Niederschlag aus der Arbeitskraft. Die Wahrheit, daß kein Staat durch Kriege wirtschaftlich untergehen könne, wenn dem Volke die Arbeitskraft bleibt, wird nie aufhören, vollgültig zu sein. Vollgültig deshalb, weil Arbeitskraft, welche Dinge zum menschlichen Verbrauche hervorbringt, echten Goldwert hat. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei in beiden Staaten der Monarchie hatten im Frieden einen Wert von nicht ganz neun Milliarden. Die Trommelfeuer können ihnen nichts anhaben, Rauch und Flammen der Schlacht nicht ändern, daß Getreide und Vieh, daß Gegenstände, die für das Leben unentbehrlich sind, auch nach dem Kriege pures Gold sein werden. Gold in dem Sinne ist jede Form nützlicher Arbeitskraft, und mit ihrer Steigerung und planmäßigen Ausgestaltung muß der Wiederaufbau nach dem Kriege beginnen. Es liegt kein zureichender Grund vor, an die Verminderung der Arbeitskräfte in der Zeit zu glauben, in der die Völker sich wieder auf sich selbst besinnen und nach den grauenhaften Verwüstungen zum Frieden zurückkehren werden. Der Krieg hat zu so vielen Arbeit ersparenden Einrichtungen gezwungen, daß der technische Fortschritt den leider so schrecklichen Ausfall an Menschen wenigstens zum Teile ersetzen wird. Die Verflüssigung von so viel Kapital wird den beim Uebergange zum Frieden drohenden Kapitalsmangel mildern. Was immer in der Welt geschehen mag, die Maschinen sind nicht zertrümmert. Die Erfindungen, welche die Not für die auf der Selbstwirtschaft ruhende Industrie hervorgebracht hat, sind, in dauerndem Kapitalswert ausgedrückt, die schönste Kriegsentschädigung, die sich ein Volk zu sichern vermag.

Die Finanzpolitik im Kriege wird daher die Arbeitskräfte schonen müssen, weil sie die Zukunft und die Rettung sind. Aber die Pflicht, das zu tun, was jedem Kaufmanne sein Gewissen vorschreibt, ist das oberste Sittengesetz im Budget. Schuldzinsen müssen aus regelmäßigen Einnahmen gedeckt sein und nicht aus neuen Schulden bezahlt werden. Die Teilnahme künftiger Geschlechter an den Lasten des Krieges ist gerecht. Denn die jetzt lebenden Menschen tragen die härtesten Leiden für ihre Nachkommen, und das Kapital, das der moderne Krieg verschlingt, kann von den reichsten Ländern nicht plötzlich aufgebracht und aus den bestehenden Anlagen geschöpft werden. Die Finanzpolitik mußte daher Schuldpolitik sein, wobei die Zinsen mit der Gegenwart abzurechnen sind und nicht ausgeborgt werden dürfen. Eine parlamentarische Finanzpolitik im Kriege würde andere Schuldformen gewählt haben als die der Verordnungsgewalt, welche die schwere Last übernommen hat, das geliehene Kapital nach verhältnismäßig kurzen Fälligkeiten unter heute nicht vorauszusehenden Bedingungen wieder zu verschaffen. Der Ausweis der Staatsschulden-Kontrollkommission ist die kräftigste Widerlegung einer parlamentslosen Politik. Freiherr v. Czedik wird in dem Berichte an den Reichsrat die Geschichte der Finanzen im Kriege in richtigen Abschnitten mitteilen. Arbeitskräfte sind auch Steuerkräfte, und daß diese in einem Staate, dessen Einkommen im Frieden von Friedrich v. Fellner auf nahezu dreizehn Milliarden geschätzt werden, bisher nicht überall gleichmäßig in Anspruch genommen wurden, ist allgemeine Ueberzeugung. Steuern für das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt und für die Verbesserung des Geldwertes sind, im richtigen Maße angewendet und nicht zu schroffen Eingriffen verschärft, Stützen der Arbeitskräfte und geben ihnen die Sicherheit, die kein Land ohne gesunde Finanzen und ohne verläßliche Währung haben kann.

Gelehrte Forscher wollten beweisen, daß die Menge der Noten mit der Bewegung der inländischen Preise nicht immer in nachweisbarem Zusammenhange sei. Wir möchten uns in diesen Elfenbeinturm nicht einsperren und folgen lieber dem Wegweiser der Erfahrung aus dem täglichen Leben. Wenn der Finanzminister den Beamten wiederholt Zuschüsse bewilligt, so geschieht das nicht, weil die Nahrungsmittel einen Seltenheitswert haben, sondern weil auch der von Höchstpreisen eingeschnürte Markt die Schwankungen in dem Verhältnisse unseres Geldes zu fremden Währungen trotz der obrigkeitlichen Fürsorge empfindet. Die österreichisch-ungarische Monarchie hatte im Frieden eine reiche Goldmine. Das waren die Arbeitskräfte der Auswanderer, die jährlich über dreihundert Millionen Kronen aus der Fremde, meistens aus Amerika, nach Hause geschickt haben. Aus den Kohlenwerken von Pittsburg und aus den Farmen von Kanada sind diese Goldforderungen nach Oestereich und nach Ungarn überwiesen worden, und wir konnten damit zahlen, was die Ausländer zu verlangen hatten. Wird das im Frieden nicht wieder beginnen: wird es nicht auch Gold sein, wenn die Arbeitskräfte der Heimat das Einkommen vermehren? Wird der Fremdenverkehr mit seiner jährlichen Einfuhr von einigen hundert Millionen an Gold und Goldforderungen nicht wieder aufleben? Die Naturschätze können nicht verschwinden, die Arbeitskräfte, das bleibende Ergebnis der gesamten menschlichen Kultur wird kein Feind zerstören. Abzüge vom Einkommen und Vermögen für den Staat sind unvermeidlich bis zur Grenze, welche die Erhaltung der Arbeitskräfte zieht.

Reichspost

6./VI. 1917

175

Klassenlotterie und Zahlenlotto.

Das Ergebnis eines vierjährigen Duells.

Am 3. Jänner 1913 wurde das Gesetz über die allmähliche Aufhebung des Zahlenlottos und Einführung der Klassenlotterie sanktioniert. Die Absicht der Gesetzgeber war, wie es im Gesetze selbst heißt, „den Betrieb des Zahlenlottos im Verhältnisse zu dem aus der Klassenlotterie im ersten Jahre ihres Bestandes erzielten Reinertrage und sodann von Jahr zu Jahr im Verhältnisse zu der Steigerung dieses jährlichen Reinertrages, erforderlichenfalls in Abweichung von den Bestimmungen der §§ 1 und 3 des Lottopatents vom 13. März 1813 allmählich einzuschränken und nach Ablauf eines Jahres, nachdem die Klassenlotterie einen Jahresreinertrag von mindestens 20 Millionen Kronen ergeben hat, spätestens nach Ablauf von zehn Jahren vom Zeitpunkte der Einführung dieser Klassenlotterie gänzlich einzustellen. So wollte es die Gesetzgebung. Man kennt ja den vieljährigen Kampf des Abg. Rosner gegen das Zahlenlotto, das eine Besteuerung der Dummheit, als Uebertölpelung der Armen im Geiste und im Geldbeutel durch den Fiskus mit einer Zähigkeit bekriegte, die nach der Versicherung der gekränkten Lotterieschwestern einer „bessern Sache" würdig gewesen wäre. Aber Rosners Argumente errangen schließlich den Beifall der sozial veranlagten Zeit, und der Fiskus gab seinen hartnäckigen Widerstand auf, als man ihm ein mehrjähriges Nebeneinander der neu einzuführenden Klassenlotterie und der zum Absterben verurteilten Zahlenlotterie gewährte. Das heißt, der Fiskus lachte sich ins Fäustchen, denn er wußte aus Erfahrung, daß „Zeit gewonnen alles gewonnen" bedeutet und daß er infolge der Reform statt der einen Lotterie künftig deren zwei haben werde.

Und er täuschte sich nicht. Die Entwicklung der Dinge seit dem 26. Juli 1913, an welchem Tage der erste Spielplan an der Klassenlotterie in der „Wiener Ztg." veröffentlicht wurde, scheint es darauf angelegt zu haben, den Kampf des seligen Abg. Rosner zu verulken. Kaum hatte das Duell auf Leben und Tod zwischen Klassenlotterie und Zahlenlotto eingesetzt, überfiel uns der Weltkrieg. Daß er störend auch in diesen Zweikampf eingriff, versichert der Bericht, den hierüber der Finanzminister heute dem Abgeordnetenhause vorgelegt hat, wie ihn dies vom Gesetz zur alljährlichen Pflicht gemacht wird. Wohl heißt es da recht beruhigend: „Die sieben halbjährigen Lotterien, welche zur Durchführung gelangt sind, hatten trotz des Kriegszustandes, welcher bereits während der zweiten Lotterie eintrat, vollen Erfolg, indem sämtliche zur Ausgabe gelangten Lose von den aufgestellten Geschäftsstellen auf feste Rechnung übernommen wurden. Eine zeitweise Sistierung des Klassenlotteriebetriebes anläßlich des Kriegsausbruches konnte in Oesterreich gänzlich vermieden werden. Die österreichische Organisation der Klassenlotterie hat damit eine schwere Probe erfolgreich bestanden und kann als vollkommen eingebürgert angesehen werden." Aber dann folgt der lakonische Nachsatz: „Ihre (nämlich der Klassenlotterie) weitere intensive Ausgestaltung — wie sie geplant und im Gesetze vorgesehen war — muß allerdings der künftigen Friedensperiode vorbehalten bleiben." Da ist wohl sehr zu befürchten, daß die Aufhebung des Zahlenlottos auf den Nimmerleinstag verschoben wird, denn niemals benötigte der Staat dringender großer Einnahmen, als es nach dem Kriege der Fall sein wird. Es werden dann noch ganz andere Dinge als, um mit dem seligen Rosner zu reden, die Dummheit besteuert werden. Und leichter als neue Einnahmen zu ersinnen und zu bewilligen, dürfte es den Volksvertretern immer noch fallen, die beabsichtigt gewesene Streichung einer Einnahme nicht durchzuführen, zumal damit zweifellos eine gewisse Popularität zu erwerben wäre, wenigstens bei den Traumbüchelbesitzern und Lotterieschwestern. Es ist ja bei der „demokratischen Welle, die über Europa rollt", nicht ausgeschlossen, daß die letzteren ebenso, wie es die ersteren schon längst sind, zu „sehr geehrten Wählerinnen" werden. Wenn sie aber schon Wählerinnen sind, werden sie es schwerlich dulden, daß man ihnen das Wahlrecht in der Lottokollektur beschneidet.

Wie verhält es sich nun mit den Erträgnissen der beiden miteinander ringenden Lotterien für den Staat? Im letzten Jahre vor Beginn des Kampfes führte das

Pester Lloyd
6./VI. 1917
176 6

(Prager Eisenindustriegesellschaft.) Aus Wien wird gemeldet: Gestern fand eine Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft statt, in der über das Ergebnis der mit dem Monat März 1917 abgelaufenen ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 Bericht erstattet worden ist. Dieser Zeitabschnitt weist im Vergleich zum Vorjahre eine Ertragssteigerung um rund acht Millionen Kronen auf. Die gesellschaftlichen Kohlen- und Hüttenwerke sind nach wie vor bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien in Anspruch genommen. Die Ertragssteigerung, die in den ersten zwei Quartalen je drei Millionen Kronen betragen hatte, weist schon im Berichtsquartal eine sinkende Tendenz auf, die auch im laufenden vierten Quartal anhält. Die Lasten, sowohl die Personal- als auch Materialkosten, sind in fortgesetzter Steigerung begriffen, während die Preise seit etwa einem halben Jahre stationär geblieben sind. Diesen ungünstigen Momenten stehen entgegen die Verbilligung der Gestehungskosten durch die bessere Ausnützung der Betriebsmittel und der fortgesetzte Ablauf älterer Schlüsse zu ungünstigen Preisen. Mit Ende 1917 laufen sämtliche älteren Schlüsse ab. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände dürfte die in den ersten drei Vierteljahren erzielte Ertragssteigerung von acht Millionen Kronen bis zum Jahresschluß keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Verwaltung plant jedoch, wie Generaldirektor Kestranek mitteilte, auch heuer den Unterstützungsfonds reichlich zu dotieren und die Abschreibungen, die normal etwa 2¾ Millionen Kronen betrugen, zu verdoppeln, da bereits ein klares Bild über die übermäßigen Abnützungen der Betriebsanlagen gewonnen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfte die Dividende für das laufende Jahr eine mäßige Erhöhung erfahren und auf höchstens k 220 zu schätzen sein. Im Vorjahre wurden k 190 pro Aktie ausgeschüttet. Für Steuern wurden in den ersten drei Quartalen 4·7 Millionen Kronen, um 2·1 Millionen Kronen mehr als in der gleichen Vorjahrszeit, in Rechnung gestellt. Bekanntlich hat die Prager Eisenindustriegesellschaft Kohlenfelder in Deutschland (am Rhein) erworben. Der Kaufpreis für diese aussichtsreichen Kohlenfelder beträgt 6 Millionen Mark und ist auf längere Zeit echelloniert.

Neues Wiener Tagblatt
6./VI. 1917

(Quartalsabschlüsse der Montangesellschaften.) Gestern fand eine Verwaltungsratssitzung der Alpinen Montangesellschaft statt, in welcher über die Ergebnisse des mit dem Monat März abgelaufenen ersten Vierteljahres berichtet wurde. In diesem Zeitabschnitt ergab sich nach dem uns vorliegenden Communiqué im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres eine Verminderung des Erträgnisses um rund 1,500.000 K. In diesem Minderertrag ist schon die größere Steuerlast berücksichtigt, die im Vorjahre 7·5 Millionen Kronen erforderte und für das laufende Jahr mit 10 Millionen berechnet wird, so daß auf das Quartal ein Steuerplus von ungefähr 600,000 K. entfällt. Das zweite Quartal dürfte sich, wie Generaldirektor Oskar Rothballer berichtete, in finanzieller Beziehung noch ungünstiger gestalten. Bis Ende März verzeichnete die Fakturensumme gegen die Vergleichsperiode 1916 ein Plus von 6,134,000 K., das sich im April auf 6,778,000 K. erhöhte. Für den Monat Mai ist die Fakturensumme noch nicht festgestellt, sie wird jedoch bereits einen Rückgang verzeichnen. — Montag wurde eine Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft abgehalten, in der über das Ergebnis der mit dem Monat März 1917 abgelaufenen ersten neun Monate des Geschäftsjahres 1916/17 Bericht erstattet worden ist. Dieser Zeitabschnitt weist, wie der Mitteilung der Gesellschaft zu entnehmen ist, im Vergleich zum Vorjahre eine Ertragssteigerung um rund 8 Millionen Kronen auf. Die gesellschaftlichen Kohlen- und Hüttenwerke sind nach wie vor bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien in Anspruch genommen. In den ersten zwei Quartalen betrug der Mehrgewinn je 3 Millionen Kronen, auf das dritte Quartal entfallen demnach 2 Millionen Kronen der Ertragssteigerung, und es gibt sich somit eine sinkende Tendenz kund, die es fraglich erscheinen läßt, ob das vierte Quartal noch einen Mehrgewinn bringen wird. Während die Preise seit dem Vorjahre unverändert geblieben sind, steigen die Lasten fortgesetzt, insbesondere die Personallasten und die Kosten des Betriebsmaterials. Dem steht die Verringerung der Gestehungskosten insoferne als die Betriebsmittel besser ausgenützt werden und als weiteres günstiges Moment der Umstand gegenüber, daß die auf niedrigeren Preisen basierenden älteren Schlüsse mit Jahresschluß zu Ende gehen. Die Prager Eisenindustrie hat für das Geschäftsjahr 1915/16 eine Dividende von 190 K. pro Aktie entrichtet. Auf Grund des bereits gesicherten Mehrertrages würde eine bedeutende Erhöhung der Dividende möglich sein, allein die Verwaltung beabsichtigt nicht nur eine neuerliche reichliche Dotierung des Unterstützungsfonds, sondern wird, wie Zentraldirektor Kestranek mitteilte, auch mit Rücksicht auf die außerordentliche Inanspruchnahme der Betriebsmittel auf wesentlich größere Abschreibungen bedacht sein, zumal während der Kriegsjahre entsprechende Erneuerungen unmöglich waren. Die normalen Abschreibungen erfordern 2·7 Millionen Kronen, heuer soll hiefür der doppelte Betrag aufgewendet werden. Immerhin dürfte auch die Dividende reichlicher bemessen werden und sich zwischen 190 und 220 K. pro Aktie bewegen. In den ersten drei Quartalen betrug die Steuerlast der Gesellschaft 4·7 Millionen Kronen gegen 2·1 Millionen Kronen in der Vergleichszeit 1916. Wie bekannt, hat die Prager Eisenindustriegesellschaft Kohlenfelder in Westfalen erworben, und zwar um den Kaufpreis von 6 Millionen Mark. Die Vorarbeiten für die Erschließung dieser den Gruben der Solvaywerke und der Rheinischen Stahlwerke benachbarten Kohlenfelder sind im Zuge. Ueber die Art der Entrichtung des auf längere Zeit echelonierten Kaufpreises ist noch kein Beschluß gefaßt worden.

Die Zeit 6./IX. 1917

— (Poldihütte.) Unter Vorsitz des Präsidenten Max Feilchenfeld wurde gestern die Generalversammlung der Poldihütte Tiegelgußstahlfabrik abgehalten. Nach dem vorgelegten Bericht war das Unternehmen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder ausschließlich für unmittelbaren und mittelbaren Heeresbedarf voll beschäftigt. Die umfangreichen, im Jahre 1915 in Angriff genommenen Erweiterungsbauten der Kladnoer Anlagen wurden zum großen Teil vollendet. Um aber mit den immer mehr gesteigerten Anforderungen Schritt halten zu können, mußte die Verwaltung sich zu weiteren Vergrößerungen entschließen und ein Bauprogramm aufstellen, dessen ganze Durchführung auf den ihr in Kladno noch verfügbar gewesenen verbaubaren Flächen nicht mehr möglich war. Die Verwaltung war daher gezwungen, sich nach einem anderen Grundgebiet umzusehen, das allen Anforderungen für die Errichtung neuer, moderner Betriebsanlagen entspricht, und hat ein solches bei Komotau in Böhmen gefunden und erworben. Von jenen Anlagen, die in Kladno nicht mehr untergebracht werden können, gelangen in Komotau zunächst ein Stahlwerk und die hierzu nötigen Hilfsanlagen sowie eine Geschoßfabrik zur Erzeugung großkalibriger Geschosse zur Aufstellung. Späterhin werden dort Anlagen zur Erzeugung von hochwertigstem Stahlguß errichtet werden. Um die künftige Kohlenversorgung der Gesellschaft sicherzustellen, hat die Verwaltung die Mehrheit der Besitzanteile an den beiden Kohlengruben Rafaeli und Elsa, die beide in der Nähe des neuen Werkes Komotau liegen, erworben. Die Kladnoer Betriebsanlagen haben sich durch die schon fertiggestellten oder knapp vor der Vollendung stehenden Neu- und Erweiterungsbauten zu einem mächtigen, modernen Unternehmen entwickelt, das den kommenden Zeiten mit berechtigter Zuversicht entgegensehen darf. An der Fertigstellung der Komotauer Anlagen wird mit regem Eifer gearbeitet. Die Verwaltung hofft, daß sie Ende dieses Jahres in Betrieb kommen werden. Die volle Beschäftigung der bedeutend erweiterten Anlagen hatte eine Steigerung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahre um mehr als 70 Prozent zur Folge. Dementsprechend ist auch der Reingewinn von K. 5,899.150 gegenüber jenem des Vorjahres um K. 2,578.482 gestiegen. Die gesellschaftlichen Betriebe sind auch im laufenden Jahre mit Arbeit voll versehen und beschäftigen heute rund 8000 Arbeiter. Allerdings wird die Beschaffung der nötigen Roh- und Hilfsstoffe immer schwieriger. Die Preise dieser Werkstoffe haben seit Beginn des laufenden Jahres neuerliche, wesentliche, bei manchen wichtigen Rohstoffen geradezu unglaubliche Steigerungen erfahren. Die Erhöhung der Frachtgebühren ist eine weitere, nicht unbedeutende Belastungspost. Weiter ist auch eine fortgesetzte Erhöhung der Arbeitslöhne und der sozialen Lasten eingetreten, so daß auch die Gestehungskosten eine heute noch nicht abzuschätzende Erhöhung erfahren dürften. Der im Vorjahre gegründeten Unterstützungskasse für Beamte und Arbeiter wurde ein gleich hoher Betrag wie im Vorjahre, das sind K. 500.000, gewidmet. Für Kriegsfürsorgezwecke wurden so wie im Vorjahre wieder K. 500.000 in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Außer diesen Beträgen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre für gleiche Zwecke rund K. 1.069.000 und an Teuerungszulagen an Beamte und Arbeiter K. 778.000 ausgegeben. Die Ungarische Stahlwarenfabrik A.-G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahre an der Herstellung von Kriegsmitteln voll gearbeitet und hat wieder eine 12prozentige Dividende zur Ausschüttung gebracht. Von dem zuzüglich des Gewinnvortrages erzielten Reingewinn per K. 8,695.812 werden 20 Prozent als Dividende verteilt und K. 2,205.697 auf neue Rechnung vorgetragen. In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herren Geheimer Kommerzienrat Dr. Louis Hagen und Generaldirektor Ing. Alexander Pazzani wiedergewählt.

Reichspost

7./VI. 1917

180

Effektenspekulation und Kriegsanleihe.

An der Wiener Börse geht es wieder einmal hoch her. Bis vor wenigen Wochen waren es die Aktien der Austro-Americana, die in wildem Taumel emporgewirbelt wurden. Jetzt sind die Papiere des Oesterreichischen Lloyd an ihre Stelle getreten, wobei übrigens gleich betont sei, daß das Spiel in den Austroaktien trotz des behördlichen Verbotes ungehindert seinen Gang weitergeht. Den unmittelbaren Anstoß zu der Aufwärtsbewegung hat in beiden Fällen der Verkauf von Schiffen gegeben. Der buchmäßige Gewinn, der bei diesen Verkäufen erzielt wurde, mag ungewöhnlich hoch gewesen sein, jedoch auf keinem Fall so hoch, um solch tolle Kurssprünge zu rechtfertigen, wie man sie gerade bei den Lloydaktien in den letzten Tagen erlebt hat. Derartige Kurssteigerungen haben mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage unserer großen Seeschiffahrtsunternehmungen und auch mit den zweifellos günstigen Erwerbsmöglichkeiten, die der Schiffahrt wenigstens in den ersten Jahren nach dem Kriege winken, nichts mehr zu tun. Die Kurse sind heute derart hoch, daß sich selbst im besten Fall nur eine Verzinsung von 3 bis 4 Prozent wird herausschlagen lassen, und das in einer Zeit, wo sich die Kriegsanleihen mit mehr als 6 Prozent rentieren. Das Ungesunde dieses Zustandes muß jedem unbefangenen Beobachter sofort in die Augen fallen, und worüber man sich mit Recht wundern muß, das ist die unbegreifliche Tatsache, daß man dem Treiben der Effektenspekulation keinen Einhalt tut und nicht zu Abwehrmaßregeln schreitet, um den Anlagemarkt zu schützen. Denn schließlich liegen die Dinge heute am Geldmarkte so, daß sich immer mehr flüssiges Kapital von der Anlage in Kriegsanleihen gerade durch die Kurstreibereien am Effektenmarkt abwendet und zu Käufen am Aktienmarkt verwendet wird, wo ohnehin schon seit langer Zeit jedes Gleichgewichtsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage geschwunden ist. Es ist lächerlich, wenn von den gewissen Vertretern der Geldmarkt immer wieder darauf hingewiesen wird, daß es heute an der Börse nur mehr zu Barkäufen kommt und daß daher von einer unsoliden, durch kapitalsschwache Elemente genährten Spekulation gar nicht mehr die Rede sein könne. Auf die Frage, ob heute die Geschäfte in der Kulisse und im Schranken bar reguliert werden oder nicht, kommt es heute nicht mehr an. Heute dreht sich alles darum, daß die Gelder, die aus der Kriegsindustrie und aus der Liquidation unserer Warenbestände herrühren, dem Markt entzogen und langfristig, d. i. vor allem in Kriegsanleihe angelegt werden. Dies ist auch das einzige Mittel, um den ungeheuerlichen Notenumlauf wenigstens in etwas einzudämmen und dadurch indirekt einen Abbau der hohen Preise herbeizuführen, wie sie heute für die Bedürfnisse des täglichen Lebens gezahlt werden müssen. Freilich, so lange man den Herren von der Börsekammer freie Hand läßt, ist auf eine wirkliche Besserung der Verhältnisse an der hiesigen Börse gar nicht zu rechnen. Staatsinteresse und Börsianerinteresse vertragen sich heute, wo alles auf die Finanzierung der Kriegsanleihen eingestellt sein sollte, noch viel weniger wie in Friedenszeiten. Dies sollte man auch an zuständiger Stelle wissen, wo man gerade in letzter Zeit mit den Versicherungen und Kundgebungen der Börsekammer recht üble Erfahrungen machen mußte. Schließlich zeigt es auch von mehr als blinden Vertrauen, wenn man von Leuten eine Eindämmung der Effektenspekulation verlangt, die selbst das größte Interesse daran haben, daß sich die Kurse am Effektenmarkt nur ja recht lange auf ihrer schwindelnden Höhe halten. Die Banken, deren Leiter in der Börsekammer sitzen, tun denn auch gar nichts, um der Spekulation das Wasser abzugraben. Im Gegenteil, es ist erwiesen, daß sie ihrer Kundschaft Aktien zum Kaufe anbieten und dadurch in den breitesten Kreisen die Lust zum Börsenspiel wachrufen. Daher die ständig wachsende Kapitalsflut, die sich heute auf den Aktienmarkt stürzt; daher auch die Oede, die den Anlagemarkt im Gegensatz zum Effektenmarkt kennzeichnet. Bei diesem auf die Dauer direkt gefährlichen Zustand müssen natürlich kleinliche Maßnahmen, so wie sie in dem Verkehr zwischen Finanzministerium und Börse bisher üblich waren, von vornherein versagen. Mit landesfürstlichen Kommissärs-Mahnungen und mit einem Ausschluß der Schiffahrtsaktien vom Handel in der Kulisse ist heute gar nichts mehr getan. Heute heißt es mit drakonischen Mitteln gegen die Spekulanten von der Börse und gegen ihre großen Helfershelfer vorgehen, wenn eine Eindämmung der Spekulation überhaupt noch in den Intentionen des Finanzministeriums liegt. In Deutschland drohte man im vorigen Jahre mit einer besonders weitgehenden Erhöhung der Umsatzsteuer (von 0·3 auf 1 Prozent) und diese einfache Drohung hat genügt, um nicht bloß den Berliner, sondern auch den Wiener Börsianern die ganze Stimmung zu verderben. Diese Umsatzsteuererhöhung kam damals leider weder bei uns, noch in Berlin zur Durchführung, sehr zum Schaden unserer Kriegsfinanzierung, die einen Geldmarkt und eine Börse braucht, die von spekulativen Ausschreitungen frei ist. Anlaß zu einem rücksichtslosen Vorgehen wäre heute für die Regierung noch mehr gegeben wie im vorigen Jahre, besonders jetzt, wo die sechste Kriegsanleihe zur Zeichnung aufgelegt ist. Man wende nicht ein, daß durch ein solches Vorgehen die gewissen Finanzkreise beunruhigt würden und daß damit der Erfolg der Anlage beeinträchtigt würde. Das Treiben der Effektenspekulanten, die unsere Kriegsfinanzierung aufs schwerste beeinträchtigen, ist auf die Dauer gefährlicher wie der „Streik" von ein paar Geldbonzen.

7./VI. 1917

181

Die Wiener Banken im Kriege.

Von **Walther Federn.**

VI. *)

Der **Reingewinn**, der 1914 unter die Hälfte der im letzten Friedensjahre ausgewiesenen Ziffer gesunken ist, hat sich 1915 bereits wieder über die Höhe des Jahres 1913 erhoben und zeigt 1916 eine Zunahme um 23,7 Prozent. Die Zunahme ist wieder sehr verschieden bei den einzelnen Banken. Sie hängt natürlich neben den mehrfach berührten Bilanzierungsprinzipien von der Rentabilität des Geschäftes im allgemeinen und auch davon ab, ob die Bank im Verlaufe des Krieges ihr Kapital erhöht hat oder nicht. Während eine Bank eine nur ganz geringfügige Zunahme ausweist und sie bei den meisten anderen um 20 Prozent schwankt, steigt die Zunahme bei einzelnen bis in die Nähe von 40 Prozent, bei einer bis auf 45 Prozent. Von dem ausgewiesenen Aktienkapital betrug der Reingewinn 1913 12,8, 1916 13,7 Prozent. Das Aktienkapital und die offenen Reserven verzinste der Reingewinn im Jahre 1913 mit 8,66 Prozent, im Jahre 1916 mit 8,76 Prozent. Die Rentabilität schwankt bei den einzelnen Banken sehr stark je nach der Höhe des ausgewiesenen Reingewinnes und des Verhältnisses zwischen Aktienkapital und Reserven, das ja selbst sehr verschieden ist. Die relativ geringsten Reserven weist eine Bank mit 27 Prozent des Aktienkapitals und die höchste eine Bank mit 140 Prozent aus. Es ist selbstverständlich, daß die Rentabilität vom Aktienkapital bei der Bodenkreditanstalt, die die größten Reserven hat, am höchsten ist, etwa 29 Prozent, während sie vom Aktienkapital und den Reserven 8,4 Prozent beträgt und damit hinter einzelnen anderen Banken zurückbleibt. Die niedrigste Rentabilität vom Aktienkapital beträgt 10,4 Prozent, die geringste von Aktienkapital und Reserven 8,2 Prozent, die höchste 9,6 Prozent. Natürlich besagen diese Ziffern gar nichts für die wirkliche Rentabilität des Geschäftes, da man, um diese zu beurteilen, das Ausmaß der stillen Rücklagen kennen müßte. Bei den einzelnen Banken schwanken die pro 1916 ausgeschütteten Dividenden auf das Aktienkapital zwischen 7½ und 21 Prozent, auf das Aktienkapital und die Reserven aber nur zwischen 5,9 und 8 Prozent.

Die **Tantiemen** haben sich in ähnlichem Maße erhöht wie der Reingewinn. Sie sind um mehr als 20 Prozent gestiegen. Auch die Tantiemen werden bei den einzelnen Banken weder einheitlich bemessen, noch hat die Post bei allen Banken die gleiche Bedeutung. Während sie bei einzelnen Banken nur die Bezüge des Verwaltungsrates darstellt, sind bei anderen Banken auch vertragsmäßige Zuwendungen an die Direktoren und Filialleiter, bei anderen auch Gratifikationen an die gesamte Beamtenschaft inbegriffen, daher besagt auch das prozentuelle Verhältnis der Tantiemen zu dem Reingewinn wenig darüber, ob sie bei der einzelnen Bank besonders hoch sind oder nicht. Bei den meisten schwankten die Tantiemen im Jahre 1916 zwischen 5,1 und 6 Prozent des ausgewiesenen Reingewinnes, nur bei vier Banken waren sie erheblich höher, und zwar bei je einer 6½, 7½, 8 und 9 Prozent.

Außer den zu Lasten des Gewinn- und Verlustkontos verrechneten Auslagen für den **Pensionsfonds** haben im Jahre 1913 7 Banken, 1916 8 Banken dem Pensionsfonds besondere Zuwendungen aus dem Reingewinn gemacht. So wie die Höhe der einzelnen Zuwendungen selbst, ist auch die Steigerung während des Krieges sehr verschieden. Dafür sind offenbar die weiter nicht bekannten finanziellen Verhältnisse der Pensionsinstitute maßgebend. Die Zuweisungen schwanken bei den einzelnen Banken zwischen 150.000 Kronen und 2 Millionen Kronen, und während eine Bank ihre Zuwendung während all der Jahre ganz unverändert gelassen hat und eine Bank, die bisher keine Zuwendungen gemacht hat, 1916 mit einer solchen von 600.000 Kronen begonnen hat, ist sie bei zwei Banken auf das Fünffache, bei der einen auf 1 Million Kronen, bei der anderen auf 2 Millionen Kronen gestiegen.

Große Verschiedenheiten bestehen auch in der **Gewinnverwendung:**

	1913	1914	1915	1916
	in tausend Kronen			
Reingewinn . . .	106.754	48.035	110.082	132,040
Dividende	79.650	59.112	78.645	95.215
Reservefonds . . .	16.182	8.826	17.923	18.891
Tantieme	7.584	1.911	7.201	9.018
Pensionsfonds . .	2.120	1.070	2.320	6.000
Gewinnvortrag .	1.268	5.732	3.993	2,921

Im Durchschnitte sind 1913 nicht ganz 80 Prozent des Reingewinnes den Aktionären ausgeschüttet worden. 1914 hat der zur Dividendenverteilung verwendete Betrag, weil mehrere Banken die Reserven zur Ausschüttung der bei allen bis auf eine gekürzten Dividenden heranziehen mußten, die ausgewiesenen Reingewinnziffern beträchtlich überstiegen, 1915 und 1916 wurden etwa 70 Prozent des Reingewinnes den Aktionären verteilt. Die Ausschüttungen selbst sind gegen 1913 um über 20 Prozent gestiegen, wobei weniger eine Erhöhung der prozentuellen Dividende, die gegen 1913 nur bei fünf Banken eintrat, als die erhöhten Kapitalien eine Rolle spielen. Von dem Aktienkapital beträgt die verteilte Dividende im Durchschnitt aller Banken 1913 9,5 Prozent, 1916 9,9 Prozent, vom Eigenkapital 1913 6,5 Prozent, 1916 6,3 Prozent.

Auch die Zuweisungen an die **Reservefonds**, denen man zweckmäßigerweise die an den Gewinnvortrag zuzählen muß, haben sich wenig geändert; 16,5 Prozent des Reingewinnes im Jahre 1916 gegen 16,3 Prozent im Jahre 1913. Die Einnahmen im Jahre 1914 waren im nächsten Jahre bereits wieder mit mehr als dem doppelten Betrage ersetzt. 1916 tritt gegen 1915 nur mehr eine geringe Steigerung ein.

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 2. Juni.

Neue Freie Presse
7./VI. 1917

[Die Aenderung des Bankstatuts beim Kriegsausbruche.] Durch eine kaiserliche Verordnung, die beim Kriegsausbruche am 4. August 1914 erlassen worden war, sind außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Geschäftsführung der Oesterreichisch-ungarischen Bank erlassen und einzelne Bestimmungen des Bankstatuts suspendiert worden. Diese kaiserliche Verordnung ist heute dem Abgeordnetenhause zur Genehmigung unterbreitet worden. Sie wird mit folgenden Ausführungen begründet: „Die krisenhaften Erscheinungen, welche zu Beginn des Krieges im Wirtschaftsleben, insbesondere auch im Geld- und Kreditverkehr auftraten, brachten es mit sich, daß an die Oesterreichisch-ungarische Bank überaus große Ansprüche gestellt wurden, die das Noteninstitut befriedigen mußte, wenn die tiefgehende Beunruhigung der wirtschaftlichen Kreise mit ihrer lähmenden Wirkung auf das gesamte geschäftliche Leben nicht noch weiter gesteigert werden sollte. Zugleich waren in Anbetracht der Höhe des in den ersten Kriegswochen zu bestreitenden Mobilisierungserfordernisses auch die beiden Finanzverwaltungen gezwungen, den Kredit der Notenbank mit sehr bedeutenden Beträgen in Anspruch zu nehmen, weil unter den Verhältnissen, wie sie unmittelbar nach Kriegsausbruch bestanden, nicht daran gedacht werden konnte, die für die Mobilmachung erforderlichen Mittel innerhalb des kurzen Zeitraumes, in dem sie bereitgestellt werden mußten, im Wege normaler Kreditoperationen aufzubringen. Es bestand demnach die unabweisliche Notwendigkeit, die Beschränkungen, welche die Statuten der Oesterreichisch-ungarischen Bank dem Noteninstitut in bezug auf die Emissionsbefugnis sowie bezüglich der Kreditgewährung an die beiden Finanzverwaltungen auferlegen, zu beseitigen und die Notenbank dadurch in die Lage zu versetzen, die erforderlichen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Daß diese Verfügung von der äußersten Dringlichkeit war und keinerlei Aufschub duldete, bedarf keines Beweises. Es wurde daher der Regierung im Wege einer kaiserlichen Verordnung auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. September 1867, die Ermächtigung erteilt, im Einvernehmen mit der Regierung der Länder der heiligen ungarischen Krone außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Geschäftsführung der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu treffen und zu diesem Zwecke auch von den Bankstatuten abweichende Bestimmungen in Wirksamkeit zu setzen. Eine gleichartige Ermächtigung ist der königlich-ungarischen Regierung in dem Gesetzartikel 63 vom Jahre 1912, betreffend Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall, erteilt worden."

Frankfurter Zeitung
9./II. 1917

*** Ueberspekulation an der Wiener Börse.** Aus Wien, 5. d. M., schreibt unser W-Korrespondent: „Der große Mehrwert, den die Flotte des Oesterreichischen Lloyd bei den gegenwärtigen Schiffspreisen repräsentiert, und der Erlös der verkauften Schiffe, der dem Lloyd die Abtragung seiner schwebenden Schuld ermöglicht, hat in den letzten Tagen Anlaß zu einer wilden Kurssteigerung der Aktien gegeben, die auf über 875 pCt. getrieben worden sind, ebenso wie die Austro Americana, deren Handel im freien Börsenverkehr wegen der Kurstreiberei verboten worden ist, die aber trotzdem umgesetzt werden, auf nahezu 525 pCt. gestiegen sind. Ob eine solche Bewertung gerechtfertigt ist, wird die Zukunft zeigen. Daß die Schiffspreise und die Frachtsätze enorm gestiegen sind, und daß die Flotte daher einen enormen Mehrwert repräsentiert, ist sicher. Aber die Schiffahrtsgesellschaften haben weder die Aufgabe, noch sind sie in der Lage, diesen Mehrwert zu realisieren, von Zufallsgeschäften wie die jüngsten abgesehen. Und der Ersatz der verkauften Schiffe wird sich in naher Zeit schwerlich viel billiger stellen als der Verkaufspreis. Nun ist freilich anzunehmen, daß die Frachtsätze geraume Zeit nach dem Krieg sich auf einer ungewöhnlichen Höhe halten werden, aber wie sich der überseeische Schiffsverkehr nach dem Krieg überhaupt abwickeln wird, darüber kann man wohl gegenwärtig schwer ein Urteil haben und auch darüber nicht, in wieweit die Regierungen der Zentralmächte, welche den Schiffahrtsverkehr im Interesse der heimischen Volkswirtschaft kontrollieren werden, die volle Ausnützung der Konjunktur in den Frachtsätzen zulassen werden. Die Bewertung der Aktien der deutschen Schiffahrtsgesellschaften bestätigt jedenfalls nicht die Ueberschwenglichkeit der österreichischen Liebhaber für Schiffahrtswerte, und ob der Unterschied der Bewertung durch den Umstand allein begründet werden kann, daß ein viel größerer Teil der Flotten der deutschen Schiffahrts-Gesellschaften in Feindesland sich befindet und daher mit einem Verlust bedroht ist, und daß ihre Organisation viel größeren Schaden erlitten hat als die unserer Gesellschaften, sei dahingestellt. Wie weit sich die Bewertung der Schiffahrtsaktien und der Aktien überhaupt von jeder Realität entfernt hat, das zeigt am besten der Kurs der Aktien des Cantiere Navale, dessen gesamte Anlagen in Monfalcone sich befinden und zum großen Teil zerstört worden sind. Wenn auch der Cantiere in der Lage war, vorübergehend heimische Werften während des Krieges zu benützen, so werden doch von eingeweihter Seite die tatsächlich greifbaren Aktiva des Unternehmens auf kaum mehr als 75 pCt. des Aktienkapitals geschätzt und trotzdem finden die Aktien zu 580 pCt. Liebhaber. Die Parallelität der Kursbewegung dieser Aktien mit der der großen Seeschiffahrtsgesellschaften spricht nicht gerade für die Nüchternheit ihrer Bewertung."

Neue Freie Presse 9./VI. 1917 184

Kriegskosten und Kriegsschulden der Monarchie.

Bis Ende 1916: Oesterreich 28, Ungarn 16 Milliarden Kronen.

Wien, 8. Juni.

Der jüngst veröffentlichte Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates läßt eine im wesentlichen genaue Abschätzung der Kriegskosten der Monarchie bis zum Ende des Jahres 1916 möglich erscheinen. Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission gibt zwar nur über die Kriegskosten Oesterreichs offiziellen Aufschluß. Allein es ist ja bekannt, daß Kriegskosten und Kriegsschulden sich zwischen den beiden Reichshälften nach dem Quotenverhältnisse aufteilen, und so lassen die Ziffern der Kriegsschulden Oesterreichs ziemlich verläßliche Rückschlüsse auf die Kriegskosten Ungarns und damit der Gesamtmonarchie zu. Auf Grund dieser ungefähren Ermittlung gelangt man bis Ende 1916 zu den folgenden Ziffern:

Oesterreich:	Millionen Kronen
Fünf Kriegsanleihen	18.056
Vorschüsse bei der Oesterr.-ung. Bank	8.195
Kontokorrentvorschüsse bei Banken	3.295
Valutaanleihen in Deutschland	1.840
Anleihe bei einem ausländischen Konsortium	4
Summe der Kriegsschulden Oesterreichs	31.390
Ungarn:	
Fünf Kriegsanleihen	8.500
Vorschüsse bei der Oesterr.-ungar. Bank (berechnet nach der Quote von 36·4 Prozent)	4.700
Valutaanleihen in Deutschland (in gleicher Weise berechnet)	1.050
Kontokorrentschulden bei Banken etwa	2.000
Summe der Kriegsschulden Ungarns	16.200
Gesamte Kriegsschulden der Monarchie	47.600

Nach dieser Aufstellung würden sich die Kriegsschulden der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Ende des Jahres 1916 auf rund 47 Milliarden Kronen berechnen lassen. Diese Veranschlagung scheint aber deswegen etwas zu hoch gegriffen, weil sich in den Ansätzen der Staatsschulden-Kontrollkommission gewisse Doppelzählungen befinden. Im Ausweise ist nämlich die fünfte Kriegsanleihe, welche zu Ende 1916 im Gange war, mit dem vollen Betrage eingestellt, anderseits auch die Kontokorrentschulden bei den Banken mit der vollen damals aushaftenden Summe berechnet, trotzdem der größere Teil dieser Kontokorrentschulden Voreinzahlungen auf die neue Kriegsanleihe darstellt und aus dem Erlös der Kriegsanleihe abgerechnet werden wird. Ein namhafter Teil dieser Kontokorrentschuld erscheint somit als durchlaufende Post und sollte bei der Ermittlung der Kriegsschulden nicht doppelt verrechnet werden. Würde man darauf Rücksicht nehmen, so würden sich die Kriegsschulden Oesterreichs zu Ende 1916 auf etwa 28 Milliarden ermäßigt und die Kriegsschulden der Gesamtmonarchie würden sich zu Ende 1916 auf 44 Milliarden Kronen belaufen haben.

Die Kriegsanleihen decken sich selbstverständlich nicht mit den Kriegskosten. Einerseits sind die Kriegskosten höher, weil ein Teil derselben noch nicht fundiert, sondern aus Kassenbeständen oder laufenden Eingängen bestritten worden sein dürfte. Auch sind vielleicht noch nicht in jedem Augenblicke alle Rechnungen bezahlt und manche außenstehende Beträge schwebend gehalten. Anderseits ist zu beachten, daß die fünfte Kriegsanleihe knapp vor Jahresschluß begeben wurde und daß vielleicht ein Teil der Eingänge aus dieser Anleihe nicht für die Deckung bereits gemachter Kriegsausgaben dienen muß, sondern eine Vorsorge für den Aufwand der nächsten Zeit darstellt. Beide Einschränkungen entziehen sich der ziffernmäßigen Veranschlagung und man kann nur mit den Kriegsschulden, wie sie hier angegeben sind, rechnen.

Bis Ende 1916 waren 29 Kriegsmonate verstrichen. In dieser Periode betragen die Kriegsschulden Oesterreichs 28, jene Ungarns 16 Milliarden Kronen. Würde man die Kriegsschulden auf die ganze Zeit des Krieges gleichmäßig aufteilen, so würde sich im Durchschnitt für jeden Monat in Oesterreich ein Aufwand von ungefähr einer Milliarde, in Ungarn von einer halben Milliarde Kronen ergeben. Diese Durchschnittsrechnung ist aber nicht vollkommen zuverlässig, denn die Kriegskosten haben stark geschwankt. Sie waren im ersten Monat der Mobilisierung am größten, haben sich dann ermäßigt und in der letzten Zeit wieder gesteigert. Auf das zweite Semester 1916 entfallen in Oesterreich Kriegsschulden von 6·8 Milliarden Kronen, auf das ganze Jahr 1916 von 17 Milliarden Kronen. Allerdings sind in der letzteren Ziffer die erwähnten Vorauslagen enthalten. Würde man einen Betrag von rund 15 Milliarden Kronen schätzungsweise annehmen, so würden für Oesterreich auf jeden Monat des Jahres 1916 Kriegsausgaben von 1·25 Milliarden Kronen, auf Ungarn von 0·75 Milliarden Kronen entfallen. Legt man dieses Verhältnis für das heurige Jahr zugrunde, so würden die Kriegsschulden Oesterreichs bis zum Ende des ersten Semesters sich um 7·5 Milliarden Kronen vermehren und nach Abschlag der erwähnten durchlaufenden Post auf rund 35 Milliarden Kronen erhöhen. Nach dem Quotenverhältnis berechnet, würden die Kriegskosten Ungarns in jedem Monat ungefähr 0·75 Milliarden Kronen und im ganzen ersten Semester des heurigen Jahres 4·5 Milliarden Kronen betragen, so daß sich zu Ende Juni die Kriegsschuld Ungarns auf rund 20 Milliarden Kronen erhöhen würde. Die Kriegsschuld der Monarchie würde bis Ende Juni 1917 sich auf 55 Milliarden Kronen belaufen. Auf einen Kriegstag entfallen im Jahre 1916 in Oesterreich nach dem letzten Schlüssel 41·6 Millionen Kronen als Kriegsausgaben, während in Ungarn sich der tägliche Kriegsaufwand mit rund 25 Millionen Kronen berechnen läßt. In diesen Ziffern sind aber, wie der ungarische Finanzminister seinerzeit mitteilte, die Aufwendungen für die Unterstützungen der Kriegsangehörigen, der Witwen und Waisen im Hinterlande, welche für Oesterreich und Ungarn zusammen im Jahre zwei Milliarden Kronen betragen, enthalten, so daß die Ziffern nicht in voller Höhe reine Auslagen für die Kriegführung darstellen.

Wenn wir von den Ziffern zu Ende Dezember 1916 ausgehen und den heurigen Zuwachs nicht berücksichtigen, so gelangen wir in der Verteilung der Kriegsschuld auf die Bevölkerung zu folgenden Ziffern: Oesterreich hatte vor dem Kriege eine Bevölkerungszahl von 28·5 Millionen. Auf jeden Einwohner Oesterreichs entfällt daher eine Kriegsschuld von rund 1000 Kronen. Die Bevölkerung Ungarns betrug vor dem Kriege 20·88 Millionen und auf jeden Einwohner würde danach eine Kriegsschuld von 768 Kronen kommen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung Bosniens mit 1·9 Millionen Kronen in diese Aufteilung nicht inbegriffen wurde, obwohl die Kriegsschuld naturgemäß auch auf sie zurückfallen müßte. Die Zinsen der Kriegsschulden werden in Oesterreich mit jährlich 1314 Millionen Kronen angegeben. Quotenmäßig würde sich die Schuldenlast Ungarns aus den Kriegsanleihen mit 747 Millionen Kronen ermitteln lassen. Sie ist aber wahrscheinlich etwas höher, weil zwar die Anleihen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und die Markanleihe in Deutschland zu dem nämlichen Zinsfuß abgeschlossen, dagegen die Kriegsanleihen Ungarns auf der höheren Basis der sechsprozentigen Rente kontrahiert wurden, die sich etwa um ein halbes Prozent in den Zinsen teurer stellen dürfte.

Fremdenblatt
9./VI. 1917

9
187

(Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik A. G.) Unter Vorsitz des Präsidenten Herrn Wilhelm Kestranek fand gestern die 9. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth, Landwirtschaftliche Maschinenfabrik A. G. statt. Wie der Rechenschaftsbericht ausführt, stand das abgelaufene Geschäftsjahr ebenso wie das Vorjahr im Zeichen der Kriegsarbeiten, doch konnte dem Wunsche des k. k. Ackerbauministeriums entsprechend im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung, um dem gesteigerten Bedarfe an landwirtschaftlichen Maschinen zu entsprechen, teilweise zur normalen Fabrikation geschritten werden. Die dadurch erreichte bessere Ausnützung der Betriebe der Gesellschaft ermöglichte es, den Warenausgang gegenüber dem Vorjahre, dem Wert und der Menge nach, wesentlich zu erhöhen. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß der Rechnungsabschluß ein günstigeres Ergebnis als im Vorjahre ausweist. An den im verflossenen Geschäftsjahre stattgehabten Subskriptionen der vierten und fünften Kriegsanleihe hat sich das Unternehmen im Vereine mit seiner Kispester Schwestergesellschaft mit einem Betrage von 2,000.000 Kronen beteiligt, ferners wurden die Ausgaben für Kriegsfürsorge und Teuerungszulagen an die Angestellten gegenüber dem Vorjahre verdoppelt, sowie Unterstützungen von 200.000 Kronen an durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogene Beamte und Arbeiter beziehungsweise deren Familien, verteilt. Nach Entgegennahme des Berichtes der Revisionskommission, beschloß die Generalversammlung den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsrates sowie die Bilanz zu genehmigen, dem Verwaltungsrate das Absolutorium zu erteilen und von dem Reingewinne per 2,019.478 Kronen den Betrag von 218.663 Kronen dem Reservefonds zuzuführen, und den Betrag von 118.793 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen. Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates Robert C. Blakey, Rudolf Hofherr, Marcus Rotter und Otto Schrantz wurden wiedergewählt. In der nach der Generalversammlung abgehaltenen Verwaltungsratssitzung wurde Generaldirektor Wilhelm Kestranek zum Präsidenten und Generaldirektor Wilhelm Schrantz zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

Fremdenblatt 10./VI. 1917 189

Wochenschau.

H. A—r. Unter dem Eindrucke der glänzenden Berichte aus dem Süden, wo unsere Truppen der Abwehr des Feindes noch einen erfolgreichen Gegenstoß angereiht haben, hat unsere Börse das Hochtreiben der Kurse trotz aller Abmahnungen noch beschleunigt. Nur zum Wochenschlusse hat sich die traditionelle Zurückhaltung eingestellt. Dazu verweist man auf die günstige Lösung der inneren Krise in Ungarn und auf die fortdauernde Besserung der Ernteaussichten. Und so werden nun Tag um Tag auch solche Industrie-Aktien in das Bereich der Hausse-Spekulation gezogen, die noch bis vor kurzem mehr weniger unbeachtet im Verborgenen geblüht hatten. Der Kreis, in dem sich die Spekulation bei uns bewegen kann, ist eben nicht besonders groß und so fühlt sie sich, wenn die Wogen höher und höher gehen, versucht, auch noch ganz neue, mehr exotische Bahnen zu betreten. Die Hausse in Bankenwerten allein scheint den Eifer, von dem die Spekulation sich jetzt erfüllt zeigt, offenbar nicht genügend zu befriedigen. Von der Steigerung des Kurses einer der allerhervorragendsten, maßgebenden Bankaktien ging diese Bewegung aus und sie erstreckte sich dann rasch weiter auch auf fast alle anderen Banken. Die Kurssteigerung scheint da offenbar ganz so auch Prestigerücksichten zu berücksichtigen, wie das sonst bei den Kapitalserhöhungen zutrifft. Erhöht die eine Bank ihr Kapital, so wird es für die anderen dieser gleichstehenden Institute geradezu eine Prestigesache, in der Kapitalserhöhung nur ja nicht zurückbleiben. Und ähnliche Prestige-Erwägungen sind offenbar bei der Regelung auch des Kursstandes vielfach maßgebend: man steigt nach!

Dabei soll übrigens gar nicht bestritten werden, daß gerade die Bankaktien lange Zeit eigentlich unverhältnismäßig wenig beachtet waren. Bei den engen Verbindungen der Banken mit der Industrie, für deren Aktien man wenigstens teilweise auf die Kriegkonjunktur mit Recht verweisen kann, ist es ja wirklich vorauszusetzen, daß die Banken, die einen großen Teil dieser Aktien besitzen und den finanziellen Dienst dieser Unternehmungen führen, auch an deren Gewinnen sehr namhaften Anteil haben mußten. Die Börse sieht deshalb den zu veröffentlichenden oder nur intern bleibenden Halbjahrsabschlüssen der Banken mit großen Erwartungen entgegen.

Für die Gesundheit unserer Volkswirtschaft, für das trotz des Krieges reibungslose Fortschreiten der Kapitalsbildung spricht übrigens viel kräftiger und verläßlicher als der Hochgang der Spekulation ein anderes: das fortdauernde Anwachsen der Spareinlagen inmitten der Kriegsanleihe-Zeichnungen. Dieses Nebeneinander, diese Gleichzeitigkeit des Wachsens der Spareinlagen und der Anleihe-Zeichnung hätte wohl niemand vor Kriegsausbruch auch nur als möglich betrachtet. Darin liegt unstreitig der beste Ansatz zur Hoffnung, daß unsere Volkswirtschaft aus dieser schweren Zeit des Weltkrieges, so viele Wunden er auch auf wirtschaftlichem Gebiete geschlagen hat, doch widerstandsfähig in die Friedenszeit eintreten wird. Der ungestörte Fortgang der Spartätigkeit und Kapitalsbildung ist dafür jedenfalls ein verläßlicherer Zeuge als der wirbelnde Gang der Spekulation im Börsesaale.

Welche Blüten der Spieleifer treibt, das zeigt ja übrigens auch noch ein anderes, das Treiben auf den Rennplätzen bei uns und in Deutschland. Man versichert uns, daß die Beteiligung beim Totalisateur noch nie so groß wie jetzt war. Die Einsätze sollen um mindestens sechzig bis achtzig Prozent gewachsen sein und an diesem Spiele sollen jetzt vielfach Elemente beteiligt sein, die sich früher, vor dem Kriege, in ihrem damaligen Aufenthaltsorte wohl weit eher mit Pferdehandel als mit der glücksspielmäßigen Ausnützung des Sportes befaßt haben.

Diese Ausdehnung des Spielrummels könnte durch Erhöhung des Steuersatzes vielleicht auch noch steuerpolitisch entsprechend ausgenützt werden, damit der Steuersäckel aus diesen Begleiterscheinungen des inmitten des Krieges ungestört weiter gepflegten Sportes doch den gebührenden Nutzen ernte. Im Oktober v. J. hat eine Verordnung die Abgabe von den Buchmacherwetten und den Totalisateureinsätzen einer entsprechenden Reform unterzogen, wobei das Verhältnis zwischen Einsatz und Gewinn endlich progressiv behandelt wurde, während früher nur der Einsatz gebührenmäßig getroffen, der Gewinn also nicht entsprechend stark getroffen war. Schon in wenigen Monaten nach dieser Reform, im Herbste, zeigte sich am Hinaufgehen des Gebührerfolges die Zweckmäßigkeit der Neuerung. Indes, der Gebührertrag muß seither noch viel höher hinaufgeschnellt sein. Und diese gute Erfahrung sollte doch nicht ungewürdigt bleiben! So lange Ungarn bei der Belastung der Buchmacherwetten nicht den gleichen Weg betritt, wird man freilich speziell bei diesen, um das gebührenloseAufflieẞen der Wetten nach Ungarn zu vermeiden. vielleicht noch Zurückhaltung üben müssen. Aber bei der Abgabe vom Totalisateurgewinn trifft dieses Bedenken wirklich nicht zu. Bei ihr ist, wenn man sich der jetzigen riesigen Steigerung des Rennspieles erinnert, gewiß gar kein Anlaß zum Verzicht auf die Festsetzung eines neuen, mit dem Gewinn ansteigend bemessenen Gebührenzuschlages. Will man ein Uebriges tun, so kann man bis zum Herbst zuwarten, also bis zum Ablaufe des ersten Jahres der Geltung der kaiserlichen Verordnung, um jedem Vorwurf einer Uebereilung vorweg zu begegnen. Eine Zurückhaltung, bei der freilich gerade die spielreichste Zeit ungenützt verstriche, verloren ginge.

Uebrigens noch eine Frage! Gebieterische Forderungen unserer Devisenzentrale haben zur Drosselung des Auslandsverkehrs in Waren und Effekten genötigt. Da wäre es doch gut, festzustellen, ob übereinstimmend damit auch der Buchmacherverkehr mit dem Auslande wirklich unterbunden ist oder ob nicht doch noch auch jetzt auf irgend einem Wege trotz aller Maßnahmen der Devisenzentrale Gelder für Buchmacherwetten nach dem Auslande abströmen. Wenn auch noch jetzt Wetten für Auslandsrennen angenommen würden, läge wohl schon darin der Beweis für die Berechtigung der Forderung, auch da ausreichende Gegenvorkehrungen zu treffen.

Die Geldmittel des Volkes sollen der produktiven Arbeit, der Spartätigkeit erhalten bleiben. Die Schulung, die der Krieg der Bevölkerung auch auf diesem Gebiete gebracht hat, tritt übrigens gerade jetzt, bei der Zeichnung der Kriegsanleihe in erfreulichster, schönster Weise zutage. Dank der Einsicht des Volkes und dank der umsichtigen Verbesserung der Werbung für die Anleihe hatten sich die Anmeldungen so stürmisch gestaltet, daß man den Anmeldetermin noch verlängern mußte, um den Wünschen all der Tausende von Nachzüglern noch Rechnung tragen zu können. Die vom Kriege veranlaßte Verringerung des Beamtenstandes in den Banken, Sparkassen und Postämtern mußte die Bewältigung der Riesenarbeit, wie sie jede Milliardenanleihe mit sich bringt, weitgehend erschweren. Umso viel mehr gilt das jetzt, wo die Kriegsanleihewerbung sich noch weit mehr als früher mit unleugbarem Erfolge auch den Millionen kleiner Sparer zugewendet hat. Die Verbindung der Kriegsanleihe mit der Lebensversicherung hat in Oesterreich leider erst sehr spät eingesetzt und so wäre sie, hätte man die Terminsverlängerung nicht doch noch bewilligt, um jede Möglichkeit der gebührenden Entwicklung gekommen. Dasselbe gilt von den Kriegsanleihe-Hypotheken, von den Fideikommißzeichnungen, deren Leichtigkeit eben jetzt wieder dargelegt worden ist. Auf dem Gebiete der Kriegsanleihe-Hypotheken hat die Erste Oesterreichische Sparkasse anerkennenswert rührig gearbeitet. Sie hat jeden Besitzer schuldenfreier Realitäten in Wien auf die Bedeutung und auf die Vorteile dieser Zeichnungsart in besonderen Zuschriften hingewiesen und überdies gewährt sie jetzt, während der Zeichnungszeit neues Hypothekgeld nur bei angemessener Verbindung mit der Kriegsanleihe: mindestens die Hälfte des Satzpostenbetrages muß als Kriegsanleihe-Hypothek genommen werden. Auch da zeigt sich wieder, wie sehr sich die Organisation der Kriegsanleihewerbung bei der Finanzverwaltung, der Postsparkasse und den Kreditinstituten von Anleihe zu Anleihe günstig fortentwickelt hat. In Ungarn hat auch die Geistlichkeit bei der jetzigen Kriegsanleihe für die Zeichnung mit bestem Erfolge aufklärend gewirkt und schöne Erfolge erzielt.

Neues Wiener Tagblatt
10./VI. 1917
190

Wirtschaftliche Wochenchronik.

3. Juni. Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge. — Schaffung eines Schutzkomitees für Industrie und Gewerbe des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes in Russisch-Polen, welches zugleich die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Polen zu fördern bestimmt ist.

4. Juni. Eine Kundmachung der Wiener Börsekammer gestattet den kulissenmäßigen Handel nur in jenen Papieren, in denen er schon zu Zeiten des offiziellen Börseverkehres bestand. — Verbot der Vorverkäufe der Ernte in Deutschland.

5. Juni. Verhandlungen in Berlin mit Vertretern Oesterreich-Ungarns über die Verteilung der vorjährigen restlichen und der neu zu erwartenden rumänischen Ernte.

6. Juni. In einer Konferenz der preußischen Regierungsorgane wird die vollkommene Sicherheit des Durchhaltens für den Rest dieses Erntejahres und für die neue Wirtschaftsperiode bis zum siegreichen Frieden festgestellt. — Ueberschwemmungen in Oberitalien vernichten einen großen Teil der dortigen Ernte. Der Schaden wird auf 100 Millionen Lire geschätzt.

7. Juni. Verlängerung der Zeichnungsfrist für die sechste österreichische Kriegsanleihe bis 22. Juni. Erhöhung der Eigenzeichnungen der Banken.

8. Juni. Nach offizieller Berliner Meldung sind die Einlagen in den deutschen Sparkassen seit Jahresbeginn um 1300 Millionen Mark gewachsen.

9. Juni. Russisches Einfuhrverbot für russische Werte aus neutralen Ländern. — Aus New-York wird eine stürmische Aufwärtsbewegung auf dem amerikanischen Eisenmarkt gemeldet.

Neue Freie Presse

Abendblatt 12./IV. 1917 191

Rechnungsabschluß des Staatshaushaltes vor dem Kriege.

Der Oberste Rechnungshof erstattet heute den Zentralrechnungsabschluß des österreichischen Staatshaushaltes für das erste Halbjahr 1914. Den tabellarischen Aufstellungen, welche diesmal in ganz neuer Form mitgeteilt werden, ist ein größeres Vorwort beigegeben, welches die Prinzipien und die Gründe der neuen Aufstellungen darlegt. Der Veröffentlichung erfolgt erst mehr als als zwei Jahre nach dem Ablaufe der in Betracht kommenden Periode. Die Ursache liegt in den kriegerischen Verhältnissen, welche eine beschleunigte Aufstellung unmöglich machten. Die erste Folge des Krieges war, daß die Behörden außerstande waren, ihre Rechnungsabschlußarbeiten termingemäß zu vollenden. Neue umfangreiche und unaufschiebbare Aufgaben traten an sie heran, wie die Flüssigmachung der Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der Mobilisierten, der Verpflegskosten für die Flüchtlinge und Internierten, der Pferdeentschädigungen, der Kosten der Einrichtung und des Betriebes der Barackenlager und Sanitätsanstalten, und die Kräfte der Behörden waren hiedurch stark in Anspruch genommen. Dazu kam, daß die Behörden in Galizien und der Bukowina außerstande waren, ihren Standort mehrmals zu verlegen und die Bücher und Aufstellungen zumeist gar nicht mitnehmen konnten. So wurde der Oberste Rechnungshof erst Ende Oktober 1915 mit der Aufstellung einer internen Uebersicht und Gebarung fertig, welche für die Fianzverwaltung und die übrigen Ressorts bestimmt war. Die Befreiung Lembergs machte dann den Beginn der Arbeiten für den Zentralrechnungsabschluß möglich, und diese wurde mit Dringlichkeit durchgeführt.

Der Oberste Rechnungshof wies, wie es in dem Vorworte heißt, mit dem gebührenden Ernst und Nachdruck darauf hin, daß „die alle Vorstellungen übersteigenden Anforderungen, welche infolge des Kriegszustandes an die Staatsfinanzen herantreten und herantreten werden, es für den Reichsrat ebenso wie für die Finanzverwaltung in noch erhöhtem Maße als sonst wichtig erscheinen lassen, in die Gebarung im Staatshaushalte klaren Einblick zu gewinnen, daß diesen aber nur die Staatsrechnung zu gewähren vermöge". So wurden die verschiedensten Maßregeln in Angriff genommen, um namentlich die Rechnungsablage in Galizien und der Bukowina zu befördern. Der Oberste Rechnungshof entsendete in ständiger Fühlung mit allen Behörden, Aemtern und Beamten, wo Verzögerungen der Rechnungslegung befürchtet wurden, Delegierte, welche die Mittel und Wege zu finden hatten und fanden, um der aufgetauchten Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Bemühungen waren erfolgreich, und als ihr Ergebnis wird jetzt der Zentralrechnungsabschluß für das Jahr 1914 in neuer Form publiziert.

Diese Reform des Zentralrechnungsabschlusses verfolgt den Zweck, die Einfachheit, Durchsichtigkeit und Klarheit zu befördern, welche diese bisherigen Abschlüsse schmerzlich vermissen ließen. Hierin Wandel zu schaffen, erschien dem Obersten Rechnungshofe unabweisliche aber auch unaufschiebliche Pflicht. Zumindestens gleichwertig stellt sich dieser Aufgabe jene an die Seite, die „klare Erkenntnis der Finanzlage des Staates, und zwar in gemeinverständlicher Art zu bieten. Dies heute und in Zukunft mehr denn je, da die alle Voraussicht und jede Schätzung um ein Vielfaches übersteigenden Ansprüche, welche die Erfordernisse der Kriegführung an die finanzielle Kraft des Staates stellen, die Fragen staatsfinanzieller Natur auf lange Zeit den ersten Punkt der Tagesordnung alles öffentlichen Lebens werden einnehmen lassen." Die Reform des Staatsrechnungsabschlusses in den einzelnen Zweigen und Aufstellungen wird nun im Vorworte des näheren auseinandergesetzt und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Neugestaltung des Abschlusses einiges dazu beitragen werde, dessen verfassungsmäßige Prüfung zu erleichtern sowie dessen wissenschaftliche und praktische Brauchbarkeit zu erhöhen.

Die Gebarung des ersten Halbjahres 1914 schließt mit den folgenden Ziffern:

	Millionen Kronen
In der Bargeldgebarung betrugen, und zwar in der etatmäßigen Gebarung, die Einnahmen	1703·89
die Ausgaben	1750·79
es mußte somit der Betrag von	46·89
aus den Kassenbeständen gedeckt werden;	
in der außeretatmäßigen Gebarung die Einnahmen	678·3
die Ausgaben	442·2
sonach ein Ueberschuß von	236
Aus der etatmäßigen und außeretatmäßigen Gebarung ergibt sich eine Erhöhung der Kassenbestände um	189·1
das ist von anfänglichen	625·3
auf schließliche	814·5
Den Kassenbeständen sind Anlehenserlöse von . .	408·66
zugeführt, dagegen Beträge von . . . . . für außerordentliche Ausgaben und für den obigen Abgang entnommen worden.	219·9

Das Ergebnis des ersten Semesters 1914 stellte sich um 21·46 Millionen Kronen ungünstiger, als veranschlagt worden war.

Die Kassenbestände stellten sich am Ende 1914 in Bargeld auf 267·33 Millionen Kronen und unter Hinzurechnung der schwebenden Posten auf 814·5 Millionen Kronen. Dazu kommen noch Obligationen von 855 Millionen Kronen als die Reste der seinerzeitigen Unifikation und Obligationsverwechslung sowie Obligationen verschiedener Fonds und manipulativer Zwecke.

Neues Wiener Tagblatt

12./VI. 1917

192

(Rückschlag an der Börse.) Als die Börsekammer gegen Ende des zweiten Kriegsjahres eine Aktion zur Wiedereröffnung der seit Kriegsausbruch geschlossenen Börse einleitete und in ihrem damals der Regierung überreichten Memorandum auf die Uebertreibungen hinwies, die sich in dem einer jeden Kontrolle ermangelnden privaten Verkehr herausgebildet hatten, wurde es gewiß nicht für denkbar gehalten, daß die Wiederaufnahme eines wenn auch nur beschränkten und unter Aufsicht gestellten Verkehres an der Börse an den Mißbräuchen nicht nur nichts ändern, sondern sogar noch eine Steigerung der spekulativen Exzesse ermöglichen werde. Es wurde zwar wiederholt der Versuch gemacht, durch Verbote und Warnungen den Ausartungen im Effektenverkehr entgegenzutreten, allein bisher immer vergebens. Nach einem rasch vorübergehenden Erfolg dieser Warnungen ist die Bewegung noch jedesmal um so stürmischer und sprunghafter wieder zum Durchbruch gekommen. Gerade in den letzten Wochen haben die Ausschreitungen durch das ungestüme Eingreifen privater, mit der Börse sonst nicht im Zusammenhang stehender Kreise einen bedrohlichen Charakter gewonnen. Die Kurse sanken zur Bedeutung bloßer Ziffern herab, nach dem Verhältnis zwischen Preis und Rentabilität eines Papieres wurde nicht mehr gefragt, der Ankauf von Effekten erfolgte vielmehr wahllos, offenbar in der Absicht, die nach Betätigung drängenden flüssigen Kapitalien wenn auch nur vorübergehend und in der Erwartung zu investieren, aus der ganzen Transaktion in absehbarer Zeit einen fetten Kursgewinn herauszuschlagen. Es war vorauszusehen, daß die stürmischen Preissteigerungen früher oder später zu einem Rückschlag führen müssen, und wenn nicht die Anzeichen trügen, ist gestern damit der Anfang gemacht worden; zum mindesten hat sich nach einer wochenlangen ununterbrochenen Periode der Hausse zu Beginn des neuen Wochenverkehres eine merkliche Abschwächung eingestellt. Auch diesmal sind dem Rückschlag Warnungen vorausgegangen, und es bleibt nun abzuwarten, ob die Wirkung derselben sowie inzwischen getroffener einschränkender Maßnahmen der Banken im Effektenverkehr länger vorhält als bei früheren ähnlichen Anlässen. Durch eine Fortsetzung der maßlosen Kurstreibereien würde der Markt unvermeidlich in eine gefährliche Lage geraten, und daher ist der Abbau der Kurse, welcher durch die gestrigen Entlastungsverkäufe eingeleitet wurde, im Interesse des Marktes zu begrüßen. Die Abschwächung erstreckte sich auf fast alle in der letzten Zeit besonders bevorzugten Werte und umfaßt sowohl die leitenden Kulissenpapiere als auch zahlreiche Schrankeneffekten. Gegenüber den bestandenen Hochkursen fällt die eingetretene Reaktion zwar noch nicht besonders ins Gewicht, immerhin aber hat die starke Spannung ein wenig nachgelassen. Im Gegensatz zu den Vorgängen auf dem Aktienmarkt verharrten Anlagewerte in der bisherigen festen Haltung.

Die Zeit
12. VI. 1917

Die Notenbanken im Kriege.

Deutsche Reichsbank.

KB Berlin, 11. Juni.

Der Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 7. d. zeigt im Vergleich mit dem Ausweis vom 31. Mai l. J. eine recht erfreuliche Entlastung. Die gesamte Kapitalsanlage hat nämlich um 127·2 auf 9358·9 Millionen Mark abgenommen. Diese hauptsächlich durch die nach Beendigung der Ultimoregulierung üblichen Rückflüsse herbeigeführte Verringerung geht noch über die in der ersten Juniwoche des Jahres 1913 eingetretene Entlastung hinaus, die nur 106 Millionen Mark betragen hatte. Im Zusammenhang mit der Verminderung der Anlage haben die fremden Gelder aber nur um 28·6 auf 4509·6 Millionen Mark abgenommen. Der Notenumlauf ist um 30 Millionen Mark zurückgegangen, dagegen brauchten nur für 19·2 Millionen Mark Darlehenskassenscheine in den Verkehr geleitet zu werden. Auch der Umlauf an metallischen Zahlungsmitteln hat abgenommen. Der Bestand der Reichsbank an Silber ist nämlich um 7·3 auf 41·2 Millionen Mark, der Goldbestand um 105.000 Mark gestiegen. Der Bestand an Darlehenskassenscheinen hat um 34·8 auf 466·4 Millionen Mark zugenommen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß sich der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen um 54 auf 4716·5 Millionen Mark erhöht hat.

Auf die sechste Kriegsanleihe sind in der ersten Juniwoche 227·8 Millionen Mark neu eingezahlt worden, so daß sich die Gesamtsumme der Einzahlungen nunmehr auf 12.051 Millionen Mark, gleich 92·9 Prozent des Zeichnungsergebnisses von annähernd 13 Milliarden Mark beläuft. Trotz der erheblichen Neueinzahlungen hat die Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Zwecke der Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe eine Verringerung um 22·9 auf 296·8 Millionen Mark, gleich 2·24 Prozent des vollbezahlten Anleihenennwertes, erfahren. Die Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Einzahlungen auf alle sechs Kriegsanleihen beträgt nach dem Stande vom 7. d. 947·1 Millionen Mark, das sind nur 1·6 Prozent des bisher vollbezahlten Nennwertes von 59·3 Milliarden Mark.

Nachstehend der detaillierte Ausweis

Ausweis vom 7. Juni.

	Mark Stand		Differenz
Aktiva:			
Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet	2.574,684.000	+	7,855.000
Darunter Gold	2.533,516.000	+	105.000
Reichs- und Darlehenskassenscheine	483,115.000	+	35,419.000
Andere Banknoten	4,861.000	+	2,650.000
Wechsel, Scheck und diskontierte Schatzanweisungen	9.250,165.000	—	114,389.000
Lombard-Forderungen	9,750.000	+	50.000
Effekten	92,959.000	—	12,006.000
Sonstige Aktiva	1.650,734.000	—	26,102.000
Passiva:			
Grundkapital	180,000.000		unverändert
Reservefonds	90,157.000		unverändert
Notenumlauf	8.265,124.000	—	30,090.000
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	4.530,804.000	—	28,539.000
Sonstige Passiva	417,263.000	+	49,295.000

New-Yorker Clearinghouse-Banken.

Wochenausweis vom 9. Juni.

	Diese Woche Dollar	Vorwoche Dollar
Vorschüsse	8.747,360.000	8.718,650.000
Eigener Barvorrat	392,550.000	449,150.000
Barvorrat der Bundesreservebank	333,100.000	339,200.000
Barvorrat bei anderen Banken	58,980.000	60,250.000
Kurzfristige Depositen	8,616,080.000	8.693,730.000
Langfristige Depositen	177,310.000	185,830.000
Notenumlauf	29,250.000	29,180.000
Surplusreserve	65,950.000	113,820.000

Fremdenblatt
12./VI. 1917

Gegen die Ausschreitungen der Effektenspekulation.

Nach einer langen Pause fast ununterbrochener Aufwärtsbewegung hat die Wiener Börse gestern zum ersten Male ein entschieden flaues Gepräge gezeigt. Die publizistischen Warnungen vor den Ausschreitungen der Effektenspekulation tun doch ihre Wirkung, und vor allem sind die wiederholten eindämmenden Maßnahmen der maßgebenden Faktoren, welche der Spekulation die volle Entschlossenheit vor Augen führen, die im Effektengeschäft hervortretenden Uebertreibungen nicht mehr zu dulden. Zuerst kam das Verbot des Handels in Austro-Americana-Aktien, und das Verbot des Handels in nicht zugelassenen Werten, dann die Maßnahmen gegen die Etablierung neuer Kulissen in Schrankenwerten. Gestern sind nun auch Maßnahmen der Banken bekannt geworden. Seitens der Direktionen einzelner Großbanken sind strenge Weisungen an die Organe, die den Verkehr mit dem Publikum pflegen, ergangen, Weisungen, die dazu dienen sollen, das Eingehen von Effektenengagements zu erschweren. So wird diesen Organen u. a. in Erinnerung gebracht, daß Käufe in Effekten im allgemeinen nur gegen bar effektuiert werden dürfen. Sollte sich aus gewissen Gründen die Notwendigkeit ergeben, Effekten zu belehnen, so müsse an dem Grundsatze festgehalten werden, daß zunächst unbedingt die Wohlmeinung der Direktion eingeholt werden müsse, daß nicht marktgängige Papiere oder Effekten, die besonders emporgewirbelt wurden, wie Schiffahrtswerte, überhaupt nicht den Gegenstand einer Belehnung bilden dürfen, in allen anderen Fällen der einzufordernde Zuschuß zumindest 40 bis 50 Prozent betragen müsse. Wie auch erinnerlich, haben vor einigen Tagen schon die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft und, wie verlautet, auch eine zweite Bank, ihre Kundschaft zur Zeichnung auf die Kriegsanleihe unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Rückschlages auf dem Aktienmarkte aufgefordert.

Man kann sich nicht verhehlen, daß der Effekt der Warnungen bisher kein übermäßiger gewesen ist, gestern aber hat es sich gezeigt, daß man an dem Ernst der Absichten, sowohl der Aufsichtsbehörde als auch der Banken, alles zur Eindämmung der Effektenspekulation Notwendige zu veranlassen, nicht mehr zweifelt. Und deshalb waren auch die Kursrückgänge erheblicher. Die Kurseinbußen bei den in den letzten Tagen stärker gestiegenen Bankenwerten bewegten sich zwischen 6 Kronen und 20 Kronen, Schiffahrtswerte gingen um 20 Kronen zurück, Transportwerte um 9 Kronen, Chemische Aktien um 33 Kronen, Elektrizitätsaktien um 13 Kronen, Emailaktien um 20 Kronen, Kohlenpapiere um 20 Kronen, Rüstungswerte um 11 bis 24 Kronen, Eisenwerte um 28 Kronen. Am stärksten war der Rückgang in Petroleumwerten, der zwischen 35 Kronen und 51 Kronen betrug.

Unberührt von der Abschwächung der Tendenz ist bloß der Anlagemarkt geblieben; der Markt der Staatswerte war fest. Es ist ja selbstverständlich, daß die oben erwähnten Weisungen für die Staatspapiere keine Geltung haben.

Die oben erwähnten Weisungen mehrerer Großbanken an deren Organe bringen im übrigen keine Neuerung, sie bringen vielmehr die schon seinerzeit erlassenen Vorschriften wieder in Erinnerung. So war es denn auch schon bisher vorgeschrieben, den strengsten Maßstab bei der Beurteilung der Deckungen anzulegen. Die Spekulation vollzieht ihre Käufe gegenwärtig meist durch Abhebung von Geldguthaben bei den Banken, Geldguthaben, die bei der jetzigen Geldflüssigkeit häufig sehr hoch sein dürften, oder durch Erlag großer Deckungen. Daneben sind aber offenbar auch andere Abschlüsse von schwachen Händen vollzogen worden, von Elementen, deren möglichste Fernhaltung von der Börsespekulation durchaus gewünscht werden muß.

Schon im vorigen Jahre, bei der Wiedereröffnung des Börsenverkehrs, im März 1916, hatte die Börsekammer eine Reihe von Verfügungen zur Eindämmung der Spekulation und zur Verhinderung etwaiger Ausschreitungen getroffen. So wurde angeordnet, daß nur Kassageschäfte abgeschlossen werden dürfen. Der Spekulation, die unter geringem Einsatz die innerhalb einer Woche oder eines Monats vorgekommenen Schwankungen berufsmäßig ausnützt, war mit dieser Einschränkung des Verkehrs auf das bloße Kassageschäft die Handlungsfreiheit entzogen.

Neues Wiener Tagblatt

12./VI. 1917

195

Staatskapitalismus *).

Vom Abg. Dr. **Otto Steinwender.**

Die riesigen Kriegsschulden werden in allen Staaten ebenso riesige Leistungen der Völker im Gefolge haben. Das ist allgemein bekannt, aber ebenso allgemein wird noch immer angenommen, daß man nur die Mittel aus der alten Apotheke der Finanzwissenschaft in verstärkter Dosis anzuwenden brauche, um des Uebels Herr zu werden. Also in erster Linie neue Steuern, wobei die einen den direkten, die andern den indirekten Steuern den Vorzug geben, obwohl es bekannt ist, daß sich fast alle direkten Steuern auf Umwegen durch Ueberwälzung in Belastungen der großen Massen, also in indirekte Steuern verwandeln. Zweitens sollen die Staatsbetriebe mehr eintragen, die Staatsbahnen, das Postwesen und der Tabak, und neue Monopole sollen dazukommen, wobei gewiß nicht übersehen wird, daß sich alle diese Mehreinnahmen in Mehrbelastungen der Massen umsetzen, in eine Herabdrückung der Lebenshaltung und in eine Steigerung der Preise. Moderner ist der Gedanke an eine Beteiligung des Staates an Zwangssyndikaten, die aber schließlich ebenfalls auf eine Verteuerung unentbehrlicher Gebrauchsgegenstände hinausläuft. Schließlich hat man sich auch mit einer Vermögensabgabe abgefunden, doch schiebt man ihr nur die Aufgabe zu, etwa ein Drittel der Kriegsschulden zu decken.

Das Buch Goldscheids: „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" weist andre Wege. Das Mißverhältnis zwischen dem politischen Machtapparat des Staates und seiner wirtschaftlichen Ohnmacht und damit seine Abhängigkeit vom Finanzkapital hat nicht erst der Krieg geschaffen. Allmählich hat sich die Verarmung des Staates vollzogen, die Kriege haben diese Entwicklung beschleunigt, aber die Höhe, welche die Staatsschulden durch den Weltkrieg erreicht haben, wird den Gärungsstoff zu einer neuen Gestaltung des Staates abgeben. Er ist ein Kapitalkonzentrator von unheimlicher Macht, er häuft immense Summen von positivem Kapital in den Händen einzelner zusammen und belastet den Staat und damit das Volk mit einem ebenso gigantischen negativen Kapital. Wenn man sich als Folgewirkungen des Krieges nur Reformen denkt wie Wahlrecht, Altersversicherung, hygienische Maßregeln, Steuerreformen, so wird man der Größe der Aufgabe nicht gerecht. Bisher gab es einen Individualismus des Nationalvermögens und einen Kollektivismus der Nationalschuld; nunmehr muß das Gleichgewicht zwischen Staatsschulden und Staatsvermögen dadurch hergestellt werden, daß der Staat so viel privates Kapital in seinen Besitz überführt, als für die Deckung der Schulden erforderlich ist, und zwar nicht in Form einer Vermögenssteuer als reiner Geldsteuer, sondern dadurch, daß ein Teil des werbenden Vermögens an den Staat übergeht.

Gewiß spricht gegen ein solches Vorgehen das alte Wort vom Schutze erworbener Rechte. Aber höher als das Recht der einzelnen steht das Recht der Gesamtheit, wie ja auch der Krieg über das Recht auf Leben und Gesundheit, auf Hab und Gut von Hunderttausenden und Millionen hinweggegangen ist, und ein erworbenes Recht ist schließlich doch auch das Recht auf Arbeitseinkommen. Zudem hat es doch die moderne Entwicklung dahin gebracht, daß in den meisten Fällen der Besitzer wohl den Besitztitel, nicht aber die Besitzverfügung innehat, daß der übergroße Teir der Kapitalisten gar keinen Einfluß auf das Kapital besitzt.

Wenn zum Beispiel im Deutschen Reich ein Drittel des werbenden Vermögens nach der früheren oder weniger als ein Viertel nach der gegenwärtigen Schätzung verstaatlicht wird, so erwirbt der in seinem Einkommen gekürzte Besitzer die Sicherheit des ihm verbleibenden Besitzes, die Konkurrenz des staatlichen mit dem privaten Betrieb befruchtet das Wirtschaftsleben, der Unternehmergeist wird nicht erdrückt, sondern durch das soziale Pflichtgefühl gehoben, aus wirtschaftlicher Unfreiheit steigt der Staat zur wohltätigen Macht empor, und an die Stelle des unpopulären Finanzministers tritt der volkstümliche Wirtschaftsminister.

Es ist ein Wahn, zu glauben, der Staat sei sicher, wenn das Proletariat national geworden sein wird, seine Sicherheit hängt vielmehr in höherem Grad davon ab, daß das Kapital national wird. Frei von den Fesseln des Staates ist bisher nur das Kapital, unfreier ist die Ware, im Verkehr gehemmt durch Erziehungszölle, Verwöhnungszölle und Entbehrungszölle, aber am unfreiesten ist der Mensch. Aus einer solchen Vergangenheit, die schon im Frieden unleidlich geworden ist, führt uns ein wirtschaftlich mächtiger Staat, den der Krieg in die tiefste Bedürftigkeit gestürzt hat, der aber gerade deshalb bestimmt ist, seine innersten Lebensnotwendigkeiten zu schaffen.

*) Staatssozialismus oder Staatskapitalismus von Rudolf Goldscheid. Wien, Anzengruberverlag.

Pester Lloyd 13./VI. 1917 196

Valutapolitik.

Von **Dr. Alexander Erdély.**

Budapest, 12. Juni.

Valuta-, Bank-, Geld- und Kreditpolitik werden, sobald auch der letzte Akt des großen Weltdramas seinen Abschluß findet und Friedensberatungen einsetzen, gangbare Begriffe werden. Aus dem Gesichtspunkte des Praktikers gibt es kaum eine wichtigere finanzielle Frage, ein Problem von größerer Bedeutung, das nach dem Kriege zu lösen sein wird, als das Verhältnis der Devisenkurse zum Außenhandel, als die künftige Einrichtung unseres Geldwesens, als die Sanierung der gegenwärtig unerträglichen valutarischen Verhältnisse. Die Erfahrungen während des Weltkrieges haben so manche Theorie über den Haufen geworfen. Es gibt der kontroversen Ansichten viele, und da ist es freudig zu begrüßen, wenn vielleicht am Vorabend einer neuen Aera valutapolitischer Entschließungen ein Buch erscheint, das im Wirrsal der gegenteiligen Meinungen, bei der Entwirrung der verschiedenartig sich ergebenden Fragen als guter Leitfaden zu dienen geeignet ist. Dr. Ernst Makai, dessen Studie über Valutapolitik im Verlage der Ungarischen Akademie der Wissenschaften soeben erschien,*) ist den Lesern dieses Blattes wohlbekannt. Seine valutapolitischen Abhandlungen im Pester Lloyd sind nicht nur beachtet, sondern mit vielem Interesse gelesen worden.

Der Autor betrachtet das Valutaproblem nicht als eine isolierte, mechanische Erscheinung, sondern behandelt es im Sinne Plenges, eines der hervorragendsten Valutapolitiker Deutschlands, als einen integrierenden Teil des wirtschaftlichen und finanziellen Organismus, in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Struktur des Landes. Zur Bekräftigung seines Standpunktes läßt er die bedeutendsten Valutapolitiker des jüngsten Jahrhunderts zu Worte kommen. Nebst Hume, Ricardo, Mill, Tooke und Göschen werden die Theorien von Irving Fisher, Stanley Jevons, Wicksell, Mises, Helfferich, Lumm, Pierge, Somary, Knapp und Bendixen einer eingehenden Würdigung unterzogen. Klassiker und Moderne in bunter Reihenfolge haben an der Diskussion ihren Anteil, wobei auch die Schriften der englischen, deutschen, österreichischen und ungarischen Währungsenqueten und Bankkommissionen aufgearbeitet wurden. Makai erblickt die Garantien einer im modernen Sinne betriebenen Valutapolitik oder einer guten Valuta nicht in gesetzgeberischen Verfügungen, sondern in der entsprechenden Hebung der natürlichen materiellen Kraftquellen des Landes, denn nebst Valutagesetzen und Bankstatuten übt die ganze Reihe der wirtschaftlichen und finanziellen Einrichtungen ihren Einfluß auf die Entwicklung der Valuta, so die Bank-, Kredit- und Kapitalsorganisation, der Zahlungs- und Auslandsverkehr, die Verschuldung gegenüber dem Auslande, die Zahlungsbilanz und noch mehr. Der Autor ist bestrebt, den Zusammenhang der erwähnten Erscheinungen mit der Valutafrage gründlich zu beleuchten. Aus diesem Grunde sind außer Valutafragen auch viele aktuelle, die Kredit- und Bankpolitik betreffende Probleme behandelt, von denen wir das Verhältnis zwischen Notenbank und Finanzinstituten, den internationalen Wertpapierverkehr und die Fragen der Kreditpolitik der Notenbank besonders hervorheben. Der Autor widmet große Sorgfalt der Behandlung des englischen Standpunktes und stellt diesem die neue deutsche valutapolitische Richtung gegenüber. Er gibt der Hoffnung Raum, daß die Mittelmächte einen solchen wirtschaftlichen und finanziellen Block bilden werden, dem es gelingen wird, sich in Hinkunft von Englands selbstsüchtiger Valutapolitik zu befreien.

Die vorliegende Studie ist in erster Reihe ein praktisches Handbuch, das ein Praktiker für seinen Kreis geschrieben. Die theoretischen Ausführungen konnten jedoch nicht vermieden werden, denn ohne Kenntnis dieser Lehren kann sich in der Valutapolitik kaum jemand zurechtfinden. Unter den theoretischen Problemen ist im Werke Makais die Wertbeständigkeit des Geldes besonders eingehend behandelt. Hinsichtlich der in bezug auf die künftige Wertbeständigkeit des Geldes zu befolgenden Valutapolitik ist Makai der Ansicht, daß man gegen die wissentliche Inflation, die von den neueren Theoretikern wie Steinemann-Bucher und Dr. Ernst Ruzicka in letzter Zeit so eifrig propagiert wurde, energisch ankämpfen muß, haben doch die bedeutendsten Valutapolitiker seit jeher als das idealste Ziel der Valutapolitik die Wertbeständigkeit des Geldes bezeichnet. Ob dieses Ziel ohne entsprechende Goldvorräte erreichbar ist, oder ob die Goldbeschaffung nach dem Krieg in den neutralen Staaten, die es anhäuften, möglich sein wird, wollen wir dahingestellt sein lassen. Die Finanzverwaltung wird andererseits für die Herabminderung des Notenumlaufes das Ihrige tun und durch neue Steuern und Abforderung sonstiger Abgaben zur Einschränkung des Notenumlaufes beitragen.

Der Autor ist hinsichtlich Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege mit dem Schweizer Volkswirt Walter Eggenschwyler gleicher Ansicht, der in seiner Studie: „Krieg, Konjunktur und Preisbewegung" darlegt, daß jeder Krieg infolge der enormen Kapitalszerstörung eine wirtschaftliche Depression nach sich zieht. So war das nach den napoleonischen Kriegen von 1814 bis 1857 und später nach dem amerikanischen und französisch-deutschen Kriege von 1873 bis 1895.

Von großem Interesse sind die Erörterungen über die Valutapolitik der Monarchie. Der Autor beginnt mit der Kredit-, Devisen- und Edelmetallpolitik der Notenbank, welche Ausführungen viel dazu beitragen können, daß die zahlreichen unrichtigen Ansichten über die Valutapolitik der Notenbank eine Korrektur erfahren werden. Insbesondere Knapp und dessen Gefolgschaft haben unsere Notenbank immer so hingestellt, als wenn sich diese von der Golddeckung gänzlich emanzipiert hätte. In diesem Belange hat sich der Autor einer dankenswerten Aufgabe unterzogen und auf einen Zeitraum von zehn Jahren nachgewiesen, daß die Devisenpolitik der Notenbank stets mit der Golddeckung und der Höhe des Zinsfußes in organischer und wechselseitiger Beziehung stand.

Die Verschuldung an das Ausland, wir wir sie in hohem Maße zurzeit bei den Ententestaaten sehen, wird einer scharfen Kritik unterzogen. Der Autor beurteilt die Aufnahme von Auslandsanleihen als der Valutapolitik des Landes nicht immer zuträglich; denn momentan bewirkt die einströmende fremde Valuta wohl eine günstige Entwicklung des heimischen Geldwertes, aber durch den ständigen Schuldendienst wird die Zahlungsbilanz des Landes auf Jahre hinaus dauernd belastet und durch diese ständige Passivpost auch die Gestaltung der Wechselkurse ungünstig beeinflußt.

Der Verfasser hat mit anerkennenswertem und seltenem Fleiß sich die große Weltliteratur über Geldwesen und Bankpolitik zunutze gemacht und die ungarische volkswirtschaftliche Literatur mit einem Werke bereichert, das über alle in Betracht kommenden Theorien der Valutapolitik orientiert und bei künftigen valutapolitischen Diskussionen gute Dienste zu leisten berufen sein wird. Eine deutsche Bearbeitung des Buches wird unter dem Titel „Währungsstudien mit besonderer Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn" als nächster Band der von Professor Julius Wolf und Georg Schanz herausgegebenen „Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen" bei Ferdinand Enke in Stuttgart erscheinen.

*) Dr. Makai Ernő: Valutapolitika. — Kritikai tanulmányok, különös tekintettel a legközelebbi jövő pénzügyi problemáira. (Magyar Közgazdasági Könyvtár és remekirók tára XIX. kötete. Kiadja a Magyar Tudományos Akadémia. Ára 8 korona.)

Pester Lloyd
13./VI. 1917

(Die Reformen an der Effektenbörse.) Der Verein der Effektenhändler hielt heute nachmittag unter dem Vorsitze des Börsenrates Peter Munk eine Ausschußsitzung, um jene Verfügungen zu erörtern, die der Verein seinerseits im Interesse der Eindämmung des Effekten-Privatverkehrs unternehmen soll. Der Vorsitzende teilte mit, daß von seiten des Börsenrates ein durch Schranken abgeschlossener Raum des Börsensaales zur Abwicklung des Privatverkehrs zur Verfügung gestellt wird. Innerhalb dieses Schrankens werden nur berufsmäßige Effektenhändler oder Schrankenmieter sich an der Geschäftsabwicklung beteiligen dürfen. Den Remissiers wird der Zutritt nicht gestattet, wie überhaupt innerhalb der Schranken nur diejenigen Personen sich werden aufhalten dürfen, die hiezu berufen sind. Die Aufstellung des neuen Schrankens soll schon in den nächsten Tagen erfolgen, so daß der neugeregelte Verkehr spätestens nächste Woche wird einsetzen können. Der außerbörsliche Kaffeehausverkehr wird neuerdings auf das allerstrengste verboten. Zuwiderhandlungen werden das erste Mal mit einer großen Geldbuße bestraft, im Wiederholungsfall ist jedoch auch der Ausschluß von der Börse vorgesehen. In der Sitzung kam auch die Frage der Wiederherstellung des Systems der befugten Agenten zur Sprache, doch ergab die Diskussion, daß unter den heutigen schwierigen Verhältnissen keine Möglichkeit besteht, die Remissiers und Kulissiers in dieses System einzufügen; demzufolge wurde diese Eventualität fallen gelassen. Wie wir erfahren, wird der neue Schranken ungefähr denselben Raum einnehmen, auf dem sich derzeit das Effektengeschäft abwickelt. Der oval angelegte Schrankenraum erhält zwei Zugänge; für die die Notierung besorgenden Sekretäre werden zwei Podien errichtet. Die Schrankenplätze der Banken werden sich an der äußeren Peripherie des Schrankens hinziehen, den Börsendisponenten der Banken wird jedoch auch der Zutritt in den Schrankenraum gestattet sein.

Österr. Volkszeitung
13./VI. 1917

Der Kursrückschlag an der Wiener Börse.

Nach Wochen ununterbrochener Aufwärtsbewegungen auf dem Wiener Wertpapiermarkt ist nun die unausbleibliche Kursabschwächung eingetreten. Die Zustände, die an der Börse durch die wilde Kauflust von allerlei sonst der Börse fernstehenden Elementen eingetreten waren, hatten eine unhaltbare Situation hervorgerufen, auf deren Gefahren das Publikum oft genug aufmerksam gemacht wurde. Kurse und Dividenden der meisten Aktien standen schon in gar keinem rechten Verhältnis zu einander, was aber nicht hinderte, daß immer neue Käuferschichten in die Kursbewegung eingriffen und die Preise der Dividendenpapiere emporwirbelten.

Die Mahnungen gegen diese Erscheinungen häuften sich und blieben, wie sich zeigt, schließlich doch nicht unbeachtet. Auch die den Marktverkehr regulierenden Stellen sahen sich, wie es heißt, veranlaßt, aus ihrer mehr passiven Haltung gegenüber den Vorgängen an der Börse herauszutreten und Maßnahmen zur Einschränkung der Kauflust zu treffen. So sollen in den letzten Tagen einzelne Banken schärfere Bestimmungen gegenüber ihrer Effektenkundschaft angewendet und vor allem erhöhte Zuschußforderungen gestellt haben. Auch das dürfte zu der Abschwächung der letzten Tage beigetragen haben, die mit wenigen Ausnahmen alle Gebiete des Aktienmarktes ergriffen hat.

Im übrigen muß aber betont werden, daß sich der durchaus notwendige Realisierungs- und Liquidationsprozeß, der sich jetzt an der Börse vollzieht, in durchaus ruhigen Formen abwickelt und die gegenüber den Hochkursen teilweise allerdings schon erheblichen Kursrückgänge noch keineswegs ein Kursniveau herstellen konnten, das irgendwie den Ausdruck pessimistischer Beurteilung der besonderen Lage der betreffenden Gesellschaften oder der allgemeinen finanziellen Lage bedeuten würde. Auch die Kursrückgänge der zwei letzten Tage konnten die in den Preisen zahlreicher Aktien eingetretenen Uebertreibungen noch nicht beseitigen.

Die Ausschreitungen an der Budapester Börse.

Aus Budapest, 12. d., wird telegraphiert: Der Börsenrat hat folgenden Aufruf erlassen: Der Börsenrat ist gezwungen, aus den Symptomen des Wertpapierverkehres die Feststellung abzuleiten, daß die Kurse der Wertpapiere in vielen Fällen eine Höhe erreicht haben, bei der das Abschließen von Geschäften eine die normale übersteigende Vorsicht erfordert. Der Börsenrat wendet sich daher mit der ernsten Aufforderung an die Börsenmitglieder, einerseits bei ihren eigenen Geschäftsschlüssen jene Behutsamkeit und wirtschaftliche Nüchternheit an den Tag zu legen, deren strenges Voraugenhalten unter den gegenwärtigen Verhältnissen in erhöhtem Maße notwendig ist, andererseits aber es als ihre Pflicht zu erachten, alle jene, mit denen sie in Verbindung kommen, aufzuklären, daß eine solche momentane Bewertung gewisser Effekten, die in abnormalen Kursen zum Ausdruck gelangt, für diejenigen, die solche Geschäfte eingehen, schwere Gefahren in sich bergen kann.

Endlich ersucht der Börsenrat sämtliche mit Effektengeschäften sich beschäftigenden vaterländischen Geldinstitute, Privatbankiers, Agenten und Effektenhändler, durch die Feststellung leichter Kreditbedingungen geschäftliche Uebergriffe nicht zu fördern.

Fremdenblatt

14. VI. 1917

199

Englische Kriegsfinanzen.

Von Johannes Birk.

I.

Bonar Law, der Schatzkanzler Englands, hat seine Aufgabe in einer Zeit übernommen, wie sie auch finanziell für Großbritannien noch nie schwieriger gewesen ist. Durch geduldige Zähigkeit und eiserne Ausdauer hervorstechend, mag dieser Mann, ein Schotte von Geblüt und ein kühlberechnender Geschäftsmensch, wohl der geeignetste für den überaus schweren Posten sein. Dennoch sieht auch er sich jetzt vor eine geradezu unlösbare Aufgabe gestellt. Als er vor einigen Tagen im Unterhause einen neuen Kredit von 600 Millionen Livres Sterling beanspruchte, gab er dem Parlament einige beängstigende „Aufklärungen". Angenommen, Bonar Law hat die tatsächlichen Ziffern genannt und nichts verschwiegen: Der Krieg kostet England täglich die Riesensumme von 7½ Millionen Pfund, d. i. etwa 180 Millionen Kronen. Es ist noch gar nicht lange her, als die täglichen Kriegsausgaben Englands sich nur auf 5 Millionen Livres Sterling beliefen, um dann rasch auf 6, 6½, 7 und nunmehr 7½ Millionen emporzuschnellen. Seine Begründung findet das nicht nur in den stets wachsenden Unterstützungen Großbritanniens an seine Verbündeten (im Augenblick fast 50 Millionen Kronen per Tag!), sondern auch in der unabsehbaren Verteuerung der Munitionsherstellung und Munitionszufuhr, die infolge stetiger Verringerung des Frachtraumes und der Verluste durch den U-Boot-Krieg noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Auch die Verwaltung des riesigen Flottenapparates erfordert außerordentlich hohe Mittel.

Die oben erwähnte Erklärung Bonar Laws folgte ziemlich rasch auf seine erste Budgetrede im Parlament von Westminster. In dieser versuchte der britische Schatzkanzler, „die befriedigende Entwicklung der Staatseinnahmen" in rosigen Farben zu schildern, ohne daß es ihm recht gelang. Das englische Budgetjahr läuft mit 31. März ab, und Bonar Laws Erklärungen zufolge — immer vorausgesetzt, daß sie auch richtig sind und nichts verschleiern — kostete im Budgetjahre 1916/17, also im vor kurzem abgelaufenen, der Krieg England per Tag durchschnittlich etwas über 6 Millionen Pfund. Nach den jüngsten Angaben des Schatzkanzlers aber wird der Krieg im neuen Budgetjahre zumindest um ein Viertel mehr verschlingen, wobei Law sich hütete, festzustellen, daß es bei den 7½ Millionen unmöglich bleiben könne. Doch selbst bei stabilen 7½ Millionen per Tag darf man mit Jahresauslagen im Betrage von rund 2,7 Milliarden Livres Sterling rechnen, eine Summe, die sogar in diesen Zeiten als enorm hoch und beispiellos anzusehen ist. Und nun beanspruchte der Schatzkanzler neue 600 Millionen Pfund, womit er — selbst bei gleichbleibenden Kosten — nicht einmal ein Vierteljahr weiter zu wirtschaften imstande sein wird.

Was jedoch die über 6 Millionen täglichen Kriegskosten im Budgetjahre 1916/1917 eigentlich für die englische Finanzgebarung bedeuten, geht unverkennbar aus Bonar Laws Erklärung hervor, daß die Ausgaben des genannten Jahres die Voranschläge um 372 Millionen Pfund überschritten haben. Die Gesamtausgaben des Inselreiches beliefen sich in Friedenszeiten auf kaum die Hälfte, z. B. im Budgetjahr 1913/1914 (das heißt bis 31. März 1914) auf 180 Millionen. Vergleicht man diesen Betrag mit den für 1917/1918 erforderlichen 2,7 Milliarden, so findet man, daß England jetzt sechzehnmal so hohe Ausgaben hat. Und dabei ist noch zu berücksichtigen, daß durch die 2,7 Milliarden nur die Kriegskosten gedeckt erscheinen.

Der englische Schatzkanzler hat auch festgestellt, die Schulden Großbritanniens beliefen sich bis 31. März dieses Jahres auf 3854 Millionen Livres Sterling (während sie bis 31. März 1914 900 und bis 31. März 1915 1050 Millionen betrugen). Von den genannten 3854 Millionen wären nach Laws Erklärungen 970 für Vorschüsse abzuziehen, die England an Kolonien und Verbündete gemacht hat. Danach blieben nur 2,9 Milliarden Livres Sterling Schulden. Obzwar auch schon dieser Betrag beispiellos in der Wirtschaftsgeschichte dasteht, ist er nicht richtig. Bereits im vergangenen Sommer, als die Staatsschuld noch bedeutend niedriger als heute war, ist sie von gründlichen englischen Nationalökonomen mit über 4 Milliarden Pfund berechnet worden. Diese Ziffer hat damals u. a. Sidney Webbs angegeben.

Neue Freie Presse 14./VI. 1917 200

Die Bewegung auf der Budapester Börse.

Aeußerungen von Fachmännern.

Simon v. Krausz,

Generaldirektor der Ungarischen Bau- und Handelsaktiengesellschaft.

Einmal hatte ich bereits Gelegenheit, in Ihrem Blatte auseinanderzusetzen, daß ich einen günstigen Stand unserer Wertpapiere für natürlich finde, obwohl ich, wie jeder nüchtern denkende Mensch, hiebei die Uebertreibungen und Auswüchse verurteilen muß. Niemand kann es jedoch verhindern, daß die Bargeldmittel, welche sich außerordentlich vermehrt haben, bis zu einem gewissen Grade auch in Wertpapieren Verwendung suchen. Ebenso wie der Wert des Grundbesitzes, der Baugründe und aller anderen Materialien höher geworden ist, haben sich auch die Aktien der Unternehmungen verteuert, deren Vermögenszuwachs zum Teil auf der Produktion von Materialien, zum Teil auf dem hohen Wert der Wareneinrichtungen, anderseits aber auf den Lieferungen zu gesteigerten Preisen beruht. Denn im Endergebnis ist die Aktie nichts anderes als die Teilhaberschaft an einem Unternehmen.

Was die Lage des Budapester Marktes betrifft, so befassen sich der Börserat, aber auch die Banken und Kommissionäre damit, das Geschäft bis zu einem gewissen Maße zu systemisieren. Der gesteigerte Verkehr, die Vielfältigkeit der Werte und der infolge des Krieges verringerte Stand an alten, erprobten Kräften — und hier muß ich in erster Reihe auf den Mangel an Arbeitskräften beim Giro- und Kassenverein hinweisen — verursachten jene technischen Schwierigkeiten, manchmal Störungen und Systemlosigkeiten, welche die Interessenten einmütig zu beheben bestrebt sind. Daß die Ausfolgung von Tageskarten schon vor Wochen eingeschränkt wurde, ist bloß auf den Umstand zurückzuführen, daß der Börsenrat die Abwicklung des Effektenverkehres ausschließlich in berufenen Händen sehen will und von außen kommende unberufene Elemente fernzuhalten wünscht.

Ich möchte hier aber auch auf einen Umstand hinweisen, bei welchem ich anderer Ansicht bin, als sie vielfach, namentlich in Laienkreisen, geäußert wird. Man hört oft, daß die Effektenbewegung die Zeichnung von Kriegsanleihe beeinflusse, indem viele wertvolle Elemente davon abgehalten werden könnten. Das halte ich nicht für richtig. Am besten beweist dies der große Erfolg der gegenwärtigen Kriegsanleihe. Denn wenn die Stimmung der Börse eine zuversichtliche ist, wird das Vertrauen im Publikum auch stärker und die Neigung zur Subskription von Kriegsanleihen größer. Im allgemeinen wirkt die Effektenbewegung auf die Stimmung günstig ein. Allerdings sollen Effektenkäufer nicht übersehen, daß die Schuldenlast des Staates, die er glücklicherweise zum großen Teil der inländischen Bevölkerung gegenüber übernommen hat, allmählich in Form verschiedener Steuern und Abgaben verringert werden muß. Deshalb ist eine gewisse Umsicht und Vorsicht geboten, obwohl meiner Ueberzeugung nach die heimischen Unternehmungen bei der Aufstellung ihrer Bilanzen reichlich für die Reservierung der voraussichtlichen Steuern Sorge tragen.

Adolf Wertheimer,

Direktor der Pester Ungarischen Kommerzialbank.

Der Rat der Budapester Waren- und Effektenbörse hat sich veranlaßt gefühlt, einen Aufruf an die Mitglieder der Börse zu erlassen, worin an selbe die Aufforderung gerichtet wird, sowohl bei Börsengeschäften, wie sie sie für eigene Rechnung durchführen, als auch bei Erteilung von Ratschlägen an Kommittenten eine besondere Vorsicht walten zu lassen und Rücksicht zu nehmen auf die eigenartigen Verhältnisse, die den derzeit erhöhten Kursstand fast aller notierten Effekten herbeigeführt haben.

Meines Erachtens hat der Rat der Budapester Waren- und Effektenbörse sich als auf der Höhe der Situation stehend erwiesen, indem er seine Aufgabe nicht nur darin erblickte, die administrative Führung des Börsenbetriebes in der Hand zu halten, sondern sich auch für den Faktor erachtet, dessen Aufgabe es ist, die Börse in höherem Sinne auch tatsächlich zu leiten und sie in die Lage zu versetzen, den ihr zukommenden Funktionen bei der Wahrung hoher staatlicher und wirtschaftlicher Interessen auch entsprechend gerecht zu werden.

Es wäre ungerecht, die in den letzten Zeiten eingetretenen großen Kurssteigerungen ausschließlich der Spekulation und der Gewinnsucht zuzuschreiben. Viele Umstände haben mitgewirkt, daß das Kursniveau gegen die Friedenszeit eine derart umfassende Veränderung nach oben erfahren hat. Ich muß Oftgesagtes wiederholen, wenn ich diese allgemeine Kurssteigerung zurückführe auf das Ansammeln brachliegender Kapitalien, die aus der zwangsweise erfolgten Auflösung zahlreicher Warengeschäfte und aus dem Verkauf vieler Realitäten resultieren. Verlockend wirken hiebei die sehr bedeutenden Gewinne der zahlreichen Industrieunternehmungen, die sich der Kriegsausrüstung gewidmet haben. Ich möchte noch besonders unterstreichen, daß gegenüber den Ansammlungen von Kapitalien die Anzahl der Effekten, die zum Börsenhandel während der Kriegszeit zugelassen worden sind, eine geringfügige ist.

Wenn ich trotzdem die erlassene Warnung des Budapester Börsenrates für vollkommen richtig und zweckentsprechend erachte, so leitet mich hiebei die Gewißheit, daß gerade die Umstände, welche eine Besserung des Erträgnisses und Kapitalswertes bewirken, gewissenlosen und nur auf eigene Interessen bedachtnehmenden Elementen die Möglichkeit bieten, unter dem Scheine objektiver und wirtschaftlich zulässiger Begründung der Börse bisher nicht zur Verfügung gestandene Kapitalien, respektive deren unerfahrene Besitzer in ihre Netze zu locken und für ihre selbstsüchtigen Zwecke in Kontribution zu setzen. Diesen Umstand glaubt der Börsenrat bei einer Anzahl von Kurssteigerungen erkannt zu haben und wünscht noch zur rechten Zeit unlauteren Absichten die Betätigungsmöglichkeit zu entziehen. Ich bin dessen sicher, daß diese Verfügung des Börsenrates zu Mißverständnissen keinen Anlaß bietet und die von Nebenumständen erforderten Maßregeln, die mit dem notorisch gesunden Aufbau der Effektenbörse nicht in Zusammenhang gebracht werden können, keine Kommentare zeitigen werden, die, aus gehässigen Absichten entspringend, nur der guten Sache Schaden zufügen wollen.

Neue Freie Presse

15./VI. 1917

Rede des Finanzministers Dr. v. Spitzmüller.

Ueber den Staatshaushalt, den Geldwert und die Steuern.

Wien, 14. Juni.

Dr. v. Spitzmüller ist im Finanzministerium aufgewachsen. Er hat das Präsidium geleitet, war später an der Spitze der Abteilung für das Budget, Mitarbeiter bei den Verhandlungen über den Ausgleich und Vizepräsident der Finanzlandesdirektion von Niederösterreich. Er kennt jede Ziffer, hat mit jeder Post im Frieden schon zu tun gehabt, jedes wichtigere Steuerbekenntnis durchgesehen, und so hatten die Abgeordneten bei seiner Rede das Gefühl, als würden sie von einem Bergführer über Geröll und Felsen mit sicherer Wegkunde zur Höhe geleitet werden. Ein Finanzpolitiker spricht aus dieser Rede, ein Mann, der diese Pflicht im Kriege übernommen hat, nicht weil ein Zufall es so wollte, sondern weil die Erziehung seines Lebens ihn dazu bestimmte. Das ist schon in der Anlage seines Exposés zu merken. Wir finden darin viel Selbständigkeit des Urteils, viel Einsicht in die Notwendigkeiten, aber auch in die Möglichkeiten. Oesterreich allein hat an Kriegsschulden vierunddreißig Milliarden aufgenommen, der Rahmen des Budgets ist völlig gesprengt und der Wert des Geldes verschlechtert. Wenn jedoch der Krieg heute zu Ende kommen sollte und morgen die Friedensarbeit beginnen könnte, würde der Uebergang durch die unbestreitbare Tatsache erleichtert werden, daß die auswärtige Verschuldung fast nur durch die Markanlehen in Deutschland zugenommen hat. Wir haben die fremden Märkte mit unseren Renten und Schatzscheinen nicht überführt, den Bedarf des Krieges, so weit er nicht durch Banknoten oder durch Kredite in Deutschland beschafft wurde, aus Eigenem bestritten. Die vierunddreißig Milliarden sind zum großen Teile österreichisches Kapital, österreichisches Volksvermögen, herausgezogen aus der allgemeinen Wirtschaft und verwendet für das Heer sowie für den Unterhalt der ärmeren und mittleren Klassen. Verloren sind von den vierunddreißig Milliarden die Zerstörungen an Kapital, an Mitteln neuer Erzeugung. Dem Griffe des Finanzministers zugänglich sind jedoch die aus den Kriegsausgaben entsprungenen Gewinne, die Vorteile aus den Preissteigerungen, der Zuwachs an Besitz und Einkommen durch den Einfluß der Milliarden, welche die gesellschaftlichen Ungleichheiten noch vermehren und neben dem sich rasch häufenden Reichtum die Bedrängnisse der Dürftigkeit ausbreiten.

Wie stellt sich der Finanzminister Dr. v. Spitzmüller zu den ins Riesenhafte sich stürmenden Schwierigkeiten? Seine Finanzpolitik kommt nicht aus Leidenschaft, sondern aus der Sachlichkeit eines Urteils, das unvoreingenommen Einkommen und Reichtum trifft, weil es nützlich und dem Staate unentbehrlich ist. Die Rede ist keine Predigt, sondern die praktische Anweisung, wie der oberste Grundsatz durchgeführt werden könnte, daß die Herstellung des Gleichgewichtes und die Besserung des Geldwesens mit nachdrücklichem Ernste angefaßt werden, um das Vertrauen zu gewinnen, das wir nach dem Frieden bei der Ergänzung der Vorräte an Rohstoffen auf den fremden Märkten brauchen werden. Wir dürfen uns nicht vernachlässigen, nicht im Budget und nicht in der Valuta, deren untrennbarer Zusammenhang und stete Wechselwirkung in der Rede des Finanzministers hervorgehoben werden. Eine Finanzpolitik, die nicht die Sorge um die Deckung der Zinsen aus den regelmäßigen Einnahmen sowie um die Stetigkeit des Geldes in den Mittelpunkt rücken wollte, würde diesen Namen gar nicht verdienen. Wenn die Verwirrung bliebe, die schon an sich die Preise in die Höhe treibt und die Kaufkraft des Einkommens vermindert; wenn sich die Vermögen zerbröckeln und ihr in Geld ausgedrückter Wert schwindet, muß auch das Budget, dessen Ziffern weder mit der wirklichen Beschaffbarkeit von persönlichen Diensten oder von Gütern übereinstimmen, ungeregelt sein. Dr. v. Spitzmüller gehört jedoch nicht zu den Menschen, welche die Valuta wie einen Bergsturz hinnehmen, gegen den die Kraft versagt. Er glaubt, daß auch diese Schwierigkeit zu überwinden sei. Ein kleines Beispiel, mag es vollständig passen oder nicht, bestätigt diese Ansicht. Spanische Noten und Wechsel haben nach dem Kriege mit den Vereinigten Staaten den tiefsten Angstpreis gehabt. Bis zum Ausbruch der jetzigen Ministerkrise hatten auf Pesetas ausgestellte Anweisungen einen höheren Wert als Pfund Sterlinge. Der Krieg war voll Ueberraschungen und der Friede wird es noch mehr sein.

Der Finanzminister will die schon bestehende Gewinnsteuer vom Parlamente ändern lassen, eine Vermögenssteuer und eine Kartellsteuer einführen und den Aufwand belasten. Die Vermögenssteuer ist selbstverständlich; nicht als Maßregel der Klassenpolitik, sondern als Opfer, das der Staat im Kriege fordern kann, weil er durch seine Armee die Sicherheit des Besitzes verteidigt und geschützt hat. Die vielfach umstrittene Auffassung, daß die Steuern eine Gegenleistung des Bürgers für die Dienste des Staates sind, läßt sich in diesem Falle rechtfertigen. Die schrecklichste Vermögenssteuer wäre die von unseren Soldaten verhütete Brandschatzung der Feinde gewesen. Das Volksvermögen wurde erhalten, vor Verwüstungen geschützt und nichts kann gerechter sein als die Forderung nach einer Abgabe als Gegenleistung für das große Vollbringen, durch das die wirtschaftliche Kraft jedes Einzelnen gerettet wurde. Der Finanzminister hat angedeutet, daß er mit Vorbehalt künftiger Entscheidung zu einer mittleren Form hinneige, zwischen der einmaligen Abgabe und der beständigen. Er will die Früchte vom Baume nehmen, aber nicht die Art an den Stamm legen und auch nicht die Wurzeln ausreißen. Die Ziffern hat er nicht mitgeteilt, und nur den Wert eines Beispieles kann es haben und nur der Wunsch, den Plan des Herrn Dr. v. Spitzmüller anschaulich zu machen, ist es, wenn in einigen Worten gesagt wird, wie etwa eine solche Vermögenssteuer gebaut werden könnte.

Der Finanzminister kann sagen, daß sie in den höchsten Stufen zwanzig oder fünfundzwanzig Prozent betrage, die in gleichmäßigen Raten durch zehn Jahre zu entrichten seien. Der Staat müßte, wenn dieser Plan ausgeführt werden sollte, ein Viertel der großen Vermögen bekommen. Dieses Kapital ist jedoch ein lebendiger Bestandteil der Betriebe in den Fabriken; es steckt in Bergwerken, Landgütern und Häusern und kann nicht plötzlich an den Staat überwiesen werden. Deshalb soll die Abwicklung auf die Dauer von zehn Jahren erstreckt werden. Der verminderte Geldwert hat von jedem Eigentum, das nicht durch Ueberwälzung oder durch Sicherung der Weltmarktpreise unversehrt bleiben kann, ein Viertel verschlungen. Die Steuer soll unter den hier angegebenen Voraussetzungen ebenfalls ein Viertel kosten. Der Finanzminister will ferner die kartellierten Unternehmungen höher belasten, und schon jetzt ist der Staat in einzelnen Fällen der Teilnehmer ihrer Gewinne. Er will auch sparen, und darin sehen wir die schwerste und zugleich die notwendigste Pflicht. Sparen berührt Menschen und greift in die Familien. Der Finanzminister hat selbst erzählt, daß bis zum Ende des laufenden Jahres mehrere Milliarden für die mannigfachen Zwecke der Kriegsnot im Volke ausgegeben sein werden. Es wird trotzdem geschehen müssen, und wir brauchen diese Eroberungen im Budget, weil die Mittel aufzubringen sind für die sozialen Arbeiten. Die Rede des Finanzministers ist schlicht in der Form, durchdacht in den leitenden Gedanken und Zusammenhängen, nicht hoffnungsselig und nicht zittrig, sondern der Ausdruck besonnener Ueberlegung.

Die Zeit 15./VII. 1917

Das Finanzexposé.

Dem österreichischen Staatsbürger wird ein lang entbehrter Genuß zuteil: er bekommt wieder einmal ein Finanzexposé zu lesen. Es ist freilich das absonderlichste seiner Art, das man jemals gesehen hat. Wenn sonst ein Finanzminister vor das Abgeordnetenhaus trat, um eine Budgetvorlage zu erläutern, nannte er vor allem eine Reihe von Ziffern, deren Zusammenfassung und Gegenüberstellung sich von selbst verstand. Einnahmen und Ausgaben, Ueberschuß oder Abgang, allfällige Bedeckung. Das war das feste Gerüst des Finanzexposés, und ausgefüllt wurde es durch staatswirtschaftliche Darlegungen und statistische Angaben über die Entwicklung der Steuern, Zölle, Monopole, Staatsbetriebe und über das Wachstum der wichtigsten Ausgabeposten. So sah ein Finanzexposé zu Friedenszeiten aus. Zur Kriegszeit muß es natürlich anders sein, schon darum, weil die eine Post: Kriegsausgaben, ihren Riesenschatten über das ganze Budget wirft. Alle sonstigen Budgetziffern erscheinen in anderer Beleuchtung, in anderen Verhältnissen, wenn die große Kriegsmilliardenziffer daneben steht. Der Finanzminister hat gestern kein Geheimnis verraten, als er dem Hause mitteilte, daß wir — für Oesterreich allein — bereits bei der vierunddreißigsten Milliarde der Kriegsschulden halten. Die Nennung dieser Ziffer genügt vorläufig, niemand kann jetzt ins einzelne gehende Aufschlüsse über die Verwendung dieser ungeheuren Summe erwarten. Auch in anderen Ländern werden die Kriegsausgaben nur in runden Ziffern bekanntgegeben und nicht vor der Oeffentlichkeit verrechnet. Aber in anderen Ländern besteht die gute Gepflogenheit, neben dieser vorläufigen Sonderbehandlung des Kriegsbudgets die sonstige Budgetwirtschaft wie in normalen Zeiten ruhig weiterzuführen. So klein sich auch die regulären Ziffern der Staatsverwaltung gegenüber den Kriegskosten ausnehmen mögen, man hält deshalb doch an der herkömmlichen Ordnung des Staatshaushaltes fest und legt für jedes Ressort den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben vor. So ist es in den feindlichen wie in den verbündeten Ländern Brauch, und auch in Ungarn wird es so gehalten.

Nur in Oesterreich besteht eine Ausnahme. Der Finanzminister hält ein Finanzexposé, das heißt, er gibt fachmännische Erläuterungen zum Budget, aber das Budget selbst behält er in der Schreibtischlade. Wir erfahren nur beiläufig, daß die Steuerergebnisse befriedigend, „zum Teil überraschend günstig" sind, daß die Ausgaben infolge der Kriegsverhältnisse — auch abgesehen von den unmittelbaren Kosten des Krieges — enorm gestiegen sind, daß an die autonomen Körperschaften und an noch eine andere „große Reihe von Institutionen" beträchtliche Vorschüsse und Garantiebeträge ausbezahlt werden mußten, in einem derartigen Umfang, „daß eigentlich ein neues Budget neben dem bisherigen entsteht". Aber genaue Ziffern erfahren wir weder über das bisherige noch über das neue. Der Finanzminister begnügt sich mit der allgemeinen Feststellung: „Der Krieg hat den Rahmen unseres Budgets völlig gesprengt." Das ist ohne weiteres zu glauben, warum aber bei der Sprengung des Rahmens das Budget selbst mit all seinen Ziffern sich in der Luft verflüchtigt haben soll, ist doch nicht gut einzusehen. Wir Oesterreicher wünschen keine finanzielle Ausnahmsstellung, wir wollen, wie alle anderen Europäer und wie auch unsere ungarischen Brüder, einen ziffermäßigen und kontrollierbaren Staatsvoranschlag zu sehen bekommen, wir halten uns an die guten Budgetgewohnheiten parlamentarischer Länder und ziehen sie den schlechten Gewohnheiten vor, die sich in drei Jahren parlamentsloser Wirtschaft herausgebildet haben. Der Finanzminister hat gestern überzeugend dargetan, wie viel für unsere Retablierung, für unseren Staatskredit davon abhängt, daß wir „sofort den Ernst zeigen, wieder Ordnung in die Staatswirtschaft zu bringen". Aber diese Ordnung kann nicht nur in der Erfindung neuer Steuern, sondern muß vor allem in der Rückkehr zu klarer, öffentlicher Budgetrechnung bestehen, und wenn das Abgeordnetenhaus in dieser Sache sofort seinen Ernst zeigt, wird es hoffentlich den Intentionen des Finanzministers nicht entgegenhandeln. Auch das ungünstigste Budget ist immer noch besser als gar keines.

Vossische Zeitung

206

16. Juni 1917

Die Zukunft unserer Valuta.

Eigener Drahtbericht.

Köln, 15. Juni.

In einer Versammlung der Vereinigung rheinisch-westfälischer Banken und Bankiers, die heute nachmittag im großen Sitzungssaal des Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln stattfand, sprach Georg Bernhard über „Die Zukunft unserer Valuta". Es sei, so führte er aus, sicherlich falsch, der Möglichkeit der Wiederherstellung unserer Valuta nach dem Kriege mit leichtfertigem Optimismus gegenüberzutreten, aber andererseits liege auch nicht die mindeste Veranlassung vor, übertriebenen Pessimismus zu hegen, wie er jetzt vielfach von Unberufenen gepredigt wird.

Daß in der Behandlung unserer Geldfrage viel Unsachverständigkeit unterlaufe, beweise schon die Tatsache der Durcheinandermengung der Begriffe „Geldentwertung" und „Rückgang der Valuta". Geldentwertung bedeute Rückgang der Kaufkraft des Geldes auf dem innern Markt. Die Tatsache, daß man für die gleiche Menge Geld weniger Ware bekommt, braucht ihre Ursache durchaus nicht im Geld, sondern kann sie auch in der Ware haben. Es ist nun sehr die Frage, ob wirklich, wie vielfach behauptet wird, die starke Neuschaffung von Geld im Kriege als Inflation wirkt und die Warenpreise steigert, oder ob sich die Warenpreissteigerung nicht aus der im Kriege natürlichen Veränderung von Angebot und Nachfrage erklärt. Auf alle Fälle hat das eigentliche Valutaproblem mit der Frage der Geldentwertung gar nichts zu tun, es sei denn, daß es die Preise der eingeführten Waren verteuert, und damit indirekt auf die Gestaltung der Warenpreise und des Geldwertes im Inlande einwirkt.

Warum notieren Wechsel auf Deutschland im neutralen Auslande so niedrig? Nicht etwa, weil das Ausland zu unserer Geldwirtschaft kein Vertrauen hat oder gar, weil es die Gefahren der Inflation fürchtet, denn wie müßten dann Wechsel auf Paris stehen? Es ist fraglos, daß England sich bemüht, überall Mißtrauen gegen unser Geldwesen zu schaffen, und daß spekulative Machenschaften nicht ohne Einfluß auf den Stand unserer Valuta geblieben sind. Aber das kann nur gewisse, engumschriebene Wirkung ausüben. Die Hauptsache bleibt die vollkommene veränderte Zahlungsbilanz Deutschlands.

Im Frieden sei unsere eigentliche Warenhandelsbilanz immer stark passiv gewesen. Wir haben durch den Ertrag unserer Schiffahrt, durch Agentenlöhne und durch Zinsen auf unsere Auslandsforderungen diese Passivität ausgeglichen. Im Kriege ist nur die Warenhandelsbilanz geblieben, und diese ist erheblich passiver als in normalen Zeiten, denn wir führen erheblich mehr ein als wir ausführen und müssen meist sofort zahlen. Die selbstverständliche Folge dieses Zustandes ist, daß eine riesenhafte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln entsteht, und daß Forderungen auf Deutschland im Auslande angeboten sind.

Nun darf man aber nicht vergessen, daß wir heute nur die sogenannten Nebenvaluten zahlen können. Welche geringen Umsätze sind früher an deutschen Börsen in den Devisen Schweiz, Holland und Skandinavien gemacht worden? Wenige Millionen Umsätze hätten im Frieden schon den Kurs stark bewegt. Heute, wo auf dieser schmalen Basis riesengroße Umsätze stattfinden, müsse die Steigerung bei solcher Nachfrage enorm sein, zumal jeder Ausgleich durch die Arbitrage fortgefallen ist. Wir müssen es ablehnen, den Stand unserer Valuta an den Nebenvaluten messen zu lassen. Wir wissen heute, wie wir Wechsel auf Holland, Schweiz und Skandinavien zahlen müssen, wenn wir sie brauchen, aber das beantwortet uns noch nicht die Frage, wie unsere Valuta steht. Das werden wir erst an dem Tage sehen, an dem die Grenzen geöffnet sind, und die deutsche Valuta an den Weltdevisen wieder gemessen werden kann. Dann werden wir auch erst sehen können, wie die Welt eigentlich die englische Valuta bewertet.

England hat mit künstlichen Mitteln seinen Wechselkurs während des Krieges ziemlich aufrecht erhalten; es hat aus Indien, Aegypten, Belgien, Rußland, Frankreich und Italien Gold geraubt oder geliehen, davon hat es weit über eine Milliarde nach Amerika geschickt. Es hat außerdem über eine Milliarde Staatsschulden in Amerika und unberechenbare Privatschulden seiner Kaufleute und Industriellen in der ganzen Welt zusammengehäuft. Es wird ein schwarzer Tag für England sein, wenn diese Schulden fällig werden. Mit dem Friedensschluß wird die starke Passivität der englischen Zahlungsbilanz offenbar werden. Dagegen wird Deutschland am Tage des Friedensschlusses seine Guthaben im Auslande zur Verfügung bekommen. Sie werden unsere Schulden ans Ausland erheblich überragen, denn die uns geschuldeten Zinsen haben sich seit drei Jahren aufgesammelt. Während England seine fremden Wertpapiere in erheblichem Maaße bereits ans Ausland abgestoßen hat, wird Deutschland seinen Besitz an fremden Papieren nachher zur Bezahlung ans Ausland frei haben.

Man hat der Reichsbank den Vorwurf gemacht, nicht mehr Gold während des Krieges ins Ausland gesandt zu haben. Diese Goldhamsterei der Reichsbank ist in Wirklichkeit ein Segen für Deutschland gewesen. Wir durften Gold nur gegen fremde Ware tauschen, aber nicht zur Hebung der Valuta ins Ausland schicken, wodurch es nur England zugute gekommen wäre und Gegenspekulation hervorgerufen hätte. Das aufgespeicherte Gold wird uns nach dem Kriege gute Dienste tun. Dann soll man es herausgeben und Aenderungen der deutschen Bankverfassung einführen, durch die geringere Golddunterlagen für die Notenausgabe erfordert werden. Der Wert einer Banknote liegt nicht in der Golddeckung.

In der Uebergangszeit wird die noch nicht völlig wieder hergestellte Valuta die Waren-Ausfuhr anregen; wir werden Kali und unsere Chemikalien, auf die die Welt wartet, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Schiffsraumes ausführen. Wir werden alle Luxuseinfuhr beschränken und werden zunächst auch nur die wichtigsten Rohstoffe einführen können, namentlich werden wir alle Einfuhr beschränken, die unsere während des Krieges geschaffene Surrogatfabrikation schädigen kann. Das wird uns helfen, unsere Valuta in Ordnung zu bringen. Am Tage des deutschen Friedensangebotes stiegen sofort die deutschen Wechselkurse im Auslande. Sie werden bei Beginn der Friedensverhandlungen noch mehr steigen. Es ist kein Zweifel daran möglich, daß wir in den Jahren der Uebergangswirtschaft unsere Valuta wieder völlig in Ordnung bringen werden.

Diese Uebergangswirtschaft wird nach Ansicht des Redners länger dauern, als vielfach angenommen wird. An der Schaffung und dem Ausbau der dazu bestimmten Organisation müsse die Kaufmannschaft tatkräftig mitwirken. Es wäre ein außerordentlicher Fehler, wenn diese die Zeichen der Zeit nicht verstehen und bei Gründung der Fachorganisationen versagen sollten, so daß sie gegen Handel und Industrie organisiert werden müßten. Wie schnell es uns möglich sein wird, unsere Valuta zu regulieren, hängt davon ab, ob und in welcher Höhe wir Kriegsentschädigung erhalten. Der deutsche Sieg ist die beste Bürgschaft für die deutsche Valuta.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall von der sehr zahlreich von den führenden Männern der rheinisch-westfälischen Bankwelt besuchten Versammlung aufgenommen. Kommerzienrat Heimann dankte dem Redner für seine Ausführungen, die auch den Fachleuten viel Anregung und Neues geboten hätten.

Der Abend
16./IV. 1917

Radikale Projekte.

Der Finanzminister hat in seiner Programmrede auch davon gesprochen, daß er dem Staate einen Anteil an den Erträgen der Kapitalskonzentration sichern wolle; bei der Vorliebe des Herrn Ministers für Fremdwörter weiß man niemals ganz genau, was er darunter verstanden wissen wollte; er wird es sich deshalb gefallen lassen müssen, daß man es versucht, seine Äußerungen in gemeinverständliches Deutsch zu übertragen. Sollte dabei manchesmal etwas anderes herauskommen, als was er gmeint hat, so wird er das bei so radikalen Projektenmachern, wie wir es sind, begreiflich finden. So meinen wir z. B., daß eine der bedeutendsten Kapitalskonzentrationen, und jedenfalls eine der einträglichsten, die in den Banken vereinigten Spareinlagen sind, weshalb wir vorschlagen, Se. Exzellenz möge einen kleinen Teil der Zeit bis zum Herbst, wo er uns mit seinen Finanzplänen zu überraschen entschlossen ist, dem Studium dieser Frage widmen. Als ehemaliger Direktor einer Bank, die aus ihrem Anteil an dieser Form der Kapitalskonzentration reichen Gewinn gezogen hat, ist ihm ja die Frage geläufig, und er weiß insbesonders, wieviel es trägt. Uns Außenstehenden, die in die Gewinngeheimnisse der Großbanken nicht durch die eigene Erfahrung, diese beste Lehrmeisterin, eingeweiht sind, lehrt es eine einfache Rechnung.

Die Spareinlagen bei den Wiener Banken betrugen Ende Mai ungefähr 3000 Millionen (der Stand nimmt nebenbei gesagt, monatlich im Durchschnitt um 50 bis 60 Millionen zu). Für diese Summe werden derzeit 3½% Zinsen vergütet; dagegen müssen die, denen die Banken Geld leihen, dafür nicht weniger als eins v. H. über den Bankzinsfuß und die üblichen Bankgebühren bezahlen, was zusammen reichlich 7½% ausmacht. Nehmen wir nun an, daß ein Teil etwas niedriger, z. B. in Kriegsanleihe u. dgl. m. verzinst werde, und legen wir der Rechnung nur einen Durchschnittsertrag von 6½ v. H. zugrunde, rechnen wir aber auch davon noch ein volles v. H. — sicherlich viel zu viel — für Unkosten ab, so bleibt ein Zinsenüberschuß von 2%, der jährlich nicht weniger als 60 Millionen ausmacht. Ungleich mehr trägt natürlich die Verwaltung der Gelder, die nicht als Spareinlagen, sondern in laufender Rechnung eingelegt werden, teils von größeren kaufmännischen Häusern, hauptsächlich aber von den unter der Herrschaft der Banken stehenden, jetzt so überreichlich verdienenden Industrien. Sie dürften mit acht Milliarden eher zu niedrig angenommen sein; rechnet man hier nur mit einem Zinsengewinn von 1% — acht Millionen, so ergibt sich ein Gesamtprofit des Geldleihgeschäftes von 140 Millionen und ausgesprochen steigender Richtung.

Da die Gewinne dieser Industrien entweder unmittelbar von der großen Menge der Verbraucher oder in ihrer Eigenschaft als Steuerträger bezahlt werden, so kann und muß man sagen daß das ganze riesige Zinsenerträgnis der Großbanken fast ausschließlich aus den Taschen der Verbraucher stammt, was um so bemerkenswerter ist, als man weiß, daß die von den Banken verwalteten Gelder nicht immer zum Vorteil der Verbraucher benützt werden, sondern sehr häufig dazu dienen, uns das Leben noch teurer zu machen als es ohnehin schon ist.

Unser Projekt, das dem Herrn Finanzminister vielleicht auf den ersten Blick zu radikal vorkommen wird, geht nun dahin, das Einlagengeschäft den Banken zu entziehen und zum Vorrecht des Staates zu machen, der ja in der Postsparkasse das vortrefflichste Mittel dazu besitzt, so daß er den Gewinn fast ohne Unkosten einziehen könnte. Sollte die beliebte Ausrede der Gegner jedes staatssozialistischen Fortschrittes eingewandt werden, daß der Staat in gewisser Hinsicht teurer verwalte, so würde das in diesem Falle reichlich durch die Ersparnis an Verwaltungsratstantiemen und sonstigen Lasten wettgemacht werden, die bei der Staatsverwaltung erfreulicherweise nicht vorkommen. Und die Frage anlangend, in welcher Weise die Postsparkasse die eingelegten Millionen fruchtbringend machen werde, so kann im Hinblick auf die ganz ausgezeichneten bisherigen Erfolge wohl nicht ernsthaft bezweifelt werden, daß es die Postsparkasse verstehen werde, ihren geschäftlichen Vorteil zu wahren und gleichzeitig den Anforderungen der Geschäftswelt und der sonstigen Geldbedürftigen vollauf zu entsprechen. Ja, wir zögern keinen Augenblick, diesbezüglich immer größere Erfolge zu erwarten, da es nicht zweifelhaft sein kann, daß, je mehr sich der Bankbetrieb des Staates entwickelt, um so mehr sich ihm Kräfte zuwenden werden, die derzeit im Dienste der Banken stehen, dann aber in dem größeren Ansehen und gewissen sonstigen Vorzügen des Staatsbetriebes vollen Ersatz für die geringeren Einkünfte der Staatsangestellten erblicken werden.

Die Verstaatlichung des Einlagengeschäftes würde auch sonst sehr wertvolle Vorteile bieten, so z. B. den, daß sie die Spareinleger vor den nicht geringen Gefahren beschützen würde, die darin liegen, daß sich die Einlagskassen der Banken in denselben Räumen wie ihre Börsenkomptoirs befinden, wodurch der keineswegs unbedenkliche aber immer vergeblich gerügte Zusammenhang zwischen Sparen und Börsenspiel hergestellt wird.

Nicht in letzter Reihe aber betrachten wir diese Verstaatlichung als Einleitung, Vorbereitung und ersten Versuch der Verstaatlichung des Bankwesens überhaupt, die mit der zunehmenden Übermacht des Finanzkapitals unabweisbar wird. Diesbezüglich rechnen wir mit vollster Zuversicht auf die Macht der Entwicklung, die sich nicht aufhalten läßt, mögen sich auch sämtliche Großbankinteressen dagegen wehren und dabei von wem immer noch so nachdrücklich gestützt und geschützt werden. Auch die unausgesetzte Aufklärungsarbeit wird ihr wohlgemessenes Teil dazu beitragen.

Die Verstaatlichung der Spareinlagengeschäfte im weitesten Sinne ist aber noch lange kein Umsturz, und schon aus fiskalischen Gründen wird der Herr Finanzminister kaum umhin können, sich damit ernstlich und ohne Voreingenommenheit zu befassen. Nicht darf und wird ihn der Umstand abhalten, daß es die Dividenden und Tantiemen schmälern würde; wer, wie Herr Doktor v. Spitzmüller, den breiten Massen schwere Opfer zumuten muß, wird kein Hindernis darin erblicken können, daß eine an sich nützliche Maßregel ausnahmsweise einmal den Profit des Großkapitals schmälert.

Es sollte dafür gesorgt werden, daß diese Anregung nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, auch nicht von der Tagesordnung des hohen Hauses, das sich endlich ja doch auch mit der Frage beschäftigen wird, wie man nicht nur die große Masse der kleinen Leute zum Tragen der Staatslasten heranziehe, sondern auch die Allerreichsten und Allermächtigsten, die mit unserem Gelde uns, den Staat und die Welt unterwerfen und beherrschen.

C.

Pester Lloyd 16./VI. 1917

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 14. Juni.

Zu den besonders charakteristischen Begleit- und Folgeerscheinungen dieses Krieges gehört es, daß er nicht nur die Ausdehnungs-, sondern auch die Zusammenschlußbewegung in der deutschen Industrie in außerordentlicher Weise gefördert hat. Diese Erscheinung hängt zum großen Teil damit zusammen, daß man sich auf manchen Gebieten bereits jetzt für die kommenden Zeiten des internationalen Wettbewerbes nach dem Kriege rüsten will, und so entstand schon vor etwas mehr als Jahresfrist der chemische Großtrust, der weitaus größte seiner Art in der deutschen Industrie. Es handelte sich dabei um den Zusammenschluß der beiden bisher bestehenden, bedeutenden Gruppen, nämlich des „Anilinkonzerns" (Badische Anilin- und Sodafabriken, Elberfelder Farbenfabriken, Berliner Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation) und der Gruppe der Höchster Farbwerke Cassella u. Co. Dieser Vereinigung traten alsdann noch verschiedene andere große Fabriken bei, und man kam überein, alle Erfindungen und Erfahrungen gegenseitig auszutauschen, jede Konkurrenz auszuschalten und in Zukunft, nach dem Kriege, wenn auch ohne jede Angriffsabsichten und lediglich in der Verteidigung bisheriger Absatzgebiete, als geschlossene Phalanx der ausländischen chemischen Industrie entgegenzutreten. Dieser gewaltige Trust, in dem nach dem heutigen Kurswert der Aktien mehr als eine Milliarde Mark Kapital vereinigt ist, erfährt nunmehr eine neue Erweiterung, indem er in enge Beziehungen zum „Pulverkonzern" tritt. Dieser umfaßt unter Führung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Hamburger Dynamitgesellschaft vorm. Alfred Nobel alle größeren Pulver- und Sprengstoffgesellschaften in Deutschland; diese stehen im gegenseitigen Kartellverhältnis, teilweise auch in einem Gewinnverrechnungsverhältnis miteinander und endlich sind sie durch gegenseitigen Aktienbesitz aneinander geknüpft. Auch hier handelt es sich also um eine der größten Gruppen der deutschen Industrie, deren Gesamtkapital einen Wert von etwa einer halben Milliarde Mark darstellt. Die Annäherung des Pulverkonzerns an den Anilinkonzern bedeutet also den Zusammenschluß zu dem mächtigsten Gebilde dieser Art, das man bisher in der deutschen Industrie und vielleicht sogar in der Industrie aller Länder kennt. Der Zweck des Abkommens ist, den Absatz der durch die Pulverfabriken von den chemischen Betrieben bezogenen Rohstoffe einheitlich zu regeln, ferner bei Herstellung solcher Artikel, die von beiden Gruppen erzeugt werden, jede Konkurrenz auszuschalten und auch für die spätere Friedenszeit bei diesen Erzeugnissen Absatz und Lieferungen gemeinsam zu regeln. Es kann nur im Interesse der gesamten deutschen Industrie liegen, wenn sie an diesem Grundsatze der Geschlossenheit nach außen hin festhält und wenn sie jeden schädigenden Wettbewerb auszuschalten sucht.

Aehnliche Abkommen sind auch auf anderen Gebieten getroffen worden, so zum Beispiel: in der Automobilindustrie. Seit geraumer Zeit schon besteht die Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft in Berlin, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die aus dem Felde heimgekehrten Kraftwagen, sofern sie für militärische Zwecke nicht mehr brauchbar sind, zu reparieren und zu verwerten, ohne durch ein plötzliches, starkes Angebot solcher Wagen die Preise in der Automobilbranche zu drücken. Ganz besonders wird sich natürlich die Tätigkeit der Gesellschaft geltend machen, wenn nach Kriegsende Tausende von Kraftwagen heimkehren und für zivile Zwecke frei werden; alsdann gilt es, ein störendes Ueberangebot vom Markte fernzuhalten und dadurch eine Erschütterung auf diesem Gebiete zu verhindern. Bei der Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft handelt es sich auch keineswegs um ein Erwerbsunternehmen, und die Aktien befinden sich vielmehr sämtlich im Besitze der führenden deutschen Automobilfabriken, welche lediglich das Interesse der Industrie bei der Gründung im Auge hatten.

Auch bei Gründungen solcher Art, ebenso wie beim Zusammenschluß großer Industriekonzerne handelt es sich im gewissen Sinne um praktisch betriebene „Uebergangswirtschaft"; mit dem ausgesprochenen Ziel, Erschütterungen vom Markt fernzuhalten, sobald die Arbeit für Kriegszwecke aufhört und sobald neue Aufgaben an die Industrie herantreten. Diese großangelegten Bestrebungen dürften aller Voraussicht nach auch zum Ziele führen, zumal bekanntlich auch eine besondere Reichsbehörde zu gleichem Zwecke — das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft — geschaffen worden ist, und hiemit hängt es großenteils zusammen, daß das, was man als die „Furcht vor dem Frieden" bezeichnen kann, in Wirtschaftskreisen heute nicht mehr vorhanden, oder doch immer mehr im Schwinden begriffen ist. Früher bestand in weiten Kreisen die Ansicht, daß für die Industrie das Aufhören der Kriegsaufträge eine schwere Gefahr bedeuten, daß man mit einem empfindlichen Rückschlage nach Friedensschluß rechnen müsse; seit einiger Zeit jedoch hat sich die Ansicht Bahn gebrochen, daß solche Befürchtungen wenig begründet seien und hiemit hängt zum guten Teil auch die außerordentliche Festigkeit der Börsentendenz zusammen. Man glaubt in Börsenkreisen heute ziemlich allgemein nicht mehr an einen nach Kriegsende zu erwartenden Konjunkturrückschlag, und in diesem Vertrauen wird die Börse bestärkt durch die zuversichtlichen Aeußerungen maßgebender Persönlichkeiten aus Handel und Industrie, die fast übereinstimmend ihrer Ansicht dahin Ausdruck verleihen, daß von einer Absatz- und Produktionsstockung nach dem Kriege zweifellos keine Rede sein könne.

Einen leichten Schatten warf kürzlich nur die Befürchtung einer kommenden Dividendensteuer auf die günstige Stimmung der Börse; indessen handelt es sich hiebei um ein Projekt, das noch keineswegs als ausgereift angesehen werden kann. Ferner scheint mit ziemlicher Sicherheit festzustehen, daß eine solche Steuer, falls sie überhaupt zur Tatsache werden sollte, nicht während des Krieges, sondern erst später eingeführt werden wird. Die wachsende Kriegsschuld des Reiches bringt es als selbstverständliche Erscheinung mit sich, daß weite Kreise, berufene und unberufene, auf der Suche nach neuen Steuern sind, und die hohen Dividenden der Industrie in der Kriegszeit lassen sie naturgemäß als ein willkommenes und einträgliches Objekt der Besteuerung erscheinen. Sollte sich nach dem Kriege die Notwendigkeit weiterer Steuerquellen ergeben, so wird also höchstwahrscheinlich eine Dividendensteuer zur Einführung gelangen; indessen muß man hiebei bedenken, daß alsdann die Kriegsgewinnsteuer bereits zur Aufhebung gelangt ist, und daß also die Aktiengesellschaften immerhin leichter als gegenwärtig in der Lage sein werden, die Last einer neuen Steuer zu tragen. Was die Höhe der Sätze betrifft, so erscheint es verfrüht, darüber zurzeit auch nur Mutmaßungen äußern zu wollen; es hängt vielmehr alles von den Bedürfnissen und Notwendigkeiten nach dem Kriege ab. Solange man die Höhe des Bedarfes nicht kennt, der für Zinsenzahlungen und andere Zwecke dem Reiche erwächst, ist es auch nicht möglich, die Frage der Deckung zu lösen; hiemit aber hängt aufs engste die Dividendensteuer mit ihren Sätzen und allen übrigen Einzelheiten zusammen, ebenso natürlich auch die Einführung anderer Steuern, deren Kommen vielfach, wenn auch bisher ohne sichere Unterlagen, gemutmaßt wird.

Neue Freie Presse
17./VI. 1917

[Vierteljahrsabschluß der Prager Eisenindustriegesellschaft.] Heute wurde eine Sitzung des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustriegesellschaft abgehalten, in welcher über das Ergebnis der mit dem Monat März 1917 abgelaufenen ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 Bericht erstattet worden ist. Hierüber wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Der Zeitabschnitt Juli 1916 bis März 1917 weist im Vergleiche zum Vorjahre eine Ertragssteigerung von rund acht Millionen Kronen auf. Während der Absatz an Eisenfabrikaten eine Steigerung um 180.000 Meterzentner und des Phosphatmehles um 100.000 Meterzentner zu verzeichnen hat, blieb der Absatz an Steinkohle gegen die gleiche Berichtsperiode des Vorjahres um 1,020.000 Meterzentner zurück. Die gesellschaftlichen Kohlen- und Hüttenwerke sind nach wie vor bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien in Anspruch genommen. Das erste und zweite Quartal hatten jedes eine Gewinnsteigerung um drei Millionen Kronen zu verzeichnen. Im dritten Quartal beträgt die Erhöhung des Gewinnes gegenüber dem Vorjahre nur noch zwei Millionen Kronen. Im vierten Quartal, in welchem zwei Monate verstrichen sind, dürfte entweder gar keine oder nur eine kleine Steigerung des Gewinnes resultieren, so daß der Mehrgewinn von acht Millionen Kronen für das ganze Jahr so ziemlich als endgültiger anzunehmen sein dürfte. Die Steuern betrugen in den angeführten neun Monaten 4·7 Millionen Kronen, das ist um 2·1 Millionen Kronen mehr als im vorigen Jahre. Generaldirektor Kestranek teilte folgendes mit: Eine Erhöhung des Gewinnes um acht Millionen Kronen würde eine Steigerung der Dividende um 100 K. ermöglichen. Eine solche wird aber selbstverständlich in keinem Falle eintreten. Die Gesellschaft muß sich vor Augen halten, daß sie den Arbeiterunterstützungsfonds reichlicher dotieren müsse und daß die starke Inanspruchnahme und Abnützung der Einrichtungen und Betriebsmittel auch wesentlich höhere Abschreibungen notwendig machen dürften. Diese Abschreibungen betragen im laufenden Jahre 2¾ Millionen Kronen und dürften im nächsten Jahre vielleicht die doppelte Summe erfordern. Eine Erhöhung der Dividende sei wahrscheinlich. Man könnte annehmen, daß sie mindestens das vorjährige Ausmaß von 190 K. und eventuell maximal 220 K. erreichen dürfte. Die Steigerung des Gewinnes entspringt dem höheren Absatze, welcher auch eine Verbilligung der Zentralregie herbeiführe. Dazu komme, daß die alten Schlüsse, die noch zu niedrigeren Preisen getätigt wurden, zu Ende gehen. Anderseits sei eine sehr große Steigerung der Personallasten und Materialpreise eingetreten, während die Verkaufspreise seit einem halben Jahr nicht erhöht worden seien. Diese Verhältnisse dauern fort und dürften sich auch in das nächste Jahr erstrecken. Die Produktion weist in den meisten Artikeln die höchsten Ziffern auf. In den wichtigsten Artikeln, insbesondere in den hochwertigen Erzeugnissen, namentlich den Halbfabrikaten und Endfabrikaten, sind die Ziffern des Konjunkturjahres 1912 übertroffen, in einzelnen Artikeln, insbesondere Trägern, Gießereiroheisen und Gußröhren, bleibt die Erzeugung zurück. Der Rückgang der Kohlenproduktion wurde durch eine herabgeminderte Leistung mancher Arbeiterschichten bewirkt. Die Arbeiterzahl selbst ist stationär geblieben, man erwartet aber in der nächsten Zeit eine Steigerung der beschäftigten Arbeiter durch Freigebung einberufener Bergleute. Hinsichtlich der vor einigen Monaten erworbenen Kohlenfelder im Rheinlande wurde mitgeteilt, daß sich der Kaufpreis auf sechs Millionen Mark stelle und die Bezahlung auf eine Reihe von Jahren verteilt sei. Die Prager Eisenindustriegesellschaft treffe die Vorbereitungen für die Erschließung, welche aber derzeit noch nicht möglich war, weil noch keine Bohrgesellschaft die Schurfarbeiten übernehmen wollte.

Neues Wiener Tagblatt
17./VII. 1917
211

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. Juni. Siebente schweizerische Mobilisationsanleihe von 100 Millionen Franken.

11. Juni. Rückschlag an der Wiener Börse, der sich am folgenden Tage fortsetzt, aber schon am 13. einer Erholung Platz macht. — Der Budgetausschuß der französischen Kammer beziffert die für das dritte Quartal 1917 erforderlichen Kredite mit 9781 Millionen Franken. Damit steigen die französischen Kriegskredite seit Beginn des Krieges auf 93 Milliarden, wozu noch 7 Milliarden Vorschüsse an die Alliierten hinzukommen. — Kurssturz der französischen und englischen Valuta in Spanien.

12. Juni. Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz über wirtschaftliche Fragen. — Ein Aufruf des Budapester Börsenrates warnt vor Ueberspekulation und Kursübertreibungen.

13. Juni. Eine ungarische Verordnung macht die Anmeldung der Holzvorräte zur Pflicht und regelt zugleich den Holzverbrauch und Holzverkehr.

14. Juni. Exposé des Finanzministers v. Spitzmüller im Abgeordnetenhause. — Die Monatsausweise der Banken und Sparkassen zeigen im Mai trotz der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe eine weitere beträchtliche Erhöhung der Einlagen.

15. Juni. Vorläufiges Ergebnis der sechsten ungarischen Kriegsanleihe nahezu 2¼ Milliarden. — Auf die russische Kriegsanleihe im ganzen 1151 Millionen Rubel gezeichnet.

16. Juni. Errichtung eines Wirtschaftsausschusses der österreichischen Kaufmannschaft. — Nach Bukarester amtlicher Meldung übertraf die rumänische Getreideausfuhr nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland im letzten Monat alle Erwartungen. Der rumänische Saatenstandsbericht stellt eine Durchschnittsernte in Aussicht. — Auf den russischen Eisenbahnen wird der Warentarif um 200 Prozent, der Personentarif um 50 Prozent erhöht.

Neue Freie Presse Abendbl. 20./VII. 1917 1214 II 20

Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß setzte in der heute unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylvester und in Anwesenheit des Finanzministers Dr. v. Spitzmüller und des Leiters des Ackerbauministeriums Dr. Ritter v. Seidler abgehaltenen Sitzung die Verhandlung über das Budgetprovisorium fort.

Anträge des Berichterstatters Dr. Steinwender.

Berichterstatter Dr. Steinwender legt die von ihm gestern angekündigten Abänderungsanträge zum Budgetprovisorium in folgender Fassung vor:

§ 2 (betreffend die quotenmäßige Aufteilung der gemeinsamen Ausgaben und die Delegationsbeschlüsse über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen) ist zu streichen. Diese Bestimmungen des § 2 betrachte der Berichterstatter als selbstverständlich und daher überflüssig.

§ 3 (Ermächtigung zur Veräußerung von unbeweglichem Staatseigentum) soll an eine spätere Stelle gesetzt werden.

§ 4 (neu § 2) hätte zu lauten:

Die Regierung ist ermächtigt:

1. Die Mittel für die durch den Krieg verursachten, in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1917 entstehenden außerordentlichen Ausgaben, dann für die Bedeckung der aus Staatseinnahmen nicht bedeckten Staatsausgaben des Verwaltungsjahres 1916/17 bis zum Betrage von 6.000,000.000 K. durch Kreditoperationen, jedoch unter Ausschluß der Ausgebung von nicht amortisabler Rente zu beschaffen;

2. die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1917 fällig werdenden Schuldbeträge zu prolongieren; diese sind in den oben angegebenen Höchstbetrag nicht einzurechnen;

3. zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen.

Die Debatte.

Abg. Dr. R. v. Onciul bespricht in eingehender Weise das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament und erwartet einen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten aus der Parlamentarisierung der Regierung, wobei zur Sicherstellung eines klaglosen Funktionierens der Verwaltung administrative Staatssekretäre aus dem Kreise der Beamtenschaft zu bestellen wären.

Abg. Freiherr d'Elvert wendet sich gegen die Errichtung eines parlamentarischen Kabinetts im gegenwärtigen Augenblick. Er tritt für eine weitgehende Gutmachung der Kriegsschäden, namentlich für eine ausgiebige Versorgung der Witwen und Waisen, ein und empfiehlt zum Zwecke einer möglichst raschen Abstattung der Kriegsschuld die Einführung einer Vermögenssteuer unter Schonung der kleinen Sparer und Rentner und mit besonderer Heranziehung der während des Krieges entstandenen und vergrößerten Vermögenschaften. Redner wendet sich hierauf gegen die in den letzten Verfügungen der Regierung eingehaltenen Modalitäten für die Ueberweisung aus der Biersteuer, verlangt eine wesentliche Erhöhung der Erbschaftssteuer ohne jede ziffernmäßige Begrenzung der Vermögen, nimmt gegen die große Ueberzahlung von Bedarfsartikeln für militärische Zwecke Stellung und fordert die Regierung auf, die Bezüge der Staatsbediensteten mit der herrschenden Preislage in Einklang zu bringen. Er verlangt weiter Aufklärungen über die im Interesse des Gewerbestandes geplanten Unterstützungsmaßnahmen, den Abbau der Preise und einen wirksameren Schutz der Konsumenten.

Abg. Tusar erklärt, die gegenwärtige Situation sei nicht als eine Krise des Parlaments zu betrachten, sondern als eine solche der im Stadium der Demission befindlichen Regierung. Bei der gegenwärtigen Krise handelt es sich nicht darum, daß die Regierung im Ausschusse und im Hause keine Majorität für das Budgetprovisorium hat, sondern darum, ob die Führung der Geschäfte in Oesterreich einer Regierung bleiben soll, die kein Verständnis für die Forderung der Zeit hat. Die Czechen, insbesondere die czechischen Sozialdemokraten, stehen vorbehaltlos auf dem Boden des Staates, und sie haben dieses Bekenntnis schon vor dem Kriege abgelegt. Die jetzige Zeit sei noch nicht reif zur Bildung eines Konzentrationskabinetts, nicht deshalb, weil die slawischen Parteien nicht genug elastisch wären, sich einer neuen Lage anzupassen, sondern weil die psychologischen Voraussetzungen hiefür vor allem auf deutscher Seite fehlen. Eine Verständigung ist nur möglich auf der Grundlage, daß ein Volk neben dem andern sich frei entwickeln kann. Den Weg dazu zeigen die von den Czechen und Südslawen zu Beginn der Session abgegebenen Erklärungen. Schließlich erklärt Redner, daß der Czechische Verband gegen das Budgetprovisorium stimmen werde.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller ergreift das Wort.

(1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

Pester Lloyd

21/VI. 1917

(Ungarische Allgemeine Maschinenfabrik A.-G.) Die Direktion der Ungarischen Allgemeinen Maschinenfabrik hat in ihrer letzten Sitzung die Bilanz festgestellt, die nach reichlichen Abschreibungen einen Reingewinn von k 476.588·34 aufweist. Die Direktion wird der für den 27. d. einberufenen Generalversammlung die Ausschüttung einer sechsprozentigen Dividende in Vorschlag bringen. Gleichzeitig wird die Direktion der Generalversammlung beantragen, das Aktienkapital von k 5,000.000 auf k 8,000.000 zu erhöhen, und um die Ermächtigung ansuchen, den Zeitpunkt und die Modalitäten der Emission im eigenen Wirkungskreise festzustellen. Die Placierung der Aktien ist — bei voller Berücksichtigung des den Aktionären statutenmäßig zustehenden Bezugsrechtes — durch ein mit einem unter Führung der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank stehenden Konsortium geschlossenes Uebereinkommen gesichert. In dieser Sitzung der Direktion hat der Generaldirektor der Gesellschaft, Herr Wilhelm Heisler angezeigt, daß er die mit den Agenden des Generaldirektors verbundene große Verantwortung und die mit der Entwicklung des Unternehmens einhergehende vermehrte Arbeitslast nicht weiter zu tragen wünscht und daß er nach fünfunddreißigjähriger angestrengter Tätigkeit die Zeit als gekommen erachtet, um seine Enthebung von den auf ihm lastenden schweren Aufgaben anzusuchen. Die Direktion hat von der unabänderlichen Entschließung des Generaldirektors mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen, und zugleich gern die Gelegenheit ergriffen, um ihm für seine bisherige ausgezeichnete, erfolgreiche und ersprießliche Tätigkeit die vollste Anerkennung und den verbindlichsten Dank der Direktion zum Ausdruck zu bringen. Auf das Ersuchen der Direktion erklärte sich Herr Wilhelm Heisler, der übrigens Mitglied der Direktion bleibt, bereit, als administrateur délégué der Direktion seine reichen Erfahrungen und seine wertvolle Mitwirkung den Interessen der Gesellschaft zu widmen. Auf die somit erledigte Stelle eines Generaldirektors hat die Direktion den Oberinspektor Friedrich Balassa, Chef der Landwirtschaftsmaschinen-Bauabteilung der Maschinenfabrik der kön. ung. Staatseisenbahnen, berufen, der seine Stelle in der nächsten Zeit antreten wird.

Pester Lloyd 22./VI. 1917

Internationale Inflation.

Von Dr. Emil Loew.

Wien, 19. Juni.

Aus England liegen einige, nicht bloß für das englische, sondern im weiteren Sinne für das internationale Geld- und Währungswesen bezeichnende Nachrichten vor. Den statistischen Angaben der handelsamtlichen Labour Gazette zufolge sind die Lebensmittelpreise in England seit Kriegsbeginn durchschnittlich um 98 Prozent gestiegen, das heißt, die Kaufkraft des Geldes ist, was die Deckung der primärsten Lebensbedürfnisse anbelangt, auf die Hälfte gesunken, der Sovereign ist nicht mehr wert als es zehn Schilling vor dem Kriege waren. Es wird ferner gemeldet, daß sich die Bank von England und die amerikanische Bundesreservebank wechselseitig zu Korrespondenzinstituten ernannt haben, wobei es sich vornehmlich um die fortlaufende Finanzierung kommerzieller Transaktionen handeln soll, zu deren Deckung die Bank von England bei der Bundesreservebank Gold zu hinterlegen hat. In einem Interview über diese Beziehungen äußerte sich Lord Cunliffe, der Gouverneur der Bank von England, hinsichtlich der künftigen englischen Geldverhältnisse, es werde sicherlich danach getrachtet werden, die Verhältnisse so zu gestalten, daß jedermann wieder Goldpfunde in der Tasche haben könne, aber es sei fraglich, ob die Gewöhnung an die Pfundnote der Wiedereinbürgerung des Sovereign im täglichen Verkehr nicht hinderlich sein werde. Es liegt jedoch die Annahme nahe, daß der Gouverneur der Bank von England heute bereits die Bequemlichkeit des Papiergeldes unterstreicht, die anscheinend die künftigen Schwierigkeiten einer Wiederherstellung des Goldumlaufes in England zu decken bestimmt ist.

Die Entwertung des Geldes, die Sicherung von Gold und sein Ersatz im Umlauf durch Papier, und zwar durch ein Vielfaches, sind internationale Erscheinungen, Kriegswirkungen, die sich deutlich nicht nur in den kriegführenden Ländern, sondern auch in den neutralen Staaten, und zwar nicht nur in den vom Weltverkehr abgeschnittenen, feststellen lassen. Der Krieg hat eine internationale Inflation gezeitigt, die das Ihrige zur internationalen Teuerung beiträgt, obzwar ohne Zweifel die gleichfalls internationale Knappheit an Ware gewiß die Hauptursache der fortgesetzten Steigerung der Warenpreise bildet. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß sich der Notenumlauf in England um mehr als 152 Millionen Pfund Sterling, die zur normalen Zirkulation von 33 Millionen Pfund Sterling hinzugekommen sind, also auf das Fünfeinhalbfache gesteigert hat. In ähnlichem Umfang hat sich der Notenumlauf in Rußland und Italien, in etwas geringerem Ausmaß in Frankrech erhöht, und zwar ohne daß die Ententeländer gleich den Mittelmächten, die für die Geldzirkulation der besetzten Länder Sorge zu tragen hatten, auch durch territoriale Expansion zu einer Steigerung der Notenausgabe gezwungen gewesen wären. Einen wesentlich gesteigerten Geldumlauf weisen auch die Vereinigten Staaten von Amerika auf, wo sich die gesamte Geldzirkulation von 3367 Millionen Dollar am 1. August 1914 auf 4583 Millionen Dollar am 1. März 1917, oder von 35·33 Dollar auf 44·26 Dollar pro Kopf der Bevölkerung erhöht hat. In Amerika betrifft die Steigerung allerdings nicht Papiergeld, sondern Gold und Silber, sowie insbesondere Goldzertifikate, was aber nicht hindert, daß amerikanische Volkswirte den übermäßigen Geldumlauf für die Teuerung in Amerika verantwortlich machen und in ihm die ernste Gefahr einer Inflation sehen. Aus diesem Grunde glaubt man in Amerika auch vielfach, der amerikanischen Volkswirtschaft mit der umfassenden Stundung der Ententeverbindlichkeiten einen Dienst zu erweisen, da auf diese Weise die weitere Zunahme der Zahlungsmittel in Amerika vermieden wird und gleichzeitig Goldguthaben im Ausland geschaffen werden, die den später zu gewärtigenden Goldabfluß aus den Vereinigten Staaten erheblich eindämmen und verlangsamen dürften.

Der Abbau der Inflation wird nach dem Krieg überall zu den vornehmsten Staatsaufgaben zählen. Er wird gleichmäßig gefordert werden von der gebotenen Rücksicht auf den Staatskredit, auf die auswärtigen Wechselkurse und auf die Warenpreise. Die von mancher Seite im Zusammenhang mit der Frage der Inflation betonte Notwendigkeit einer intensiveren Ausgestaltung der Volkswirtschaft und insbesondere gesteigerter Investition und Produktion in Landwirtschaft und Industrie muß für den Wiederaufbau nach dem Krieg als selbstverständliches Postulat gelten, aber die Inflation kann durch eine Steigerung der Wirtschaftsintensität nicht beseitigt werden und die Kapitalinvestition bedeutet hinsichtlich der Zahlungsmittel nur Besitzwechsel. Ein regerer Handelsverkehr bedingt wohl größere Umlaufsmittel, die aber wieder durch die fortschreitende, überaus erwünschte Ausgestaltung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs überflüssig gemacht werden. Es wird sich überall die Notwendigkeit herausstellen, die schwebenden Staatsschulden, die der gesteigerte Notenumlauf darstellt, durch eine entsprechende Steuer- und Anleihepolitik teils zu tilgen, teils zu konsolidieren. Auf der einen Seite wird wohl eine Vermögenssteuer, sei es durch eine einmalige Abgabe, sei es durch auf eine Reihe von Jahren hinaus verteilte Abgaben, für die möglichst rasche Zurückziehung der überschüssigen Papierumlaufsmittel zu sorgen haben. Kann die Inflation auf diese Weise nicht völlig behoben werden, so wird andererseits eine Valutaanleihe, am zweckentsprechendsten wohl eine ausländische, die gleichzeitig der Regulierung der Wechselkurse dient, für die Wiederherstellung eines normalen geordneten Geldwesens Sorge tragen müssen.

Die Erfahrungen des Krieges haben gelehrt, daß die ametallistische Geldtheorie, die den Wert der Geldzeichen lediglich im Kredit und in der Autorität des Staates basiert wissen will, nur abstrakte Geltung etwa für den ausschließlich internen Verkehr des ideellen, geschlossenen Handelsstaates besitzen kann, nicht aber für eine reale, im internationalen Verkehr stehende und von einem solchen mehr oder minder abhängige Volkswirtschaft. Und unstreitig werden jene Länder, die am raschesten auf die staatliche Autorität als Grundlage ihres Geldwesens im Kriege verzichten, auch am ehesten zu einer Sanierung ihrer Wirtschaftsverhältnisse gelangen und in normalen Wechselkursen, niedrigeren Preisen und Löhnen und demgemäß auch billigeren Produktionskosten einen großen Vorsprung vor den Ländern voraus haben, die diesen Weg nur zögernd betreten werden.

Zinsenloser Handel der Dividendenpapiere.

In der gestrigen Sitzung der Wiener Börsekammer stellte Börserat kaiserlicher Rat Leopold Langer einen wichtigen Antrag, den Antrag auf Uebergang zum zinsenlosen Handel der Dividendenpapiere derart, daß die Aktien schon einschließlich Zinsen gehandelt werden. Die Annahme dieses Vorschlages würde eine entscheidende Vereinfachung und damit Entlastung bei der Abrechnung der Effektentransaktionen bringen, ganz so wie die jetzt bestehende Uebung des Zinsenhandels mit seinem Zwange, die laufenden Zinsen in die Rechnung einzustellen, eine überflüssige Erschwerung der Abrechnungen bedeutet. Der Verzicht auf den Zinsenhandel müßte um so leichter fallen, als die Stückzinsen bei der jetzigen Höhe der Kursnotierungen, die meist ein sehr hohes Agio über dem Aktien-Nominale bedeuten, ja kaum mehr nennenswert ins Gewicht fallen. Für den Vorschlag des Börserates Leopold Langer läßt sich aber auch noch ein anderes anführen, die Tatsache, daß die Börsen Oesterreichs und Ungarns mit dem bisherigen Festhalten am Zinsenhandel der Dividendenwerte eine Ausnahmestellung gegenüber den Börsen der übrigen Länder, vor allem Deutschlands, Frankreichs, Englands und Hollands, einnehmen. Mit der Annahme des Langerschen Vorschlages wäre also auch ein Schritt mehr zur zwischenstaatlichen Vereinheitlichung des Effektenhandels zu verzeichnen.

Das Notierungskomitee der Börsekammer wird sich schon in den allernächsten Tagen mit dem Langerschen Vorschlag, der mit Sympathie aufgenommen wurde, befassen und dann über ihn an die Börsekammer Bericht erstatten.

* * *

Ein hervorragender Fachmann schreibt uns hiezu: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Uebergang zum zinsenlosen Handel der Dividendenpapiere eine in ihrem Werte eben jetzt gar nicht genug hoch zu schätzende Entlastung in der Manipulation bringen würde und weiters, daß diese Maßnnahme gerade jetzt, in einer Zeit der größten, oft ganz extremen Kursschwankungen in ihrer Wirkung für das Publikum um so weniger ins Gewicht fallen könnte, als die meisten Dividendenpapiere ein überaus hohes Agio über ihrem Nominale, das ja als Grundlage der Stückezinsenberechnung dient, erreicht haben. Angesichts dieser Kurshöhe würde es tatsächlich kaum etwas verschlagen, wenn die laufenden Zinsen für den Betrag des Nominales nicht mehr berechnet würden.

Aber ebensowenig läßt sich bestreiten, daß die Stückezinsenberechnung berufen ist, in ruhigen, normalen Zeiten mit einer Gewähr für den Erhalt eines richtigeren Bildes der Effektenbewertung zu bieten. Dieser Erwägung ist aber unter den jetzigen Umständen wohl nicht das entscheidende Gewicht zuzugestehen. Man könnte nun allerdings sagen, daß der zinsenlose Handel jetzt, in der Zeit oft fast wilder Kursschwankungen über den Entfall der Zinsenanrechnung ohneweiters gehen würde, da dieser Entgang ja häufig wirklich verschwindend klein gegenüber dem Agio über dem Nominale ist und die durch die Neuerung verbürgte Vereinfachung der Manipulation dringend und allgemein gewünscht wird. Als Bedenken hingegen erhebt sich da nur die Frage, ob unter unseren Verhältnissen dann nicht mit einer Permanenzerklärung im Hinblick auf die jetzt abnormalen Umstände gerechnet werden müsse. Provisorien nehmen bei uns ja erfahrungsmäßig meist den Dauercharakter an. Und so dürfte, wenn der zinsenlose Aktienhandel jetzt wirklich eingeführt werden sollte, wohl auch da mit der dauernden Beibehaltung zu rechnen sein. Etwas anderes wäre es selbstverständlich, wenn dieser jetzt durchaus erwünschten Reform vorweg eine beschränkte Geltungsdauer, die Geltung etwa bis zur Wiedereinführung des Börseverkehrs gegeben würde. Damit wären alle unter den jetzigen Umständen unleugbaren Vorteile der Reform gesichert und daneben doch auch die Zukunft, in der wir doch wohl wieder zu einem normalen Effektenverkehr zurückfinden werden, entsprechend berücksichtigt. Denn daß der Zinsenhandel das Bild des Effektengeschäftes deutlicher gestalten hilft, unterliegt keinem Zweifel. Gegenwärtig kann man aber über diese letztere Erwägung getrost hinweggehen, da das Aufgeben des Zinsenhandels unleugbar in anderer Richtung mit Sicherheit große Vorteile erwarten läßt.

Fremdenblatt
22./VI.1917

Wiener Börsekammer.

In der gestern unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Bernhard v. Popper-Artberg abgehaltenen Plenarsitzung berichtete der Vorsitzende über die Audienz, welche den Präsidien der Wiener, der Prager und der Triester Börse vom Kaiser am 31. Mai d. J. gewährt worden. Der Kaiser hat die Huldigungsansprache der Deputation entgegengenommen und in besonders huldvoller Weise beantwortet. In der Sitzung wurde sodann einstimmig auf Antrag des Kursblattkomitees eine Kundmachung angenommen, die das Gruppensystem für den Sensalendienst an der Börse vom 2. Juli 1917 in Wirksamkeit setzt.

Ferner wurde der Stiftsbrief für die von der Kammer aus Anlaß des Regierungsantrittes Sr. Majestät errichteten Kaiser Karl-Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Börsemitglieder und ihrer Hinterbliebenen mit dem Stammkapitale von 200.000 Kronen genehmigt, und einige administrative Angelegenheiten erledigt. Die Gesuche der Pester Ungar. Kommerzialbank um Lieferbarkeitserklärung ihres 16.000 Aktien, der Poldihütte, Tiegelgußstahlfabrik, um Lieferbarkeitserklärung ihrer 15.000 Aktien 8. Em. und der Nordungarischen Vereinigten Kohlenbergbau- und Industriegesellschaft um Lieferbarkeitserklärung ihrer 10.000 Aktien Em. 1917 wurden im eigenen Wirkungskreise der Kammer bewilligt.

Weiters wurde ein Antrag des Kursblattkomitees genehmigt, wonach mit Rücksicht auf die außerordentliche Inanspruchnahme des im Effektenhandel tätigen Personales, sowie auch zur Behebung verschiedener technischer Schwierigkeiten im Verrechnungsverkehre bis Ende August der Verkehr an der Börse an jedem Samstage zu entfallen hat. Ueber den Antrag des Börserates Leopold Langer, zur Vereinfachung der Manipulation künftig für alle Aktien den Handel einschließlich Zinsen einzuführen, berichten wir an anderer Stelle.

Damit wird eine Verkehrsreform abgeschlossen, welche die Wiener Börsekammer schon seit Jahren beschäftigt und die namentlich infolge der derzeitigen Verkehrsverhältnisse besonders dringend wurde. Ein Subkomitee bestehend aus den Herren Vizepräsident Bernhard v. Popper-Artberg, Vizepräsident Samuel Steinhübl, Börserat Robert Kolisch, Leopold Langer, Ernst Lemberger, Gustav Sobotka und Alois Weishut, hat sich zunächst mit der Vorberatung der Angelegenheit und der Aufstellung eines Fragebogens befaßt, welcher die Grundlage einer am 12. Mai 1917 in Anwesenheit des Börsekommissärs Ministerialrat Dr. Robert Zwierzina abgehaltenen Enquete bildete. In dieser Enquete waren die Banken, der Verband der Bank- und Kommissionsfirmen, der Wiener Börseverein und das Gremium der Effektensensale durch Delegierte vertreten. Den Vorsitz führte Vizepräsident v. Popper-Artberg. Die Einführung des Gruppensystems, und zwar nach dem gemischten System, d. i. der Einteilung der Effekten nach ihrer Marktfrequenz, nicht nach der Reihenfolge des Kursblattes fand einmütige Zustimmung.

Neue Freie Presse

22./VI. 1917

[Die Bilanz der Galizischen Maschinenfabrik.] Die letzte Bilanz, welche die Maschinen- und Waggonfabriken L. Zieleniewski in Krakau, Lemberg und Sanok, Aktiengesellschaft, veröffentlicht haben, ist jene vom 31. Dezember 1913. Durch die Russeninvasion und die im Zusammenhange damit entstandenen Schäden war bisher eine Bilanzaufstellung für die Geschäftsjahre 1914 und 1915 unmöglich. Es wird demnach die Bilanz des Unternehmens erst per Ende 1916 aufgestellt werden können, so daß dieselbe die drei Geschäftsjahre 1914, 1915 und 1916 umfassen wird. Dieser Rechnungsabschluß wird das erstemal die gesamte Geschäftsgebarung nach der mit der Sanoker Waggonfabrik vollzogenen Fusion beinhalten. In der heute abgehaltenen Verwaltungsratssitzung wurde berichtet, daß die Schäden an Einrichtungen und Vorräten, welche der feindliche Einbruch speziell in der Fabrik Sanok verursacht hat, ziemlich bedeutende sind, so daß das Bilanzresultat für die vorstehend genannte Periode in erster Linie davon abhängen wird, ob für diese Kriegsschäden volle Vergütung geleistet werden wird.

Arbeiterzeitung

23/VI. 1917

Börsentaumel.

Der Wiener Börseverein versendet folgende Mitteilung:

In einer Versammlung des Wiener Börsevereines am Dienstag wurde eine vom Vorsitzenden Börsenrat Brecher beantragte Kundgebung zum Beschluß erhoben, die sich gegen die in letzter Zeit gegen die Wiener Börse in der Oeffentlichkeit erhobenen Anwürfe richtet, die einer durch nichts gerechtfertigten Gesinnung entsprungen sind und nur auf Voreingenommenheit und mangelnder Sachkenntnis beruhen. Der Börseverein weist diese Versuche, die Wiener Börse herabzuwürdigen, mit aller Entschiedenheit zurück. Die Wiener Börse hat nicht nur im Kriege ihre Pflichten gegenüber der Gesamtheit des Staates voll und ganz erfüllt, sie hat auch an den günstigen Ergebnissen der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe hervorragenden Anteil genommen, hat sich jederzeit in den Dienst der guten Sache gestellt und immer bemüht, auf das Publikum dahin einzuwirken, daß es spekulative Werte abstoße und gegen Anlagewerte, in erster Linie gegen Kriegsanleihe, eintausche. Die Wiener Börse ist nach wie vor bestrebt, eine Bewegung einzudämmen, die nur von außerhalb der Börse stehenden Elementen verschuldet wird und in ihrer Ausartung zu verhängnisvollen Folgen führen muß. In der Debatte, an der sich die Börseräte Hofmann, Sobotka, Brecher, Wortmann, die Herren Glück und Waldtuch beteiligten, wurde gegen die „Kontors“ Stellung genommen, die durch eine ungebührliche Propaganda auf dem Wege von Berichten Kundenfang betreiben. Diese Firmen, die außerhalb der Börse stehen, zu boykottieren, wäre das wirksamste Mittel. Oberdirektor Börsenrat Spitalsky regt an, der Börsenkammer jeden einzelnen Fall, in dem es sich um marktschreierische Reklame und Verleitung zum Spiele handle, zur Kenntnis zu bringen. Durch solidarisches Vorgehen werde es gelingen, Abhilfe zu schaffen.

Gegen wen sich diese Kundgebung richtet, unterläßt der Börsenverein anzugeben. Sollte der Artikel der Arbeiter-Zeitung gemeint sein, so möchten wir bemerken, daß wir uns durch den Vorwurf der Voreingenommenheit und mangelhaften Sachkenntnis wahrlich nicht getroffen fühlen. Es sei denn, daß schon die Kritik von Börsenausschreitungen eine Voreingenommenheit sein sollte. Der Börsenverein hätte besser getan, sich gegen das schamlose Treiben an der Börse zu wenden, als gegen jene, die dieses Treiben brandmarken. Es geht auch nicht an, alle Schuld auf „außerhalb der Börse stehende Elemente“ zu überwälzen, denn die Einpeitscher des Börsenspiels sind ebensogut innerhalb wie außerhalb der Börse zu finden. Und die Einpeitschereien selbst vermögen nur deshalb einen Erfolg zu haben, weil sie den Großen in den Kram passen. Die wilden Kurssprünge wären nicht möglich ohne die gewaltigen Umsätze und von wem diese Umsätze ausgehen, hat man aus der in solchen Dingen noch immer zuverlässigen „N. Fr. Pr.“ erfahren, die in ihrer Unbefangenheit erzählt hat, daß von mancher Großbank täglich 15.000 bis 20.000 Stück Aktien umgesetzt werden. Die Zivnostenska Banka, deren Direktor Spitalsky besonders streng mit den Schädlingen verfahren möchte, ist selbst mit ihrem über ganz Oesterreich verbreiteten Filialennetz eine Brutstätte des Börsenspiels und gerade sie brauchte den Börsencomptoirs wegen der Animierberichte keinen Vorwurf zu machen. An den Ernst der Börsenkammer und des Börsenvereines, die Spielwut einzudämmen, wird man erst glauben, wenn die Banken und die Börsenfirmen so viel Selbstverleugnung aufbringen, um die spielenden Kunden von ihren Schaltern abzuweisen. Solange aber das Börsenspiel einer der einträglichsten Geschäftszweige der Banken ist und solange sie durch Aktienemissionen und durch den Ausverkauf ihrer Ladenhüter an einer guten Börsenstimmung interessiert sind, werden sie es sich wohl überlegen, gegen das Börsentreiben andere Mittel als platonische Verurteilungen anzuwenden.

Der Abend
23./VI. 1917

A 23
224

Ausschreitungen der Börse.

Der Wiener Börseverein beschäftigt sich in einer Kundgebung, die heute in einigen Zeitungen zu lesen ist, mit den in letzter Zeit gegen die Wiener Börse in der Öffentlichkeit erhobenen Anwürfen. Man wird es einem Börsenverein zugute halten müssen, wenn er behauptet und vielleicht auch meint, diese Angriffe seien einer „durch nichts gerechtfertigten Gesinnung entsprungen und beruhen nur auf Voreingenommenheit und mangelnder Sachkenntnis". Wir fürchten, daß mit der Voreingenommenheit und mangelnden Sachkenntnis auch auf den „Abend" abgezielt wird, der ja mit Stolz behaupten kann, daß er unter den Kämpfern gegen die Ausschreitungen der Börse — fast muß man, wie die Dinge liegen, die ganze Börse für eine Ausschreitung halten — in erster Reihe ficht. Es wäre überflüssig und Raumvergeudung, uns gegen den Vorwurf der Voreingenommenheit zu verteidigen, und Sachkenntnis kann man schließlich auch dann besitzen, wenn man sie nicht nur in den Strafakten der Untersuchungsrichter und Staatsanwälte gesammelt hat. Verfügten wir über keine anderen Quellen als über die Zuschriften mit Urkunden, Klagen und Jammer zahlloser Betrogener, so wäre die Gelegenheit zur Bildung sachlicher Urteile mehr als ausreichend gegeben.

Der Börseverein rühmt sich, wahrscheinlich mit Recht, daß er gegen die „Kontors" Stellung genommen habe, die „durch eine ungebührliche Propaganda auf dem Wege von Berichten Kundenfang betrieben". Dagegen berührt er mit keinem Worte die ungleich gefährlichere Propaganda — gefährlicher durch ihren Umfang, gefährlicher durch das Ansehen, das die Werber noch immer genießen, gefährlicher durch den Schutz von oben, durch den Schutz gegen gebührende Kritik, dessen sie sich erfreuen — die von den übel bekannten Bankfilialen betrieben wird. Die Tatsache wird der Börseverein, in dem ehrenwerte Männer sitzen, nicht leugnen wollen, steht es doch fest, daß große Banken, dem ausdrücklichen Verbote und allen sittlichen Bedenken entgegen, offenkundig Spekulationskäufe für Kunden außerhalb der Börse durchführen. Von einem ernstlichen Kampf gegen die Ausschreitungen der Börse wird erst dann gesprochen werden können, wenn reinen Gewissens behauptet werden kann, daß niemand, der zur Börse Zutritt hat, für Rechnung Außenstehender anderes tue, als für bares Geld zu Zwecken der Geldanlage Wertpapiere zu kaufen oder sie zu verkaufen.

Fremdenblatt

24./VI. 1917

Wochenschau.

H. A—r. Gestern war der erste Tag der Entwöhnungskur, mit der unsere Börse jetzt zur Dämpfung ihres Spekulationsfiebers behandelt werden soll, und die Börse wird also erst Montags in der Lage sein, zu dem großen Erfolge der sechsten Kriegsanleihe Stellung zu nehmen. Die rund 5 Milliarden Kronen Zeichnungen der Kriegsanleihe beweisen übrigens in erfreulichster Art, daß neben all den hunderten Millionen, die jetzt für Spekulationszwecke an der Börse eingesetzt werden, noch immer reichlichste Bestände, die nach Milliarden zählen, für den Anlagemarkt und da wieder vor allem für die Kriegsanleihen verfügbar geblieben sind. Tatsächlich ist von einer Konkurrenzierung des Anlagemarktes durch die Spekulationswerte nicht zu sprechen. Trotz der in regelmäßigen Zeitabschnitten erfolgenden Ausgabe von Kriegsanleihen hat der Kapitalisierungsprozeß und da wieder die Einlage von Spargeldern in Oesterreich kaum einen Augenblick ausgesetzt. Ja, bei der Ueberfülle und Ueberfüllung des Geldmarktes mit stetig hindrängenden Mitteln müßte man, wenn der Staat nicht schon durch den Krieg zur Aufnahme von Kriegsanleihen gezwungen wäre, solche Gelegenheiten zur Anlage jener Riesenbestände geradezu schaffen. Die Kriegsanleihen bilden einen wirklich gar nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen gegen die Zunahme der Geldinflation und ihrer Folgewirkung. In zahlreichen Industriezweigen sieht man sich bei der zunehmenden Erschöpfung der Vorräte an Roh- und Hilfsstoffen kaum mehr imstande, den Erlös aus den bisherigen Verkäufen wieder in den eigenen Betrieben produktiv weiter arbeiten zu lassen, und insoferne diese Unternehmungen nicht in der Lage sind, sich auf anderem Gebiete industriell zu betätigen, ergibt sich dann als der Weisheit letzter Schluß die Anlage all der verfügbaren Gelder in den Banken, wo sich die Einlagen nun schon auf viele Milliarden erhöht haben. Das gilt von den Provinzinstituten nicht weniger als von den Wiener Banken. Beim Eintritt normaler Verhältnisse, beim allmählichen Abbau der Kriegswirtschaft werden diese Gelder freilich wieder abgerufen werden, weil es dann möglich sein wird, sie neuerlich im Betriebe der Industrie nutzbar zu machen. Gegenwärtig ist das nur zum kleinsten Teile möglich. Sonst hat man in einer Zeit der Hochkonjunktur — und der Krieg hat ja auch eine ganz außerordentliche Hochkonjunktur gebracht — oft geklagt, daß die mit dem Hochgange des Geschäftes verbundene Geldteuerung es erschwere, jene Aufwendungen, jene Erweiterungen und Ausgestaltungen des Betriebes vorzunehmen, die der Hochkonjunktur, den großen Ansprüchen des Marktes entsprechen würden. Und jetzt haben wir auch eine Hochkonjunktur und gleichzeitig eine Riesenfülle auf dem Geldmarkte und sind trotzdem nicht in der Lage, von dieser Geldfülle für industrielle Investitionen den rechten Vollgebrauch zu machen. Das Geld wäre in Hunderten von Millionen da, aber es fehlt an den Sachgütern und an der menschlichen Arbeitskraft zur Ausführung dieser Aufwendungen. Die Boden- und Häuserpreise sind hoch gestiegen, aber eine Ausgleichung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Realitätenmarkte durch Aufführung von entsprechend viel Neubauten bleibt versagt, weil sowohl das Baumaterial wie die Arbeitskräfte für Privatbauten in nur ganz unzureichendem Maße vorhanden sind. Und ebenso verhält es sich auf dem Gebiete der Industrie selbst. Dort werden nur jene Investitionen und Neugründungen möglich, die direkt oder indirekt für den Statsbedarf in Betracht kommen und deshalb auf die Unterstützung der Staatsgewalt bei der Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe sowie der Arbeitskräfte rechnen können.

Die Kriegswirtschaft hat eben überall tief eingreifende Verschiebungen und Veränderungen gebracht. Der Materialmangel, der sich bei den Zentralmächten geltend macht, tritt nicht weniger in den Staaten zutage, die gegen uns mit der Taktik der Absperrungspolitik so lange vorgegangen sind, bis Deutschland und Oesterreich-Ungarn dies mit gleich wirksamer Münze, mit dem Unterseebootkrieg in schärfster Weise beantwortet haben. Einen sprechenden Beleg dafür liefert eben jetzt England mit der Krise, in die seine Baumwollindustrie geraten ist. Baumwolle ist jetzt in England etwa dreimal so teuer wie zur Zeit der Kriegserklärung und die Baumwollgeschäfte sind mehr und mehr ins Stocken geraten. Die Frachtraten im Ueberseeverkehr Englands haben eine schwindelnde Höhe erreicht und das übrige hat die verschärfte Führung des Unterseebootkrieges getan: in Liverpool hat sich jetzt schon empfindlicher Mangel an greifbarer Ware eingestellt. Die Baumwollestatistik läßt für den Mai ein Zurückbleiben der Vorräte um etwa ein Drittel hinter jenen derselben Vorjahrsperiode ersehen: sie haben nach dem letzten Ausweise nur mehr 936.000 Centals gegen 1,431.000 Centals des Vorjahres betragen. Und die Aussichten auf eine Besserung in absehbarer Zeit sind denkbar schlecht. Denn zu der tiefgehenden Abnahme der Vorräte aus der alten Ernte gesellt sich die Ungunst der neuen Ernte. Vielfach wird behauptet, daß sie um etwa eine Million Ballen kleiner als die letzte Ernte sein wird. So begreift man es, daß in Lancashire immer mehr Feierschichten freiwillig, oder, richtiger: notgedrungen eingelegt werden und daß ebenso auch die Menge der ausgeführten Baumwollwaren immer mehr abnimmt. Im Mai d. J. war sie bei den Baumwollgespinsten schon um fast 40 Prozent hinter der Menge der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben. Auch das wird dazu beitragen, das Kräfteverhältnis zwischen Europa und da wieder vor allem England einerseits und Nordamerika andererseits zu Gunsten Nordamerikas ganz gewaltig zu verschieben. Nordamerika ist schon jetzt daran, in seinem eigenen Lande eine auch den Auslandsmarkt beherrschende Baumwollindustrie zu schaffen. Eine Entwicklung, die wieder notwendig dazu führen wird, daß die für Europa verfügbaren Baumwollmengen Amerikas in ganz demselben Maße geringer ausfallen werden, indem die nordamerikanische Industrie für die amerikanische Baumwolle Verwendung im eigenen Lande haben wird. So erntet Nordamerika weit mehr als England, das erwartet hatte, aus dem Aufflammen des Weltkrieges für eine eigene Volkswirtschaft entscheidenden Gewinn ziehen zu können, den Hauptgewinn aus dem Weltkriege. Wie immer die Entscheidung fallen wird: Nordamerika wird in diesem Kriege zum übermächtigen Gläubiger Europas geworden sein und dieser Goldregen wird das seine dazu beitragen, in Amerika Riesenindustrien zu den schon bestehenden neu ins Leben treten zu lassen, Gründungen, deren Betrieb wieder manche Erschwerung für die Deckung des überseeischen Rohstoffbedarfes für Europa mit sich bringen wird.

Österr. Volkszeitung
24./VI. 1917

Effektenhausse und Ernte.

Die Kapitalsbildung in Oesterreich hat seit Beginn des Krieges in außerordentlicher Weise zugenommen. Nicht allein, daß neue Vermögen entstanden sind, welche ja der Fiskus mit Fug und Recht nicht minder zinspflichtig machen wird als die erhöhten Einkommen seit dem Jahre 1914 überhaupt, ist durch die ausnahmslose Preiserhöhung aller Nahrungsprodukte und Industrieartikel, namentlich derjenigen des täglichen Verbrauches, eine nahezu allgemeine Einkommenssteigerung eingetreten, natürlich auf Kosten der Verbraucher, die durch die allgemeine horrende Teuerung den schwersten Existenzkampf zu bestehen haben. Die fast mühelos erzielten Mehrgewinne, die sich auf eine ungewöhnlich hohe Zahl von Steuerträgern erstrecken — darunter auch von vielen, die vor dem Kriege auf einer sehr bescheidenen Steuerstufe gestanden sind! — und der hiedurch herbeigeführte große Umlauf an Barmitteln erklären den stürmischen Drang nach der Erwerbung von Wertpapieren, erklären den tollen Reigen, welcher anhaltend an der Börse herrscht und dem gegenüber, wie der Finanzminister zugestehen mußte, selbst die Maßnahmen der Regierung versagen. Es ist eine ausgesprochene Preistreiberei in Effekten, deren Schauplatz die Börse bildet. Weder das Damoklesschwert der erhöhten Kriegsgewinnsteuer, welches über allen Aktiengesellschaften schwebt, noch die vom Finanzminister nunmehr offiziell angekündigte Vermögensabgabe, die nach einer unwidersprochenen Version von 5 Prozent aufwärts bis 25 Prozent sich bewegen und auf ein Jahrzehnt verteilt werden soll, vermag abschreckend oder auch nur abdämpfend auf die Börsespekulanten zu wirken.

Nichts vermag die Hosiannastimmung ernstlich zu stören — weder der Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinic noch die weniger günstigen Ernteaussichten. Die seit so langem anhaltende Trockenperiode hat naturgemäß der Entwicklung der Saaten in einzelnen Gebieten Abbruch getan, jedoch hat sich erfreulicherweise das das Erdreich erquickende und sehnlichst erwartete Naß auf wichtigen Getreideböden Ungarns, namentlich des Banats und in einzelnen österreichischen Kronländern eingestellt. Die österreichische Reichshälfte wird auch in diesem Jahre durch die neuen Verabredungen mit der ungarischen Regierung besser bedacht sein, denn die beiden Regierungen sind übereingekommen, den Lebensmittelvorrat der beiden Reichshälften als ein gemeinsames Reservoir anzusehen. Ungarn dürfte eine Erhöhung des Weizenhöchstpreises vornehmen, ohne daß, wenigstens nach der Ansicht der ungarischen Regierung, diese Mehrpreise, mit Ausnahme des Feinmehls, auf die konsumierende Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Es steht zu erwarten, daß eine Schutzwehr aufgerichtet wird, um zu verhindern, daß das ungarische Mehl in der österreichischen Reichshälfte teurer bezahlt werden müsse. Habe sich auch die Ernteschätzungen herabgemindert, so ist man angesichts der ganz außerordentlichen Ergebnisse der rumänischen Getreideernte und im Hinblick auf die von dem kürzlich in Wien geweilten bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow abgegebene Erklärung, daß Bulgarien seinen Verbündeten infolge der überaus befriedigenden Ernte sehr namhafte Getreidequantitäten zur Verfügung stellen könne, dort nach wie vor von der felsenfesten Ueberzeugung getragen, daß auch das Hinterland durchhalten wird, wenngleich es selbstverständlich heißen wird, sich nach der Decke zu strecken.

handelt sich um Dienstmädchen, Verwandte, die vorübergehend zu Besuch weilten, in vielen Fällen um Untermieter, die im Haushalt verköstigt wurden usw. Diese Personen verlassen den Haushalt, werden in einem anderen angemeldet, beziehen dort wieder Lebensmittelkarten und dies wiederholt sich oft mehrmals, so daß für eine und dieselbe Person in Wien doppelte und dreifache Lebensmittelkarten — selbstverständlich von verschiedenen Kommissionen — ausgefolgt werden.

Viele Fälle sind, wie erwähnt, festgestellt und die Schuldigen bestraft worden. Die Kommissionsmitglieder sind bemüht, diese Betrügereien zu verhindern, die gerade sie als Kenner der Verhältnisse gerechterweise empören müssen. Die Lehrer, die den Brot- und Mehlkommissionen angehören, wissen am besten, wie genau beispielsweise zuletzt die Schwerarbeiterzusatzkarten überprüft und wie vielen Personen die Zusatzkarten mangels der vollen formalen Erfordernisse gestrichen wurden, wie vielen in Wien dienenden älteren Landstürmern, trotzdem sie regelmäßig zu ihrer Familie kommen, der Brotbezug als Haushaltungsmitglieder gestrichen werden mußte, kurz: wie hart gerade solche durch die Vorschriften getroffen werden, die ohnehin Lasten genug haben. Desto aufreizender wirkt dann die Vorstellung, daß Gewissenlosigkeit und Selbstsucht sich auf die geschilderte Weise lange Zeit einen unrechtmäßigen Mehrbezug an Brot, Mehl, Zucker, Fett ꝛc. erschleichen und in die Lage kommen, auf bequeme Weise zu hamstern.

Hamburger Fremdenblatt

25. IV. 1917

227

Oesterreichs Finanzkraft.

Als der Schluß des Zeichnungstermins für die sechste österreichische Kriegsanleihe, der anfänglich auf den 8. Juni festgesetzt worden war, bis zum 22. Juni verlängert wurde, mag im feindlichen Lager ein Gefühl der Schadenfreude aufgetaucht sein. Wird man doch in London wie in Paris geglaubt haben, daß das Ergebnis bis zum 8. Juni so niedrig ausgefallen war, daß man notgedrungen zu einer weiteren Ausdehnung der Zeichnungsfrist habe schreiten müssen. Zwar wurden von Wien aus schon hohe Zahlen gemeldet, und die Verschiebung des Schlußtermins wurde ganz offen mit dem Wunsche erklärt, daß man eben ein noch glänzenderes Ergebnis als das schon bis zu dem ursprünglich festgesetzten Termine erzielte zu erreichen hoffe; bei unsern Feinden verhielt man sich diesen Auslassungen gegenüber außerordentlich skeptisch.

Es ist ja bekannt, daß man von Kriegsbeginn an sowohl an der Themse als auch an der Seine und bei den übrigen Verbandsmächten die militärische, finanzielle und volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit Oesterreich-Ungarns unterschätzt hat. Mußte man diese Ansicht über unsere Bundesgenossen nach den glänzenden Waffentaten an der Isonzofront und nach den Ergebnissen der bisherigen fünf Kriegsanleihen auch einer Revision unterziehen, so hegte man doch immer noch im stillen die Hoffnung, daß Oesterreich-Ungarns Kräfte mit der Zeit nachlassen würden. Wie falsch auch in dieser Beziehung wieder einmal die Rechnung der Engländer und Verbandsgenossen gewesen ist, die von Tag zu Tag selbst in eine immer größere finanzielle und wirtschaftliche Notlage hineingeraten, hat das glänzende Ergebnis der sechsten österreichischen Kriegsanleihe von neuem bewiesen, dessen vorläufig vorliegende Zahlen wir schon in unserer Sonntag-Morgenausgabe mitteilen konnten. Danach haben die Zeichnungen bisher den Betrag von 4 908 892 000 Kronen erreicht.

Wie bei den früheren Emissionen, waren auch diesmal zwei Kategorien von Titres ausgegeben worden, 5½ prozentige amortisable Obligationen und 5½ prozentige kurzfristige Schatzscheine. Im Interesse des österreichischen Staates ist es erfreulich, daß über die Hälfte des gezeichneten Betrages von 4 908 892 000 Kronen auf die amortisable Staatsanleihe entfällt. Vergleichen wir das Ergebnis der sechsten Kriegsanleihe mit dem der vorhergehenden Anleihen, so ergibt sich folgendes Bild. Es erbrachten (in tausend Kronen):

1.	Kriegsanleihe:	2 200 747	
2.	"	2 688 322	
3.	"	4 202 600	
4.	"	4 520 292	
5.	"	4 467 940	
6.	"	4 908 892	(vorläufig)
	Zusammen	22 988 793	

Danach hat allein Oesterreich in 35 Kriegsmonaten rund 23 Milliarden Kronen an Anleihen aufgebracht, eine Summe, die durch das Ergebnis der ungarischen sechsten Kriegsanleihe, deren Zeichnung am 26. Juni abläuft, für die gesamte Donaumonarchie sich noch glänzender gestalten wird. Unsere Feinde aber mögen aus der Höhe des bei der sechsten österreichischen Kriegsanleihe gezeichneten Betrages, der über den Erfolg aller bisherigen Kriegsanleihen hinausgeht, ersehen, daß auch in Oesterreich der Opfersinn ebenso wie in Deutschland trotz der Länge des Krieges noch keineswegs nachgelassen, sondern vielmehr sich noch erhöht hat. Diese finanzielle und wirtschaftliche Erstarkung unserer Bundesgenossen wird aber auch das wirtschaftliche Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn immer mehr kräftigen und vertiefen. Unter dem Zeichen des glänzenden neuen österreichischen Milliardensieges wird die augenblicklich in Budapest tagende Versammlung der Vorstände der deutschen, österreichischen und ungarischen wirtschaftlichen Verbände um so freudiger ihrer gemeinsamen Arbeit im Interesse der eng verbündeten Länder obliegen können.

Frankfurter Zeitung

26./VI. 1917

* **Reformen an der Wiener Börse.** Aus Wien, 22. d. M., berichtet unser W.-Korrespondent: „Die Wiener Börse ist jetzt mit Reformen beschäftigt. Zwar handelt es sich nicht darum, Maßnahmen zu treffen, um der allgemeinen Spiellust und dadurch bewirkten tollen Ueberwertung der Aktien ein Ende zu machen. Reformen dieser Art würden ja, wie die Dinge nun einmal liegen, auch in der Hauptsache außerhalb der Macht der Börsenbehörde liegen, denn die Ueberwertung ist zum großen Teile auf die rapid fortschreitende Anhäufung von Barmitteln und Bankguthaben zurückzuführen. Da die Kriegskosten wohl überwiegend durch Kriegsanleihen konsolidiert werden, aber die fundierten Kriegsschulden doch um viele stetig zunehmende Milliarden hinter den Kriegskosten zurückbleiben, strömen der Börse fortgesetzt Barmittel zur Anlage zu. Immerhin hätten auch die Börsenbehörden und die Standesorganisationen der Banken und Effektengeschäftsvermittler viel tun können, wenn sie die bei Wiedereröffnung des Börsensaales vor 1½ Jahren und seither immer wiederholten Anregungen, die Effektenspekulation gegen Deckung zu unterdrücken, aufgegriffen hätten. Statt dessen haben sie dahingehende Regierungsmaßnahmen vereitelt. Ebenso untätig blieb die Börsenvertretung gegenüber dem im Verlaufe des Krieges allmählich die größten Dimensionen annehmenden Anregungen zum Börsengeschäfte durch die Geschäftsvermittler. In dieser Hinsicht nehmen es schon die wenigsten Banken sehr genau mit ihrer Pflicht, dahin zu wirken, daß ein möglichst großer Teil der flüssigen Mittel der Kundschaft der Kriegsanleihe-Erwerbung zugeführt wird. Wohl machen sie während der Emissionszeit die äußersten Anstrengungen, um das Zeichnungsergebnis so günstig als möglich zu gestalten, und die eben zum Abschluß gelangte Emission der sechsten Kriegsanleihe dürfte daher ein erheblich höheres Ergebnis liefern als die vorangegangenen; aber in den Wechselstuben der Banken findet das Publikum bei seiner Neigung, Aktien zu kaufen, kaum den wünschenswerten Widerstand, und private Effektenhändler und Börsekomptoirs scheuen sich nicht im mindesten, durch Zirkulare und telegraphische Aufforderungen Typs zu lancieren, deren Erfolg man täglich in den zuströmenden Kaufaufträgen auf die eben getipten Effekten zu konstatieren vermag. Daß da mit unsachlichen Ausführungen und falschen Nachrichten in gewissenlosester Weise viel gearbeitet wird, unterliegt keinem Zweifel. Hier hätte die Börsenkammer ein dankbares Feld, durch strenge Disziplinierung dem Unwesen zu steuern. Aber davon ist nichts zu merken. Der ungeheure Geschäftsumfang hat aber allmählich die Abwicklung mit dem verminderten Apparat, der der Börse im Kriege zur Verfügung steht, ganz unmöglich gemacht. Und so sucht man fortgesetzt die durch die Umsätze überlasteten Organe der Börse zu entlasten. Da ein eigentliches Arrangement im Kriege nicht besteht, hat man, da der Giro- und Kassenverein bei der Effektenübernahme und Ablieferung nicht mehr nachzukommen vermag, allmählich statt der kassenmäßigen Abwicklung am nächsten Tage etwa zehntägige Abwicklungsperioden eingeführt, so daß zwischen Abschluß und Ablieferung unter Umständen immerhin mehr als eine Woche vergehen kann. Ebenso unmöglich wurde es den beeideten Sensalen, die ihnen zuströmenden Aufträge zu übersehen und auszuführen, zumal ihre Zahl sich im Kriege vermindert hat. Man hat sich daher endlich entschlossen, das Gruppensystem nach Berliner Muster einzuführen. Für diese Reform ist von Einsichtigen seit vielen Jahren gekämpft worden. Der Zustand, daß jeder Sensal in allen Wertpapieren Geschäftsabschlüsse entgegennimmt und in Augenmerk halten muß, ist ja immer höchst unpraktisch gewesen und mußte in Tagen besonderen Geschäftsandranges, also insbesondere an Paniktagen, zu einer völligen Desorganisierung des Marktes führen, da niemand während der Börse irgend einen Kurs erfahren konnte und der an solchen Tagen ohnedies schwierige Ausgleich von Angebot und Nachfrage zum Zwecke Einhaltung vernünftiger Kursgrenzen ganz unmöglich war. Aber der bestehende Zustand entsprach den Interessen einiger besonders beschäftigter Sensale und der Banken, die gerne in den von ihnen kontrollierten Wertpapieren mit einem Sensal ihres besonderen Vertrauens allein verkehren wollten, dem sie ihre Aufträge und Weisungen bezüglich der Kursbildung gaben und an den sich alle übrigen Sensale wenden mußten. Die Banken übersahen die ganze Marktlage in den betreffenden Papieren und konnten darnach ihre Maßnahmen treffen. Erst die ständige Unmöglichkeit der klaglosen Geschäftsvermittlung hat dazu geführt, daß die aus privaten und nicht immer berechtigten Interessen geleisteten Widerstände überwunden wurden. Vom 2. Juli an wird also das Gruppensystem eingeführt, indem mehrere Sensale zu je einer Gruppe vereinigt und ihnen eine bestimmte Anzahl von Papieren zugewiesen wird. Dabei werden nicht etwa die Effekten einer Industrie-Gruppe vereinigt einem Sensal überwiesen, sondern wie in Berlin eine Anzahl Papiere der verschiedenen Gruppen, damit das Geschäft möglichst gleichmäßig auf alle Sensale aufgeteilt wird. Es werden also 6 Gruppen für den Handel in Aktien und eine für Anlagewerte und Lose gebildet. Die Aufträge sollen direkt an einen Sensal der betr. Gruppe erteilt werden, wird ein anderer Sensal damit betraut, so ist doppelte Kourtage zu zahlen. Dadurch wird es auch möglich, erste Kurse für Aufträge, die von der Börse erteilt wurden, festzustellen und bekannt zu machen. Weitere Aufträge werden nur bis ½1 Uhr entgegengenommen, während in den letzten halben Stunde der Börse nur Aufträge, die die Sensale zum Ausgleich ihrer Saldi brauchen, entgegengenommen werden. Diesen Auftragsbedarf werden die Sensale auf besonderen Tafeln bekanntmachen. Auch eine andere, seit langem oft gegebene Anregung hat nun Aussicht auf Verwirklichung, die Abschaffung des Handels in Aktien mit laufenden Zinsen. Es ist dies ja im wesentlichen eine rein technische Frage und zumal, da die Zinsen immer zu 5 pCt. gerechnet werden, während die Dividenden der meisten Gesellschaften erheblich höher sind — eine Anzahl übrigens auch ertraglos bleiben — kommt der an sich logische Sinne dieser Einrichtung, daß der Kaufpreis allmählich um die aufgelaufenen Zinsen steige, nur sehr wenig zum Ausdrucke. Wohl aber ist die Zinsenrechnung eine beim gegenwärtigen Geschäftsumfange und Personalmangel erhebliche Vermehrung der Arbeitslast, die einzuschränken alles Interesse ist. Vielleicht wird man auch einmal dazu kommen, den unzweckmäßigen Handel der Aktien in Stücken und Schlüssen aufzugeben und durch die in Berlin längst eingeführte Prozentnotierung zu ersetzen, die vor etwa 20 Jahren schon einmal versuchsweise eingeführt, aber bald wieder aufgegeben werden mußte, da man wohl die Notierung in Prozenten festgesetzt hatte, aber den Handel in Schlüssen zu 25 Stück beibehalten hatte, so daß die Rechnungen kompliziert und für das zahlreiche, am Börsengeschäfte teilnehmende, aber finanziell ganz ungeschulte Publikum unverständlich gewesen sind."

Der Abend
26./VI. 1917

229

Oesterreichs Finanzlage.

Budgetrede Dr. Steinwenders

Berichterstatter Dr. Steinwender: Hinsichtlich der Kreditermächtigung wurde im Ausschusse der Meinung Ausdruck gegeben, daß der monatliche Kreditbedarf den Betrag von 1500 Millionen Kronen nicht übersteigt, von denen rund 900 Millionen auf die Militärauslagen, 175 Millionen auf die Unterhaltsbeiträge entfallen, so daß noch mehr als 400 Millionen für Hilfsaktionen und für etwaige jetzt noch nicht vorauszusehende Mehrerfordernisse der Heeresverwaltung erübrigen. Es wurde daher der Kredit für vier Monate auf 6000 Millionen Kronen beschränkt.

Auch hinsichtlich der Form der Kreditgewährung wurde eine Einschränkung in Vorschlag gebracht. Der Budgetausschuß war in seiner überwiegenden Mehrzahl der Meinung, daß eine Ausgabe von amortisabler Rente nicht erfolgen solle, dagegen wurde ein neuer Antrag aufgenommen, wonach die Regierung ausdrücklich zur Übernahme von Garantien ermächtigt wird, welche Garantien sie übrigens schon jetzt ohne Ermächtigung eingegangen ist.

Kriegsgewinner und Hungerude.

Endlich muß auch gewärtigt werden, daß für die Unterstützung von Staatsangestellten seitens der Regierung den Teuerungsverhältnissen entsprechende Summen ausgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Solange es noch Leute gibt, die sich im Kriege bereichern, kann es der Staat unmöglich dulden, daß Tausende und Hunderttausende seiner Angestellten hungern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir erwarten daher, daß die Regierung, und zwar in der nächsten Zeit Vorsorge treffen werde, daß den Angestellten eine solche Aushilfe gewährt werde, wie sie den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen entspricht. (Beifall.)

Die Einschränkung hinsichtlich der Dauer des Budgetprovisoriums von sechs Monate auf vier wurde nicht aus politischen, sondern aus rein sachlichen Gründen gemacht. Wir wollen endlich einen Staatsvoranschlag vor uns haben, den wir prüfen und auch verbessern wollen, wir wollen die Schande nicht länger dulden, daß Österreich der einzige Staat ist, der ohne Voranschlag ins Blaue hineinwirtschaftet. (Lebhafter Beifall.)

Die Regierung konnte nicht voraussehen, wie lange der Krieg dauern und was er kosten wird. Aber sie hat im Anfange überhaupt nichts getan, und erst nachdem die Kriegsschuld eine Höhe von 9490 Millionen Kronen mit einem Zinsenaufwande von 377 Millionen Kronen erreicht hatte, hat sie ihre erste Verfügung bezüglich von Mehreinnahmen getroffen, indem sie die Branntweinsteuer um 20 Heller erhöht hat, was gegenüber den Auslagen von rund 10 Milliarden Kronen eine Einnahme von ungefähr 20 Millionen Kronen ergeben hat. Später wurden im Verordnungswege einige Steuern eingeführt. Für die Ausgabe von neuen Aktien wurde eine Erhöhung von 0·625 % auf 1 % vorgenommen, zu einer Zeit, wo die großen Emissionen von neuen Aktien stattgefunden haben und wo man gewiß sehr große Beträge hereinbekommen hätte. Die Tantiemensteuer wurde zwar auf das Doppelte erhöht, aber erst vom Jahre 1917 angefangen, während alle anderen Steuerträger für das ganze Jahr 1916 nachträglich die Erhöhung zu entrichten hatten. Die Effekten-Umsatzsteuer wurde gar nicht erhöht, obwohl es sehr nützlich gewesen wäre, die Ausschreitungen der Börse wenigstens teilweise dadurch einzuschränken, daß man den Börsenverkehr etwas teurer macht. Es wurde wohl die Rentensteuer auf das Doppelte erhöht, aber tatsächlich fand die Erhöhung nur hinsichtlich der Zinsen der Einlagebücher statt, hinsichtlich der Kontokorrentzinsen aber nicht.

Die klägliche Kriegsgewinnsteuer.

Am 16. August 1916 ist auch die Durchführungsverordnung zur Kriegsgewinnsteuer erschienen, vier Monate nach Erlaß der kaiserlichen Verordnung über die Kriegsgewinnsteuer. Diese Kriegsgewinnsteuer stellt sich als kläglich in der Anlage, in der Durchführung und im Erfolge dar. Bis jetzt haben z. B. die privaten Kriegsgewinner ungefähr 1 Million, die Aktiengesellschaften beiläufig 25 Millionen Kronen gezahlt, Ziffern, die rein lächerlich sind.

Das Gesetz, betreffend die Kriegsgewinnsteuer, kann nicht einfach etwas verbessert und fortgesetzt, sondern hier muß gründlich neu aufgebaut werden. (Lebhafte Zustimmung.) Uns geht es gar nichts an, was die frühere Regierung hinauszugeben für gut befunden hat. Wir haben das Gesetz so zu machen, wie wir es machen würden und werden es so machen, wie es dem allgemeinen Volksempfinden und unserer Überzeugung entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Der Staat hat seinen Anteil an dem übermäßigen Gewinn zu nehmen und das Übrige möge den Unternehmern bleiben.

Unser Volk will Offenheit und Ehrlichkeit und verdient sie auch. Mit dem Versteckenspielen vor dem Volke muß ein Ende gemacht werden. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Der Leiter des Finanzministeriums Dr. v. Wimmer erwiderte kurz auf die Rede Steinwenders:

Reichspost Abendbl. 26/III. 1917

Die Aufstellung von Bilanzen während des Krieges. Die „Wiener Zeitung" bringt heute eine Verordnung, wonach Kaufleute, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige der öffentlichen Rechnungslegung unterworfene Unternehmungen, die in Galizien, in der Bukowina, in Dalmatien, im Küstenlande oder in den Kriegsgerichtssprengeln Rovereto und Trient ihren Wohnsitz (Sitz) haben, mit Ausnahme der Eisenbahnunternehmungen, von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) für die Geschäftsjahre, die seit dem 1. Jänner 1914 abgelaufen sind oder ablaufen, bis 31. Dezember 1917 befreit sind. Die Verwaltungsbehörde kann ferner auch Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die wegen der Einberufung ihrer Organe oder Angestellten zur militärischen Dienstleistung oder aus anderen Gründen außerstande sind, den Rechnungsabschluß rechtzeitig aufzustellen, von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) für die Geschäftsjahre, die seit dem 1. Jänner 1914 abgelaufen sind oder ablaufen, bis längstens 31. Dezember 1917 entheben.

27./VI. 1917

231

— (Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik.) In der ordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, von dem nach entsprechenden Abschreibungen sich ergebenden Reingewinn des Betriebsjahres 1916 per K. 7,007.043 (im Vorjahr 8,452.169) für Wohlfahrtszwecke für Angestellte der Gesellschaft K. 600.000 (im Vorjahr 500.000) zu verwenden, dem außerordentlichen Reservefonds K. 1,600.000 (wie im Vorjahr) zuzuweisen, eine Dividende von K. 176 pro Aktie (im Vorjahre K. 150) zur Verteilung zu bringen und K. 1,848.399 auf neue Rechnung vorzutragen, wodurch sich der Vortrag pro 1917 auf K. 5,610.505 erhöht. In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herren Siegmund Löwy und Adolf von Ullmann wiedergewählt.

Die Zeit

27./VI. 1917

— (Freistädter Stahl- und Eisenwerke A.-G., Freistadt.) Gestern fand die Generalversammlung der Freistädter Stahl- und Eisenwerke A.-G. unter dem Vorsitz des Präsidenten Kommerzialrat Robert Pollak statt. Von dem erzielten Reingewinn per K. 901.406 (gegen K. 352.104 im Vorjahre) gelangt eine zwölfprozentige Dividende (gegen zehn Prozent) zur Ausschüttung. Dem Reservefonds wurden K. 60.000 (K. 30.000 im Vorjahre) zugewiesen und ein Betrag von K. 118.547 (K. 38.141 im Vorahre) auf neue Rechnung vorgetragen. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital von K. 6,000.000 auf K. 8,000.000 zu erhöhen und die neu auszugebenden 10.000 Stück Aktien zum Kurse von K. 300 (Nominale K. 200) pro Stück zu begeben. Die Festsetzung der Begebungsbedingungen wurde dem Verwaltungsrat überlassen. In den Aufsichtsrat wurden die Herren Jakob Czech, Viktor Hoffmann, Alfred Wolf und Kommerzialrat Edmund Gerich als Mitglieder wiedergewählt und die Herren Oberst i. R. Hermann Lippert und Ing. Franz Pifrement als Ersatzmänner berufen. In der auf die Generalversammlung folgenden Verwaltungsratssitzung wurden Kommerzialrat Robert Pollak zum Präsidenten und Hofrat Marian Ritter v. Bilinski zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

Pester Lloyd
28./VI. 1917

(Ungarische Kanonenfabrik A.-G.) Unter dem Vorsitze des Präsidenten Geheimen Rates FZM. a. D. Hugo Edlen v. Hoffmann fand heute im Finanzministerium die dritte ordentliche Generalversammlung der Ungarischen Kanonenfabrik A.-G. statt. Zentraldirektor Richard Lauer unterbreitete den Jahresbericht der Direktion und die Schlußrechnungen, welch letztere mit einem Verlust von k 1,546.962.09 schließen. Zum Verständnis dieses Defizits erteilte der Präsident Aufklärungen, denen wir folgendes entnehmen: Das Defizit beruht in erster Linie darauf, daß die Kanonenfabrik, nachdem sie erst während des Krieges in Betrieb kam, nicht über eigene Arbeiter verfügte, sondern daß ihr die Arbeiter von der Heeresverwaltung zugeteilt wurden, die eine gewisse Zeit gebraucht haben, um sich in ihren neuen Arbeitskreis einzuarbeiten und sonach naturgemäß nicht die Leistungsfähigkeit eines geschulten Arbeiterstocks hatten. Daß auch die vielfachen Lohnerhöhungen ungünstig eingewirkt haben, ist evident. In einigen Blättern wurde das Defizit der Ungarischen Kanonenfabrik auf die Lieferungen der Skodawerke zurückgeführt. Das ist aber durchaus falsch. Die Skodawerke haben seinerzeit wohl die Verpflichtung übernommen, der Ungarischen Kanonenfabrik das Rohmaterial zu liefern, wenn keine andere Fabrik es beistellen kann. Effektiv haben sie der Ungarischen Kanonenfabrik jedoch bloß gewisse Sorten von Rohbestandteilen geliefert, da die Diósgyörer staatliche Eisenfabrik, die diese Lieferungen nach dem Gesetze zu übernehmen hätte, ihre für diesen Fabrikationszweig erforderlichen Zubauten infolge der kriegerischen Ereignisse nicht rechtzeitig fertigstellen konnte. Für die Skodawerke bedeuten diese Lieferungen nicht nur keinen Nutzen, sondern vielmehr eine Last, weil sie selbst eine größere Menge fertiger Kanonen erzeugen könnten, wenn sie der Ungarischen Kanonenfabrik nicht die erwähnten Halbfabrikate zu liefern hätten. Die Skodawerke unterstützen also auf diese Weise mit Hintansetzung ihrer eigenen Interessen, um den Preis materieller Opfer, die Ungarische Kanonenfabrik, um diese in die Lage zu versetzen, den erhöhten Anforderungen des Krieges entsprechen zu können. Die Generalversammlung nahm die Aufklärungen des Präsidenten zustimmend zur Kenntnis und beschloß nach Genehmigung des Jahresberichtes und der Bilanz im Sinne des Antrages der Direktion, das Aktienkapital um 6·5 Millionen zu erhöhen. In die Direktion wurde an Stelle des krankheitshalber zurückgetretenen Mitgliedes Julius Blum der Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt Ludwig Neurath gewählt.

Neues Wiener Tagblatt

28/VI. 1917

234

(Die Goldpolitik der Deutschen Reichsbank.) Die Deutsche Reichsbank hat in der letzten Woche einen größeren Goldbetrag an das neutrale Ausland abgegeben und damit Warenbezüge bezahlt. Es ist auch früher geschehen, jedoch nicht in dem Ausmaß, daß die wöchentlichen Goldzuflüsse der Reichsbank dadurch paralysiert wurden. Aus Berlin wird hierüber telegraphiert: Der Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 23. d. zeigt, zum erstenmal seit Kriegsbeginn, eine Abnahme des Goldbestandes, und zwar um den erheblichen Betrag von 76·47 Millionen Mark, infolge der Einfuhr notwendiger Waren, während seit Ende Juli 1914 bis zum 15. Juni 1917 der Goldvorrat ununterbrochen, und zwar um den Gesamtbetrag von 1280 Millionen Mark, gestiegen war, obwohl in der Zwischenzeit eine recht bedeutende Goldmenge ausgeführt werden mußte. Im übrigen ist der vorliegende Bankausweis verhältnismäßig befriedigend. Erfreulich ist insbesondere die weitere Zunahme des Silberbestandes um 8·8 auf 58·6 Millionen Mark. Entsprechend der Zunahme des Darlehensbestandes bei den Darlehenskassen im Zusammenhang mit dem dritten Pflichteinzahlungstermin auf die sechste Kriegsanleihe empfing die Reichsbank von letzteren für 74·6 Millionen Mark an Darlehenskassenscheinen. Dagegen setzte die Reichsbank für 71·5 Millionen Mark Darlehenskassenscheine in Verkehr. Die gesamte Kapitalsanlage der Bank ist im Zusammenhang mit dem Ultimo um 113·9 Millionen auf 9·69 Milliarden Mark gestiegen. Auf die sechste Kriegsanleihe sind in der Berichtswoche 318·7 Millionen Mark neu eingezahlt worden, so daß die Gesamtheit der Einzahlungen nunmehr 12,514·5 Millionen Mark gleich 96·4 Prozent des Zeichnungsergebnisses beträgt. Pflichtgemäß wären bis jetzt nur 75 Prozent voll einzuzahlen gewesen.

Die Zeit
28. VI. 1917

Die Deutsche Reichsbank im Kriege.

Starke Abnahme des Goldbestandes.

Berlin, 27. Juni. (KB)

Der Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 23. d. zeigt zum erstenmal seit Kriegsbeginn eine Abnahme des Goldbestandes, und zwar um den erheblichen Betrag von 76·47 Millionen Mark, infolge der Einfuhr notwendiger Waren, während seit Ende Juli 1914 bis zum 15. d. der Goldvorrat ununterbrochen, und zwar um den Gesamtbetrag von 1280 Millionen Mark, gestiegen war, obwohl in der Zwischenzeit eine recht bedeutende Goldmenge ausgeführt werden mußte.

Im übrigen ist der vorliegende Bankausweis verhältnismäßig befriedigend. Erfreulich ist insbesondere die weitere Zunahme des Silberbestandes um 8·8 auf 58·6 Millionen Mark. Entsprechend der Zunahme des Darlehensbestandes bei den Darlehenskassen im Zusammenhang mit dem dritten Pflichteinzahlungstermin auf die sechste Kriegsanleihe empfing die Reichsbank von letzteren für 74·6 Millionen Mark an Darlehenskassenscheinen. Dagegen setzte die Reichsbank für 71·5 Millionen Mark Darlehenskassenscheine in Verkehr. Der hieraus ersichtliche große Bedarf an Zahlungsmitteln erklärt sich nicht nur mit dem Herannahen des Ultimos, sondern auch mit den Auszahlungen der Zinsscheine auf die Kriegsanleihen.

Die gesamte Kapitalsanlage der Bank ist im Zusammenhang mit dem Ultimo um 113·9 auf 9698 Millionen Mark gestiegen. Die fremden Gelder haben sich unter dem Einfluß der Einzahlungen auf die Kriegsanleihe um 332 auf 5148·3 Millionen Mark vermehrt. Auf die sechste Kriegsanleihe sind in der Berichtswoche 318·7 Millionen Mark neu eingezahlt worden, so daß die Gesamtheit der Einzahlungen nunmehr 12.514·5 Millionen Mark, gleich 96·4 Prozent des Zeichnungsergebnisses, beträgt. Pflichtgemäß wären bis jetzt nur 75 Prozent voll einzuzahlen gewesen.

Nachstehend der detaillierte Ausweis:

Ausweis vom 23. Juni.

Mark	Stand	Differenz
Aktiva:		
Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet	2.515,525.000	— 67,656.000
Darunter Gold	2.456,879.000	— 76,470.000
Reichs- und Darlehenskassenscheine	530,852.000	+ 3,464.000
Andere Banknoten	6,837.000	+ 1,674.000
Wechsel, Scheck und diskontierte Schatzanweisungen	9.536,284.000	+ 112,031,900
Lombard-Forderungen	3,879.000	— 1,521.000
Effekten	143,664.000	+ 3,135.000
Sonstige Aktiva	1.360,776.000	+ 282,630.000
Passiva:		
Grundkapital	180,000.000	unverändert
Reservefonds	90,137.000	unverändert
Notenumlauf	8.219,736.000	— 4,288.000
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	5.148,270.000	+ 331,974.000
Sonstige Passiva	478,874.000	+ 6,062.000

* * *

In einem offenbar inspirierten Berliner Artikel bereitete die Frankfurter Zeitung in ihrem Abendblatt vom 25. d. bereits die Oeffentlichkeit auf einen großen Goldausgang bei der Reichsbank vor, der nunmehr tatsächlich in obigem Ausweis in Erscheinung getreten ist. In dieser Maßnahme, die zum erstenmal im Kriege in den Ausweisen der Reichsbank erscheint, soll nach dem erwähnten Artikel keineswegs eine Aenderung der bisherigen Goldpolitik der Bank erblickt werden. Die Reichsbank hat schon bisher wiederholt große Goldbeträge in das neutrale Ausland gesendet. Wenn iese Sendungen in den Ausweisen nicht erschienen sind, so war dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die Goldzuflüsse aus der Zirkulation, aus freiwilligen Goldsammlungen (und wohl auch aus dem befreundeten Ausland D. Red.) die Ausgänge überragt haben. Der neueste erhebliche Goldausgang dient in erster Linie zur Bezahlung wichtiger Importe, aber es wird auch der Zweck verfolgt, dem weiteren Sinken der deutschen Valuta im neutralen Ausland Einhalt zu tun. Der ohnehin ungünstige Stand der deutschen Valuta auf den europäischen neutralen Plätzen hat seit dem Eintritt Amerikas eine weitere wesentliche Verschlechterung erfahren, weil einerseits die Möglichkeit für Deutschland, wenn auch in mäßigen Grenzen, in Amerika Guthaben zu schaffen, ganz entfallen ist und die Amerikaner andererseits mit allen Mitteln bestrebt sind, Deutschlands Valuta-Interessen auf den neutralen Märkten zu schädigen. Die rückläufige Bewegung des Markkurses auf den neutralen europäischen Plätzen ist in der letzten Woche, wohl im Zusammenhang mit der Goldrimesse der Reichsbank, zum Stillstande gekommen und hat einer kleinen Besserung Platz gemacht. Wenn sich die deutsche Reichsbank zu einer relativ so radikalen Maßnahme, wie es die Versendung eines Betrages von 76 Millionen Mark in Gold auf einmal darstellt, entschlossen hat, so dürfte sie von der Ueberzeugung ausgehen, daß die Forderungen Amerikas an Deutschland keinen solchen Umfang haben, daß sie die Wiederholung der Manipulationen gegen den Markkurs zuließen. Die große Goldrimesse ist daher als vereinzelter Fall und nicht als der Anfang einer Aenderung der Goldpolitik der Reichsbank anzusehen.

Neues Wiener Tagblatt
29./VI. 1917

(Oesterreichisch-ungarische Bank.) Aus Budapest, 28. d., wird telegraphiert: Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank hielt heute unter dem Vorsitz des Gouverneurs Geheimen Rates Alexander v. Popovics eine Sitzung ab, in der der Generalsekretär v. Schmid einen eingehenden Bericht über die Lage der Bank und des Geldmarktes erstattete. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Ein Antrag auf Aenderung des Zinsfußes lag nicht vor. Aus dem Bericht des Generalsekretärs von Schmid ist folgendes hervorzuheben: Der Anlagemarkt war in den letzten fünf Wochen andauernd ruhig und fest. Die Veränderungen sind ganz unbedeutend. In den Zinssätzen der europäischen Notenbanken ist seit der letzten Generalratssitzung am 19. Mai keine Veränderung eingetreten. Als Abschlagzahlung kommen am 2. Juli in gewohnter Weise 28 K. pro Aktie der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Verteilung. Im übrigen wurde eine Reihe von Gegenständen der laufenden Verwaltung erledigt. Ferner wurde angezeigt, daß vom 16. Juli angefangen zu den vierprozentigen fünfzigjährigen auf Gulden lautenden Pfandbriefen der Oesterreichisch-ungarischen Bank vom 1. April 1893 neue Couponbogen hinausgegeben werden. Die zu diesem Zweck einzureichenden Talons übernehmen sowohl die Hypothekarkreditkasse der Bank in Wien als auch die Hauptanstalt in Budapest und sämtliche Bankfilialen.

Pester Lloyd
29./VI. 1917

(Eine neue Los-Emission.) Ein unter der Leitung der Hermes Allgemeinen Wechselstuben-Aktiengesellschaft stehendes Konsortium hat schon im Jahre 1912 die Konzession zur Ausgabe von Losen erhalten, deren Erlös wohltätigen und kulturellen Zwecken zugute kommen sollte. Die Konzession lautete jedoch nur auf drei Jahre und innerhalb dieser Zeit konnte die Durchführung dieser Aktion aus mannigfachen Gründen nicht in Angriff genommen werden. Das Konsortium hat sich seither neuerdings um die erwähnte Konzession beworben und die nach dieser Richtung seit langem geführten Verhandlungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß noch der frühere Finanzminister Johann v. Teleßky einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, in dem demselben Konsortium abermals die Konzession zur Ausgabe derartiger Lose verliehen werden soll. Diese Vorlage hat sich jetzt auch sein Nachfolger im Amte Dr. Gustav Gratz zu eigen gemacht. Sie hat vorgestern auch schon den Ministerrat passiert und soll nunmehr nach Erteilung der königlichen Vorsanktion im Laufe der nächsten Woche dem Abgeordnetenhause unterbreitet werden. Wie wir vernehmen, wird dieses Gesetz das Konsortium, das unter der Leitung der Hermes aus der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, der Pester Ungarischen Kommerzialbank, der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft, der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank und der Vaterländischen Bank besteht, voraussichtlich die Ermächtigung zur Emission von Losen im Nominalwerte von 48 Millionen Kronen erhalten. An dem Erlöse dieser Lose sollen außer der Arbeiterversicherungskasse, der Poliklinik und den im Landeskulturrate vertretenen Institutionen, die schon laut der Vorlage vom Jahre 1912 aus dem Ertrag dieser Lotterie bedacht werden sollen, auch der Verein vom Roten Kreuz, das Invalidenamt und das Kriegsfürsorgeamt partizipieren. Die Beteiligung der Arbeiterversicherungskasse, der Poliklinik und der im Landeskulturrat vertretenen Institutionen dürfte ungefähr sieben Millionen, jene des Vereins vom Roten Kreuz, des Invalidenamtes und des Kriegsfürsorgeamtes rund 20 Millionen Kronen betragen. Die Lose werden zur öffentlichen Subskription aufgelegt werden, und zwar dürften 1,200.000 Lose im Nominalwerte von je 40 Kronen ausgegeben werden. Der Zeitpunkt der Subskription ist derzeit noch nicht festgestellt, doch wird sie aller Voraussicht nach in der ersten Hälfte des Monats September stattfinden. Wie eingeweihte Kreise behaupten, bietet der Spielplan der neuen Lose dem Publikum weit mehr Chancen als die bisherigen ähnlichen Papiere, und da auch die Konstellation auf dem Losmarkte eine überaus günstige ist, wird die Emission der neuen Lose gewiß von jenem großen Erfolge begleitet sein, der ihr schon im Interesse der humanitären und kulturellen Zwecke, welchen sie zugute kommt, zu wünschen ist.

Neues Wiener Tagblatt
29./VI. 1917

(Hutter u. Schrantz A. G. Siebwaren- und Filztuchfabriken.) Die Generalversammlung wurde gestern unter Vorsitz des Präsidenten Maxime von Kraßny abgehalten. Dem Berichte zufolge ist im abgelaufenen Geschäftsjahre der Umsatz sowohl der Siebwaren- als der Filztuchfabriken gegen das Vorjahr etwas gestiegen, und im Zusammenhange damit hat sich der erzielte Gewinn erhöht, wovon jedoch ein sehr bedeutender Teil durch die im Vorjahre eingeführten neuen Steuern absorbiert wird. Um ein Gegengewicht für etwaige Verluste an solchen Forderungen zu schaffen, die die Gesellschaft, sei es im Kriegsgebiete, sei es im feindlichen Auslande, besitzt, wird eine Kriegsverlustreserve im Betrage von 500,000 K. angelegt. Für außerordentliche Unterstützungen an die Beamten und Arbeiter wurde ein Betrag von 300,000 K. gewidmet. Von dem zur Verfügung stehenden Reingewinn per 1,423,070 K. zuzüglich des Vortrages vom Vorjahre per 127,665 K., zusammen 1,550,735 K., wurde entsprechend dem Antrage des Verwaltungsrates beschlossen, eine Dividende von 9 Prozent (gegen 7 Prozent im Vorjahre) zu verteilen, 571,153 K. (im Vorjahre 246,244 K.) in den Reservefonds zu legen, so daß sich derselbe auf 1,617,397 K. erhöht, und 164,390 K. (im Vorjahre 127,665 K.) auf neue Rechnung vorzutragen. Die turnusgemäß ausscheidenden Verwaltungsräte, die Herren Oskar Rothhaller und Dr. Johann Zerkowitz, wurden einstimmig wiedergewählt. In den Revisionsausschuß wurden die Herren Ladislaus v. Neugebauer und Ferdinand Plaschkowitz, Robert Fanta und Dr. Viktor Glaser, die beiden letzteren als Ersatzrevisoren, berufen. In der auf die Generalversammlung folgenden Verwaltungsratssitzung wurde Direktor Maxime v. Kraßny zum Präsidenten und Herr Otto Schrantz zum Vizepräsidenten gewählt.

Neues Wiener Tagblatt
29./VI. 1917

(Kapitalserhöhung der Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A. G.) Gestern hat die Generalversammlung dieser Gesellschaft stattgefunden. Die Bilanz für 1916 schließt, nach Zuwendung einer Million Kronen für Kriegsfürsorge- und Beamten- und Arbeiterwohlfahrtszwecke, mit einem Reingewinn von insgesamt 2,924,738 K. Hievon wird eine Dividende von 50 K. pro Aktie ausgeschüttet, 300,000 K. werden dem Reservefonds zugeführt und 1,214,232 K. auf neue Rechnung vorgetragen. Ferner wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, das Aktienkapital durch Ausgabe von 12,500 neuen Aktien zu 200 K. Nominale, mit Dividendenberechtigung ab 1. Jänner 1917, auf 7,500,000 K. zu erhöhen. Die Durchführung dieser Kapitalserhöhung wurde dem Verwaltungsrat überlassen, welcher in anschließender Sitzung beschloß, die Neuemission sofort in Angriff zu nehmen. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 700 K. (samt 5 Prozent Zinsen hievon ab 1. Jänner 1917) ausgegeben und den bisherigen Aktionären wird 14 Tage hindurch ein Vorbezugsrecht in der Weise eingeräumt, daß auf je zwei alte Aktien eine neue Aktie entfällt. Die heuer zum Austritte gelangenden Verwaltungsräte Dr. Leo Fleischer und Direktor Alfred Günther wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso wurden Graf Auersperg zum Präsidenten und die Herren Präsident Professor Dr. v. Landesberger und Herrenhausmitglied Bernhard Wetzler zu Vizepräsidenten neuerlich wiedergewählt.

Fremdenblatt
29./III. 1917.

Enzesfelder Munitions- und Metallwerke-Aktiengesellschaft.

Am 28. d. hat die neunte ordentliche Generalversammlung der Aktionäre dieser Gesellschaft stattgefunden. Die Bilanz für 1916 schließt, nach Zuwendung einer Million Kronen für Kriegsfürsorge- und Beamten- und Arbeiterwohlfahrtszwecke, mit einem Reingewinn von insgesamt 2,924.738 Kronen. Hievon wird eine Dividende von 50 Kronen per Aktie ausgeschüttet, 300.000 Kronen werden dem Reservefonds zugeführt und 1,214.232 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen. Ferner wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, das Aktienkapital durch Ausgabe von 12.500 neuen Aktien zu 200 Kronen Nominale mit Dividendenberechtigung ab 1. Jänner 1917 auf 7,500.000 Kronen zu erhöhen. Die Durchführung dieser Kapitalserhöhung wurde dem Verwaltungsrate überlassen, der in anschließender Sitzung beschloß, die Neuemission sofort in Angriff zu nehmen.

Die neuen Aktien werden zum Kurse von 700 Kronen (samt 5 Prozent Zinsen hievon ab 1. Jänner 1917) ausgegeben und den bisherigen Aktionären wird vierzehn Tage hindurch ein Vorbezugsrecht in der Weise eingeräumt, daß auf je zwei alte Aktien eine neue Aktie entfällt.

Die heuer zum Austritt gelangenden Verwaltungsräte Dr. Leo Fleischer und Direktor Alfred Günther wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso wurden Graf Auersperg zum Präsidenten und die Herren Präsident Professor Dr. von Landesberger und das Mitglied des Herrenhauses Generalrat Bernhard Wetzler zu Vizepräsidenten neuerlich wiedergewählt.

Der Abend

30./III. 1917

241

Denen der Krieg gut anschlägt.

Hutter & Schranz A. G. Wieder eine Gesellschaft, der das Stacheldrahterzeugen vortrefflich anschlägt. Reingewinn K 1,550.735 (im Vorjahr K 981.778, vor zwei Jahren K 484.234, also auf mehr als das Dreifache gestiegen!) Dividende 9 v. H. (im Vorjahr 7 v. H., vor zwei Jahren 4 v. H.) Konzern: Niederösterreichische Eskomptegesellschaft.

Die Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A. G. hat im Jahre 1916 K 2,924.738 (gegen K 2,009.818 im Vorjahre) verdient, wovon K 50 gleich 25 v. H. (gegen K 30 gleich 15 v. H. im Vorjahr) als Dividende verteilt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Aktienkapital durch Ausgabe von 12.500 neuen Aktien um den angeblichen Betrag von 2½ Millionen zu erhöhen; in Wahrheit werden es 8¾ Millionen sein, da die Aktien, die auf 200 K lauten, zu 700 ausgegeben werden sollen, vorausgesetzt, daß die Regierung einen solchen Unfug gestattet. Übrigens ein weithinsichtbares Beispiel für die Art und Weise, wie man Gewinne in Sicherheit bringt, die ihrer ganzen Natur nach offenbar vorübergehend sein müssen, denn ewig werden wir ja doch nicht von den Kriegsausnützern ausgebeutet werden; man läßt sich sie einfach gegen bares Geld ablösen und findet immer wieder Schafe, die sich scheren lassen.

Was für ein Segen für diese Art von Industrie der Krieg ist, zeigt die Tatsache, daß noch im Jahre 19194, bevor sich die Gesellschaft ganz auf Kriegslieferungen eingerichtet hatte, der gesamte Reingewinn nicht mehr als K 306.011 betrug, während vorher die Betriebsverluste so beträchtlich waren, daß das Aktienkapital wiederholt durch Abstemplung herabgesetzt werden mußte, so daß die Aktionäre die ursprünglich eingezahlten 2¼ Millionen ganz verloren haben. Und jetzt fühlt man sich seiner Sache so sicher, daß man sich für die neuen Aktien das dreieinhalbfache des eingezahlten Geldes zu fordern traut. Konzern: Anglo-Österreichische Bank.

Die Galizische Karpathen-Petroleum A. G. wird eine Dividende von 100 K bezahlen; im Vorjahre, wo die Bewucherung des Volkes noch nicht so offenkundig betrieben wurde, war die Dividende 75 K. Ist es zu verantworten, daß so etwas vorkommen kann, ohne daß das Kriegswucheramt mit aller Strenge einschritt?

Zu den Verdreifachern gehört die Freistädter Stahl- und Eisenwerke A. G. Sie hat K 901.406 verdient, gegen K 352.104 das Jahr vorher. Davon bezahlt sie eine Dividende von 12 v. H. (im Vorjahr 10 v. H.). Auch sie benützt natürlich die gute Gelegenheit und die übermenschliche Geduld der Regierung zu einem Börsenfischzug größerer Art; sie vermehrt das Aktienkapital um 10.000 Stück, an denen sie, da die 200 K-Aktien zu 500 K ausgegeben werden, drei Millionen profitiert. Wem angesichts dieser Kapitalsraubzüge die Augen noch nicht aufgehen, der gehört zu den ewig Blinden, die nicht sehen, welches Schicksal ihnen bevorsteht.

Pester Lloyd Abendbl
30./VI. 1917

30
n
242

Sitzung der Finanzkommission.

Budapest, 30. Juni.

Die von der Verkehrskommission bereits erledigte Vorlage über die Vereinheitlichung der Straßenbahntarife ist heute mittag auch von der Finanzkommission verhandelt worden.

Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy.

Referent technischer Oberrat Josef Voltinyi meldete, der Magistrat habe sich dafür entschieden, daß die Bestimmung, wonach die Passagiere für die nicht im vorhinein gelösten Umsteigkarten statt 20 Heller pro Stück 24 Heller zu bezahlen haben, gestrichen werde. (Zustimmung.) Er teilte sodann die im Sinne der Beschlüsse des Magistrats und der Verkehrskommission an der Vorlage vorgenommenen Aenderungen mit; unter anderem werden die Gesellschaften verhalten, auch im Weichbilde der Stadt Kartenverschleißstellen zu errichten, das System der Arbeiterabonnementkarten wird auch auf die Soldaten vom Zugsführer abwärts ausgedehnt usw.

Der erste Redner Gustav G. Ehrlich nimmt die Vorlage an. Nicht nur in Budapest wurde diese Tarifrevision eingeführt; er verweist auf das Beispiel Wiens, wo jetzt ebenfalls die Straßenbahntarife vereinheitlicht werden, und zwar auf der Basis von 22 Hellern. Er glaubt, die Tarifrevision werde später populär werden, denn sie werde dem Publikum, besonders den unbemittelteren Klassen, die die Elektrische in der Regel zu längeren Fahrten benützen, Vorteile bringen.

Dr. Salomon Eulenberg konstatiert mit Befriedigung, daß an der Vorlage zweckmäßige Aenderungen vorgenommen würden. Die Tarifrevision sei aus finanziellen Gründen notwendig, denn die Hauptstadt müsse ihren finanziellen Haushalt in Ordnung bringen. Redner wünscht, daß die Gesellschaften, die durch die Tarifrevision zu größeren Einnahmen gelangen, ihre Bahnen entwickeln und die Lage ihrer Angestellten verbessern.

Referent Valtinyi: Der Magistrat hat sich bereits dafür ausgesprochen, daß die Gesellschaften den zu erzielenden Mehrbetrag in erster Reihe zur Aufbesserung der materiellen Lage ihrer Angestellten zu verwenden haben.

Dr. Eulenberg nimmt dies zur Kenntnis und nimmt die Vorlage an.

Julius Szekula gibt zu, daß die Tarifrevision manche Vorteile bringen würde, trotzdem sei er aus finanziellen und Verkehrsrücksichten gezwungen, die Vorlage abzulehnen. Durch die Tarifrevision würde nämlich das Publikum schwer betroffen, besonders jene Klasse, die täglich öfter die Elektrische benützen müsse. In Wien werde der ganze Nutzen der Tarifrevision in die Kasse der Stadt fließen, hier aber werde sie auch Privatunternehmungen einen bedeutenden materiellen Nutzen abwerfen. Aus finanziellen Rücksichten nimmt Redner bloß die Verkehrssteuervorlage an, die Tarifrevision müsse er aber, als eine schwere Belastung des Publikums, ablehnen. Man solle erst abwarten, wie sich nach dem Kriege die Verhältnisse gestalten, dann sei noch immer Zeit zu dieser Maßregel.

Josef Szabó erwähnt, daß die Streichung der auf die 24-Heller-Karten bezüglichen Bestimmung der Vorlage schon von der Zwanziger-Subkommission gefordert wurde. Redner sieht nicht ein, weshalb die Hauptstadt nur deshalb, weil die Tarifrevision auch den Privatgesellschaften Nutzen bringen werde, auf die Millionen verzichten sollte, die sie von der Tarifrevision erhoffe. Die Tarifrevision sei nach Ansicht des Redners nicht antisozial, weshalb Redner die Vorlage annimmt.

Dr. Sigmund Hajós nimmt die Vorlage im Interesse des Publikums selbst an, denn die Tarifrevision werde die Fahrten auf langen Strecken verbilligen.

Auf eine Bemerkung des Redners teilt Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy mit, der Magistrat habe beschlossen, die Verkehrssteuer nur auf die Fahrkarten unter 20 Heller zu beschränken; nun, falls die Tarifrevision nicht verwirklicht werden könnte, die teuereren Karten durch die Verkehrssteuer nicht noch mehr zu verteuern. Hiezu hätten Rücksichten sozialer Natur den Magistrat bewogen und die Hauptstadt bringe gern materielle Opfer, um diesen sozialen Rücksichten zu entsprechen.

Béla Perczel bedauert, daß Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi nicht anwesend sei, der die Verkehrssteuer bekämpft und auch gegen die Tarifrevision sich ausgesprochen habe, weil er — Vázsonyi — nicht gewillt sei, Privatangestellten ein Geschenk zu machen. Redner bedauert auch die Abwesenheit der Demokraten Dr. Feleki und Dr. Petö. Für die Verwirklichung des auf die Verbesserung der Lage der Straßenbahnangestellten bezüglichen Beschlusses habe die Hauptstadt keinerlei Garantie. An der Hand ziffermäßiger Daten weist Redner nach, daß die Lage der Angestellten der Straßenbahnen manches zu wünschen übrig lasse. Die Gesellschaften erzielen große Einnahmen, die Direktionsmitglieder beziehen bedeutende Tantiemen, sie müßten auch für ihre Angestellten mehr tun. Hunderte von Beamten haben zusammen weniger Einkommen, als die wenigen Mitglieder der Direktion. Die Verteuerung der Zonenkarten werde durch die Verbilligung der Streckenkarten nicht paralysiert. Besonders die Budaer Bevölkerung werde sehr durch die Verteuerung der Zonenkarten leiden. Die Verkehrssteuer nimmt Redner mit Rücksicht auf die finanziellen Interessen der Hauptstadt, wenn auch ungern, an, die Tarifrevision lehnt er aber entschieden ab.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy erklärt, die Tarifrevision werde mehr Vorteile bringen als Nachteile. Was die Forderunden der Hauptstadt betrifft, so werde ein Kompromiß mit den Gesellschaften geschlossen werden müssen. Wenn man auch die Gesellschaften nicht zwingen könne, den Wunsch der Hauptstadt betreffend die Verbesserung der Lage der Angestellten zu erfüllen, so sei Redner dennoch überzeugt, daß die Gesellschaften nach dem Kriege noch viel mehr für ihre Angestellten tun werden als bisher. Die Forderund der Hauptstadt werde jedoch auch bis dahin eine moralische Pression auf die Gesellschaften üben.

Dr. Emerich Németh lehnt die Vorlage ab, weil die Tarifrevision besonders die Budaer Bevölkerung empfindlich treffen würde. Falls jedoch die Tarifrevision dennoch angenommen werden sollte, müsse schon jetzt dafür gesorgt werden, daß die Tarifrevision die Ablösung der Bahnen nicht beeinflusse.

Julius Szekula fragt, ob die Gesellschaften auf die Streichung der auf die 24-Heller-Karten bezügliche Bestimmung der Vorlage eingehen, was vom Bügermeister verneint wurde.

Die Kommission nahm die Vorlage mit großer Majorität an.

Am 11. Juli gelangt die Vorlage vor den Munizipalausschuß.

Fremdenblatt
30./VI. 1917

Die Kapitalserhöhung der Zivnostenska Banka.

Ueber die in der am 28. d. M. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Zivnostenska Banka beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen Kronen von 80 auf 100 Millionen Kronen wird aus Prag noch weiters berichtet: Die Kapitalserhöhung geschieht durch Ausgabe 100.000 neuer Aktien a 200 Kronen Nominale, die den Aktionären zum Betrage von 260 Kronen und Nichtaktionären zum Betrage von 280 Kronen angeboten werden. Dabei entfällt grundsätzlich auf vier alte Aktien eine neue Aktie. Die neuen Aktien nehmen am Erträgnis des Verwaltungsjahres 1918 teil. Die Bezugsanmeldung für die neuen Aktien schließt am 16. Juli d. J.

Neue Freie Presse 3
3./IV. 1917

Rechnungsabschlüsse.

Oesterreichische Länderbank.

Die Rechnungsabschlüsse der Oesterreichischen Länderbank werden heute veröffentlicht. Die Gesamtziffer des Ergebnisses und die Anträge wegen Verwendung des Reingewinnes sind aus der folgenden Mitteilung zu entnehmen:

„Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Länderbank hat in seiner heutigen Sitzung die demselben vorgelegte Bilanz pro 1916 genehmigt. Diese ergibt ein Bruttoerträgnis von 29,386.929 K. und abzüglich der Spesen, Steuern und Abschreibungen ein Reinerträgnis von 16,069.999 K., in welchem ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit 341.789 K. enthalten ist. Auf Grund dieses Ergebnisses hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 2. Mai 1917 einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds 2,500.000 K., dem ordentlichen Reservefonds im Sinne der Statuten 843.859 K. zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Beamten und Diener der Bank wie alljährlich 200.000 K. zu widmen, eine Dividende von 7½ Prozent, das ist 30 K. per Aktie, auszubezahlen und den nach Bestreitung der statutarischen und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibenden Rest von 1,564.594 K. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Tagesordnung der Generalversammlung enthält nebst den üblichen Verhandlungsgegenständen die zur Beschlußfassung für die Verwendung des Reinerträgnisses erforderlichen Anträge sowie einen Antrag auf Aenderung des § 6 der Statuten (Höchstbetrag der zulässigen Spareinlagen)."

Das Gewinn- und Verlustkonto wird in der nachfolgenden Aufstellung ausgewiesen:

Einnahmen:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Gewinnvortrag vom Jahre 1915	341.789	+ 341.789
Zinsen	18,781.023	+ 2,407.327
Provisionen	6,425.830	+ 369.350
Gewinn an Devisen und Valuten	575.730	— 251.462
Gewinn an Effekten- und Konsortialgeschäften	3,258.609	+ 2,601.298
Verfallene Dividenden	3.948	+ 1.556
Summe der Einnahmen	29,386.929	+ 5,469.768
Ausgaben:		
Gehalte	5,299.138	+ 703.918
Spesen	2,811.523	+ 479.562
Pensionsfondsbeitrag	332.640	+ 14.372
Steuern und Gebühren	4,631.117	+ 2,632.779
Abschreibungen am Inventar	52.292	— 24.519
Abschreibungen am Bankgebäude	84.000	unverändert
Abschreibungen dubioser Forderungen	6.220	— 47.351
Summe der Ausgaben	13,316.930	+ 3,759.761
Summe der Einnahmen	29,386.929	+ 5,469.768
Reingewinn	16,069.999	+ 1,711.007

Die Bilanz der Länderbank hat den gleichen Charakter wie jene der übrigen großen Finanzinstitute: Starker Zufluß fremder Gelder, anhaltender Rückgang des kommerziellen Geschäftes, fortschreitende Verborgung der Mittel im Zusammenhange mit dem Kriege, die höchsten bisher dagewesenen Jahresergebnisse. Die Länderbank hatte für das erste Kriegsjahr 1914 ihre Dividende auf 4 Prozent ermäßigt und zur Zahlung dieses Betrages den ganzen Vortrag aufgezehrt sowie dem Reservefonds 4¼ Millionen Kronen entnommen. Im Jahre 1915 war die Dividende auf 6 Prozent oder 24 K. gesteigert und dem Reservefonds der letztgenannte Betrag wieder ersetzt worden. Für das Jahr 1916 wird die Dividende auf das Höchstmaß der früheren Jahre, nämlich auf 30 K. oder 7½ Prozent gesteigert, außerdem werden den Reserven 3·34 Millionen Kronen zugeführt und der Vortrag um 1·2 Millionen Kronen erhöht. Im ganzen bedeuten diese Rücklagen etwa 14 K. für jede Aktie. Die Länderbank besitzt Filialen in Paris und London, deren Bilanzen ihr seit dem Kriege nicht zugänglich sind. Wie in den letzten Jahren wurde auch diesmal in die Bilanz der Länderbank nur der Saldo der beiden Filialen aus dem Stande der eigenen Bücher aufgenommen, dagegen die Zinsen auf die Dotationen und auf die Forderungen der Länderbank nicht in Rechnung gestellt. Voraussichtlich werden diese beiden Filialen nach dem Friedensschlusse in Liquidation treten; bei der Londoner Niederlassung ist, wie bei allen Filialen deutscher und österreichischer Banken, die Zwangsliquidation bereits eingeleitet. In den Kreisen der Länderbank wird es als sicher angenommen, daß dem Institut aus der Liquidation dieser beiden Filialen, namentlich in Berücksichtigung der Valutaverhältnisse keine Verluste erwachsen, vielmehr ein Teil der für diese Engagements angelegten stillen Reserven frei werden dürfte.

Der Bruttogewinn der Länderbank nach Ausscheidung des Vortrages beziffert sich mit rund 29 Millionen Kronen, das ist 22·3 Prozent, der Reingewinn mit 15·7 Millionen oder rund 12 Prozent des Aktienkapitals. Zu dem Gewinn haben den überwiegenden Teil die Zinsen geliefert, welche 18·7 Millionen betragen und um 2·4 Millionen Kronen höher angesetzt wurden. Die Steigerung der Zinsen ist eine Folge des großen Zuflusses fremder Gelder in der Höhe von 212 Millionen Kronen und ergibt etwas über 1 Prozent dieses Zuwachses. Die Provisionen und Devisengewinne sind ziemlich unverändert geblieben, dagegen sind die Effekten und Konsortialgewinne um 2·6 Millionen Kronen gestiegen. Von den der Bank nahestehenden Unternehmungen zahlte die Ungarische Eskompte- und Wechselbank 7½ Prozent Dividende gegen 7 Prozent im Vorjahre, die Deutsche Effekten- und Wechslerbank 6 Prozent gegen 5 Prozent, die Kroatische Eskomptebank 9 Prozent gegen 8½ Prozent. Die Zentralbodenkreditbank zahlt 7 Prozent wie bisher, die Kontrollbank, die im vorigen Jahre dividendenlos war, 6 Prozent, die Immobiliarbank wird mindestens wieder 5 Prozent ausschütten. Die Rumänische Kreditbank ist bei Kriegsausbruch unter Zwangsverwaltung gestellt und ihre Bestände sind nach Jassy überführt worden. Die Länderbank hat für ihren Aktienbesitz eine Rücklage errichtet. Die Galizische Volksbank wird wie im Vorjahre keine Dividende zahlen. Die Serbische Kreditbank mußte ihre Tätigkeit auf die Sicherung ihrer Außenstände beschränken, da ihre Bestände von der serbischen Regierung außer Landes gebracht worden sind. Die Länderbank hat für dieses Engagement Reserven geschaffen und in Belgrad eine eigene Expositur errichtet. Auf dem Effekten- und Konsortialkonto wurden realisiert die dritte und vierte Kriegsanleihe, die Wiener Stadtanleihe, die ungarischen Kassenscheine, die Garantiesyndikate für die Kapitalsvermehrungen mehrerer Banken, das Syndikat für die Roten-Kreuz-Lose; ferner von industriellen Syndikaten die Alten Bechert & Co., die Metallwarenfabrik St. Veit, die Wolfsberg-Trauntaler-, Gerngroß-, Lobositzer Schokoladefabriks-, Münchengrätzer Schuhfabriksaktien, die Aktien der Vereinigten Lederfabriken, der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank, der Emaillierwerke „Austria" und der Schönpriesener Zuckerfabrik. Die übrigen Syndikate blieben unverrechnet. Das Lastenkonto ist um rund 3·8 Millionen Kronen gestiegen, wovon 2·6 Millionen Kronen die Steuern als Folge des größeren zugrunde liegenden Jahresgewinnes des Jahres 1916 bilden. Gehalte und Spesen sind durch die Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen und sonstigen Bezüge der Angestellten sowie der Spenden für Kriegsfürsorgezwecke gewachsen; für das heurige Jahr wurden die regulären Bezüge der nicht tantiemenberechtigten Angestellten weiter erhöht, was eine neuerliche Steigerung des Gehaltskontos zur Folge haben wird. Der finanzielle Stand der Länderbank am Jahresschlusse ist aus der folgenden Aufstellung der Bilanz vom 31. Dezember 1916 zu entnehmen.

Aktiven:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Barbestände	34,036.628	— 4,031.460
Wechsel	92,862.432	— 5,733.739
Effekten	112,326.133	— 5,693.934
Inventar	378.178	— 33.484
Immobilien	2,680.250	— 82.259
Einzahlungen auf Konsortialgeschäfte	42,147.009	— 5.579.728
Vorschüsse auf Effekten	14,734.257	— 7,818.408
Pensionsfonds, Effekten und Immobilien	14,619.112	— 336.198
Debitoren:		
Kriegsanleihe-Verrechnungskonto	382,324.530	+ 102,595.628
Sonstige Debitoren	975,641.038	+ 374,135.134
Zusammen	1.357,965.568	+ 476,730.762
Abzüglich Debitoren mit gleichem Betrage Kreditoren	402,659.032	+ 125,739.207
Summe der Debitoren	955,306.536	+ 350,991.557
Summe der Aktiven	1.269,090.535	+ 321,682.345
Passiven:		
Aktienkapital	130,000.000	unverändert
Außerordentlicher Reservefonds A.	2,359.400	unverändert
Außerordentlicher Reservefonds B.	6,611.308	+ 4,264.850
Ordentlicher Reservefonds	12,621.389	+ 718.428
Agioreserve	5,222.772	unverändert
Kriegsverlustreserve	8,500.000	unverändert
Tratten	24,168.301	— 10,699.602
Verzinsliche Einlagen	241,091.074	+ 83,711.031
Unbehobene Dividenden und Agiorückzahlungen	4,328.101	+ 2,336.742
Pensionsfonds	9 706.919	+ 976.940
Kreditoren:		
Kriegsanleihe-Verrechnungskonto	144,905.641	— 39,669.412
Sonstige Kreditoren	1.066,164.663	+ 404,071.569
Zusammen	1.211,070.304	+ 464,402.157
Abzüglich Kreditoren mit gleichem Betrage Debitoren	402,659.032	+ 125.739.207
Summe der Kreditoren	808,411.272	+ 238,662.950
Reingewinn	16,069.999	+ 1,711.007
Summe der Passiven	1.269,090.535	+ 321,682.345

Die fremden Gelder, welche die Länderbank verwaltete, sind um 312 Millionen Kronen gewachsen. Es sind ihr an verzinslichen Einlagen 83·7 Millionen und im Kontokorrent 238·6 Millionen Kronen zugeflossen. Dagegen wurde der Trattenumlauf um 10·7 Millionen Kronen vermindert. Die Debitoren haben um 350·9 Millionen Kronen zugenommen; der weitaus überwiegende Teil des Zuwachses sind, wie bei allen Banken, Kriegsanleihebelehnungen und Vorauszahlungen auf die künftigen Kriegsanleihen. Das Verrechnungskonto der fünften Kriegsanleihe kommt darin zum Ausdrucke, daß die Länderbank am Jahresschlusse Vorschüsse auf die Kriegsanleihe in der Höhe von 382·3 Millionen Kronen gewährt hat, anderseits dem Staate auf aushaftende Einzahlungen 144·9 Millionen Kronen schuldete. Das Effektenkonto zeigt große Verschiebungen. In der Gesamtziffer ergab sich ein Rückgang um 5·69 Millionen Kronen. Die Zusammensetzung ist die folgende: Anlagewerte 78·3 (+ 17·3), Bankaktien 16·7 (— 10·8), Transportaktien 0·67, Aktien von Industrie- und Versicherungsgesellschaften 16·6 (— 12·1) Millionen Kronen. Von Bankenaktien wurden ein Teil des Besitzes an Titres der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank, von Industriewerten Aktien der Emailfabrik „Austria", der Schönpriesener Zuckerraffinerie, der Lederfabriken, der Lobositzer Schokoladefabrik und der Brünner Maschinenfabrik abverkauft. Das Konsortialkonto ist durch die oben erwähnten Realisierungen um 5·58 Millionen Kronen gesunken. Neu hinzugekommen sind Aktien der Münchengrätzer Schuhfabrik, der Fettwarenwerke „Zentra" und der Vereinigten Bandfabriken. Die Reserven der Länderbank betragen nach der vorliegenden Bilanz einschließlich des Vortrages 36·87 Millionen Kronen oder rund 113 K. für jede Aktie. An Kriegsanleihe wurden bei der Länderbank bisher 16.112 Millionen Kronen, davon 225 Millionen Kronen für eigene Rechnung, gezeichnet.

Ueber die Industrieunternehmungen der Länderbank wird folgendes mitgeteilt: Die Emaillierwerke „Austria" sind trotz des Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften und der Einschränkung des Kommerzgeschäftes mit Heereslieferungen voll beschäftigt, das Jahresergebnis wird hinter dem Vorjahre nicht zurückbleiben. Der Gewinn der Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner wird durch umfangreiche Heereslieferungen günstig beeinflußt. Die Siemens-Schuckert-Werke werden die gleiche Dividende wie im Vorjahre zahlen. Die Wiener Lokalbahnen hatten lebhafteren Verkehr, dagegen eine wesentliche Steigerung der Auslagen, so daß das Ergebnis eine Besserung nicht erfahren wird. Die Karborundumwerke stellen eine höhere Dividende in Aussicht als Folge starken Konsums im Inlande und in Deutschland sowie beträchtlicher Eingänge an Exportvaluta. Die Drogenhandlungen werden, obwohl das Unternehmen unter Schwierigkeit der Warenbeschaffung aus dem Auslande und Arbeitermangel leidet, ein befriedigendes Erträgnis ausweisen. Dagegen wird die Perlmooser Zementfabrik keine Dividende zahlen; auch der Stand der Parzellierungsgeschäfte ist unverändert geblieben. Die „Austro-Americana" kann infolge der Ungewißheit über das Schicksal der in nordamerikanischen Häfen liegenden Schiffe vorerst eine Bilanz nicht aufstellen. Die Dividende der Münchengrätzer Schuhfabrik dürfte wieder 15 Prozent betragen. Die Moosbrunner Glasfabriken haben pro 1915/16 10 Prozent verteilt und werden, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, wieder eine befriedigende Dividende zahlen. Ueber die Union-Minière in Rußland hat die Länderbank keine zuverlässigen Nachrichten, namentlich wegen des Einflusses der Revolution. Die Produktionsverhältnisse waren vorher unverändert günstig. Die Holzindustriegesellschaft „Bukowina" kann infolge der neuerlichen Russeninvasion keine Bilanz aufstellen. Die Tiroler Brauerei Kundl zahlt 4 Prozent. Von den Zuckerfabriken der Länderbank hat die Zentralmährische Zuckerfabrik pro 1915/16 zum erstenmal 5 Prozent verteilt und in der laufenden Kampagne günstig gearbeitet. Der Verein mährischer Zuckerfabriken verteilte wie im Vorjahre 12 Prozent, die Schönpriesener Zuckerfabrik wird für das laufende Jahr wieder 15 Prozent zahlen, die südungarische Zuckerfabrik wird ihre Dividende, die bisher 6 Prozent betrug, erhöhen, die oberungarische Zuckerfabrik wird für 1916/17 mit einem kleineren Verluste abschließen und für das Jahr 1917/18 infolge des günstigeren Herbstwetters für den Felderanbau mehrversprechende Aussichten eröffnen. Die Zündwarenfabrik „Solo" dürfte ihre Dividende, die im Vorjahre 12 Prozent betragen hatte, erhöhen. Die Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth und die Vereinigten Lederfabriken Flesch, Gerlach Moritz werden eine höhere Dividende, die Fettindustrie „Fistag", die Vereinigten Bandfabriken und die Lobositzer Schokoladewerke „Deli" die gleiche Dividende wie im Vorjahre zahlen. Die Beschäftigung der Seifenfabrik „Zentra" ist infolge Rohmaterialmangels sehr schwach. Das Erträgnis dürfte gleichwohl befriedigend sein.

Österr. Volkszeitung
3./IV. 1917

Oesterreichische Länderbank.

Der Jahresabschluß.

Auch die Oesterreichische Länderbank vermochte im abgelaufenen Jahre ihre geschäftliche Tätigkeit namhaft auszudehnen und Erträgnisse zu erzielen, welche es ermöglichen, nach internen Rückstellungen und Stärkung ihres Gewinnvortrages um 1·2 Millionen Kronen eine um 1½ Prozent höhere Dividende im Ausmaße von 7½ Prozent = K. 30 zu verteilen, wodurch wieder die letzte Friedensdividende erreicht wurde. Für die beiden Filialen in Paris und London konnten nur die Endziffern eingestellt werden, die sich aus den Büchern bei Bilanzabschluß ergeben hatten; die Zinsen auf die Dotationen und Forderungen der Zentrale wurden auch heuer nicht in Rechnung gestellt. Des weiteren mußten für das Engagement bei der rumänischen Kreditbank wie bei der Serbischen Kreditbank Rückstellungen vorgenommen werden. Die Rumänische Kreditbank ist, nachdem sie bei Kriegsausbruch seitens der rumänischen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, mit sämtlichen Beständen nach Jassy übersiedelt, die Serbische Kreditbank wurde seitens der serbischen Regierung vor der Eroberung Serbiens außer Landes gebracht. Die Länderbank hat für diese Engagements ausreichende Reserven geschaffen. Die übrigen Banken, an welchen die Länderbank interessiert ist, und zwar die Ungarische Eskompte- und Wechslerbank, die Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M., die Kroatische Eskomptebank, die Oesterreichische Zentralbodenkreditbank 2c. haben sehr befriedigend gearbeitet; die Galizische Volksbank in Lemberg dürfte allerdings infolge des Krieges auch diesesmal keine Dividende bezahlen.

Wir erhalten über die Beschlüsse der Verwaltung nachstehende Verlautbarung:

„Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Länderbank hat die Bilanz per 1916 genehmigt. Diese ergibt ein Bruttoerträgnis von K. 29,886.929 und abzüglich der Spesen, Steuern und Abschreibungen ein Reinerträgnis von K. 16,069.999, in welchem ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit K. 341.789 enthalten ist. Auf Grund dieses Ergebnisses hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 2. Mai d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds K. 2,500.000, dem ordentlichen Reservefonds im Sinne der Statuten K. 843.859 zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Beamten und Diener der Bank wie alljährlich K. 200.000 zu widmen, eine Dividende von 7½ Prozent, das ist K. 30 per Aktie auszubezahlen und den nach Bestreitung der statutarischen und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibenden Rest von K. 1,564.594 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Tagesordnung der Generalversammlung enthält nebst den üblichen Verhandlungsgegenständen die zur Beschlußfassung für die Verwendung des Reinerträgnisses erforderlichen Anträge, sowie einen Antrag auf Aenderung des § 6 der Statuten."

Wir lassen nunmehr das **Gewinn- und Verlustkonto** folgen:

Soll:	Kronen	± gegen 1915
Gehalte	5,399.138	+ 704.000
Spesen	2,811.523	+ 48.000
Pensionsfondsbeitrag	332.639	+ 14.000
Steuern und Gebühren	4,631.116	+ 2,633.000
Abschreibungen:		
Inventar	52.291	— 25.000
Bankgebäude	84.000	—
Dubiose Forderungen	6.220	— 47.000
Gewinn per Saldo	16,069.999	+ 1.711.000
Zusammen	29,386.929	+ 5,470.000

Haben:	Kronen	± gegen 1915
Gewinnvortrag vom Jahre 1915	341.789	+ 342.000
Zinsen	18,781.022	+ 2,407.000
Provisionen	6,425.829	+ 369.000
Gewinn an:		
Devisen und Valuten	575.730	— 251.000
Effekten und Konsortialgeschäften	3,258.609	+ 2,601.000
Verfallene Dividenden	3.048	+ 2.000
Zusammen	29,386.929	+ 5,470.000

Die bemerkenswerte Steigerung des Zinsenkontos um 2·4 Millionen Kronen ist hauptsächlich auf den neuerlichen Zufluß an fremden Geldern zurückzuführen; so haben sich die verzinslichen Einlagen um 83·7 und die Kreditoren um 238·6 Millionen Kronen erhöht. Insgesamt standen der Länderbank an fremden Geldern 1049 Milliarden Kronen zur Verfügung. Der Effekten- und Konsortialgewinn, der sich um 0·657 Millionen Kronen erhöhte, wurde aus der dritten und vierten Kriegsanleihe, aus den Wiener Kommunalkassenscheinen und aus verschiedenen Garantiesyndikaten und Industrieaktienverkäufen erzielt. Eine stattliche Anzahl von Engagements, darunter die fünfte Kriegsanleihe, die Parzellierungsgeschäfte, die Südungarische und die Stummersche Zuckerfabriks-A.-G., die Fettindustriegesellschaft 2c. blieb unverrechnet. Die Gehaltssteigerung hängt mit Kriegsteuerungszulagen und mit Bezugserhöhungen der Angestellten zusammen. Dem Spesenkonto sind namhafte Kriegsfürsorgespenden anzulasten.

Die Hauptbilanz weist im einzelnen aus: Aktiva: Barbestände K. 34,036.628 (— 4,032.000), Wechsel K. 92,862.431 (— 5,734.000), Effekten K. 112,326.133 (— 5,094.000), Inventar K. 378.178 (— 33.000), Immobilien K. 2,680.249 (— 82.000), Einzahlungen auf Konsortialgeschäfte K. 42,147.009 (— 5,580.000), Vorschüsse auf Effekten K. 14,734.256 (— 7,818.000), Pensionsfonds-Effekten und Immobilien K. 14,619.111 (— 336.000), Kriegsanleihe-Verrechnungskonto und Debitoren Kronen 1357,965.568 (abzüglich Debitoren mit gleichem Betrage Kreditoren K. 402,659.032) K. 955,306.536 (+ 350,991.000, zusammen K 1269,090.535 (+ 321,682.000).

Passiva: Aktienkapital K. 130,000.000, außerordentliche Reservefonds K. 8,970.707 (+ 4,265.000), ordentlicher Reservefonds K. 12,621.388 (+ 718.000), Agioreservefonds K. 5,222.771, Kriegsverlustreserve K. 8,500.000, Tratten K. 24,168.300 (— 10,700.000), verzinsliche Einlagen K. 241,091.073 (+ 83,711.000), unbehobene Dividenden und Agiorückzahlungen K. 4,928.101 (+ 2,337.000), Pensionsfonds K. 9,706.919 (+ 977.000), Kriegsanleiheverrechnungskonto und Kreditoren K. 1211,070.304 (abzüglich Kreditoren mit gleichem Betrag Debitoren K. 402,659.032) K. 808,411.272 (+ 238,663.000), Gewinnsaldo K. 16,069.999 (+ 1,711.000). Zusammen K. 1269,090.535 (+ 321,682.000).

Die Hauptbilanzsumme beträgt 1·269 Milliarden Kronen (+ 321·6 Millionen Kronen). Das charakteristische Moment auch dieser Bilanz bildet der Rückgang des Wechselportefeuilles um 5·7 und die Steigerung der Debitoren (um 351 Millionen Kronen auf rund eine Milliarde Kronen), was überwiegend auf Belehnungen der Kriegsanleihen sowie auf Vorauszahlungen an den Staat zurückzuführen ist. Den Debitoren stehen Kreditoren im Betrage von 808 (+ 0.238) Millionen Kronen gegenüber. Der Effektenbesitz der Länderbank hat sich um rund 5·7 auf 112·3 Millionen Kronen herabgemindert; sie hat im Vorjahr bekanntlich einen Teil ihrer Ungarischen Eskompte- und Wechseleraktien, ferner Austria-Aktien, Schönpriesener und Fleschsche Lederfabriks-Aktien 2c. zu günstigen Bedingungen abgestoßen. Mit den Abverkäufen von Industrieaktien hängt auch die Verminderung von Konsortialeinzahlungen um 5·58 Millionen Kronen zusammen. Erwähnt sei noch, daß die von der Oesterreichischen Länderbank für eigene Rechnung und für ihre Kundschaft angemeldeten Kriegsanleihezeichnungen 1·612 Milliarden Kronen betragen haben.

Ueber die

Industrieunternehmungen,

an welchen das Institut beteiligt ist, wird nachstehendes offiziell mitgeteilt:

Die Emaillierwerke Austria mußten wegen Rohmaterialmangels eine Betriebseinschränkung vornehmen; die Werke sind jedoch ausreichend beschäftigt. Die R. Ph. Wagner-A.-G. ist gleichfalls voll in Anspruch genommen und wird ein günstiges Erträgnis liefern. Dasselbe gilt von den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken. Die Wiener Lokalbahnen werden, da die Materialkosten sich wesentlich gesteigert haben, trotz erhöhten Verkehrs keine höhere Dividende zahlen. Die Ergebnisse der Carborundum-A.-G. wurden durch die beträchtliche Exportvaluta sehr günstig beeinflußt; die Vereinigten Drogengroßhandlungen Fritz Petzold u. Süß-A.-G. wird trotz der schwierigen Warenbeschaffung ein befriedigendes Ergebnis bieten; kein günstiger Abschluß ist von der Perlmoser Kalk- und Portlandzement-A.-G. zu erwarten; die Münchengrätzer Schuhfabriks-A.-G. wird wieder 15 Prozent zahlen; die Moosbrunner Glasfabriks-A.-G. läßt trotz steigender Betriebsschwierigkeiten Günstiges erwarten.

Ueber die Russische „Union miniere et metallurgique" entbehrt die Länderbank zuverlässige Nachrichten — in welcher Weise der Ausbruch der Revolution in Rußland auf die Gesellschaft eingewirkt hat, entzieht sich der Beurteilung; die Holzindustrie-A.-G. „Bucowina" vermag keine Bilanz aufzustellen, da durch die kriegerischen Ereignisse die Werke und die Vorräte der Gesellschaft ihrem Einfluß entzogen sind.

Die fünf Zuckerfabriken, an welchen die Länderbank interessiert ist, haben zumeist günstig gearbeitet; die Südungarische Zucker-A.-G. dürfte sogar auf das erhöhte Aktienkapital eine höhere Dividende zahlen; die Oberungarische Zucker-A.-G. dürfte ohne nennenswerten Verlust abschließen. Die Zündwaren-A.-G. „Solo" wird infolge umfangreicher Zivil- und Heereslieferungen die Dividende erhöhen, ebenso die Hofherr-Schrantz-A.-G. und die Lederfabriken Flesch, Gerlach u. Moritz-A.-G. Bei der Vereinigten Seifen- und Fettwarenwerke-A.-G. „Centra" hat die Länderbank die ihr bei der Gründung eingeräumte Option auf einen Posten Aktien ausgeübt; trotzdem die Gesellschaft unter Rohmaterialmangel leidet, ist ein befriedigendes Erträgnis zu erwarten.

Neues Wiener Tagblatt

3./IV. 1917

8

Der Volkswirt.

Oesterreichische Länderbank.

Bilanz für 1916.

Heute liegt der Rechnungsabschluß der Oesterreichischen Länderbank für 1916 vor; der erste, der unter dem Regime des jetzigen Generaldirektors Kotter veröffentlicht wird. Die Bilanz zeigt ein besonders günstiges Ergebnis, das nicht bloß in der Erhöhung der Dividende von 24 auf 30 K. sich äußert, sondern in verschiedenen Einzelheiten, die darauf schließen lassen, daß neben den ausgewiesenen Erträgnissen die nicht sichtbaren Reserven eine beträchtliche Steigerung erfahren haben. Durch die Dividende von 30 K. ist die Länderbank zur letzten Friedensdividende, welche zugleich das höchste Erträgnis seit Bestand des Instituts repräsentiert, zurückgekehrt. Die Direktion teilt über den Geschäftsabschluß mit:

„Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Länderbank hat in seiner heutigen Sitzung die demselben vorgelegte Bilanz pro 1916 genehmigt. Diese ergibt ein Bruttoerträgnis von 29,386,929 K. und abzüglich der Spesen, Steuern und Abschreibungen ein Reinerträgnis von 16,069,999 K., in welchem ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahr mit 341,789 K. enthalten ist. Auf Grund dieses Ergebnisses hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 2. Mai d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds 2,500,000 K., dem ordentlichen Reservefonds im Sinne der Statuten 843,859 K. zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Beamten und Diener der Bank wie alljährlich 200,000 K. zu widmen, eine Dividende von 7½ Prozent, das ist 30 K. pro Aktie, auszubezahlen und den nach Bestreitung der statutarischen und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibenden Rest von 1,561,591 K. auf neue Rechnung vorzutragen. — Die Tagesordnung der Generalversammlung enthält nebst den üblichen Verhandlungsgegenständen die zur Beschlußfassung für die Verwendung des Reinerträgnisses erforderlichen Anträge sowie einen Antrag auf Aenderung des § 6 der Statuten."

Das Gewinn- und Verlustkonto per 31. Dezember 1916 setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

Erträgnisse:	1916 Kronen	gegen 1915 Kronen
Gewinnvortrag vom Jahre 1915	341,789	+ 342,000
Zinsen	18,761,023	+ 2,407,000
Provisionen	6,425,830	+ 369,000
Gewinn an Devisen und Valuten	575,730	— 251,000
Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften	3,258,609	+ 2,601,000
Verfallene Dividenden	3948	+ 2,000
Zusammen	29,386,929	+ 5,470,000

Lasten:	1916 Kronen	gegen 1915 Kronen
Gehalte	5,399,138	+ 704,000
Spesen	2,811,523	+ 480,000
Pensionsfondsbeitrag	332,640	+ 14,000
Steuern und Gebühren	4,631,116	+ 2,633,000
Abschreibungen:		
Inventar	52,292	— 25,000
Bankgebäude	84,000	— —
Dubiose Forderungen	6,220	— 47,000
Gewinn per Saldo	16,069,999	+ 1,711,000
Zusammen	29,386,929	+ 5,470,000

In den früheren Jahren vor dem Krieg waren im Gewinn- und Verlustkonto auch die Ergebnisse der Filialen des Instituts in Paris und London einbezogen, was aber seit Kriegsbeginn und sonach auch für das letztverflossene Jahr ausgeschlossen war, nachdem die Bilanzen aus Paris und London nicht hieher gelangen. Demgemäß sind die Daten betreffend die beiden Filialen so eingestellt, wie sie sich nach dem Stand vor dem Krieg unter Berechnung für den 31. Dezember 1916 präsentieren, ohne Berücksichtigung der Zinsen von Forderungen und Einlagen der Länderbank bei ihren Filialen in Paris und London. Es ergibt sich hieraus von selbst, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die Abschlüsse der beiden Filialen nach dem Krieg eine Gewinnreserve für das Institut beinhalten werden. Die Länderbank ist auch an andern Bankinstituten im Kriegsgebiet beteiligt, so an der Rumänischen Kreditbank und an der Serbischen Kreditbank. Die Bestände des erstgenannten Unternehmens, das seit Kriegsausbruch durch die rumänische Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, wurden aus Bukarest nach Jassy überführt, die der Serbischen Kreditbank durch die einstige serbische Regierung außerhalb des Landes gebracht. Aber sowohl die nunmehrige Situation in Bukarest wie in Belgrad rechtfertigen die Annahme, daß Verluste aus diesen Engagements ausgeschlossen erscheinen. Dessenungeachtet wurden in dem einen wie in dem andern Fall entsprechende Rücklagen reserviert. In Belgrad hat die Länderbank im Hinblick darauf, daß die Serbische Kreditbank derzeit eine reguläre Geschäftstätigkeit zu entwickeln nicht in der Lage ist, eine eigene Expositur errichtet.

Dividende (im Vorjahre 0). Die Galizische Volksbank in Lemberg dürfte infolge des Krieges wie pro 1915 keine Dividende verteilen.

Die Industriegesellschaften betreffend wird mitgeteilt: Bei den „Austria"-Emaillierwerken hat trotz der gesteigerten Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft das Kommerzgeschäft infolge des Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften eine weitere Einschränkung erfahren. Die Werke sind jedoch mit Lieferungen für die Heeresverwaltung ausreichend beschäftigt. Das Ergebnis des laufenden Jahres wird hinter dem des Vorjahres gewiß nicht zurückbleiben. R. Ph. Waagner u. Biro waren durch umfangreiche Heereslieferungen voll in Anspruch genommen, und haben alle Betriebe erfolgreich gearbeitet, so daß ein recht günstiges Erträgnis zu gewärtigen ist. Die Siemens-Schuckert-Werke mußten unter fast gänzlicher Ausschaltung des Kommerzgeschäftes beinahe ausschließlich der Heeresverwaltung zur Verfügung stehen. Die intensive Beschäftigung während des ganzen Jahres bedingte eine gegenüber normalen Zeiten wesentlich stärkere Abnützung der Anlagen. Diesem Umstand wird bei Aufstellung der Bilanz Rechnung getragen werden müssen. Es darf aber trotzdem ein günstiges Ergebnis und aller Voraussicht nach die gleiche Dividende wie im Vorjahr erwartet werden. Bei den Wiener Lokalbahnen hat die Steigerung im Personen- und Frachtenverkehr auch im abgelaufenen Jahr angehalten. Dagegen verursachten die um ein Bedeutendes erhöhten Kosten des Materials sowie die vermehrten sozialen Lasten eine wesentliche Steigerung der Ausgaben. Unter diesen Umständen dürfte das vorjährige Ergebnis eine Verbesserung nicht erfahren. Bei den Carborundumwerken hat auch im letzten Jahre sowohl das Inland als auch Deutschland deren Erzeugnisse stark konsumiert. Insbesondere wurde das Erträgnis durch hereingebrachte beträchtliche Beträge an Exportvaluta sehr günstig beeinflußt. Eine Erhöhung der Dividende gegenüber dem Vorjahr steht in Aussicht. Bei den Drogengroßhandlungen G. u. R. Fritz-Pezold u. Süß A. G. dürfte das Erträgnis ein befriedigendes sein.

Die Perlmooser Zementfabrik hat kein günstiges Ergebnis zu verzeichnen, da es nicht möglich war, jene Erhöhung der Verkaufspreise eintreten zu lassen, welche den geänderten Produktionsverhältnissen entsprochen hätte. Bei der Austro-Americana-Schiffahrts-A. G. war auch im Jahre 1916 die Betätigung durch den Krieg vollkommen unterbunden. Die Ungewißheit über das Schicksal des in nordamerikanischen Häfen befindlichen Teiles des Schiffparkes macht der Gesellschaft vorerst eine Bilanzaufstellung für das verflossene Jahr unmöglich. Bei der Münchengrätzer Schuhfabrik konnte die Dividende für 1915/16 auf 15 Prozent erhöht werden, und dürfte sich das Erträgnis im heurigen Jahre auf gleicher Höhe halten. Die Moosbrunner Glasfabriks-A. G. war in der Lage, pro 1915/16 eine Dividende von 10 Prozent zu verteilen. Wenn die steigenden Schwierigkeiten im Betrieb nicht unvorhergesehene Dimensionen annehmen, dürfen wir für das laufende Jahr ebenfalls auf ein befriedigendes Ergebnis rechnen.

Von den Zuckerfabriken verteilte die Zentralmährische Zuckerfabriken-A. G. pro 1915/16 zum erstenmal eine 5prozentige Dividende und hat in der Kampagne 1916/17 wieder günstig gearbeitet. Der Verein Mährischer Zuckerfabriken verteilte pro 1915/16 wie im Vorjahre 12 Prozent. Die Schönpriesener Zuckerraffinerie wird pro 1916/17 die gleiche Dividende wie im Vorjahre (15 Prozent) ausschütten. Die Südungarische Zuckerindustrie-A. G. hat in der Kampagne 1915/16 befriedigend gearbeitet und eine 6prozentige Dividende gezahlt. Das Gesellschaftskapital wurde von 4 auf 6 Millionen Kronen erhöht. Das Ergebnis der Kampagne 1916/17 dürfte die Ausschüttung einer höheren Dividende gestatten. Die Oberungarische Zuckerindustrie-A. G. hat pro 1915/16 infolge der höheren Preise für Bodenprodukte mit einem nur geringfügigen Verlust abgeschlossen. Das Geschäft für 1916/17 dürfte infolge der günstigen Witterungsverhältnisse gleichfalls ohne nennenswerten Verlust abschließen, während pro 1917/18 infolge des zum erstenmal seit Bestand der Gesellschaft für die Felderbestellung günstigen Herbstwetters die Aussichten vielversprechend sind.

Die „Solo" Zündwarenfabrik leidet gegenwärtig unter dem Mangel an verschiedenen Rohmaterialien. Das Geschäft in Leder-Putz- und -Konservierungsartikeln bewegt sich zufolge umfangreicher Zivil- und Heereslieferungen in aufsteigender Linie, so daß mit einer Steigerung der Dividende, welche im Vorjahre 12 Prozent betragen hat, gerechnet werden kann.

Bei den Vereinigten Lederfabriken Flesch, Gerlach, Moritz A. G. steht eine höhere Dividende als im Vorjahre in sicherer Aussicht.

Bank und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur".

Rechnungsabschluß für 1916.

Der Verwaltungsrat der Bank und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur" hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die demselben vorgelegte Bilanz pro 1916 genehmigt. Diese ergibt ein Bruttoerträgnis von 12,669,948 K. (+ 2,614,302 K.) und abzüglich der Spesen und Steuern ein Reinerträgnis von 6,701,529 K. (+ 1,531,795 K.). Nach Antrag der Direktion wurde beschlossen, der für den 23. April d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 9 Prozent, das ist 36 K., pro Aktie (gegen 7 Prozent = 28 K. im Vorjahre) zur Verteilung zu bringen, den Reservefonds mit 1,000,000 K. zu dotieren, dem Pensionsfonds der Angestellten des Instituts als außerordentliche Zuwendung vor Verrechnung der statutenmäßigen Tantiemen 300,000 K. (+ 300,000 K.) zuzuweisen und 553,812 K. (+ 129,159 K.) auf neue Rechnung vorzutragen. Gleich den meisten andern Wiener Banken ist nunmehr auch der „Mercur" zur letzten Friedensdividende zurückgekehrt.

Die Einzelheiten der Erträgnisse und Lasten zeigt nachfolgende Aufstellung des Gewinn- und Verlustkontos:

Erträgnisse:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Gewinnvortrag	424,353	+ 208,426
Provisionen und sonstige Erträgnisse	2,948,785	+ 539,740
Effekten-, Valuten- und Konsortialgewinne	1,756,668	+ 842,178
Zinsenkonto	7,355,897	+ 1,063,613
Realitätenerträgnis	113,446	— 44,396
Verlosungsblatt „Mercur"	70,797	+ 4,738
	12,669,948	+ 2,614,302
Lasten:		
Gehalte	2,515,322	+ 246,368
Steuern und Gebühren	1,586,002	+ 554,294
Pensionsfonds- und Krankenkassenbeiträge	269,752	+ 31,036
Spesen	1,606,340	+ 250,806
	5,968,418	+ 1,082,506
Reingewinn	6,701,529	+ 1,531,795

Der Bruttogewinn des Jahres 1916 beträgt nach Ausscheidung des Vortrages 12,245,595 K. oder 24·5 Prozent des Aktienkapitals gegen 9,839,719 K. oder 19·67 Prozent im Vorjahre. Der Reingewinn beläuft sich auf 6,701,529 K., ist um 1,531,795 K. größer als im Vorjahre und entspricht einer Verzinsung von 13·4 Prozent des Aktienkapitals.

Das Zinsenkonto hat um 1,063,613 K. oder rund 17 Prozent mehr erbracht. In dieser Ziffer kommt, wie bei allen andern Banken, die Wirkung des starken Zuflusses fremder Gelder und deren Verborgung im Zusammenhang mit den Bedürfnissen des Krieges zum Ausdruck. Der „Mercur" war wohl nicht direkt an der Finanzierung von Heereslieferungen beteiligt, hat aber große Beträge zu Vorschüssen an den Staat und zu Belehnungen von Kriegsanleihen verwendet. Die Provisionen und sonstigen Erträgnisse ergaben einen Mehrbetrag von 539,740 K., welcher auf die im laufenden Bankgeschäfte erzielten höheren Umsätze zurückzuführen ist, wie auch einige in Konsortialgeschäften vereinnahmte Provisionen darin enthalten sind. Das reguläre Bankgeschäft hat im abgelaufenen Jahr eine weitere namhafte Ausdehnung erfahren und die Zahl der Konti sich wieder wesentlich vermehrt. Die Effekten-, Valuten- und Konsortialgewinne schließen mit einem Mehrerträgnis von 842,178 K. Die bedeutenden Umsätze in festverzinslichen Werten und die mit der Kriegsanleihe zusammenhängenden Transaktionen haben durch ihren großen Umfang das Effektenkonto günstig beeinflußt; auch konnten Realisierungen von Effektenbeständen, namentlich von Anlagewerten, mit Nutzen durchgeführt werden. Das Devisenkonto hat dagegen infolge der Zentralisierung dieses Geschäftszweiges bei der Devisenzentrale im Vergleich zum Vorjahr einen geringeren Nutzen aufzuweisen. Das Realitätenerträgnis ist um 44,396 K. zurückgegangen; dieses vorübergehende Mindererträgnis ist auf nachträgliche Steuervorschreibungen zurückzuführen. Das vom „Mercur" herausgegebene Verlosungsblatt lieferte ein kleines Mehrerträgnis.

Von dem Bruttogewinn werden etwa 47·1 Prozent durch die Lasten aufgezehrt, welche eine Zunahme von 1,082,506 K. zeigen. Verursacht wird diese Erhöhung durch das Anwachsen der Steuerlast um 554,294 K., durch die Steigerung der Gehalte um 246,368 K., herbeigeführt durch die außerordentlichen Kriegszulagen und durch die Erhöhung der allgemeinen Spesen um 250,806 K., worin verschiedene durch den Kriegszustand verursachte Fürsorge- und Unterstützungsbeiträge sowie Spenden enthalten sind.

Das Bilanzkonto zeigt im Vergleiche mit dem Vorjahre folgenden Stand:

Aktiva:	1916	gegen 1915
	Kronen	
Kassenbestände	22,969,606	+ 10,256,251
Wechsel und Devisen	25,648,426	— 6,590,026
Effekten	24,883,701	+ 12,946,096
Konto ständig. Beteiligungen	6,433,000	— 750,000
Konsortialbeteiligungen	2,448,945	— 191,554
Effekten des Pensionsfonds	4,284,062	+ 1,121,812
Reportkonto	7,507,290	+ 3,210,412
Ratenkonto	2,707,635	+ 702,207
Kontokorrentkonto	381,852,960	+130,618,584
Verrechnungskonto österr. Kriegsanleihe	117,374,702	+ 11,950,412
Immobilien	4,958,000	+ 814,000
	600,168,331	+164,079,195
Passiva:		
Aktienkapital	50,000,000	—
Reservefonds	4,250,000	+ 1,000,000
Außerordentlicher Reservefonds I	300,000	—
Außerordentlicher Reservefonds II	19,450,000	—
Kriegsverlust-Abschreibungsreserve	2,000,000	—
Pensionsfonds	3,438,747	+ 332,648
Geldeinlagen auf Kassenscheine und Einlagebücher	84,987,075	+ 29,860,224
Tratten im Umlaufe	7,890,408	+ 3,017,152
Kontokorrentkonto	263,518,572	+ 91,596,938
Verrechnungskonto österr. Kriegsanleihe	157,636,997	+ 36,740,435
Gewinn per Saldo	6,701,529	+ 1,531,795
	600,168,331	+ 164,079,195

Die Bilanzsumme hat die Ziffer von 600 Millionen erreicht und ist um 164,079,195 K., somit um fast 38 Prozent gewachsen. Auf allen Gebieten wurden höhere Umsatzziffern erzielt. Die Reserven belaufen sich auf 24,000,000 K., wozu noch die im Jahre 1915 gebildete Kriegsverlustreserve von 2,000,000 K. kommt, deren Verrechnung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleibt. Aus dem Reingewinn erfahren die Reserven eine neuerliche Erhöhung um 1,000,000 K. Ferner wird der Gewinnvortrag um zirka 130,000 K. höher dotiert und außerdem dem Pensionsfonds der Angestellten ein Betrag von 300,000 K. zugewendet. Das Aktienkapital betrug mit Ende des Berichtsjahres noch 50,000,000 K. und wurde Anfang des laufenden Jahres auf 60,000,000 K. erhöht. Aus der Kapitalserhöhung haben die Reserven eine Stärkung von rund 3,500,000 K. erfahren, so daß sie sich insgesamt auf 29,000,000 K. und mit Berücksichtigung der Kriegsverlustreserve auf 31,000,000 K. erhöhen. Das eigene bilanzmäßige Vermögen des „Mercur" beträgt somit 91,000,000 K. oder 607 K. für jede Aktie.

Die Spareinlagen haben eine Erhöhung von 29·8 Millionen, die Kreditoren von 91·6 Millionen Kronen erfahren, wodurch die verfügbaren Mittel die Summe von 440 Millionen Kronen erreichten, und zwar entfallen davon 91,000,000 K. auf eigene und 349,000,000 K. auf fremde Gelder. Die Spareinlagen und Kontokorrentguthabungen sind demnach trotz der bedeutenden Abhebungen auf die Zeichnung der Kriegsanleihen stark gewachsen. Das Institut hat auf die vierte und fünfte Kriegsanleihe 380,000,000 K. gezeichnet und zuzüglich der Zeichnungen auf die früheren Kriegsanleihen 750,000,000 K. aufgebracht. Außerdem ge-

Neues Wiener Tagblatt

II

12

4./IV. 1917

Zucker- und Kartoffelspiritus-Aktiengesellschaft.

„Merkur".

langten namhafte Beträge auf ungarische Kriegsanleihen zur Zeichnung. Der Trattenumlauf hat sich um 3,000,000 K. erhöht, das Verrechnungskonto österreichischer Kriegsanleihen weist unter den Aktiven eine Ziffer von 117,374,702 K., unter den Passiven ein solche von 157,636,997 K. aus.

Auf der Aktivseite haben die Kassenbestände eine Erhöhung um 10·2 Millionen Kronen erfahren und betragen 22·9 Millionen Kronen. Das Wechselportefeuille hat abermals eine Verringerung erfahren, es ist um 6·6 Millionen Kronen gesunken und beziffert sich per Ende Dezember auf 25·6 Millionen Kronen. Die Erwäßigung findet in den jetzigen Verhältnissen ihre Begründung, da von seiten der Industrie und der Kaufmannschaft Zahlungen im allgemeinen in Baren geleistet werden und der Wechselverkehr hiedurch eine beträchtliche Einschränkung erfahren hat. Die Effektenbestände vermehrten sich um 12·9 Millionen Kronen durch die Erwerbung von Staatswerten, während die Konsortialbeteiligungen einen Rückgang von 190,000 K. aufweisen. Bei der Bewertung der Effekten- und Konsortialbestände sowie der Außenstände überhaupt wurde wieder eine weitgehende Vorsicht geübt. Der Pensionsfonds des Instituts hat seinen Effektenbesitz durch Erwerbung von Kriegsanleihe vermehrt. Das Reportkonto zeigt einen Zuwachs von 3·2 Millionen Kronen. Das Lostratenkonto erhöhte sich vorübergehend um 700,000 K. Dieser Geschäftszweig sowie der Vertrieb von Promessen wird sukzessive aufgelassen. Der „Mercur" geht hiebei von der Ansicht aus, daß diese Geschäfte besser von kleineren, sich lediglich mit Wechselstubengeschäften befassenden Stellen betrieben werden können. Damit gibt der „Mercur" eine Betätigung auf, die, obwohl seit Jahren in absteigender Richtung befindlich, in den ersten Jahren seines Bestehens einen wesentlichen Teil der Geschäfte bildete. Die Debitoren weisen eine Zunahme von 130·6 Millionen Kronen aus, welches Plus hauptsächlich auf Vorschüsse an den Staat und Kriegsanleihebelehnungen zurückzuführen ist. Die kommerziellen Debitoren haben, was in den allgemeinen Verhältnissen begründet erscheint, wieder einen Rückgang erfahren. Das Immobilienkonto verzeichnet einen Zuwachs von 814,000 K., der mit der Erwerbung von Realitäten in Neutitschein, Kwasitz und Mährisch-Schönberg für Institutszwecke im Zusammenhang steht.

Im abgelaufenen Jahr hat der „Mercur" an der Emission der neuen Roten-Kreuz-Lose mitgewirkt und konnte einen namhaften Posten dieser Lose absetzen. Das Institut war weiter an der Emission der 5½prozentigen Wiener Kassenscheine vom Jahre 1916 beteiligt und hat die Kapitalserhöhung der Gummi- und Balatawerke „Matador" Aktiengesellschaft durchgeführt. Im Verein mit einigen Geschäftsfreunden wurde die Galizische Glasfabriken-Gesellschaft m. b. H. in Szczakowa errichtet, deren Betrieb bereits aufgenommen worden ist. An der Elesdor Waldindustrie-A. G. hat der „Mercur" im Verein mit seinem Budapester Tochterinstitut Interesse genommen. Die im Jahre 1911 errichtete Oesterreichische Terraingesellschaft m. b. H. konnte ihren Terrainbesitz in Aspern mit Nutzen abstoßen. Des weiteren war der „Mercur" an einer Anzahl von Syndikatsgeschäften, unter andern Errichtung der „Mitropa", Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen-A. G., neuer Vorschuß an das Herzogtum Bukowina, Uebernahme von 250 Millionen 5½prozentiger ungarischer Kassenscheine, beteiligt.

Ueber die zum Konzern des „Mercur" gehörenden Aktiengesellschaften wird folgendes berichtet: Die Aktiengesellschaft für Holzgewinnung und Dampfsägenbetrieb vormals P. u. C. Goetz u. Cie. mußte nach Ausbruch des Krieges mit Rumänien auch ihre in diesem Lande gelegenen Werke außer Betrieb setzen. Da der Verkehr mit den Außenwerken derzeit unmöglich ist, erscheint es fraglich, ob für das abgelaufene Jahr eine Bilanz aufgestellt werden kann. Die vorhandenen großen Holzbestände haben, soweit bekannt, bisher nicht Schaden genommen. Die Bosnische Aktiengesellschaft für Holzgewinnung und Dampfsägebetrieb ist mit dem Ausbau ihrer Bahn- und Betriebsanlagen beschäftigt und wird ihre Tätigkeit im Laufe dieses Sommers aufnehmen. Die Aktiengesellschaft für Maschinenbau vormals Brand u. Lhuillier konnte ihren Betrieb durch die Ausführung industrieller und ärarischer Aufträge voll ausnützen und hat einen wesentlich vermehrten Umsatz erzielt. Die Dividende wird eine Erhöhung erfahren. Die Ungarische Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft Brand u. Lhuillier war ebenfalls stark beschäftigt und wird auch eine erhöhte Dividende verteilen. Die Gebrüder Stollwerck-A. G. hat zufriedenstellend gearbeitet und wird voraussichtlich dieselbe Dividende wie im Vorjahr, das ist 25 Prozent auf die Stamm- und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien, bezahlen. Die Seidenindustrie-Aktiengesellschaft vormals Franz Bujatti hat für das letzte Geschäftsjahr mit der Dividendenzahlung begonnen und eine 5prozentige Dividende ausgeschüttet. Auch für das laufende Jahr wird eine entsprechende Dividende bezahlt werden können. Bei der Ungarischen Seidenindustrie-Aktiengesellschaft vormals Gebrüder Bujatti liegen gleichartige Verhältnisse vor. Die Erste Böhmische Rückversicherungsbank konnte ein günstiges Ergebnis erzielen und wird mindestens dieselbe Dividende wie im Vorjahre zur Ausschüttung bringen. Die Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Aktiengesellschaft „Kosmos" hat unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden, hat es aber verstanden, sich trotzdem derart zu konsolidieren, daß ihr Gedeihen in der Zeit nach dem Kriege mit einiger Zuversicht zu erwarten ist. Die Maschinen- und Waggonfabriken L. Zielenewski in Krakau, Lemberg und Sanok, Aktiengesellschaft, war in ihren drei Fabriken, insbesondere in der Sanoker Waggonfabrik, zufriedenstellend beschäftigt und konnte durch die erzielten Resultate die durch die Kriegsereignisse entstandenen Schäden teilweise paralysieren. Die Oesterreichische Baugesellschaft für Verkehrs- und Kraftanlagen wird im Laufe dieses Jahres den Bau des Elektrizitätswerkes in Fral a. d. Drau vollenden. Die Dividende dürfte wie im Vorjahre 6 Prozent betragen. Die Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft hat eine neuerliche Steigerung des Stromverbrauches und eine dementsprechende Vermehrung der Einnahmen zu verzeichnen. Die Dividende wird mindestens die Höhe der vorjährigen erreichen. Die Gummi- und Balatawerke „Matador" Aktiengesellschaft konnte ihren Betrieb voll ausnützen und hat einen wesentlich vermehrten Umsatz erzielt. Als Dividende werden 15 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre ausgeschüttet. Die Erste ungarische Metallschlauchfabriks-Aktiengesellschaft wird voraussichtlich für das laufende Geschäftsjahr die Dividendenzahlung aufnehmen. Die Salzburger Eisenbahn- und Tramwaygesellschaft wird trotz des fast völligen Ausfalles des Fremdenverkehres ein etwas besseres Ergebnis ausweisen. Die Aktiengesellschaft Stahlwerke Weißenfels vormals Goeppinger u. Co. hat für das Geschäftsjahr 1915/16 eine Dividende von 20 Prozent bezahlt und ist auch weiterhin mit der Ausführung von Bestellungen voll beschäftigt. Die Mährisch-Ostrauer Bierbrauerei- und Malzfabriks-Aktiengesellschaft vorm. M. Straßmann hat eine fünfprozentige Dividende ausgeschüttet. Die Westböhmische Glas- und Holzindustrie-Aktiengesellschaft konnte infolge der günstigen Absatzverhältnisse der Tafelglasindustrie ein besseres Betriebsresultat erzielen. Die Oesterreichischen Industriewerke Warchalowski, Eißler u. Co., Aktiengesellschaft, war bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit ärarischen Lieferungsaufträgen beschäftigt und wird ihr erstes Geschäftsjahr mit gutem Resultat beschließen.

Die Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur", Budapest, war in der Lage, ihren Geschäften im abgelaufenen Jahre eine weitere Ausbreitung zu geben und wird eine 6½prozentige Dividende gegen 6 Prozent im Vorjahre bezahlen. Die auswärtigen Filialen und Wechselstuben haben im abgelaufenen Jahre ein bedeutend besseres Erträgnis erzielt.

* * *

In der gestrigen Verwaltungsratssitzung wurde der bisherige Filialendirektor Emil Kraus zum Direktor ernannt und den Oberbeamten Paul Brettauer Kollektivprokura für die Zentrale und Ludwig Novak Kollektivprokura für die Filiale Prag erteilt.

Reichspost 5./IV. 1917

Die Bilanz der Kreditanstalt.

26·16 Millionen Reingewinn. — 1½ Millionen Tantieme.

Die Kreditanstalt versendet folgendes Communiqué: Der Verwaltungsrat unserer Gesellschaft hat in seiner heutigen Sitzung über unseren Antrag beschlossen, der am 4. Mai d. J. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, zu Lasten des Spesenkontos 1,000.000 Kronen einer Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Anstalt zuzuweisen, von dem sonach resultierenden Gewinne eine Dividende von sechsunddreißig Kronen per Aktie für das Jahr 1916 zur Verteilung zu bringen, 1,000.000 Kronen in den allgemeinen Reservefonds, 1,500.000 Kronen in den Pensionsfonds, 1,500.000 Kronen in den Baureservefonds zu hinterlegen und den Betrag von 1,503.000 Kronen auf den Gewinn- und Verlustkonto des laufenden Jahres zu übertragen. Die Ergebnisse der Konsortialgeschäfte sind, soweit letztere am 31. Dezember 1916 vollständig abgewickelt waren, in diesem Jahresabschlusse verrechnet.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgendes Bild:

Erträgnisse:	1916 Kronen	1915 Kronen
Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften	7,108.875 57	774.138.72
Zinsen	33,404.923.92	26,700.977.12
Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren)	10,048.606.52	8,904.140.85
Devisen	988.141.53	1.498.304.94
Realitäten-Erträgnisse	355.711.13	337.542.70
Nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen	4.052.40	4.344.46
Unbehobene Dividenden	1.472.—	1.034 —
Gewinn-Vortrag	1.278.548.73	522.411.23
	53,140.331.80	38.742,884.02

Lasten:	1916 Kronen	1915 Kronen
Gehalte	10,319.403.37	8,666.089.17
Spesen	3,695.962.63	2,975.232.52
Spenden anläßlich des Krieges	882.201.77	371.685.07
Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Kredit-Anstalt	1,000.000	
Abschreibungen von Realitäten und Inventar	1,165 305.—	505 248 28
Steuern und Gebühren	8,869.151.41	4,940.030.60
Pensionsfondsbeitrag	730.000.—	660.000.—
Erlittene Verluste an Forderungen	311.408.38	209.424.88
Reingewinn	26,166.899.24	20,415.173.50
Sa.	53,140.331.80	38,742.884.02

Die Verteilung des Reingewinnes erfolgt folgendermaßen:

Dividende Kronen 36 — per Aktie . . .	Kronen 19,125.000.—
Dotierung des allgemeinen Reservefonds . .	„ 1,000.000.—
Zuweisung an den Pensionsfonds	„ 1,500.000.—
Zuweisung an den Baureservefonds . . .	„ 1,500.000.—
10% Tantième	„ 1,538.835.05
Gewinnvortrag pro 1917	„ 1,503.064.19
Summe	Kronen 26,166.899.24

Der Bruttogewinn der Kreditanstalt erreicht, wie aus obigen Ziffern hervorgeht, den ungeheuren Betrag von rund 53 Millionen Kronen, d. i. mehr als 30% des gesamten Aktienkapitals. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um nicht weniger wie Kronen 14,397.447.78. Mit anderen Worten: Die Kreditanstalt hat es fertig gebracht, ihren Rohgewinn um rund 35% des vorjährigen Betrages zu erhöhen, eine Tatsache, die sich nur aus dem abnorm hohen Mehrerträgnis erklären läßt, das auf der Post „Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften" ausgewiesen wird. Dieses Konto ergab im Vorjahre den Betrag von nur Kronen 774.138.72. Heuer sind darauf verrechnet Kronen 7,108.875.57, also rund neunmal so viel als im vergangenen Jahre. Begründet wird diese auffallende Erscheinung durch Abverkäufe aus dem Effektenkonto (Berndorfer Metallwaren, Nestowitzer Zuckerfabrik, Gerngroß, Ostrauer Bergbau usw.). Zum ersten Male seit Kriegsbeginn tritt also die Kreditanstalt aus ihrer Reserve heraus und stößt einen Bruchteil der in ihrem Besitze befindlichen Effekten ab. Wie groß die Zahl der Stücke ist, die den Besitzer gewechselt haben, darüber schweigt man sich in der Kreditanstalt natürlich aus. Die Tatsache, daß das Effektenkonto heuer mit 110 Millionen in die Bilanz eingestellt ist, d. i. um rund 2½ Millionen weniger als im Vorjahre, berechtigt jedoch zu der Annahme, daß die Kreditanstalt nur einen relativ geringfügigen Betrag aus ihrem Effektenbestand veräußert hat. Dieser Betrag hat aber genügt, um dem Unternehmen einen Gewinn von mehreren Millionen Kronen zu verschaffen. Die ungeheuren Bewertungsgewinne, die die Bank aus der Kriegskonjunktur gezogen hat und die bisher versteckt waren, kommen da zum ersten Male zum Vorschein. Es ist nur eine Kostprobe, die aber hinreicht, um einen Vorgeschmack von den Kriegsgewinnen der Banken zu geben, von Gewinnen, die von der Kriegsgewinnsteuer nur dann getroffen werden, wenn dies die Bankleitung zuläßt, d. h. wenn sie sie realisiert.

Das Zinsenkonto zeigt, wie man dies bei den Bankbilanzen bereits gewöhnt ist, eine starke Aufwärtsbewegung, die in dem Anschwellen der unter „Einlagen" und „Kreditoren" ausgewiesenen Gelder ihre Erklärung findet. Die verzinslichen Einlagen summieren sich allein auf Kronen 213,596.801.91 gegen 147 Millionen im Vorjahre und auf dem Konto „Kreditoren" werden nicht weniger wie 1644 Millionen Kronen verrechnet gegen 1190 im Jahre 1915. Bei derartigen Beträgen nimmt es schließlich auch nicht Wunder, wenn die Kreditanstalt diesmal zirka 33½ Millionen an Zinsengewinn einheimst gegen nur 26·7 Millionen im Vorjahr. An Provisionen (einschließlich des Gewinnes an Waren) hat die Bank heuer 10 Millionen Kronen verdient, d. i. um 1·1 Million mehr wie im Vorjahre 1915. Nach Aussage des Direktors Neurath ist dieser Mehrgewinn vornehmlich auf die Kontokorrent- und Syndikatsprovisionen zurückzuführen. Im Warengeschäft ist nach seiner Angabe diesmal infolge Materialmangel weniger verdient worden. Wieweit diese Aussage auf Wahrheit beruht, läßt sich leider nicht nachkontrollieren, da Provisionen und Warengewinne auf einem Konto verrechnet werden. Die Enthüllungen des Kranz-Prozesses, die dem Warengeschäft der Banken das Todesurteil gesprochen haben, lassen die Herren von der Kreditanstalt anscheinend vollkommen kalt; sonst würde man es wenigstens für der Mühe wert gefunden haben, die Warengewinne gesondert auszuweisen. Die Oeffentlichkeit hat heute mehr denn je ein Recht darauf, die genaue Summe des im Warengeschäft erzielten Gewinnes zu erfahren, wenn auch jeder mit den Bankpraktiken Vertraute weiß, was von solchen Ausweisen zu halten ist. Aber wenigstens der Form nach sollten die Herren von der Kreditanstalt die Gebote der „öffentlichen Rechnungslegung" genauer einhalten. Doch angenommen, die Warengewinne seien diesmal wirklich geringer wie im Vorjahre, so tut dies der Bank weiter keinen Eintrag, da sie für eine Kompensation durch vermehrten Gewinn mit den Kontokorrentprovisionen Sorge getragen hat. Die Kreditanstalt, die sich in absolut uneigennütziger Weise an der Gründung der „Oezeg" mit ein paar Millionen beteiligt hat, finanziert heute die Geschäfte dieser Zentrale, über deren eigentümliche Geschäftsgebarung wir unlängst an dieser Stelle einen längeren Artikel gebracht haben. Als Aktionärin der „Oezeg" verdient sie nur 6% an ihrem Geld; dafür wickelte sie die Millionengeschäfte dieser Gesellschaft ab und da kommt sie dann um so mehr auf ihre Rechnung.

Von den vielen Industrieunternehmungen, an denen die Kreditanstalt beteiligt ist und über die sie einen kurzen Ausweis gibt, möchten wir nur ein paar herausgreifen, um zu zeigen, was diese Betriebe jetzt im Kriege verdienen und was die 110 Millionen, die die Bank unter Effekten ausweist, in Wirklichkeit wert sind. In dem Bericht heißt es: Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G. Ueber Veranlassung der Regierung haben wir die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G. mit einem Aktienkapital von 10,000.000 Kronen gegründet. Die Gesellschaft arbeitet auf altruistischer Basis und es ist ihr gelungen, in der Zeit ihres Bestehens im öffentlichen Interesse erfolgreich (?) tätig zu sein. — Die Bielitz-Bialer Escompte und Wechslerbank wird den Aktiencoupon pro 1916 voraussichtlich mit 12% zur Einlösung bringen. — Die Mineralöl-Raffinerie-A.-G. hat eine 15%ige Dividende zur Verteilung gebracht. Die uns nahestehenden Zuckerindustrie-Aktiengesellschaften dürften, soweit es sich bisher übersehen läßt, zumeist ungefähr dieselben Erträgnisse ausweisen, wie im vergangenen Jahre. — Die Karl Stummer-Zuckerfabriken-A.-G. dürfte ihre Dividende erhöhen. — Von den Spiritusunternehmungen, an welchen wir beteiligt sind, hat die Koliner Spiritus-Pottasche-Fabriks- und Raffinerie-A.-G. 18%, die Spiritus- und Pottasche-fabriksgesellschaft m. b. H. in Brüx 20% Dividende verteilt. — Die Spiritusindustrie-A.-G. brachte 10% Dividende zur Verteilung.

Die Zeit

5./IV. 1917 19

Kreditanstalt.

Bilanz für 1916.

Von der Direktion der Kreditanstalt erhalten wir folgende Mitteilung:

„Der Verwaltungsrat unserer Gesellschaft hat in seiner heutigen Sitzung auf unseren Antrag beschlossen, der am 4. Mai d. J. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, zu Lasten des Spesenkontos K. 1,000.000 einer Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Anstalt zuzuweisen, von dem sonach resultierenden Gewinn eine Dividende von K. 36.— pro Aktie für das Jahr 1916 zur Verteilung zu bringen, K. 1,000.000 in den allgemeinen Reservefonds, K. 1,500.000 in den Pensionsfonds, K. 1,500.000 in den Bureaureservefonds zu hinterlegen und den Betrag von K. 1,503.000 auf das Gewinn- und Verlustkonto des laufenden Jahres zu übertragen.

Die Resultate der Konsortialgeschäfte sind, soweit letztere am 31. Dezember 1916 vollständig abgewickelt waren, in diesem Jahresabschluß verrechnet."

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträgnisse: Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften K. 7,108.875 (+ K. 6,834.736), Zinsen 33,404.923 (+ 6,703.946), Provisionen (inklusive des Gewinnes an Waren) 10,048.606 (+ 1,144.465), Devisen 988.141 (— 560.163), Realitätenerträgnisse 355.711 (+ 18.168), nachträgliche Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen 4052 (— 292), unbehobene Dividenden 1472 (+ 448), Gewinnvortrag 1,278.548 (+ 756.137), zusammen K. 53,140.331 (+ K. 14,397.447)

Lasten: Gehalte K. 10,319.403 (+ K. 1,653.314), Spesen 3,695.962 (+ 720.730), Spenden anläßlich des Krieges 882.201 (+ 510.516), Widmung zur Errichtung eines Unterstützungsfonds für Angestellte der Kreditanstalt 1,000.000 (+ 1,000.000), Abschreibungen von Realitäten und Inventar 1,165.365 (+ 660.056), Steuern und Gebühren 8,869.151 (+ 3,929.120), Pensionsfondsbeitrag 720,000 (+ 70.000), erlittene Verluste an Forderungen 311.408 (+ 101.983), Reingewinn 26,166.899 (+ 5,751.725), zusammen K. 53,140.331 (+ K. 14,397.447).

Bis auf das Jahr 1899 muß man zurückgreifen, um auf eine gleich hohe Dividende von K. 36 = 11¼ Prozent, wie sie für das Berichtsjahr vorgeschlagen wird, zu stoßen, wobei zu berücksichtigen ist, daß das damalige Aktienkapital bloß 80 Millionen Kronen betragen hat, somit nicht einmal halb so groß war wie das gegenwärtige. Der außerordentliche Umschwung in der Konjunktur des Bankgeschäftes kommt zunächst in der Dividendenentwicklung in den Kriegsjahren zum Ausdruck. Für das erste Kriegsjahr 1914 hat die Bank bloß eine Dividende von K. 22, gegen K. 34 im vorangegangenen Friedensjahr, verteilt. Schon für das zweite Kriegsjahr 1915 konnte die Dividende auf K. 32 erhöht werden, um für das Berichtsjahr die seit 18 Jahren nicht verzeichnete Höhe von K. 36 zu erreichen. Noch deutlicher als in der erhöhten Dividende kommt die günstige Konjunktur in den einzelnen Ziffern des Abschlusses zum Ausdruck, wobei die traditionell vorsichtige Bilanzierungsmethode dieses Instituts nicht zu übersehen ist.

Der Gewinn an Effekten und Konsortialgeschäften wird mit 7·1 Millionen, das ist um 6·3 Millionen höher ausgewiesen als im Vorjahre. Er ist auf den in ziemlich erheblichem Umfang durchgeführten Abverkauf von Effekten und Konsortialbeständen zurückzuführen, und zwar von Aktien der Berndorfer Metallwerke, der Nestomitzer Zuckerfabrik, von einem großen Posten Mitterberger Kupferwerke-Aktien, vom ganzen Besitz an Aktien der Ostrauer Bergbaugesellschaft, von einem großen Teil des Besitzes an Aktien der A. Gerngroß A.-G. und von einigen kleineren Aktienposten. Da alle diese Aktien zum Einstandspreis bewertet waren, so hat sich aus dem Verkauf der erwähnte ansehnliche Gewinn ergeben. Im Berichtsjahre wurden folgende Syndikate für festverzinsliche Werte abgerechnet: 5prozentige ungarische Staatskassenscheine in Mark vom Jahre 1916, 5½prozentige ungarische Staatskassenscheine von Jahre 1916, 5½prozentige Wiener Kassenscheine vom Jahre 1916, 4prozentige Kaschau-Oderberger Eisenbahn-Prioritäten vom Jahre 1908. Der Gewinn an Zinsen ist um 6·7 Millionen auf 33·4 Millionen Kronen gestiegen. Bekanntlich wurde im Berichtsjahr die Vermehrung des Aktienkapitals um 20 Millionen Kronen durchgeführt, aus der der Bank 35 Millionen Kronen neue Mittel zugeflossen sind. Nach Berücksichtigung der 5prozentigen Zinsen auf diesen Betrag verbleibt ein Mehrgewinn an Zinsen von rund 5 Millionen, der darauf zurückzuführen ist, daß das laufende Geschäft einen wesentlichen Zuwachs erfahren hat, was auch in der Zunahme der fremden Gelder um 520 Millionen zum Ausdruck kommt. Ferner haben die im Portefeuille liegenden Effekten zum Teil wesentlich höhere Dividenden abgeworfen als im Vorjahre. Die Provisionen haben um 1·1 Millionen Kronen mehr erbracht als im Vorjahre, was einerseits mit dem Zuwachs an Kontokorrentprovisionen infolge des erhöhten Umsatzes und andererseits mit der Verrechnung von Syndikatprovisionen zusammenhängt. Dagegen haben die Zucker- und Kohlenabteilung (andere Warenabteilungen hat die Kreditanstalt nicht) einen geringeren Gewinn ergeben, weil das für den kommissionsweisen Verkauf zur Verfügung gestandene Material wesentlich geringer war. Der Rückgang des Devisenerträgnisses hängt mit der Zentralisierung des Geschäftes bei der Devisenzentrale zusammen.

Von dem Bruttogewinn von 53·14 Millionen (+ 14·4 Millionen) absorbieren die Lasten 26·97 Millionen (+ 8·65 Millionen) oder rund 50 Prozent, gegen 47¼ Prozent im Vorjahre. Die Gehalte weisen eine Steigerung von 1·65 oder zirka 20 Prozent auf, die mit den Teuerungszulagen und den Auslagen für Ersatzanstellungen zusammenhängt, wobei den im Felde stehenden Angestellten Bezüge in einem entsprechenden Ausmaß gezahlt werden. Die regulären Spesen sind um 720.000 Kronen, die Zufallsspesen um 500.000 Kronen gewachsen. Neu geschaffen ist die Widmung für einen Unterstützungsfonds von einer Million Kronen, der dazu dienen soll, jenen Angestellten, die infolge des Krieges für sich selbst oder für die Hinterbliebenen besonders unterstützungsbedürftig sind, besondere Zuwendungen zu machen. Hierfür sollen nicht nur die Zinsen, sondern auch das Kapital herangezogen werden. Diese Million wurde direkt in die Gewinnrechnung eingestellt; sie ist daher tantiemenfrei. Die Erhöhung der Abschreibungen an Realitäten um 0·66 Millionen ist darauf zurückzuführen, daß der Wert der abgerissenen Häuser auf der Freyung und am Tiefen Graben von dem Kaufpreis abgezogen wurde und nur der reine Grundwert in die Bilanz eingestellt wurde. Die Zunahme des Steuererfordernisses um 3·92 Millionen hängt damit zusammen, daß ebenso wie schon seit mehreren Jahren das Gewinn- und Verlustkonto mit jenem Steuerbetrag belastet wird, der auf den Gewinn des betreffenden Jahres entfällt. Nach Abzug aller Lasten verbleibt ein Reingewinn von 26·16 Millionen, der den vorjährigen um 5·75 Millionen und mit Berücksichtigung des erhöhten Gewinnvortrages um rund 5 Millionen übersteigt. Von diesem sollen 19·125 Millionen zur Bezahlung der Dividende, 1 Million zur Dotierung des allgemeinen Reservefonds, 1·5 Millionen zur Dotierung des Pensionsfonds, 1·5 Millionen zur Dotierung des Bureaureservenfonds, 1·539 Millionen für Tantiemen verwendet und der Rest von 1·503 Millionen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Effekten K. 110,474.002 (K. — 2,563.795), Portefeuille 143,536 287 (— 16,070.765), Kassabestände 51,176.327 (— 27,718.888), Vorschüsse auf Effekten 71,698.686 (— 44,986.471), Inventar 396.200 (— 79.300), Realitäten 13,940.900 (+ 746.500), Konsortialbeteiligungen 68,421.100 (— 278 965), Vorschüsse auf Kriegsanleihe 415,880.041 (+ 176,078.639), Debitoren 1.313,363.274 (+ 476,717.249), Summe K. 2.188.881.822 (+ K. 562,740.204).

Passiva: Aktienkapital K. 170,000.000 (K. + 20,000.000), Kapitalsreservefonds 77,195.690 (+ 14,579.646), allgemeiner Reservefonds 30,000.000, außerordentlicher Reservefonds 3.000.000 (+ 1,000.000), Immobilienreservefonds 2.500.000 (+ 1,000.000), Kriegsverlustreserve 5,000.000 (—), Unterstützungsfonds für Angestellte der Kreditanstalt 1,000.000 (+ 1,000.000), rückständige Dividenden 470.204 (+ 320.202), Akzepte und Anweisungen 15,471.977 (— 1,178.022), verzinsliche Einlagen 213,596.801 (+ 66,545.509), Kreditoren 1.644,480.249 (+ 453,730.142), Gewinn per Saldo 26,166.899 (+ 5,751.725), Summe K. 2.188,881.822 (+ K. 562,740.204).

Der Effektenstand zeigt trotz der vorgenommenen erheblichen Verkäufe bloß einen Rückgang von rund 2·5 Millionen, weil sich die Kreditanstalt im Berichtsjahre an der vierten Kriegsanleihe mit der eigenen Zeichnung von 50 Millionen Kronen beteiligt hat. Die fünfte Kriegsanleihe wird erst Gegenstand der Abrechnung im Jahre 1917 bilden und ist deshalb im Effektenbestand nicht enthalten. Die Abnahme des Wechselportefeuilles um 16·7 Millionen Kronen hängt mit dem Rückgang des Kommerzportefeuilles zusammen. Dagegen sind größere Beträge an österreichischen und ungarischen Schatzanweisungen und Staatskassenscheinen eingegangen. Die Vorschüsse auf Effekten an Bankfirmen, kleinere Banken und Sparkassen weisen gegen das Vorjahr einen Rückgang von 45 Millionen Kronen auf. Die Konsortialbeteiligungen weisen nur eine geringfügige Veränderung auf, weil die abgewickelten Geschäfte durch neue kompensiert wurden. An neuen Konsortialbeteiligungen sind zugewachsen: die Beteiligung an der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft, an der Deutschen Orientbank, an der Ungarischen Erdgasgesellschaft, an den Ungarischen Stickstoffwerken, an der Galizischen Landesbaugesellschaft usw. Die Steigerung der Vorschüsse auf Kriegsanleihe an Private hängt mit der Emission der vierten Kriegsanleihe zusammen. Die Debitoren weisen mit 1313·4 Millionen eine Steigerung von 476·7 Millionen Kronen auf. Die Verrechnungskonti für Kriegsanleihe sind pro und kontra kompensiert. Von den Debitoren entfallen 350·3 Millionen auf Guthaben bei Geldinstituten und bei der Postsparkasse, 871·9 Millionen auf Debitoren aus dem laufenden Bank- und Kommissionsgeschäft, die wesentlich durch Effekten gedeckt sind und zum Teil aus bedeutenden Guthaben bei einzelnen Zentralen bestehen, und schließlich 91·2 Millionen auf transitorische Buchungsposten. Unter den Passiven weisen die verzinslichen Einlagen eine Steigerung von 66·5 Millionen oder rund 45 Prozent auf und die Kreditoren eine solche von 453·7 Millionen, die hauptsächlich mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Liquidationsprozeß zusammenhängt.

Die Verwaltung wird der Generalversammlung vorschlagen, den außerordentlichen Reservefonds von 3 Millionen auf den ordentlichen zu übertragen, so daß er zuzüglich der heurigen Dotierung von einer Million Kronen die statutarische Höchstgrenze von 34 Millionen erreichen wird. Weiter wird beantragt werden, in den nächsten vier Jahren jährlich eine Million Kronen tantiemenfrei dem außerordentlichen Reservefonds zuzuweisen.

Ueber die der Bank nahestehenden Unternehmungen wird folgendes mitgeteilt:

Die Bielitz-Bialaer Eskompte- und Wechslerbank wird den Aktiencoupon pro 1916 voraussichtlich mit 12 Prozent zur Einlösung bringen. Die Galizische Bank für Handel und Industrie wird der Generalversammlung die Verteilung einer 4prozentigen Dividende pro 1916 vorschlagen. Der Geschäftsgang bei der Privilegierten Landesbank für Bosnien und Herzegowina ist ein befriedigender. Die Situation der Exportfirmen Alois Schweiger & Ko. Gesellschaft m. b. H. und Austro-Orientalische Handels-A.-G. läßt sich nach wie vor, da Nachrichten von den im feindlichen Ausland liegenden Filialen fehlen, nicht übersehen. Die A. E. G. Union Elektrizitätsgesellschaft hat ihr Kapital erhöht und dürfte eine höhere Dividende als im Vorjahre geben. Die Skodawerke A.-G. in Pilsen, die Hirtenberger Patronenzündhütchen- und Metallwarenfabrik sowie die G. Roth A.-G. sind nach wie vor reichlich beschäftigt. Der Auftragsbestand der Austriawerft-A.-G. (früher Stabilimento Tecnico Triestino) ist befriedigend, die Dividende für das Jahr 1916 dürfte sich auf der Höhe des Vorjahres halten. Die Ringhoffer-Werke-A.-G. dürfte pro 1916 eine höhere Dividende als im Vorjahre verteilen. Die A.-G. der Lokomotivfabrik vormals G. Sigl in Wiener-Neustadt weist Umsätze auf, die jene des Vorjahres erreichen. Der Geschäftsgang bei der Eisenwerke-A.-G. Rothau-Neudek ist ein befriedigender. Bei der A.-G. zur Nutzbarmachung der Wasserkräfte Dalmatiens haben sich die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre gebessert.

Die Mineralölraffinerie-A.-G. hat eine 15prozentige Dividende zur Verteilung gebracht. Die Budapester Mineralölraffinerie-A.-G. arbeitet gleichfalls zufriedenstellend. Die uns nahestehenden Zuckerindustrie-A.-G. dürften, soweit es sich bisher übersehen läßt, zumeist ungefähr dieselben Erträgnisse ausweisen, wie im vergangenen Jahre. Die Karl Stummer Zuckerfabriken-A.-G. dürfte ihre Dividende erhöhen. Die Milchindustrie-A.-G. dürfte ungefähr das gleiche Resultat erzielen wie im Vorjahr. Von den Spiritusunternehmungen, an denen wir beteiligt sind, hat die Koliner Spiritus-, Pottaschefabriks- und Raffinerie-A.-G. 18 Prozent, die Spiritus- und Pottaschefabriksgesellschaft m. b. H. in Brüx 20 Prozent Dividende verteilt. Bei der Franz Xaver Brosche Sohn A.-G. dürfte sich die Dividende zumindest auf der Höhe des Jahres 1915 halten. Die Spiritusindustrie-A.-G. brachte 10 Prozent Dividende zur Verteilung. Die Zündwaren-A.-G. „Helios" arbeitet mit recht zufriedenstellendem Resultat. Die Golleschauer Portland-Zementfabrik wird pro 1916 dividendenlos bleiben. Die Oesterreichische Portland-Zementfabriks-A.-G. in Szczakowa dürfte aus ihren Nebenbetrieben eine mäßige Dividende zu verteilen in der Lage sein. Die „Mundus" A.-G. der Vereinigten Oesterreichischen Bugholzmöbelfabriken sowie die „Mundus" A.-G. der Vereinigten Ungarischen Bugholzmöbelfabriken dürften die Dividendenzahlung voraussichtlich wieder aufnehmen können.

Die Erste österreichische Linoleumfabrik hat den Fabrikationsbetrieb eingestellt. Bei der Wollehandelsgesellschaft m. b. H. sind die Geschäftsresultate befriedigend. Bei der Spitzenindustrie-A.-G. war der Absatz noch nicht befriedigend. Eine Dividende konnte nicht zur Verteilung gelangen. Die A. Gerngroß-A.-G. konnte ihren Umsatz wesentlich erhöhen und dürfte wieder gut abschließen. Die A.-G. der Brünner Lederfabrik vorm. Maximilian Grünfeld hat 20 Prozent Dividende pro 1916 verteilt. Die A.-G. der Oesterreichischen Jesfabriken ist weiter mit Heereslieferungen gut beschäftigt. Bei den Maschinen- und Waggonfabriken L. Zieleniewski in Krakau, Lemberg und Sanok A.-G. haben die Verhältnisse in der letzten Zeit eine Besserung erfahren. Die Berndorfer Metallwarenfabrik Artur Krupp A.-G. ist für Heereslieferungen gut beschäftigt. Die Papierindustrie-A.-G. Olleschau hat ihr Kapital um 25 Prozent abgestempelt. Der Geschäftsgang ist trotz bedeutender Schwierigkeiten in der Materialversorgung zufriedenstellend. Die „Ericsson" Oesterreichische Elektrizitäts-A.-G. vorm. Deckert & Homolka und die „Ericsson" Ungarische Elektrizitäts-A.-G. verteilen je 12 Prozent Dividende. Bei der C. Stölzles Söhne A.-G. für Glasfabrikation hat sich der Geschäftsgang wesentlich gebessert. Bei der Vereinigten Brauereien Schwechat, St. Marx, Simmering-Dreher, Mautner, Meichl A.-G. und bei der Gösser Brauerei-A.-G. vormals Max Kober in Göß war die Geschäftslage unverändert. Für das laufende Jahr sind die Aussichten infolge der Betriebseinschränkung weniger günstig.

Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G. Auf Veranlassung der Regierung haben wir die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G. mit einem Aktienkapital von K. 10.000.000 gegründet. Die Gesellschaft arbeitet auf altruistischer Basis, und es ist ihr gelungen, in der Zeit ihres Bestehens im öffentlichen Interesse erfolgreich tätig zu sein. Die Providentia Allgemeine Versicherungsgesellschaft in Wien arbeitet unverändert gut. Der Geschäftsgang bei der Ersten österreichischen Versicherungsgesellschaft gegen Einbruch ist zufriedenstellend. Bei der Mittenwaldbahn ist in den Verhältnissen gegenüber dem Vorjahre keine Veränderung eingetreten. Dasselbe gilt von der Vereinigten österreichischen Schiffahrt-A.-G. vormals Austro-Americana & Fratelli Cosulich.

Volkswirtschaft.

Kriegsarbeit.

Von Karl Moest,
Vorstand der Hauptanstalt Budapest der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Budapest, 5. April.

Der Uebergang von der Tätigkeit im Frieden zu jener des Krieges vollzieht sich wohl auf keinem geschäftlichen Gebiet so rapid, wie auf dem der Notenbanken. Sehr natürlich; denn mit dem Tage der Mobilisierung der militärischen Kräfte muß die Bereitstellung der Mittel hiezu Hand in Hand gehen. In einer Zeit, während der über das Wirken unserer Notenbank verhältnismäßig wenig in die Oeffentlichkeit dringt, ist es vielleicht von allgemeinem Interesse, zu erfahren, wie sich das Bild ihrer Tätigkeit bei der Hauptanstalt Budapest nach der Kriegserklärung gestaltete.

Gleich Sonntag, den 26. Juli 1914, machte sich in der Bank der Beginn des Krieges bemerkbar. Große Giroüberweisungen an die ungarischen Steuerämter und eine hohe Dotierung der Staatszentralkasse mit Bargeld mußten durchgeführt werden. Am 27. Juli begann schon das Gedränge bei den Banknoten- und Münzkassen. Offiziere, die an die Front gehen mußten, Zivilpersonen, Männer und Frauen, waren gleich ungeduldig. Sehr gesucht ist Silber gewesen. Viele trugen dasselbe behufs Verzinsung in die nahe Postsparkasse und hoffen vielleicht heute noch, ihre klingende Münze sicher wiederzusehen. Andere naive Seelen — zumeist Frauen — waren eifrig bemüht, der Bank die schwere Sorge um den Goldschatz zu erleichtern. Die große Nachfrage dauerte wochenlang und es mußte Militärassistenz in Anspruch genommen werden.

Ganze Waggonladungen diverser Banknoten kamen fast täglich an. Alles war aber zu wenig für den abnormalen Bedarf und die Sucht, je mehr zu reservieren. Kurze, zumeist durch Verkehrshindernisse entstandene Stockungen in der Befriedigung des Publikums waren hiebei unvermeidbar. Ein Umstand übrigens, der bei der Deutschen Reichsbank und bei der Bank von Frankreich in gleichem Maße in die Erscheinung trat. Vom 27. Juli bis 30. September 1914 wurden hier über 16 Millionen Stück Banknoten im Werte von rund 1000 Millionen Kronen in Verkehr gebracht. In der gleichen Zeit über 61.400 Posten (Säcke) Silber- und Scheidemünzen. Die Herausgabe von Zwei-Kronen-Noten, später von Ein-Kronen-Noten hat den Stückverkehr selbstredend noch bedeutend vermehrt. Angesichts der starken Thesaurierung des Kleingeldes und des großen Bedarfs an allen Fronten entstanden zeitweilig empfindliche Störungen im Verkehr, bis endlich Zwanzig- und Zwei-Heller-Stücke von Eisen hinausgegeben werden konnten.

Die Hinausgabe einer solchen Menge Banknoten und Münzen hat zur Voraussetzung, daß ungefähr die gleiche Zahl bei der Hauptanstalt vereinnahmt worden sein muß. Deren Zählung und Verpackung in Tausenden Kisten; die Besorgung der Hereinziehung von Nickelmünzen für den Staat, gleichwie die Emission neuer Banknoten und Eisenmünzen ergeben aber im Endresultat eine schöne Summe schwerer Kriegsarbeit.

Am 1. August 1914 trat das Moratorium ins Leben. Den nächsten Tag schon mußte der zur Erleichterung der Zahlungsausgleichungen bestehende Budapester Saldierungsverein nolens volens seine Pforten schließen. Dies geschah unter dem Druck der Meinung, es werde zur Zeit des Moratoriums ohnehin von keiner Seite eine Einlösung der fälligen Wechsel erfolgen, somit hätte das Weiterwirken des Saldierungsvereins vorderhand keinen Sinn. Indessen zeigte sich, daß diese Auffassung irrig war. Erst am 25. Januar 1915 setzte der Saldierungsverein seine Tätigkeit fort, und diese erreichte im Jahre 1916 einen Umsatz von rund 3848 Millionen.

Eine große Umwandlung durch den Krieg erfuhr der normale Wechseleskompte der Bank. Während dieser Geschäftszweig im Frieden dominierte, mußte er nun sehr viel von seinem Gebiete an die Barzahlung abtreten. Gleich in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn aber ging es an den Schaltern der Bank noch stürmisch zu. Nahezu ein Fünftel des ganzen Jahreseskomptes wurde in dieser kurzen Spanne Zeit an Wechseln eingereicht. Die Moratoriumswechsel, anfangs mit Recht der Schrecken aller Bankinstitute, verursachten eine ungeheure Anspannung aller Arbeitskräfte. Die Einlösung dieser Wechsel aber gestaltete sich, wie schon angedeutet, äußerst erfreulich. Von ihrem höchsten Stande von rund 38.000 Stück mit 183 Millionen Kronen blieben nach zweieinhalb Jahren nur mehr drei Stück im Betrage von 600 Kronen.

Die gewöhnlichen Lombard-Darlehen erfuhren in der gleichen Zeit weder der Stückzahl noch dem Betrage nach eine besonders starke Erhöhung. Dagegen erscheinen die Depositen in Verwahrung und Verwaltung, zumeist aus den vom Feinde zeitweilig okkupierten oder bedrohten Gebieten, ganz namhaft vermehrt.

Wenngleich die Kriegsanleihezeichnungen bei der Notenbank nicht jene Höhe wie bei anderen Großbanken erreichen konnten, da letztere zu einem wohlfeileren Zinssatze lombardieren durften als die Notenbank, — war doch jede Zeichnungsperiode auch für die Hauptanstalt der Bank eine Zeit angestrengtester Tätigkeit. Dies um so mehr, als die Filialen der Bank in Ungarn die bei ihnen erfolgten Zeichnungen der Hauptanstalt zu melden haben, wo überhaupt sämtliche Zeichnungen der Subskriptionsstellen auf Girokonto zur Verbuchung gelangten, um von hier der Staatszentralkasse überwiesen zu werden.

Nach Ausbruch des Krieges war unsere Valuta lange Zeit den Schädigungen einer rücksichtslosen Spekulation ausgesetzt. Um dem Uebel zu steuern, trat nach schwierigen

Die Zeit
7./IV. 1917

Kreditrüstung.

Für das Kreditbedürfnis der großen Unternehmungen wird nach dem Kriege in reichlichem Maße gesorgt sein. Haben doch die wichtigsten österreichischen Gesellschaften zumeist auch unter Berufung auf den künftigen Finanzbedarf ihr Anlagekapital wesentlich erhöht. Desgleichen ist von einer Reihe von Banken, besonders von allen Großbanken, eine Vermehrung des Aktienkapitals vorgenommen worden, so daß sie in der Lage sein werden, die Industrieförderung mehr als bisher in ihr Programm einzustellen. Auch die nicht allzu zahlreichen bedeutenden Betriebe, die aus der Kriegskonjunktur keine Vorteile zu ziehen vermochten, werden mithin in ihrer Betätigung nicht aus Mangel an Kapital verhindert sein. Selbst die industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Betriebe mittleren Umfanges sind (ebenso wie im großen und ganzen die landwirtschaftlichen Kreise) während des Krieges zu Wohlstand gelangt; das System der Barzahlungen hat sich statt des früher üblichen meistens langfristigen Kredits leicht eingebürgert. Für das Kreditbedürfnis dieser Schichten der heimischen Bevölkerung brauchen daher nicht besondere Vorsorgen getroffen zu werden. Dagegen hat der Krieg einen großen Teil der Kleinkaufleute und Kleingewerbetreibenden in eine überaus schwierige Lage gebracht. Die Geschäftsinhaber sind in sehr zahlreichen Fällen zur militärischen Dienstleistung einberufen worden, so daß viele Geschäfte entweder ganz gesperrt werden mußten oder doch nur mit Mühe und Not von einem Stellvertreter — nicht selten von der weniger geschäftskundigen Gattin — weitergeführt werden können. Obwohl sich schon im Frieden die Heeresverwaltung in anerkennenswerter Weise bemüht hat, zu ihren Lieferungen auch die Kleingewerbetreibenden soviel als möglich heranzuziehen, so ist es doch sicher, daß sie bei der ungeheuren Größe und Dringlichkeit der Kriegslieferungen daran mit einem kaum nennenswerten Bruchteil beteiligt werden konnten, und auch dies nur dort, wo nicht die Notwendigkeit zu kostspieligen oder schwierigen technischen Anlagen ihre Mitwirkung schon mit Rücksicht auf ihre beschränkten Geldmittel im vorhinein unmöglich machte. Da schließlich bei der Dürftigkeit ihres Lagers nur sehr wenige Unternehmungen der in Rede stehenden Kategorie aus der eingetretenen Preissteigerung wesentlichen Nutzen zu ziehen vermochten, so ergibt sich ein wenig erfreuliches Gesamtergebnis. Die wirtschaftliche Existenz zahlreicher kleiner Unternehmer, die überdies unter den bedeutend erhöhten Kosten des Geschäftsbetriebes und des Lebensunterhaltes — beide Kostenelemente stehen hier im innigen Zusammenhang — schwer zu leiden haben, ist schon jetzt gefährdet. Und wenn in vielen Fällen eine Krise bisher vermieden werden konnte, so ist dies mehreren Umständen zuzuschreiben. So wird zum Beispiel von den zur Heeresdienstleistung einberufenen Geschäftslauten kraft der schon zu Beginn des Krieges erlassenen gesetzlichen Bestimmungen die Schuldentilgung unterbrochen; in nicht seltenen Fällen ist durch Veräußerung einer größeren Menge der auf Lager befindlichen Waren bei der gegenwärtigen Preisnotierung ein verhältnismäßig großer Gelderlös erzielt worden, der jedoch nur zum Teil zum Ankauf neuer Waren verwendet, zum anderen Teil vielmehr im Geschäftsbetrieb und Haushalt aufgezehrt wird usw. Dies alles berechtigt wohl zur Annahme einer schon vorhandenen latenten Krise, die, wenn nichts vorgekehrt wird, bei Beginn des Friedens in aller Schärfe ausbrechen würde. Zu ihrer Behebung ist bis jetzt bei uns nichts geschehen, und es ist daher höchste Zeit, daß etwas geschieht. Selbstverständlich kommen dabei nicht bloß negative Maßnahmen in Betracht, wie etwa eine Erweiterung oder Ergänzung der bestehenden Verordnung des Gesamtministeriums über Erleichterungen bei der Erfüllung privatrechtlicher Geldforderungen, eine Ausdehnung der Bestimmungen über die Stundung für Militärpersonen und deren nahe Angehörige u. dgl. Das sind nur Notgesetze, Gesetze für äußerste Notfälle. Was vielmehr in Betracht kommt, sind positive Vorkehrungen und darunter in erster Linie günstige Kreditmöglichkeiten. Der Kleinkaufmann und Kleingewerbetreibende muß instand gesetzt werden können, zur Auffrischung seines Lagers, zur Ergänzung seiner Geräte, zur Aktivierung seines Betriebes einen sehr billigen, in möglichst kleinen Annuitäten rückzahlbaren Kredit zu erlangen. Die Kreditrüstung für diese Produktivklasse ist vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft des Staates viel wichtiger als die für die während des Krieges beinahe durchweg vollkommen saturierten Großbetriebe.

Die Städtische Kriegskreditbank in Krakau, die erst kürzlich ihren Betrieb eröffnet hat, stellt sich die Aufgabe, durch ihre verhältnismäßig ganz bedeutenden Geldmittel — sie können im Reeskomptierungswege bis auf dreihundert Millionen Kronen erhöht werden — in wirksamer Weise auch dem kleinen Mann zu helfen. Dieser Programmpunkt steht jedoch mit dem physischen Wiederaufbau des vom Feinde schwer heimgesuchten Landes zusammen. Die im vorliegenden Aufsatz besprochenen Bevölkerungsklassen haben jedoch auch in allen übrigen Kronländern viel zu leiden gehabt, und da nach dem Kriege nicht nur der physische, sondern auch der materielle Wiederaufbau in ganz Oesterreich stattfinden muß, so verdient das von Galizien gegebene Beispiel allgemeine Nachahmung. Freilich werden hierbei staatliche Mittel, die den Hauptbestandteil des Kapitals der galizischen Kriegskreditbank bilden, nur in geringerem Maße in Betracht kommen können. Die Aufgaben des Staates sind so ungeheuer groß, sein eigenes Kreditbedürfnis so gewaltig, daß er kaum daran denken kann, selbst höchst berücksichtigungswürdigen Bevölkerungsklassen in weitem Umfang Geld zur Verfügung zu stellen. Statt seiner sollten daher die Großbanken als Kreditgeber fungieren und vor allem den Organisationen der Kleinkaufleute und Kleingewerbetreibenden billiges, sehr billiges Geld zur Verfügung stellen. Wenn auch das Geschäft infolgedessen zwar sicher, aber doch wenig lohnend sein dürfte, so bringt es doch für die großen Finanzinstitute viele Vorteile mit sich. Infolge der erheblichen Vermehrungen des eigenen Kapitals, die nicht unbeschäftigt liegen bleiben können, werden ihre Interessen mit der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit des Landes und daher mit dem wirtschaftlichen Gedeihen der Bevölkerung späterhin noch viel inniger verknüpft sein als bisher. Es ist daher für sie, vom Standpunkt reiner Geschäftspolitik aus betrachtet, durchaus nicht gleichgültig, ob in der langen Kette zwischen Erzeugung und Verbrauch die unscheinbaren, aber überaus zahlreichen Glieder der mehrerwähnten selbständigen Erwerbskreise bestehen bleiben oder zugrunde gehen. Noch triftiger sind Gründe sozialpolitischer Natur. Die Stimmung der großen Masse der Bevölkerung wird sich nach dem Kriege jedenfalls mehr zur Geltung zu bringen wissen als jetzt: die reichen, überreichen Gewinne in Zeiten allgemeiner Not erzeugen Neid, und der Neid der Massen ist nicht ungefährlich, er kommt in kultivierten Staaten in gesetzgeberischen Akten zum Ausdruck. Wenn die Banken nichts dagegen tun, so kann nach dem Kriege ein scharfer Wind um ihre Gebäude wehen. Mit der allgemeinen Not wird auch der Neid gebannt. Der kleine Kaufmann und Gewerbetreibende wird kein Umstürzler, wenn er wieder, wie vor dem Kriege, seine kleine, bescheidene, aber selbständige Existenz erlangt. Dazu soll ihm verholfen werden und, durch Gewährung eines billigen Konsumtivkredites, vielleicht auch der durch den Krieg ganz proletarisierten großen Schar der kleinen Beamten. Die Städtische Kriegskreditbank in Krakau hat auch den letzten Punkt in ihr Programm aufgenommen; dessen Verwirklichung hängt von der Genehmigung der Regierung ab. In der Frage der Kreditrüstung dürfen die verschiedengestaltigen unteren Schichten nicht vergessen werden. Je früher man sich ihrer erinnert, desto besser.

Fremdenblatt

7./IV. 1917

28

Die Warenabteilungen der Banken.

Von Walter Federn.

Der plötzliche Lärm, der über die Warenabteilungen der Banken entstanden ist, mag bei manchen Leuten den Glauben erwecken, daß es sich dabei um neue Einrichtungen handelt, die eigens zu dem Zwecke errichtet wurden, um aus der Knappheit der Waren im Kriege Nutzen zu ziehen. Da mag eine kurze Darstellung am Platze sein. Die Warenabteilungen sind zwar eine besondere Einrichtung der österreichischen Banken, aber eine sehr alte. Es gibt Banken, deren Warenabteilungen mehr als 40 Jahre alt sind, ohne daß sie je zu einer besonderen Klage Anlaß gegeben haben. Sie sind zumeist aus der intimen Verbindung der Banken mit der Zuckerindustrie hervorgegangen. Die Zuckerindustrie braucht zur Zeit der Rübenkampagne große Geldmittel, und insbesondere in früheren Zeiten, da die Zuckerindustrie noch nicht so kapitalskräftig und konsolidiert war wie jetzt, wollten die Banken diese Kredite nicht einfach um die üblichen Zinsen und Provisionen gewähren, sondern stellten zur Bedingung, daß der Zucker, der ihnen zur Deckung diente, auch durch sie verkauft werde, und dabei blieb es. Da Zucker auf den Terminmärkten börsenmäßig gehandelt wird, war er eine für die bankmäßige Betätigung besonders geeignete Ware, und aus diesen Zuckerkommissionsgeschäften wuchsen die meisten Warenabteilungen hervor, die dann meist je nach den zufälligen Verbindungen der einzelnen Banken auch verschiedene andere Waren umfaßten. So war die Warenabteilung der Kreditanstalt zum Beispiel lange Zeit auf Zucker und Kohle beschränkt.

Einen neuen Aufschwung nahmen die Warenabteilungen, als die industrielle Organisation um sich griff und die Banken die Kartellierung wegen ihrer industriellen Kapitalsinteressen zu fördern suchten. Als neutrale Stellen wurden sie die Abrechnungsstellen vieler Kartelle, durch sie wurden die Fakturen eingezogen, und als gemeinsame Verkaufsbureaux in Uebung kamen, wurden diese häufig an Warenabteilungen der Banken angegliedert. Auch wurde bei Finanzierung von Industrieunternehmungen diesen gelegentlich die Verpflichtung auferlegt, ihre Verkäufe oder Materialankäufe durch die nahestehende Bank besorgen zu lassen. Ursprünglich wurden diese Geschäfte zumeist nur kommissionsweise gemacht. Aber schon an die Zuckergeschäfte knüpften sich bald eigene Spekulationen der Warenabteilungen, die die Gesamtergebnisse in einzelnen Jahren sehr günstig oder ungünstig beeinflußt haben. Spekulative Geschäfte in Waren waren insbesondere auch dort unvermeidlich, wo die Warenabteilungen sich mit dem Export- und Importhandel beschäftigten, wie z. B. seit Jahrzehnten die Warenabteilung der Anglobank. Gewiß ist, daß das Propregeschäft der Warenabteilungen immer mehr Bedeutung gewonnen und auch der Kreis der von ihnen gehandelten Waren sich immer mehr ausgedehnt hat.

Ob Warengeschäfte für die Banken ein geeignetes Betätigungsfeld sind, darüber ist schon vor dem Kriege gelegentlich gestritten worden. Ursprünglich ist der Bankierstand aus dem Warengroßhändler hervorgegangen, aber der Umstand, daß die Warenabteilungen eine österreichische Spezialität geblieben sind, läßt darauf schließen, daß sie weder notwendigerweise zum Bankbetrieb gehören, noch eine

Die Zeit

8./IV. 1917

31

Der Krieg als Erzieher.

Von **Friedrich Schmid Edler v. Dasatiel,**
Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge", sagt der griechische Weise. Das ist vielleicht etwas zu viel gesagt. Ein Erzieher jedoch ist der Krieg gewiß, ein harter und strenger Erzieher zwar, aber ein erfolgreicher. Durch fast ein halbes Jahrhundert hatte die österreichisch-ungarische Monarchie die Zuchtrute dieses grimmigen Lehrers nicht mehr gefühlt. Die lange Friedenszeit, so segensreich sie war, hatte jedoch auch ihre weniger erfreulichen Seiten. Die Monarchie ist dem Flächeninhalte nach das zweitgrößte, der Bevölkerungszahl nach das drittgrößte Land Europas. Sie hat einen seltenen Reichtum an Bodenschätzen, eine geographisch außerordentlich günstige Lage. Ihre Bevölkerung ist — vielleicht infolge der glücklichen Mischung verschiedener Rassen — ungemein begabt. Wie kommt es, daß sie unter den Ländern Europas nicht das reichste, das mächtigste, das glücklichste war?

Der Oesterreicher und nicht minder der Ungar neigt von Natur aus zu einer leichteren Auffassung des Lebens. Nicht mit Unrecht warf einer unserer bedeutendsten Nationalökonomen unserer Jugend vor, daß sie nicht das Bestreben habe, reich zu werden, daß unsere jungen Leute, statt sich in der Welt umzutun, statt große Unternehmer oder Kaufherren zu werden, es vorziehen, in irgendeinem zwar gering besoldeten, aber sicheren und bequemen Aemtchen unterzukommen, daß nur allzu oft die Söhne erfolgreicher Industrieller oder Kaufleute es „nicht standesgemäß" finden, das väterliche Unternehmen fortzuführen, und das von den Vätern Erworbene in müßigem Wohlleben verprassen. Aber auch jene, die als Landwirte, als Gewerbetreibende oder Kaufleute eine selbständige Stellung einnahmen, waren zum guten Teil weniger darauf bedacht, sich durch eigene Mühe und Arbeit emporzuringen, als vielmehr sich durch den Schutz des Staates und die weitestgehende Ausschließung der Konkurrenz ein möglichst müheloses Fortkommen zu sichern. Statt eines frischen, fröhlichen Wettbewerbes, bei dem die Tüchtigsten Raum gewonnen hätten, hatte sich allmählich ein nicht eben angenehmer Zustand von gegenseitigem Beneiden und Anfeinden entwickelt, der durch die ja auch meistens auf Gründe wirtschaftlicher Natur zurückzuführenden Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Nationalitäten wie zwischen den beiden Staaten der Monarchie selbst wahrlich nicht erfreulicher wurde.

Da wurde die Monarchie, die schon infolge ihrer inneren Zwistigkeiten nach außen das friedliebenste Gemeinwesen der Welt war, zum Kriege gezwungen, und zwar zu einem Kriege, der, wie jedem Oesterreicher und Ungarn von vornherein klar war, um nichts weniger ging, als um den Bestand des altehrwürdigen Habsburger Reiches selbst. Wie wird sich nun wohl die erzieherische Wirkung des Krieges äußern?

Zum Teile hat sie sich schon geäußert. Aus dem fröhlichen Volke der Phäaken ist fast über Nacht ein solches von Spartanern geworden, das alle Not des Krieges, alle Leiden und Entbehrungen, die er mit sich brachte, standhaft und mit einer zähen Entschlossenheit, die ihm früher niemand zugemutet hätte, erträgt. Niemals wurde in der Monarchie so sparsam gelebt wie jetzt. Niemals wurde hier auch mit solchem Fleiß, mit solcher Hingebung gearbeitet. Jeder hält es für eine Ehrensache, seine Kräfte bis aufs äußerste anzuspannen. Unzählige — Männer und Frauen —, die früher, vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, ein müßiges Drohnendasein führten, haben ihre Begabung und ihre Kräfte nützlicher Tätigkeit gewidmet. Sehr viele wohl deshalb, weil ihnen die Not der Zeit keine andere Wahl ließ, als zu arbeiten oder zu hungern, Hunderttausende aber aus freudiger patriotischer Begeisterung, in dem Bestreben, auch ihrerseits zum Wohle des Vaterlandes zu wirken. Es wird — das kann man heute schon wohl ruhig behaupten — nach dem Kriege, wenn die großen Aufgaben des Wiederaufbaues an uns herantreten, nicht an den nötigen Händen fehlen.

Wir werden deren mehr brauchen als vor dem Kriege, denn mit Schmerz, aber auch mit Beschämung mußten wir durch den Krieg lernen, daß unsere Produktion, die landwirtschaftliche wie die industrielle, nicht auf jener Höhe stand, auf der sie hätte stehen können und stehen sollen. Obwohl die Monarchie noch immer überwiegend ein Agrarland ist, reichte die landwirtschaftliche Erzeugung nicht aus, um die Bevölkerung, wenn sie auch vor Hunger geschützt blieb, vor Entbehrungen zu bewahren. Die Landwirtschaft erwies sich, von vielen lobenswerten Ausnahmen abgesehen, als rückständig. Man hatte in Urväterweise fortgewirtschaftet. Während man im Gewerbe bestrebt gewesen war, das mittelalterliche Zunftwesen, allerdings in nicht eben glücklicher Weise, wieder zu beleben, und jede Betätigung von der Beibringung eines Befähigungsnachweises abhängig machte, war das Bildungsniveau der bäuerlichen Bevölkerung durch die Gewährung von „Erleichterungen" hinsichtlich der Schulpflicht noch herabgedrückt worden. Man hatte es auch ruhig geschehen lassen, daß viele unserer herrlichsten Alpenweiden, die früher einen reichen Viehstand ernährt hatten, zu Jagdgebieten gemacht worden waren, ein Fehler, der sich während des Krieges schwer gerächt hat. Unsere Industrie zeigte sich gleichfalls — wieder von vielen sehr erfreulichen Ausnahmen abgesehen — vielfach in bedauerlicher Weise zurückgeblieben. Sehr häufig allerdings nicht aus Mangel an Intelligenz oder Unternehmungsgeist, sondern infolge jenes in den letzten Jahren vor dem Kriege besonders in Oesterreich emporgekommenen Demagogentums, das, von mißverstandenen staatssozialistischen Ideen geleitet, jeden, der durch Fleiß und Tatkraft eine industrielle oder kaufmännische Unternehmung zur Blüte brachte und damit dem Staat eine einträgliche Steuerquelle erschloß, dabei aber auch selbst zu Vermögen kam, für eine dem Gemeinwohl schädliche oder doch mindestens für eine verdächtige Persönlichkeit erklärte.

Der Krieg hat hier einen beträchtlichen Wandel der Anschauungen geschaffen. Landwirtschaft und Industrie werden nach der Wiederkehr des Friedens bei uns ganz anders als bisher gefördert und betrieben werden. Dazu wird uns außer der durch den Krieg gewonnenen Einsicht schon die Notwendigkeit zwingen, durch aufs äußerste gesteigerte Produktion, durch Förderung des Exports und durch größtmögliche Sparsamkeit die Mittel zur Behebung der Kriegsschäden und zur Zahlung der Kriegsschulden aufzubringen.

Der Krieg hat uns auch die großen Gefahren erkennen lassen, die die inneren Zwistigkeiten der Monarchie für diese im Gefolge hatten. Es hat sich allerdings gezeigt, daß diese Streitigkeiten sozusagen Familienzwiste waren, die das feste Gefüge der Monarchie nicht erschüttert hatten, und daß, als der Feind die Grenzen bedrohte, alle Mitglieder dieser vielgestaltigen Völkerfamilie mit einem Male nach außen einig und geschlossen da standen. Kein Kenner Oesterreich-Ungarns hatte dies anders erwartet; es sei nur erinnert an das bekannte Wort Bismarcks: „Wenn der Kaiser Franz Josef zu Pferde steigt, so folgen ihm alle seine Völker." Aber wie wenige Ausländer kannten Oesterreich-Ungarn! Im Ausland hielt man die Monarchie für ein durch ewigen Hader im Innern zerrissenes und dem Verfalle geweihtes Staatengebilde. Man sprach dort schon lange vor dem Kriege von Oesterreich-Ungarn höhnend als von der „katholischen Türkei". Schwerlich hätte das freche, kleine Serbien jahrelang seine aufreizende und feindselige Haltung gegen Oesterreich-Ungarn eingenommen, schwerlich hätten unsere ehemaligen Verbündeten Italien und Rumänien ihren schmählichen Treubruch begangen, wären die leitenden Persönlichkeiten dieser Staaten nicht überzeugt gewesen, die Monarchie werde bei dem ersten energischen, von außen kommenden Stoß zusammenstürzen, und der Weg nach Wien und Budapest werde lediglich ein kleiner militärischer Spaziergang werden. Es ist anders gekommen, und in Serbien wie nicht minder in Italien und Rumänien mag man heute den begangenen schweren Irrtum bejammern. Aber der Krieg wäre längst zu einem für uns siegreichen Ende gekommen, wenn jener Irrtum nicht bestanden hätte. Man wird auch hieraus die nötigen Lehren ziehen. Die inneren Streitigkeiten werden verschwinden müssen, es werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, um endlich ein rastungsloses Neben- und Miteinander der beiden Staaten der Monarchie sowie der einzelnen Nationen und Nationalitäten zu erreichen. Den Pessimisten, die dies für unmöglich halten, sei folgendes erwidert: Es sind noch keine dreihundert Jahre her, daß man sich in diesen gesegneten Ländern wegen religiöser Streitigkeiten und theologischer Spitzfindigkeiten gegenseitig die Köpfe einschlug. Seither leben längst Katholiken, Protestanten, Juden und Moslemin in friedlicher Gemeinschaft unter dem mächtigen Schutz des Doppeladlers und der heiligen ungarischen Krone. Warum sollten denn Deutsche, Magyaren, Polen, Tschechen usw. dies nicht auch können?

Den Kräften, die sich hier bisher in nutzlosem Hader verzettelten, winkt nach dem Krieg ein weites Feld anderer nützlicher und segensreicher Betätigung. Der Krieg hat der Monarchie wieder ihre alte Kulturmission zum Bewußtsein kommen lassen, die sie nach dem Balkan und dem nahen Osten weist. Einer der gewaltigsten Feldherren und Staatsmänner, die Oesterreich je gehabt hat, Albrecht Wallenstein, der unglückliche Herzog von Friedland, riet während der großen deutschen Religionskämpfe seinem Kaiser — es war dies Ferdinand II. —, durch Gewährung der Glaubensfreiheiten Frieden zwischen Katholiken und Protestanten zu stiften, die sich befehdenden Kräfte, zu einer mächtigen Einheit zusammengefaßt, gegen den Balkan zu kehren und die oströmische Kaiserkrone mit der weströmischen wieder zu vereinigen. Wallenstein hatte an eine militärische Eroberung des Balkans gedacht. Jetzt gilt es, diese weiten, reichen, aber seit Jahrhunderten vernachlässigten Gebiete friedlich aufzuschließen, zum Wohle Oesterreich-Ungarns, aber auch zu jenem der Balkanstaaten selbst.

Wenn die Monarchie aus der furchtbar harten Erziehungszeit, die sich jetzt durchzumachen hat, die richtigen Lehren zu ziehen versteht, dann wird sie aus dem Blutmeere dieses Krieges wie aus einem Stahlbad verjüngt und neu gekräftigt hervorgehen.

Die Zeit
8./IV. 1917
32

Wirtschaftsverkehr.

Aus den bis jetzt veröffentlichten Ergebnissen des abgelaufenen Geschäftsjahres einzelner industrieller und finanzieller Unternehmungen gelangt man bei einem Vergleich mit den diesbezüglichen Friedensziffern zu der interessanten Beobachtung, welch hohe Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben unserer Industrie zukommt. Mit einer anerkennenswerten Kraftanspannung haben sich die einzelnen Industrien den Bedürfnissen des Krieges angepaßt. Diese hatte naturgemäß einen großen finanziellen Aufwand zur Folge, was wieder eine starke Betätigung der meisten Bankinstitute, die mehr oder weniger gemeinsame Geschäftsinteressen haben, mit sich brachte. Insbesondere in Böhmen, wo die Industrie einen mächtigen volkswirtschaftlichen Faktor darstellt, hat das Bankgeschäft im abgelaufenen Jahre an Umfang stark zugenommen, und nachstehende Ziffern sollen, informativ dienend, ein Gesamtbild über die Tätigkeit einzelner Banken in Prag geben. Die folgenden Ziffern bieten ein Bild der Erfolge der einzelnen Institute anläßlich der bisherigen Kriegsanleihen.

Es wurden gezeichnet: bei der Böhmischen Eskomptebank für die erste Kriegsanleihe K. 696,000.000, für die zweite 114,300.000, für die dritte 175,100.000, für die vierte 164,100.000 und für die fünfte K. 225,300.000; bei der Živnostenská für die erste Kriegsanleihe K. 37,904.600, für die zweite 59,682.700, für die dritte 115,000.000, für die vierte 133.471.600 und für die fünfte K. 152,317.150; bei der Landesbank des Königreiches Böhmen für die erste Kriegsanleihe K. 15,845.800, für die zweite 30,300.000, für die dritte 71,250.000, für die vierte 81,700.000 und für die fünfte K. 84,000.000; Ustřední Banka Č. Sp. für die erste Kriegsanleihe K. 9,546.000, für die zweite 12,080.000, für die dritte 45,945.000, für die vierte 59,808.800 und für die fünfte K. 61,870.000; bei der Mährischen Agrar- und Industriebank für die erste Kriegsanleihe K. 2,000.000, für die zweite 8,000.000, für die dritte 25,000.000, für die vierte 35,000.000 und für die fünfte K. 55,000.000; bei der Agrarni Banka für die erste Kriegsanleihe K. 657.600, für die zweite 2,238.600, für die dritte 8,355.000, für die vierte 24,169.000 und für die fünfte K. 27,255.000; bei der Bodenbank für die erste Kriegsanleihe K. 1,400.000, für die zweite 1,700.000, für dritte 4,000.000, für die vierte 4,000.000 und für die fünfte K. 5,300.000; bei der Ceská Banka für die erste Kriegsanleihe K. 2,050.000, für die zweite 1,350.000, für die dritte 2,100.000, für die vierte 1.850.000 und für die fünfte K. 2,400.000; bei der Bohemia-Bank für die erste Kriegsanleihe K. 184.000, für die zweite 136.700, für die dritte 135.300, für die vierte 129.100 und für die fünfte K. 238.500. Die Böhmische Unionbank erzielte bei allen fünf Kriegsanleihenzeichnungen den Gesamtbetrag von K. 1.136,000.000.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die einzelnen Institute im Drang ihrer kommerziellen Tätigkeit nicht übersehen haben, auch für das öffentliche Wohl durch reichliche und wiederholte Unterstützungen der verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen zu wirken. Nachstehend in zwangloser Reihenfolge die einzelnen Berichte:

Die Landesbank des Königreiches Böhmen hat im Jahre 1916 rund 35 Millionen Kronen langfristige Darlehen zugezählt, der Gesamtumlauf ihrer Schuldscheine hat sich auf 703 Millionen Kronen erhöht. Behufs Förderung der Zeichnungen von Kriegsanleihe wurden Kommunaldarleben an Bezirke und Gemeinden gewährt, die Summe der Zeichnungen auf die vierte und fünfte österreichische Kriegsanleihe ergab 165 Millionen Kronen, die Geldeinlagen vermehrten sich um 34 Millionen Kronen auf 158 Millionen Kronen, der Umsatz im Wechseleskompte war um 28 Millionen Kronen höher als im Vorjahre und stellt sich auf 275 Millionen Kronen. Die privaten und gerichtsmäßigen Depositen haben wieder einen namhaften Zuwachs zu verzeichnen, der Nennwert am Jahresschluß betrug 480 Millionen Kronen.

Die Böhmische Sparkasse in Prag hielt am 29. März ihre diesjährige Generalversammlung ab, in der an Stelle des als Handelsminister in den Rat der Krone berufenen Dr. Urban zum Oberdirektor der Anstalt Dr. Johann Kiemann ernannt wurde. In geschäftlicher Beziehung hat sich das abgelaufene Jahr von seinem Vorgänger nur wenig unterschieden. Die markantesten Erscheinungen lassen sich in folgendem zusammenfassen: Andauernde, im Vergleich zum Vorjahr noch gesteigerte Geldflüssigkeit, ungewöhnliches Zuströmen von Einlagen, namhafte Zeichnungen auf Kriegsanleihe, überaus befriedigendes, eine weit über das vorgeschriebene Mindestausmaß hinausgehende Tilgung der Kursdifferenzenvorträge gestattendes Geschäftsergebnis. Das Einlagenkonto beziffert sich auf K. 293,101.687.34. Dem Antrag der Direktion entsprechend, das Reinerträgnis des allgemeinen Reservefonds pro 1916 per K. 781.941 in Gemäßheit der Statuten wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, hat die Generalversammlung für Kriegsfürsorgezwecke den Betrag von K. 51.941 zur Verfügung gestellt.

Böhmische Eskomptebank. Dieses Institut zählt zu den ältesten Aktienbanken Böhmens. Es wurde im Jahre 1863 mit einem Kapital von 2,000.000 Gulden begründet. Aus diesen, nach heutigen Gründungsbegriffen bescheidenen Verhältnissen entwickelte sich die Böhmische Eskomptebank zu einem erstklassigen großen Finanzinstitut, dessen bekannt vorsichtige und gewissenhafte Leitung das Vertrauen rechtfertigt, das ihm von seiner zahlreichen, verzweigten Klientel entgegengebracht wird. Infolge der seinerzeit stattgefundenen Transaktion des Tausches der Titres gegen Niederösterreichische Eskomptegesellschaftsaktien ist zwischen den beiden Banken eine Interessengemeinschaft entstanden, die bisher beste Früchte zeitigte. Der Kundenkreis der Bank hat sich sichtlich vergrößert, die Umsatziffern haben eine beträchtliche Erhöhung erfahren, und dementsprechend der Reingewinn. Die Dividende betrug seit der Interessengemeinschaft mit der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft stets 10 Prozent, und die Böhmische Eskomptebank ist neben der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft das einzige Institut in Europa, das während des Krieges die Dividende in gleicher Höhe wie in den Friedensjahren zur Ausschüttung brachte. Die Böhmische Eskomptebank steht in intimer Beziehung zur Großindustrie und ist unter anderem der Bankier der Prager Eisenindustriegesellschaft, der Skodawerke, der Oesterreichischen alpinen Montangesellschaft, der Poldihütte, der Königshofer Zementfabrik, der Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft, der Zettlitzer Kaolinwerke, der Prager Papierfabriken, der Ascher Tüll- und Spitzenfabrik, der Oesterreichischen Glashüttengesellschaft, der Vereinigten Maschinenfabriken-A.-G. vorm. Skoda, Ruston, Bromovsky & Ringhoffer. Der günstige Geschäftsgang dieser Unternehmungen hat der Bank ebenfalls Vorteile gebracht. Ebenso haben die Filialen und Exposituren der Böhmischen Eskomptebank zufriedenstellend gearbeitet. Zu den Resultaten, die die Bank bei den bisherigen Kriegsanleihen durch zielbewußt durchgeführte Agitation erreichte, deren ziffermäßige Höhe eingangs erwähnt ist, gesellt sich noch ein Ergebnis beim Umtausch der Kriegsanleihe von K. 65,000.000. Das Bankgebäude des Unternehmens in Prag wurde einem Umbau unterzogen und repräsentiert in seiner jetzigen Gestalt und vornehmen Ausstattung würdig den Rang des Instituts.

Böhmische Unionbank. Ueber das Ergebnis des Geschäftsjahres 1916 dieses Instituts haben wir bereits kürzlich einen ausführlichen Bericht veröffentlicht. Die Unionbank hat auch im verflossenen Jahre sehr befriedigende Resultate erzielt, die in der Verzinsung des Aktienkapitals von 13·02 Prozent sichtlich zum Ausdruck gelangen.

Die Živnostenská Banka, als führende Bank in Böhmen, hat auch dank einer geschäftskundigen, umsichtigen Tätigkeit im verflossenen Verwaltungsjahre mit einem günstigen Resultat abgeschlossen, wie aus dem letzten Rechenschaftsbericht hervorgeht. Dieser zeigt nach Abzug der Regiespesen und Steuern einen Reingewinn von K. 7,283.719 auf. Nach der statutarischen Dotierung der Reservefonds mit K. 344.899 zahlt das Institut heuer eine Dividende von 6½ Prozent. Die Bank beteiligte sich, wie aus den eingangs erwähnten Ziffern ersichtlich ist, erfolgreich an den fünf Emissionen der Kriegsanleihe, zu welchem Zwecke die Hauptanstalt sowie ihre Filialen eine rege, umfangreiche Propaganda zur Durchführung brachten.

Die Prager Kreditbank hat für den 14. d. eine Generalversammlung einberufen. Dieser wird vom Verwaltungsrat der Antrag unterbreitet werden, aus dem resultierenden Reingewinn, der mit dem Uebertrag aus dem Vorjahr K. 2,171.004 beträgt, eine Dividende von 7 Prozent, gegen 5½ Prozent im Vorjahre, pro Aktie K. 28.—, auszuzahlen und den Restbetrag auf neue Rechnung zu übertragen.

Böhmische Industrialbank. Der 19. ordentlichen Generalversammlung dieses Instituts, die am 22. März stattfand, wurde der Geschäftsbericht und die Bilanz für 1916 vorgelegt. Aus deren Ziffern geht hervor, daß sowohl die Bank selbst, ihre Filialen und Exposituren als auch die ihr nahestehenden Industrieunternehmungen das Geschäftsjahr mit gutem Erfolg abgeschlossen haben. Das Erträgnis des Jahres 1916 beziffert sich inklusive dem Reingewinnvortrag von 1915 auf K. 2,564.900 und gelangt demgemäß eine Dividende von 5 Prozent zur Verteilung. Der Effektenbesitz der Anstalt bestand aus 7·5 Millionen Kriegsanleihen und Renten, 0·9 Millionen Prioritäten, Hypothekar-Pfandbriefen, Kommunal-, Meliorations-, Eisenbahn- und sonstigen Schuldverschreibungen, 0·6 Millionen Losen, 3·8 Millionen Aktien von Verkehrs- und Industrieunternehmungen, 5·4 Millionen Aktien von Banken und Versicherungsanstalten, zusammen 18·2 Millionen Kronen, zuzüglich der Bankschuldverschreibungen eigener Emission per 2·4 Millionen, insgesamt 20·6 Millionen (+ 4 Millionen) Kronen. Der Gesamtumsatz erreichte 11.110 Millionen Kronen, hiervon entfallen auf das Effektenkommissionsgeschäft 462 Millionen. Der Eskompte von Wechseln und Devisen umfaßte 70·9 Millionen, gegen 147·2 Millionen Kronen, welcher Rückgang in dem allgemeinen Mangel an Eskomptebedarf seine Begründung findet. Der Werbetätigkeit für die im abgelaufenen Jahre emittierten Kriegsanleihen hat sich die Bank weiterhin mit Eifer gewidmet. Die bei ihr auf die österreichischen Kriegsanleihen bisher für eigene und fremde Rechnung gezeichneten Beträge belaufen sich auf 162 Millionen Kronen. Gemeinsam mit Geschäftsfreunden hat das Institut behufs günstiger Verwertung einer seinem eigenen Interesse naheliegenden größeren Holzverwertung die Ratosnyaer Waldindustrie-A.-G. ins Leben gerufen, und, wie vom Anfang her geplant, den diesbezüglichen Aktienbesitz inzwischen vorteilhaft abgestoßen. Die Mühlen-Aktiengesellschaft in Prag zahlte für das abgelaufene Geschäftsjahr 7 Prozent Dividende gegen 6 Prozent im Vorjahr, und ist gut beschäftigt. Die Montan-Aktiengesellschaft in Prag vermochte die inzwischen eingetretene Preisbesserung infolge des anhaltenden Mangels an Arbeitskräften und Waggons sowie auch zufolge der älteren billigen Abschlüsse nicht auszunützen.

Die Ceská Banka in Prag wurde im Jahre 1907 zur Unterstützung der böhmischen Industrie und des Handels mit der gleichzeitigen Absicht gegründet, den Schichten des Kleingewerbes und Handels Entwicklungsmöglichkeiten durch Erlangung größerer Betriebskapitalien zu bieten, die ihnen seitens größerer Bankinstitute weniger zur Disposition gestellt wurden. Das Aktienkapital, das in der Höhe von 2 Millionen Kronen aufgelegt worden war, wurde vollkommen gezeichnet und die Bank im Dezember des Jahres 1907 konstituiert. Sie begann ihre Tätigkeit am 1. Februar 1908. Ihre Unternehmungen waren gleich von Anfang an von Erfolg begleitet, und das Dispositionskapital vergrößerte sich in rascher Folge. Das Vertrauen, dessen sich die Bank besonders beim sparenden Publikum erfreute, führte dazu, daß der Stand der Einlagen, vornehmlich jener auf Einlagebücher, einen verhältnismäßig bedeutenden Umfang annahm. Um das eigene Kapital mit den ihr anvertrauten Einlagen in Uebereinstimmung zu bringen, beschloß die Bank, das Aktienkapital zu erhöhen, und dies geschah im Jahre 1908 auf 4 Millionen Kronen, im Jahre 1911 auf 8 Millionen Kronen, mit dem sie seitdem arbeitet. Diese erfolgreiche Tätigkeit wurde allerdings durch den Krieg in gewisser Hinsicht beeinträchtigt; trotzdem kann man aber nicht über eine Abnahme der Banktätigkeit klagen; im Gegenteil wahrte die Bank trotz schwieriger Umstände ihre vollkommene Rentabilität im selben Maße, wie dies auch bei anderen Geldinstituten der Fall ist. Die Bank beteiligte sich mit Erfolg an den Emissionen der fünf Kriegsanleihen und erzielte hierbei durch rege und umfangreiche Agitation tatsächlich bemerkenswerte Ergebnisse. Für ihre eigene Rechnung beteiligte sie sich ebenfalls an der Subskription der Kriegsanleihen und zeichnete auf diese fünf Kriegsanleihen K. 1,400.000, also einen verhältnismäßig ansehnlichen Betrag. Noch in der Zeit vor dem Kriege gelang es der Bank, in unmittelbarer Nachbarschaft ein ärarisches Objekt, das sogenannte Bergersche Haus, zu erwerben, das sie durch Ankauf eines Nachbarhauses passend ergänzte. Dieses Haus wurde noch vor dem Krieg eingerissen und das neue Palais bis unter das Dach ausgebaut. Ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich im Laufe des Krieges dem Baugewerbe entgegenstellten, ist heute das Palais der Bank vollkommen fertiggestellt und die Bank selbst mit ihren Amtslokalitäten in das neue Gebäude umgezogen. Sämtliche Kanzleien der Bank sind sehr zweckmäßig eingerichtet, und namentlich die Wechselstube und die Kassen verdienen das regste Interesse. Um den Verkehr zwischen den einzelnen Stockwerken zu beschleunigen, wurde ein Elevator errichtet, der ausschließlich für das Amtspersonal bestimmt ist. Im Souterrain des Hauses befinden sich die einbruchsicheren Panzergewölbe, wo neben den Tresoren der Bank die Parteiensafes untergebracht sind, die den neuesten und allen modernen Anforderungen entsprechenden Erfahrungen Genüge leisten, die im Laufe der Jahre bei verschiedenen Banken erworben wurden. Die Bank unterhält in der böhmischen Provinz drei Filialen und zwei Exposituren. Außerdem besitzt sie in Prag und Vororten neun Exposituren und ist bestrebt, ihre Organisation noch weiter auszubauen und zu vervollständigen.

Die Agrarni Banka Prag. Die damalige Lage der Landwirtschaft in Böhmen veranlaßte vor zirka sechs Jahren eine Reihe führender böhmischer Agrarier zur Gründung dieses Instituts, mit der Absicht, seinen Mitgliedern nach den Prinzipien der modernen Wirtschaftslehre alle Möglichkeiten der Selbsthilfe zu bieten und einen gemeinnützigen Zweck zu erfüllen. Zu diesem Behufe wurde in den Statuten ein umfangreicher Wirkungskreis vorgesehen, der folgende Agenden umfaßt: Den Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten in eigener oder auf fremde Rechnung, den Lombard auf landwirtschaftliche Produkte, die Belehnung von Buchforderungen, die Elozierung und Konvertierung von Hypotheken, die Bevorschussung von Wertpapieren und auch den bankmäßigen Personalkredit, alle Agenden des laufenden Bank- und Wechselstubengeschäftes, die Ausgabe von Bankschuldverschreibungen, die Kommassierung und Arrondierung von Gütern und Realitäten, den Kauf und Verkauf sowie die Vermietung von Realitäten, ferner deren Bewirtschaftung in eigener oder für fremde Rechnung, weiter den Betrieb einer Maschinenabteilung und einer Abteilung für Sämereienverkauf, dann die Begebung von Kommunaldarlehen, die Finanzierung öffentlicher Arbeiten, auch die Beteiligung an Industrieunternehmungen sowie überhaupt alle in das Bankfach einschlägigen Aktionen. Das Institut hat auf allen diesen Gebieten eine umfassende zielsichere Geschäftstätigkeit entwickelt und konnte schon kurze Zeit nach der Gründung günstige Resultate aufweisen. Diese haben sich naturgemäß mit der zunehmenden Wohlhabenheit ihrer agrarischen Klientel und der damit verbundenen Ausdehnung der Geschäfte noch weiter verbessert, so daß die Agrarni Banka im Jahre 1916 einen Kassaumsatz von K. 1.087,374.518 gegen K. 166,837.617 im Jahre 1915 und einen Totalumsatz von K. 3.827,410.241 gegen K. 673,573.165 im Jahre 1915 erzielte. Dieser Umsatz ergab einen Reingewinn von K. 508.110 gegen K. 253.372 im Jahre 1915, wobei noch hervorzuheben ist, daß die Regien trotz der höheren Umsätze und des damit verbundenen größeren Reingewinnes durch eine richtige kaufmännische Verwaltungsreform unverändert dieselben wie im Vorjahre blieben. Die erwähnte günstige Geschäftsentwicklung des Instituts brachte die Verwaltung zu dem Entschluß, der im März stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, ihr Kapital gleich um 2 Millionen zu erhöhen, und den Antrag einzubringen, die Erhöhung um weitere 4 Millionen auf K. 12.000.000 später vornehmen zu dürfen, was auch bewilligt wurde. Die Führung, der Geschäftsgang und die Gebarung des Unternehmens lassen diesem eine weitere günstige Prosperität voraussagen.

Zentralbank der böhmischen Sparkassen. Obzwar die Kriegsverhältnisse auch im verflossenen Jahre in erster Reihe für jene Banken besonders gewinnbringend waren, die auch das Warengeschäft forcieren konnten, was bei der Zentralbank der böhmischen Sparkassen laut Statuten ausgeschlossen ist, wird auch dieses Institut einen weiteren Erfolg aufweisen. Bedeutender steter Zufluß von Geldeinlagen, steigende Tendenz der Anlagewerte, Verbilligung der Geldmittel sind weitere Merkmale der Kriegskonjunktur, die durch die Verwaltung dieser Bank gehörig ausgenützt wurden, und einer geringeren Tätigkeit der Lemberger, Czernowitzer und Triester Filiale, die zeitweilig geschlossen werden mußten, stehen gesteigerte Ergebnisse der Zentrale und der Filialen Wien und Brünn gegenüber. Die Zusammenfassung der sonstigen Bilanzziffern zeigt, daß der Reingewinn pro 1916 die Ergebnisse der vorhergehenden Jahre 1914 und 1915 weit übertrifft.

Die Bodenbank in Prag befaßt sich außer mit Bankgeschäften auch mit Realitätentransaktionen und erzielte bisher auf dem einen wie auf dem anderen Gebiete, sowohl in der Hauptanstalt wie in den einzelnen Filialen, zufriedenstellende Resultate.

Die Bank für Brauindustrie in Prag hat programmgemäß ihre Tätigkeit in den Dienst der Brauindustrie und verwandter Industrie- und Gewerbegruppen gestellt. Infolge der durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen Lage hatte das Institut Gelegenheit, der Brauindustrie ersprießliche Dienste zu leisten. Zu diesen war es um so leichter befähigt, als seine Betätigung auf dem Gebiete des sonstigen Bankverkehrs, insbesondere der Warenabteilung, Versicherungsabteilung und Zuckerabteilung, ausgezeichnete Ergebnisse ergab, die in einer 5prozentigen Dividende zum Ausdruck gelangen. Die Bank für Brauindustrie, deren Bankokalitäten in Prag, Havlíčekplatz Nr. 25, untergebracht sind, nimmt auch Einlagen auf Einlagebüchel und Girokonti entgegen. Die Agenden des geschäftsführenden Direktors führt mit anerkennenswerter Umsicht Herr Josef Skarvan, dessen zielbewußter Leitung die Anstalt zum großen Teile ihre günstige Entwicklung zu verdanken hat.

Die Mährische Agrar- und Industriebank, Filiale Prag, hat ihre Tätigkeit im Jahre 1912 begonnen. In kurzer Zeit gewann sie Vertrauen, was ihre umfangreiche Klientel und sehr günstige Erfolge beweisen. Die Dividende wurde mit K. 24, das sind 6 Prozent, ausbezahlt. In der Kriegszeit, wo das Wechsel- und Kreditgeschäft bedeutend restringiert wurde, beschäftigte sich die Bank hauptsächlich mit Finanzierungen von Militär- und Approvisationslieferungen. Unter ihrer Mitwirkung wurde die Kartoffel-Ein- und Verkaufsgesellschaft in Prag, die Vieh handelsgesellschaft in Prag und die „Selecta", Gesellschaft für Samen- und Pflanzenzüchtung, G. m. b. H. Pischeli, gegründet. Außerdem hat diese Bank auch mehrere Bodentransaktionen abgeschlossen. Aus der Zuckerfabrik in Libuoves wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet, und sie steht zu der Bank in engsten Beziehungen. Auch bei den Zeichnungen der Kriegsanleihen hat sich die Bank bemüht, den besten Erfolg zu erzielen, und beträgt der Gesamtbetrag aller Zeichnungen, wie eingangs erwähnt, 128 Millionen Kronen.

Die „Bohemia" Aktienbank in Prag, die unter neuer fachkundiger Leitung alle Zweige des Bank- und Wechselstubengeschäftes, in der Warenabteilung den kommissionellen Verkauf von Waren des freien Marktes, in der technischen Abteilung den Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen kultiviert, weist in der letzten Periode eine aufsteigende günstige Entwicklung auf, die zur Hoffnung berechtigt, daß das Institut den in dasselbe gesetzten Voraussetzungen vollauf gerecht werden wird. Die „Bohemia"-Bank hat auch eine eigene Speditions- und Reiseabteilung. Die dem Verwaltungsrat kürzlich vorgelegte Bilanz für 1916 weist nach Abschreibungen an Wertpapieren und Forderungen per K. 286.065 einen Reingewinn von K. 151.246 aus.

Kreditvorschußanstalt (Záložní uvěrní ustav) in Königgrätz. Dieses Institut, das vor Kriegsbeginn ein Aktienkapital von 15 Millionen Kronen, einen Reservefonds von K. 2,800.000 und einen Einlagenstand von mehr als 42 Millionen Kronen auswies, war infolge der an verschiedenen industriellen Engagements erlittenen Verluste, die sich bei Kriegsausbruch erheblich vergrößerten, und infolge ihrer großen Immobilität gezwungen, einen Ausgleich anzustreben, der im Jahre 1915 mit Erfolg durchgeführt wurde. Die Anstalt, die jetzt über ein Aktienkapital von 4·8 Millionen Kronen verfügt, erzielte bereits im Jahre 1915 einen Reingewinn von K. 34.469. Das Bilanzjahr 1916 war wieder den normalen Bankgeschäften gewidmet und weist einen Reingewinn von K. 257.273 aus, der also einer 5prozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entspricht. Dieser Reingewinn wird auf Antrag des Verwaltungsrates den diversen Reservefonds zugewiesen. Es kann erfreulicherweise berichtet werden, daß die Reorganisation der Anstalt unter Leitung des aus Einlegerkreisen gebildeten Verwaltungsrates kräftig vorwärts schreitet und daß der Einlagestand im stetigen Wachsen begriffen ist, woraus geschlossen werden kann, daß nicht nur die der Anstalt nahestehenden Finanzinstitute, sondern auch weitere Einlegerkreise wieder der Anstalt ihr Vertrauen entgegenbringen. Von den industriellen Engagements erzielte die Lederfabrik A. & J. Nejedly in Kuklena so wie im Jahre 1915 auch im Jahre 1916 ungemein günstige Resultate und arbeitet auch im laufenden Jahre zufriedenstellend. Die Dobraner Kaolin- und Schamottewerke A.-G. weist im heurigen Jahre ein günstiges Resultat aus, obzwar sie nur in Kaolin und Schamotte voll beschäftigt war. Die Kriegskonjunkturen der verschiedenen Industrien, an denen die Anstalt engagiert ist, begünstigen fernere Resultate der Bank, die bei strengster Bewertung ihrer Aktiven ihre Mobilität bedeutend hob und sich daher vortrefflich stabilisierte und konsolidierte.

Vossische Zeitung 11. III. 1917 83

Djavid Beis Finanzprogramm.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Das jungtürkische Finanzgenie Djavid Bei, der vor kurzem zum zweiten Male das Finanzportefeuille endgültig übernommen hat, hielt in der dritten Sitzung der dritten Legislaturperiode der türkischen Deputiertenkammer eine Etatsrede von so großzügigen Gesichtspunkten, daß wir die Grundzüge seiner Gedankengänge im Interesse unserer finanziellen wie wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei hier festhalten möchten. Vorausgeschickt sei, daß Djavid Bei mit der herkömmlichen Geheimniskrämerei bezüglich der Finanzlage der Türkei gründlich gebrochen hat. Das mystische Halbdunkel, das durch die Abschaffung der Kapitulationen leichter zu lichten war, verschwindet vollständig, um Licht und Luft Platz zu machen. Mit kaum zu überbietender Offenheit und Rückhaltlosigkeit deckt Djavid Bei die Schäden des bisherigen türkischen Finanzsystems auf, um seinem aufstrebenden Volke auf Grund klarer Einsicht die wirtschaftlichen Ziele vor Augen zu führen, denen es zustreben muß, wenn anders das Staatsgebäude ungefährdet aus dem Kriege hervorgehen soll.

Schönfärberisches Vertuschen und einschmeichelndes Weihrauchwedeln sind Djavid Beis Sache nicht. Die Zahlen werden in seinem Munde lebendig. Er setzt nicht bloß die ganze Schuldenlast der jungen Türkei auseinander, sondern er zeigt auch die Komponenten auf, aus denen sie sich zusammensetzt. Unter großem Beifall des Hauses gibt Djavid Bei der Ueberzeugung Ausdruck, daß dieselbe türkische Nation, die sich seit sieben Jahren unausgesetzt tapfer geschlagen hat, es auch mit Würde ertragen wird, wenn man ihr die wirkliche Lage der türkischen Finanzen ohne das Feigenblatt der finanziellen Scham darbietet. Man weiß, daß Djavid Bei der Unterhändler war, der die türkische Finanzgebarung während des Krieges als außerordentlicher Bevollmächtigter, wenn auch nicht als abgestempelter Finanzminister geführt hat. Am 23 Oktober 1915, als die Türkei den Entschluß gefaßt hatte, an unserer Seite am Kriege teilzunehmen, waren die Kassen so gut wie leer, und nur ein Kredit von 1 212 000 türkischen Pfund bei der Ottomanischen Bank standen zur Verfügung. Djavid Bei hat die Finanzierung des türkischen Krieges durch seine Verhandlungen im Deutschen Reiche und in Oesterreich-Ungarn zuwege gebracht. Nicht weniger als 142 Millionen türkische Pfund betragen die Verpflichtungen gegenüber Deutschland, dazu tritt noch eine in Oesterreich-Ungarn aufzunehmende Anleihe mit 240 Millionen Kronen. Rechnet man alle Schulden zusammen, so ergeben sich in runden Ziffern 180 Millionen Kriegsschulden, 150 Millionen Gesamtschulden vor dem Kriege, im ganzen also eine öffentliche Schuld von 330 Millionen türk. Pfd., was bei einem durchschnittlichen Zinserfordernis von 6 pCt. eine jährliche Aufbringung von 20 Millionen türk. Pfd. zur Regelung des Zinsendienstes ausmachen würde.

Stellt man diesem jährlichen Zinserfordernis die türkischen Staatseinnahmen gegenüber, so beliefen die Einnahmen vor dem Kriege im ganzen 30 Millionen Pfd., während sie Djavid Bei für die nächsten Friedensjahre auf 26 bis 27 Millionen Pfd. schätzt. Wenn danach die Lage der türkischen Finanzen keine allzu rosige ist, so weist Djavid Bei mit Recht darauf hin, daß es in anderen kriegführenden Ländern nicht besser bestellt ist. Es ist für Djavid Bei, der seine Ausbildung in Frankreich genossen hat, bezeichnend, daß er auf das Beispiel Frankreichs hinweist, das seit Beginn des Krieges 15 Milliarden Fr. Papiergeld ausgegeben hat, ohne den Termin der Rückzahlung anzugeben.

Von hier aus findet Djavid Bei eine Angriffsfläche auf die türkische Papiergeldfurcht. Mit starken Tönen ereifert er sich über den unzulässigen Papiergeldwucher, der in der Türkei getrieben wird. Wenn in Konstantinopel selbst schon das türkische Pfund Gold zwei Pfund Papiergeld bedingt, was einem 100prozentigen Goldagio gleichkommt, so haben sich in der Provinz ganz unerhörte Zustände entwickelt, indem man in Aleppo und anderen Provinzstädten für ein türkisches Goldpfund 4 bis 5 Papierpfund zahlt, also ein Goldagio von nahezu 400 pCt. bewilligt. Diesen Ungeheuerlichkeiten tritt Djavid Bei mit den stärksten Akzenten entgegen, indem er seinen Landsleuten vor Augen führt, daß das gegenwärtige türkische Papiergeld hochwertig ist, weil es durch Gold gedeckt ist, das in der deutschen Reichsbank als Gegenwert deponiert ist. Diesem Geldwucher wolle Djavid Bei, wie er unter lebhafter Zustimmung der Kammer ausführte, mit den schärfsten Mitteln rückhaltlos entgegentreten.

Mit dem Mute einer gefestigten Ueberzeugung, die auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut ist, wagt es Djavid Bei, in ein Wespennest zu stechen. Es ist dies das traurige Kapitel der Kriegslieferanten, denen man in allen übrigen Ländern mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegengetreten ist. Djavid Bei ist ein zu genauer Kenner seines Landes, und als Professor der Volkswirtschaft, der er vor der jungtürkischen Revolution war, ein zu scharfer Beobachter der wirtschaftlichen Bedingungen der anderen Länder, als daß er die Strafbestimmungen, wie sie beispielsweise im Deutschen Reiche und zuletzt noch im großen Kranz-Prozeß in Wien zutage getreten sind, ohne weiteres auf die Türkei übertragen möchte. Djavid Bei ist in Saloniki geboren und kennt die levantinischen Handelsgebräuche und eingewurzelten Mißstände aus unmittelbarer Nähe. Er mutet daher seinen Landsleuten nicht zu, daß sie jetzt schon ordnungsmäßige Bücher führen, wie jeder Kaufmann in zivilisierten Staaten, um aus ihnen den Kriegsgewinn feststellen zu können. Deshalb scheint er auch geneigt, nach rückwärts gesehen, eine Art von Generalpardon zu erteilen, wenn nur die neue Handelsschicht, die sich jetzt in der Türkei gebildet hat, europäische Methoden einführen will und nach dem Muster vorgeschrittener Staaten einen entsprechenden Anteil ihrer Kriegsgewinne dem Vaterlande zur Verfügung stellt: „Gehst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!" droht Djavid Bei mit bezeichnender Gebärde. Er appelliert an das Staatsgewissen des jungen Reichtums und begründet an der Hand des Staatsdefizits die Notwendigkeit, die Kriegsgewinne noch mitten im Kriege für Staatszwecke zu erfassen.

Mit staatsmännischem Blick deckt Djavid Bei die Schäden auf, nicht um sein Volk zu schelten, sondern um es auf den Weg einer westlich orientierten Geschäftsgesinnung zu führen, die allein auf die Dauer Erfolg verheißt. Die levantinischen Methoden sollen den westeuropäischen nach und nach weichen. Dabei prägt Djavid Bei ein glückliches Wort über die Grenzen des wirtschaftlichen Nationalismus. Man habe ihm in Deutschland vielfach entgegengehalten, daß der türkische Chauvinismus eine endemische Krankheit zu werden drohe. „Ihr wollt alles selbst machen, erfinden, schaffen, Landwirtschaft, Handel, Industrie, Eisenbahnen, Kanäle usw. aus eigenen Kräften ausgestalten, ohne zu bedenken, daß dazu weder eure technische Vorbildung noch eure Kapitalkräfte ausreichen. Kurz, ihr seid Chauvinisten oder Ultranationalisten geworden." Diesem Vorwurf setzt nun Djavid Bei die Erwägung entgegen, daß die Jungtürken nur Nationalisten im guten, aber nicht im üblen Sinne des Wortes seien: „Natürlich erwarten wir von unseren eigenen Landsleuten, die zu Kenntnissen und Ansehen gelangt sind, eine intensive Mitarbeit an der Neugestaltung der jungen Türkei, aber wir sehen sehr wohl ein, daß wir der Fremden nicht entraten können. Seitdem wir mit Hilfe unserer Verbündeten die Kapitulationen abgeschafft haben, sind uns auch die Nichttürken weniger gefährlich in unserem nationalen Bestande wie unter dem alten Regime. Ohne die Mithilfe auswärtiger Kräfte werden wir weder unsere Landwirtschaft noch unsere Industrie ausbauen können, und ohne Heranziehung fremder Kapitalien wird die neue Türkei ihre Aufgabe unmöglich zu erfüllen in der Lage sein. Selbstverständlich werden unsere Verbündeten einen gewissen Vorrang im Wettbewerb gegenüber unseren heutigen Feinden in Anspruch nehmen können, aber die politischen Feinde von heute sind die wirtschaftlichen Freunde von übermorgen."

Auf die Konferenzen von Paris oder den „wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege" legt Djavid Bei nicht das geringste Gewicht. Der Wirtschaftsprozeß verläuft nach seinem eigenen Gesetz, nach Angebot und Nachfrage, und die Politik kann diesen Prozeß zeitweilig hemmen, aber nicht dauernd aufheben. Die Nationen werden nach wie vor miteinander Handel treiben, und je nach der geographischen Einstellung dort kaufen, wo sie am besten fahren, und dort verkaufen, wo sie am günstigsten abschneiden. Gegen dieses wirtschaftliche Grundgesetz, so führt der Nationalökonom Djavid Bei aus, kann sich auf die Dauer keine politische Maßregel auflehnen. Und so schließt denn das Finanzexposé Djavid Beis, aller Besorgnisse wegen der türkischen Finanzlage ungeachtet, mit zukunftsfreudiger Zuversicht. Die Naturgesetze der Weltwirtschaft, so schließt er seine volkswirtschaftliche Gedankenreihe, sind stärker als alle künstlichen menschlichen Hemmungen. Deshalb werden auch die Zentralmächte den Wirtschaftskampf überdauern. Man kann Bündnisverträge schließen, die politisch kurzlebig sind, aber man kann die geographische Lage der Völker nicht ändern, die man vielmehr als unumstößliche Gegebenheiten zu bewerten hat. Unsere Länder grenzen nun einmal aneinander, und wir werden daher durch Austausch unserer Güter nach wir vor unser Leben zu gestalten wissen. Voraussetzung aller dieser Einsichten aber ist Klarheit und Wahrheit. Nicht Zwielicht, sondern Sonnenhelle. Es bleibt ein großes Verdienst des Finanzpolitikers und Staatsmannes Djavid Bei, daß er durch seine Budgetrede, die er mir in vollem stenographischem Text zugeschickt hat, volles Licht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage der Türkei verbreitet hat.

Neue Freie Presse
15. IV. 1917

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Oesterreichische und deutsche Banken.

Die Rechnungsabschlüsse der österreichischen und der deutschen Banken liegen nun sämtlich vor; die Periode der Bilanzpublikationen, die dem Frühjahr das geschäftliche Gepräge gibt, ist beendigt, die kritische Betrachtung über die Entwicklung und Ertragsfähigkeit der Wirtschaft ruht jetzt auf fester ziffermäßiger Grundlage. Gesundheit oder Krankheitserscheinungen des ökonomischen Lebens, Blüte oder Abwelken der Industrie, die Entfaltung oder die bedenklichen Auswüchse des Handels müssen auch in den Ergebnissen der Banken ihren Niederschlag finden. Wer sich ein selbständiges Urteil über Aufstieg und Niedergang, über die Tragfähigkeit und Widerstandskraft der Wirtschaft bilden will, der wird in erster Reihe die Bilanzen der Banken vergleichend prüfen müssen. Die Monarchie bildet mit dem mächtigeren verbündeten Deutschland im Kriege weit mehr wie im Frieden eine festgefügte Wirtschaftsgemeinschaft. Die Gebarung der Banken, die Benützung und der Ertrag des Bankkapitals trägt in beiden Reichen im großen Durchschnitt die gleichen Züge, obwohl nicht unwesentliche Verschiedenheiten auf manchen Gebieten deutlich hervortreten. In Oesterreich und in Deutschland gipfelt die finanzielle Organisation in je sieben Großbanken. Eine abschließende Gegenüberstellung müßte alle diese vierzehn Institute zusammenfassend vorführen; da aber das Bild der Entwicklung namentlich jetzt im Kriege sich bei den Banken in den nämlichen Hauptrichtungen bewegt, wird Uebereinstimmung und Unterschied schon in der Vergleichung der zwei größten unter den Finanzriesen deutlich sichtbar. Die Oesterreichische Creditanstalt und die Deutsche Bank haben ihre Bilanzen am spätesten bekanntgegeben, nachdem die Ziffern der anderen Großbanken bereits fast sämtlich vorlagen; mehr als die übrigen Veröffentlichungen sind die Abschlüsse dieser beiden Institute für das entfaltete Finanzgeschäft charakteristisch, wie es sich im Kriege auf der breitesten Basis darstellt. Die Creditanstalt ist nächst der Eskomptegesellschaft die älteste der Wiener Banken, hat in einer Zeitdauer von mehr als sechzig Jahren ihr Geschäft am weitesten ausgebaut, das größte eigene Kapital und die stärksten Reserven angesammelt, die umfangreichsten fremden Mittel an sich gezogen. Andere Institute sind ihr wiederholt hart an den Leib gerückt, in der Dividendenentwicklung sind ihr zwei andere Banken vorangeeilt; an Ausdehnung der Tätigkeit auf die verschiedensten Zweige der Industrie und des Handels, in den geschäftlichen Verbindungen und dem Zuflusse fremder Gelder steht sie aber unbestritten an der Spitze und der Abstand ist im Kriege erhalten geblieben. Die Deutsche Bank ist viel jüngeren Datums, nur so alt wie das Deutsche Reich, und ihre gewaltige Entfaltung geht knapp auf ein Vierteljahrhundert zurück; dennoch hat sie jetzt in Deutschland, was das kommerzielle Geschäft anlangt, unbestritten die Führung, und eine Vergleichung ergibt, obwohl kraft der alten Gruppenverbindung der Creditanstalt die Diskontogesellschaft näher steht, doch in mannigfachen Richtungen interessante Anhaltspunkte.

Für die gesamte Spannweite der geschäftlichen Tätigkeit ist bei einer Bank die Bilanzsumme das sichtbarste Kennzeichen. Bei der Creditanstalt beträgt diese Schlußziffer der Bilanz 2·18 Milliarden Kronen, bei der Deutschen Bank rund 4 Milliarden Mark, demnach das Zweifache. Dieses Verhältnis ist für das österreichische Institut nicht ungünstig; in der industriellen Produktion, in der Kohlenförderung, im Handel und Eisenbahnverkehr, in manchen anderen Belangen umfaßt die deutsche Wirtschaft das Dreifache oder Vierfache der österreichischen, die Banktätigkeit hat sich somit bei uns in der letzten Zeit relativ rasch entwickelt, die Banken werden in der ausgiebigsten Weise in Anspruch genommen. Der Wurzelstock des Geschäftes ist der mächtige Zufluß fremder Gelder. Die Creditanstalt verwaltete am Jahresschlusse an Kontokorrentkreditoren und Spareinlagen 1858 Millionen, die Vermehrung des letzten Jahres betrug 520 Millionen Kronen oder fast 40 Prozent; die Gläubiger in laufender Rechnung betrugen bei der Deutschen Bank 3503 Millionen Mark, um 961 Millionen Mark oder 37 Prozent mehr als im Vorjahre. Die Kreditorensumme ist bei der Deutschen Bank etwas mehr als doppelt so groß wie bei der Creditanstalt. Bei allen sieben Wiener Großbanken sind während des Jahres 1916 an Einlagen auf Sparbuch, Kassenschein oder in laufender Rechnung nahezu drei Milliarden Kronen zugewachsen; bei den deutschen Großbanken beträgt die Vermehrung nicht ganz vier Milliarden Mark, und auch hier ist der Zufluß bei uns relativ rascher, was allerdings seine Ursache darin hat, daß sich die deutsche Wirtschaft bereits in einem mehr vorgeschrittenen Zustand befindet und den nämlichen Entwicklungsprozeß schon früher durchgemacht hat. In den Anlagen sind die Verschiebungen in Oesterreich sinnfälliger als in Deutschland. Das Wechselportefeuille der Wiener Institute ist rapid zusammengeschmolzen und umfaßt bei der Creditanstalt kaum viel mehr als die Hälfte des früheren Hochstandes. Die Deutsche Bank zeigt in der letzten Bilanz eine Vermehrung des Portefeuilles um 642 Millionen und eine Höchstziffer von 1661 Millionen Mark; allerdings erfolgte die Steigerung wohl nur zum geringen Teile durch kaufmännische Kreditgewährungen, überwiegend durch Diskontierung von Schatzwechseln, da die Geldbeschaffung für den Staat in Deutschland während der Zwischenräume der Kriegsanleihen die Form des Wechselkredits, bei uns überwiegend die Gestalt nicht wechselmäßig bedeckter Vorschüsse wählt. Eine der interessantesten Posten in der Bilanz der Deutschen Bank sind Vorschüsse auf Güterverschiffungen und Waren mit 207 Millionen Mark, die nach dem Rückschlage der ersten Kriegsjahre wieder um 45 Millionen Mark gestiegen sind, aber doch erst einen Teil des früheren Umfanges umfassen. Trotz der Absperrung vom Weltmeere hat der deutsche Handel durch Ausnützung der offen gebliebenen Ostsee und der Verbindungen mit neutralen Ländern eine stärkere Tätigkeit entfaltet und hiefür den Kredit in Anspruch genommen. In Oesterreich ist der Seeverkehr ganz lahmgelegt, eine Bevorschussung für Verschiffungen kommt gar nicht in Frage; das Geschäft der Warenabteilungen einzelner Banken hat berechtigten Anlaß zur Kritik gegeben; die meisten Institute haben den eigenen Warenhandel seit einiger Zeit aufgegeben, die Bevorschussungen für Private wurden wesentlich begrenzt und die Kreditvermittlung überwiegend auf die großen Zentralen der öffentlichen Lebensmittelversorgung eingeschränkt.

Die Gewinne aus dem Bankgeschäft fließen in Oesterreich reichlicher als in Deutschland, die Dividenden der Banken sind durchschnittlich höher. Zwar beträgt die Dividende der Deutschen Bank 12½, jene der Creditanstalt nur 11¼ Prozent, die übrigen Großbanken des Berliner Platzes halten sich aber im Durchschnitt auf einem niedrigeren Stande als die Wiener Institute. Die Zinseneinnahmen der Creditanstalt sind gegenüber dem Vorjahre nach Abschlag der Zinsen des neuen eigenen Kapitals wie bei der Deutschen Bank um rund 18 Prozent als Folge des Zuflusses der Einlagsgelder gewachsen; sie betragen bei dem Wiener Institut 1·5, bei der Deutschen Bank 1·4 Prozent der Bilanzsumme. Die Provisionen der Deutschen Bank sind dagegen dreimal so groß wie jene der Creditanstalt; sie erreichen bei dem Wiener Institut ein Halbes vom Tausend, bei der Deutschen Bank ein Fünftel vom Tausend der getätigten Umsätze. Wesentlich günstiger sind die deutschen Finanzinstitute hinsichtlich der Lasten daran. Die Steuern erforderten bei der Deutschen Bank nur 5·2 Millionen Mark oder 13 Prozent des Reingewinnes, während die Creditanstalt 8·9 Millionen Kronen oder 35 Prozent des Reingewinnes an den Staat und die umlageberechtigten Körperschaften abzuführen hatte. Dagegen ist der Verwaltungsapparat in Deutschland teurer als in Oesterreich; Gehalte und Spesen zehrten bei der Deutschen Bank 38 Prozent, bei der Creditanstalt 28 Prozent des Bruttogewinnes auf. Die Umsätze beliefen sich bei der Deutschen Bank im letzten Jahre auf 129 Milliarden Mark, bei der Creditanstalt auf 19 Milliarden Kronen. Obwohl die Grundlage der Gegenüberstellung nicht gleichartig sein dürfte, die Creditanstalt den Verkehr mit den Filialen nicht einbezieht, die Deutsche Bank aber diese interne Kassengebarung gleichfalls unter den Umsätzen bucht, so zeigen doch diese beiden Ziffern, daß die Banktätigkeit in Deutschland einen wesentlich größeren Umfang als bei uns hat und daß die Gewinne in noch stärkerem Maße als in Oesterreich aus einem ins Riesenhafte gewachsenen Massengeschäft fließen.

Eine solche Geschäftsausdehnung im Kriege, die rapide Verbreiterung der Grundlage ist bei den Banken weder in Oesterreich noch in Deutschland das Ergebnis ausgreifender zielbewußter Tätigkeit. Die Einlagen von drei Milliarden Kronen in Oesterreich, von fünf Milliarden Mark in Deutschland, sind ihnen wie ein Geschenk des Himmels in den Schoß gefallen, weil die verwendungslosen Gelder keinen anderen Abfluß hatten als zu den Sammelbecken der Finanzinstitute und Sparkassen. Die Banken haben nichts getan, um diese Bewegung zu fördern, sie haben vielmehr abgewehrt, den Einlagenzinsfuß herabgesetzt in dem Bestreben, freie Gelder in möglichst großen Mengen den Anlagen in den Kriegsanleihen zuzuführen. Bei den meisten Finanzinstituten nähert sich die Summe der Einlagen bereits der zulässigen Höchstgrenze oder hat diese überschritten. Die Aufsichtsbehörde ist aber der Ansicht, daß der Zustand ein vorübergehender ist, daß im Frieden eine rasche Abschöpfung erfolgen wird, sie lehnt deshalb eine statutarische Erweiterung des Anleihenkontingents ab, beobachtet aber für die jetzige Sachlage eine stillschweigende Duldung. Die großen Einlagen, der Zufluß von drei oder vier Milliarden seit dem Kriegsausbruche trotz der Placierung der Kriegsanleihen ist der Niederschlag der reichen Kriegsgewinne. Die Gelder werden mit einer dreiprozentigen Verzinsung bei den Banken belassen, weil die Besitzer sich dessen bewußt sind, daß sie sehr bedeutende Summen in naher Zeit wieder brauchen werden. Von den Milliarden wird der Staat große Teile als Steuern aller Art für sich in Anspruch nehmen, die Industrie wird ihre Gelder nach den Frieden zur Wiederaufnahme ihrer jetzt sehr verringerten Tätigkeit, für die Auffüllung der Vorräte, für die Ergänzung und den Aufbau der Anlagen benötigen. So zeigen die Bilanzen der Banken das Bild des Provisorischen und des Uebergangszustandes der Entwicklung während des Krieges; ihr normales endgültiges Gepräge wird die Geldwirtschaft und Banktätigkeit erst nach einigen Jahren der aufgenommenen friedlichen Arbeit wieder erlangen.

Neues Wiener Tagbl

15./IV. 1917 I 44

Anglo-österreichische Bank.

Bilanz pro 1916.

Als letzte unter den Wiener Großbanken veröffentlicht die Anglobank den Rechnungsabschluß für das abgelaufene Jahr. Die gestern in einer Sitzung des Generalrates festgestellte Bilanz pro 1916 schließt mit einem Reingewinn von 16,605,527 K., welcher um 2·84 Millionen Kronen höher als der vorjährige ist. Die Dividende, die schon im Vorjahre um eine Krone über die letzte Friedensdividende hinausgegangen war, wird um weitere 3 K., von 21 K. auf 24 K. pro Aktie erhöht. Dabei ist die im ersten Kriegsjahre geschaffene Kriegsverlustreserve von 5 Millionen Kronen unverändert belassen worden; ferner werden aus den Jahreserträgnissen für Dotierungen des Reservefonds 3 Millionen Kronen verwendet, dem Pensionsfonds 1·27 Millionen Kronen zugeführt und der Gewinnvortrag um 0·12 Millionen Kronen vermehrt. Die auf Grund der im letzten Herbst durchgeführten Kapitalserhöhung ausgegebenen neuen Aktien partizipieren an dem Erträgnis seit 1. Juli 1916, demnach mit halber Dividendenberechtigung. Die Ergebnisse der Londoner Filiale sind wegen mangelnder Nachrichten aus England wie in den Vorjahren in der Hauptbilanz nur insofern berücksichtigt, als in derselben bloß die aus den Büchern der hiesigen Zentrale sich ergebenden Saldi der Londoner Niederlassung, und zwar ohne Anlastung von Zinsen, enthalten sind. — Seitens der Leitung der Anglobank geht uns über die gestrige Sitzung des Generalrates die nachstehende Mitteilung zu:

„In der heutigen Sitzung des Generalrates der Anglo-österreichischen Bank wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 1916 vorgelegt und genehmigt. Die Abschlußziffern der Londoner Niederlassung waren — wie in den Vorjahren — nicht zu erlangen. Demgemäß enthält auch der diesjährige Rechnungsabschluß nur die sich aus den Büchern der Zentrale ergebenden Saldi der Londoner Niederlassung. Von der Summe der Erträgnisse per 36,976,825 K. verbleiben nach Ausscheidung des Gewinnvortrages von 1,995,065 K. als Bruttoertrag des Jahres 1916 34,981,759 K., das ist um 8,124,698 K. mehr als im Vorjahre. Nach Abzug der Lasten und Spesen, in denen Spenden für Kriegsfürsorgezwecke im Betrage von rund 638,000 K. enthalten sind, ergibt sich für 1916 ein Reinertrag von 16,605,527 K. (gegen das Vorjahr 2,840,192 K. mehr) und nach Hinzuziehung des Gewinnvortrages ein verfügbarer Reingewinn von 18,600,592 K., das ist gegen das Vorjahr ein Plus von 3,578,987 K.

Der Generalrat wird in der für den 3. Mai einberufenen Generalversammlung beantragen, eine Dividende von 10 Prozent, das ist auf jede Aktie mit voller Dividendenberechtigung 24 K. (gegen 21 K. im Vorjahre) und auf jede Aktie mit halber Dividendenberechtigung pro 1916 12 K. zur Verteilung zu bringen, dem ordentlichen Reservefonds 1,000,000 K. (wie im Vorjahre), dem außerordentlichen Reservefonds 2,000,000 K. (wie im Vorjahre) zuzuweisen, dem Pensionsfonds der Angestellten außer der statutenmäßigen Beitragsleistung von 270,931 K. noch 1,000,000 K. (gegen 400,000 K. im Vorjahre) tantiemefrei zu widmen und den nach Abzug der statutenmäßigen Tantiemen verfügbaren Rest von 2,115,032 K. (das ist 119,966 K. mehr als im Vorjahre) auf neue Rechnung vorzutragen. Die aus dem Ertrage des Jahres 1916 vorgenommenen Zuwendungen an die Reservefonds und an den Gewinnvortrag belaufen sich zusammen auf 3.119,966 K."

Das Gewinn- und Verlustkonto enthält folgende Posten:

Erträgnisse.	1916	gegen 1915 Kronen
Zinsen	21,711,274	+ 4,947,961
Gewinn an Effekten u. Valut.	4,727,765	+ 3,075,415
Provisionen u. div. Gewinne	8,541,892	+ 101,224
Verfall. Dividende pro 1910	828	+ 97
Summe der Erträgnisse	34,981,759	+ 8,124,698
Gewinnvortrag	1,995,065	+ 738,794
zusammen	36,976,825	+ 8,863,493
Lasten		
Gehalte	7,409,681	+ 1,239,511
Spesen	4,053,283	+ 846,127
Steuern und Gebühren	5,933,535	+ 2,966,498
Statutenmäßiger Beitrag zum Pensionsfonds	270,931	+ 44,115
Verluste an Forderungen	121,224	— 258,695
Abschreibungen v. Inventar	587,575	+ 446,949
Gewinn per Saldo	18,600,592	+ 3.578,987
zusammen	36,976,825	+ 8,863,493

Das Gesamterträgnis beziffert sich mit 36,976,825 K.; nach Ausscheidung des Gewinnvortrages verbleibt ein Bruttogewinn von 34,981,759 K. und nach Abzug der Lasten (welche 638,280 K. Spenden für Kriegsfürsorgezwecke und 691,349 K. Kriegsaushilfen für die Angestellten des Instituts sowie für die volle Abschreibung des Inventars 587,575 K. enthalten) verbleibt ein Reinertrag von 16,605,527 K., das ist 2,840,192 Kronen mehr als im Vorjahre. Nach Einrechnung des Gewinnvortrages von 1,995,065 K. stehen somit 18,600,592 K. zur Verfügung der Generalversammlung, das ist um 3,578,987 K. mehr als pro 1915. Hiebei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Anglobank im zweiten Halbjahr die Kapitalvermehrung durchgeführt hat, aus welcher ihr an Kapital 30 Millionen und an Aufgeld 18 Millionen zugeflossen sind. Der Reinertrag ohne Gewinnvortrag entspricht, auf das durchschnittliche Aktienkapital gerechnet, einer Nettoverzinsung von 14·44 Prozent (gegen 13·76 Prozent im Vorjahre). Als Dividende werden für jede Aktie mit voller Dividendenberechtigung 24 K. (gegen 21 K. im Vorjahre) und für jede Aktie mit halber Dividendenberechtigung pro 1916 12 K. in Vorschlag gebracht. Dem Pensionsfonds der Angestellten wird außer der statutenmäßigen Beitragsleistung von 270,931 K. eine weitere Dotation von 1,000,000 K. (gegen 400,000 K. im Vorjahre) aus dem Reingewinn tantiemenfrei zugewendet, insgesamt somit 1,270,931 K. Dem ordentlichen Reservefonds wird statt der statutarisch vorgeschriebenen 5prozentigen Dotation von 542,776 K. der Betrag von 1,000,000 zugeführt, überdies dem außerordentlichen Reservefonds zur freien Verfügung der Generalversammlung 2,000,000 K. Der Gewinnvortrag wird um 119,966 K. auf 2,115,032 K. erhöht. Im Falle der Annahme dieser Vorschläge werden die ausgewiesenen Reserven einschließlich des Gewinnvortrages den Betrag von 61,529,470 K. gleich 47·33 Prozent des Aktienkapitals oder rund K. 113.60 pro Aktie erreichen. Der Gewinnvortrag von 2,115,032 K. entspricht rund K. 3.90 pro Aktie. Die ausgewiesenen eigenen Mittel der Anstalt stellen sich inklusive der Kriegsverlustreserve auf 191,529,550 K.

Die größte Steigerung unter den Erträgnissen weisen die Zinsen um 4,947.961 K. auf per 21,711,274 K. aus. Hievon entfallen auf die Kapitalsvermehrung rund 1½ Millionen Kronen, während das restliche Plus, wie bei allen Banken, im wesentlichen auf den erhöhten Zufluß fremder Gelder sowie auf größere Eingänge aus Effektenzinsen zurückzuführen ist. Der Gewinn an Wechselzinsen ist infolge geringerer Umsätze erheblich zurückgegangen. Der Gewinn an Effekten und Valuten beträgt 4,727,765 K. und zeigt gegen das Vorjahr eine Steigerung von 3,075,415 K. Während die Gewinne an Effekten infolge Abverkaufes älterer Effektenbestände und vermehrten Umsatzes in Staatswerten eine namhafte Steigerung ausweisen, hat das Devisengeschäft infolge Konzentrierung derselben bei der Devisenzentrale an Umfang und Ertrag eine weitere Schmälerung erfahren. Für die Bewertung der eigenen Bestände an Effekten, Devisen und Valuten blieb die im Vorjahre gewählte vorsichtige Grundlage maßgebend. Danach stehen die Effekten zum Anschaffungspreise zu Buche, so daß in dieser Post eine ansehnliche latente Reserve enthalten ist. Auch die Devisenbestände, die allerdings wenig umfangreich sind, repräsentieren, da sie zu den Kursen vom 25. Juli 1914 eingestellt sind, eine nicht in Rechnung gezogene Rücklage.

Die Provisionen und diversen Gewinne per 8,541,892 K. zeigen eine Steigerung von 101,224 K. Die Provisionseingänge sind gegenüber dem Vorjahre gestiegen, während die in dieser Post verrechneten diversen Gewinne, unter welchen die

Neues Wiener Tagblatt

15./IV. 1917 II

45

Anglo-österreichische Bank.

Erträgnisse der Warenabteilungen erscheinen, zurückgegangen sind. Die Geschäfte der Warenabteilung sind für die Anglobank von ganz untergeordneter Bedeutung und liefern kaum 3 Prozent des Bruttogewinnes. Die Lasten per 18,376,232 K. beanspruchten zirka 52½ Prozent der Bruttoerträgnisse. Die Gehalte sind um 1,239,511 K. auf 7,409,681 K. und die Spesen um 846,127 K. auf 4,053,283 K. gestiegen.

Die Steuern und Gebühren von 5,933,535 K. erforderten um 2,966,498 K. mehr. Diese Erhöhung entfällt in der Hauptsache auf die Erwerbsteuer samt Kriegssteuern sowie auf die Vorsorge für die Versteuerung der Kriegsverlustreserve. Die Verluste an Forderungen per 131,224 K. haben um 258,695 K. abgenommen.

Die Mehrabschreibung vom Inventar um 446,949 K. erklärt sich daraus, daß das gesamte Inventar abgeschrieben wurde.

Die Hauptbilanz zeigt gegen das Vorjahr die nachstehenden Veränderungen:

Aktiva.	1916	gegen 1915 Kronen
Barbestände	53,381,707	— 298,126
Portefeuille	100,913,176	— 43,222,084
Effekten	80,817,941	+ 16,890,758
Vorschüsse auf Effekten	31,809,922	+ 13,852,089
Realitäten	4,201,125	— 28,704
Inventar	1	— 378,380
Lagerhäuser	169.971	— 4,344
Syndikatseinzahlungen und Geschäftseinlagen	30,704,317	+ 2,001,037
Debitoren	1009,339,402	+ 375,099,383
Totale	1311,337,564	+ 363,911,578

Passiva.	1916	gegen 1915 Kronen
Aktienkapital	130,000,080	+ 30,000,000
Reservefonds	51,414,438	+ 21,205,509
Kriegsverlustreserve	5,000,000	—
Kassenscheine u. Geldeinlagen	187,857,775	+ 77,325,239
Akzepte und Anweisungen	12,041,309	— 14,905,657
Nicht behobene Dividenden	400,604	+ 225,961
Kreditoren	906,022,764	+ 246,481,539
Gewinn inkl. Vortrag	18,600,592	+ 3,578,987
Totale	1311,337,564	+ 363,911.578

Die Steigerung der Bilanzsumme um 364 Millionen auf 1311 Millionen Kronen findet ihre Erklärung in der Kapitalserhöhung, den Dotationen der Reserven und den Zuflüssen fremder Gelder. Die Barbestände per 53·3 Millionen Kronen zeigen gegenüber dem Vorjahre keine nennenswerte Veränderung. Das Portefeuille ist bei einem Stand von 100·9 Millionen Kronen um 43·2 Millionen Kronen gegen das Vorjahr niedriger, was mit dem bekannten Mangel an Warenwechseln zusammenhängt. Die eigenen Effekten weisen eine Erhöhung um 16·9 Millionen Kronen auf 80·8 Millionen Kronen aus. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die Beteiligung der Bank an den österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen zurückzuführen. Der Effektenstand setzt sich zusammen aus: 67·6 Millionen Kronen festverzinslichen Werten, 1·5 Millionen Kronen Aktien von Banken, 11·2 Millionen Kronen Aktien von Industrie- und Transportunternehmungen, 0·5 Millionen Kronen ausländischen Wertpapieren. Die Vorschüsse auf Effekten per 31·8 Millionen Kronen sind um 13·8 Millionen Kronen gestiegen. Während die laufenden Reports eine Abnahme verzeichnen, erscheint als stärkerer Zuwachs in dieser Post die Belehnung von Kriegsanleihen gegen die von der Anglo-österreichischen Bank eingeführten Stundungsscheine verrechnet. Um die Zeichnung auch der kleinsten Beträge in breiten Schichten zu erleichtern, hat die Anglo-österreichische Bank Stundungsscheine ausgegeben, von welchen zum Jahresschlusse noch rund 200,000 im Umlaufe waren. Das Realitätenkonto weist durch die regulären Abschreibungen eine Abnahme von 28,704 K. aus. Das Inventar steht mit 1 K. zu Buch.

Die Syndikatseinzahlungen und Geschäftseinlagen sind um 2 Millionen Kronen gestiegen. Neue Beteiligungen entstanden unter anderm an den Syndikaten für: deutsche Erdölaktien; Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-A. G.; ungarische Erdgasaktien; ungarische Munitionsfabriksaktien sowie an Geschäftseinlagen bei: Universale, Baugesellschaft m. b. H., Wien, und Zentral-Landesbaugesellschaft m. b. H., Lemberg.

Die Debitoren weisen bei einem Stand von 1009·3 Millionen Kronen eine Zunahme von 375 Millionen Kronen aus. Während die Saldi der kaufmännischen Debitoren infolge der in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten Rückzahlungen abgenommen haben, sind hauptsächlich Debitoren gegen Kriegsanleihe und auch Forderungen an wirtschaftliche Kriegsverbände hinzugekommen.

Auf der Passivseite weisen die Kassenscheine und Geldeinlagen eine Steigerung um 77·3 Millionen Kronen auf 187·8 Millionen Kronen aus. Die in Zirkulation befindlichen Akzepte und Anweisungen beliefen sich auf 12 Millionen Kronen und sind um 14·9 Millionen Kronen niedriger.

Die Kreditoren erreichen die Summe von 906 Millionen Kronen und sind um 246·4 Millionen Kronen höher. Die Summe der bei der Anglo-österreichischen Bank für fremde und für eigene Rechnung gezeichneten fünf österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen beläuft sich auf 2113 Millionen Kronen, wovon 1829 Millionen auf die österreichischen Kriegsanleihen entfallen, das sind 10·1 Prozent von der Gesamtzeichnung aller österreichischen Kriegsanleihen.

Von den Syndikaten, an denen die Bank beteiligt war, wurden unter anderm die Konsortien für 4½prozentige Galizische Landesgoldanleihe, 5½prozentige Wiener Kassenscheine 1916, 5½prozentige k. u. Staatskassenscheine vom Jahre 1915, 5½prozentige k. u. Staatskassenscheine vom Jahre 1916, 5prozentige k. u. Mark-Staatskassenscheine vom Jahre 1916 mit Nutzen aufgelöst, dessen Verrechnung vorbehalten bleibt. Von den Unternehmungen, die in den Interessenkreis der Anglobank fallen, zahlte die Oesterreichische Hypothekenbank eine Dividende von 6 Prozent wie im Vorjahre. Die Oesterreichische Immobiliarbank wird mindestens ihre vorjährige Dividende von 5 Prozent beibehalten. Die Bodenkreditbank in Budapest wird eine höhere Dividende als im Vorjahre zur Auszahlung bringen. Die Siebenbürgisch-ungarische Hypothekenbank in Kolozsvar brachte wieder eine 5½prozentige Dividende zur Auszahlung. Die Pozsonyer Bank zahlte wie im Vorjahre 5 Prozent Dividende. Die Soproner Sparkasse verteilte 9.6 Prozent Dividende gegen 7 Prozent im Vorjahr. Der Geschäftsgang bei der Ersten Oesterreichischen Allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft war im abgelaufenen Jahre ein befriedigender, und es dürfte eine mäßige Erhöhung der vorjährigen Dividende Platz greifen. Die Anglo-ungarische Zuckerindustrie-A. G. Cservenka wird den Verlustvortrag weiter herabmindern können. Die „Atlantica" Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft hat in dem beschränkten Schiffahrtsbetriebe die 5prozentige Dividende auf das erhöhte Kapital verdient und widmete sich im übrigen der Einrichtung einer Flußschiffahrt auf der Donau und der Errichtung einer Werfte bei Budapest für die Erbauung von See- und Flußfahrzeugen. Die Holzindustrie-A. G. „Bucovina" kann wegen der außerordentlichen Verhältnisse nicht bilanzieren. Die Deutsch-böhmische Kohlen- und Brikettwerke-A. G. dürfte eine erhöhte Dividende zahlen. Die „Emilia" Dampfmühle-A. G. in Großwardein verteilt nach angemessenen Abschreibungen 5 Prozent.

Die Enzesfelder Munitions- und Metallwerke-A. G. hat in ihren wesentlich vergrößerten Anlagen einen erhöhten Umsatz und dementsprechend größeren Gewinn erzielt. Die Oesterreichische Export-A. G. vorm. A. Janowitzer wird ihre Situation erst nach dem Kriege klarstellen können, bis sie mit ihren ausländischen Niederlassungen Fühlung erhalten wird. In der Oesterreichischen Fiat-Werke-A. G. hat der Umsatz stets die volle Leistungsfähigkeit der auch jetzt noch in Ausgestaltung befindlichen Anlagen erfaßt. Außerdem haben die Ungarischen Fiat-Werke in Budapest den Betrieb in bescheidenem Maße aufnehmen können. Die Gesellschaft verteilt nach angemessenen Abschreibungen 12 Prozent Dividende. Die Gerhardus u. Söhne A. G., deren Handelsartikel sukzessive in den Wirkungskreis der Zentralen übergegangen ist, hat vornehmlich infolge günstigen Ergebnisses ihrer Industrie zufriedenstellend gearbeitet.

Die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallfabrik vorm. Keller u. Comp. war in beiden Fabriken voll beschäftigt, zum Teile auch für die Armeen unsrer Verbündeten. Die u. Comp. A. G. dürfte für das Geschäftsjahr 1916/17 die gleiche Dividende wie im Vorjahre beibehalten. Die Metallwarenfabriks-A. G. vorm. Louis Müllers Sohn Fritz Müller hat befriedigend gearbeitet, wird jedoch wegen stark erhöhter Betriebskosten die vorjährige Dividende von 25 Prozent keinesfalls erreichen und wahrscheinlich nur 10 Prozent zahlen. Bei der Nordböhmischen Schokoladefabrik Josef Manner Kohlenwerksgesellschaft in Brüx dürfte die Dividende pro 1916 die des Vorjahres überschreiten. Die Fr. Odkolek A. G., Dampfmühle und Brotfabrik in Prag, wird wegen Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung ihre vorjährige Dividende von 12½ Prozent auf 10 Prozent herabsetzen. Der Oesterreichische Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aussig hat seine Betriebe durch Beteiligung an Kohlenfeldern erweitert und erhöht die vorjährige Dividende von 14 Prozent auf 20 Prozent. Die Teigwarenfabrik Pastificio Triestino Societa per Azioni hat befriedigend gearbeitet. Die Lederwerke Blunder u. Vollak A. G.

Volkswirtschaft.

Die finanzielle Krise in Rußland.

Budapest, 16. April.

Nicht weniger ernst als die Verkehrs- und Lebensmittelkrise in Rußland, die den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch der Revolution gab, ist die russische Finanzkrise. Auch sie wurzelt in der mangelhaften Wirtschaftsorganisation des Zarenreiches und der unzulänglichen Entwicklung seiner reichen Hilfsquellen. Bei allem natürlichen Reichtum an fruchtbarem Boden, an Weiden und Wäldern, an wertvollen Bodenschätzen, wie Kohlen, Erzen, Gold und Platin, Petroleum usw. ist Rußland noch immer ein kapitalarmes Land, das zur Erschließung seiner natürlichen Hilfsquellen wie zum Ausbau seines Verkehrsnetzes in hohem Maße auf den Zufluß ausländischen Kapitals angewiesen ist. Diese finanzielle Abhängigkeit vom Ausland mußte sich naturgemäß auch bei der Finanzierung des Krieges in Rußland empfindlich fühlbar und deutlich geltend machen. Der russische Geldmarkt versagte schon gegenüber den verhältnismäßig bescheidenen finanziellen Anforderungen des ersten Kriegsjahres, und seine Unzulänglichkeit trat desto deutlicher in die Erscheinung, je höher die Kriegskosten stiegen. Die inneren Anleihen trugen immer mehr den Charakter von Zwangsanleihen bei den russischen Banken und Sparkassen, und trotz dieses Vorgehens mußte in weitgehendem Maße sowohl die Notenpresse als auch der ausländische Kredit zur Deckung der Kriegskosten in Anspruch genommen werden.

Rußlands Kriegskosten, die allmählich auf 1350 Millionen Rubel im Monat gestiegen sind, betragen bis 31. März 1917 27 bis 28 Milliarden Rubel. Ihre Deckung erfolgte durch innere Anleihen im Gesamtbetrage von acht Milliarden Rubel und durch die Ausgabe von Reichsschatznoten in der Höhe von rund 20 Milliarden Rubel, wovon bis Ende Februar laufenden Jahres 10·5 Milliarden im Inland und 9·4 Milliarden Rubel im Ausland untergebracht waren. Die inländischen Reichsschatzobligationen dienen vornehmlich als Unterlage für die gesteigerte Notenemission der Russischen Staatsbank.

Die russischen Kriegsanleihen sind die folgenden:

Erlaß vom	Nominale Mill. Rubel	Prozentsatz	Emissionskurs	Tilgungstermin
30. Okt. 1914	500	5	94	1963
6. Febr. 1915	500	5	94	1964
24. April 1915	1000	5½	99	1996
28. Okt. 1915	1000	5½	95	1925
26. Febr. 1916	2000	5½	95	1926
10. Okt. 1916	3000	5½	95	1926

Die enormen Schwierigkeiten der russischen Regierung bei Unterbringung aller dieser Anleihen sind sattsam bekannt. Ihren überwiegenden Teil haben die Banken übernehmen müssen, ohne die Titres im Publikum anbringen zu können, obwohl zu diesem Zweck oft sogar während der Zeichnungsfrist unter den offiziellen Emissionskurs hinuntergegangen wurde. Von der letzten Anleihe hatte das Bankenkonsortium nicht weniger als 1800 Millionen Rubel fest zu übernehmen, die restlichen 1200 Millionen Rubel übernahm die Reichsbank, die nach Angabe des Staatsbankdirektors Schipow rund 850 Millionen Rubel an den Mann brachte und 350 Millionen den Sparkassen zwangsweise zugestellt hat. Der Charakter der Zwangsanleihe wurde demgemäß sozusagen offiziell einbekannt. Die kritischen Momente der inneren russischen Anleiheoperationen liegen einerseits in der Ueberfüllung der Banken mit Anleihewerten, wodurch ein Bankenkapital von mindestens fünf Milliarden Rubel immobilisiert erscheint, andererseits in der verhältnismäßig kurzen Verfallszeit, da die russische Finanzverwaltung bis Ende 1926 für die Einlösung von sechs Milliarden Rubel Sorge zu tragen hat. Die Prolongierung dieser Schuldenlast durch ausländische Anleihen nach dem Krieg dürfte sich schwierig und kostspielig gestalten und die Deckung des Zinsendienstes der angeschwollenen Staatsschuldenlast wird ein umso schwerer lösbares Problem darstellen, als ein großer Teil der Steuerressourcen des Landes bereits zum Ersatz des riesigen Ausfalls herangezogen wurde, der durch das Alkoholverbot und den Fortfall der Staatseinnahmen aus dem Alkoholmonopol entstanden ist. Die indirekten Steuern in Rußland lassen kaum mehr viel Spielraum für ausgiebige Ergänzungen oder Steuererhöhungen und den direkten Steuern mißt man in Rußland selbst nur geringe Aussichten bei. Eine moderne Personaleinkommensteuer gilt in Rußland für undurchführbar und selbst die Einführung einer Kriegsgewinnbesteuerung stieß bislang auf unüberwindbaren Widerstand.

Die dringendsten finanziellen Verpflichtungen der neuen russischen Regierung liegen jedoch auf dem Gebiete der kurzfristigen Staatsschulden, die eine Höhe von rund 20 Milliarden Rubel erreicht haben. Auf das Inland entfallen hievon 850 Millionen Rubel in Reichsschatznoten, das sind vierprozentige Serien mit vierjähriger Laufzeit und 9775 Millionen Rubel fünfprozentiger Reichsschatzschuldscheine mit drei- bis zwölfmonatiger Laufzeit. Am 1. Februar l. J. lagen solche, als Deckung für den gesteigerten Notenumlauf, im Betrage von 7397 Millionen Rubel bei der Staatsbank, der Rest war im freien Verkehr. Die ausländischen Kreditoperationen, die größtenteils gleichfalls nur kurzfristige Anleihen betrafen, umfassen insgesamt 9410 Millionen Rubel. Ihre Erneuerung wird sich viel schwieriger gestalten als die Prolongierung der inneren schwebenden Staatsschulden, der durch die neue Regierung mit der Emission weiterer zwei Milliarden Rubel ungedeckten Papiergeldes bereits der Weg gewiesen erscheint. Wie die russische Goldwährung aus diesem finanziellen Chaos gerettet werden soll, ist vorderhand kaum abzusehen. Als merkwürdig genug verdient es verzeichnet zu werden, daß der Rubelkurs in Paris und London seit den Ereignissen vom 8. März keine sonder-

1917 48

Pester Lloyd

24/IV. 1917.

61

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 18. April.

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, hat der Draht bereits die gewaltigen Ziffern der Zeichnung auf die sechste deutsche Kriegsanleihe gemeldet, die das Ergebnis der fünften Anleihe weitaus überschreiten und damit auch erheblich über die anfänglichen Erwartungen hinausgehen. Die Frage liegt also nahe, wodurch sich heute, nach fast 2¾ Kriegsjahren, diese gegen frühere Zeichnungen noch weit gesteigerte finanzielle Leistungsfähigkeit erklärt. Den Wirtschaftspolitiker, der sich in den vorangegangenen Wochen mit dem Studium der Bankbilanzen beschäftigt hatte, konnte das geradezu erstaunliche Ergebnis im Grunde nicht überraschen; ging doch aus jeder einzelnen Großbankbilanz eine bedeutende Steigerung der Depositengelder, eine Geldfülle und -flüssigkeit hervor, wie man sie nie zuvor gekannt. Aus den Kreisen der Bankdirektoren selber hörte man im Gespräch über die Geldmarktlage mehr als einmal die Aeußerung, die Hauptschwierigkeit bestände gegenwärtig darin, für die den Banken ständig zuströmenden gewaltigen Geldsummen eine geeignete Anlage zu finden, und diesem Bedürfnis kam die sechste Kriegsanleihe im weitesten Maße entgegen. Hier bot sich die erwünschte Gelegenheit, Milliardenbeträge zu erwerben, und welche Rolle dabei einzelnen Instituten zufiel, wird dadurch beleuchtet, daß in der Generalversammlung der Dresdner Bank mitgeteilt werden konnte, bei ihr allein seien für die sechste Kriegsanleihe rund 750 Millionen Mark gezeichnet worden.

Es ist nun einmal eine nicht zu leugnende Erscheinung, daß Bankwelt, Industrie und Landwirtschaft im Kriege über weit größere Geldmittel als jemals verfügen, und daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur, die nun schon so lange währt, keinerlei Zeichen einer Ermattung zeigt. Im Gegenteil; es bildet sogar eine sehr charakteristische Erscheinung, daß manche Industriezweige, die in den ersten Kriegsjahren stark darniederlagen, heute ebenfalls im Zeichen eines großen Aufschwungs stehen, etwa die Papier-, die Glas- und die Porzellanindustrie. Gerade die letztere war durch den Krieg und seine Folgen in sehr unerwünschter Weise betroffen worden, weil die für sie so wichtige Ausfuhr, besonders nach Amerika, fast gänzlich in Fortfall kam. Inzwischen hat sich jedoch nach und nach auf dem heimischen Markte ein gesteigerter Bedarf herausgebildet, der nur zu erheblich höheren Preisen von den Fabriken befriedigt wird, und so beginnen auch die Gesellschaften der Porzellanindustrie die Dividendenzahlungen wieder aufzunehmen. In der Glasindustrie, die anfangs gleichfalls sehr darniederlag, gehen heute die Dividendensätze teilweise bereits ganz beträchtlich über die Friedenssätze hinaus, und in der Papierindustrie herrscht geradezu eine Hochkonjunktur, was teilweise darauf zurückzuführen ist, daß sich ihren Betrieben eine sehr lohnende Nebeneinnahme durch die Verwertung der Abwässer zur Spiritusfabrikation erschlossen hat.

Das einzige große Gewerbe, das heute noch als notleidend anzusehen ist, ist der Reedereibetrieb, und dennoch hat in den jüngsten Tagen auf keinem Gebiete der Berliner Börse eine so stürmische Aufwärtsbewegung geherrscht wie in Schiffahrtaktien. Die Friedenshoffnungen sind es, die augenblicklich den gesamten Markt beherrschen und nicht die Vergangenheit und die Gegenwart der Schiffahrtgesellschaften, sondern ihre Zukunft wird zurzeit von der Börse bewertet. Das Interesse für Kriegswerte hat dagegen gänzlich aufgehört, und zwar ist diese Tatsache umso bezeichnender, als im April, dem Bilanzmonate der großen Rüstungsgesellschaften, sonst regelmäßig die betreffenden Papiere — Köln-Rottweiler, Deutsche Waffen, Loewe-Aktien — den Mittelpunkt des Börsengeschäftes bildeten. Aber diesmal ist keinerlei Interesse für die Jahresergebnisse der großen Werke der Rüstungsindustrie vorhanden, und alle Hoffnungen gelten dem Frieden. Uebrigens muß dabei ausdrücklich festgestellt werden, daß es nicht etwa nur die Kulisse ist, deren Tendenz dahin geht; auch in den maßgebenden Bankkreisen ist man äußerst zuversichtlich gestimmt, und es sind aus diesen Kreisen in den jüngsten Tagen sehr umfangreiche Käufe in „Friedenswerten" der verschiedensten Art, Schantungbahn-Aktien, Kolonialpapieren und vor allem natürlich Schiffahrtaktien erfolgt. Das Geschäft an der Börse hat dabei an Umfang ganz bedeutend zugenommen. Während früher die Ansicht ziemlich allgemein vertreten war, die Erwartung eines bevorstehenden Friedensschlusses würde auf Industrieaktien abschwächend wirken, weil alsdann die Kriegsaufträge ihr Ende nähmen, ist jetzt genau das Gegenteil eingetreten, und niemand glaubt, daß ein Ende der Hochkonjunktur in der Industrie bei Eintritt der Friedenswirtschaft zu besorgen sei.

Was die augenblickliche industrielle Lage betrifft, so machen sich wieder Anzeichen neuer Preiserhöhungsbestrebungen bemerkbar. Vor einigen Tagen führte in der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft Generaldirektor Kirdorf aus, daß infolge steigender Betriebskosten, vor allem höherer Arbeiterlöhne, der Kohlenbergbau gezwungen sei, in naher Zukunft bereits neue Preiserhöhungen vorzunehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß erst am 1. Januar dieses Jahres die Kohlenpreise erhöht worden sind, und daß es damals, wie erinnerlich, erst den hartnäckigen Widerstand des preußischen Handelsministers zu überwinden galt, um die Zustimmung zu dieser Preiserhöhung zu erhalten. Auch jetzt dürften wiederum gewisse Kämpfe um die höheren Kohlenpreise bevorstehen, aber im Grunde zweifelt niemand daran, daß das dritte Vierteljahr 1917 uns die Erhöhung bringen wird; nicht allein für Steinkohle, sondern auch für Braunkohle, wie aus mancherlei Anzeichen hervorgeht. Für Zink wird ebenfalls bereits die allernächste Zeit eine Preisheraufsetzung bringen, und die Eisenpreise werden sich der Bewegung anschließen. Die Gewinne in der Eisenindustrie sowohl als im Kohlenbergbau sind augenblicklich sehr groß; die Werke haben eine Ueberfülle von Arbeit zu bewältigen, und zwar zu äußerst lohnenden Preisen. Dementsprechend sind auch die Gewinnergebnisse der führenden Montanwerke ausgefallen; die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft hat 15 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre und 2 Prozent für 1914 erklärt, die Oberschlesische Eisenindustrie in Gleiwitz 10 gegen 6 und 3 in den beiden vorangegangenen Jahren. Was die großen Gesellschaften des Westens anbetrifft, so erwartet man beim Phönix für das am 30. Juni ablaufende Geschäftsjahr mindestens 25 Prozent gegen 20 Prozent für 1915/16, und 12 Prozent für 1914/15, und ähnlich dürfte die Gewinnsteigerung auch bei den anderen großen Werken sein.

Niemals überhaupt hat man bisher in der deutschen Industrie so gewaltige Gewinnziffern gekannt, wie sie jetzt in zahlreichen Fällen zutage treten. Die imposantesten Zahlen weisen in dieser Beziehung die Daimler-Motoren-Gesellschaft und die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft auf, deren Bilanzen in diesen Tagen bekannt geworden sind. So hat die Daimler-Gesellschaft bei 8 Millionen Mark Aktienkapital einen Ueberschuß nach Abzug der Abschreibungen in Höhe von mehr als 12 Millionen Mark erzielt; der Reingewinn geht ebenfalls noch erheblich über das gesamte Aktienkapital hinaus, und wenn die Gesellschaft 35 Prozent Dividende zur Verteilung bringt, so schüttet sie mit diesem Satze nur einen ganz kleinen Teil ihrer erzielten Gewinne aus. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft, deren Aktien vor Kriegsausbruch unter pari standen und heute einen etwa viermal so hohen Stand einnehmen wie damals. Bei 30 Millionen Mark Aktienkapital hat das Unternehmen im Jahre 1916 einen Bruttoüberschuß von rund 48 Millionen Mark erzielt; zu Abschreibungen werden über 15 Millionen verwendet, darunter 8 Millionen allein auf die rumänischen Beteiligungen, und wenn die Aktionäre 25 Prozent Dividende erhalten, so ist dies nur — ganz wie im Falle Daimler — ein verhältnismäßig geringer Teil des tatsächlich erzielten und verfügbaren Ueberschusses. Aber diese Politik der Vorsicht kann nur gutgeheißen werden; die deutsche Industrie muß sich stark machen für die Zeit nach dem Kriege, für den zu erwartenden internationalen Wettbewerb, und sie benützt die reichen Gewinne, die ihr der Krieg gebracht, in erster Linie zu ihrer inneren Stärkung, der ihr später erwachsenden großen und schweren Aufgaben voll bewußt.

Neues Wiener Tagblatt

22/IV. 1917.

Kriegs- und Friedenspapiere.

Die Börse will den Uebergangszustand vom Krieg zum Frieden nicht erst abwarten. Wie es ihre Gewohnheit ist, hat sie unter dem Einfluß der unverkennbaren Friedensströmung in Rußland angefangen, den Ereignissen vorauszueilen und den Frieden, wenn er auch noch nicht auf dem Marsch ist, zu eskomptieren. Die Kriegskonjunktur hat zahlreichen Unternehmungen Gewinne gebracht, ein gleiches erwartet man von der künftigen Friedenskonjunktur für eine Reihe andrer Gesellschaften. Daraus hat sich eine Zweiteilung der auf dem Effektenmarkt gehandelten Werte in Kriegspapiere und Friedenspapiere herausgebildet. Es ist dies nicht bloß an der Wiener Börse wahrzunehmen. Man wird sich noch erinnern, daß an der New-Yorker Börse eine förmliche Panik in den Aktien der Kriegsindustriegesellschaften entstand, als der Präsident Wilson seinen bekannten, wie sich später herausstellte, gar nicht ernst gemeinten Friedensvorschlag in die Welt hinaussendete. Als umgekehrt der Präsident der Vereinigten Staaten eine offen feindselige Haltung gegen die Mittelmächte einnahm und die Beziehungen zu Deutschland abbrach, stiegen sprunghaft die Kurse derselben Papiere, die anläßlich der Wilsonschen Friedensaktion gefallen waren. Es ist auch leicht zu begreifen, daß die Aktien von Industrieunternehmungen, die aus Kriegsbestellungen hohen Nutzen gezogen haben, in dem Moment viel weniger begehrenswert erscheinen, wenn die Konjunktur für sie abzureißen droht. Aus London wurde dieser Tage eine merkwürdige Nachricht gemeldet. Eine dort in Bildung begriffene Gesellschaft will gegen Verluste versichern, die für die Kriegslieferanten durch einen plötzlichen Friedensschluß entstehen könnten, selbstverständlich nur gegen eine hohe Risikoprämie. Der Friede ist für die betreffenden Unternehmungen, die man zu dieser eigenartigen Versicherung einladet, gewissermaßen ein U-Boot, das sie, wenn auch nicht vollständig zu vernichten, so doch ernstlich zu schädigen droht. Die sogenannte Kriegsindustrie, die von allen Ländern am meisten Amerika reich gemacht hat, aber auch anderwärts zu hoher Blüte gelangt ist, ist nicht bloß auf die Erzeugung von Waffen und Munition beschränkt, sie umfaßt alles, was für die im Felde stehenden Heere notwendig ist, Industrieartikel der mannigfaltigsten Art und auch Ersatzartikel für das Hinterland. Neben der Industrie hat naturgemäß auch die Landwirtschaft durch ihre Lieferungen und die hohen Preise, die sie erzielte, von dem Krieg profitiert.

Nun sind die Friedenspapiere in der Mode, ohne daß die sogenannten Rüstungswerte bisher besonders gelitten hätten. Einerseits haben die bekannten Friedenskundgebungen die Hoffnung erweckt, daß der Krieg in seine letzte Phase eingetreten sei, und dies kommt den Unternehmungen zugute, die in der künftigen Friedenszeit ihre unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen werden, anderseits aber halten wir noch nicht so weit, daß die Produktion für die Kriegführung schon eingestellt werden könnte. So wie der Winter mit dem Frühling kämpft, stehen auf den Effektenmärkten noch die beiden Strömungen, die beiden Anschauungen einander gegenüber, von denen die eine an den nahenden Frieden glaubt, die andre ihn noch nicht kommen sieht. Es ist aber nicht zu verkennen, daß in der letzten Zeit die Friedenspapiere einer lebhafteren Nachfrage begegneten als die noch aus dem Kriege Nutzen ziehenden Werte. Namentlich die österreichischen und ungarischen Schiffahrtsaktien zeigten sich begehrt. Seit Ausbruch des Krieges waren unsre Seeschiffahrtsgesellschaften lahmgelegt, ihre Betriebseinnahmen fielen zum größten Teil weg, während die Ausgaben für das zahlreiche Personal, das man doch nicht entlassen konnte, sowie für Abschreibungen, Dotierungen des Pensionsfonds usw. fortliefen. Daraus haben sich in den drei Kriegsjahren Millionenverluste ergeben. Zu den Kriegsgewinnern gehören also unsre Schiffahrtsgesellschaften im allgemeinen wohl nicht, aber da, wo Schiffsraum verkauft werden kann, wie es immerhin möglich erscheint, winkt jedenfalls großer Kriegsgewinn. Der Schiffsraum wird durch den U-Boot-Krieg immer kostbarer, und man erzählt sich Wunderdinge von dem Mehrwert, den die Schiffe hiedurch erlangt haben sollen. Aber man übersieht hiebei, daß die Schiffahrtsgesellschaften ihre Dampfer nach dem Kriege für sich selbst brauchen werden, sie auch nicht zu einem Phantasiewert in die Bilanz einstellen können und auch ihre Tarife nicht ohne Zustimmung der Regierung werden erhöhen dürfen. Die Verträge mit den Staaten gestatten den Seeschiffahrtsgesellschaften auch nicht, ausländische Transporte auf Kosten inländischer zu bevorzugen, wenn ausländische Geschäftsleute höhere Frachtsätze würden zahlen wollen. Zu den Friedenspapieren müssen auch die Bau- und Zementaktien gezählt werden. Die Bautätigkeit kann aus verschiedenen Gründen erst nach Beendigung des Krieges allmählich und nur sehr langsam wieder zur Entfaltung kommen.

Die verbreitetsten und wichtigsten Papiere aber, die sich erfreulicherweise auch während der Kriegszeit sehr gut gehalten und vom Frieden bestimmt eine weitere Besserung zu erwarten haben, sind unsre Renten und Kriegsanleihen. Täglich finden starke Käufe zu steigenden Kursen in diesen Anlagewerten statt, ein Beweis, wie groß das Vertrauen in unsern Staatskredit und wie groß das Anlagebedürfnis trotz der Milliardenzeichnungen auf die Kriegsanleihen ist. Der alle Erwartungen übertreffende außerordentliche Erfolg der sechsten deutschen Kriegsanleihe kommt auch unserm Staatskredit und unsern Staatspapieren zugute. Er zeigte die unverwüstliche Lebenskraft des Deutschen Reiches und der deutschen Volkswirtschaft, er war gewissermaßen eine Volksabstimmung des Vertrauens, eine Kraftprobe, die auch uns zu den besten Erwartungen berechtigt, wenn wieder der Ruf zur Bereitstellung neuer Mittel zum endlichen sieghaften Abschlusse des Krieges an die Bevölkerung ergehen wird. Die Kriegsanleihen sind auch Friedensanleihen. Ihr Besitz birgt nicht die Gefahren in sich, die den Aktien der verschiedenen Zweige der Kriegsindustrie innewohnen. Um auch dem vorzubeugen, daß eventuell, wenn nach Friedensschluß stärkerer Geldbedarf sich einstellen sollte, die staatlichen Anlagewerte nicht durch Verkäufe zum Zwecke der Geldbeschaffung gedrückt werden, werden, wie der Präsident der Deutschen Reichsbank vor einigen Tagen mitteilte, zweckmäßige Maßregeln getroffen, die sich auch bei uns gewiß als durchführbar erweisen werden. Wenn in einem so gewaltigen Kriege unser und der deutsche Staatskredit nicht im geringsten gelitten hat, so wird er im Frieden vollends über jeden Zweifel erhaben sein.

Pester Lloyd 170

25./IV. 1917

Die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik.

Aus einem Vortrage des Professors Edgar Jaffé.

Budapest, 24. April.

Auf Einladung der Soziologischen Gesellschaft hielt heute der Münchner Professor Edgar Jaffé über die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik in Deutschland einen Vortrag, dessen Gedankengang wir in nachstehendem wiedergeben:

Infolge der ungeheuren Kriegskosten müssen in der Finanzpolitik des Staates ganz neue Wege erschlossen werden. Nicht nur in den Kriegsausgaben im engeren Sinne allein bestehen diese Kosten, sondern auch in den Retablierungskosten. Nimmt man an, daß der Krieg noch einige Monate, also insgesamt drei Jahre, dauert, so werden die jährlichen Ausgaben sowohl Deutschlands als auch Oesterreich-Ungarns mindestens das Dreifache der ehemaligen Friedensausgaben bilden. Um diesen riesigen Bedarf zu decken, ist es das beste, auf die allereinfachsten Grundlagen zurückzugreifen. Aus welchen Quellen können aber die notwendigen Steuern gezogen werden? Erstens aus dem Vermögen, zweitens aus dem jährlichen Einkommen der Volkswirtschaft. Bisher galt in der Finanzpolitik und in der Theorie der Grundsatz, daß die Steuern das Kapitalsvermögen der Volkswirtschaft nicht angreifen dürfen. Auch darin hat nun der Krieg Wandel geschaffen. Dem Vortragenden kostete es große Selbstüberwindung, mit diesem Grundsatze nach langem Ueberlegen aufzuräumen. Man muß jedoch schließlich zur Ueberzeugung gelangen, daß wir ohne eine Ordnung der Finanzen nicht auskommen können, die dem Staatshaushalte die notwendige Elastizität verleiht. Theoretisch wird die Notwendigkeit der Vermögensabgabe in der folgenden Weise begründet: Wollen wir ein Drittel der Kriegskosten aus dem Kapital der Volkswirtschaft decken, so handelt es sich eigentlich nur darum, die durch den Staat verausgabten Kosten von den Staatsbürgern wieder einzuverlangen. Der Staat legt hiebei den aliquoten Teil des volkswirtschaftlichen Verlustes auf die Bürger um, was schließlich nichts anderes ist als eine Ausgleichung der Rechnungen. Die Frage ist, ob wir diesen Teil der Kriegskosten sofort abschreiben oder auf eine längere Reihe von Jahren verteilen wollen? Für die Vermögensabgabe spricht ferner der Umstand, daß hiedurch nur der bereits ohnehin verbrauchte Teil des Kapitals abgeschrieben wird. Man richtet dadurch seine Lebensführung gleich auf Grundlage des tatsächlichen künftigen Vermögensstandes ein. Für eine einmalige Vermögensabgabe sprechen aber des ferneren auch die folgenden Erwägungen: der faktische Verlust des wirtschaftlichen Kapitals erreicht wohl kaum ein Drittel des Kriegskostenbetrages, da ein solcher Verlust höchstens nur in jenen Landesgebieten bemerkbar ist, wo Kriegsverheerungen stattfanden. Deutschland hat Kriegskosten im Betrage eines Drittels seines Volksvermögens, während ein solcher Teil nicht zugrunde ging. Die volkswirtschaftlichen Kriegsschäden bestehen aber nicht nur in den Kriegsverheerungen, sondern auch in der Abnützung der Betriebe und im Aufbrauchen der Vorräte. Daher müsse man zwischen Kriegskosten und den eigentlichen Kriegsverlusten unterscheiden. Etwa ein Drittel bildet der Kriegsverlust, zwei Drittel aber bilden der Gegenwert der geleisteten Arbeit und der erhöhten Preise und Gewinne. Wir haben nämlich das Ergebnis unserer Arbeit im Kriege nicht wie im Frieden in Waren eingetauscht, sondern dem Staate gegen Schuldverschreibungen der Regierung abgeliefert. Man kann also sagen, der Staat habe eintreten müssen für die Produktivität aller Leute, die an Stelle ihrer gewöhnlichen wirtschaftlichen Arbeit jetzt das Kriegshandwerk betreiben müssen. Die einmalige Vermögensabgabe wäre auch von erziehlicher Wirkung, da sie uns daran erinnert, daß wir nicht mehr, wie ehedem, nur Untertanen, sondern auch Staatsbürger sind, Mitteilhaber an dem Regierungsgeschäfte, für das wir auch die Verantwortung mittragen müssen und für die Folgen mit unserem Gut aufzukommen haben. Dies wird dahin führen, daß das deutsche Volk in Hinkunft auch für die auswärtige Politik ein größeres Interesse zeigen wird als bisher.

Bei dieser Vermögensabgabe handelt es sich darum, daß die Kriegsanleihen teilweise in der Form der Kriegsabgabe an die Regierung zurückgeleitet werden. Die Inhaber von Kriegsanleihen werden ihre Obligationen zur Tilgung der Steuerpflicht verwenden, jene aber, die Kriegsanleihen nicht besitzen, werden sich solche zu beschaffen trachten, um nicht andere Vermögensteile hergeben zu müssen, wodurch der Kurs erheblich gestützt wird. In Ungarn, wo es viel Immobilbesitz gibt, wird man zwecks Vermögensabgabe die Besitze möglicherweise mit Hypotheken belasten müssen. Durch diese Vermögensabgaben könnte man insgesamt etwa ein Drittel der Kriegskosten bestreiten.

Die anderen zwei Drittel der Kriegskosten müssen aus den Jahreseinkommen gedeckt werden, was eine Erhöhung des Volkseinkommens bedingt. Hiezu gibt es nur zwei Wege, die zugleich betreten werden müssen: weniger verzehren und mehr erzeugen. Die Steuerpolitik muß derart gestaltet werden, daß sie diese beiden Wirkungen erziele. Gegenüber der bisherigen Einteilung in direkte und indirekte Steuern stellt der Vortragende die Kategorien der Ersparnissteuern und der Produktivitätssteuern auf.

Die Ersparnissteuern sind Abgaben auf jene Waren, die wir verzehren, also die bisherigen Konsumsteuern, jedoch mit dem Zwecke erstellt, um die Steuerträger an je geringeren Verbrauch der entbehrlichen Artikel zu gewöhnen. Wenn beispielsweise die Biersteuer so hoch sein wird, daß die Leute weniger Bier trinken, so werden statt des Bieres andere notwendigere Waren in größerer Menge erzeugt werden. Die Ersparnissteuern gliedern sich in reine Luxussteuern und in solche des nicht unbedingt notwendigen allgemeinen Bedarfes. Es müssen Tabak, Bier und Branntwein höher als bisher belastet werden, und der Einwand, daß solche Steuern die breiten Schichten stärker belasten, ist nur bis zu einem gewissen Grade stichhaltig. Die Arbeiter werden nach dem Kriege sich in einer relativ günstigeren Stellung befinden als der Mittelstand, andererseits auch größere politische Rechte fordern, und werden als Gegengabe hiefür eine höhere Steuer entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit mittragen müssen. Diese Ersparnissteuern erzwingen eine einfachere Lebensführung. Sie werden aber allein keineswegs den Ausfall decken können.

Eine weitere Kategorie der künftigen Steuern bilden die Produktivitätssteuern. Sie haben den Zweck, die Volkswirtschaft eben vermöge der Steuerlast produktiver zu gestalten. Als Beispiel hiefür dient die Zuckersteuer. In der Zuckerfabrikation haben die Fortschritte der Technik dahin geführt, daß die Zuckersteuer stets erhöht werden konnte, wobei der Zucker infolge der immer größeren Ausbeute der Rübe gleich billig blieb. Solche Steuern bilden den Hebel zur Erhöhung der Produktion. Hand in Hand damit muß aber der Staat, mehr als es bisher geschah, in die Produktion eingreifen. In allen Industriezweigen dürfen nur die leistungsfähigsten Fabriken in Betrieb bleiben. Dies scheint zwar eine große Ungerechtigkeit, allein der Krieg hat diese Ungerechtigkeit schon zumeist bewirkt, indem die mittleren und schwächeren Betriebe aufgehört haben. In der Zukunft kommen wir unausweichlich zu einer ungeheuerlichen Konzentration der Betriebe, die lieber mit dem Eingriff des Staates als bei ganz freier Konkurrenz vor sich zu gehen hat. Der Staat wird hier steuerpolitisch eingreifen, wodurch die Möglichkeit sehr großer Ersparnisse gegeben ist. Als Beispiel hiefür dient die Elektrizitätsindustrie, deren Betriebe mit verschiedenen Wasserkräften arbeiten. Bei einem Leitungsmonopol ist der Ausgleich dieser Unterschiede in einem einheitlichen Netze gegeben. Das Königreich Sachsen hat bereits das Elektrizitäts- und das Kohlenmonopol beschlossen. Dadurch wird eine Ersparnis der Produktion herbeigeführt, die die Volkswirtschaft befruchtet, nicht aber schädigt. In Hinkunft müssen die organisatorischen und technischen Fortschritte auf das höchste angespannt werden.

All dies mag als zu optimistisch erscheinen, doch bildet die Grundlage zu diesem Optimismus der Zwang. Wir müssen! Und der gebieterische Zwang, der uns im Kriege die Herstellung des Kunstdüngers aus der Luft ermöglichte, wird sich auch im Frieden die finanziellen Notwendigkeiten erzwingen. Das Resultat des Krieges wird eine ungeheure Einkommen- und Vermögensverschiebung sein. Die Landwirtschaft und Großindustrie haben Riesengewinne erzielt und es wurde ein sehr großes Rentnerpublikum geschaffen. Alle, die nicht gewonnen haben, müssen für die anderen arbeiten. Daneben liegt eine vollkommene Zerreibung des Mittelstandes, auch der geistigen Berufe. Wir stehen da vor einer großen Gefahr, gegen die sich der Staat aus sozialen und finanziellen Gründen wehren muß. Es ist daher nicht ungerecht, daß die Kriegsgewinne in ungemein hohem Maße zur Steuerzahlung herangezogen werden. Die Kriegsgewinnsteuer muß einen großen Teil der Rentenbezüge dem Staate zurückführen, nebenher muß auch die Erbschaftssteuer stark ausgestaltet werden.

Der Staat wird aber auch an den Gewinnen der Industrie stark beteiligt werden müssen. Die monopolistische Betriebskonzentration bildet allenfalls eine Gefahr für die Arbeiter und die Konsumenten. Daher müsse mit ihr eine staatliche Normierung der Preise und der Löhne verbunden werden. Die Preise werden auf die Grundlage der Produktionskosten gestellt, die Löhne aber müssen im Verhältnis zu den Preisen stehen. Keinesfalls wird man zu den alten Verhältnissen zurückkehren können. Sowohl die Preise als auch die Löhne müssen auf Grundlage einer entsprechenden Lebensmöglichkeit aufgebaut werden, denn für die Menschen zu sorgen, ist in letzter Linie die höchste Aufgabe jeder Finanzpolitik.

Neue Freie Presse
1.IV.1917
81

Die Bilanzen der deutschen Großbanken.

Von **Alfred Lansburgh.**

Berlin, 28. April.

Zu den Kriegseigentümlichkeiten, die sich im Laufe des nun bald dreijährigen Völkerringens herausgebildet haben, gehört auch die „Kriegsbilanz" der Großbanken. Das ist eine besonders geartete, von dem gewohnten Bilde der Friedenszeit ganz erheblich abweichende Bilanz, die sich nicht etwa vereinzelt in diesem oder jenem Lande zeigt, sondern die in fast allen Ländern Europas wiederkehrt und selbst in außereuropäischen Ländern beobachtet werden kann. Das Wesentliche dieses Kriegstypus besteht in dem starken Anschwellen der fremden Gelder und in dem engen Zusammenhange zwischen Bankkredit und Staatsbedarf. Ueberall drängen sich uns diese beiden charakteristischen Eigentümlichkeiten der Bankbilanzen auf, und zwar fast stets in Verbindung miteinander, selten einzeln. Aeußerlich hervorstechend und auf den ersten Blick erkennbar ist allerdings nur das zifferumäßige, das starke Wachstum der Depositen (das Wort im weitesten Sinne angewandt). Die qualitative Veränderung, die mit dem Aktivgeschäft der Banken vor sich gegangen ist, gibt sich nicht so aufdringlich zu erkennen, weil die Banken die Kontenbezeichnungen aus der Friedenszeit beibehalten, also den neuen Inhalt in die alten stereotypen Formen gegossen haben. Aber aus den begleitenden Umständen läßt sich, auch ohne die Erläuterungen in den Geschäftsberichten, doch deutlich genug entnehmen, wie sehr das Wechselportefeuille, die Lombardbestände und die Debitoren ihr Wesen und ihre Zusammensetzung verändert haben.

Bei den acht Berliner Großbanken — die frühere neunte, der Schaaffhausensche Bankverein, bildet heute einen nur noch juristisch selbständigen Teil der Diskontogesellschaft — haben sich die fremden Gelder seit Schluß des letzten Friedensjahres ungefähr verdoppelt. Aus den 4·8 Milliarden, welche die Banken Ende 1913 (ohne Berücksichtigung der Akzeptverbindlichkeiten) verwaltet haben, sind heute nicht weniger als 9·4 Milliarden Mark geworden. Mit den organischen Umänderungen, die während der letzten Jahre im deutschen Bankwesen vor sich gegangen sind, hat dieses beispiellose Wachstum nichts zu tun. Es kommt darin weder die konzentrierte Kapitalsmacht der Banken, noch ihre weitgehende Dezentralisation zum Ausdruck, die das westliche und südliche Reichsgebiet wie mit Fangarmen überzogen hat und sich jetzt auch auf den bisher vernachlässigten Osten erstrecken will. Denn die großen und mittleren Provinzbanken haben auf die Gelder der Bevölkerung keine geringere Anziehungskraft ausgeübt als die Berliner Institute; auch bei ihnen läßt sich eine gewaltige Zunahme der Kontokorrentkreditoren und Depositen feststellen. Die Ursache liegt also nicht bei den Großbanken selbst, sondern in den äußeren Verhältnissen. Der Krieg hat das Wirtschaftsleben zu einer radikalen Umstellung gezwungen. Einem allgemeinen Liquidationsprozeß beispiellosen Umfangs steht eine ganz besonders geartete Verwendung der aus ihrer alten Verbindung losgerissenen Gelder gegenüber; es ist also eine zweiseitige Veränderung, eine positive und eine negative, vor sich gegangen, und wenn sich die Veränderungen auch bis zu einem gewissen Grade aufheben, so geschieht dies doch nicht unmittelbar und automatisch, sondern durch Vermittlung der Banken. Die aus der Friedenswirtschaft entlassenen Gelder strömen in die Banken hinein, um dort ihren Umbildungsprozeß durchzumachen. Aus dem von der privaten Erwerbstätigkeit nicht mehr beanspruchten Kapital wird mit Hilfe des Bankkredits ein Bestandteil der Kriegsfinanzierung. Aber indem die Gelder aus den Banken hinaus- und in die Kriegswirtschaft hineinströmen, verschwinden sie nicht etwa aus den Bilanzen. Vielmehr lassen sie die Ziffern auf beiden Seiten der Bankbilanzen anschwellen, als einen sichtbaren Ausdruck des kriegswirtschaftlichen Vorgangs, der darin besteht, daß der Liquidationserlös der Normalwirtschaft, soweit er nicht von den Kriegsanleihen aufgesogen worden ist, sich zunächst bei den Banken sammelt und erst von ihnen aus und durch sie hindurch an den Staat weiterfließt.

Denn der Staat ist es, dem heute direkt und indirekt der bei weitem größte Teil der Bankgelder zugute kommt. Die Bilanzen der Berliner Großbanken sagen es freilich nicht. Sie sagen lediglich, daß die Wechselbestände der Banken sich im Laufe der letzten drei Jahre von 1·7 auf 3·9 Milliarden Mark gehoben haben, daß die Lombards und Reports heute 1·3 statt 0·8 Milliarden ausmachen und daß die Banken von ihren Debitoren heute 3·4 Milliarden zu fordern haben, statt der 2·8 Milliarden, die sie Ende 1913 ausstehen hatten. Aber man braucht keinen ausführlichen Kommentar zu diesen Ziffern, um zu wissen, welche Art von Krediten sich in ihnen verkörpert. Da der Geschäftsverkehr sich heute mehr denn je im Wege der Barzahlung abspielt und der Handelswechsel immer mehr vom Markte verschwindet, so versteht es sich von selbst, daß der Wechselbestand der Banken nur zum kleineren Teil dem privaten Kreditverkehr entstammt, sich vielmehr in der Hauptsache aus den Schatzwechseln des Reiches, daneben auch aus den Anweisungen der Bundesstaaten und der Kommunalverbände höherer und niederer Ordnung zusammensetzt. Auch die besondere Natur der Lombardgelder und eines großen Teiles der Kontokorrentdebitoren läßt sich ohne nähere Erläuterung erkennen. Die Börsenkredite der Friedenszeit und die großindustriellen Betriebskredite sind hier von Vorschüssen abgelöst worden, denen Kriegsanleihen, Schatzwechsel, Kommunalobligationen und dergleichen als Unterlage dienen und die zum weitaus größten Teil öffentlichen und halböffentlichen Charakters sind. Ja sogar die Barbestände der Banken stehen heute mittelbar im Dienste der Kriegsfinanzierung. Sie sind in der Hauptsache Giroguthaben, das heißt Forderungen an die Reichsbank, und helfen der Zentralbank wesentlich bei der Erfüllung ihrer wichtigen kriegswirtschaftlichen Pflichten.

Sonach hat sich das Geschäft der Banken im Kriege materiell weit mehr verändert, als es die rein quantitativen Verschiebungen in den Bilanzen äußerlich erkennen lassen. Das ist aber nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch privatwirtschaftlich, vom Erwerbsstandpunkt der Banken selbst aus, von ganz erheblicher Bedeutung. Es bewirkt nämlich, daß die Gewinne der Banken weder absolut noch prozentual eine auch nur annähernd so starke Steigerung erfahren können, wie es der bilanzmäßigen Zunahme des Geschäftsumfanges entsprechen würde. Die fremden Gelder haben sich im Kriege verdoppelt; allein in den beiden Jahren 1915 und 1916, während deren das Aktienkapital der Großbanken unverändert geblieben ist, hat die Zunahme fast 80 Prozent betragen. Der Reingewinn der Banken hat sich aber gerade auf demjenigen Stande gehalten, der nötig ist, um den Instituten die Rückkehr zur normalen Friedensdividende zu ermöglichen, von der sie während der ersten Kriegsperiode nicht unerheblich heruntergegangen sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Umwertung aller Werte, die der Krieg mit sich gebracht hat, die Banken zu starken Abschreibungen auf ihre Effektenbestände, ihre Debitoren und insbesondere ihre Auslandsbeteiligungen gezwungen hat. Aber das ist an der relativen Gewinnminderung nur in ganz untergeordnetem Maße mitschuldig. Denn auch der Rohgewinn, der den Jahresertrag der verschiedenen Geschäftszweige ohne Rücksicht auf die eingetretenen Wertverschiebungen zusammenfaßt, zeigt nur eine Zunahme um etwa 25 Prozent. Selbst wenn man der schlechten Gewohnheit der Banken Rechnung trägt, auch gewisse Teile dieses Rohgewinnes, insbesondere die Ueberschüsse auf Effektenkonto, stillschweigend zu internen, bilanzmäßig nicht sichtbaren Abschreibungen zu verwenden, bleibt noch immer ein auffallendes Mißverhältnis zwischen Geschäftsausdehnung und Ertragssteigerung bestehen.

Man könnte meinen, daß das eine ganz natürliche Folge des verlangsamten geschäftlichen Pulsschlages, der verstärkten Beharrungstendenz vieler Kredite und des Fortfalls des lukrativen Rembourgeschäftes sei. Eine gewisse Gewinnminderung ist hiedurch ja auch fraglos entstanden; aber sie ist durch gewisse spezifische Kriegseinnahmen, insbesondere die hohen Zwischengewinne im Kommissions- und Devisengeschäft, durch die Provisionen auf die vermittelten Kriegsanleihezeichnungen, vor allem aber durch den niedrigen Stand der Passivzinsen (bei täglicher Kündigung 1½ Prozent) reichlich wettgemacht worden. Der wirkliche Grund des verhältnismäßigen Gewinnrückganges ist darin zu erblicken, daß das Geschäft der Banken sich im Laufe des Krieges immer mehr zu einem „staatswirtschaftlichen" entwickelt hat. Gelder, die im privaten Kreditgeschäft 1 Prozent über Reichsbankdiskont abzuwerfen und überdies noch hohe Kreditprovisionen einzubringen pflegten, werden heute der Regel nach zu 4 bis 4½ Prozent an das Reich und die Bundesstaaten ausgeliehen oder zu wenig höherem Zinssatz den Kommunen zur Verfügung gestellt. Die reichlichen Gewinne, die an der Finanzierung mancher Kriegslieferungsgeschäfte erzielt werden, spielen demgegenüber keine Rolle, werden auch vielfach durch ein entsprechendes Risiko beeinträchtigt.

Als Gesamtresultat der Umstellung des Bankengeschäftes ergibt sich somit zwar eine ganz beträchtliche Verlängerung des Aktionsradius der Banken und eine Zunahme an Bedeutung und Einfluß; aber dem geht kein Anwachsen, sondern im Gegenteil ein verhältnismäßiges Einschrumpfen der Gewinne parallel, wie es außerhalb Deutschlands in diesem Maße nicht zu beobachten ist. Die Verschlechterung der Relation zwischen verwaltetem Kapital und erzieltem Gewinn ist eine spezifisch deutsche Kriegserscheinung, die im Gegensatz zur Internationalität der Geschäftsausdehnung steht. Sie hängt auf das engste mit der vom Reich, beziehungsweise der Reichsbank verfolgten fiskalischen Politik bei der Heranziehung kurzfristiger Gelder zusammen. In Ländern, in denen die Unterbringung der Schatzwechsel und sonstigen Instrumente des öffentlichen Kredits nach freigebigeren Prinzipien geschieht, müssen naturgemäß die Gewinne der Banken relativ höher sein als in Deutschland. Rein moralisch angesehen, ist das deutsche Verfahren das bessere. Das Billigkeitsgefühl kann sich nicht damit befreunden, daß die Großbanken, für welche die Kriegsumstände ohnehin die Vorbedingung für ein geschäftliches Wachstum in der Gegenwart und noch mehr in der Zukunft schaffen, darüber hinaus noch große unmittelbare Mehrgewinne aus der schweren Not der Zeit ziehen. Sieht man jedoch von allen ethischen Erwägungen ab, und legt man lediglich den Maßstab des größten allgemeinwirtschaftlichen Nutzens an, so scheint, als ob eine etwas offenere Hand doch manchen Vorteil vor der Fiskalität haben würde. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß in diesem Falle das Geschäft der Banken sich noch nachdrücklicher, als es jetzt geschieht, von den privatwirtschaftlichen Erwerbsgebieten abwenden und zum staatswirtschaftlichen Prinzip bekehren würde. In England hat man lange Zeit nach diesem Grundsatz gehandelt und damit sehr gute Resultate erzielt.

zu befriedigen, stand einer ganz neuen Situation gegenüber. Die Kapitalien, die wir in kommerziellen Krediten angelegt hatten, sind uns in einem außerordentlich großen Umfang zurückgezahlt worden, so daß viele Kunden, die früher unsere Schuldner waren, jetzt mit großen Guthabungen in unseren Büchern erscheinen. Darauf ist zum nicht geringen Teil das enorme Anschwellen unserer Kontokorrenteinlagen zurückzuführen.

Wir haben die in unserer Verwaltung befindlichen Gelder dem Staate zur Bestreitung des Kriegsaufwandes zur Verfügung gestellt, indem wir uns mit unserer ganzen Kapitalskraft und unserem banktechnischen Apparat an den mit dem Kriege zusammenhängenden Finanzoperationen beteiligten. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß wir von den bisher emittierten fünf Kriegsanleihen 1612 Millionen Kronen übernommen haben, in welcher Ziffer auch unsere eigenen Zeichnungen inbegriffen sind. Um uns für die künftige Friedenswirtschaft vorzubereiten, hielten wir es für zweckmäßig, einen Teil unserer festen Engagements zu liquidieren. Wir haben von unserem Effektenbesitz und von unseren Konsortialbeständen größere Abverkäufe vorgenommen, und demgemäß finden Sie in der Bilanz die betreffenden Positionen namhaft herabgemindert. Speziell zu unserem Effektenbestand möchten wir bemerken, daß sich unser Besitz an Bankaktien, Transport-, Industrie- und Versicherungswerten um 23 Millionen Kronen vermindert hat. Die Industrien, an denen wir beteiligt sind, haben trotz der Schwierigkeiten, mit denen oft die Aufrechterhaltung der Produktion verbunden war, fast ausnahmslos befriedigende Ergebnisse erzielt. Auch jene Unternehmungen, die in der Vergangenheit unseren Kredit stark in Anspruch genommen haben, befinden sich in geordneten finanziellen Verhältnissen, da es ihnen gelungen ist, durch Verwertung ihrer Vorräte ihre Schulden abzuzahlen. Wir glauben, daß auch ihre Zukunft nunmehr sichergestellt ist.

Unsere Aktiven haben wir, wie dies immer unsere Gepflogenheit war, sehr vorsichtig bewertet. Wir haben daher in unsere Ertragsrechnung keine Einnahmen der Londoner und Pariser Filiale einbezogen, vielmehr die Zinsen der Dotationen und der Forderungen, die wir an diese Filialen haben, in Schwebe gelassen. Für unser Engagement bei der Rumänischen Kreditbank, für das wir durch Pfänder wohl ausgiebig gedeckt sind, haben wir eine besondere Rücklage geschaffen. Eine Dividende auf die Aktien dieser Bank für das Jahr 1916 konnte naturgemäß nicht verteilt werden.

Die Bilanz, die wir Ihnen vorlegen, weist mit Ausnahme der Devisen- und Valutengewinne in allen Positionen Ertragssteigerungen auf. Unser laufendes Bankgeschäft erwies sich auch im Kriege als das Rückgrat unserer Einnahmen, denn wir verdanken ihm den stürmischen Einlagenzufluß, der uns in die Lage versetzte, bedeutend höhere Zinsengewinne als in den Friedensjahren zu erzielen. Allerdings sind auch die Spesen unseres Geschäftsbetriebes beträchtlich gestiegen. Wir hielten uns angesichts der verteuerten Lebenshaltung verpflichtet, die Bezüge unserer Angestellten ausgiebig zu erhöhen. Wir hatten entsprechend dem höheren Vorjahrsgewinn auch eine wesentlich größere Steuer zu entrichten. Dagegen dürfen wir mit Befriedigung darauf hinweisen, daß wir trotz der Ausdehnung unserer Geschäfte, trotz der vielen neuen Konti und des gewaltig gestiegenen Umsatzes keinerlei Geschäftsverluste erlitten haben. Bei unserem Antrag auf Verteilung des Reingewinnes haben wir uns von dem Bestreben leiten lassen, in erster Linie unsere Reserven zu stärken.

Ueber die der Bank nahestehenden Unternehmungen wird folgendes mitgeteilt: Bei der Aktiengesellschaft der Emaillierwerke und Metallwarenfabriken „Austria" hat das Kommerzgeschäft infolge Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften eine Einschränkung erfahren müssen, trotzdem die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft eine gesteigerte war. Die Werke sind jedoch mit Lieferungen für die Heeresverwaltung ausreichend beschäftigt, so daß für das Jahr 1916/17 ein ebenso günstiger Abschluß zu erwarten ist, wie der des vergangenen Jahres war. Alle Betriebe der Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner-L. & J. Biro und A. Kurz waren durch umfangreiche Heereslieferungen voll in Anspruch genommen, und es ist demzufolge ein recht günstiges Ergebnis zu erwarten. Die Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke mußten sich fast ausschließlich der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen, die die Werke der Gesellschaft intensiv beschäftigte; die hierdurch im Vergleich zu normalen Zeiten bedingte, wesentlich stärkere Abnützung der Anlagen wird wohl entsprechend höhere Abschreibungen in der Bilanz erforderlich machen; trotzdem ist ein günstiges Ergebnis für das abgelaufene Jahr und voraussichtlich die gleich hohe Dividende wie im Vorjahr zu erwarten. Wiewohl der Personen- und Frachtenverkehr bei der Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr aufweist, dürfte das Ergebnis mit Rücksicht auf die erhöhten Materialkosten und die vermehrten sozialen Lasten keine Verbesserung erfahren. Die Erzeugnisse der Vereinigten Carborundum- und Elektritwerke-A.-G. waren auch im vergangenen Jahre sowohl im Inland als in Deutschland sehr begehrt. Das Erträgnis der Gesellschaft wurde durch den Eingang ansehnlicher Beträge an fremder Valuta für die exportierten Waren sehr verbessert, und es ist dem Vorjahr gegenüber eine erhöhte Dividende zu gewärtigen. Der Betrieb der Vereinigten Drogengroßhandlungen G. & R. Fritz-Pezoldt & Süß A.-G. ist durch die andauernde Schwierigkeit der Warenbeschaffung aus Deutschland und den neutralen Staaten, die durch die Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Valuta noch eine Verschärfung erfahren hat, sehr behindert. Ueberdies muß der Betrieb mit stark verringerten Arbeitskräften geführt werden. Das Ergebnis der Gesellschaft, deren Geschäftsabschluß aus technischen Gründen erst für Ende Mai zu erwarten ist, dürfte ein unter den obwaltenden Verhältnissen befriedigendes sein.

Wir haben im abgelaufenen Jahre unseren gesamten Besitz an Aktien der Metallwarenfabrik St. Veit a. d. Triesting A.-G. sowie der Bechert & Ko. Drahtstifte, Schrauben- und Stahlindustrie-A.-G. mit gutem Nutzen veräußert. Bei der Aktiengesellschaft der hydraulischen Kalk- und Portland-Zementfabrik zu Perlmoos (vorm. Angelo Saullich) ist für das abgelaufene Jahr mit einem günstigen Ergebnis kaum zu rechnen, da eine den geänderten Produktionsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise nicht vorgenommen werden konnte. Der Stand unserer Parzellierungsgeschäfte hat entsprechend der allgemeinen Lage des Baugeschäftes fast keine Veränderung erfahren. Der Vereinigten österreichischen Schiffahrt-A.-G. vorm. Austro-Americana und Fratelli Cosulich war auch im Jahre 1916 infolge des Krieges jede Betätigung benommen, und war die Aufstellung einer Bilanz pro 1916 mit Rücksicht auf das ungewisse Schicksal des in den nordamerikanischen Häfen befindlichen Schiffsparkes der Gesellschaft bisher untunlich. Die Dividende der Aktiengesellschaft vorm. Münchengrätzer Schuhfabrik Franz und Ernst Kompert wurde für 1915/16 auf 15 Prozent erhöht, und dürfte auch für das laufende Jahr eine gleichhohe Dividende bezahlt werden. Anläßlich der Kapitalsvermehrung dieser Gesellschaft im Jahre 1916 haben wir zu den schon früher übernommenen eine neue Partie von Aktien erworben. Die Moosbrunner Glasfabriks-A.-G. konnte für das Geschäftsjahr 1915/16 eine 10prozentige Dividende verteilen. Wenn die kontinuierlich steigenden Betriebsschwierigkeiten keine übermäßige Verschärfung erfahren, darf man wohl auch pro 1916/17 ein günstiges Ergebnis erwarten. Nach wie vor ist es nicht möglich, bezüglich der Union-Minère et Metallurgique de Russie zuverlässige Mitteilungen zu erhalten, jedoch erfahren wir auf indirektem Wege, daß die Produktionsverhältnisse unverändert günstig sind. Die Werke der Holzindustrie-A.-G. Bucovina sind infolge der neuerlichen Russeninvasion in der Bukowina unserem Einfluß entrückt, weshalb die Aufstellung einer Bilanz vorläufig nicht möglich ist. Die Tiroler Aktienbrauerei Kundl hat auch im vergangenen Jahre eine 4prozentige Dividende verteilt.

In der Zuckerindustrie erfolgte die Regelung der Produktionsbedingungen und Verkaufspreise auch heuer durch die Zuckerzentralen. Die uns nahestehenden Gesellschaften haben durchweg günstige Erfolge erzielt. Die Zentralmährische Zuckerfabriken- und Oekonomie-A.-G. konnte pro 1915/16 zum erstenmal eine 5prozentige Dividende verteilen, und hat auch in der Kampagne 1916/17 befriedigend gearbeitet. Der Verein mährischer Zuckerfabriken zahlte pro 1915/16 gleichwie im Vorjahr 12 Prozent. Die Dividende der Schönpriesener Zuckerraffinerie wird pro 1916 15 Prozent, wie im Vorjahr, betragen. Auch die Südungarische Zuckerindustrie-A.-G. hat in der Kampagne 1915/16 günstig gearbeitet und eine 6prozentige Dividende gezahlt. Ungeachtet der seither erfolgten Kapitalserhöhung von 4 Millionen auf 6 Millionen Kronen dürfte pro 1916/17 die Ausschüttung einer höheren Dividende möglich sein. Die Oberungarische Zuckerindustrie-A.-G. hat infolge der günstigeren Absatzverhältnisse für Bodenprodukte mit einem nur geringfügigen Verlust abgeschlossen. Die Kampagne 1916/17 dürfte trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse gleichfalls keinen nennenswerten Verlust ergeben, während pro 1917/18 infolge des zum erstenmal seit dem Bestand der Gesellschaft für die Felderbestellung günstigen Herbstwetters die Aussichten bessere sind. Die Dividende der Schokolade-Werke „Deli" A.-G. für das abgelaufene Jahr hat gleichwie im Vorjahr 20 Prozent betragen. Bei der „Solo"-Zündwaren- und Wichsefabriken-A.-G. sind die Absatzverhältnisse andauernd günstig, indessen beginnt der Mangel an Rohmaterialien sich stark fühlbar zu machen. Besonders lebhaft entwickelt sich das Geschäft in Lederputz- und Konservierungsartikeln infolge bedeutender Zivil- und Heereslieferungen, so daß für das laufende Geschäftsjahr mit einer höheren Dividende gegenüber dem Vorjahr zu rechnen ist. Die Oesterreichischen und Ungarischen Hofherr-Schrantz, Clayton-Shuttleworth-A.-G. waren im verflossenen Jahre durch Kriegsbestellungen großen Umfanges beschäftigt und ist demgemäß ein erhöhtes Ergebnis dieser Gesellschaften zu erwarten. Ueberdies ergeben sich für dieselben günstige Aussichten für die Zeit des Friedens, da sich eine steigende Nachfrage nach landwirtwirtschaftlichen Maschinen, dem eigentlichen Fabrikationsgegenstand dieser Gesellschaften, bemerkbar, macht. Die „Fistag"-Fettindustrie- und Stärkefabriken-A.-G. dürfte, wie im Vorjahr, eine 6prozentige Dividende bezahlen. Die Bilanz der Vereinigten Lederfabriken Flesch, Gerlach, Moritz A.-G. läßt für das Geschäftsjahr 1916 recht günstige Resultate erwarten. Das Ergebnis pro 1916 der Vereinigten Bandfabriken-A.-G. kann zufriedenstellend genannt werden und dürfte zumindest die Auszahlung der gleichen Dividende wie im Vorjahre ermöglichen. Auf Grund des uns von der Gesellschaft bei deren Gründung eingeräumten Optionsrechtes haben wir im Berichtsjahr einen kleinen Posten von Aktien dieser Gesellschaft erworben. Die „Centra" Vereinigte Seifen-, Stearin-, Kerzen- und Fettwarenwerke-A.-G., die sehr unter dem herrschenden Mangel an Rohmaterial leidet, ist dementsprechend nicht voll beschäftigt, nichtsdestoweniger dürfte das Resultat befriedigend sein. Auch von dieser Gesellschaft wurde uns anläßlich der Gründung derselben das Optionsrecht auf einen Teil ihrer Aktien eingeräumt, das wir im Vorjahr ausgeübt haben.

Zum Schluß widmet der Bericht dem kürzlich verstorbenen Ersten Vizepräsidenten und langjährigen Generaldirektor Ludwig August Lohnstein und dem verstorbenen Mitglied der Verwaltung Wilhelm Neuber Nachrufe.

Abstimmung und Wahlen.

Auf Antrag der Zensoren wurde der Verwaltung das Absolutorium erteilt und sodann die bekannten Anträge der Verwaltung auf Verwendung des Reingewinnes mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Es gelangt demnach eine Dividende von K. 30.— vom 4. d. ab zur Verteilung. Ebenso wurde der Antrag auf Aenderung der Statuten betreffend die Festsetzung der Höchstgrenze für Einlagen auf Büchel mit 300 Millionen einstimmig angenommen.

Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen in den Verwaltungsrat wurden die turnusgemäß austretenden Herren Otto v. Seybel, Richard Elbogen und Oskar Heintschel von Heinegg wieder-, die Herren Leopold Prinz Lobkowitz und Markus Rotter neugewählt. Für das Jahr 1917 wurden zu Zensoren die Herren Kommerzialrat Karl Thonet und Julius Wolf, zu Zensorenstellvertreter die Herren kais. Rat Friedrich Elsinger und Karl Potucek wiedergewählt.

Länderbank.

Generalversammlung.

Unter Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten Otto v. Seybel und in Anwesenheit von 202 Aktionären, die 72.624 Aktien mit 1903 Stimmen vertreten haben, fand gestern die Generalversammlung der Länderbank statt. Als landesfürstlicher Kommissär nahm Minialrat Dr. R. v. Kozubowsky an der Versammlung teil. Nach Erledigung der Formalitäten verlas Generaldirektor Rotter den Geschäftsbericht.

Der Geschäftsbericht.

Der Geschäftsbericht enthält zunächst eine Trauerkundgebung für weiland Kaiser Franz Josef I. und eine Huldigungskundgebung für Kaiser Karl I. und führt sodann im wesentlichen aus:

Von unseren Angestellten sind derzeit 419 Beamte und 191 Diener zum Militärdienst eingerückt. Wir gedenken bei diesem Anlaß wehmutsvoll jener Angestellten, die in Ausübung ihrer Pflicht für das Vaterland den Tod auf dem Felde der Ehre gefunden haben. Es sind dies die Beamten: Rudalf Groschl, Erwin Bruck, Leopold Dungler, Dr. Otmar Kaiser, Franz Pacher, Viktor Pokorny, Viktor Schmidt, Hermann Weiß, Friedrich Wörndlein; die Diener Johann Pfannhauser, Johann Schwanzer. Ihr werden ihnen für immerwährende Zeiten ein pietätvolles Gedenken bewahren.

Da die Absperrung von den ausländischen Industrien den Staat auf die eigenen Hilfsmittel angewiesen hat, so ergab sich die Notwendigkeit, immer neue Produktionszweige der staatlichen Bewirtschaftung zu unterstellen, wodurch der freie Handel immer mehr eingeengt worden ist. Die Erschöpfung der Vorräte und die Unmöglichkeit, sie zu ergänzen, führte zu einschneidenden Veränderungen im wirtschaftlichen Kreislauf, indem in diesem noch nie dagewesenen Umfang eine Umwandlung aller Produktionsgüter in Bargeld stattgefunden hat. Den Finanzinstituten als den Zentralstellen des Geldverkehrs sind infolgedessen gewaltige Kapitalien, die im Leben für die Gütererzeugung arbeiteten, eingeliefert worden. Auch unser Institut, das seit jeher seine Aufgabe darin erblickte, die Kreditbedürfnisse der Industrie und der Kaufmannschaft

werden die Richtlinien der Produktion wichtiger Güter dem Einfluß privater Geschäftsführung entzogen. Mit Recht erscheint es als das wichtigste Problem, sowohl die im Lande vorhandenen und in emsiger Arbeit stets neu erzeugten, als auch die durch Import etwa noch zu beschaffenden Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und endlich auch an Ganzfabrikaten einer möglichst systematischen Verarbeitung und Verteilung zuzuführen, die durch die gesamtwirtschaftliche Bedürfnisabstufung bestimmt wird. Hierbei muß wohl vor allem in Betracht kommen, daß den unmittelbaren Bedürfnissen der Kriegführung industriell volles Genüge geleistet werde; auch im Berichtsjahre haben wir, wie in den früheren Kriegsjahren, in den uns nahestehenden Betrieben dieser Art die erforderlichen Investitionen zu fördern als unsere oberste Pflicht erachtet. Andere Betriebe hatten in Abhängigkeit von den Vorräten und Bedürfnisfalen der Volkswirtschaft ihre Erzeugung einzurichten und erhielten daher ihre Direktiven durch kriegswirtschaftliche Zentralen, von denen auch im Berichtsjahre mehrere von großer Bedeutung ins Leben gerufen worden sind. Wir haben durch Krediterteilung an solche Zentralen einen Teil unserer verfügbaren Mittel placieren können.

Der hervorstechendste Zug der geldwirtschaftlichen Entwicklung war die weitere und stark ansteigende Konzentration von flüssigen Mitteln in den Kreditinstituten. Es ist dies eine Erscheinung, die mit der Entwicklung, die die Kriegswirtschaft im Berichtsjahre nahm, auf innigste zusammenhängt und nicht bloß auf die Banken beschränkt blieb, allerdings aber bei den letzten am stärksten aufgetreten ist. Die allmähliche Entgüterung der Volkswirtschaft und die wachsende Umwandlung von Gütern in Geldform kommt hier zum Ausdruck. Dieses Phänomen ist sicherlich in gewissem Sinne ein abnormales und daher wohl auch kritisch zu betrachten, hat aber andererseits auch die Eignung, für den Uebergang zur Friedenswirtschaft in kredit- und geldwirtschaftlicher Beziehung nicht zu unterschätzende Voraussetzungen zu schaffen und zu festigen. Denn so wie heute die in reichem Maße den Banken zufließenden Gelder dem Staate zunächst provisorisch, dann aber auch durch die Finanzierung von Kriegsanleihezeichnungen definitiv überwiesen werden, so wird späterhin die Ansammlung von großen Beständen bei den Kreditinstituten es ermöglichen, beim Uebergang zur Friedenswirtschaft sowohl der Industrie die für die Beschaffung von neuen Rohstoffen erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, als auch die dann vom Staate zu ergreifenden Maßregeln aufs kräftigste zu unterstützen. Denn sicherlich können der kredit- und geldwirtschaftliche Uebergang zur Friedenswirtschaft und insbesondere die die Währung betreffenden Operationen von zuständiger Stelle zweckmäßiger in die Wege geleitet und durchgeführt werden, wenn die Verfügung über die Zirkulationsmittal und mobilen Geldbestände der Volkswirtschaft den leitenden Organen des Staates in einem gewissen Sinne durch Konzentration dieser Geldmittel erleichtert, und namentlich wenn hierdurch der Ueberblick über die Verwendung derselben ermöglicht wird. So hat denn diese Erscheinung der Zunahme der Kreditoren und der Einlagen, mag sie auch zum Teile aus den besonderen Verhältnissen des Krieges entstanden sein, nicht bloß für die Kreditinstitute, die sich des Vertrauens des Publikums erfreuen, eine privatwirtschaftliche, sondern auch für die Gesamtheit eine große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Wie Sie aus unserer Bilanz entnommen haben, beträgt der Stand unserer Einlagen gegen Sparbücher und Kassenscheine am Ende des Jahres 1916 K. 187,857.775 gegen K. 110,552.535 am Ende des Vorjahres. Seit Anfang des laufenden Jahres hat sich aber der Einlagenstand noch wesentlich, und zwar bis über den Betrag von K. 200,000.000, der durch unsere vorjährige Statutenänderung als Höchstgrenze bestimmt worden war, erhöht. Wir haben diesen Sachverhalt pflichtgemäß der hohen Finanzverwaltung angezeigt, die durch Erlaß Nr. 25.093 vom 4. April d. J. eröffnet hat, daß in Anbetracht der gegenwärtigen abnormalen Verhältnisse gegen eine Ueberschreitung des Einlagenlimites keine Einsprache erhoben werde.

Der große Aufschwung unseres laufenden Bankgeschäftes, die Vermehrung der Anzahl der Kreditoren- und Einlegerkonti, die bei unserem Institut in erheblichem Maße hervorgetreten ist, geben die Rechtfertigung dafür, daß wir Sie in der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Oktober 1916 gebeten haben, uns die Ermächtigung zu erteilen, das Aktienkapital um 80 Millionen Kronen zu erhöhen, eine Operation, die in solchem Umfang und im Kriege zu unternehmen wir uns gewiß nur durch die dringliche Notwendigkeit veranlaßt sehen konnten, die eigenen Mittel in richtigem Verhältnis zu den uns anvertrauten Geldern zu halten. Anläßlich der uns erteilten Genehmigung zur statutarischen Eintragung im Handelsregister hat die k. k. Staatsverwaltung vom Generalrat die Fassung eines Beschlusses und die Ergänzung der Statuten in der Richtung verlangt, daß folgender Absatz in den Artikel 11 unserer Gesellschaftsstatuten eingefügt werde: „Die Gültigkeit eines die Vermehrung des Aktienkapitals beinhaltenden Generalversammlungsbeschlusses erlischt, soweit die geplante Kapitalsvermehrung nicht bis zu der dem betreffenden Beschluß nachfolgenden ordentlichen Generalversammlung tatsächlich durchgeführt sein sollte." Wir haben diesem Verlangen der Staatsverwaltung selbstverständlich willfahrt und konnten dies um so eher tun, als es ja nur eine Bekräftigung unserer eigenen Haltung bedeutet, da wir, wie Ihnen erinnerlich, die uns in der Generalversammlung des Jahres 1914 erteilte Vollmacht zur Kapitalsvermehrung im Jahre 1915 wieder in Ihre Hände zurückgelegt haben und uns im vorigen Jahre neuerlich eine Vollmacht zur Erhöhung unseres Aktienkapitals von Ihnen haben erteilen lassen. Was die Kapitalserhöhung selbst betrifft, so ist diese inzwischen durch Ausgabe von 128.000 Stück junger Aktien mit vollem Erfolg durchgeführt worden. Der aus dieser Emission über den Nominalwert der Aktien erzielte reine Mehrerlös von K. 18,205.500 wurde der Reserve aus den Kapitalserhöhungen zugeführt, wodurch sich diese auf den Betrag von K. 28,111.085 erhöht.

Wir haben im Laufe des Berichtsjahres infolge einer von zuständiger Seite uns zugekommenen Anregung eine Expositur in Belgrad eröffnet. Die in der Dresdnerstraße und in Stadlau bestandenen Exposituren, die wir zu Beginn des Krieges geschlossen haben, wurden zum Zwecke der erhöhten Werbetätigkeit für die Kriegsanleihen wieder eröffnet; mit derselben Bestimmung haben wir in Komotau eine neue Expositur errichtet. Die Exposituren Johannisbad, Kagran, Klattau und Turn blieben während des Berichtsjahres geschlossen. Wir haben für Kriegsfürsorgezwecke K. 638.280 und als Kriegsaushilfen für die Angestellten unserer Anstalt und für deren Familien K. 691.849 aufgewendet; wir sind überzeugt, daß Sie dem Generalrat mit Rücksicht auf die herrschenden außerordentlichen Verhältnisse für diese Zuwendungen die Decharge erteilen und uns auch die Ermächtigung geben werden, unsere Wohlfahrtaktionen während der Dauer des Krieges fortzusetzen. Unser Rechnungsabschluß enthält gleichwie in den Jahren 1914 und 1915 im Gewinn- und Verlustkonto nur die Resultate der Zentrale und der österreichisch-ungarischen Niederlassungen, während die Ziffern der Londoner Anstalt, deren authentische Rechnungsabschlüsse wir uns zu beschaffen nicht in der Lage gewesen sind, in das Gewinn- und Verlustkonto nicht einbezogen werden konnten; unsere Bilanz enthält daher lediglich die aus unseren hiesigen Büchern resultierenden Saldi der Londoner Niederlassung.

Unser Institut hat sich in den Dienst der Kriegsanleihewerbung mit Anspannung all seiner Kräfte gestellt, und wir dürfen mit Genugtuung darauf hinweisen, daß diesen Bemühungen ein erheblicher Anteil an dem Erfog der Zeichnungen auf die vierte und fünfte Kriegsanleihe beschieden war. Bei diesen beiden Anleihen haben wir die höchsten Zeichnungsziffern erreicht, die durch ein Bankinstitut in Oesterreich-Ungarn angemeldet wurden; der Gesamtbetrag der bei unserem Institut für eigene und fremde Rechnung gezeichneten fünf österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen übersteigt 2·1 Milliarden Kronen und stellt das höchste an einer Stelle erzielte Ergebnis dar. An der Zeichnung auf alle bisher aufgelegten österreichischen Kriegsanleihen partizipieren wir mit 10·1 Prozent. Die von uns erzielten Erfolge sind zum Teil besonderen von uns geschaffenen, die Zeichnung und die weitere Durchführung erleichternden Einführungen zu danken, von denen manche vorbildlich wirken konnten. Die Heranziehung breiter Schichten auch der kleinsten Zeichner wird allerdings unsere Kriegsanleiheabteilungen auch in Zukunft mit umfangreicher Arbeit belasten. Die mit großem Erfolg abgeschlossenen Kriegsanleihezeichnungen, insbesondere aber das starke Ergebnis des zu Beginn des laufenden Jahres auf Grund der Initiative der Finanzverwaltung durchgeführten Umtausches erster und zweiter Kriegsanleihe in vierzigjährige fünfte Staatsanleihe, haben das Vertrauen in die Kriegsanleihen so befestigt und derartiges Interesse für Staatswerte überhaupt wachgerufen, daß wir für diesen Zweig unseres Bankgeschäftes, dem wir uns auch in Zukunft mit besonderer Hingebung widmen werden, weiterhin ein wichtige und umfangreiche Betätigung voraussehen.

Außer der Mitwirkung an der Placierung der österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen haben wir uns im Berichtsjahre an folgenden Finanzgeschäften beteiligt: Unter unserer Führung und dem Beitritt des Bankhauses S. M. v. Rothschild, sämtlicher Wiener Großbanken und einer Anzahl von Mittelbanken in Wien und in der Provinz wurde ein Konsortium für die Uebernahme von 2 Millionen Stück Prämienschuldverschreibungen der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, genannt „Neue österreichische Rote Kreuzlose vom Jahre 1916", im Nominalwert von 40 Millionen Kronen gebildet und diese Lose unter der Mitwirkung fast aller österreichischen Banken und Bankiers im Publikum placiert. Die Endabrechnung dieses Konsortiums erfolgte im Januar 1917. Wir haben uns gemeinsam mit deutschen, österreichischen und ungarischen Banken an der Uebernahme von 150,000.000 Mark 5prozentigen königlich ungarischen Staatskassenscheinen vom Jahre 1916 beteiligt. Dieses Syndikat wurde im Oktober 1916 aufgelöst. Wir haben als Mitglied des Rothschild-Konsortiums an der Uebernahme von 230,000.000 Kronen 5½prozentigen königlich ungarischen Staatskassenscheinen vom Jahre 1916 teilgenommen; dieses Syndikat gelangte im November 1916 zur Auflösung. Wir beteiligten uns mit einer entsprechenden Quote an der durch das gleiche Konsortium vorgenommenen Begebung von 600,000.000 Kronen 5½prozentigen kündbaren königlich ungarischen Staatskassenscheinen vom Jahre 1916; das für diese Emission gebildete Syndikat wurde zu Beginn des Jahres 1917 aufgelöst. Gemeinsam mit einer Gruppe von Banken haben wir an dem Placement von 100.000.000 Kronen 5½prozentigen Kassenscheinen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Emission 1916, mitgewirkt; das für diese Emission gebildete Syndikat wurde im März 1916 aufgelöst. Ferner haben wir uns an der Uebernahme von K. 100,000.000 5prozentiger Landesanleihe der Markgrafschaft Mähren beteiligt; das betreffende Syndikat hat seine Rechnungen im Februar 1917 abgeschlossen. Gemeinsam mit einer Gruppe von Banken haben wir uns an der Uebernahme von 41,600.000 Kronen 4prozentiger Donauregulierungsanleihe beteiligt; diese Titres wurden zu Beginn des Jahres 1917 im Publikum placiert. Die aus den obigen Syndikaten resultierenden Gewinne bleiben einer späteren Verrechnung vorbehalten.

Unter der Führung der Deutschen Bank wurde zur Exploitierung der siebenbürgischen Erdgasvorkommen die Ungarische Erdgas-A.-G. mit einem Kapital von K. 27,000.000 gegründet; dem für die Aktien dieses Unternehmens gebildeten Syndikat sind wir beigetreten. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank haben behufs Uebernahme der Schlaf- und Speisewagenbetriebe der Internationalen Schlafwagengesellschaft die „Mitropa", Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G. in Berlin gegründet, an der wir uns beteiligt haben. Auf Grund von Verhandlungen, die wir im Oktober 1915 mit Herrn Ludwig Wittgenstein angeknüpft hatten, haben wir in den ersten Monaten des Berichtsjahres in Gemeinschaft mit ihm die Oesterreichische Wald- und Holzindustrie-A.-G. gegründet. Seither haben wir unsere Beteiligung an dieser Gesellschaft realisiert. Durch Uebernahme eines Aktienpostens haben wir ein Interesse an der Dr. Liptak & Ko. A.-G. für Bauten und Eisenindustrie in Budapest erworben. In Gemeinschaft mit der Enzesfelder Munitions- und Metallwerke-A.-G. und der erwähnten Dr. Liptak & Ko. A.-G. haben wir die Ungarische Munitionsfabriks-A.-G. mit einem Aktienkapital von K. 2,500.000 gegründet. Im Wege unserer Budapester Filiale haben wir uns an der in der ersten Hälfte des Jahres 1916 in Budapest gegründeten Geldinstitutszentrale beteiligt und an der Uebernahme von K. 80,000.000 6prozentiger steuerfreier Anleihe der Haupt- und Residenzstadt Budapest vom Jahre 1916 teilgenommen. Im Laufe des Berichtsjahres haben wir uns gemeinsam mit der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, der Landesbank des Königreiches Galizien, der k. k. priv. galizischen Aktien-Hypothekenbank, der Industriebank für das Königreich Galizien und einigen Persönlichkeiten Galiziens an der Gründung der Zentral-Landesbaugesellschaft m. b. H. in Lemberg beteiligt, die mit einem Kapital von K. 2,000.000 ausgestattet wurde. Ferner haben wir gemeinsam mit Freunden die „Universale"-Baugesellschaft m. b. H. in Wien mit einem Kapital von K. 2,000.000 ins Leben gerufen. An der Metallwarenfabrik-Brüder Deutsch G. m. b. H. in Wien haben wir uns mit einer Einlage beteiligt. Die Konsortien für die neuen Aktien nachstehender Institute und Gesellschaften: K. k. priv. Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, Unionbank, k. k. priv. Bank- und Wechselstuben-A.-G. „Mercur", Pester Erster Vaterländischer Sparkassaverein, Vaterländische Bank-A.-G., Oesterreichische Fiat-Werke-A.-G., „Atlantica" Seeschiffahrt-A.-G., an denen wir beteiligt waren, wurden mit Gewinn aufgelöst, den wir einer späteren Verrechnung vorbehalten.

Anglo-Oesterreichische Bank.

Generalversammlung.

Unter Vorsitz des Präsidenten Prof. Dr. Julius v. Landesberger fand gestern die Generalversammlung der Anglo-Oesterreichischen Bank statt. Anwesend waren 91 Aktionäre, die 113.075 Aktien vertraten. Als landesfürstlicher Kommissär fungierte Ministerialrat Dr. Wanschura.

Vor Eingang in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Mitteilung von der am 24. November vorigen Jahres vom Generalrat der Bank veranstalteten Trauerkundgebung für weiland Kaiser Franz Josef I. und von der gleichzeitigen Huldigungskundgebung für Kaiser Karl I. und widmete den auf dem Felde der Ehre gefallenen gesellschaftlichen Angestellten einen ehrenden Nachruf.

Der hierauf von Direktor Kommerzialrat Hugo Schwarz verlesene Geschäftsbericht führt unter anderem folgendes aus:

Der Geschäftsbericht.

Seit Beginn des Weltkrieges sind bis heute 780 unserer Beamten und Diener zur Erfüllung ihrer militärischen Pflicht eingerückt. Im abgelaufenen Jahre hatten wir das Ableben des Generalrates Adolf Klein zu beklagen und das Mitglied unseres Generalrates Geheimer Rat Graf Geza Andrassy hat sich anläßlich der im ungarischen Reichstag infolge der besonderen Kriegsverhältnisse aufgeworfenen Inkompatibilitätsfragen veranlaßt gesehen, in freundschaftlicher Weise sein Mandat als Mitglied des Generalrates niederzulegen.

Im abgelaufenen Jahre haben die Züge der Kriegswirtschaft eine besondere und markante Gestalt angenommen. Je länger der Krieg fortdauert und je mehr sich die Volkswirtschaft zur Kriegswirtschaft im strengeren Sinne entwickelt, in desto größerem Maße

Debatte und Abstimmung.

In der Debatte zum Geschäftsbericht sprach Aktionär v. Löbl dem Präsidenten, den Direktoren und dem Generalrat für ihre erfolgreiche Tätigkeit den herzlichsten Dank aus, worauf der Präsident im Namen der Direktoren und Beamten für die freundlichen Worte der Anerkennung dankte.

Der Geschäftsbericht, der Rechnungsabschluß und die Anträge der Verwaltung betreffend die Verteilung des Reingewinnes wurden sodann einstimmig genehmigt. Es gelangt demnach von heute ab eine Dividende von 24 Kronen für die Aktien mit voller Dividendenberechtigung und eine Dividende von 12 Kronen für die Aktien mit halber Dividendenberechtigung zur Verteilung.

Bei den hierauf folgenden Wahlen in den Generalrat wurde Kommerzialrat Leopold Bloch (in Firma E. Bloch & Söhne, Brünn) neugewählt und der turnusgemäß ausscheidende Generalrat Ernst Freiherr v. Herring wiedergewählt.

Pester Lloyd

4./V. 1917

H

90

Ein Wort zur Valutafrage.

Von **Adolf Dirnfeld.**

Budapest, 3. Mai.

Mit Ausbruch des Krieges hat in den Valutaverhältnissen aller kriegführenden Staaten eine mehr oder minder starke Verschiebung eingesetzt in Beziehung zueinander, besonders aber auch zu den neutralen Staaten und schließlich auch der neutralen Staaten zueinander. Als diese für unsere Valuta ungünstige Verschiebung größere Dimensionen annahm, haben bei der dieser Frage innewohnenden Wichtigkeit im gegenseitigen Einvernehmen die Regierungen Ungarns, Oesterreichs und des Deutschen Reiches sich veranlaßt gesehen, Devisenzentralen ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, den Devisenverkehr zu regulieren, einschränkend zu wirken, und ihn solchermaßen in die richtigen Wege zu leiten. Unsere Devisenzentrale tat das auch mit vollem Nachdrucke, indem sie, als spekulative Elemente, da sie keine Devisen mehr erhielten, das Ventil der Ausfuhr unserer effektiven Kronennoten öffneten, dies durch eine rasch erlassene Verordnung endgültig verhinderte. All das genügt indes nur für den Augenblick und die Zeit des Krieges.

Was aber soll und wird nach dem Kriege geschehen? Das bleibt eine offene Frage, die Antwort heischt. Sie ist von brennender Bedeutung und im Blätterwalde des Deutschen Reiches rauscht sie mächtig auf. Auch hierzulande ist sie Gegenstand vielfacher Betrachtungen, und dem Pester Lloyd verdanken wir mehrere belehrende, aufschlußreiche Artikel, in denen die Sache jedoch, wie sonst überall, mehr von der wissenschaftlichen Seite gefaßt wird. Wir werden über die verschiedenen Systeme und Theorien belehrt, die aber bald gegenseitig widerlegt werden. Es melden sich zum Worte die Metallisten, Bimetallisten, die Verfechter der Golddeckung, die hinwieder von anderen abgelehnt wird in der Ansicht, daß sie ihre Rolle überhaupt ausgespielt hat, da nicht das vorhandene Gold, sondern das Nationalvermögen die Notendeckung zu bilden hätte. Ein Standpunkt, der seine Berechtigung haben mag, bedenkt man, daß der Goldschatz sämtlicher europäischen Notenbanken

Neue Freie Presse
5./V. 1917
93

Der Börsekommissär über die Effektenbewegung.

Aeußerungen von Fachmännern.

Kaiserlicher Rat S. Steinhübl.

Vizepräsident der Wiener Börsekammer.

Die starke Effektenbewegung, die sich nun schon seit längerer Zeit an der Wiener Börse vollzieht, ist zum weitaus größten Teile durch fortdauernde Käufe der außerhalb des Marktes stehenden Kreise hervorgerufen. Die berufenen Börsenkreise, welche die Gefahren einer ausgedehnten Bewegung kennen, sind ihr ferne und beobachten sie auch zum Teil nicht ganz ohne Besorgnis. Die Ursachen, welche das starke und ununterbrochene Eingreifen des Publikums bewirken, liegen allerdings klar zutage. Die wichtigsten Gründe hiefür sind die andauernd ungewöhnliche Geldflüssigkeit, die günstige wirtschaftliche Entwicklung, die sich ja auch in den Abschlüssen der großen Banken und Industriegesellschaften widerspiegelte, sowie vor allem die erfreulicherweise vollkommen berechtigte Zuversicht, mit welcher die politische und militärische Lage der Monarchie betrachtet wird. Die treibende Kraft bildet hiebei der abnormale Zustand der Geldverhältnisse. Durch die Entwicklung im Kriege, durch den Mangel eines Imports, durch die Stillegung zahlreicher Produktionen sowie durch die erst in jüngster Zeit erfolgte Einschränkung im Warenhandel fehlen dem Gelde zahlreiche Gebiete, auf welchen es in normalen Zeiten fruchtbare Verwendung fand. In den Käufen auf dem Effektenmarkt ist daher vor allem der Betätigungsdrang der vorhandenen großen flüssigen Geldmittel zu erblicken, dem andere Gelegenheiten gegenwärtig entzogen sind. Mit Genugtuung läßt sich allerdings darauf hinweisen, daß diese Geldmittel auch zum großen Teil sich dem Anlagemarkt zugewendet haben. Die glänzenden Ergebnisse der Kriegsanleihen, welche die große finanzielle Kraft der Monarchie vor Augen geführt haben, sowie die ununterbrochene erfreuliche Besserung aller anderen staatlichen Werte beweisen, daß die vorhandenen Geldmittel auf diesem Gebiete eine weitgehende Verwendung gefunden haben. Zum Teil haben aber die Geldverhältnisse auch zur Betätigung auf dem Effektenmarkt veranlaßt und damit wurde die gegenwärtige Bewegung hervorgerufen.

Es ist zu beobachten, daß sich die Käufe hauptsächlich den Schrankenwerten zuwenden, während gerade jene Gebiete des Marktes, welche in der Regel den Gegenstand des berufsmäßigen Handels bilden, andauernd ruhig liegen. Das beweist den Gegensatz in der Anschauung, welche das Publikum und die berufenen Kreise der Börse beherrschen. Es scheint auch, daß das Publikum in seinem gegenwärtigen Optimismus manche Bedenken, welche einer zukünftigen Entwicklung entgegenstehen, zu übersehen geneigt ist. Wiederholt wurde schon von den berufensten Seiten auf die nahenden Erhöhungen der Steuern aufmerksam gemacht, und es läßt sich auch heute nicht überblicken, welchen Einfluß die stark erhöhten Abgaben auf die Rentabilität der einzelnen Gesellschaften sowie auf die gesamte industrielle Entwicklung nehmen werden. Auch sollte man sich in den Kreisen des Publikums vor Augen halten, daß, wenn in einer hoffentlich nicht zu fernen Zeit die großen Probleme der Friedenswirtschaft ihre Lösung verlangen werden, sofort eine starke Aenderung auf dem Geldmarkte eintreten wird. Die Käufe, die gegenwärtig auf dem Effektenmarkte durchgeführt werden, binden zweifellos einen Teil des Kapitals, welches dann zur Befriedigung der großen wirtschaftlichen Interessen dienen muß. Dieses Betriebskapital würde dann nur durch Verkäufe von Effekten flüssig gemacht werden können. Es ist auch nicht zu verkennen, daß gerade in letzterer Zeit auf einzelnen Gebieten des Marktes Uebertreibungen in der Preisbildung vor sich gegangen sind und daß der Preisstand jeden Zusammenhang mit der gegenwärtigen Rentabilität, ja auch mit den wahrscheinlich zukünftigen Erträgnissen verloren hat. Die Mahnung im aufklärenden Sinne, die heute von berufenster Seite erfolgt ist, ist daher bei der gegenwärtigen Situation des Effektenmarktes wohl zu verstehen. Es liegt im Interesse des ganzen Marktes wie auch der weiten Kreise des Publikums, die heute an der Effektenbewegung teilnehmen, sie voll zu würdigen.

Kommerzialrat Hugo Schwarz.

Direktor der Anglo-österreichischen Bank.

Der Börsenkommissär hat in der Sitzung der Wiener Börsekammer heute erklärt, daß die Regierung von schärferen Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Spekulation absehe und es der Börse selbst überlasse, alle hiefür notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Dieser Standpunkt ist meiner Ansicht nach der einzig berechtigte. Die Banken und auch die angesehenen Firmen sind schon seit mehreren Wochen bemüht, auf ihre Kundschaft in dem Sinne einzuwirken, daß sie sich Zurückhaltung auferlege. Man fordert nicht nur die Kundschaft nicht zur Spekulation auf, sondern mahnt sie hievon ab. Die Banken sehen auf die strammte Einhaltung der geforderten Margen und erhöhen vielfach diese Sätze; sie machen ihre Kunden darauf aufmerksam, daß die Kurse stark gestiegen sind und zu Realisierungen Anlaß geben sollten; sie halten den Kunden das Bedenkliche solch rascher Steigerungen vor Augen, weisen ihnen nach, daß die Kurse vielfach nicht im richtigen Verhältnis zur Rentabilität stehen und daß daher ein Umschwung nicht ausgeschlossen sei. Mit den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich flüssigen Geldstandes könne nicht auf die Dauer gerechnet werden. Ein vorsichtiger Kaufmann müsse sich vor Augen halten, daß im Frieden teureres Geld eintreten könnte und daß so der Spekulation der Boden entzogen werden würde. Der Friede werde weiter erhöhte Steuern bringen, welche das Erträgnis weiter schmälern würden. Schon jetzt gewähren die festen Anlagepapiere vielfach eine wesentlich höhere Verzinsung als eine große Anzahl von Industrieaktien und andere Konjunkturwerte, und dieses Mißverhältnis könnte sich unter Umständen noch steigern. Aus diesen Gründen mahnen die Banken vor einer Ausdehnung der Spekulation ab und werden auch weiterhin auf eine Selbstbeschränkung der Kundschaft hinwirken.

Die Sitzung der Börsekammer.

Die Wiener Börsekammer versendet folgende Mitteilung: In der heute unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Bernhard v. Popper-Artberg abgehaltenen Sitzung des Kursblattkomitees der Wiener Börsekammer wurden die Schwierigkeiten und Mißstände besprochen, die sich in der Abwicklung des gegenwärtigen Privatverkehres an der Börse in technischer Beziehung in stets wachsendem Maße ergeben.

Zu dieser Frage hat das Gremium der Effektensensale in einer Eingabe Stellung genommen, die die Einführung eines Gruppensystems für die Diensteinteilung der Sensale und andere Maßnahmen vorschlägt. Mit der Beratung dieser Angelegenheit wurde ein Spezialkomitee, bestehend aus den Herren Börseräten Robert Kolisch, Ernst Lemberger, Gustav Sobotka und Alois Weishut, betraut. Weiter wurde eine Eingabe des Wiener Giro- und Kassenvereines vorgelegt, in welcher er zur Behebung der durch den Personalmangel noch verschärften Schwierigkeit, den gegenwärtigen, sehr umfangreichen Geschäftsverkehr in der primitiven Form der täglichen Abwicklung zu bewältigen, vorschlägt, alle Geschäfte, die nach wie vor ausschließlich nur per Kassa geschlossen werden dürfen, wöchentlich an zwei festen Einreichungs- und zwei Erfüllungstagen durchzuführen.

Die Erklärungen des Börsekommissärs.

Hiezu gab der Börsekommissär Ministerialrat Dr. Robert Zwierzina mit Ermächtigung des Finanzministers die Erklärung ab, daß die Regierung angesichts der von ihr festgestellten Unmöglichkeit, mit den derzeitigen technischen Verkehrsformen das Auslangen zu finden, trotz gewisser Bedenken den Vorschlägen des Wiener Giro- und Kassenvereines ihre Zustimmung nicht versage. Der Minister habe gleichzeitig die sichere Erwartung ausgesprochen, daß alle maßgebenden Faktoren der Wiener Börse in deren eigenem Interesse mit größter Energie den zutage kommenden, im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders bedenklichen Auswüchsen der Spekulation entgegentreten werden, so daß die Regierung vorerst von schärferen Maßnahmen absehen könne. Diese Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende bat den Herrn Börsekommissär, dem Minister den wärmsten Dank der Kammer für das erwiesene Entgegenkommen sowie die Versicherung zu übermitteln, daß die Tendenzen der Regierung wie bisher bei der Leitung der Wiener Börse die ernsteste Würdigung finden werden. Dem Herrn Börsekommissär wurde der aufrichtige Dank für seine wohlwollende Förderung der gerechtfertigten Wünsche des Marktes ausgesprochen.

In der nachfolgenden, unter dem Vorsitze des Präsidenten Otto v. Seybel abgehaltenen Plenarsitzung gedachte der Vorsitzende zunächst in warmen Worten des am 23. März 1917 verstorbenen langjährigen, verdienstvollen Vizepräsidenten der Kammer Ludwig Wollheim. Sodann wurden die Beschlüsse des Kursblattkomitees zur Kenntnis gebracht und einstimmig genehmigt. Ferner wurde beschlossen, die Ansuchen der Anglo-Oesterreichischen Bank um Lieferbarkeitserklärung ihrer neu ausgegebenen Aktien Nr. 416668 bis 541667 à 240 K. und der Mährischen Eskomptebank um Lieferbarkeitserklärung ihrer neu ausgegebenen Aktien Nr. 20001 bis 25000 à 400 K. im eigenen Wirkungskreise zu bewilligen. Endlich wurde der Antrag, auf die bevorstehende sechste österreichische Kriegsanleihe abermals den Nennbetrag von 2 Millionen Kronen des langfristigen Typus zu zeichnen, wodurch die Gesamtzeichnung des Börsefonds auf 10 Millionen Kronen sich erhöht, einstimmig genehmigt. Ministerialrat Dr. Zwierzina sprach der Kammer für diese neuerliche Betätigung ihrer patriotischen Gesinnung namens der Regierung den Dank und die Anerkennung aus.

Vossische Zeitung

6./V. 1917

Zügelung der Börsenspekulation.

Von

Georg Münch.

Das neue große Kriegsanleihegeschäft ist bereits zum weitaus größten Teile abgewickelt. Von den insgesamt gezeichneten 12 979 Millionen Mark waren bis zum 30. April schon 10 430 Millionen Mark eingezahlt, also 80,4 pCt. des Ganzen. In hervorragendster Weise hat sowohl zu dem großartigen Gelingen der Anleihe selbst wie zu dem überaus raschen Beginn der Einzahlungen die deutsche Bankwelt beigetragen. Ueber 7½ Milliarden Mark Zeichnungen brachte sie bei, von dem Gesamtbetrag der Zeichnungen 58,13 pCt., und ohne weiteres läßt sich sagen, daß diese 7½ Milliarden Mark Bankzeichnungen heute schon ganz eingezahlt sind. Die Bankwelt vermittelt eben nicht nur die meisten Zeichnungen, sondern sie sorgt auch dafür, daß die angemeldeten Beträge sofort beglichen werden. Die reichen Mittel, über die sie verfügt, gestatten es ihr, in dieser für das Reich sehr wertvollen Weise den privaten Zeichnern vorzugreifen, denen es freisteht, ihre letzten Einzahlungen erst am 18. Juli zu bewirken. Freudigen Herzens hat denn auch der Reichsbankpräsident dem Vorsitzenden des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbe seinen Dank „für die unermüdliche und erfolgreiche Mitarbeit des gesamten Bankgewerbes" an der Anleihe ausgesprochen.

Diese ungeheuren Leistungen der Bankwelt vollzogen sich in einer Zeit, da an der Berliner Börse alles andere als eine träge Stimmung herrschte. Im Gegenteil befindet sich unser Effektenmarkt ja, mit wenigen Unterbrechungen, während des Krieges in einer recht günstigen Verfassung für Dividendenwerte; und nach Maßgabe der veränderten Zinsfußverhältnisse kann auch die Mehrzahl der festverzinslichen Papiere mit ihrer Kursgestaltung zufrieden sein. Wie sollte es auch anders sein? Das Deutsche Reich hat in diesem Riesenkampfe um Sein oder Nichtsein eine solche, alle Vorstellungen weit übertreffende militärische, wirtschaftliche und finanzielle Stärke offenbart, daß eine kleinmütige Beurteilung unserer Verhältnisse unsinnig wäre. Jeder neue Feind hat nur neue Kräfte in uns geweckt und das Gefühl unserer Ueberlegenheit über alle anderen gestärkt. Die sich immer erneuernden Riesenerfolge unserer Kriegsanleihen haben dasselbe bewirkt. Sie sind uns eine Bürgschaft dafür, daß unsere Rüstung überall untadelig und lückenlos, daß von einer Erschlaffung unseres Organismus nirgends etwas zu merken ist.

Die Kriegspanik, welche die deutschen Börsen durchmachten, war bereits mit dem Beginn des Krieges selbst so gut wie ganz überwunden: Ebenfalls ein Verdienst unserer Bankwelt, die inmitten der ersten Aufregung über das Ungeheuerliche nicht den Kopf verlor und sich dem Publikum als ein zuverlässiger, zur Besonnenheit mahnender Berater erwies. So kam es bei uns zu keiner, große Vermögenswerte zerstörender Verschleuderung von Wertpapieren im kritischen Sommer 1914. Und als dann bald die ersten großen Siege unserer Heere gemeldet wurden, da trat von selbst ein Umschwung ein. Je mehr man beobachtete, daß unsere Industrie sich für den Ausfall am Geschäft in Friedensartikeln durch die Herstellung von Kriegsbedarf zu entschädigen verstand, je mehr sich, zum Heile des Landes, die Umgestaltung auf die Kriegswirtschaft vollzog, desto mehr erblühte die Neigung der Kapitalisten, sich durch Käufe von Aktien solcher Gesellschaften, die sich in besonders geschickter Weise den Bedürfnissen der Zeit anzupassen verstanden, an der „Kriegskonjunktur" zu beteiligen.

Wohlerwogene Gründe hatten dazu geführt, den amtlichen Verkehr der deutschen Effektenbörsen mit dem Kriegsausbruch auszuschalten. Damit ließ sich indes nicht die Lust zu Umsätzen in Wertpapieren töten. Der freie Verkehr in den Räumen der Berliner Börse entwickelte sich wie von selbst, als natürliche Notwendigkeit, nicht etwa allein aus der Neigung zu Käufen seitens reicher Leute, sondern auch aus dem Bedürfnis vieler Effektenbesitzer, ihr Geld flüssig zu machen, ihre Schulden an die Bankwelt zu begleichen. Das letztere Moment wurde schon deshalb mitbestimmend, als unsere Börse, entsprechend den Wünschen der Aufsichtsbehörden, auf eine Abwicklung der Ultimoverpflichtungen, die aus der Friedenszeit bestanden, bedacht war. Bereits im Laufe des Jahres 1915 wurde dieser Abbau durchgeführt — eine hervorragende, von keiner anderen Weltbörse erzielte Leistung, die nur dank dem Bestehen des freien Effektenverkehrs möglich war. Seine volkswirtschaftliche Bedeutung war damit keineswegs erschöpft, vielmehr lag und liegt sie auch darin, daß es nur mit seiner Hilfe, mittels der täglichen unmittelbaren Berührung zwischen Banken und Bankiers, möglich war, die Wege ausfindig zu machen, auf denen es gelang, allen von unseren Gegnern aufgehäuften Schwierigkeiten zum Trotz, große Pakete von fremdländischen Warten ans Ausland abzustoßen und so dem Rückgang unserer Valuta entgegenzuarbeiten.

Die hiermit ohnehin verbundene Flüssigmachung von Barmitteln wurde, und zwar in ungleich stärkerem Maße, durch das Stocken unseres Außenhandels, die Aufarbeitung von Vorräten, den Ersatz der privaten Bewirtschaftung von Waren durch die staatliche gefördert. Milliarden und aber Milliarden wurden auf solche Weise frei. Ihre Ansammlung ist ja eine der Hauptursachen der verblüffenden Erfolge unserer Kriegsanleihen. Doch selbst die fabelhaften staatlichen Geldbedürfnisse konnten den Bronn, der aus der Liquidation von Effekten und Waren floß, nicht erschöpfen. Auch der Kapitalbedarf, den die Industrie für die Schaffung von Kriegswerkstätten hatte, spielte keine einengende Rolle. Es blieb noch immer genug Kapital übrig, das nach Betätigung drängte. Im wesentlichen strömte es den Banken und Sparkassen zu. Oft haben wir an dieser Stelle von den vielen Milliarden gesprochen, die sich in jenen Mittelpunkten des Geldverkehrs zusammenfanden und — ungeachtet ihrer Beisteuer zu den Kriegsanleihezeichnungen — fast unentwegt die Neigung zu steter Zunahme verrieten. Doch nicht allen denen, die über Bargeld verfügen, behagt dieses bequeme Deponieren. Sie wenden ihre Aufmerksamkeit dem Effektenmarkte zu und erspähen ihnen vorteilhaft erscheinende Anlagegelegenheiten. Ihr Weg hat sie zu den preiswerten festverzinslichen alten Fonds und zu den Aktien derjenigen Industrien geführt, die an Kriegslieferungen verdienen. So hatte die Kriegskonjunktur der Industrie immer mehr eine Kriegskonjunktur der Börse zur Folge. Der Mangel an neuen Werten, eine Begleiterscheinung der Ausschaltung des amtlichen Verkehrs, tat ein Uebriges.

Daß sich dabei nicht alles in dem Rahmen hielt, den der Ernst der Zeit vorschreibt, ist nicht zu bestreiten. Wo hätte es solche Ueberschreitungen in der Kriegszeit nicht gegeben? Doch kaum irgendwo anders sind die maßgebenden Stellen so tatkräftig bemüht gewesen, Mißstände zu beseitigen. Wenn man von Ausschreitungen der Börse spricht, denkt man gemeinhin nur daran, daß in der Burgstraße eine böse Gruppe von Spekulanten die Kurse nach Belieben treibt und das Publikum zu übervorteilen sucht. Nichts ist verkehrter als eine solche Vorstellung. Die Tendenz der Börse läßt sich bei uns nicht auf solche Weise bestimmen. Der Aufbau unseres Bankwesens, die Zusammensetzung unseres Bankierstandes bürgen dafür, daß künstliche Beeinflussungen des Wertpapiermarktes, wie sie z. B. in New York zum Alltäglichen gehören, unmöglich geworden sind. Wer von den Börsenbesuchern sich außerhalb der bei uns selbstverständlichen Grundsätze der geschäftlichen Moral zu stellen versucht, würde bald abgewirtschaftet haben. Aber „die Börse" kann es nicht oder wenigstens nicht immer leicht und sogleich verhindern, daß das Publikum durch seine Aufträge große Bewegungen in den Markt bringt. Zu diesen Auftraggebern gehören ja nicht nur Rentner, sondern in viel ausschlaggebenderer Weise die Angehörigen der verschiedensten Industriezweige und Gesellschaften. Sie suchen oft genug ihre Fachkenntnisse auch in Gestalt von Aktiengeschäften zu verwerten. Die Bankwelt kann gegen Uebertreibungen, die etwa daraus entstehen, nichts anderes tun, als streng auf die Fernhaltung rein spekulativen Geschäfts zu achten.

Auf diese ihre Pflicht, gewissermaßen im eigenen Hause Ordnung zu halten, hat sich die Börse als solche im Kriege stets besonnen. Das hat die Regierung selbst zugeben müssen, als sie im Hochsommer vorigen Jahres von ihrer Absicht, den freien Aktienverkehr durch einen hohen Umsatzstempel zu erdrosseln, abging und der Börse die Regelung ihrer Angelegenheiten überließ: Die Aufsichtsorgane der Börse richteten ihr Augenmerk darauf, daß nur reine Kassageschäfte ausgeführt werden, daß die Bankiers unaufgefordert keine Kurs- und Stimmungsberichte versandten, daß in öffentlichen Anzeigen weder Rat noch Auskunft über Wertpapiere durch die Bankwelt erteilt wurde. Auch wurde das laute Ausrufen von Kursen im Börsenverkehr verboten und der Schluß der täglichen Börsenversammlungen um 2 Uhr pünktlich angeordnet.

Es ist nicht zu leugnen, daß den Börsenleuten die Befolgung all dieser Vorschriften nicht immer leicht war. Ununterbrochen weitete und dehnte sich der Kreis der in den freien Verkehr hineingezogenen Dividendenwerte, weil die Kriegskonjunktur eben immer weitere Gebiete befruchtete. Deshalb kann es nicht wundernehmen, daß sich die Börsenbehörde von Zeit zu Zeit zur Erinnerung an die einschränkenden Bestimmungen veranlaßt sieht. So war es im November vorigen Jahres, und so ist es just wieder in diesen Tagen gewesen. Aufs neue ist der Börse zu verstehen gegeben worden, daß nichts unterbleiben soll, was zur Verhütung spekulativer Ausschreitungen dienen kann. Im besonderen sind die Vorschriften, die den pünktlichen Schluß des Verkehrs und das Ausrufen der Kurse betreffen, den Börsenbesuchern, in zunächst privater Form, ins Gedächtnis zurückgerufen worden.

Den unmittelbaren Anlaß hierzu hat die Tatsache gegeben, daß der freie Verkehr sich in der letzten Zeit etwas gar zu lebhaft allerhand Nebenwerten zuwandte. Hier sind nicht nur Ausschreitungen in den Umsätzen, sondern auch in der Kursbewertung eingetreten. Es läßt sich nicht bestreiten, daß eine Anzahl von Aktien auf Grund allzu hoffnungseliger Aufträge seitens des Publikums unverhältnismäßig stark in die Höhe gegangen ist. Zumal für Werte von kleineren Gesellschaften, die nur ein Kapital von ein paar Millionen haben, machte sich das fühlbar. Materialknappheit auf der einen, nicht genügend überlegte Nachfrage auf der anderen Seite hat manchem „Nebenwert" zu Steigerungen verholfen, denen selbst die Emissionshäuser mit Kopfschütteln gegenüberstehen. Hier ist eine Zügelung der Unternehmungslust durchaus am Platze, und der gesunde Sinn unserer Bankwelt wird sicherlich für einen Ausgleich Sorge zu tragen wissen.

Das Publikum selbst aber sollte sich bei seinen Käufen von Dividendenpapieren nicht einseitig von den hohen Kriegsgewinnen der Gesellschaften leiten lassen. Der Krieg hat vielen industriellen Gesellschaften, die sich vordem mühsam durcharbeiteten, zu gutem Gedeihen verholfen. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß den ungewöhnlichen Zuständen der Kriegszeit in hoffentlich nicht mehr allzu ferner Zeit wieder die normalen des Friedens folgen. Alle einsichtigen Verwaltungen bauen jetzt bereits durch ausgiebige Abbuchungen und Rückstellungen für diese Zukunft vor. Man vergegenwärtige sich nur die ganz außerordentlich strenge Bilanzierung, mit der jede der führenden Montangesellschaften, jedes unserer ersten Unternehmen der eigentlichen Rüstungsindustrie aufwartet, gar nicht der Banken zu denken, welche die Kriegsjahre zur Aufspeicherung vorher nie erreichter offener und geheimer Reserven benutzt haben. Diese Politik entspricht nicht etwa dem Wunsche, die Gewinne der Kriegszeit nur deshalb zu thesaurieren, um im Frieden von ihnen zehren zu können. Nein, unsere führenden Männer in Bankwelt und Industrie handeln dabei einzig und allein in der ernsten Erkenntnis, daß Deutschland nach dem Kriege nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen kann. Im Gegenteil harrt eine ungeheure Arbeitslast der Bewältigung, stehen wir vor unendlich viel Ungewissem. Der Neid auf Deutschlands wirtschaftliche Größe hat den Krieg fast der ganzen Welt gegen uns entfacht. Er wird nach dem Kampfe weiterbestehen. Zum mindesten versteckte Feindseligkeit wird es allerwärts zu überwinden geben. Nur eine aufs äußerste in sich gefestigte deutsche Industrie wird ihr siegreich begegnen können.

Die stolze Freude über unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Kriege darf uns nicht blind gegenüber diesen Anforderungen der kommenden Friedenszeit machen. Die Früchte der Kriegsarbeit werden wir nur in harter Friedensarbeit reifen sehen. Durch zeitige Sicherung ihrer Grundlagen werden wir uns die letztere erleichtern. Zu solcher Sicherung gehört es, daß die Effektenspekulation den Verlockungen der Stunde zu widerstehen weiß.

Reichspost

8./V. 1917

100

Die Bilanz der Allgemeinen Depositenbank.

Die Allgemeine Depositenbank, an deren Spitze bis vor kurzem der gewesene Bankpräsident Dr. J. Kranz stand, versendet folgendes Communiqué:

In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Allgemeinen Depositenbank wurde die Bilanz für das Jahr 1916 genehmigt. Der Reingewinn beträgt Kr. 6,719.273.65 und nach Ausscheidung des Gewinnvortrages vom Jahre 1915 per Kr. 704.088.56 Kr. 6,015.185.09 gegen Kr. 4,768.437.70 im Vorjahre. Der für den 23. Mai einzuberufenden Generalversammlung wird der Antrag gestellt werden, einen Betrag von Kr. 3,700.000.— zur Bezahlung einer 9½%igen Dividende, das ist Kr. 37.— per Aktie (gegen 8½%, das ist Kr. 34.— per Aktie im Vorjahre) zu verwenden, Kr. 400.000.— dem Pensionsinstitut der Angestellten sowie Kr. 200.000.— einem zu errichtenden Fonds für hilfsbedürftige Angestellte der Bank tantièmenfrei zuzuwenden, den ordentlichen Reservefonds durch Zuweisung von Kr. 69.647.14 auf die statutenmäßige Maximalhöhe von 25% des Aktienkapitals zu bringen, Kr. 1,200.000.— in den außerordentlichen Reservefonds zu hinterlegen und den nach Abstreichung der statutenmäßigen Tantièmen verbleibenden Betrag von Kr. 808.108.— auf neue Rechnung vorzutragen. Die Gewinne aus Konsortial- und Kommanditbeteiligungen sind, soweit sie aus bereits abgewickelten Geschäften stammen, in der Bilanz verrechnet.

Das Gewinn- und Verlustkonto weist im Vergleiche mit dem Vorjahre folgende Ziffern auf:

	1916 Kronen	gegen 1915
Gewinnvortrag	704.088.56	+ 631.593.93
Zinsen	7,094.432.95	+ 1,682.009.22
Provisionen, Effekten und sonstige Gewinne	3,838.153.53	+ 1,392.160.77
Ertrag der Realitäten	67.507.20	— 15.275.06
Summe der Erträgnisse	11,701.172.24	+ 3,610.488.86
Spesen:		
Pensionsfondsbeitrag	208.082.44	+ 49 970 08
Gehalte	2,200.914.20	+ 466.013.33
Steuern	1,037.752.24	+ 346.975.49
Steuern und Gebühren	1,480.810 14	+ 851.965.68
Abschreibung vom Inventar	34.836.57	— 3.377.01
Summe der Lasten	4,981.898.39	+ 1,712.147.54
Summe der Erträgnisse	11,701.172.24	+ 3,610.488.86
Reingewinn	6,719.273.65	+ 1,898.341.32

Der Verwaltungsrat beschließt sich also ohne den Gewinnvortrag auf Kr. 10,997.083.68 = 27·49% des auf Kr. 40,000.000 erhöhten Aktienkapitals gegen Kr. 8,038.188.75 = 24·36% im Vorjahre. Nach Abzug der Zahlen ergibt sich ein Reingewinn von Kr. 6,015.185.09 = 15·04% gegen Kr. 4,766.437.70 oder 14·45% im Vorjahr. Das Konto „Banken" weist gegenüber dem Vorjahr ein bedeutendes Mehrerträgnis (1·6 Millionen Kr.) auf, eine Erscheinung, die mit der starken Zunahme der Einlagegelder, so wie wir sie auch bei den anderen Banken feitgestellt haben, zusammenhängt. Die Post „Provisionen, Effekten und sonstige Gewinne", in der nach Angabe der Bankleitung diesmal auch die Gewinne der bereits abgewickelten Konsortialgeschäfte enthalten sind, zeigt eine Erhöhung um 1·4 Millionen Kr. Diese haben außerdem größere Gewinne im Effekten- und Devisengeschäft und höhere Provisionen infolge verstärkter Pflege der Kriegsanleihen ihren Teil beigetragen.

„Gewinne aus Abgerechneten — heißt es in dem Communiqué — sind der Bank nicht zugeflossen und beim Kommissionsgeschäft der Konsortialgeschäfte der Bankleitung stets erzielte mäßige (?) Provisionseinnahme bleibt bis zur gänzlichen Abwicklung dieses Geschäftes spätester Berechnung vorbehalten." Wieso die Bankleitung dazu kommt, die „mäßigen" Provisionseinnahmen aus ihrem ureigensten Interessengebiet vorläufig nur ausschließlich vom eigenen Hause aus zu buchen, und ob sie sich bei diesem Entschluß vom ausschließlich vom eigenen Interesse leiten ließ, ist nicht ersichtlich. Die Bankleitung hat es in dem Communiqué — sind der Bank nicht zugeflossen und beim Kommissionsgeschäft der Konsortialgeschäfte

Fremdenblatt
9.IV.1917
105

Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, Ende April.

Die deutsche Antwort auf Amerikas Eintritt in den Krieg und die verzweifelten Vorstöße der Alliierten im Westen ist das überwältigende Ergebnis der Zeichnung auf die sechste Kriegsanleihe. Mit den rund dreizehn Milliarden Mark, die sie erbracht hat, überragt sie alle früheren Resultate weit, betrugen diese doch, mit der ersten Anleihe begonnen, der Reihe nach 4481, 9106, 12.163, 10.768 und 10.699 Millionen Mark. Insgesamt hat Deutschland damit rund 60 Milliarden Mark an langfristigen Kriegsanleihen aufgebracht und auf diese Weise erreicht, daß jetzt nur etwa 5 Prozent der gesamten Kriegskosten als schwebende Schulden in Frage kommen. Besonders zu betonen ist, daß die diesmalige Zeichnungssumme von rund 13 Milliarden (die vorläufige Angabe lautete auf 12.770 Millionen) sich ohne die Umtauschanmeldungen versteht, welche die Zeichner der neuen 4½prozentigen zu 110 bis 120 Prozent auslosbaren Schatzanweisungen vornehmen konnten.

Doch nicht nur mit dem riesenhaften Zeichnungserfolge der sechsten Anleihe kann unsere Finanzverwaltung zufrieden sein, sondern auch mit dem wiederum überaus flotten Einsetzen des Einzahlungsgeschäftes. Darauf läßt nämlich die Gestaltung der Reichsbankziffern einen Rückschluß zu. In der letzten Woche des März stiegen die fremden Gelder (Giroguthaben) bei dem Zentralinstitut um nicht weniger als 3902 Millionen Mark, eine Zunahme, die im wesentlichen Gutschriften zugunsten des Reiches aus Einzahlungen auf die Anleihe entstammte. Auf der anderen Seite hatte sich allerdings die Belastung der Bank mit Wechseln, hauptsächlich Schatzwechseln, stark gehoben, um 4339 Millionen Mark, nämlich in dieser einen Woche. Dies kam daher, daß alle die Schatzwechsel, welche in den Monaten vor der neuen Anleihe unter Vorzugszins mit der Bedingung begeben waren, sie bei Fälligkeit in die Anleihe zu verwandeln, sofort Ende März der Reichsbank zuströmten; mit dem Gegenwerte dieser Einreihungen wurden die Einzahlungen beglichen, die das Konto der Guthaben des Reiches so erheblich anschwellen ließen. Im laufenden Monat hat sich nun die selbstverständliche Rückbildung vollzogen. In der ersten Aprilwoche sanken die fremden Gelder um 3585 Millionen, weil das Reich seine flüssigen Mittel zur Einlösung der Schatzwechsel benutzte, deren Bestand sich bei der Reichsbank um eben solchen Betrag verminderte. In der zweiten Aprilwoche wurden weitere 128 Millionen Mark fremder Gelder von der Bank abgehoben, indessen liegt die interessante Tatsache vor, daß sich die Wechselbestände der Bank stärker als auf der Gegenseite die fremden Gelder verringerten. Eine Uebersicht über die in Rede stehenden drei Wochen zeigt folgendes Bild (in Millionen Mark):

	Wechsel	Fremde Gelder
Letzte Märzwoche	+ 4339	+ 3902
Erste Aprilwoche	— 3655	— 3585
Zweite Aprilwoche . . .	— 389	— 128
Ergebnis	+ 295	+ 189

Während in der vierten Woche des März der Wechselbestand um 437 Millionen Mark stärker als das Konto der fremden Gelder angeschwollen war, sind seitdem die Wechsel um 331 Millionen Mark mehr als die Giroguthaben gesunken. Daraus folgt, daß der Zufluß von Geldern zugunsten des Reiches in der ersten Aprilhälfte angehalten hat; sie wurden alsbald zur Tilgung von Schatzwechseln benutzt. In der nächsten Zeit wird diese Entwicklung fortdauern, mit dem Resultat, daß Wechselbestände und Girogelder weiter sinken. Am 14. April beliefen sich die ersteren noch auf 9552 Millionen, die letzteren auf 4692 Millionen Mark gegen 13.596, beziehungsweise 8405 Millionen Ende März. Durch die wachsenden Kriegskosten (jetzt 2,6 Milliarden monatlich) sind dieser Rückbildung naturgemäß Grenzen gezogen.

Mittlerweile haben sich am offenen Geldmarkt nur unwesentliche Verschiebungen eingestellt. Der Privatdiskont ist sogar durch die neue große Anleiheoperation des Reiches nicht im mindesten beeinflußt worden. Er steht nach wie vor auf 4⅞ Prozent (und darunter). Der Satz für tägliches Geld nur hat einige Schwankungen durchgemacht. Ende Februar betrug er 3⅞ Prozent, Mitte März durchschnittlich 3¾ Prozent, Ende März (für kurze Darlehen über das Monatsende) 5 bis 5¼ Prozent. Von dieser Steigerung hat er aber im neuen Quartal bereits einen beträchtlichen Teil wieder hergegeben. Gegenwärtig bedingt tägliches Geld nicht mehr als 4¼ bis 4½ Prozent. Aus der Erhöhung, die sein Wert seit Anfang März erfahren hat, geht hervor, daß es in regere Nachfrage gekommen ist. Sie erklärt sich ohne weiteres aus der Anleiheeinzahlung, im besonderen noch insofern, als die Höhe der Zeichnungen die Bankwelt selbst überrascht hat. Auf ein so ungeheures, alles bisher Dagewesene in den Schatten stellendes Ergebnis war man auch in den zuversichtlichsten Kreisen nicht gefaßt. — In diesem Zusammenhange dürfte es interessieren, daß das Reich jetzt für Schatzwechsel ein wenig unter 4½ Prozent bewilligt. Bundesstaatliche Wechsel werden zu Sätzen von 4½ bis (höchstens) 4⅝ Prozent umgesetzt.

In jedem Falle ist die Gestaltung der Geldverhältnisse, ungeachtet der Finanzierung der Kriegsanleihe, eine so befriedigende, daß die Unternehmungslust an der Börse dadurch keinen Augenblick beeinträchtigt wurde. Die Tendenz des freien Verkehrs ist fest geblieben. Einmal regte das Anleiheresultat an, alsdann die Hoffnung, daß das neue Rußland der Friedensbereitschaft der Mittelmächte zugänglicher sein werde, endlich die feste Zuversicht, daß der Ansturm der Feinde im Westen auch diesmal sein Ziel nicht erreichen werde. So kam es, daß letzthin den „Friedenswerten" lebhaftere Beachtung zuteil wurde. Man steigerte unter anderen Schiffahrtsaktien, denen überdies noch die Aussicht auf ein Reichsentschädigungsgesetz für ihre Kriegsschäden zustatten kam. Es schweben in der Tat Erwägungen darüber, wie am besten Vorsorge dafür zu treffen sei, daß die deutsche Handelsschiffahrt nach dem Krieg rasch wieder aufzurichten sei. Ursprünglich war der Gedanke erörtert worden, den Reedereien teils verzinsliche, teils unverzinsliche Darlehen nach Maßgabe des von ihnen nachzuweisenden Tonnageverlustes zu gewähren. Diese Darlehen sollten in einer Reihe von Jahren zurückgezahlt werden. Im ganzen dachte man dabei an eine Summe von 300 Millionen Mark. Doch wird neuerdings von Seiten der Reedereien sowohl die Summe als die Rückzahlungspflicht als eine ganz unzulängliche Hilfe bezeichnet; die Verhandlungen, wie diese für die Nation hochwichtige Frage am vorteilhaftesten zu lösen sei, sind weiter im Gange.

In die Rubrik der Festigkeit von „Friedenswerten" gehört auch die aufstrebende Kursbewegung, welcher sich in der letzten Zeit die Aktien der russischen Banken zu erfreuen hatten; sonstige russische Werte waren gleichfalls begehrt. Auf der anderen Seite erlahmte das Interesse für eigentliche Rüstungspapiere sichtlich. Die erste Ernüchterung dieses Gebietes ging von dem Jahresabschluß der Akt.-Ges. Ludwig Loewe u. Co. aus, der mit seinem Dividendenrückgang von 35 auf 32 Prozent eine Enttäuschung bereitete. Er ist in der Hauptsache damit zu erklären, daß die Gesellschaft aus ihren Gewinnen vorweg die Kosten von Neubauten bestreiten und ferner für die spätere Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft beträchtliche unsichtbare und sichtbare Rückstellungen vorgenommen hat. Dasselbe Prinzip wurde von den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken befolgt. Sie berechnen sich etwa den gleichen Reingewinn wie im Vorjahre, verteilen dieselbe Dividende von 30 Prozent, haben aber sämtliche für Kriegszwecke errichteten Bauten als Betriebskosten abgebucht; im übrigen stehen sie noch mitten in der Ausführung ihres großangelegten Bauprogrammes. Die mit dem Waffenkonzern zusammenhängende Daimler-Motorengesellschaft leistet ebenfalls wiederum Erstaunliches auf dem Gebiete der Zurückbehaltung von Gewinnen. Was sie bei ihrem kleinen Aktienkapital von 8 Millionen Mark diesmal den Aktionären als Mehrdividende (sie verteilt 35 gegen 28 Prozent im Vorjahre) zukommen läßt, ist nur ein magerer Bissen. Dafür bringt sie den gesamten Saldo der Anlagekonten in Höhe von 3,34 Millionen Mark glatt zur Abschreibung!

An außergewöhnlichen Abschlüssen fehlte es auch sonst nicht. Geradezu verblüffen mußte derjenige der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft. Nach benahe 16 Millionen Mark Abschreibungen (im Vorjahre „nur" 11 Millionen) weist sie einen Reingewinn von 13½ Millionen (im Vorjahre 12,3) aus, erhöht die Dividende um 5 Prozen auf 25 Prozent und stellt 15½ Millionen (im Vorjahr 6½ Millionen) als Kriegsrücklage beiseite. Allein auf seine rumänischen Beteiligungen und Vorräte hat das Unternehmen diesmal 8 Millionen Mark abgeschrieben. Jetzt wendet es sein Hauptaugenmerk auf die Oelgewinnung aus bituminöser Braunkohle, zu welchem Zwecke es sich an den Rossitzer Braunkohlenbergwerken und der Gewerkschaft der Regiser Braunkohlenwerke maßgeblich beteiligt hat. Sie macht Deutschland damit für jetzt und auch für später unabhängiger von der Einfuhr ausländischer Mineralöle.

Recht gut haben sich im Kriege die oberschlesischen Montangesellschaften entwickelt. Die Oberschlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft (Caru-Hagenscheidt) wartet mit einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 6 Prozent, vor zwei Jahren 3 Prozent) auf, nachdem sie 4 Millionen (gegen 3, beziehungsweise 2 Millionen) abgeschrieben hat. Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft verteilt 15 Prozent Dividende (gegen 10 Prozent im Vorjahre und 2 Prozent vor zwei Jahren) und schreibt 9,43 Millionen (gegen 6, beziehungsweise 3,6 Millionen) ab. In Gegensatze dazu klagt die Donnersmarckhütte, die wieder 18 Prozent Dividende ausschüttet, über verlustreiche Preise für Roheisen und Kohlen.

Klagen der Kohlenbergwerke kommen vom Westen her gleichfalls. Geheimrat Emil Kirdorf sagte in der Generalversammlung der Gelsenkirchner Bergwerksgesellschaft, daß den Zechen durch Wagenmangel und Verkehrsstörungen außerordentliche Schwierigkeiten entstanden seien. In der Generalversammlung des Mülheimer Bergwerksvereines wurde das erste Quartal 1917 ebenfalls als nicht befriedigend und eine Erhöhung der Kohlenpreise als dringend wünschenswert bezeichnet. Der gleiche Wunsch wurde energisch vom Vorstande der Arenbergschen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in deren Generalversammlung geäußert. Die Gestehungskosten seien in ein ganz falsches Verhältnis zu den Preisen der Kohlenerzeugnisse geraten. Nach alledem darf man wohl mit einer neuen Heraufsetzung der Kohlenpreise bei uns rechnen. Sie beschäftigt zweifellos das preußische Handelsministerium, nachdem die Steinkohlenbergwerke in Sachsen in diesen Tagen schon mit Steigerungen der Preise herausgekommen sind.

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Der Markt für Wertpapiere.

Vorfälle der letzten Zeit haben wieder die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Bewegungen des Marktes für Wertpapiere gelenkt. In Wien und Berlin sind öffentliche Warnungen vor den Uebertreibungen in den Preisen erfolgt. Der Börsekommissär hat kürzlich vor den versammelten Vertretern der Selbstverwaltung des Marktes die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Mitglieder der Börse die nötige Beschränkung auferlegen werden, um Maßregeln der Aufsichtsbehörde überflüssig zu machen. Die Uebertreibungen auf dem Markte für Schiffahrtswerte haben bewirkt, daß gestern für die Aktien der Austro-Americana die Zulassung zum freien Privatverkehr, die erst vor einigen Wochen eingeräumt worden war, wieder zurückgenommen wurde. Das Verbot des Handels in nicht genehmigten Werten wurde erneuert und seine Uebertretung wurde mit schwerer Strafe bedroht. Alle diese Entschließungen beweisen, daß einzelne Erscheinungen auf dem Effektenmarkte zur Vorsicht mahnen und die in der Kriegswirtschaft doppelt notwendige Wachsamkeit herausfordern. Seit der Wiedereröffnung der Börse im beschränkten Kassenverkehr sind ungefähr fünfzehn Monate verstrichen. In dieser Zeit hat der Effektenhandel in der Ausdehnung und in vielfach stürmischer Entwicklung der Preise ungemein zugenommen. An die allerstärksten Friedenszeiten reicht er allerdings nicht heran, da namentlich auf jenen Gebieten, wo die größten Kapitalien vereinigt sind, in den Aktien der Banken und Bahnen das Interesse des Erwartungshandels relativ beschränkt und auch auf dem Markte für Montanpapiere bereits seit einigen Monaten das Feuer, das ehedem dort brannte, so ziemlich erloschen ist. Der Handel entwickelt sich unregelmäßig und stoßweise, er springt von einem Gebiete auf das andere über; Schlagworte fliegen auf und veranlassen, daß dieses oder jenes Papier hervorgeholt und mit rascher Entwicklung emporgehoben wird. Heute sind es die Schiffahrtsaktien, in denen der herannahende Friede, die enormen Seefrachten und allerlei Gerüchte über große Gewinne zum Ausgang wilder Bewegungen genommen werden, dann wieder die Werte jener Unternehmungen, deren Reichtum im Boden liegt, Kohle, Petroleum, Metalle, weiters die Titres der Gesellschaften, die noch über Vorräte verfügen und diese mit ausgiebigen Gewinnen verwerten, schließlich die Aktien der Fabriken für eigentliche Kriegsgegenstände. Oft bilden nur kleine Käufe von wenigen Schlüssen den Anstoß für stärkere Umsätze, die dann von allen Seiten zusammenkommen; wie auf dürrer Heide entfesselt ein hineingeworfener Funke einen lodernden Brand. Der Verkehr hat alle Kennzeichen, die man aus früheren stürmischen Börsenzeiten nur allzu gut kennt und die jetzt deshalb um so bedenklicher zur Entwicklung gelangen, weil sich die Bewegung im undeutlichen Dunkel des nur halb geöffneten Marktes vollzieht und das Ventil der Oeffentlichkeit in der Kontrolle der Vorgänge und der Preise vollkommen versagt.

Die Kurse werden nicht verlautbart und sollen das Geheimnis der unmittelbar Beteiligten sein; gleichwohl gehen sie von Mund zu Mund und befeuern gerade wegen dieser Heimlichkeit die Phantasie. Gegenüber dem Stande vor dem Ausbruch des Krieges, am Ende des ersten Semesters des Jahres 1914, ist die Steigerung auf allen Gebieten des Aktienbesitzes fast ausnahmslos und es gibt kaum ein Papier, das von ihr nicht ergriffen worden wäre. Bei den Aktien der Banken beträgt die Höherbewertung durchschnittlich 15 Prozent; bei den Titres solcher Institute, die aus unmittelbaren Kriegslieferungen direkten starken Nutzen gezogen haben, ist die Preisbesserung größer. Die Dividenden sind bei den Banken zumeist wieder auf den Friedensstand gebracht, bei mehreren Instituten darüber hinaus aufgebessert worden, und die Aktien verzinsen sich bei den gegenwärtigen Kursen zwischen 5 und 5½ Prozent. Für Transportwerte besteht ein Interesse des Marktes nur insofern, als sie mit Industriebetrieben verknüpft sind, und die Bewertungen werden auf die Beschäftigung, den Ertrag und die Aussichten dieser Nebenunternehmungen abgestellt. Die größten Steigerungen haben viele Industrieaktien durchgemacht. Die eigentlichen Montanwerte haben zwar den höchsten Stand einer früheren Zeit, der Epoche des Jahres 1914, nicht erreicht, blieben im Herbste, als die Kriegskonjunktur noch ungetrübt im Zenit stand, um mehrere Hunderte von Kronen dahinter zurück und sind in den letzten Monaten, als die Lasten der gegenwärtigen Zeit und der nächsten Zukunft immer deutlicher hervortraten, einer ständigen Abbröckelung der Preise unterworfen. Nur jene Gesellschaften, bei denen der Schwerpunkt nicht im Eisen, sondern in Kohle und Koks liegt, haben die höchsten Bewertungen festgehalten. Die stärksten Steigerungen haben naturgemäß die eigentlichen Rüstungswerte erfahren, doch fällt auch hier der größte Teil des Aufstieges bereits in das vorige Jahr, und in den letzten Monaten sind die damals erzielten Kurse nur in einzelnen Werten noch übertroffen worden. Weit rascher und ausgreifender war die Erhöhung der Preise in den Kohlenpapieren; die Dividenden sind mäßig, mit Anwendung großer Vorsicht aufgebessert worden, die Bewertung verzeichnet aber eine Aufwärtsbewegung um mehrere Hunderte von Kronen und der Reichtum an Naturschätzen wird mit den höchsten Beträgen eingeschätzt. Die Petroleumaktien hatten im Kriege eine eigene Konjunktur. Im ersten Jahre, als die Russen die Rohölgebiete besetzt hielten, schien das dort veranlagte Kapital äußerst gefährdet; nun, da diese Besorgnisse gänzlich geschwunden sind, haben sich die Kurse der Petroleumaktien verdoppelt, und diese Werte gehören seit Jahr und Tag zu den am meisten gehandelten Marktpapieren. Die wildesten Ausschreitungen boten in der letzten Zeit die Schiffahrtswerte. Hier ist alles Phantasie, die Bilanzen werden im Frieden ganz neu angelegt, die Werte erst wieder völlig festgestellt werden müssen; die Bewertung fußt nicht auf dem zu erhoffenden Ertrage, sondern auf einer mit Elementen

Neue Freie Presse
17.10.1917
121

Der Economist.

Volksvermögen.

Von Ernst Lemberger.
Direktor der Wiener Lombard- und Eskomptebank.

Wien, 16. Mai.

Die ersten Versuche, Volksvermögen zu schätzen, wurden wohl durch Adam Smiths berühmtes Buch „Untersuchungen über die Natur und Ursache des Reichtums der Völker", das im Jahre 1776 erschien, angeregt. Das Buch, welches großes Aufsehen erregte, wurde von Germain Garnier ins Französische übersetzt, und dieser berechnete 1794 das englische Volksvermögen auf 2000 Millionen Pfund Sterling, während er das französische weit höher schätzte. Die angewendeten Methoden waren natürlich noch recht primitive. Dr. Henry Beeke gelangte im Jahre 1799 zu einer Ziffer von 2290 Millionen Pfund Sterling, mit Rücksicht auf heutige Ziffern ganz interessante Zahlen, besonders letztere, wenn man hört, daß Lloyd-George bei einer Steuerdebatte das jährliche Volkseinkommen Englands auf 2300 Millionen Pfund Sterling bezifferte. Seitdem haben zahlreiche Untersuchungen über die Vermögen aller Völker stattgefunden, die Methoden haben sich unendlich vervielfältigt und verfeinert.

Aber alle bisherigen Schätzungen und Berechnungen des Volksvermögens verschiedener Staaten schließen selbstredend auch heute noch mit einer Ziffer und lauten auf eine Währung. Helfferich beziffert das deutsche Volksvermögen auf etwa 330 Milliarden Mark, Steinmann-Bucher auf 376 bis 397 Milliarden Mark, Professor Fellner das Volksvermögen Oesterreich-Ungarns auf 126 Milliarden Kronen. Läßt sich aber ein Volksvermögen überhaupt in Mark und Pfennigen, in Kronen und Hellern bewerten? Nein, absolut nicht! Kohle, Eisen, Petroleum, alle Rohstoffe bedeuten für den Volksreichtum, wie wir gerade im Kriege gesehen haben, unendlich mehr wie kapitalistische Anlagen. Alle Ziffern, die also hier berechnet werden, haben nur illustrativen Wert, sie schaffen uns ein ungefähres Bild des Volkswohlstandes oder, wie Professor Liefmann sagt, wir schaffen einen gemeinsamen Nenner, ohne den eben ein Vergleich unmöglich ist. Etwas ganz anderes und praktisch auch viel wichtiger ist die Frage nach dem steuertechnisch faßbaren Privatvermögen, nachdem im Volksvermögen ja auch das Vermögen des Staates inbegriffen ist, sowie nach dem Volkseinkommen.

Selbstredend ist das steuertechnisch faßbare Vermögen wesentlich geringer als das Volksvermögen. Um nur einiges zu erwähnen, sind Straßenanlagen, Schulen, öffentliche Gebäude, Eigentum von Kommunen usw., Häfen, Kanalanlagen für Steuerzwecke unverwendbar, wenn sie auch in der Berechnung des Volksvermögens eine große Rolle spielen.

Für die Ermittlung des Volksvermögens werden verschiedene Methoden benützt.

Helfferich geht zuerst von der Ergänzungssteuer aus und berechnet sodann als Probe das deutsche Volksvermögen nach folgendem Schema:

	Milliarden Mark
Gegen Feuer versicherte Mobilien und Immobilien	200
Grund und Boden in Stadt und Land	70
Bergwerksbesitz	5 bis 6
Schiffe, auf dem Transport befindliche Waren- und Metallgeld	6
Nicht gegen Feuer versichertes öffentliches Vermögen einschließlich Eisenbahnen	30 bis 35
Kapitalsanlagen im Ausland	20
ungefähr	331 bis 337

Professor Fellner berechnet das Volksvermögen Oesterreich-Ungarns:

	Milliarden Kronen
Grundbesitz	49
Berg- und Hüttenwesen	8
Gebäude	23
Verkehrsmittel	16
Mobilien	40
	136
Schulden gegenüber dem Ausland	10
	126

Von ganz anderen Voraussetzungen gehen die französischen Nationalökonomen aus. A. de Foville benützt als Quelle die Erbsteuer. Wenn das durch einen Jahresdurchschnitt ermittelte alljährlich vererbte Vermögen in Immobilien mit 32 bis 35, bei mobilen Werten mit 50 multipliziert wird, erhält man zweifelsohne eine annähernde Schätzung des privaten Vermögens. 32 bis 35 Jahre sind der durch ziemlich genaue Berechnungen ermittelte Durchschnittstermin, in welchem ein Vermögen wieder zur Vererbung kommt. Daß die Ziffer bei mobilen Werten höher ist, erklärt sich durch die um vieles erleichterte Hinterziehung bei der Erbsteuer.

So gelangten durchschnittlich in Frankreich durch Erbschaft in andere Hände 7155 Millionen Francs, und zwar jährlich

in Mobilwerten	2200	Millionen Francs
in Immobilien usw.	4955	„
	7155	Millionen Francs
hievon 2200 Millionen	× 50 =	110 Milliarden
4955 „	× 35 =	173 „
		283 Milliarden

Ein anderes Schema stellt René Pupin in seinem im Krieg erschienenen Buch „La richesse de la France" zur Probe obiger Berechnung auf, und es ist interessant, zu beobachten, wie die Franzosen sich von der Vorstellung, Anlagewerte in Papier als einen integrierenden Teil des Volksvermögens zu halten, nicht freimachen können. Gewiß vernachlässigen auch deutsche Volkswirte diesen Faktor nicht, doch berücksichtigen sie natürlich nur den Besitz an Auslandwerten, da ja zum Beispiel der Besitz an Bergwerksaktien in der Rubrik Bergwerke enthalten ist. Ob der Besitz an Renten des eigenen Staates einen Teil des Volksvermögens darstellt, ist mehr als zweifelhaft, da ja der Staat als Schuldner nichts anderes als die Gesamtheit der Gläubiger vorstellt, und die Gesamtheit für die Schuld des Staates haftbar ist.

René Pupin schätzt das französische Volksvermögen folgendermaßen:

	Milliarden Francs
Mobilwerte (Wertpapiere im Eigentum Privater	110
Grund und Boden	67·2
Gebäude	67
Eigentum des Handels, Vorräte in der Industrie	18
Möbel und andere Güter	12
Tiere und landwirtschaftliche Geräte	10·5
Spareinlagen, Lebensversicherungen, Ruhegehalte	10·5
Münzen im Umlauf	7·8
	203
Davon abzuziehen:	
Hypothekarschuld an die Bodenkreditanstalten	2·5
Gebäude, welche Eigentum von Aktiengesellschaften bilden, daher oben bereits berechnet	8
Andere in obiger Post bereits gezählte Werte	7
	285·5

Es kommt also nach beiden Methoden, die in jedem Detail sehr sorgfältig ausgearbeitet und mit reichlichen Details versehen sind, zu fast derselben Ziffer.

Hochinteressant sind einzelne von Pupin angeführte Daten, so zum Beispiel, daß es in Frankreich 277.566 kaufmännische Betriebe, davon nur 273 mit mehr als 100 Angestellten, 630.000 industrielle Betriebe, davon nur 20.000 mit mehr als 20 Arbeitern gibt, ferner seine Berechnungen über das französische Volkseinkommen. Er unterscheidet Einkommen aus Kapitalsvermögen, und zwar

aus Bodenbesitz	2.000	Millionen
„ Häusern	2.700	„
„ Effekten	4.400	„
„ Sparkassen, Einlagen	90	„
	10.000	Millionen
aus Arbeit	14.000	„
„ Kapital und Arbeit	7.820	„
	31.820	Millionen
Armee	625	„
zusammen	32.425	Millionen.

Pupin berechnet auch die seit 1911 eingetretenen Kursverluste bei 500 der wichtigsten Papiere, welche im Durchschnitte 23 Prozent betrugen, bei einem Besitze von 110 Milliarden also 25·3 Milliarden.

Auch folgendes Tableau gibt mit Rücksicht auf deutsche Verhältnisse ein hochinteressantes Bild.

Das französische Volksvermögen bestand im

	aus Effekten		aus anderen Gütern	
Jahre 1878	50	Milliarden Francs	159·2	Milliarden Francs
„ 1883	56	„ „	164·1	„ „
„ 1893	78	„ „	173·4	„ „
„ 1903	90	„ „	164·8	„ „
„ 1911	110	„ „	173·4	„ „

Wir sehen, wie sich die französische Nation zur Sparnation entwickelt hat, wie alles andere zurückblieb. In derselben Zeit haben sich gerade „die anderen Güter" in Deutschland vervielfacht (Bergwerke, Bahnen, Häuser usw.).

Ueberaus wichtig, auch vom praktischen Standpunkt erscheint die Frage nach den jährlichen Volksersparnissen. Diesbezüglich hat Daniel Bellet in Paris ebenfalls während des Krieges ein Buch veröffentlicht.

Sir George Paish, der bekannte englische Nationalökonom und Herausgeber des „Statist", berechnet die deutschen Volksersparnisse auf jährlich 6000 Millionen Mark, Helfferich auf jährlich 6000 bis 7000 Millionen Mark (in den letzten drei Jahren auf 10 Milliarden), Leroy-Beaulieu die französischen Volksersparnisse auf jährlich 3000 bis 3500 Millionen Francs, Sir George Paish auf 5000 Millionen Francs.

Vergleichen wir nun die Ziffern des Volksvermögens mit den Ziffern der Kriegskosten, so kämen wir zu der Folgerung, daß der Krieg schon bis jetzt einen wesentlichen Teil des Volksvermögens aufgezehrt hat, und zwar zum Beispiel in dem reichen Frankreich mit einem Volksvermögen von 285 Milliarden Francs an Kriegskosten nach Raoul Péret 87 Milliarden, also 31 Prozent.

Der Münchner Nationalökonom Professor Jaffé hat aber in überaus treffender Weise bewiesen, daß nur ein kleiner Teil der Kriegskosten wirklich eine Verminderung des Volksvermögens bedeutet, daß der größere Teil derselben in Vermögensverschiebungen seinen Ausdruck findet. Der Wert des Grund und Bodens, der Häuser (außer im Kriegsgebiet), der Rohmaterialien, der Bergwerke hat sich nicht vermindert. Alle Komponenten, die aus den früheren Tableaux ersichtlich sind, haben eher Erhöhungen erfahren. Auch das Volkseinkommen dürfte überall sprunghafte Steigerungen ausweisen. Demgegenüber stehen die enormen Schulden des Staates gegenüber den Bewohnern desselben, wurden aber bis jetzt nicht als Abzugspost bei Berechnung des Volksvermögens betrachtet.

Ein anderes Bedenken ist noch die große Preissteigerung, die auch Helfferich als Abzugspost beim Volksvermögen in Erwägung zieht, ohne jedoch seinen Gedanken in Ziffern Ausdruck zu verleihen.

René Pupin geht näher darauf ein und berechnet, daß die französische Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt im Jahre 1911 19 Milliarden ausgab, während im Jahre 1903 dieselben Ausgaben nur 15 Milliarden erforderten. Die Steigerung des Volkseinkommens in dieser Zeit, meint er, sei deshalb eine nominelle.

Wir sehen daher, daß die Berechnungen des Volksvermögens uns nur ein ideelles Bild geben können, daß sie aber als Grundlage für sehr praktische und überaus wichtige Folgerungen dienen. Nämlich:

1. Zur Berechnung des steuermäßig faßbaren Privatvermögens,
2. zur Berechnung des Volkseinkommens,
3. zur Berechnung der Volksersparnisse.

Zu letzterem Punkt sei bemerkt, daß Volksersparnisse berechnet werden, indem das Volksvermögen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten ermittelt wird. Der Zuwachs stellt die Ersparnisse plus Wertzuwachs vor.

Es braucht an dieser Stelle nicht hervorgehoben zu werden, wie wichtig diese Erhebungen für jedes Land sind. Gründliche, von autoritativer Seite ausgehende Berechnungen werden auch dazu dienen, die vollständig irrigen Vorstellungen über das Volksvermögen Oesterreich-Ungarns im feindlichen und teilweise im neutralen Auslande richtig zu stellen.

Vossische Zeitung
20.
20./V. 1917
125

Kriegsfinanzen hier und dort.

Von

Georg Münch.

Gestern hat die Reichsbank mitgeteilt, daß auf die sechste deutsche Kriegsanleihe bis zum 15. Mai bereits 11 243 Millionen Mark eingezahlt waren. Damit sind von den insgesamt gezeichneten 12 979 Millionen schon 86,6 pCt. beglichen, während die Zeichner bisher nur verpflichtet waren, 80 pCt. (bis zum 27. April) zu leisten. Weitere 20 pCt. wären erst am 24. Mai, alsdann je 25 pCt. am 21. Juni und 18. Juli fällig. Die tatsächlichen Einzahlungen gehen also weit, weit über die Verpflichtungen der Zeichner hinaus. Ja, man beeilte sich förmlich, die Gelegenheit zur Vollzahlung wahrzunehmen, die vom 31. März an geboten war. Schon in der letzten Woche des ersten Quartals waren dem Reiche Milliarden neuen Geldes zugeflossen, und seitdem brachte jeder neue Reichsbankausweis eine Bestätigung für den ungeschwächten Fortgang dieses Prozesses. Wie wenig dadurch eine Erschöpfung der verfügbaren Mittel des freien Geldmarktes hervorgerufen worden ist, beweist der andauernd hohe Stand der Giroguthaben bei der Reichsbank. Sie sind jetzt mit 4593 Millionen Mark sogar 90 Millionen Mark größer als am 23. März, vor dem Beginn der Einzahlungen auf die Anleihe. Hiermit steht die Gestaltung der bei dem Institute genommenen Wechselkredite im Einklange. Sie haben sich in derselben Frist um nur 20 Millionen M. erhöht. Die Inanspruchnahme der Darlehnskassen für die Zwecke der sechsten Kriegsanleihe hält sich gleichzeitig auf einer sehr niedrigen Höhe, belief sie sich doch Mitte Mai auf den verhältnismäßig winzigen Betrag von 237,4 Millionen oder 2,11 Prozent des vollbezahlten Anleihebetrages. Der Privatdiskont der Berliner Börse hat sich die ganze Zeit über nicht geändert. In seinem Stande von 4⅝ pCt. (und darunter) drückt sich ebenso wie in der Bewertung des täglichen Geldes mit 4¼ pCt. und darunter eine nicht zu erschöpfende Flüssigkeit aus.

Diese Art der Kriegsfinanzierung kann nicht übertroffen werden. Selbst unser geldlich am besten gestellter Feind, England, hat, so sehr er sich auch müht, nichts Aehnliches aufzuweisen. Auf die rund 20 Milliarden Mark der dritten englischen Kriegsanleihe waren bis zum Ende der dritten Aprilwoche, d. h. ungefähr zwei Monate nach dem ersten Einzahlungstermin, noch nicht mehr als 16,1 Milliarden Mark eingezahlt. Das waren erst 80 pCt. im Vergleich mit jenen mehr als 86,6 Prozent, welche das deutsche Volk in anderthalb Monaten zusammengebracht hat. Nicht minder interessant ist, daß sich seit dem Zeichnungsschluß für die letzte englische Anleihe die fremden Gelder bei der Bank von England, im krassen Gegensatz zu der bei der Reichsbank hervorgetretenen Entwicklung, erheblich verringert haben. Betrugen die Privatguthaben am 15. Februar 145 Millionen Pfd. Sterl., so stellen sie sich jetzt nur auf 117 Millionen Pfd. Sterl. Sie sind um 560 Millionen Mark zurückgegangen; im gleichen Zeitraum haben sich die Staatsguthaben nur um den nicht ins Gewicht fallenden Betrag von 20 Millionen Mark vermehrt. Und wie steht's mit der Verschuldung des offenen Marktes an die Bank von England? Nun, die Wechselbestände haben sich seit Mitte Februar bis heute um 1284 Millionen Mark vermehrt! Und der Privatdiskont der City hält sich mit 4¾ pCt. so nahe dem zur Förderung der Anleihe auf 5 pCt. herabgesetzten Bankdiskont, daß auch dadurch die Abhängigkeit der Geschäftswelt von der Bank beleuchtet wird. Einen Einblick in die wahre Verfassung des Londoner Geldmarktes gewährt übrigens auch die soeben erfolgte Emission einer Anleihe von Neu-Süd-Wales in Höhe von 3 Millionen Pfd. Sterl. Sie ist 5½prozentig und al pari Mitte 1927 rückzahlbar, falls die Regierung nicht von ihrem Rechte, sie schon im Jahre 1922 zu kündigen, Gebrauch macht. Dieses so verlockend ausgestattete erstklassige Anlagepapier ist zu 98 pCt. aufgelegt worden, es bringt demnach ungefähr 5¾ pCt. Zinsen.

Die Erklärung für solche Verhältnisse auf dem Londoner Geldmarkte liegt in den immer ungeheuerlicher werdenden Ansprüchen, die der Krieg stellt. Bonar Law hat in seiner großen Unterhausrede vom 9. Mai, in welcher er den neuen Kredit von 500 Millionen Lstrl. = 10 Milliarden Mark begründete, festgestellt, daß die jetzigen englischen Kriegskosten sich im Tagesdurchschnitt auf 7 450 000 Lstrl. oder auf rund 150 Millionen Mark beziffern. Der englische Schatzkanzler bezeichnete dies selbst als alarmierend, was umso mehr das Richtige traf, als er erst wenige Tage vorher den Tagesdurchschnitt nur auf 5½ Millionen Lstrl. angegeben hatte! Die heutigen Machthaber in England sind eben schlechte und verschwenderische Rechner. Weil sie noch immer hoffen, Deutschland zu versklaven, vergeuden sie ihr letztes Pfund Sterling und ruinieren sich leichtfertig für viele Jahre der kommenden Friedenszeiten.

Daß sich diese Erkenntnis in England selbst Bahn bricht, wird deutlich durch die Freude bewiesen, mit der sich Bonar Law in derselben Rede bei den Amerikanern bedankte: „Die amerikanische Regierung hat mit einer Schnelligkeit, für die wir ihr gar nicht dankbar genug sein können, den Verbündeten finanziellen Beistand nicht nur versprochen, sondern auch tatsächlich geleistet." (Versprechen und das Versprochene erfüllen, ist in der Entente ja nicht immer dasselbe!) Aus des Schatzkanzlers weiteren Worten ging hervor, daß die finanzielle Hilfe Amerikas — abgesehen von neuen Darlehen — nicht zum wenigsten in Maßnahmen gegen eine übermäßige Verteuerung der Kriegsbedürfnisse bestehen müßte. Denselben Wunsch sprach in der gleichen Unterhausverhandlung Bonar Laws Vorgänger, Herr Mc Kenna, aus. Er verhielt sich dabei aber ziemlich skeptisch, indem er an die unerhörte Preissteigerung des Weizens in Amerika erinnerte. Die Weizenhausse sei nur eine der vielen Ursachen, welche die Kriegführung Englands so kostspielig mache. Die Regierung der Vereinigten Staaten müßte bestrebt sein, dem entgegenzuwirken. — Tatsächlich hat sie sich inzwischen in dieser Richtung betätigt; sie untersagte die bis auf 3½ Dollar den Bushel gestiegene Notierung von Weizen per Mai in Chicago, unterdrückte den fast ebenso hohen New Yorker Locopreis dafür und schaltete sogar den Terminhandel für einige Tage aus. Seitdem ist ein Rückgang der Preise eingetreten, indes lassen sich mit solchen rein technischen Kunststücken nicht die Ursachen der Teuerung, nämlich die Knappheit an Ware, die schlechten Ernteaussichten und die Tatsache beseitigen, daß die Exportfähigkeit der amerikanischen Union äußerst gefährdet ist.

Doch auch noch andere, ebenfalls so gut wie unerfüllbare Wünsche, die rein amerikanische Angelegenheiten betreffen, werden von englischer Seite geäußert. So macht die Londoner „Morning Post" ihrer bedrückten Seele darüber Luft, daß bis jetzt der Zutritt Amerikas zu den Verbündeten „keine irgendwelchen wohltätigen Ergebnisse in der Richtung einer Gelderleichterung" gebracht habe. Ja, es scheine sich sogar eine entgegengesetzte Wirkung einstellen zu wollen. Und nun kommt die Beschwerde: Die Aenderungen, die an dem Gesetz über die Bundesreservebanken vorgenommen werden sollen, müßten die geldliche Lage in den Vereinigten Staaten beträchtlich berühren, weil sie eine Vermehrung der Reserven der Bundesreserve-Banken bezwecken. Das würde die Ueberweisung von neuen Mitteln in die Kassen dieser Banken und damit eine Einengung des Geldmarktes zur Folge haben. Mit anderen Worten heißt das, Amerika könne England zu Liebe wahrhaftig auf eine gesunde Bankpolitik verzichten. Doch das Unglück ist noch größer. In New York werden jetzt die größten Anstrengungen gemacht, um die erste Kriegsanleihe unterzubringen. Die Yankees brauchen dazu alle verfügbaren Mittel, auch die im Auslande. Vor wenigen Monaten unterhielt Amerika in London noch Guthaben in Höhe von 800 Millionen Mark. Heute sind sie zwar erheblich kleiner, aber, wie „Morning Post" mit Sorge bemerkt, immer noch groß genug, um als ein wichtiger Faktor im englischen Geldmarkt zu gelten. Zwar habe London wohl keine Goldabzüge nach New York zu befürchten, wohl jedoch eine Einschränkung der amerikanischen Kredite im offenen Geldmarkt der City. England hat wirklich Pech. Was hat es nicht alles in Bewegung gesetzt, um Wilson zum Kriege gegen Deutschland zu treiben! Und jetzt, da es dieses Ziel erreicht hat, wird es der amerikanischen Unterstützung nicht froh. Es ist und bleibt eben die Schwäche der Entente und ihres ganzen Anhanges, daß sich jeder nur auf den anderen, nicht aber auf seine eigene Kraft verläßt.

Mittlerweise mahnt auch Frankreich die Amerikaner ängstlich an ihre Bündnispflichten. Im „Figaro" schreibt Louis Aubert, Frankreich scheine von den Vorschüssen, die Wilson bis zum Höchstbetrage von 15 Milliarden Franken den Verbündeten gewähren will, nicht die zuerst erwarteten 60 pCt. zu erhalten; aber wenigstens 30 pCt. würde es empfangen. Damit werde es nun keine vordem in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen zurückzahlen, vielmehr nur neue Bedürfnisse befriedigen, und zwar für monatlich 300 bis 400 Millionen Franken. Was würde aus den Franzosen ohne diese Hilfe? Um so spaßiger ist es, wenn Mr. Aubert in demselben Atemzuge, mit dem er auf diese Abhängigkeit seines eigenen Landes hinweist, Deutschlands finanzielle Kraft herabzusetzen trachtet. Er meint, es wäre nicht erstaunlich, wenn „Helfferich, dem die kritische Lage Deutschlands kein Geheimnis ist, die Umwandlung der Kriegskredite in fest untergebrachte Anleihen darum vorgenommen hat, um sich je nach dem Ausgang des Krieges zu entscheiden, ob es zweckmäßig ist, die Unterschrift des Deutschen Reiches ganz oder nur zum Teil oder gar nicht anzuerkennen". Daß Deutschlands Anleihen besser als die französischen geklappt haben, kann der Franzose allerdings nicht leugnen. Doch glücklicherweise sei, so bemerkt er geistreich, das französische Volk nicht auf preußische Art gedrillt; deshalb könne man in Frankreich nicht Zwangsmaßregeln anwenden wie in Deutschland, damit Banken, Industrielle und Privatleute alle ihre Mittel herbeischleppten. Das französische Volk liebe die Abwechslung und würde vielleicht ermüden, wenn man ihm immer wieder denselben Anleihetyp anbieten würde. Der Hinweis auf die „Zwangsmaßregeln" in Deutschland ist köstlich. Daß sich ein ganzes Volk freiwillig zu den höchsten Opfern auch an Gut in einem Kampfe um sein Dasein entschließt, geht offenbar über das Verständnis des Pariser Leitartiklers. Und was die Abwechslung, die allerdings die Gallier stets liebten, angeht, so wäre sie ja leicht herbeizuführen. Frankreichs 5prozentige Kriegsanleihe steht heute 87,70 pCt.; wir haben die letzte 5prozentige zu 98 pCt. mit dem denkbar glänzendsten Erfolge untergebracht. Wenn Frankreich seine Kriegsanleihen ebenso hoch unterbringen will wie wir, müßte es zum 5½prozentigen Typus greifen. Man versuche es und freue sich der Neuerung!

Näher als die abfällige Kritik deutscher Finanzverhältnisse läge für Frankreich eigentlich die Sorge um Rußlands Finanzen. Der Rubelkurs, dessen Pariwert 266,67 Franken beträgt, ist in Paris jetzt auf etwa 155 gesunken; in London fordert man für 10 Lstrl. statt des normalen Friedenspreises von 95 Rubeln, jetzt etwa 175 Rubel. Das sind verzweifelte Verhältnisse, welche es begreiflich machen, daß in den russischen Aufrufen zur Zeichnung der „Freiheitsanleihe" in Riesenlettern hervorgehoben wird, jeder, der Anleihe zeichne, hebe den Rubelkurs und trage so mittelbar zu einem Nachlassen der Lebensmittelteuerung bei. Wird es etwas nützen? Die nächste Zeit wird's lehren, auch darüber Klarheit bringen, wieviel von dem amerikanischen Milliardensegen, der sich über die Entente ergießen soll, auf Rußland entfallen wird. Sicher aber ist, daß es nicht ausreichen wird, um Rußland vor immer tieferem wirtschaftlichen Verfall zu bewahren. Dafür gäbe es nur ein Mittel, dessen Erkenntnis sich früher oder später auch die am Ruder befindlichen Kreise Rußlands nicht werden verschließen können: die Wiederherstellung des Friedens auf einer Grundlage, wie sie der deutsche Reichskanzler in diesen Tagen vor dem Reichstage in so glücklicher Weise angedeutet hat.

Generalversammlungen.

Nordungarische Vereinigte Kohlenbergbau- und Industrie-Aktiengesellschaft.

Diese Aktiengesellschaft hat heute unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Moritz Stiller eine außerordentliche Generalversammlung in Anwesenheit von 48 Aktionären mit 13.717 Aktien gehalten. Von seiten der Direktion wurde der folgende Bericht unterbreitet: „Die Entwicklung und Konsolidierung des wirtschaftlichen Lebens des Landes kann nur durch eine in allen Zweigen durchzuführende Mehrproduktion erreicht werden, deren Grundlage aber nur dadurch geschaffen werden kann, daß unserem Wirtschaftsleben vor allem mehr Kohle zur Verfügung stehe als bisher. Auch wir wollen uns an dieser Arbeit und der damit verbundenen günstigen Konjunktur beteiligen, zu welchem Behufe die zielbewußte, entsprechende Erweiterung unserer Bergbaubetriebe unerläßlich ist. Unsere Tätigkeit während des abgelaufenen Jahrzehnts war in erster Reihe der Konsolidierung unserer Gesellschaft gewidmet, wobei wir nebst der Erzielung finanzieller Erfolge unsere besondere Aufmerksamkeit der Vergrößerung des gesellschaftlichen Kohlenbesitzes gewidmet haben. Dieses Bestreben war von vollem Erfolge gekrönt, indem unsere Nógráder Gruben heute über einen größeren Kohlenbesitz verfügen als vor zwanzig Jahren, welcher Umstand die sichere Grundlage für die Ausdehnung unseres Bergbaues und die Erhöhung unserer Kohlenproduktion bildet. Die Tolober Gruben, die Eigentum der Eßtergomer Regional-Kohlenbergbau-A.-G. bilden, waren bislang ganz außer Betrieb, doch haben wir alle Fortschritte auf dem Gebiete der Technik für Wasserhebung mit Interesse verfolgt, welche inzwischen so weit gediehen sind, daß es möglich sein wird, die Gruben zu entwässern und in Betrieb zu setzen. Diese Gruben, deren geographische Lage ungemein günstig ist, die über außerordentlich großen Kohlenreichtum von vorzüglicher Qualität verfügen, bieten für die Zukunft eine unvergleichlich günstigere Perspektive und gestatten heute eine ganz andere Beurteilung, als dies noch vor kurzem der Fall war. Zur Durchführung der behufs Erreichung der oben skizzierten Erhöhung unserer Kohlenproduktion nötigen Investitionen bezwecken wir die erforderlichen finanziellen Mittel durch entsprechende Erhöhung des gesellschaftlichen Aktienkapitals zu beschaffen und bitten wir die geehrte Generalversammlung, beschließen zu wollen: daß das gesellschaftliche Aktienkapital durch Emission von 10.000 Stück Aktien im Nominalwerte von k 200 von vier Millionen auf sechs Millionen Kronen erhöht werde; daß diese neuen Aktien ganz unseren bisherigen Aktionären in der Weise zur Verfügung gestellt werden, daß auf zwei Aktien je eine neue Aktie ausgefolgt werde." Die beantragte Kapitalserhöhung wurde einstimmig zum Beschluß erhoben und mit Rücksicht auf die eingetretene Veränderung des Aktienbesitzes haben die Direktion und der Aufsichtsrat ihr Mandat in die Hände der Generalversammlung zurückgelegt. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl wurden gewählt: in die Direktion: Dr. Franz Chorin (neu), Dr. Franz Chorin jun. (neu), J. F. Frischmann (neu), Dr. Friedrich Piuffich, Gottlob Rau, Lazar Reimann (neu), Dr. Moritz Stiller, Alfred v. Wellisch und Ludwig Büchler (neu); in den Aufsichtsrat: Anton v. Deutsch, Béla Eisler (neu), Hugo Gergely (neu) und Ferdinand Groß. Im Namen der Aktionäre würdigte Ludwig v. Hegyeshalmy und Dr. Ernst Madaráß in warmen Worten die Tätigkeit der bisherigen Direktion, insbesondere aber die hervorragenden Verdienste des leitenden Direktors Gottlob Rau.

Im Anschlusse an die Generalversammlung fand die konstituierende Sitzung der Direktion statt, in der Dr. Moritz Stiller neuerdings zum Präsidenten gewählt und ein aus den Direktionsmitgliedern Dr. Franz Chorin, Dr. Franz Chorin jun., Gottlob Rau und Lazar Reimann bestehendes Exekutivkomitee bestellt wurde. Der bisherige leitende Direktor Gottlob Rau wurde zum Generaldirektor der Gesellschaft ernannt. Im Sinne des Beschlusses der Generalversammlung hat die Direktion den Emissionskurs für die neuen Aktien mit k 450 festgesetzt und beschlossen, daß das Bezugsrecht bis inklusive 2. Juni l. J. ausgeübt werden kann.

Kaiser-Ferdinand-Nordbahn.

Wien, 21. Mai.

Heute fand unter dem Vorsitze des Präsidenten Josef Grafen Hardegg die ordentliche Generalversammlung der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn A.-G. statt. Anwesend waren 47 Aktionäre, die 167 Stimmen repräsentierten. An den Geschäftsbericht, von dessen Verlesung Umgang genommen wurde, knüpfte sich eine längere Debatte. Aktionär Eduard Beer bedauerte, daß die Verwaltung trotz der gesteigerten Leistungen ein unbefriedigendes Geschäftsergebnis erzielt habe. Aktionär Siegfried Löwy gab die Anregung, die Dividende heuer bereits am 1. Juni zur Auszahlung zu bringen, damit Teile derselben Verwendung zur Zeichnung auf die Kriegsanleihe finden können. Dieser Antrag wurde, weil mit den Statuten nicht vereinbar, nicht zur Diskussion gestellt. Generaldirektor Hugo Hermann erwiderte auf die Ausführungen der Aktionäre Beer und Robert Freiherrn v. Bach, welch letzterer Auskunft über die langen Lieferungsverträge der Nordbahn verlangte, daß den erhöhten Einnahmen wesentlich gesteigerte Betriebskosten gegenüberstanden seien. Die langjährigen Kohlenverträge seien hauptsächlich deshalb abgeschlossen worden, weil man eine gleichmäßige Beschäftigung in den Werken sichern wollte. Hierauf wurden die Anträge der Verwaltung in betreff Verwendung des Reingewinnes mit allen gegen eine Stimme zum Beschluß erhoben. In den Revisionsausschuß wurden Robert Blümel, Alexander Nirenstein und Julius Rosenberg als Revisoren, Ludwig Bauer und Karl Eckhart zu deren Ersatzmännern gewählt. Der Verwaltungsrat hat in seiner heutigen Sitzung die Neuwahl des Präsidiums sowie jene des Komitees vorgenommen. Hiebei sind Geheimer Rat Franz Graf Hardegg als Präsident, Heinrich Graf Lützow als Vizepräsident, dann die beiden genannten Herren sowie die Herren Geheimer Rat Philipp Graf Boos-Waldeck, Geheimer Rat Dr. Wilhelm Exner, Dr. Paul Hammerschlag und Dr. Adolf Stein als Mitglieder des Komitees gewählt worden.

„Kompaß", Allgemeine Oesterreichische Kreditversicherungsbank in Wien.

Am 16. d. fand unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Arthur Kuffler die vierte ordentliche Generalversammlung statt. Die Gesellschaft hat in der Warenversicherung auf einzelne Kunden insgesamt k 2,543.123, in der Pauschalversicherung 186 Millionen Kronen versichert. In der Debitorenversicherung wurde ein Gesamtobligo von k 17,016.643

23./V. 1917

183

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

II.*)

Alle diese von dem Bearbeiter der Bilanzen nicht behebbaren Mängel müssen berücksichtigt werden, wenn die nachstehende Aufstellung der Bilanzsummen der zehn sogenannten Wiener Groß- und Mittelbanken ins Auge gefaßt wird.

	1913	1914	1915	1916
	in tausend Kronen			
Aktienkapital . . .	834.000	887.400	887.400	963.200
Reserven	397.900	461.970	461.586	548.100
Einlagen	635.285	719.097	937.129	1,489.712
Tratten	517.749	369.883	183.276	148.713
Kreditoren	3,265.789	3,680.642	4,507.165	7,100.399
Pfandbriefe**) . .	406.611	426.536	452.095	477.428
Kriegsanleiheverrechnungskonto***)	—	438.605	786.001	963.660
Pensionsfonds . .	11.495	13.399	15.742	16.196
Gewinn	114.881	68.198	113.741	139.722
	6,183.710	7,064.730	8,342.135	11,842.130

Diese Ziffern zeigen deutlich das ungeheure Anwachsen der in Verwaltung der Banken stehenden Geldmittel. Sie sind auch vor dem Krieg von Jahr zu Jahr gewachsen, aber die jährlichen Zunahmen waren nicht zu vergleichen mit der infolge des fortschreitenden Liquidationsprozesses der Volkswirtschaft im Krieg eingetretenen, und das Tempo wächst von Jahr zu Jahr. Um 880 Millionen Kronen ist die Bilanzsumme der Banken im Jahre 1914 gestiegen, um 1280 Millionen Kronen im Jahre 1915 und um 3500 im Jahre 1916. Die Kreditoren der Banken haben sich seit der letzten Friedensbilanz mehr als verdoppelt. Die Zunahme beträgt nicht weniger als 3735 Millionen Kronen, die Einlagen haben sich prozentuell noch stärker erhöht, obwohl die absolute Zunahme nur 854 Millionen Kronen beträgt; bei beiden Posten ist das Wachstum im Jahre 1916 das stärkste. Dabei ist eine strenge Scheidung, daß die Einlagen, die hauptsächlich gegen Sparbücher erfolgen, etwa die zusammengesparten Gelder bedeuten würden, und die Kreditoren nur zeitweilig brachliegende Betriebsmittel, nicht möglich. Viele nur zeitweilig freie Beträge werden auf Sparbücher der etwas höheren Verzinsung halber angelegt, viele Ersparnisse auf Kontokorrents. Die Zunahme der Einlagen und Kreditoren schwankt bei den einzelnen Banken sehr stark. Bei zwei Banken sind sie nur auf das 1,7fache gestiegen, bei einer auf das 3,2fache, bei den meisten auf das 2 bis 2,5fache. Dazu kommt das Kriegsanleihe-Verrechnungskonto, welches 1913 noch nicht existierte und Ende 1916 auf fast eine Milliarde Kronen angewachsen ist/st und das Beträge ausweist, welche die Banken bei Jahresschluß noch auf die angemeldeten Zeichnungen nach den prospektmäßigen Terminen abzuliefern hatten, unbekümmert darum, ob sie bereits Voreinzahlungen geleistet hatten. Eine starke Verminderung zeigen dagegen die Akzeptverpflichtungen der Banken. Sie sind von Jahr zu Jahr auf wenig mehr als den vierten Teil des in der letzten Friedensbilanz ausgewiesenen Umlaufes gesunken. Die Ueberfülle der zuströmenden Gelder enthob die Banken der Notwendigkeit, durch Verwertung ihres Akzeptes sich Geld zu beschaffen, auch ist das Akzept der Banken zu einem erheblichen Teil im internationalen Warenhandel verwendet worden; auf 151 Millionen Kronen, etwa 30 Prozent der Ende 1913 ausgewiesenen Akzepte, beliefen sich allein die Verpflichtungen der Pariser und Londoner Filialen der Länderbank und Anglobank, und diese erscheinen nicht mehr in den Bilanzen der Banken. Wenn die Banken überhaupt noch akzeptieren, so hat dies seinen Grund darin, daß sie die gewohnten Beziehungen zu den Eskomptestellen ihrer Akzepte nicht ganz abbrechen wollen, da sie sie für den Frieden wieder vorteilhaft ausnützen zu können glauben, und daß einige Kriegszentralen und andere Kunden, die noch Bankkredit in Anspruch nehmen, es vorziehen, auf die Banken zu ziehen, statt sich Kontokorrentkredit einräumen zu lassen. Der Pfandbriefumlauf der einzigen in unsere Liste aufgenommenen gemischten Mobil- und Hypothekarbank, der Bodenkreditanstalt, hat in den drei Kriegsjahren eine Erhöhung um 71 Millionen Kronen erfahren, die sich ziemlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, allerdings im ersten Jahr, wo übrigens die Zunahme am größten war, ausschließlich auf die sieben Friedensmonate entfällt.

Insgesamt sind die Verpflichtungen der Banken an Dritte, einschließlich der nur von wenigen Banken in den Bilanzen ausgewiesenen Pensionsfonds der Angestellten, von 4837 auf 10.196 Millionen Kronen gestiegen. Dieses Wachstum der verwalteten fremden Gelder hat die meisten Banken veranlaßt, ihr Aktienkapital während des Krieges zu erhöhen oder wenigstens ist dies der der Oeffentlichkeit bekanntgegebene Grund für die Kapitalserhöhungen. In Wirklichkeit war dieser Grund wohl nur für wenige Banken wirklich maßgebend. Wenn die Banken auch gewohnt waren, von altersher auf ein gewisses Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln zu sehen, das allerdings bei den einzelnen Banken sehr verschieden war, so ist heute doch keineswegs abzusehen, ob und in welchem Ausmaße das Anschwellen der fremden Gelder nach dem Kriege zurückgestaut werden wird. Auch konnten die Kapitalserhöhungen keineswegs das frühere Verhältnis auch nur annähernd wiederherstellen. Wohl aber mochten sich jene Banken, die mit den Kapitalserhöhungen vorangingn, sagen, daß eben die Möglichkeit der Rückziehung eines großen Teiles der während des Krieges zugeflossenen Gelder es nach dem Krieg, wenn wieder große Kreditansprüche an sie gestellt werden würden, wünschenswert erscheinen lasse, die eigene Kapitalsbasis zu verstärken, ähnlich wie ja viele Industriegesellschaften, obwohl sie an Stelle der früheren Bankschuld große Bankguthaben ansammeln konnten, ihr Kapital erhöht haben, um für die Rohstoffbeschaffung und Investitionsbedürfnisse im Frieden gerüstet zu sein. Die meisten Banken haben aber nur das Beispiel der vorangegangenen nachgeahmt, weil sie fürchteten, ihren Rang zu verlieren, wenn andere früher auf ähnlicher Kapitalsbasis gestandenen Banken ihnen vorauskamen. Auch war die Erwägung maßgebend, daß bei der günstigen Börsenstimmung neue Aktien leicht mit hohem Agio anzubringen seien und man nicht wissen könne, ob nach Friedensschluß der Markt noch ebenso günstig sein werde, wie jetzt. Und so haben von den zehn Banken, deren Bilanzen in unserer Tabelle enthalten sind, sechs ihr Kapital erhöht. Zwei weitere haben ihre Kapitalserhöhung erst im Jahre 1917 durchgeführt. Von den beiden Banken, welche es nicht getan haben, hat es die eine unterlassen wegen des geringeren Agios, das sie erzielen könnte, die andere deshalb, weil bei ihr die Schwierigkeiten einer Verwendung der ihr zuströmenden Kapitalien besonders stark sind und sie diese daher nicht noch durch Erhöhung des eigenen Kapitals vermehren wollte. Seit der letzten Friedensbilanz hat das Aktienkapital der zehn Banken um 129 Millionen Kronen, mehr als 15 Prozent, zugenommen. Davon entfallen aber 53 Millionen Kronen auf das Jahr 1914, und zwar ausschließlich auf die Friedensmonate. Im Jahre 1915 hat keine Bank ihr Kapital erhöht, das geschah erst wieder im Jahre 1916, und zwar zusammen um 76 Millionen Kronen. Noch stärker sind die offenen Reserven gestiegen, nämlich um 145 Millionen Kronen, davon stammen 120 Millionen Kronen auf das bei den Kapitalserhöhungen erzielte Agio. Die Kriegsverlustreserven sind in unserer Aufstellung den Reserven zugezählt, weil sie zwar ursprünglich zur Deckung befürchteter Verluste teils aus den erzielten Gewinnen gebildet, teils aus den ordentlichen Reserven ausgeschieden wurden, gegenwärtig aber bei den meisten Banken eigentlich wieder echte Reserven darstellen, sei es, weil sich die Verluste als geringer herausgestellt haben, als ursprünglich befürchtet wurde, sei es, weil inzwischen so große stille Rücklagen gemacht werden konnten, daß auf die Kriegsverlustreserven zur Deckung etwaiger Schäden nur vereinzelt wird gegriffen werden. Wenn im Jahre 1915 die Reserven etwas niedriger erscheinen als im Vorjahre, so hat dies darin seine Ursache, daß die von mehreren Banken vorgenommenen Entnahmen aus den Reserven, um die Dividende pro 1914 auszuschütten, erst in den Bilanzen pro 1915 zum Ausdrucke kommen. Von der Vermehrung der Reserven des Jahres 1916 entfallen rund 63,2 Millionen Kronen auf Aktienagio und 17,9 Millionen Kronen auf Rücklagen aus den Gewinnen. Einschließlich der ausgewiesenen Reingewinnziffern, die sich gegen 1913 um 25 Mill. Kronen, gegen das Jahr 1914 um 71 Millionen Kronen erhöht haben, betragen die eigenen Mittel der Banken Ende 1916 1646 Millionen Kronen gegen 1346,8 Millionen Kronen Ende 1913 und das Verhältnis der eigenen Mittel zu den fremden stellt sich Ende 1916 wie 1 : 6,2 gegen 1 : 4,6 Ende 1913. Das Verhältnis schwankt bei den einzelnen Banken zwischen 1 :4,4 und 1 : 9.

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 20. d.
**) Bodenkreditanstalt.
***) Von sechs Banken ausgewiesen.

Neues Wiener Tagblatt

24./V. 1917

186

Der Volkswirt.

Allgemeine Depositenbank.

Generalversammlung vom 23. Mai 1917.

Gestern vormittag fand unter Vorsitz des ältesten Verwaltungsratsmitgliedes Hermann Ritter v. Goldschmidt die 45. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Allgemeinen Depositenbank statt. Von 92 Aktionären waren 39,464 Aktien mit 3934 Stimmen hinterlegt worden; anwesend waren Vertreter von 15,824 Aktien mit 1508 Stimmen. Als landesfürstlicher Kommissär fungierte Ministerialrat Dr. Munk. Der Versammlung wohnte der neuernannte Direktor Kommerzialrat Paul Goldstein bei.

Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende folgende Ansprache, welche von der Versammlung stehend angehört wurde: „Bevor wir Ihnen über das 45. Geschäftsjahr unsres Instituts Bericht erstatten, gedenken wir in ehrfurchtsvollem Schmerze des Heimganges Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I., des erhabenen und von seinen Völkern so innig verehrten Monarchen, der nach einer 68jährigen Regierung und nach einer Aera allgemeiner ununterbrochen aufsteigender Entwicklung Oesterreichs in sturmbewegter Zeit aus dem Leben geschieden ist.

Eine neue Zeit ist angebrochen und neue Aufgaben harren der Erledigung. Unter dem Zepter unsres allergnädigsten Herrn und Kaisers Karl I., zu welchem alle Völker der Monarchie hingebungs- und vertrauensvoll emporblicken, wird unser Vaterland — so hoffen wir zuversichtlich — all seine Kräfte zur Entfaltung bringen. In friedlichem Wettbewerb wird Oesterreich sich verjüngen und mächtiger als je erblühen."

Aus dem von Direktor Franz Schönwald vorgetragenen Geschäftsbericht sind noch folgende Einzelheiten zu den von uns bereits gelegentlich der Bilanzpublikation mitgeteilten Ausführungen hervorzuheben:

Die Biereinkaufsstelle und die Warenabteilung.

Anfang Juli 1916 wurde zwischen dem Kriegsministerium und unserm damaligen Präsidenten Herrn Dr. Josef Kranz ein Uebereinkommen abgeschlossen, laut dessen die Versorgung der Truppen mit Bier im Wege einer zu schaffenden Biereinkaufsstelle durchgeführt werden sollte. Diese Geschäftsstelle wurde in den Räumen unsrer Bank durch den von uns aus diesem Anlaß engagierten Direktor der Pilsner Genossenschaftsbrauerei Herrn Dr. Richard Freund errichtet. Daran schloß sich unter seiner Leitung auch die Gründung einer Warenabteilung an, die sich jedoch in weiterer Folge nur auf die wenigen in der Oeffentlichkeit bekanntgewordenen Geschäfte beschränkte und seither aufgelassen wurde. Die zum Betriebe der Biereinkaufsstelle erforderlichen Kredite wurden von unsrer Bank zur Verfügung gestellt; ebenso hatten wir alle diesbezüglichen Spesen zu tragen. Dagegen überließ uns Herr Dr. Josef Kranz die gesamte Provision, welche ihm auf Grund des vorbezeichneten Vertrages zustand. Diese Provisionseinnahme abzüglich der Spesen hat mit Ende 1916 den Betrag von zirka 200,000 K. erreicht; wir haben diese Einnahme in der Bilanz aus dem Grunde nicht verrechnet, weil das Kriegsministerium die von uns vorgelegte Abrechnung noch nicht bestätigt hat. Die Auflassung der Biereinkaufsstelle hat überdies Ausgaben zur Folge, die den eben erwähnten Betrag fast zur Gänze absorbieren.

Die Stornierung des Geschäftes mit der Firma Löw u. Felix.

Was die aus dem bekannten A meta-Verhältnisse der Firma Löw u. Felix erwachsenen Gewinne anlangt, so haben wir mit Rücksicht auf die zweifelhafte Berechtigung zum Bezuge derselben es für richtig befunden, das Geschäft zu stornieren und nur die übliche Finanzierungsprovision zu berechnen.

Den von uns zum Zwecke der Beschaffung ausländischer Valuta eingekauften Hopfen vermochten wir noch nicht abzustoßen, da die Marktverhältnisse für diesen Artikel derzeit ungünstig sind.

Der Syndikatsvertrag mit dem Hause Reitzes.

Der in der Oeffentlichkeit vielfach erwähnte Syndikatsvertrag mit dem Hause Gebrüder S. u. M. Reitzes ist im September vorigen Jahres zustande gekommen, jedoch nicht zur Anwendung gelangt. Die mit der genannten Firma abgeschlossenen Geschäfte fielen niemals in den Rahmen dieses Vertrages. Wir haben übrigens von der Fortsetzung des Syndikatsverhältnisses unter den vertraglich festgelegten Bedingungen im gegenseitigen Einvernehmen Umgang genommen.

Der Bericht schließt mit folgenden Bemerkungen: Wir wollen unsern Bericht nicht schließen, ohne die nachdrückliche Versicherung abzugeben, daß wir die altbewährten Traditionen unsres

Neue Freie Presse Abendbl 24.IV.1917

138

Allgemeine Depositenbank.

Gestern vormittag fand unter Vorsitz des ältesten Verwaltungsratsmitgliedes Hermann Ritter v. Goldschmidt die 45. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Allgemeinen Depositenbank statt. Von 92 Aktionären waren 39.464 Aktien mit 3934 Stimmen hinterlegt worden; anwesend waren Vertreter von 15.324 Aktien mit 1508 Stimmen. Als landesfürstlicher Kommissär fungierte Ministerialrat Dr. Munk. Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende eine Ansprache, in welcher er des Heinganges des Kaisers Franz Josef I. gedachte und dann sagte: „Eine neue Zeit ist angebrochen und neue Aufgaben harren der Erledigung. Unter dem Zepter unseres allergnädigsten Herrn und Kaisers Karl I., zu welchem alle Völker der Monarchie hingebungs- und vertrauensvoll emporblicken, wird unser Vaterland — so hoffen wir zuversichtlich — all seine Kräfte zur Entfaltung bringen. In friedlichem Wettbewerb wird Oesterreich sich verjüngen und mächtiger als je erblühen."

Aus dem vom Direktor Franz Schönwald vorgetragenen Geschäftsbericht ist folgendes hervorzuheben: Anfang Juli 1916 wurde zwischen dem Kriegsministerium und unserem damaligen Präsidenten Herrn Dr. Josef Kranz ein Uebereinkommen abgeschlossen, laut dessen die Versorgung der Truppen mit Bier im Wege einer zu schaffenden Biereinkaufsstelle durchgeführt werden sollte. Diese Geschäftsstelle wurde in den Räumen unserer Bank durch den von uns aus diesem Anlaß engagierten Direktor der Pilsner Genossenschaftsbrauerei Herrn Dr. Richard Freund errichtet. Daran schloß sich unter seiner Leitung auch die Gründung einer Warenabteilung an, die sich jedoch in weiterer Folge nur auf die wenigen in der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Geschäfte beschränkte und seither aufgelassen wurde. Die zum Betriebe der Biereinkaufsstelle erforderlichen Kredite wurden von unserer Bank zur Verfügung gestellt; ebenso hatten wir alle diesbezüglichen Spesen zu tragen. Dagegen überließ uns Herr Dr. Josef Kranz die gesamte Provision, welche ihm auf Grund des vorbezeichneten Vertrages zustand. Diese Provisionseinnahme abzüglich der Spesen hat mit Ende 1916 den Betrag von zirka 290.000 K. erreicht; wir haben diese Einnahme in der Bilanz aus dem Grunde nicht verrechnet, weil das Kriegsministerium die von uns vorgelegte Abrechnung noch nicht bestätigt hat. Die Auflassung der Biereinkaufsstelle hat überdies Ausgaben zur Folge, die den eben erwähnten Betrag fast zur Gänze absorbieren. Was die aus dem bekannten A meta-Verhältnisse der Firma Löw & Felix erwachsenen Gewinne anlangt, so haben wir mit Rücksicht auf die zweifelhafte Berechtigung zum Bezuge derselben es für richtig befunden, das Geschäft zu stornieren und nur die übliche Finanzierungsprovision zu berechnen. Den von uns zum Zwecke der Beschaffung ausländischer Valuta eingekauften Hopfen vermochten wir noch nicht abzustoßen, da die Marktverhältnisse für diesen Artikel derzeit ungünstig sind.

Der in der Oeffentlichkeit vielfach erwähnte Syndikatsvertrag mit dem Hause Gebrüder S. & M. Reitzes ist im September vorigen Jahres zustande gekommen, jedoch nicht zur Anwendung gelangt. Die mit der genannten Firma abgeschlossenen Geschäfte fielen niemals in den Rahmen dieses Vertrages. Wir haben übrigens von der Fortsetzung des Syndikatsverhältnisses unter den vertraglich festgelegten Bedingungen im gegenseitigen Einvernehmen Umgang genommen. Der Bericht schließt mit folgenden Worten: Wir wollen unseren Bericht nicht schließen, ohne die nachdrückliche Versicherung abzugeben, daß wir die altbewährten Traditionen unseres Instituts hochhalten und jederzeit in ihrem Geiste wirken werden. Die Allgemeine Depositenbank soll ihre Weiterentwicklung stets nur ernster und einwandfreier Arbeit verdanken.

Sodann wurde der Bericht des Revisionsausschusses von Kommerzialrat Alfred Winter zur Verlesung gebracht.

Aktionär Reichsratsabgeordneter Ganser verweist in längerer Rede darauf, daß es nicht die Hauptpflicht der Banken sein könne, Geld zu verdienen und die Dividenden zu erhöhen, daß ihnen vielmehr die Aufgabe erwachse, der gesamten Volkswirtschaft Oesterreichs mit aller Kraft beizustehen und ihre Entwicklung zu fördern. Man könne den österreichischen Banken den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich über diese Forderung stillschweigend hinweggesetzt haben. Was den Syndikatsvertrag mit der Firma Reitzes betreffe, gehe es nicht an, Geschäfte zu schieben, wie man sie brauche: die guten der Firma Reitzes, die schlechten der Bank. Es sei unbedingt notwendig, über die Rechtsgrundlagen des Syndikatsvertrages mit der Firma Reitzes genau zu berichten und jene Beträge von der Firma Reitzes gerichtlich zurückzufordern, die ihr nicht rechtmäßig gebühren. Redner wendet sich schließlich noch gegen die Kooptierung des Generaldirektors Castiglioni.

Aktionär Dr. Handler meint, man müsse die Leistungen des Vorstandes und der Direktion abwarten; im nächsten Jahre könne erst Kritik geübt werden. Er begrüße es, daß sich die Gerüchte von einer Auffaugung der Depositenbank nicht bewahrheitet haben, und würde Wert darauf legen, an das Bankhaus Reitzes, wenn es wahr sein sollte, daß dies die Absicht habe, seinen Aktienbesitz abzustoßen, heranzutreten, damit es im Interesse des Unternehmens auch weiterhin mit der Depositenbank in Fühlung bleibe.

Aktionär Bergmann hebt hervor, daß der Verwaltungsrat noch gar nicht amtiert habe und daß man ihn im nächsten Jahre zur Verantwortung ziehen könne, wenn er Geschäfte mache, die nicht in Ordnung seien. Die gegenwärtige Verwaltung trage an dem Kranz-Prozeß keine Schuld. Man müsse die Tätigkeit der neuen Verwaltung abwarten, sie ungestört und ohne überflüssige Direktiven arbeiten lassen, damit sie sich Vertrauen erwerben und verdienen könne.

Aktionär Bezirksrat Bach verweist darauf, daß es unmöglich sei, den noch nicht abgeschlossenen Prozeß Kranz in die Debatte zu ziehen. Die Depositenbank war freilich unter den konservativen österreichischen Banken die allerkonservativste, und in dem allerdings auch nicht richtig gewählten Moment, da sie diesen Standpunkt zu verlassen entschlossen war, waren Fehler unvermeidlich.

Aktionär Dr. Pollak bemerkt, daß man das Schicksal des Instituts ruhig der neuen Verwaltung anvertrauen könne.

Aktionär Abgeordneter Ganser betont schließlich nochmals, daß es ihm keineswegs um persönliche Angriffe zu tun sei, daß er vielmehr sogar generalisiert habe. Einer umlaufenden Verleumdung müsse aber im Interesse des Unternehmens entgegengetreten werden, und die Generalversammlung sei der Ort, sich mit der Verwaltung auszusprechen. Bankleitung und Direktion haben ja die Möglichkeit, den Sachverhalt aufzuklären.

Der seit 1. Januar 1917 in die Direktion eingetretene Industrielle Kommerzialrat Paul Goldstein gibt folgende Erklärungen ab: Ich habe mit den Affären des Jahres 1916 nichts zu tun. Auf Grund der Akten habe ich mir als objektiver Beobachter ein Urteil gebildet, enthalte mich aber jeder Aeußerung, weil man über einen noch in Schwebe befindlichen Prozeß nicht reden soll. Der Vertrag mit der Firma Reitzes ist im September 1916 zustande gekommen. Das, was an diesem Vertrage nicht angemessen war, ist die perzentuelle Beteiligung. Die Firma Reitzes sollte 60 Prozent, die Bank 40 Prozent von allen Geschäften erhalten, wobei aber Handels- und Finanzgeschäfte ausgeschlossen sein sollten. Es handelte sich daher hauptsächlich um industrielle Beteiligungen. Nach meinem Eintritte in die Direktion der Depositenbank wurden einige industrielle Projekte studiert. Ich habe dabei stets Wert darauf gelegt, daß die Bank die Führung und die Majorität habe. Ich muß hinzufügen, daß ich dieses Verlangen nicht im Gegensatz zum Syndikatsvertrag gestellt habe, sondern daß ich als Vertreter der Bank instinktiv diese Forderung aufstellte, ohne den Syndikatsvertrag zu kennen. Als das Haus Reitzes durch keinen Vertrauensmann mehr in der Depositenbank vertreten war, war die Stimmung der Firma naturgemäß stark desinteressiert. Ich habe dann selbst mit dem Baron Reitzes verhandelt, und nun ist der Vertrag aufgelöst, ohne daß wir ihm gegenüber eine Verpflichtung hätten oder durch ein Abkommen ihm gegenüber gebunden wären. Wenn wir uns in Zukunft überhaupt stärker industriell entwickeln wollen, dann müßten wir eine Firma Reitzes, wenn wir sie nicht hätten, suchen. Sie könnte natürlich auch anders heißen. Tatsächlich aber kann eine Bank nicht alles auf eine Karte setzen. Eine Bank, die, wie die Depositenbank, über ein Aktienkapital von 40 Millionen Kronen verfügt, kann nicht alle Effekten in ihrem Portefeuille behalten, sie muß liquid bleiben und darf nicht ihr Kapital in der Industrie investieren. Wir wollen im Syndikat eine Unterbeteiligung haben. Man muß das Syndikat suchen, die Bank aber muß die Leitung haben. Was nun die Wahl der Mitglieder unseres Verwaltungsrates betrifft, kann ich nur bemerken, daß selten über die glückliche Wahl einer Persönlichkeit solche Einstimmigkeit herrschte wie gerade bei Herrn Generaldirektor Castiglioni, der auf große industrielle und finanzielle Erfolge zurückblickt und von unermüdlicher Schaffenskraft und Arbeitslust ist. Was schließlich die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Banken in der Zukunft betrifft, so stimme ich dem Herrn Abgeordneten Ganser vollkommen zu. Unter diesen Gesichtspunkten bin ich auch in die Bank eingetreten. Die österreichische Industrie, die eine so kolossale Lebensfähigkeit besitzt, wird sich auch weiterhin günstig entwickeln und kann der weitestgehenden Förderung durch unsere Bank sicher sein. Das gute Beispiel wird weiter wirken. Durch mich ist gewiß die stärkste Unterstützung der Industrie zu erwarten, denn ich bin Industrieller und ich lebe und sterbe mit der Industrie.

Hierauf werden sämtliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt und die Dividende mit 37 K. festgestellt.

Der Vorsitzende teilt mit, daß das Verwaltungsratsmitglied Paul Schiff v. Suvero, der seine Demission gegeben hat, auf die Tantieme zugunsten des Hilfsfonds der Angestellten verzichtet hat.

Infolge der bekannten Vorkommnisse haben, wie seinerzeit mitgeteilt worden ist, Dr. Josef Kranz, kaiserlicher Rat Adolf Schönwald und Paul Schönwald demissioniert. Außerdem verzichteten Dr. Freiherr v. Haupt und Paul Schiff v. Suvero auf ihre Verwaltungsratsstellen. Die Mandatsdauer ist bei den Herren Hermann Ritter v. Goldschmidt und Berthold Schlesinger abgelaufen. Der letztere verzichtete im Hinblicke auf seinen Gesundheitszustand auf eine Wiederwahl. Die Generalversammlung wählte Herrn Hermann v. Goldschmidt wieder und bestätigte die Kooptierung der Herren Kommerzialrat Castiglioni, Justizrat Dr. Mintz, Robert Schlumberger v. Goldeck und Robert Ritter v. Schoeller. In den Revisionsausschuß wurden kaiserlicher Rat Viktor Hugo Fuchs, Wilhelm Grohmann und Kommerzialrat Alfred Winter als Mitglieder und Dr. Moritz Leonore Domenego als Ersatzmann wiedergewählt.

Neue Freie Presse Abendbl 140
26./V.1917

Die Kriegskosten Oesterreichs bis Ende 1916.

Gesamte Kriegsschulden 31·389 Milliarden, davon Kriegsanleihen 18 Milliarden.

Wien, 26. Mai.

Die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates veröffentlicht heute als Beilage zum amtlichen Teile der „Wiener Zeitung" die Nachweisung über den Stand der Staatsschulden Oesterreichs am 31. Dezember 1916. Daraus ergibt sich die Höhe der Kriegsausgaben Oesterreichs während der ersten 2½ Jahre des Krieges, zugleich ist damit der Anleihegebarung ziffermäßig gekennzeichnet. Ueber die Höhe der Kriegsschulden Ungarns sind bisher keine derartigen ziffermäßigen Aufstellungen bekanntgegeben worden, weil in Ungarn die Institution der Staatsschuldenkontrollkommission nicht vorhanden ist. Auf Grund des quotenmäßigen Schlüssels, der für Kriegskosten und Kriegsschulden maßgebend ist, lassen sich aber die Aufwendungen Ungarns für den Krieg schätzungsweise berechnen. Für Oesterreich ist die Höhe der Kriegsschulden sowie das Zinsenerfordernis aus der nachfolgenden Aufstellung der Staatsschuldenkontrollkommission zu entnehmen.

Gläubiger und Art der Schuld	Betrag	Zinsenerfordernis pro Jahr
	Kronen	
Oesterreichisch-ungarische Bank.		
Lombarddarlehen, bedeckt mit 2½jährigen 5prozentigen Schatzscheinen im Nom. von 600,000.000 K.	510,000.000	28,050.000
Lombarddarlehen, bedeckt mit 5jährigen 5prozentigen Schatzscheinen im Nom. v. 1.696,000.000 K.	1.272,000.000	12,720.000
Solawechsel, jeder Wechsel lautet auf 63,600.000 K.	1.272,000.000	12,720.000
Solawechsel, jeder Wechsel lautet auf 25,400.000 K.	508,800.000	5,088.000
Darleben geg. Schuldschein	954,000.000	9,540.000
Darleben geg. Schuldschein	954,000.000	4,770.000
Darleben geg. Schuldschein	954,000.000	4,770.000
Darleben geg. Schuldschein	954,000.000	4,770.000
Darlehen geg Schuldschein	816,263.016.—	4,081.315.—
Oesterreichisches Konsortium.		
Kontokorrentvorschuß . .	10,000.000	425.000
Kontokorrentvorschuß . .	3.283,846.496.—	139,563.476.10
Konsortium im Deutschen Reiche.		
Schatzwechsel per 200,000.000 Mark . .	235,200.000	14,112.000
Schatzwechsel per 180,000.000 Mark . .	211,680.000	10,584.000
Schatzwechsel per 125,000.000 Mark . .	147,000.000	7,350.000
Schatzwechsel per 127,200.000 Mark . .	149,587.200	7,479.360
Schatzwechsel per 254,400.000 Mark . .	299,174.400	14,958.720
Schatzwechsel per 77,274.000 Mark . .	90,874.224	4,543.711.20
Schatzwechsel per 200,000.000 Mark . .	235,200.000	11,760.000
Schatzwechsel per 400,680.000 Mark . .	471,199.680	23,559.984
Kriegsanleihen.		
I. Kriegsanleihe, 5jähr. Schatzscheine	2.179,752.200	119,886.371
II. Kriegsanleihe, 10jähr. Schatzscheine	2.688,321.800	147,857.699
III. Kriegsanleihe, 15jähr. Schatzscheine	4.203,061.900	231,168.404.50
IV. Kriegsanleihe, 40jähr. amort. Schuldverschr. .	2.365,000.000	130,075.000
IV. Kriegsanleihe, 7jähr. Schatzscheine	2.155,292.000	118,541.060
V. Kriegsanleihe, 40jähr. amort. Schuldverschr. .	2.025,000.000	111,375.000
V. Kriegsanleihe, 7jähr. Schatzscheine	2.439,610.000	134,178.550
Ausländisches Konsortium.		
Staatsschatzscheine	4,166.400	208.320
Summe d. Kriegsschulden	31.389,029.316.28	1.314,135.970.88
Gesamtsumme der Staatsschulden ohne Kriegsschulden	12.837,890.228.44	—
mit dem Zinsenerfordernisse von	—	449,095.713.39
Zusammen	44.226,919.544.28	1.763,231.484.27

Die Kriegsschulden Oesterreichs stellten sich zu Ende 1916, d. i. nach zweieinhalb Kriegsjahren, auf 31·39 Milliarden Kronen. Zu Ende des Jahres 1914, nach fünf Kriegsmonaten, betrugen die Kriegsschulden Oesterreichs 5·04 Milliarden Kronen. Zu Ende des Jahres 1915 bezifferten sich die Kriegsschulden Oesterreichs mit 14·14 Milliarden Kronen, zu Ende 1916 stellten sie sich auf 31·39 Milliarden Kronen. Sie haben sich also innerhalb des Jahres 1916 um 17·26 Milliarden Kronen vermehrt, während im Laufe des Jahres 1915 ein Zuwachs um 9·14 Milliarden Kronen eingetreten war. Auf einen Kriegstag entfielen in Oesterreich ohne Ungarn Aufwendungen, welche im Jahre 1914 rund 33·6 Millionen, im Jahre 1915 rund 25·2 Millionen und im Jahre 1916 rund 47·9 Millionen Kronen betragen. Die Steigerung der Kriegsauslagen ist also mit dem weiteren Verlaufe des Krieges deutlich zu beobachten und hat ihre Ursache in der Ausdehnung der Fronten und in der Verteuerung aller materiellen und sonstigen Preise. Dabei ist zu beobachten, daß das Wachsen der Kriegskosten im ersten Semester 1916 stärker war als im zweiten Halbjahre, denn von der Steigerung der Kriegslasten Oesterreichs, welche für das ganze Jahr 1916 17·26 Millionen Kronen betragen hatte, sind 10·4 Millionen Kronen auf das erste Semester und 6·8 Millionen Kronen auf das zweite Halbjahr entfallen.

Von den gesamten Kriegsaufwendungen sind 18 Milliarden Kronen, das ist über 57 Prozent durch die ersten fünf Kriegsanleihen, also durch Begebung in allen Kreisen der Bevölkerung aufgebracht worden. Der geringere Teil, nämlich 13·3 Milliarden Kronen sind schwebende Kriegsschulden, nämlich Vorschüsse bei der Notenbank, beim Oesterreicherkonsortium und im Deutschen Reiche. Die Einzelheiten dieser fünf Kriegsanleihen, die mit steigenden Erfolgen begeben worden waren, sind genau bekannt und aus den Ziffern der Ergebnisse zu entnehmen. Die fünfte Kriegsanleihe ist mit dem vollen Zeichnungsbetrage in die Aufstellung der Finanzverwaltung aufgenommen worden, da die Zeichnung zu Ende 1916 abgeschlossen war und nur die schließliche Endabrechnung im heurigen Jahre erfolgte.

Unter den schwebenden Vorschüssen erscheinen 8·19 Milliarden Kronen als Geldbeschaffung bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Zu Ende des Jahres 1915 hatten die Vorschüsse bei der Notenbank 3·95 Milliarden, zu Ende Juni 1916 6·4 Milliarden Kronen betragen. Die Steigerung gegenüber dem vorigen Jahre stellt sich also auf 4·2 Milliarden, die Erhöhung seit Ende Juni auf 1·7 Milliarden Kronen. Die älteren Lombarddarlehen sind unverändert geblieben, dagegen sind zwei neue Darlehen gegen Schuldschein in der Höhe von 954 Millionen und 816·26 Millionen Kronen aufgenommen worden. Dagegen ergaben sich Verschiebungen in der Verzinsung. Das erste Lombarddarlehen von 510 Millionen Kronen war bisher mit 5 Prozent verzinslich. Jetzt wird bemerkt, daß dieses Darlehen zum jeweiligen Lombardzinsfuß, das ist zu 5½ Prozent, zu verzinsen ist, so daß sich das Zinsenfordernis, das bisher 25·5 Millionen Kronen betrug, auf 28 Millionen Kronen erhöhte. Dagegen sind die späteren Darlehen gegen Schuldschein, welche die Oesterreichisch-ungarische Bank seit dem Beginne des Jahres 1916 aufgenommen hat, nicht mehr mit einem Prozent, sondern mit einem halben Prozent zu verzinsen. Im ganzen leistet der Staat nach dem Stande vom 31. Dezember 1916 an die Oesterreichisch-ungarische Bank jährliche Zinsen von 86·5 Millionen Kronen, und im Durchschnitte sind für das Darlehen des österreichischen Staates bei der Notenbank Jahreszinsen von 1·56 Prozent zu entrichten.

Die Kontokorrentvorschüsse, welche der Staat beim Oesterreicherkonsortium aufgenommen hat, zeigen nur relativ geringe Verschiebungen. Zu Ende Juni 1916 betrugen sie 3271 Millionen Kronen, diesmal 3293 Millionen Kronen. Die alten Kontokorrentvorschüsse hat der Staat zurückgezahlt, dafür wurden als Vorschüsse auf die im Zuge befindlichen Kriegsanleihen 3128 Millionen Kronen aufgenommen. Für die Vorschüsse sind durchschnittlich Zinsen von 4¼ Prozent zu entrichten.

Die Valutaanleihen, welche gegen Schatzwechsel in Deutschland aufgenommen worden sind, erreichten zu Ende des Jahres 1916 die Höhe von rund 1840 Millionen Kronen. Am Ende des Jahres 1914 hatten sie 235·2, am Ende des Jahres 1915 bereits 593, zu Ende Juni 1916 rund 1264 Millionen Kronen betragen. Es sind somit im Laufe des Jahres 1916 Vorschüsse von 1246 Millionen Kronen zugewachsen. In deutscher Währung beziffern sich diese Vorschüsse mit 1564 Millionen Mark. Sie sind im Ausweis der Staatsschuldenkontrollkommission zum Umrechnungskurs der gesetzlichen Relation eingestellt. Das Verzinsungserfordernis dieser in Deutschland belehnten Schatzwechsel berechnet sich mit 94·3 Millionen Kronen, so daß sich die Verzinsung auf 5·2 Prozent stellt. Endlich wurde bei einem ausländischen Konsortium gegen Belehnung von Staatsschatzscheinen ein außerordentlicher Vorschuß von 4·16 Millionenn Kronen mit einer Verzinsung von 208.320 K. oder rund 5 Prozent aufgenommen.

Die Zinsenlast der gesamten Kriegsschulden von 31·39 Milliarden Kronen ist im Ausweise der Staatsschulden-Kontrollkommission mit 1314 Millionen Kronen angegeben. Davon entfallen 993 Millionen Kronen auf die Zinsen der Kriegsanleihen, welche mit 5½ Prozent verzinslich sind und 321 Millionen Kronen auf die Zinsen der schwebenden Schulden bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und den sonstigen Finanzkonsortien. Im ganzen berechnet sich die Zinsenlast der Aufwendungen für den Krieg mit rund 4·2 Prozent des Kapitals.

Zu den Kriegsschulden von 31·39 Milliarden Kronen kommen die älteren Staatsschulden von 12·8 Milliarden Kronen dazu. Sie sind gegenüber dem Stande zu Ende Juni formell um 1·4 Milliarden gewachsen. Diese Steigerung ist aber nur die Folge einer Umbuchung. Im ersten Semester hatte die Staatsschuldenkontrollkommission die sogenannte ungarische Blockrente von 1·4 Milliarden Kronen, welche dem Beitragsverhältnisse Ungarns zu der allgemeinen Staatsschuld entspricht, nicht mehr unter die österreichischen Staatsschulden aufgenommen, weil sie der Meinung war, daß diese Blockrente als keine österreichische Staatsschuld anzusehen ist. In der Schuldenkommission wurde die Angelegenheit einer neuerlichen Besprechung unterzogen, und man kam hiebei zu dem Ergebnisse, daß diese Blockrente doch als eine Schuld Oesterreichs zu betrachten und somit wieder unter die einheitlichen Rentenschulden aufzunehmen ist. Es ist also die Buchungsmethode, welche bis Ende 1915 festgehalten worden war, wieder hergestellt. Die übrigen Verschiebungen sind geringerer Natur. Sie stammen aus der Rückzahlung von Lotto-darlehen in der Höhe von rund zehn Millionen Kronen, welche die Tilgungsquote der Sechziger- und der Dreiundsechzigerlose darstellt, ferner aus der Rückzahlung von amortisablen Staatseisenbahnschulden in der Höhe von 19·49 Millionen Kronen.

Die gesamte Staatsschuld Oesterreichs stellte sich zum Ende des Jahres 1916 auf 44·2 Milliarden Kronen. Vor dem Ausbruch des Krieges betrug die Staatsschuld rund 13 Milliarden Kronen. Von der Staatsschuld entfallen 12·8 Milliarden auf die älteren Schulden und 31·3 Milliarden auf die Kriegsschulden. Das Verzinsungserfordernis der gesamten Staatsschuld berechnet sich mit 450 Millionen Kronen oder nicht ganz vier Prozent.

Frankfurter Zeitung

26.5.1917 143

Bilanz- und Finanzpolitik in der Industrie.

r Berlin, 25. Mai.

So wahr es ist, daß dieser Krieg von unseren Hauptgegnern um deutscher Tüchtigkeit willen angesponnen wurde, und daß er um unserer ungebrochenen industriellen Tüchtigkeit willen — alles andere ist blanker Vorwand — weitergeführt wird, so wahr ist es auch, daß wir ohne diese unsere tüchtige Industrie den Kampf nicht gewonnen hätten. Berechtigt scheint daher, daß das Selbstbewußtsein in vielen Gewerben steigt, im Unternehmer, wie im Werksleiter, im Angestellten und Arbeiter, und daß sie sich auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens mehr Geltung verschaffen werden, als ihnen mancherseits unter dem Einflusse versteinerter Anschauungen seither eingeräumt war. Diese Entwicklung beginnt auf dem politischen Gebiete bereits einzusetzen. Hinter den sinnfälligen Leistungen der werktätigen Hände ist die Funktion, die das mobile Kapital bei dem Aufbau unserer industriellen Kraft innehatte, weit zurückgetreten, umso weiter, als im Kriege der Weiterbau in mannigfacher Form mit öffentlichen Mitteln erfolgte und als private Neuzuflüsse nur nach und nach angebracht und geduldet waren. In welchem Maße aber faktisch das in der Aktiengesellschaft gesammelte Kapital bei unseren industriellen Kriegserfolgen Pate gestanden hat, in welchem Umfange gerade unsere Aktiengesellschaften Anteil hatten an der Auffindung und Lieferung der modernen Kampf-, Hilfs- und Ausrüstungsmittel — neben, nicht nächst den Werkstätten des staatlichen und privaten Kapitals —, das festzustellen, wird erst der Untersuchung nach dem Kriege vorbehalten sein. Dann wird sich auch zeigen, wieweit die Börsen durch ihre sichtende, verteilende und kapitalaufbringende Wirksamkeit ein Verdienst um die Hebung des ganzen Organismus in Anspruch nehmen dürfen. Einstweilen muß uns das unvollkommene Spiegelbild des Kurszettels Beweis sein für die vielfach bestehenden Zusammenhänge, die den wirtschaftlich Bewanderten täglich entgegentreten, wenn von den unzähligen Arten des Frontbedarfs die Rede ist — vom Stahlhelm bis herab zum Uniformknopf, vom Maschinengewehr bis zur Gasmaske, vom feinsten physikalischen Instrument bis zum gröbsten Kriegsgefährt, vom flüchtigen Gas bis zur schweren Schiene, von der Glühbirne im Tauchboot bis zum Oefchen im Unterstand, kurzum von der ganzen zweiten Welt, die in beinahe drei Jahren zu Lande und zur See mit den treuen Kräften der heimatlichen Industrie aufgebaut worden ist, und allerdings unter reichlichster Entlohnung derselben. Wer hätte sich im August 1914 die Front als unmittelbarerr Maschinen- und Kohlenkonsumenten gewaltigsten Stils vorgestellt! Des hinter dieser Produktion stehenden Kapitals erinnert man sich im allgemeinen nur, wenn es für seinen Schutz, wie recht und billig, bezahlen soll. Seit langem hat die Steuergesetzgebung die in der Aktienform nutzbar gemachten organisatorischen Werte erkannt. Nicht nur die Nebensteuern, wie Tantiemen-, Stempel- und Talonsteuer, sind dafür bezeichnend, sondern es wurde auch der normale Geschäftgewinn schon bis jetzt mindestens zweimal besteuert, und die Aussicht, daß nach dem Kriege nicht zarter zugegriffen werden dürfte, sondern im Gegenteil schärfer, hat bemerkenswerterweise die Entwickelung der Aktiengesellschaft oder den Zudrang zu ihr keineswegs aufgehalten. Sie haben aber, im Verein mit anderen Motiven und in Verbindung mit der Kriegsgewinnentwickelung, die Hauspolitik der Gesellschaften in mehrfacher Weise beeinflußt, im Guten und im Bösen; es lohnt sich dem nachzugehen.

Zahlreichen, selbst größeren Gesellschaften gilt es seit langem als ein ernsthaftes, nach Bedeutung und Wirkungsdauer sicher aber überschätztes Ziel, die vorschriftsmäßigen Veröffentlichungen möglichst wenig zur Nachrichtenquelle für den in- oder ausländischen Wettbewerb zu machen, die Bilanzen also möglichst knapp und farblos zu gestalten. Der Konkurrent, der Abnehmer, der Arbeiter sollen aus dem Abschluß und aus der Dividende keinen Stoff ziehen. Später rückte man auch aus Steuerrücksichten die Vermögens- und Gewinnaufstellungen so zurecht, daß ihre Resultate der eigenen Auffassung von der Steuerpflicht entsprachen. Mit dem Aufkommen der übermäßigen und doch nach ihrem Ursprung durchaus zu unterscheidenden Kriegsgewinne einerseits und mit der notwendigen Vorsorge für eine reibungslose Rückkehr zur Friedensarbeit andererseits, verstärkte sich noch jenes Sekretierungs-Bestreben; vorbeugende Maßnahmen gegenüber den Dividendenwünschen des Aktionärs und der vielberufenen Begehrlichkeit des Reichstags traten hinzu. Alles das mag gelegentlich im Einzelfalle berechtigt sein, in seiner summarischen Uebertragung auf die ganze Gruppe wirkt es aber irreführend und sicher in einer Weise, daß allmählich den eigentlichen Besitzern des Unternehmens, wie auch der Oeffentlichkeit, in der die Aktiengesellschaften zu stehen haben, die Uebersicht verloren geht. Ganz besonders ist das der Fall, seit höhere Rücksichten eine vorsichtige Berichterstattung über die Ausdehnung und Art der Fabrikation, wie über das Entstehen und den Umfang der nationalen Hilfsmittel im Kriege überhaupt verlangen. Gerade mit dieser schuldigen Zurückhaltung wird aber vielfach ein Gebrauch getrieben, der an Uebertreibung grenzt, indem anfängliche, behördliche Sonder-Wünsche, wie so oft im Kriege, nicht nur ihrem Zwecke angepaßt werden, sondern als Schutzwand für die Kunststücke einzelner herhalten müssen, deren Veröffentlichung nicht den geringsten Schaden stiften könnte.

Welche Berechtigung besteht dafür, daß die Millionenbauten Dutzender von Gesellschaften in zentraler Lage, die urbi et orbi längst aus ihren Erzeugnissen bekannt wurden, überhaupt nicht die Bilanz berühren, sondern, noch im Entstehen, mitsamt ihrem teuren maschinellen Inhalt, ja mitsamt den Grundstücken „über Betrieb" abgebucht werden? Welchen auch nur inneren Grund gibt es dafür, daß eine Gesellschaft alle ihre süd- und norddeutschen Grundstücke, deren Ankaufswert sie in der Generalversammlung mit ℳ 8 Mill. angeben muß, plötzlich und unsichtbar auf eine Mark abschreibt, nachdem selbstverständlich — beinahe ist es für unsere erstklassigen Betriebe schon selbstverständlich — die Maschinen und aller Zubehör seit langem nur noch als Markposten bestehen? Soll man ferner glauben, daß ein Unternehmen mit Jahresgewinnen von 25 bis 30 Millionen jährlich nur einige hunderttausend Mark abzuschreiben hätte? Das sind bei ihm nicht die Neuzugänge eines Monats, geschweige eines Jahres. Wie selten begegnet man heute noch unter den bessergestellten Gesellschaften einer Bilanz, die klipp und klar die Zugänge, die Abgäng- und die Abschreibungen auf den toten Konten ersichtlich macht, wie beispielsweise die Bilanzen von Pintsch, Gebr. Bing, Körting, oder von Friedrich Heinrich es tun, um aus verschiedenen Branchen Namen zu nennen. Wie unzulänglich dagegen ist eine Bilanz aus dem Anilinkonzern, oder eine andere aus der Waffen- und Pulvergruppe, oder gar die Daimler-Bilanz, die es sich sogar gestattet, den Posten der Abschreibungen diesmal ganz in der ziffernmäßigen Berichterstattung zu unterdrücken. Welchen Wert hat eine solche, angeblich nach dem Handelsgesetzbuch vorsichgehende „Vermögensaufstellung" überhaupt noch für die Masse der Aktionäre, und wie unabsehbar steigern die Verwaltungen dadurch ihre Verantwortung, daß sie den Aktionär in die Rolle des lethargischen Pfründners drängen, statt ihn zum denkenden und sorgenden Mitarbeiter am Unternehmen und auch an der Gesamtwirtschaft zu erziehen! Hat die geschäftliche Offenheit jemals ernsthaften Schaden gestiftet, ist nicht für die reiche Gesellschaft die Steuerleistung und das soziale Zugeständnis wirklich das Kleinste unter den Opfern, die heute gebracht werden müssen? Leider hat unsere Kriegssteuergesetzgebung dieser umsichgreifenden Verwahrlosung der Bilanzen noch Vorschub geleistet durch die mangelhaften und der Geheimniskrämerei entgegenkommenden Verbuchungsbestimmungen. Danach werfen immer neue Gesellschaften ihre Kriegssteuer-Effekten in den gewöhnlichen Wertpapierbestand, obwohl dessen Inhalt schon nach dem zweiten Jahre nicht mehr von außen verfolgt werden kann. Und mit wahrem Eifer sind ebenso viele Gesellschaften dazu übergegangen, die Steuer-Rücklage mit oder ohne Angabe von Beträgen in mehr oder minder reichlicher Dotierung unter die „Gläubiger" zu buchen, sodaß dieses Konto oft eine ganz absonderliche Entwickelung nimmt. Die nach der Steuerabführung verbliebenen Rückstände werden unter Umständen ungekannt von den Aktionären zur stillen Reserve. Neuerdings läßt man im gleichen „Kreditoren"-Posten auch schon Friedensumstellungsrücklagen und Verpflichtungen aus Kriegslieferungsverträgen also Garantie-Reserven verschwinden, wie sie bei der Waffen A.-G. und nun plötzlich bei Dynamit Nobel eine Rolle spielen, hier wenigstens noch vorläufig unter Bezifferung. Die Demoralisation in der Rechnungslegung ist auch längst dahin gediehen, daß man die Verdunkelung der Verhältnisse dadurch noch unterstützt, daß die Vorstandstantiemen, notfalls mit offenem Antrag an die Generalversammlung, vorweg unter Unkosten abgebucht werden, u. a. weil sie einen Rückschluß auf die Bewegungen des wirklich erzielten Reingewinns erlauben könnten; nur notdürftig kann sich bei der ebenerwähnten Nobel-Gesellschaft der Aktionär den diesmaligen Stillstand der Aufsichtsratstantieme auf rund ℳ 500 000 dahin auslegen, daß der Reingewinnrückgang von ℳ 16.80 Mill. auf ℳ 9.98 Mill. nur ein äußerlicher ist und daß die Garantiereserve von ℳ 5 Mill. wahrscheinlich als tantiemepflichtiger Reingewinn behandelt wurde, was er demnach auch sein muß. Rein statistische Arbeiten, deren Wert man weder für die Kriegsgeschichte, noch für die Kredit- und Geschäftsentwickelung nach dem Kriege unterschätzen soll, werden durch die Aufhäufung jener Schein-Kreditoren in den Bilanzen erheblich erschwert. Einstigen Aufschluß über Ausmaß und Bewegung der völlig in die Hand der Verwaltung gegebenen stillen Reserven der Passiv- wie Aktivseite wird der entmannte Aktionär nur mit Mühen erkämpfen. Im Gegenteil, es nehmen die in unausgesprochener, aber umso unvollkommener Autokratie vielfach eingeschlagenen Buchungsmethoden inmitten unseres demokratisch gedachten Aktienwesens schon die Allüren von Gewohnheitsrechten an, dem Schwindel die Wege zeigend; sie untergraben die Kraft und das Ansehen des Gesetzes, sind sachlich durchaus zu entbehren und sollten daher, bei aller Achtung vor dem Wesen und der Nutzwirkung der normalen stillen Reserve, mit jedem tauglichen Mittel bekämpft behördlicherseits aber nicht ohne Not gefördert werden.

Für die vom heißen Atem der Kriegsarbeit noch übergangenen Industrien gab es alle diese Fragen nicht. Zement, Papier und Keramik, Transport-, Kali-, Hotel- und Baugewerbe und die Unzahl der durch Sammelnamen schwer zu umfassenden Betriebe mußten sich lange damit bescheiden, ruhig auszuharren. In Bezug auf die Bilanzierung galt für sie: quieta non movere. Ihre Abschreibungen und Dividenden standen unter dem Zeichen kleiner Zahlen oder des Strichs, und an Finanzmethoden gab es nur die eine, mitsamt den Bankgläubigern stillzuhalten. Solche Werke waren auch nur teilweise im Besitze veräußerbarer Gegenstände des Kriegsbedarfs, aus deren günstigen Realisierung sich viele andere Gesellchaften anfangs gut kräftigen konnten, wenn sie ihre Pflichten richtig verstanden. Denn inzwischen sind gerade sie, soweit sie nicht in die Surrogatherstellung hineinkamen, in eine Art von Lohnarbeit mit zugemessenen Verdienstquoten zurückgefallen, und immer deutlicher zeichnet sich die Wellenbewegung ab, die neue Gewerbe (Eisen, Zellulose, Leinen) emporhob, die ersten Günstlinge des Krieges aber, die Bekleidungs-, Leder-, Bier- und Nahrungsmittelindustrien, den Zwangszustand der Arbeiter- und Verdienst-Rationierung fühlen ließ. Nun erst und in den nächsten Friedensjahren wird man ersehen, ob die Bilanzpolitik von übermäßiger oder unzulänglicher Voraussicht geleitet war. Dasselbe versteht sich nicht zuletzt für die eingangs und vorwiegend behandelten Rüstungsbetriebe; nur riefen deren äußere Gepflogenheiten den Widerspruch heraus. Niemand wird im allgemeinen die bereinigende Energie tadeln, mit der Gesellschaften, die nur irgend durch Kriegsmaßnahmen oder Rücklagen dazu in der Lage waren, die Konten ihrer feindländischen Beteiligungen behandelt haben, niemand es ernstlich bemängeln, daß sie die echten oder unechten Gelegenheitsgewinne, die durch Abstoßung neutraler Interessen bei den hohen Wechselkursen erzielt wurden, nur ungern für Dividenden verwendeten. Diese Auslandsinteressen waren meist als Teile der Substanz zu betrachten und müssen später in irgendeiner Richtung neu und mit Kosten ersetzt werden. Es ist sogar nicht wenig, was auf solche Weise die deutsche Industrie an Stützpunkten im Auslande aufgab, abgesehen noch von denen, die in feindlichen Ländern fürs erste als verdorben oder für uns verloren sind. Andererseits trifft es nicht zu, daß nun alle neutralen Abstoßungen einen solchen Substanzverlust bedeuten; manche Objekte, wie diejenigen der Elektrofinanzierung, waren doch überhaupt nur als vorübergehender Besitz gedacht. Hafslund (Schuckert); Wangen, Forza (Lahmeyer); Toscana, Sicula, St. Martin, Torinese (Continentale). Anderen Verkäufern wieder war die Abstoßung für die eigene Finanzlage wichtiger, als der dauernde Besitz: Hammermill (Varzin), Lehigh (Didier-Bamag), wie überhaupt aus vielen Abstoßungen, ganz wie aus den allgemeinen Effektenverkäufen des Landes, ein Stück Kriegsfinanzpolitik geworden ist. Die nordischen Erzinteressen (Sydvaranger, Solangen) werden wir allerdings nur in Ansehung der besonderen Verhältnisse aufgegeben haben und ebenso liegt es bei den Kriegs-Tauschgeschäften, die in vernünftigen Momenten England mit uns vereinbart hat: Nobel Trust gegen Hamburger Nobel, Merton Lim. gegen Metallbank, Welsbach gegen Auer-Wien. Neben diesen außenpolitischen Operationen entwickelt sich aber auch eine ausgesprochen normale Blüte-Finanzierung, deren wichtigste Erscheinungsformen schon oben bei Erörterung der Ausschüttungsmethoden behandelt wurden. Die Kreditaufnahme und die Obligation schieden weitgehend aus, ein umso häufigerer Gast wurde die neue Aktie, dies trotz aller berechtigten Widerstände und Kautelen, und ungeachtet auch der oft allzu durchsichtigen Nebenmotive. Mit der langen Dauer des Krieges setzte aber auch — die fiskalischen Kriegswirtschaftsgründungen scheiden hier aus — die private Neugründung nach Maßgabe der Rohstoffaussichten wieder ein, als Spekulation nicht nur auf die Kriegs-, sondern auch auf die Friedensbeschäftigung beispielsweise im Schiffs- und Wagenbau, stark optiistisch auch in der Transportversicherung. Auch die häufigeren Abarten, die Umwandlung zur Aktiengesellschaft findet wieder eine tätte:

Stöwer-Auto, Neumeyer-Metall, Gerberei-Wetzlar, Schuhfabriken Heimann-Schweinfurt, Paqué-Pirmasens, Chemikalien Grenzach, Großmann-Baumwolle, Kromschröder-Gasmesser, Ashelm-Verlag, Spreng-Espagit-Esser, Schiesser-Tricot, Weberei Hoebler, Werkmaschinen Braun, Farbwerke Pape, Brennerei Hünlich, Kautschukregenerat Runge neben einer Unmasse von Gesellschaften m. b. H. (Papiergarn!).

Die Beweggründe sind nicht überall die gleichen, oft von außen schwer zu beurteilen, bisweilen aus der Anlehnung an bestehende Konzerne gewonnen. Es wäre auch zu weitgehend, wollte man sagen, daß die Gründungsära der 70er Jahre hier schon im Kriege blühe. Andererseits besteht kein Zweifel darüber, daß jeder solchen Neubildung, die unter den Ausnahmezuständen des Kriegs, womöglich auf Kriegsverdiensten und Kriegs- oder Uebergangs-Aufträgen aufgebaut wird, die ganze besondere Vorsicht aller Beteiligten und eine lange Beobachtungszeit seitens der Außenstehenden gewidmet werden muß, bis das Urteil über die Lebensfähigkeit einigermaßen feststehen kann. Rücken doch bereits in mehreren Industrien, die allerdings besonders ungewissen Zeiten entgegensehen, die Betriebe immer enger zusammen, in Inlands- und Ausfuhrsyndikaten sowohl, als auch durch vollkommene Zusammenlegung und Fusion. Das Brau-, Sprit- und Textilspezialfach verzeichnen bereits solche Vorgänge. Anders wollen natürlich die Verschmelzungen in der Schwerindustrie und in ihrer Weiterverarbeitung beurteilt sein; hier handelt es sich in erster Linie um den alten Konzentrationsprozeß, der durch den Eisen- und Stahlkrieg, sowie durch die Wertsteigerung allen Kohlen- und Erzbesitzes einen frischen Anstoß bekam, und in den allenfalls dadurch eine Variante hineingetragen scheint, daß, wie in Rüstungsbetrieben, für manche Erwerbung der jetzige Zeitpunkt deshalb gewählt wurde, um einen Platz für Abschreibungen, für Gewinnunterbringung zu finden.

Läßt man alle diese Erscheinungen an sich vorüberziehen, so zeigen sie uns das unternehmende Kapital als ein lebendiges, auch hinter Feuerbränden fortwirkendes Agens, als eine manchmal irrende und überschäumende, aber in der Organisation unentbehrliche Kraft. Gerade in der Aktienform hat es seinen Dienst am Vaterlande getan im Krieg wie im Frieden, seiner Natur nach nicht selbstlos, aber auch nicht gemeinschädlich; und dies dankt es anerzogener innerer Selbstzucht und einer öffentlichen Aufsicht, die durch Vermeidung von Zwang und Konzessionswesen sein eigenes Verantwortlichkeitsgefühl wachhielt. Dieses Verantwortlichkeitsbewußtsein ist es, das in Zukunft bei noch so üppig gewordener Konstitution der einzelnen Gesellschaften immer wieder wachgerüttelt werden muß und das von ihnen nicht entbehrt werden kann, weder in ihrer Sonderpolitik gegenüber den Aktionären, noch in dem Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, trete sie nun in Form von steuerlichen, sozialen, geschäftlichen oder finanzpolitischen Ansprüchen auf. Dann erspart man auch dem Staat, zu anderen Ueberwachungsgepflogenheiten und zu überscharfer Sonderbesteuerung überzugehen. Diese Aussicht wieder erhält uns die Lebenskraft der freien Aktie, für den Neubau unserer Wirtschaft und für den Wettkampf mit den auf einmal industrialisierten und industriell bleibenden Nachbarn, und diese Aussicht wird uns ferner vor dem Untertauchen aller Vermögen in der ohnehin überhandnehmenden, zur gewerblichen Untruchtbarkeit hintreibenden Rente bewahren — nach einer Uebergangszeit, deren Gebote wir alle kennen.

Neue Freie Presse
27.IV.1917
144

Die Zukunft der Valuta in der Monarchie.

Vom Geheimen Rat Dr. Alexander Wekerle.
Königlich ungarischer Ministerpräsident a. D.

Budapest, 24. Mai.

Die Wiederherstellung des Wertes unseres Geldes ist vom wirtschaftspolitischen, staatsfinanziellen und sozialen Gesichtspunkte eine unaufschiebbare Aufgabe erster Ordnung, deren Lösung man nicht der Zukunft überlassen, auf die Zeit nach dem Kriege hinausrücken darf. Wir müssen bereits jetzt mit sorglicher Voraussicht an die Arbeit gehen.

Unser in seinem Werte herabgemindertes Geld steigert in vielfachem Maße die Staatsausgaben, erhöht unsere ausländischen Schulden, verteuert unerträglich das tägliche Leben, führt Vermögensverschiebungen herbei, vernichtet Werte, ruft scheinbare Werterhöhungen hervor, stört dieserart die gesellschaftliche Ordnung und die wirtschaftliche Betätigung und eröffnet den Mißbräuchen breiten Spielraum. Bei der Verfolgung der zahlreichen Schuldigen werden dann naturgemäß auch die Unschuldigen in Mitleidenschaft gezogen. Diese Mißstände können selbst durch die zweckmäßigsten Verfügungen, durch die vollkommenste Organisation nicht beseitigt werden. Solche Verfügungen können die Rückwirkungen des Uebels bloß mildern, aber sie vermögen nicht einmal, dessen Ausbreitung zu verhindern. Wenn wir nicht bezeiten alles aufbieten, so werden sich die schädlichen Wirkungen voraussichtlich gerade in derjenigen Zeit nach dem Kriege fühlbar machen, in der die außerordentlichen Kriegseinkünfte der Unternehmungen und Privaten versiegen und die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und sozialen Restauration sowie der gesteigerten Aufnahme der normalen wirtschaftlichen Betätigung am lautesten an der Tür pochen wird.

Es gibt nur eine ungesuchte, aber sichere Methode der Sanierung des Uebels: die Wiederherstellung des Geldwertes. Gewöhnlich wird das Sinken des Geldwertes auf das fast völlige Ruhen des Außenhandelsverkehres und der Außenhandelsrelationen zurückgeführt. Zweifellos muß die Tatsache, daß wir bei der Beschaffung einzelner Bedarfsartikel selbst bei Einhaltung möglichst enger Grenzen auf das Ausland angewiesen sind, daß demgemäß der Export verschwindend gering ist, daß unsere ausländischen Geldsendungen aufgehört haben, daß von Wertplacierungen im Auslande keine Rede mehr ist, zu einer gewissen Entwertung unseres Geldes führen. Diesen schädlich rückwirkenden wirtschaftlichen Ursachen läßt sich nur durch neue wirtschaftliche Tätigkeit begegnen. Ich erachte daher jede solche zweckmäßige Verfügung für richtig und begründet, die die Einschränkung des Imports und die Förderung unseres Exports vorsieht. Ich erachte auch diejenigen Maßnahmen für opportun, die eine Konskription, respektive Evidenzhaltung unserer internationalen Wert repräsentierenden Güter, Forderungen, ausländischen Wertpapiere, Kostbarkeiten, für die Ausfuhr geeigneter oder hiezu zu verarbeitender Rohprodukte, Halb- und Ganzfabrikate, sowie eine Förderung der Transport- und der gegenwärtigen und künftigen Ausfuhrmöglichkeiten dieser Güter bezwecken. Allein wir müssen darüber im Reinen sein, daß dies bloß löbliche Hilfsmittel zur Erleichterung der Lage sind, daß die gründliche Sanierung nur von der normalen und gesteigerten Wirtschaftstätigkeit zu erwarten ist.

Eben deshalb müssen wir alles aufbieten, um eine der wichtigsten Vorbedingungen normaler wirtschaftlicher Tätigkeit, die Wiederherstellung des Geldwertes, zu verwirklichen.

Die Entwertung unseres Geldes hat neben den Außenverkehrsrelationen auch noch einen anderen, nicht minder beachtenswerten Grund, und der liegt in der Masse unserer Geldmittel. Das Ruhen der auswärtigen Relationen und die Vermehrung der Geldmittel sind gemeinsame Faktoren der Wertverminderung. Dies geht ganz entschieden aus der Beobachtung hervor, daß beispielsweise in solchen Staaten, in welchen die ausländischen Relationen bloß zum Teile aufgehört haben — wie in Frankreich und in Italien — der Geldwert in geringerem Maße gesunken ist, trotzdem sich die Geldmittel im Vergleiche zu dem Friedensstande in höherem Maße vermehrt haben wie bei uns, anderseits zeigt sich in solchen Staaten, die an wirtschaftlicher Kraft mit uns gar nicht verglichen werden können, trotzdem sie vom Auslande sozusagen völlig abgeschlossen sind, eine geringere Herabminderung des Geldwertes als bei uns, weil eben ihre Geldmittel nicht vermehrt wurden. Aus dem Gesagten muß man daher zur Schlußfolgerung gelangen, daß eine Verminderung unserer laufenden Geldmittel unsere erste Aufgabe zu sein hat, denn diese bildet ja die Vorbedingung der Wiederaufnahme der normalen Wirtschaftstätigkeit und damit der Sanierung. Es ist zweifellos, daß die fortwährend sich steigernde Teuerung, die eine drückende Last der wirtschaftlichen Produktion geworden ist, zum guten Teile durch den Mangel an manchen Stoffen hervorgerufen wird, aber vielfach wird die Teuerung durch den herabgesunkenen Geldwert verschärft, und dort, wo sie nicht auf den Mangel an Stoffen zurückgeführt werden kann, steht sie in ursächlichem Zusammenhange mit dem herabgeminderten Geldwerte.

Hieher gehört auch das ungeheure Anwachsen der Kapitalien. Die großen Mehreinnahmen der Materialproduzenten, die ungeheuren Arbeitslöhne sind Faktoren dieser Kapitalsanschwellung und führen dahin, daß außer den in unseren Geldinstituten plazierten Einlagen die von Privaten zurückbehaltenen Gelder riesig angewachsen sind. Es ist eine alltägliche Erscheinung, daß sich heute — wenn man die Friedenszeit zum Vergleiche heranzieht — in den Händen einzelner, und zwar ganz besonders in der Hand der minderbegüterten Volksklassen sehr bedeutende Bargeldvorräte befinden.

Die schwerfälligen Marktverhältnisse haben zum Schaden der Befriedigung der Bedürfnisse zu einer erhöhten Thesaurierung der Bargeldvorräte in den Händen Privater geführt. Die Leute, die Lebensmittel und andere Bedarfsartikel herstellen, der Arbeiter, der seinen gesteigerten Lohn nicht aufbraucht, warten auf günstigere Gelegenheiten; Unsicherheit und Zweifel bestimmen diese Elemente bei der Thesaurierung des ungewohnten Geldüberflusses. Ich kann diesbezüglich keine bestimmten Zahlen aufstellen, aber gründlichere Kenner der Größe unserer Geldverkehrsmittel schätzen die Summe, die in beiden Staaten der Monarchie in den Händen einzelner heute thesauriert sind, auf mehrere Milliarden. Es kann übrigens noch als glücklicher Umstand gewertet werden, daß diese zahlenmäßig nicht bestimmbare, aber auf jeden Fall bedeutende Summe nicht Gegenstand des allgemeinen Verkehres ist, denn sonst würde sich hieraus gewiß eine erhebliche Inflation ergeben. Jedenfalls erachte ich es für notwendig, daß diese und andere überschüssige Kapitalien zur richtigen Zeit in das rechte Bett geleitet werden, damit sie die Inflation nicht zu einem Zeitpunkte hervorrufen, da dies für die Wiederaufnahme unserer wirtschaftlichen Tätigkeit von äußerster Gefahr wäre.

Die natürlichste Art und Weise der Konsolidierung der überschüssigen Kapitalien ist die Kriegsanleihe. Allein abgesehen davon, daß den Kriegsanleihen bei den gegenwärtigen Bedürfnissen und bei der gegenwärtigen Staatswirtschaft bloß übergangsweiser Charakter zugesprochen werden kann, ist es doch zu bedenken, daß man, so erfreulich auch die Zahl der kleinen Zeichner an der Kriegsanleihe anwächst, auf diese Weise nicht in jene Schichten zu dringen vermag, die einen Teil der Geldmittel thesaurieren, später jedoch voraussichtlich in Verkehr setzen werden.

Vielleicht wäre eine erhöhte Inverkehrsetzung von verzinslichen Geldmitteln (Kassenscheinen) eines der geeigneten Mitel zu einer wenigstens provisorischen Konsolidierung dieser überschüssigen Kapitalien. Die hieraus erwachsende Last, sowie die zweifellos damit verbundene Unsicherheit, wäre für den Staat, der seine Einnahmen in Geld geringeren Wertes bezieht, weniger drückend und mit weniger Gefahren für die ganze wirtschaftliche Entwicklung verbunden als eine eintretende Inflation.

Da ich indes mit Faktoren, die mir unbekannt sind, nicht argumentieren kann und da die richtigen finanztechnischen Gesichtspunkte eben wegen ihrer Unbekanntheit außerhalb meines Gesichtskreises liegen, wünsche ich mich an dieser Stelle nicht in eine Erörterung der Finanzierungsmöglichkeiten einzulassen, sondern nur für jene wirtschaftliche Tätgkeit das Wort zu erheben, die eines der wirksamsten Mittel der Konsolidierung in der richtigen Ableitung der überzähligen Geldmittel ist. Wir dürfen die Lösung nicht aus den blitzartig sich entladenden Ideen einzelner Finanzgenies, sondern nur von der wirtschaftlichen Tätigkeit selbst erwarten.

Große Ideen sind hochschwebende Wolken, die nur dann nutzbar werden, wenn sie auf fruchtbaren Ackerboden fallen. Wir müssen die großen Ideen auf Kleingeld umwechseln. Wir müssen danach streben, daß die aufgestapelten Kapitalien, mögen sie nun aus Kriegsgewinnen aus dem erhöhten Werte der Waren, aus gesteigerten Einnahmen oder aus Ersparnissen fließen, in eine wirtschaftliche Richtung geleitet und durch wirtschaftliche Tätigkeit fruktifiziert werden.

Wir müssen jeden Industrie-, Handels-, Landwirtschafts- und Verkehrszweig und im Rahmen dieses Zweiges jedes einzelne wirtschaftliche Subjekt zum Gegenstande der Untersuchung machen; damit sie ihre Kapitalien bei dem Einsetzen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, zu ihren Beschaffungen, zu ihren Ausrüstungen, zum Ankauf von Immobilien, zur zweckmäßigeren Ausnützung ihrer Güter verwerten.

Das so heiß ersehnte Hilfsmittel gesteigerter Wirtschaftstätigkeit, das Kapital, ist zur Stelle, es muß nur richtig und zur rechten Zeit in die Wege geleitet und verwendet werden.

In Ungarn ist die längst auf dem Tapet befindliche Frage der Besitzpolitik akut geworden, und auch in vielen Teilen Oesterreichs wird sie nicht auf einem Ruhepunkt bleiben. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die in der maßlosen Aufteilung der Grundbesitze die beglückende Panacee erblicken, ja ich bin sogar der Meinung, daß unnatürlich beschleunigende Bestrebungen leichtlich sowohl vom wirtschaftlichen wie vom sozialen Gesichtspunkte gerade die entgegengesetzten Ergebnisse auslösen, wenn die Grundbesitze nicht in berufene Hände gelangen, aber soviel ist zweifellos, daß unser Volk heute die Kapitalskraft besitzt, die innerhalb legitimer Grenzen und innerhalb der Schranken der Zweckmäßigkeit diese Bestrebungen zur Geltung zu bringen vermag.

Noch eines möchte ich bloß zur Bekräftigung meiner Behauptungen vorbringen. Möge niemand denken, daß diese Propagierung der volkswirtschaftlichen Richtung bezüglich der Verminderung der Geldverkehrsmittel gleichgültig ist, weil diese einfach den Besitzer wechseln und doch noch immer Geld bleiben. Denn dasjenige Kapital, das den Besitzer gewechselt und keine weitere wirtschaftliche Placierung gewinnt, ist eben dasjenige Geldmittel, das sich in Wertpapieren festlegt und hiedurch die Konsolidierung der überschüssigen Geldverkehrsmittel herbeiführt.

Außer diesem Zweck ist die gesteigerte wirtschaftliche Tätigkeit auch an sich eines der wirksamsten Gegenmittel der Inflation, weil sie gesteigerte Verkehrsmittel wünscht. Dabei ist sie aber auch die einzige Quelle unserer gesteigerten Tragfähigkeit.

Uns darf in der Zukunft nicht vor diesen Lasten bange werden. Die Güte unseres Geldes hängt nicht von den Lasten, sondern davon ab, daß wir zur entsprechenden Zeit und in richtiger Weise unsere wirtschaftliche Arbeit einstellen.

27./IV. 1917

145

Zur Bedeutung des österreichischen Bankwesens im Frieden und Kriege

Ein hervorragender Kenner des Finanzwesens überläßt uns die nachstehende gedankenreiche Darlegung:

„Wir haben keine Zeit für Rhetorik. Stärker ist die Macht der Tatsachen, die wir für uns reden lassen."
(Aus der Reichstagsrede des deutschen Reichskanzlers vom 5. April 1916.)

Mancherlei Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die der Kritik der Oeffentlichkeit nicht standzuhalten vermochten, Uebergriffe und Auswüchse, welche leider hierzulande, wie in allen kriegführenden, zum Teile auch in neutralen Staaten, zutage getreten sind, haben letzten Endes zu rednerischen und publizistischen Angriffen, wahllos und verallgemeinert, gegen die Institution der Banken geführt. Soweit es sich nicht um Bloßlegung wirklicher Schäden handelt, sondern nur die Freude an der Anwendung billiger Schlagworte den Angriffen zugrundeliegt, wird dies in diesen Zeiten zum gefährlichen Spiel. Wir stehen inmitten des ungeheuersten Geschehens, das je die Welt erlebte. Militärische und politische Ereignisse von welthistorischer Bedeutung erfüllen den Tag. In dieser stürmischen Epoche bereitet man sich hier und anderwärts für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vor. Für gigantische ökonomische Probleme wird hiebei die Lösung gefunden werden müssen. Alle Kräfte des Staates werden zur Bewältigung der großen Aufgaben beizutragen haben und so wird auch der Mitarbeit der Banken, die freudig jede Gelegenheit benützen, dem Staatsgedanken zu dienen, nicht zu entraten sein. Angesichts der großen Fragen, die unsere nächste Zukunft bewegen und ein Zusammenfassen aller Kräfte des Staates bedingen, erscheint es wahrlich unpolitisch, mit glitzernden Schlagworten die Institution der Banken anzugreifen, jener Banken, welche zu der erst im Kriege entdeckten, bei Freund und Feind bestaunten wirtschaftlichen Stärke unserer Monarchie in wesentlichem Maße beigetragen haben.

Das Wachstum der Banken hat manchenorts eine irrige Beurteilung gefunden, weil bei flüchtiger Betrachtung der Dinge gewöhnlich außeracht gelassen wird, daß die organische Entwicklung und Erstarkung der Banken nur das Resultat notwendiger äußerer ökonomischer Einwirkungen darstellt und nicht etwa willkürlichen Handungen entspringt.

Die mehr und mehr schutzzöllnerische Richtung, in welcher sich die Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie in den letzten Jahrzehnten bewegte, mit dem Ziele, die heimische Landwirtschaft und einzelne Industriekreise zu kräftigen, verfehlte nicht die beabsichtigte Wirkung. Der zugemessene enge Raum dieses Artikels läßt eine Erörterung über die Licht- und Schattenseiten dieser Handelspolitik nicht zu. Tatsache ist, daß durch diese Zollpolitik die Vorbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben waren, sofern der Industrie und Landwirtschaft die bedeutenden finanziellen Mittel vorgestreckt wurden, die erforderlich waren, um z. B. bestehende Industrie-Unternehmungen auszugestalten, neue Arbeitsstätten zu gründen, kostspielige, zuweilen sehr riskante Versuche in neuen Erzeugungstechniken zu ermöglichen; ferner kamen die Erwerbung und Ausnützung von Patenten, die Gewährung von industriellen und landwirtschaftlichen Betriebskrediten u. v. a. in Betracht. Hand in Hand damit benötigte auch der Großhandel in steigendem Maße beträchtliche, im Kreditwege zu beschaffende Mittel. Nahezu die ganze Bedeckung all dieser Erfordernisse wurde den Banken zur Aufgabe gemacht. Diese, den Banken zufallende Mission war schwierig und undankbar, weil es sich nach vielen Richtungen, speziell in der Industrie, um neue Erscheinungen mit mancherlei Risken handelte. Viele der heute florierenden Unternehmungen, deren Erzeugnisse einen Weltruf genießen, haben noch lange Jahre nach ihrer Gründung als Schmerzenskinder der patriotischen Banken gegolten. Industriefirmen, welche scheinbar nur dem Mißgriffe eines Bankinstitutes ihr Leben verdankten, entwickelten sich im Laufe der Jahre zu ungeahnter Bedeutung. Wenngleich demnach die Banken mit jeder Kreditgewährung, mit jeder Finanzierung und Gründung eine sozialwirtschaftliche Tat vollbrachten, dadurch zugleich für Millionen Menschen Arbeitsgelegenheiten ermöglichten und die Grundlagen der wirtschaftlichen Erstarkung der Monarchie schufen, fanden sich bisher nur wenige Stimmen, welche dieses bleibende Verdienst der Banken in objektiver Weise würdigten.

Der ungeheure Kapitalsbedarf, der sich aus den Kreisen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft vornehmlich bei den Banken konzentrierte, konnte teils aus Erhöhungen des Eigenkapitals der Banken, teils aus den bei den Banken elocierten Anlagegeldern gedeckt werden.

Mit der Größe der an die Banken gestellten ökonomischen Anforderungen wuchsen diese Institute nicht nur materiell, sondern auch territorial, indem sie Zweigniederlassungen sowohl in den Vororten ihres Hauptsitzes, als auch an industriereichen Provinzplätzen schufen. Die Ansichten über den Wert eines großen Filialnetzes sind nicht einheitlich. Tatsache aber ist, daß in Deutschland und im feindlichen Westen das Wesen der Banken-Dezentralisation gute Erfahrungen zeitigte. Die bedeutenden Erfolge, welche auch hierzulande jene Banken, welche über zahlreiche Zweigniederlassungen verfügen, bei der Unterbringung von staatlichen Emissionen, wie z. B. der Kriegsanleihen, ziffernmäßig aufzuweisen in der Lage sind, wird vielleicht manchen Gegner der Dezentralisation veranlassen, seine Ansicht nach dieser Richtung zu revidieren. Wenn es bei jeder der bisherigen Kriegsanleihe-Emissionen mit immer steigendem Erfolge gelang, dieselben zu Volksanleihen auszugestalten, wenn hiedurch die Praxis in der technischen Durchführung von Kreditoperationen mit ganz außerordentlichen und wertvollen Erfahrungen bereichert wurde, wenn schließlich in den breiten Schichten der Bevölkerung durch die umfassende Kriegsanleihe-Propaganda der Banken speziell das Interesse für die Erwerbung von festverzinslichen Staatspapieren geweckt und dadurch für die Zeit des künftigen Friedens neue große Interessentenkreise für Staatsrenten-Emissionen erzogen wurden, ist ganz unleugbar ein gut Teil dieser Erfolge gerade der vielgeschmähten Dezentralisation der Banken zu danken. Die intensive Kleinarbeit, die in den Bankfilialen geleistet wird, um den Anleihen des Staates und der Länder immer neue Abnehmer zu schaffen, ist eines ehrlichen Lobes wert, weil letzten Endes der Erfolg dieser Bemühungen dem Staatsganzen gilt; die Erfolge der Anleihe-Emissionen würden zweifellos nicht jene imposante Höhe erreichen, wenn für diese Zwecke nicht das feine Geäder der Filialnetze der Banken zur Verfügung stünde, wenn nicht auch jene weiten Bevölkerungskreise, die fernab vom Zentrum des Reiches domizilieren, durch den direkten Kontakt mit den Bankfilialen, eine gewisse finanzielle Schulung erhielten.

Die beste Beweisführung für die zweckentsprechende Gestion der Banken erbrachte der Krieg. Die von den Banken sorglich gepflegten Industrien hatten in überraschend kurzer Zeit verstanden, ihre Betriebe auf die Deckung des Heeresbedarfes umzustellen und viele Unternehmungen, deren Branche bisher keinen direkten Zusammenhang mit der Deckung von Kriegserfordernissen aufwiesen, fand endurch eine behende Neuorganisation ihrer Werke den Anschluß an die dringenden Bedürfnisse ihrer Zeit. Diese außerordentliche Schlagfertigkeit unserer Industrie trug in starkem Maße zu dem militärischen Gesamterfolge der Zentralmächte bei. Unsere Industrien hätten jedoch niemals zu solcher Leistungsfähigkeit sich aufschwingen können, wenn nicht seit Jahrzehnten die Banken in weitausgreifender, von jeder Engherzigkeit freien Weise deren Förderung und Erstarkung sich zur Aufgabe gemacht hätten. Also gerade dem so häufig den Gegenstand eines Vorwurfes bildenden kapitalistischen Einschlage bei den Industrien war es zu danken, daß dieselben unverzüglich und dauernd in der Lage waren, alle erforderlichen Güter für den Kriegs- und Heeresbedarf zu erzeugen.

Dem gesunden Organismus der Banken war es zuzuschreiben, wenn die heimische Volkswirtschaft unter der ungeheuren Belastungsprobe der ersten Kriegsmonate nicht zu leiden hatte. Die Banken hielten die von ihnen während des Friedens gewährten Kredite auch bei Kriegsbeginn unverändert aufrecht; von dem Rechte des Moratoriums (der Stundung der privatrechtlicher Forderungen) hatten die Banken lediglich in den ersten Tagen dessen Giltigkeit und auch in dieser kurzen Spanne Zeit nur in beschränktem Umfange Gebrauch gemacht. Die Bevölkerung erkannte rasch, daß die gesicherte Position der Banken auch durch die Schrecken des Weltkrieges nicht zu erschüttern war. Die verhältnismäßig geringe Anzahl von Bareinlagenbesitzer, welche in den ersten Tagen des Krieges ihre Kapitalien behoben, brachten nach kurzer Frist ihre Gelder wieder zu den Kassen der Banken zurück. Das Vertrauen, welches die Bevölkerung den Banken entgegenbringt, dokumentiert sich am deutlichsten in der Tatsache, daß gerade während des Krieges der Stand der Bareinlagen bei den Banken in einer früher nicht gekannten Weise gewachsen ist.

Es soll noch erwähnt werden, daß die Geldwirtschaft der Bankinstitute seit Kriegsbeginn vornehmlich in den Dienst des Staates und des Krieges gestellt wurde, so daß also die Bankinstitute in ihrer Art den gleichen staatlichen und militärischen Zwecken dienen, wie die überwiegende Mehrzahl ihrer Industrien.

Der Zusammenhang der Banken mit ihren Industrien hat im Kriege eine glänzende Feuerprobe bestanden; die Tatsache, daß weder bei Beginn, noch im weiteren Verlaufe des Krieges unserer Monarchie von ökonomischen Erschütterungen heimgesucht wurde, beweist, daß der Organismus der Banken und Industrien gesund ist. Dies muß umso höher gewertet werden, als die Zentralmächte infolge der feindlichen Absperrungspolitik für die Bedürfnisse des Staates, der Armee und der Zivilbevölkerung aus eigener Kraft, aus eigenen Mitteln zu sorgen haben.

Die imposanten Aeußerungen unserer wirtschaftlichen Kraft zeugen von unserem Können. Kein Stillstand, kein Rückschritt, aber auch keine Behinderung darf in der Bestätigung der Energien eintreten, wenn die großen Aufgaben der Zukunft glücklich gelöst werden sollen. Nur ein harmonisches Wirken und einträchtiges Hand-in-Hand-Gehen aller berufenen Faktoren können die geeigneten Vorbedingungen für die künftige Friedenswirtschaft schaffen und uns unseren Platz an der Sonne sichern. A. H.

Der Economist.

Der staatsfinanzielle Wiederaufbau Oesterreichs.

Eine Studie des früheren Finanzministers Freiherrn v. Engel.

Von Professor Dr. Spiethoff.

Prag, 29. Mai.

Wir stehen vor einer Riesenaufgabe, die in der Geschichte ohne Gegenstück ist. Der staatsfinanzielle Bedarf ist so groß, daß neue Bahnen beschritten und bisher unerhörte Maßstäbe angelegt werden müssen. Die Verfolgung der alten Wege würde nur Bruchteile der Bedürfnisse decken. Was vor dem Kriege als Finanzreform größten Stils hätte gelten können, ist heute unzulänglich. Der Größe der zu beschaffenden Einnahmen entsprechen die entgegenstehenden Schwierigkeiten. Milliarden sind aus der Erde zu stampfen, und sie werden beschafft werden. Aber die Art ihrer Aufbringung wird für die nächste Generation unser politisches Leben, die volkswirtschaftliche Erzeugungskraft und die Entfaltung der Volkswirtschaft, die Einkommens- und Vermögensverteilung der Staatsbürger und ihre Lebenshaltung aufs nachhaltigste bestimmen. Die zu lösende staatsfinanzielle Aufgabe stellt einen Eingriff in unser gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Leben dar, von dessen Schwere sich wohl nur wenige Rechenschaft abgelegt haben. Soziale Gerechtigkeit und politische Notwendigkeit erheischen, die Leistungsfähigsten, bisher unter Gebühr Getroffenen in erster Linie heranzuziehen. Die durch den Krieg bewirkten Einkommens- und Vermögensverschiebungen müssen nicht nur obenhin, sondern wirklich in der Lastenverteilung ihren Ausdruck finden. Die hiefür vornehmlich in Betracht kommenden direkten Steuern, namentlich die neuen auf dem Selbstbekenntnis beruhenden Formen, sind jedoch weitgehend leistungsunfähig. Die schlechte Steuermoral, das fehlende Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staate, führt zu ungeheuren Steuerhinterziehungen. Die heutige Steuertechnik begegnet dem nicht wirksam, weil die Regierungen, nicht nur in Oesterreich, in sträflicher Weise deren Fortentwicklung verabsäumt haben. Die Technik der indirekten Steuern ist zuverlässiger. Aber so weit diese auf unentbehrliche Nahrungsmittel und die großen Genußgüter (Tabak, Branntwein, Bier usw.) gerichtet sind, wirken sie sozial ungerecht, weil sie die kleinen Einkommen unverhältnismäßig stärker als die der Wohlhabenden belasten. Werden die bestehenden über das heutige hohe Maß hinaus weiter gesteigert, so drohen sie, der großen Menge ihre kleinen Lebensgenüsse fast zu entziehen. Wendet man sich der Besteuerung der großen gewerblichen Erzeugungsgüter und Rohstoffe zu (Kohle, Eisen, Elektrizität usw.), so können Eingriffe in das volkswirtschaftliche Erzeugungsverfahren entstehen, die verhängnisvoll auf die Erzeugungskraft und die volkswirtschaftliche Entwicklung wirken. Aus diesen Schwierigkeiten gilt es, gerechte und kluge Auswege zu finden. Diese Aufgabe ist der Finanzpolitik gestellt, und mit ihr muß sich jeder Schriftsteller auseinandersetzen, der heute zur staatsfinanziellen Frage das Wort ergreift. In den letzten Tagen hat dies einer der Berufensten in Oesterreich getan. Der langjährige Etatsreferent und erste Kriegsfinanzminister Freiherr v. Engel stellt „Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs" an in einer Schrift, die in der Flugschriftenreihe „Oesterreich-Ungarns Erwachen" als 23./24. Heft erschienen ist.

Engel setzt die staatsfinanziellen Aufgaben in Beziehung zur Ueberführung der Kriegs- in die Uebergangs- und Friedenswirtschaft. Besonders erörtert er den Wiederaufbau des Mittelstandes, die Regelung der Währung und den Abbau der staatlichen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Er hält den Mittelstand mit Recht für am stärksten durch den Krieg getroffen und fordert dessen besondere Förderung bei der militärischen und wirtschaftlichen Demobilisierung. Die Währungsentwertung schildert er als eine unausweichlich gewesene Erscheinung. Den dagegen ergriffenen Schutzmitteln erkennt er nur eine sehr beschränkte Wirkung zu, und eine wirkliche Heilung des Uebels hält er erst für möglich, wenn verschiedene Zwangslagen beseitigt seien, aus denen wir uns gegenwärtig nicht befreien könnten. Ist dies geschehen, so scheint er die Lösung nicht als schwer anzusehen, wenn er sie auch nicht auf einen Schlag erwartet. Diese Voraussetzungen werden nicht genannt und nicht erörtert, sind aber leicht zu erraten. Den Zwangsmaßnahmen der Kriegswirtschaft, namentlich den Wirtschaftszentralen, bringt Engel ein unverkennbares Mißtrauen entgegen. Für die Uebergangs- und Friedenswirtschaft fordert er vielfache Aenderungen und stärkeren Einfluß der Verbraucher und der Finanzverwaltung. Gerade im Zusammenhang mit den Finanzen würde ich die Notwendigkeit und die Schwierigkeit der Währungsherstellung sehr viel stärker betont haben. Ohne geordnete Währung sind wir vom zwischenländischen Warenmarkt und vom zwischenländischen Kapitals- und Geldmarkt durch einen tiefen Graben getrennt. Wir können keine aktive Handelspolitik treiben und sind ungeheuer bei der ohnehin schwer zu gewinnenden ausländischen Kapitalszufuhr behindert. Den Zusammenhang mit der inneren Preisentwicklung schätze ich für den Augenblick nicht sehr hoch ein, er wird aber bei Oeffnung der Grenzen stark zur Geltung kommen. Die Beseitigung unserer jedem Fachmann bekannten Notenmenge ist eine der großen Aufgaben, die uns die Finanzreform viel schwieriger macht als zum Beispiel dem Deutschen Reich. Erfreulicherweise anerkennt der Verfasser an späterer Stelle die Notwendigkeit, die Schuld an die Oesterreichisch-ungarische Bank so rasch wie möglich abzutragen. Im Zusammenhang mit den staatsfinanziellen Aufgaben muß unbedingt und deutlich ausgesprochen werden, daß die Währungsregelung für uns ohne finanzielle Opfer nicht erreichbar ist. Leider tut dies Engel nicht. Ja, an einer späteren Stelle betont er, nur eine hochwertige, wachsende Ausfuhr, die Guthaben im Auslande schafft, könne die Währung wiederherstellen. Wir haben vor dem Kriege keinen Ueberschuß der Warenausfuhr gehabt und werden ihn in den nächsten Jahren nach dem Frieden bei dem großen Rohstoffhunger erst recht nicht haben. Nichts Schlimmeres [illegible] könnte unserer Volkswirtschaft [illegible]

Neue Freie Presse
1. VI. 1917
157

Der staatsfinanzielle Wiederaufbau Oesterreichs.

Eine Studie des früheren Finanzministers Freiherrn v. Engel.

Von **Professor Dr. Spiethoff.**

(Siehe Nr. 18955 der „Neuen Freien Presse" vom 31. Mai 1917.)

Prag, 31. Mai.

Welche Wege schlägt Engel vor, ordentliche Deckung für die neuen Bedürfnisse zu finden? In erfreulicher Weise stellt er auch hier Ersparungen an die Spitze. Ein Teil der seitherigen Einnahmen soll der alten überflüssigen Verwendung entzogen und dem neuen Bedarf zugeführt werden. Mit Nachdruck tritt er dem „Rausch der großen Zahlen" entgegen, als ob es angesichts der vielen Millionen, die für Kriegsbedürfnisse beansprucht werden, auf einige Millionen mehr oder weniger für andere Zwecke nicht ankomme. Ich begrüße diesen Standpunkt um so freudiger, als er in den ersten Kriegsmonaten in unserem Schriftchen „Oesterreichs Finanzen und der Krieg" ausgesprochen, durchaus nicht überall Widerhall fand und gerade von unseren Kritikern aus dem Beamtenkreise und merkwürdigerweise dem Finanzministerium beanstandet wurde. Namentlich vertritt Engel völlig wie wir die Auffassung über notwendige Ersparungen in der Verwaltung. „Die Staatsverwaltung arbeitet zu teuer und verbraucht, als Maschine betrachtet, im Verhältnis zu ihrer Nutzleistung zuviel." Die Frage der Erschließung neuer Einnahmen wird zunächst in einer ausführlichen Darstellung der bisherigen Kriegssteuern erörtert. Engel billigt den Weg der Zuschläge zu bestehenden Abgaben, wenn er auch Einzelheiten rügt, namentlich das zu frühe Abbrechen der Progression bei der Einkommen- und der Gesellschaftssteuer. In der Tat mußte und muß auch fernerhin zunächst mit den vorhandenen Einrichtungen gearbeitet und ihre Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Deshalb sollten wir unbeschadet anderer, neuer Wege die Verbesserung des alten Steuersystems nicht vernachlässigen. Leider ist das bei den bisher ergangenen Kriegssteuern nicht geschehen.

Aber das alte Steuersystem reicht, wie auch Engel betont, nicht aus. Es kann nicht den ganzen Bedarf befriedigen und es erfüllt nicht die Forderung nach stärkerer Heranziehung der Besitzenden. Im Deutschen Reich plant man, ein Drittel des Bedarfes dem Besitz aufzubürden. Engel äußert sich mehrfach hiezu. Im Vordergrunde steht eine echte Vermögenssteuer, das heißt eine Abgabe vom Vermögensstamme selbst, oder eine ausgiebige Steuer vom Vermögensertrage. Ohne zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu entscheiden, lehnt Verfasser eine solche Steuer für die Kriegsdauer ab. Die Inanspruchnahme eines großen Gebietes durch Kriegshandlungen, die Ungewißheit jeder heutigen Vermögensschätzung, das Fehlen vorbereitender Friedenseinrichtungen, wie zum Beispiel in Deutschland, der Mangel einer ausreichenden und geschulten Beamtenschaft sind seine ernstzunehmenden Gründe. In einem späteren, geeigneten Zeitpunkt hält er eine einmalige Vermögenssteuer für wahrscheinlich, warnt aber vor zu großer Anspannung und vor übertriebenen Erwartungen. Oesterreich sei kein reiches Land, und die heute das Urteil bestimmenden großen Kriegsgewinne würden richtiger durch eine verbesserte und mit Mut durchgeführte Kriegsgewinnsteuer erfaßt. An dieser neuen Schöpfung hat er die erheblichsten Aussetzungen zu machen. Ein geradezu vernichtendes Urteil fällt er aber unbewußt durch die ihn sehr befriedigende Mitteilung, ihr Ertrag werde von Steuertechnikern auf jährlich 100 Millionen Kronen, für die bis jetzt bestimmten Jahre 1914 bis 1916 also insgesamt auf 300 Millionen Kronen geschätzt. Das bleibt weit hinter meinen trübsten Erwartungen zurück und würde eintretenden Falles eine vollständige Bankerotterklärung des Selbstbekenntnisses und der mit ihr arbeitenden Steuertechnik bedeuten.

Damit kommen wir zu der entscheidenden Frage: Wie weit können wir mit neuen, auf dem Selbstbekenntnis beruhenden Steuern heute den Besitz wirklich erfassen? Engel stellt die Frage nicht so und bietet deshalb auch keine Antwort. Er erörtert aber, ob nicht ein strengeres Strafverfahren für unrichtige Angaben anzudrohen und eine schärfere Ausgestaltung des Steuerveranlagungsverfahrens einzuführen wäre. Seine Entscheidung ist zurückhaltend und wünscht eine vermittelnde Linie. Er verlangt, so weitgehende Aenderungen nur durch die Reichsvertretung entscheiden zu lassen, da sie vom Willen der Bevölkerung getragen werden müßten. Sodann fordert er als Voraussetzung eine „einheitlichere Gestaltung der Steuerverwaltung, insbesondere bei ihren ausübenden Organen, und die Sicherung eines gleichmäßigen Vorganges in der Veranlagung der Steuer, in der Erfassung des Einkommens und in der Anwendung und Handhabung der Besteuerungsgrundsätze, einheitlich und gleichmäßig nicht bloß in den verschiedenen Kronländern, sondern auch gegenüber den verschiedenen Klassen der Steuerträger. Es müßten also alle verschiedenen Schichten und Stände der Bevölkerung zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht herangezogen werden, ohne Rücksicht auf das Verwaltungsgebiet, in dem der Steuerpflichtige lebt und wirkt und nach Maßgabe der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, wie nicht minder nach Maßgabe des tatsächlich erzielten, nicht künstlich verrechneten Ertrages." Das will Folgendes besagen: In den nichtdeutschen Gebieten ist die Veranlagung eine viel schlaffere, und die Landwirtschaft und das bewegliche Vermögen bleiben vorzugsweise hinter ihrer Steuerschuldigkeit zurück. Die Tatsachen sind anzuerkennen, sie bilden aber keinen Gegengrund, das Selbstbekenntnis zur Ehrlichkeit zu führen. Es ist das Verdienst meines Freundes Meisel, seit langem und immer wieder die unzulängliche psychologische Grundlage des Selbstbekenntnisses dargetan zu haben. Die jetzige Strafandrohung für falsche Bekenntnisse wirkt nicht, weil die Steuerträger sehen, daß sie und alle anderen ständig sündigen dürfen, ohne gestraft zu werden. Die Bucheinsicht ist unwirksam, wenn sie nicht in beträchtlichem Maße und mit Erfolg geübt wird. Wir brauchen einen Auskunftszwang über die Tatsachen der Steuerveranlagung und eine Finanzpolizei, die dem Finanzunrecht so nachgeht, wie die Kriminalpolizei den Verbrechen. Wir brauchen ein gerechtes Finanzstrafrecht, das mehr als das jetzige bei Straftaten Strafen ermöglicht, und eine Rechtsprechung, die dann wirklich straft. Das ist nicht von heute auf morgen zu leisten, und deshalb müßte es, namentlich bei uns, zu einem Mißerfolge führen, wollte man die neue, notwendige Erfassung des Besitzes allein von neuen, auf dem Bekenntnis beruhenden direkten Steuern verlangen. Die Erfahrungen in Deutschland, auch die neuesten, sind kläglich, bei unserer schwächeren Verwaltung und den fehlenden Vorarbeiten würde es noch schlimmer sein.

Diese Erkenntnis darf uns nicht abhalten, so bald wie möglich eine direkte Vermögenssteuer anzubahnen. Sie fordert aber auf, dies nicht ohne die nötigen psychologischen und technischen Voraussetzungen für einen wirksamen Bekenntniszwang zu tun. Bezüglich dieser Voraussetzung ist Engels Forderung gewiß richtig, nicht früher an Neuerungen „zu schreiten, bevor man nicht vollständig sicher ist, den zu ihrer Durchführung nötigen und ganz verläßlich funktionierenden Apparat zu besitzen." Das ist schon eine finanzielle Notwendigkeit, denn eine schlechte Einrichtung könnte leicht mehr kosten als einbringen. Daneben muß nun aber nach sofortigem vorläufigen Ersatz Umschau gehalten werden, denn die ausgiebige Heranziehung von Besitz und großen Einkommen kann nicht hinausgeschoben werden. Engels Vorschläge in dieser Beziehung sind spärlich und beziehen sich vornehmlich auf eine weitergehende Progression bei den Zuschlägen zur Einkommen- und zur Gesellschaftssteuer, einen kräftigeren und individuellen Ausbau der Kriegsgewinnsteuer und eine besondere Behandlung der Kriegsgewinne auch bei der Einkommensteuer. Alles dies ist berücksichtigenswert, leidet aber unter den Mängeln des Selbstbekenntnisses. Gerade hiefür gilt es, Ersatz zu schaffen, und da müssen wir die Brauchbarkeit der Ertrag- und der indirekten Steuern prüfen, wie wir das schon zu Kriegsbeginn in unserem Schriftchen getan haben. Eine volle Vertretung vermögen die Ertragsteuern nicht zu bieten. Sie leiden an der Nichtberücksichtigung der Vermögensverhältnisse und können deshalb natürlich eine Vermögenssteuer nicht ersetzen. Aber als Ergänzung und zum Ausgleich können sie herangezogen werden. Das gilt in erster Linie von der Grundsteuer und der Rentensteuer. Bei den jetzigen Zuschlägen ist die Grundsteuer am glimpflichsten fortgekommen, obwohl die Landwirtschaft weniger Einkommensteuer zahlt als der gesetzliche Nachlaß der Grundsteuer beträgt. Diese Dinge waren schon früher bekannt, das Ausmaß der landwirtschaftlichen Nichtbelastung ist aber erst jüngst durch eine Arbeit Meisels in Schmollers Jahrbuch in seiner ganzen Kraßheit gezeigt. Grundsteuer und Rentensteuer sind nach den tatsächlichen Verhältnissen und unseren heutigen Anschauungen und Bedürfnissen als besonders niedrig und deshalb als Ergänzung zur schlechten Erfassung ihrer Steuerquellen durch die Einkommensteuer und eine neue direkte Vermögenssteuer vornehmlicher und ausgiebiger Erhöhung fähig. Daneben wäre, wie auch schon in unserem Schriftchen empfohlen, als Gegengewicht für die besonders großen Hinterziehungen des beweglichen Vermögens eine kräftig zugreifende Coupon- und Umsatzsteuer aufzulegen. Das Hauptmittel zur Ergänzung der Einkonumensteuer, der Ersatz für die gar nicht erfaßten kleinen und die unzulänglich getroffenen großen Einkommen, ist eine allgemeine Verbrauchssteuer mit eingeschlossener Luxussteuer. Die Wahl der Erhebungsform bleibt vorbehalten. Die leicht durchzuführenden kräftigen Unterscheidungen der Belastung von unentbehrlichen, entbehrlichen und Luxusgütern werden ebenso gerecht wie ertragreich wirken. Zugleich würde ein großer Einfluß auf Ausmaß und Richtung von Gütererzeugung und Verbrauch geübt.

All das genügt aber noch nicht, den Bedarf zu decken. Die Leichtigkeit der Erhebung und die Größe des möglichen Ertrages nötigen, die großen Verbrauchs- und Erzeugungsgüter in Anspruch zu nehmen. Diese beiden Gründe sind schlechthin zwingend und lassen alle sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Bedenken zurücktreten. Engel nennt in dieser Beziehung: Kohle, Eisen, Spiritus, Zucker, Rohöl und dessen Derivate, Stickstoff, Elektrizität, Munitions- und Armierungsanstalten, Versicherungsanstalten, gewisse bankmäßige und finanzielle Geschäftstätigkeiten und die Getreideerzeugung. Schon diese Zusammensetzung deutet auf eine besondere Begründung Engels hin. Er will neue Güter zum Gegenstand staatlicher Betriebe machen und dem Staat Unternehmergewinn zuführen. Billig zu erlangende und für den Staatsbetrieb geeignete Unternehmungen und Unternehmungszweige will er erwerben und monopolisieren. In anderen Fällen sollen Zwangskartelle mit Preis- und Lohnfestsetzungen unter Mitleitung und Gewinnbeteiligung des Staates gegründet werden. Ich würde zweierlei auseinanderhalten. Die heute unentbehrlichen, aber nicht immer unter sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Kartelle sollen in höherem Maße diesen Rücksichten unterworfen werden. Das ist Gegenstand einer allgemeinen Kartellpolitik. Der Staatsbedarf nötigt, die großen Massengüter als Einnahmsquelle heranzuziehen. Das ist Gegenstand der Finanzpolitik und hiebei würde sich wohl empfehlen, alle nicht durchaus nötigen Eingriffe in das private Unternehmungswesen zu vermeiden. Bei großem Staatsbedarf wird es sich mehr um die Auflegung und einfache Erhebung indirekter Steuern als um Aneignung von Unternehmergewinn handeln. Ob hier niedrige Auflagen für eine große Zahl von Gütern oder hohe, bei sorgfältig ausgewählten wenigen vorzuziehen sind, muß Einzelunternehmungen vorbehalten bleiben. Ich bin Anhänger eines Finanz-Getreidehandelsmonopols, und zwar nicht nur aus finanziellen, sondern noch mehr aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen. Bei Anerkennung der technischen Schwierigkeiten der Durchführung nötigen zum Monopol die Bedarfsdeckung und Vorrathaltung und die Entwicklung der Grundrente. Ich befürchte keine die landwirtschaftliche Erzeugung gefährdende Preissenkung, erblicke im Monopol aber die einzige Möglichkeit, die steigende Grundrente der Allgemeinheit zuzuführen.

Dem Buche Engels wäre ein gegliederterer Aufbau des Stoffes sehr zugute gekommen. Erhebliche Sachkenntnis, gesunde Grundsätze und ein richtiges Gefühl für die Richtung, in der marschiert werden muß, sind die großen Vorzüge, die es zu einem wertvollen Bestandteil unseres Kriegsschrifttums machen. Mit schlichter Zurückhaltung verzichtet es auf die Entwicklung eines großen Finanzplanes, mit schöner Ehrlichkeit erklärt es einen einzelnen dazu für unfähig, indem es eine „Kommission zur Beratung und Vorbereitung der staatsfinanziellen Retablierung" fordert, welche unter „Mitwirkung der Regierung in stiller, aber emsiger Arbeit die erforderlichen Vorarbeiten leisten könnte". Leider ist unsere österreichische Beamtenschaft viel sparsamer in schriftstellerischer Tätigkeit als die reichsdeutsche. Um so mehr sei es begrüßt, daß der frühere Finanzminister seine Muße der Ausfüllung dieser Lücke widmet.

Fremdenblatt
1. /VI. 1917
158

Vereinigte Maschinenfabriken A.-G. vorm. Skoda, Ruston, Bromovsky und Ringhoffer.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Karl Freiherrn v. Skoda hielten die Vereinigten Maschinenfabriken A.-G. vormals Skoda, Ruston, Bromovsky und Ringhoffer gestern im Sitzungssaal der Skodawerke A.-G. in Wien ihre Generalversammlung ab und es wurde die Bilanz für das Jahr 1916 genehmigt und die Gewährung einer 9%igen Dividende (gegen 6% im Vorjahre) beschlossen.

Dem vorgelegten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich das Unternehmen im Vorjahre trotz der Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung überaus günstig entwickelt hat und damit die bei Beginn der im Jahre 1914 begonnenen Sanierung gehegten Erwartungen weit übertroffen wurden. Alle Werkstätten waren bei Tag- und teilweise Nachtbetrieb voll beschäftigt, so daß eine namhafte Steigerung des Umsatzes erzielt wurde.

Mit der bereits im Vorjahre avisierten Verlegung der Pilsner Maschinenfabrik nach Doublewetz wurde schon begonnen, wenn auch infolge der Schwierigkeiten in dem Materialbezuge und in der Arbeiterfrage die Bauten nur langsam vor sich gehen.

Zur weiteren Konzentration der Betriebe und zwecks Verringerung der Regie wird das Adamstaler Werk verkauft und die dortige Brückenbauanstalt und der Kranbau nach Doublewetz verlegt.

Die Generalversammlung beschloß, um sowohl die Bauten in Doublewetz im rascheren Tempo zu vollenden, als auch um mit Rücksicht auf den sehr hohen Bestellungsstand die Werkstätten noch besser, als ursprünglich geplant war, auszurüsten, zur teilweisen Deckung der Investitionskosten das Aktienkapital von 16 auf 20 Millionen zu erhöhen und demgemäß die Statuten zu ändern, und beauftragte den Verwaltungsrat die Modalitäten der Neuemission festzusetzen.

Die Wahl der kooptierten Herren Verwaltungsräte Doktor Friedrich Grafen Deym, Exzellenz Ottomar Madlé Edlen v. Lenzbrugg und Alex Vidéky wurde bestätigt und Herr Baurat Hugo Lentz in den Verwaltungsrat neugewählt.

In der anschließend abgehaltenen konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Dr. Karl Freiherr von Skoda zum Präsidenten und die Herren Dr. Heinrich Herzog von Beaufort und Reichsrats-Abgeordneter Heinrich Mastalka zu Vizepräsidenten gewählt.

Fremdenblatt
2./VI. 1917
162

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

V.*)

Auch das Zinsenkonto hat im ersten Kriegsjahr eine allerdings bescheidene Abnahme um 6 Millionen Kronen oder 5 Prozent erfahren, dagegen hat das Provisionskonto auch in jenem Jahre seine steigende Entwicklung nicht unterbrochen. Die Devisengewinne sind im Jahre 1914 durch die größeren Kursschwankungen und die Gewinne an den Beständen um 25 Prozent gestiegen. Insgesamt ergab sich eine Abnahme des Bruttogewinnes um 13,4 Millionen Kronen oder 7 Prozent.

Im Jahre 1915 ist der Bruttogewinn wieder fast um das Doppelte des Rückganges im ersten Kriegsabschluß gestiegen. Und im Jahre 1916 ist der ungeheure Sprung um 57 Millionen Kronen oder 30 Prozent der Vorjahrssumme eingetreten. Dazu hat vor allem das Zinsenkonto beigetragen, das im Jahre 1915 um 5 Millionen Kronen oder rund 12 Prozent, im Jahre 1916 um 27 Millionen Kronen oder 20 Prozent gestiegen ist. Die ungeheure Zunahme der Einlagen und die günstigen Verwertungsmöglichkeiten durch Lombardierung von Kriegsanleihen und Voreinzahlungen an die Postsparkassen haben diese Gewinnzunahme, die überdies gewiß beiweitem nicht in wirklicher Höhe ausgewiesen ist, ermöglicht. Obwohl der Durchschnittszinsfuß, zu dem diese Veranlagungen erfolgten, erheblich niedriger ist, als bei kommerziellen Krediten üblich ist, haben die großen Summen, auf welche die Differenzen zwischen Debet- und Kreditzinsfuß einkassiert werden konnten, die Einnahmensteigerung bewirkt. Auch machte sich die Erhöhung des Aktienkapitals bei mehreren Banken geltend.

Auch das Provisionskonto, das im Jahre 1915 eine ziemlich normale Zunahme aufgewiesen hat, ist im Jahre 1916 plötzlich um nahezu 10 Millionen Kronen oder fast 25 Prozent gestiegen; da spielen die Provisionen auf Kriegsanleihezeichnungen eine große Rolle. Noch viel bedeutender aber ist die Steigerung der Effekten- und Konsortialgewinne; im Jahre 1915 haben sie sich zwar gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt, bleiben aber hinter dem letzten Friedensjahre noch bedeutend zurück, im Jahre 1916 haben sie die doppelte Höhe jenes Jahres erreicht, wobei die veränderten Buchungen (eine Bank gibt die Höhe der Effekten- und Konsortialgewinne erst seit 1915 an) nur eine geringe Rolle spielen. Die großen Gewinne durch Abstoßung von Portefeuille-Effekten und anderen Beständen spielen dabei die Hauptrolle.

Die Devisengewinne haben sich 1915 noch annähernd auf der Höhe des Vorjahres gehalten, sind aber 1916 unter der Einwirkung der staatlichen Devisenzentrale unter das Maß von 1913 gesunken. Das lebhafte Effektengeschäft kommt auch in dem Steigen der Post „Filialen", die von zwei Banken gesondert ausgewiesen wird, zum Ausdrucke.

Von dem Aktienkapital beträgt der Bruttogewinn 1913 22,5 Prozent, 1914 19,7 Prozent, 1915 22,2 Prozent, 1916 26,4 Prozent. Stellt man den erzielten Bruttogewinn mit dem ausgewiesenen Eigenkapital (Aktienkapital und offenen Reserven) in Verhältnis, dann ergibt sich für die vier Jahre folgende Rentabilität: 1913 15,3 Prozent, 1914 13,0 Prozent, 1915 14,6 Prozent, 1916 16,7 Prozent.

Mit den Erträgnissen sind auch die Lasten der Banken sehr stark gestiegen. Hier lassen auch die ausgewiesenen Summen das tatsächliche Wachstum richtiger erkennen und die Buchungsverschiebungen sind weniger groß als bei den Einnahmen, obwohl auch hier manches zu bemängeln ist:

Ausgaben	1913	1914	1915	1916
	in Tausend Kronen			
Gehalte[1])	37.022	39.154[2])	42.588	48.653
Spesen[3])	16.282	17.350	17.946	28.192
Steuern	22.483	21.487	21.344	38.318
Pensionsfonds[4])	2.405	2.422	2.730	2.930
Dubiose[5])	1.558	6.560	815	906
Abschreibungen an Gebäuden und Inventar[6])	1.610	1.580	1.659	3.112
Minderbewertung der Wertpapiere und Konsortialbestände	—	3.676[7])		
Kriegsverlustreserven	—	34.544[8])		
	81.460	126.803	87.052	122.106

[1]) Bei der Bodenkreditanstalt bis 1915 einschließlich der Spesen.
[2]) Beim Bankverein einschließlich der vertragsmäßigen Zuweisungen an Filialleiter usw.
[3]) Bei der Bodenkreditanstalt bis 1915 nicht ausgewiesen.
[4]) Von acht Banken ausgewiesen.
[5]) Nur von sechs Banken ausgewiesen; bei der Unionbank einschließlich der Vorauslagen und 1914 einschließlich der Kriegsrückstellungen.
[6]) Von sieben Banken ausgewiesen.
[7]) Bei drei Banken.
[8]) Bei sieben Banken, davon bei zweien zu Lasten des Reingewinnes.

Die Gehalte haben eine Zunahme um rund 30 Prozent erfahren. Sie ist die Folge der Gehaltserhöhungen und Zulagen, die die Teuerung notwendig gemacht hat. Auch tragen hiezu die Zuwendungen bei, die an die Familien der Eingerückten und an diese selbst gemacht werden, obwohl deren Ausmaß im Verlaufe des Krieges erheblich vermindert worden ist. Dagegen kann man wohl kaum die Gehalte der Ersatzkräfte als einen akuten Grund der Steigerung des Aufwandes bezeichnen. Einerseits ist nur ein Teil der Eingerückten ersetzt worden, da sich ja die Geschäftsabwicklung im Kriege in verschiedenen Abteilungen sehr vereinfacht hat, allerdings in anderen, besonders durch die einen sehr großen Apparat erfordernden Kriegsanleihe-Emissionen und das überaus starke Börsengeschäft viel mehr Personal beansprucht als früher; anderseits sind zumeist niedriger bezahlte Frauen und Anfänger (an Stelle der Diener Laufburschen) angestellt worden. Bei der Beurteilung der Steigerung ist eine Aenderung der ganzen Buchungsmethode bei der Depositenbank seit dem Jahre 1915 und die Trennung der Spesen von den Gehalten bei der Bodenkreditanstalt seit 1916, ferner die Verringerung der Lasten bei den beiden Banken, die vor dem Kriege Filialen in Paris und London hatten, die nun nicht mehr in den Gewinnrechnungen erscheinen, zu berücksichtigen. In Wirklichkeit ist also die Zunahme der Gehalte noch erheblich größer, als aus der Statistik hervorgeht. Sie ist, wenn man von den erwähnten Banken absieht, relativ gleichmäßig. Zumeist beträgt sie rund 30 Prozent, nur bei der Kreditanstalt übersteigt sie 40 Prozent und merkwürdigerweise bei der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft, die vor dem Kriege nach der Eigenart ihres Geschäftes, das eine relativ geringe Beamtenzahl erfordert, einen verhältnismäßig kleinen Gehaltsetat hatte, auf fast 60 Prozent.

Diese Spesen sind erst im letzten Jahre mit einer wesentlich höheren Summe ausgewiesen. Das hat, abgesehen von der bei allen Banken eingetretenen starken Steigerung auch darin seine Ursache, daß die Bodenkreditanstalt erst für 1916 eine Trennung der Gehalte und Spesen vorgenommen hat, so daß die Steigerung der Gehalte verhältnismäßig geringer, die der Spesen größer erscheint. Das Spesenkonto ist auch sehr stark durch die bedeutenden Kriegsfürsorgewidmungen beeinflußt, welche nur von wenigen Banken ziffermäßig bekanntgegeben werden. Auch sind die besonderen Kriegszuwendungen an die Angestellten bei einzelnen Banken auf Spesenkonto verbucht. Läßt man die pro 1916 ausgewiesenen Spesen der Bodenkreditanstalt außer Betracht, so ergibt sich eine Zunahme gegen 1913 von 55 Prozent.

Noch weit stärker ist die Zunahme der Steuern. Auch hier sind die Verschiedenheiten zu berücksichtigen; einzelne Banken stellen die Steuern nach der voraussichtlich auf Grund des Jahresergebnisses resultierenden Schuldigkeit ein, andere nach den tatsächlichen Vorschreibungen, die also das Vorjahr betreffen, manchmal auch zwei Jahre zurückliegende Ergebnisse als Steuerbasis haben. In einer Zeit rasch steigender Ergebnisse wird durch diesen Umstand das ziffermäßige Wachstum der Steuerlasten in den Abschlußziffern retardiert. Nicht minder als die absolute Zunahme der ausgewiesenen Erträgnisse hat die Erhöhung der Steuersätze selbst die Zunahme der Steuern um rund 75 Prozent bewirkt. Dabei haben wohl die meisten, wenn nicht alle Banken nur jene Steuern eingesetzt, die sie von den ausgewiesenen Erträgnissen zu zahlen haben. Die Steuern von den zu stillen Reserven verwendeten Erträgnissen, die, insbesonders Kriegsgewinnsteuer, im hohen Maße herangezogen werden dürften, werden wohl allgemein von diesen stillen Rücklagen direkt gekürzt. Von der ausgewiesenen Reingewinnziffer haben die Steuern im Jahre 1913 20,9 Prozent, im Jahre 1916 29,0 Prozent ausgemacht. Auch hier ergeben sich bei den einzelnen Banken große Verschiedenheiten, die insbesonders davon abhängen, ob die auf Grund der Erträgnisse des Berichtsjahres berechneten oder die tatsächlich im Laufe des Jahres gezahlten Steuern in die Gewinnrechnung eingestellt sind. Auch andere Momente spielen mit, z. B. bei der Bodenkreditanstalt, daß sie keine Filialen besitzt, also nur die verhältnismäßig niedrigen Zuschläge, die in Wien vorgeschrieben sind, zu entrichten hat. Die Steuerbelastung vom Reingewinn schwankt daher im Jahre 1916 zwischen 18 Prozent bei der Bodenkreditanstalt und 37 Prozent bei der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft.

Die Zuwendungen an den Pensionsfonds werden von acht Banken ausgewiesen; sie sind um rund 22 Prozent gestiegen. Es handelt sich dabei nur um die statutenmäßigen. Besondere Zuwendungen zur Kräftigung oder Sanierung der Fonds werden von einzelnen Banken außerdem aus dem Reingewinn vorgenommen.

Die Abschreibungen an Gebäuden und Inventar richten sich natürlich nach der Höhe des Gebäudebesitzes und auch darnach, wie weit er bereits durch längere Abschreibungen niedrig zu Buch steht. Jene Banken, welche in den letzten Jahren neue Bankgebäude errichtet haben oder bei denen sich solche im Bau befinden, haben natürlich größere Abschreibungen vorzunehmen. Auch haben die Banken mit weitverzweigtem Filialnetz alljährlich erhebliche Summen zur Abschreibung ihres Inventars aufzuwenden. Im übrigen richtet sich auch die Höhe dieser Abschreibungen bei der einzelnen Bank nach der Höhe des verfügbaren Reingewinns und daher sind sie im Jahre 1916 besonders hoch.

Die Post Verluste an Forderungen gibt wohl bei den wenigsten Banken ein richtiges Bild, abgesehen davon, daß nur fünf Banken (bis 1914 sechs Banken) die Dubiosen überhaupt ausweisen, ist es nicht sicher, ob bei einzelnen dieser Banken nicht außerdem Verluste aus Delcrederekonten u. dgl. gedeckt werden. Im Jahre 1914 schwoll die Post zu ungewöhnlicher Höhe an, weil man die Bilanzen in der Zeit des Moratoriums und des gestörten Auslandsverkehrs von allen irgendwie bedenklichen Posten zu reinigen suchte. Vermutlich dürfte seither und vielleicht noch nach dem Krieg manche der damals abgeschriebenen Forderungen wieder aufleben. Weit mehr als die Hälfte der 1914 ausgewiesenen Verlustziffern entfällt auf eine Bank, die ihre Rückstellungen auf galizische Forderungen auf diesem Konto ausgewiesen hatte, während andere Banken dazu die Kriegsverlustreserven benützten. Die Säuberung im Jahre 1914 bewirkte dann, daß in den folgenden Jahren nur relativ kleine Verluste abzubuchen waren.

Das Jahr 1914 war auch noch durch die Wertabschreibungen von Effekten- und Konsortialkonti, von denen schon bei den Erträgnissen die Rede war, und durch die Kriegsverlustreserven belastet, die zum Teil auf Gewinn- und Verlustkonto gebucht, zum Teil aus dem Reingewinn bestritten wurden und die wir der Einheitlichkeit halber zur Gänze auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen haben. Von den zehn Banken haben sieben solche Kriegsverlustreserven gemacht. Sie schwanken zwischen 2 und 8,7 Millionen Kronen. Der größte Teil dieser Rückstellungen hat sich seither als überflüssig erwiesen oder die erlittenen Verluste sind aus den Erträgnissen der folgenden Jahre intern abgeschrieben worden, so daß diese Kriegsverlustreserven bei den meisten Banken wieder den echten Reserven zuzuzählen sein dürften.

Insgesamt haben sich die Lasten in den Kriegsjahren um 50 Prozent erhöht. Sie haben im Jahre 1913 43,3 Prozent des Bruttogewinnes betragen und 1916 nahezu 48 Prozent. Das Verhältnis ist bei den einzelnen Banken sehr verschieden. Es hängt davon ab, ob die betreffende Bank ihr Geschäft konzentriert hat oder mit vielen Niederlassungen arbeitet, es hängt von der Rentabilität des Geschäftes selbst und insbesondere auch davon ab, ob sie einen größeren oder geringeren Teil des erzielten Ertrages wirklich ausweist, d. h., ob sie mehr Gewicht auf offene oder auf stille Reserven legt. Der Lastenkoeffizient schwankt daher zwischen 33 und 55 Prozent des Bruttogewinnes.

(Schluß folgt.)

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 30. Mai.

Arbeiterzeitung
3./VI. 1917
166

Die Steyrermühl.

Der Generalversammlung der Steyrermühl wird diesmal mit großer Spannung entgegengesehen worden, denn die Tagesordnung ließ einen bewegten Verlauf erwarten. Die Brüder Wilhelm, Emanuel und Julius Singer haben bisher das Kunststück zuwege gebracht, die Herrschaft bei dem „Neuen Wiener Tagblatt" auszuüben, ohne über einen Aktienbesitz zu verfügen. Vor jeder Generalversammlung gingen die Redakteure des „N. W. T." und der „Volkszeitung" von einer Bank zur anderen und borgten sich die Aktien aus, mit denen dann die Herren Wilhelm und Julius Singer in den Verwaltungsrat gewählt wurden. Aber eines Tages standen sie vor einer neuen Sachlage. Herr Dr. Sieghart hatte ein Konsortium gebildet, das die Aktien der Steyrermühl zusammenkaufte und ihm das Verfügungsrecht über die Stücke übertrug. Herr Wilhelm Singer sah sich plötzlich in seiner Stellung bedroht und mußte damit rechnen, daß ihm von den neuen Herren das Leben sauer gemacht werden würde. Man hatte angenommen, daß in der diesmaligen Generalversammlung die Entscheidung fallen werde. Aber im letzten Augenblick haben sich beide Parteien verständigt und es bleibt bis auf weiteres alles beim alten.

Die Angelegenheit wäre damit abgetan, wenn man nicht genötigt wäre, über gewisse Vorgänge zu sprechen, die der Generalversammlung vorangegangen sind. Schon Monate, bevor die Versammlung ausgeschrieben war, war von einer sehr maßgebenden Stelle an die Banken die Weisung ergangen, alle bei ihnen erliegenden Steyrermühlaktien für Herrn Wilhelm Singer zur Verfügung zu halten. Es sollte verhindert werden, daß sich die Sieghart-Partei dieser Stücke bemächtige. Der Vorgang hat selbst in Finanzkreisen viel von sich reden gemacht. Er ist jedenfalls, um ein sehr mildes Wort zu gebrauchen, ungewöhnlich. Ob Herr Wilhelm Singer Chefredakteur des „Tagblattes" ist oder nicht, das ist im Grunde genommen eine herzlich unbedeutende Angelegenheit, überdies ist es sozusagen eine Privatsache, und wegen Privatangelegenheiten sollte ein Staatsmann in aktiver Stellung seinen Einfluß nicht in die Wagschale werfen. Die Banken haben selbstverständlich getan, was jene Persönlichkeit von ihnen verlangt hat; die Zumutung abzulehnen, dazu fanden sie nicht den Mut. Sie haben daher die Aktien, die gar nicht ihnen, sondern ihren Kunden gehörten, Herrn Wilhelm Singer zur Verfügung gestellt, ohne zu fragen, ob die wirklichen Besitzer mit einer solchen Verwendung des Stimmrechtes auch einverstanden seien.

Daß die Steyrermühl ein vielumworbenes Objekt ist, läßt sich begreifen, wenn man sieht, was der Zeitungsbetrieb den Aktionären einbringt. Während der Idealismus ein schlechtes Geschäft ist und ein gesinnungstreues Blatt, das für eine politische und wirtschaftliche Ueberzeugung kämpft, selten auf seine Rechnung kommt, trägt die Gesinnungslosigkeit, die durch das „Tagblatt" in so vollkommener Weise verkörpert wird, reiche Früchte. Die Steyrermühl hat im letzten Jahre mit einem Aktienkapital von 7·4 Millionen Kronen einen Reingewinn von 2,097.588 Kronen abgeworfen. Man wird zwar einwenden, daß dies nicht ausschließlich der Gewinn der Zeitungen sei, da zum Besitzstand der Steyrermühl auch eine Papierfabrik und eine Buch- und Kunstdruckerei gehören. Aber man weiß, daß die Papierfabrik hauptsächlich von dem Absatz bei den Zeitungen lebt und daß auch die Druckerei ihre glänzende Beschäftigung nur den Beziehungen verdankt, die sie mit dem „Tagblatt" verbinden. Wo ist eine Zeitung, die ähnliche Ergebnisse aufzuweisen hätte? Und dabei sind jene 2,097.588 Kronen nicht der ganze Gewinn, denn die Steyrermühl legt seit Jahren in aller Stille große Summen zurück, die sie zur Abschreibung an ihren Anlagen verwendet. Nur dadurch ist es möglich geworden, daß die Zeitungen mit den Druckereien mit 1,418.030 Kronen und die Papierfabrik in Steyrermühl mit allen Realitäten und Betriebseinrichtungen mit 1,751.634 Kronen zu Buche stehen. Das Vermögen der Gesellschaft ist damit nicht erschöpft, sie besitzt außerdem noch Realitäten in Wien im Buchwert von 3,007.388 Kronen und Wertpapiere, Bankguthaben, Vorräte und Kassenbestände von 9,123.000 Kronen. Ein großer Teil dieses Vermögens ist in der Aera Singer erworben worden, weshalb sich Herr Wilhelm Singer für einen bedeutenden Journalisten hält. Wie die Steyrermühl ihre publizistische Mission auffaßt, das sagt am deutlichsten der Geschäftsbericht, der sich über die Ergebnisse der Zeitungen in folgender Weise ausspricht:

> Das „Neue Wiener Tagblatt" und die „Oesterreichische Volkszeitung" haben durch den Krieg empfindlich gelitten. Es war nicht möglich, die außerordentliche Steigerung der Personallasten und der Kosten für Betriebsmaterialien aller Art durch Preiserhöhungen wettzumachen. Dazu kommt noch im laufenden Jahre die von Staats wegen verfügte Einschränkung des Umfanges und des Papierverbrauchs der Zeitungen, so daß wir trotz steigender Nachfrage gezwungen sind, sowohl die Inseratenaufnahme als auch die Auflage unserer Zeitungen zu beschränken.

Nüchterner kann man über einen Betrieb, der doch sozusagen auch eine ethische und kulturelle Seite hat, kaum berichten. Die Zeitung ist für die Steyrermühl ein Produktionszweig wie die Papierfabrik. Sie erzeugt fabriksmäßig öffentliche Meinung, wie die Papierfabrik Papier erzeugt. Der Hauptzweck ist das Geldverdienen und darauf hat sich die Steyrermühl stets verstanden. Auch im letzten Jahre hat sie bei dem Niedergang des Zeitungsgeschäftes, für den sie so eindringliche Worte findet, um 620.769 Kronen mehr verdient als im Jahre vorher. Es ist dies der höchste Gewinn, den sie jemals ausgewiesen hat.

Ein Kapitel für sich ist es, wie die Gesellschaft bilanziert. Der Reingewinn der Unternehmungen, die Miete der Häuser und die Zinsen von den Effekten werden in einer Zahl ausgewiesen. Wie der Gewinn aus Einnahmen und Ausgaben entstanden ist, verschweigt die Verwaltung. Auch die Steuern und Abschreibungen behält sie für sich, obwohl doch die Steuer einer Gesellschaft kein Geheimnis sein kann. Oder sollte die Steyrermühl eine geheime Steuerbefreiung genießen? Die Gesellschaft hat gar keine Schulden, wohl aber sehr beträchtliche Bar- und Effektenbestände, die einen ansehnlichen Zinsengewinn abgeworfen haben müssen. Auch die Höhe dieser Einnahme wird verschwiegen. In der Vermögensbilanz werden die Vorräte mit den Bankguthaben und Wechseln zusammengeworfen, was ein einzig dastehender Vorgang ist. Vorräte sind doch etwas anderes als Bargeld und Wechsel und ihre Höhe ist stets ein wichtiger Behelf zur Beurteilung des Geschäftsganges eines Unternehmens. Solche Bilanzierungen sind nur möglich, weil sich die Aufsichtsbehörde um diese Dinge gar nicht kümmert. Bei der Steyrermühl sind die Vorräte wahrscheinlich so stark abgeschrieben, daß sie sich scheut, ihren Buchwert anzugeben. Der Mehrgewinn von 620.000 Kronen wird von der Verwaltung nicht verteilt, sondern zurückbehalten. Da man ihn nicht verschwinden lassen konnte, hat die Gesellschaft 395.980 Kronen in eine Kriegsverlustreserve gelegt. Eine Kriegsverlustreserve im dritten Kriegsjahr ist ebenfalls ein Unikum. Was der Gesellschaft für Kriegsverluste drohen, nachdem ihr sogar die Brüder Singer erhalten bleiben, ist ebenfalls ein Geheimnis.

In der Generalversammlung hat sich gegen diese Politik des ununterbrochenen Aufspeicherns Widerspruch erhoben, was vom Aktionärstandpunkt begreiflich ist, denn aus bloßer Sympathie für das „Tagblatt" ist wohl niemand Aktionär. Die Verwaltung hat sich gegen die Erhöhung der Dividende ausgesprochen, weil man nicht wissen könne, was die Zukunft bringen werde. Aber nicht bloß für die liberalere Dividendenpolitik, sondern auch für den Liberalismus im „Tagblatt" erhob sich die Stimme eines Aktionärs. Dieser Aktionär will bemerkt haben, daß sich im „Tagblatt" ungefähr in den letzten acht Monaten ein Gesinnungswechsel vollzogen habe. Man muß schon sehr fein entwickelte Sinnesorgane haben, um im „Tagblatt" überhaupt eine Gesinnung, geschweige denn einen Gesinnungswechsel wahrzunehmen. Herr Wilhelm Singer versicherte feierlich, er habe sich nicht geändert, und das ist das einzige, was man ihm aufs Wort glauben kann. Er hat ein Programm, an dem er unverbrüchlich festhält, und das ist das Programm der Selbsterhaltung. Der einzige Kampf, für den er in seinem Leben zu haben war und den er mit Ueberzeugung führt, ist der Kampf um seine Stellung, die allerdings, was Einfluß und Einkünfte betrifft, gut dotiert ist. Für einen Mann mit so wenig Talent ist es immerhin sehr viel, wenn er Chefredakteur eines Blattes ist, das zwei Millionen Kronen jährlich abwirft. Er hat, wie man sagt, auch ein Herz für seine Angestellten, aber diese seine Freigebigkeit kostet ihn ja nichts, ist also schwerlich als Tugend anzusehen. Und wo es auf seine Rechnung geht, hört diese Freigebigkeit auf, denn sonst hätte er als Präsident der Steyrermühl ganz entschieden dagegen Verwahrung einlegen müssen, daß die Verwaltung von den 380.000 Kronen, die aus dem Ertrag dem Pensions- und Unterstützungsfonds zugewendet werden, ihren Tantiemenanteil beziehe.

Neue Freie Presse

5./VI. 1917

170

Das parlamentarische Kriegsbudget.

Wien, 4. Juni.

Nach einer Unterbrechung von dreieinhalb Jahren, in denen die parlamentarische Gesetzgebung ganz stille stand, hat die Regierung den Entwurf des Budgetprovisoriums für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des heurigen Jahres im Abgeordnetenhause eingebracht. In dieser dreieinhalbjährigen Periode wurde das Budget nicht auf Grund fallweiser, vom Reichsrat erteilten Bewilligungen, sondern auf der Basis von kaiserlichen Verordnungen geführt. Das letzte durch ein Gesetz beschlossene Budgetprovisorium betraf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1913 und ist im Reichsgesetzblatt vor ungefähr vier Jahren, nämlich am 30. Juni 1913, erschienen. Bis Ende 1913 war also die Führung des Staatshaushaltes durch ein Gesetz geregelt. Für das erste Semester 1914, welches noch eine Friedensperiode war, ist kein Finanzgesetz zustande gekommen. Die Regierung hatte zwar die Vorlage des Budgets im Herbst 1913 dem Parlament unterbreitet, sie war aber nicht vom Reichsrat verabschiedet worden und die Regelung der staatlichen Gebarung erfolgte nachträglich auf dem Wege der kaiserlichen Verordnung vom 31. Januar 1914, welche für die Periode vom 1. Januar bis 30. Juni 1914 in der üblichen Weise Vorsorge tr. In der weiteren Folge wurde dann ein Budgetprovisorium nach dem andern durch kaiserliche Verordnung verlautbart, weil das Parlament überhaupt nicht mehr einberufen worden ist. In dieser parlamentslosen Zeit wurden sechs Budgetprovisorien durch kaiserliche Verordnung erlassen. Alle diese Budgetprovisorien waren bloße Rahmengesetze, welche in zumeist wörtlicher Uebereinstimmung die üblichen Vorsorgen für die Einhebung der Steuern, Abgaben und Gefälle sowie für die Bestreitung der Staatsausgaben nach Maßgabe der im Budget festzustellenden Kredite enthielten. In der späteren Zeit des Krieges wurden nicht einmal mehr die früher üblichen Ermächtigungsklauseln aufgenommen, sondern die Budgetprovisorien stellten bloße Verlängerungen der der Regierung in früheren kaiserlichen Verordnungen erteilten Vollmachten dar.

Auch für das laufende Halbjahr bis Ende Juni ist noch durch die kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember 1916 in gleicher Weise vorgesorgt worden. Für das nächste Semester soll aber der Weg des Gesetzes betreten werden. Die Finanzverwaltung legt zwar auch für diese Periode, welche das erste Semester des neuen, mit 1. Juli beginnenden Finanzjahres darstellt, kein Budget vor. Sie erklärt in dem Motivenberichte, daß die Unkenntnis über die Dauer des Krieges und die damit zusammenhängenden erhöhten Schwierigkeiten bei Abschätzung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben es bisher unmöglich machten, einen vollkommenen Staatsvoranschlag aufzustellen, daß jedoch alle Vorarbeiten für die Teilvoranschläge der einzelnen Ressorts im Zuge seien. Aus dieser Mitteilung ist zu entnehmen, daß die Gebarung im Kriege, wie dies ja bekannt ist, ohne formelles Budget geführt wurde und daß auch für das nächste Finanzjahr noch kein vollständiges Budget besteht. Auch in der gegenwärtigen Vorlage werden über die Höhe des Gesamtaufwandes keine Angaben gemacht.

Die Finanzverwaltung legt also auch heuer kein Budget, sondern wieder ein Budgetprovisorium vor, allerdings ein parlamentarisches Provisorium, welches sie vor dem Reichsrate zu vertreten und von beiden Häusern des Reichsrates verabschieden zu lassen gedenkt. Die Bestimmungen dieses Provisoriums schließen sich äußerlich an die Provisorien früherer Zeit an. Die Regierung erbittet die Ermächtigung, die Steuern, Abgaben und Gefälle nach den bestehenden Normen einzuheben und die Staatsausgaben auf Rechnung des gesetzlich festzustellenden Staatsvoranschlages zu bestreiten. Ferner wird der Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben in gleicher Weise wie bisher geregelt, indem der Reichsrat die Ermächtigung erteilen soll, daß Oesterreich seine Quote unter der Bedingung der Reziprozität in Ungarn und genehmigter Beschlüsse der Delegationen leistet. Ferner wird durch eine besondere Klausel angekündigt, daß durch eine Verordnung des Gesamtministeriums eine Aufstellung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen zum Zwecke der Verfassung des Staatsrechnungsabschlusses kundgemacht werden soll. Solche Aufstellungen sind auch bisher regelmäßig, und zwar zum letztenmal im Juli 1916 veröffentlicht worden. Sie hatten aber nur einen formellen Charakter, weil die Sätze des letzten veröffentlichten Budgets für das Jahr 1913/14 zugrunde gelegt wurden, welche jetzt selbstverständlich jede Bedeutung verloren haben. Die Anweisung an den Obersten Rechnungshof wird also nicht durch das Finanzgesetz erfolgen, welches überhaupt keine Ziffernansätze enthalten soll, sondern durch eine Verordnung des Gesamtministeriums. Dem Obersten Rechnungshof werden somit die Rechnungen der tatsächlichen Gebarung und alle Belege unterbreitet werden und er wird sie auf Grund des durch die geplante Verordnung des Ministeriums aufzustellenden Rahmens zu überprüfen haben.

Das Budgetprovisorium enthält auch eine Kreditvollmacht. Die Regierung wird nämlich ermächtigt, nach Maßgabe des Bedarfes in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember Kreditoperationen abzuschließen, und zwar für die außerordentlichen durch den Krieg entstandenen Ausgaben, sodann für das unbedeckte Defizit des Verwaltungsjahres 1916/17, welches am 30. Juni abläuft. Die Kriegskosten sind bisher zum Teil durch Kriegsanleihen bedeckt worden, deren gesetzliche Fundierung die kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914 bildete. Auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung sind sechs Kriegsanleihen begeben worden, von denen die sechste noch im Zuge ist. Die Regierung wird diese sowie alle anderen kaiserlichen Verordnungen dem Reichsrate unterbreiten und so die nachträgliche verfassungsmäßige Genehmigung für die Begebung der Kriegsanleihen ansuchen. Eine etwa noch erforderliche nächste Kriegsanleihe, sowie überhaupt eine Kreditoperation zur Deckung von Kriegskosten, soweit eine solche während des zweiten Semesters notwendig werden wird, soll auf Grund des Budgetprovisoriums mit parlamentarischer Bewilligung vollzogen werden. Ferner soll nach Abschluß des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 das Defizit festgestellt und, soweit dies notwendig erscheint, für die Deckung dieses Defizits durch eine Anleihe vorgesorgt werden, für welche gleichfalls in dem gegenwärtigen Budgetprovisorium die verfassungsmäßige Grundlage geschaffen wird. Das Entstehen eines solchen Defizits wird im Motivenberichte mit der ungewöhnlichen Steigerung der Ausgaben und dem Zurückbleiben der Einnahmen begründet. Beides sind naturgemäße Begleiterscheinungen des Krieges.

Wie hoch Einnahmen und Ausgaben des Staates in der mit dem 1. Juli beginnenden neuen Geschäftsperiode tatsächlich sein werden, wird nicht mitgeteilt und entzieht sich der ziffermäßigen Abschätzung. Das letzte Budget, welches vom Finanzministerium veröffentlicht wurde, betraf die Finanzperiode 1914/15. Es bilanzierte in dem Voranschlage mit Einnahmen und Ausgaben von je 3·46 Milliarden Kronen. Dieses Budget ist durch die tatsächliche Entwicklung, da ja die Etatsperiode fast zur Gänze durch den Krieg ausgefüllt worden ist, vollkommen über den Haufen geworfen worden, die Ziffern der Ausgaben müssen schon in dieser drei Jahre zurückliegenden Zeit weit höher gewesen sein und sind seither sicherlich noch erheblich mehr gestiegen. Zunächst sind die Kriegsanleihen zu verzinsen; nach dem letzten Berichte der Staatsschulden-Kontrollkommission erfordern die ersten fünf Anleihen Jahreszinsen von 1314 Millionen Kronen, wozu noch die sechste Kriegsanleihe tritt. Anderseits steht selbstverständlich als Gegenpost eine Ersparnis der regelmäßigen Ausgaben für die Kriegsverwaltung gegenüber, da das Friedenserfordernis für Heer, Flotte und Kriegsverwaltung in die Kriegsrechnung einbezogen wird. Das wären nach dem seinerzeitigen Budget rund 560 Millionen Kronen. Auch in anderen Ressorts sind jedenfalls Steigerungen der Ausgaben, namentlich für die Unterstützung der Witwen und Waisen sowie der sonstigen Familienangehörigen von Eingerückten, die Linderung des Notstandes, zu verzeichnen, in manchen Posten dürften allerdings auch Ersparnisse erzielt worden sein. Immerhin ist anzunehmen, daß die Ausgaben des letzten und auch des kommenden Finanzjahres den seinerzeitigen Voranschlag um ein Bedeutendes überschritten haben müssen. Die Einnahmen sind durch die Steuererhöhungen gestiegen, die während des Krieges erfolgten und bisher mit rund einer Milliarde Kronen im Jahre veranschlagt wurden. Demgegenüber dürften aber erhebliche Ausfälle an sonstigen Einnahmen eingetreten sein. Die direkten Steuern, insbesondere Personaleinkommen- und Aktiensteuer, haben sich günstig entwickelt. Dagegen dürften die indirekten Steuern wesentlich schwächer geflossen sein, weil die Erzeugung der wichtigsten mit der Steuer belegten Konsumartikel, des Branntweines, des Bieres und Zuckers, stark eingeschränkt wurden. Beim Tabakmonopol sind die Preise wiederholt erhöht worden, die finanzielle Wirkung ist aber jedenfalls durch eine sehr starke Verminderung des Verbrauches geschmälert oder aufgezehrt worden. Auch die Staatsbahnen dürften mit namhaft ungünstigeren Ziffern als während des letzten Budgetjahres bilanzieren, weil die Auslagen für das Personal und für die Materialbeschaffung sehr bedeutend erhöht werden mußten. Das sind durchwegs Momente, welche die Gestaltung der Staatseinnahmen und -ausgaben erheblich beeinflussen mußten, und das tatsächliche Budget des Jahres 1916/17, dessen Vorlage im Budgetprovisorium angekündigt wird, dürfte eine wesentlich andere Gestalt zeigen, als der letzte veröffentlichte Entwurf des Präliminares für das Jahr 1914/15 und über die damaligen Ziffern mit sehr bedeutenden Summen hinausgehen. Ohne Zweifel wird nach dem Abschlusse des Krieges eine Aufstellung der tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen, die sich während dieser Periode in der Gebarung der Finanzverwaltung ergeben haben, vorgenommen und vom Parlament die Genehmigung für die Gesamtgebarung der Kriegszeit nachträglich eingeholt werden. Das Budgetpräliminare für die Periode 1916/17 wird dann endgültig auf Grund dieser Feststellung abgeschlossen und das definitive Finanzprogramm wird die Vorschläge für die Aufbringung der Mittel zur Bedeckung der großen Aufwendungen enthalten müssen.

Die Wiener Banken in den drei Kriegsjahren.

Das letzte Friedensjahr 1913 gehörte der wirtschaftlichen Depression an. Die Banken blieben hievon jedoch unberührt. Sie konnten wegen der das ganze Jahr hindurch anhaltenden hohen Diskontsätze die gleiche Dividende wie im Vorjahre, mehrere von ihnen sogar eine noch etwas höhere Dividende zur Verteilung bringen. Im ersten Halbjahr 1914 setzte sich die schlechte industrielle Konjunktur fort und der Monat Juli brachte wegen der sich schon zeigenden Kriegsgefahr eine noch weitere Verschlimmerung. Die Banken bekamen indes erst bei Ausbruch des Krieges die Ungunst der Zeit zu spüren. Es klingt heute wie ein Märchen, daß ein Moratorium erlassen werden mußte, um die Institute vor einem Sturm auf ihre Kassen zu bewahren. Kurze Zeit nur dauerte dieser Zustand, während dessen die Einleger und sonstigen Kreditoren nur 200 K. von ihren Guthaben einzufordern das Recht hatten. Schon nach wenigen Wochen erklärten sich die Banken bereit, jeden gewünschten Betrag an das Publikum zurückzuzahlen. Die Dividenden für das Jahr 1914 fielen aber, obwohl nur die letzten fünf Monate Kriegsmonate waren, sehr schmal aus. Die Reinerträgnisse waren zwar nicht unbefriedigend, aber es mußten Kriegsverlustreserven von mehreren Millionen vorsichtshalber aus dem Reingewinn ausgeschieden werden, denn man konnte noch nicht wissen, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden, was die Außenstände wert seien und ob die Effektenengagements des Publikums bei den Banken nicht Verluste bringen würden. Aus diesem Grund wurden bei den meisten Instituten die Dividenden verkleinert und bei mehreren wurde der ganze Reingewinn in die Kriegsverlustreserve hinterlegt und aus den Reserven eine fünfprozentige Dividende bezahlt.

Das Jahr 1915 brachte schon eine vollständige Wandlung. Die Industrie, an der ja die Banken so hervorragend beteiligt sind, hatte infolge der großen Bestellungen der Staatsverwaltung einen flotteren Geschäftsgang als vor dem Kriege. Manche Industriezweige, denen es vorher schlecht gegangen war, wurden sogar nicht nur vollständig saniert, sondern sehr ertragsfähig gemacht und auf eine feste Grundlage gestellt. Den Banken kam diese wesentlich veränderte Situation ihrer Industrieunternehmungen sehr zustatten, ja es konnten die Aktien einer ganzen Reihe von Industriegesellschaften zu ungeahnt hohen Kursen aus dem Effektenbestande der Institute abgestoßen werden. Im freien Börsenverkehr hatten sich seit dem Tage unsrer siegreichen Offensive bei Gorlice fast alle Papiere so sehr erholt, daß die Banken von der Sorge nicht genügender Deckung der Effektenpositionen vieler ihrer Klienten vollständig befreit waren. Die Kriegsanleihen, an denen sie sich auch für eigene Rechnung stark beteiligten, boten ihnen überdies die Möglichkeit, die von Monat zu Monat zunehmenden Einlagen des Publikums trotz des Rückganges der Wechseleinreichungen nicht nur nicht unverzinst liegen lassen zu müssen, sondern für sie gute Verwendung zu haben. Für dubios gehaltene Außenstände wurden einbringlich, von einer weiteren Dotierung der Kriegsverlustreserve konnte vollständig Umgang genommen werden. Alle diese Umstände zusammen bewirkten, daß die Bankbilanzen pro 1915 sehr günstig ausfielen und die im Vorjahre zurückgegangenen Dividenden durchweg wesentlich erhöht werden konnten.

Das dritte Kriegsjahr 1916 hat eine weitere Besserung und weitere Erhöhungen von Bankdividenden gebracht. Daneben konnten große Beträge Fürsorgezwecken und Wohlfahrtseinrichtungen zugewendet und die Reserven ansehnlich gestärkt werden. Zu den charakteristischen Erscheinungen der Kriegsjahre 1915 und 1916 gehören auch die Kapitalserhöhungen. Die Großbanken sind noch größer an Kapitalskraft geworden und einige Mittelbanken durch die Vermehrung ihres Aktienkapitals zu Großbanken avanciert.

Wir stellen im nachstehenden die Kapitalskraft und die Geschäftsresultate der zehn größten Wiener Banken, ihre Erträgnisse und ihre Dividenden in der Kriegs- und in der letzten Friedenszeit vergleichend nebeneinander:

Das Eigenkapital der Banken.

In den Jahen 1913 und 1914 hat das Aktienkapital der Banken keine Vergrößerung erfahren. Daß es während der Kriegszeit zu Kapitalsvermehrungen kommen werde, hätte niemand vorauszusagen gewagt. Es erhöhten aber bereits im Jahre 1915 der Bankverein, die Eskomptegesellschaft und die Verkehrsbank ihr Aktienkapital. Im Jahre 1916 folgten die Anglobank, die Bodenkreditanstalt, die Kreditanstalt, die Depositenbank und abermals die Verkehrsbank. Weitere Kapitalserhöhungen einiger Banken wurden nach Ablauf des Jahres 1916 vorgenommen und erscheinen daher noch nicht in der letzten Jahresbilanz. Gleichzeitig haben die Reserven fast sämtlicher Banken, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, sehr ansehnliche Vergrößerungen erfahren.

	Aktienkapital			Reserven	
	1913	1915	1916	1913	1916
	Millionen Kronen				
Anglobank	100	100	130	26·7	51·4
Bankverein	130	150	150	43·2	41·9
Bodenkreditanstalt	54	54	63	120·7	154·8
Eskomptegesellschaft	75	100	100	25·3	47·9
Kreditanstalt	150	150	170	93·6	112·7
Länderbank	130	130	130	24·1	26·8
Unionbank	70	70	70	19·4	20·7
Depositenbank	33	33	40	10·4	13·6
Mercur	50	50	50	22·0	24·0
Verkehrsbank	42	50·4	60·2	10·8	16·7

Es hat sich daher im Jahre 1916 das Aktienkapital der zehn Banken von 834 Millionen des Jahres 1913 auf 959 Millionen vermehrt, während die Reserven im gleichen Zeitraum von 396·2 auf 510·5 Millionen gestiegen sind.

Kriegsverlustreserven.

Außer diesen Reserven haben jene Banken, welche Filialen in den vom Feinde heimgesuchten Gebieten oder im feindlichen Auslande hatten, Kriegsverlustreserven zur Deckung eventueller Verluste aus dem Reingewinn ausgeschieden, und zwar:

	Kronen
Anglo-österreichische Bank	5,000,000
Bankverein	8,740,526
Kreditanstalt	5,000,000
Länderbank	8,500,000
Depositenbank	3,051,870
Mercur	2,000,000

Die Einlagegelder und Kontokorrentguthaben.

Das Aktienkapital und die Reserven der Banken, die zusammen ihr Eigenkapital bilden, geben für sich allein noch kein richtiges Bild der Kapitalskraft, über welche die Institute verfügen. Man muß auch noch die fremden Gelder hinzufügen, die ihnen zur Fruktifizierung übergeben worden sind, die Einlagen auf Sparbücher nämlich und die Kreditoren. Diese den Banken in viel größerem Maße als im Frieden zugeströmten Gelder haben die Kapitalskraft der Institute noch weit mehr gestärkt als die Kapitalserhöhungen und die Reservedotierungen. Die Banken verfügten im Jahre 1916 über folgende Kapitalien, wobei in der Rubrik Eigenkapital das Aktienkapital und die Reserven zusammengefaßt sind:

	Eigenkapital	Fremde Gelder		Gesamtkapital
		Einlagen	Kreditoren	
	Millionen Kronen			
Anglobank	181·4	137·8	906·0	1275·2
gegen 1913	+ 54·7	+ 113·6	+ 481·4	+ 649·7
Bankverein	191·9	396·6	1239·8	1828·3
gegen 1913	+ 18·7	+ 263·4	+ 725·2	+ 1007·3
Bodenkreditanstalt	217·8	—	752·5	970·3
gegen 1913	+ 43·1	—	+ 469·6	+ 512·7
Eskomptegesellschaft	147·9	58·9	607·8	814·6
gegen 1913	+ 47·6	+ 25·0	+ 353·0	+ 425·6
Kreditanstalt	282·7	213·6	1644·5	2140·8
gegen 1913	+ 39·1	+ 133·1	+ 860·8	+ 1033·0
Länderbank	156·8	241·1	653·5	1051·4
gegen 1913	+ 2·7	+ 114·5	+ 656·7	+ 773·9
Unionbank	90·7	91·0	358·8	540·5
gegen 1913	+ 1·3	+ 62·5	+ 164·1	+ 227·9
Depositenbank	53·6	68·8	162·9	285·3
gegen 1913	+ 10·2	+ 15·2	+ 84·2	+ 109·6
Mercur	74·0	85·0	263·5	422·5
gegen 1913	+ 2·0	+ 42·1	+ 119·6	+ 163·7
Verkehrsbank	76·9	146·0	324·0	546·9
gegen 1913	+ 24·1	+ 74·9	+ 159·2	+ 258·2

Neues Wiener Tagblatt
9./III. 1917

Der Wechseleskompte des letzten Friedensjahres und der Kriegszeit.

Im Krieg ist an die Stelle der Kreditwirtschaft zum großen Teil die Bargeldwirtschaft getreten. Im Anfang fehlte es wegen der unsicheren Verhältnisse an Kreditgebern und später, als die Industrie und der Handel große Gewinne erzielten, an Kreditnehmern, da diese es eben nicht nötig hatten, den Kredit in Anspruch zu nehmen. Es ist daher von besonderem Interesse, den Stand des Wechselportefeuilles in diesen vier Jahren einander gegenüberzustellen.

Wechselportefeuille

	1913	1914	1915	1916
	in Millionen Kronen			
Anglobank	159·9	160·7	144·1	100·9
Bankverein	218·6	251·3	132·4	101·8
Bodenkreditanstalt	108·2	128·0	123·2	102·0
Eskomptegesellschaft	66·6	93·1	71·3	82·5
Kreditanstalt	202·4	215·0	159·5	143·5
Länderbank	173·3	167·0	98·6	92·8
Unionbank	90·7	127·3	122·2	79·4
Depositenbank	61·7	47·0	32·9	20·2
Mercur	34·8	37·9	32·2	25·6
Verkehrsbank	62·3	69·4	85·6	36·4

Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung ersichtlich, hat die Abnahme des Wechselportefeuilles in den noch in das Jahr 1914 fallenden Kriegsmonaten, und zwar wegen des Moratoriums, noch nicht ihren Anfang genommen, sondern hat erst im Jahre 1915 begonnen und 1916 sich bei einigen Instituten fortgesetzt. Den zur Einlösung gelangenden Wechseln standen eben keine entsprechenden Wechseleinreichungen gegenüber. Eine Weiterbegebung von Wechseln an das Noteninstitut war, da die Banken über reichliche eigene Mittel verfügten, keinesfalls die Ursache der Verminderung des Portefeuilles der Privatbanken.

Selbstverständlich haben die Banken für eine Fruktifizierung der ihnen in so reichem Maße zufließenden fremden und der durch die Vermehrungen des Aktienkapitals sowie durch die Dotierung der Reserven verstärkten eigenen Mittel Vorsorge treffen müssen. Dementsprechend ist bei allen Instituten [illegible] mit der Steigerung der Kontokorrentguthaben des Publikums auch das Debitorenkonto gestiegen, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht:

Debitoren

	1913	1914	1915	1916
	in Millionen Kronen			
Anglobank	499·3	477·2	634·2	1009·3
Bankverein	520·0	580·1	832·7	1541·9
Bodenkreditanstalt	326·4	417·0	363·4	630·2
Eskomptegesellschaft	288·0	330·6	407·6	654·5
Kreditanstalt	734·8	721·5	812·2	1313·4
Länderbank	446·4	469·5	604·3	975·6
Unionbank	191·7	193·8	179·5	280·1
Depositenbank	105·3	105·5	139·5	131·3
Mercur	204·0	219·3	251·2	381·9
Verkehrsbank	174·6	179·9	220·3	410·4

Bei den meisten Instituten hat sich somit im Jahre 1916 das Debitorenkonto im Vergleich zum letzten Friedensjahre teils verdoppelt, teils mehr als verdoppelt. Besonders von 1915 auf 1916 setzte die Steigerung in beschleunigtem Tempo ein. Warenkredite sind es nicht, die dieses Anschwellen des Debitorenkontos hervorgerufen haben, vielmehr stellten die Banken, wie ja aus dem letzten, Ende 1916 abgeschlossenen Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission hervorgeht, ihre flüssigen Mittel dem Staate, dem sie ein Konto eröffneten, zur Verfügung. In den Kontokorrentvorschüssen an den Staat und in den Beteiligungen an den Kriegsanleihen für eigene Rechnung und für Rechnung ihrer Klienten fanden die Bankinstitute Gelegenheit, ihre verfügbaren Mittel nicht unverzinst liegen zu lassen. Auch aus den erhöhten Erträgnissen der Banken hat der Staat durch vermehrte Steuereinnahmen Nutzen gezogen. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht das Wachstum der von den Instituten abgeführten Steuern:

Die Steuern

	1913	1914	1915	1916
	in Millionen Kronen			
Anglobank	2·36	2·37	2·97	5·93
Bankverein	2·84	3·05	2·26	3·50
Bodenkreditanstalt	3·10	3·25	2·61	3·32
Eskomptegesellschaft	2·00	2·38	2·72	5·21
Kreditanstalt	4·63	3·23	4·94	8·89
Länderbank	2·33	2·97	1·99	4·63
Unionbank	1·53	0·78	1·45	2·29
Depositenbank	1·45*)	0·84	0·63	1·48
Mercur	1·24	1·45	1·03	1·59
Verkehrsbank	1·09	1·17	0·75	1·51

*) Einschließlich Betriebsspesen.

Von 1913 auf 1914 waren die Veränderungen bei der Steuerleistung nicht einschneidend. Im ersten Kriegsjahre 1914 waren nämlich die Steuern noch auf Basis des Erträgnisses von 1913, welches zwar ein Friedensjahr, aber ein Jahr wirtschaftlicher Depression gewesen war, zu berechnen. Im Bilanzjahre 1915 aber verstand sich bei den meisten Instituten eine Verringerung der Steuerleistung aus dem Grunde, weil 1914 bei den betreffenden Banken wegen der Notwendigkeit, eine Kriegsverlustreserve aus dem Jahreserträgnis auszuscheiden, der zu besteuernde Reingewinn eine empfindliche Abnahme erfahren hatte. Dafür hatte aber der Steuerfiskus 1916 ein gutes Jahr. Die Reingewinne und Dividenden pro 1915 standen bereits im Zeichen der lebhaften Konjunktur, die der Krieg gebracht hatte, und diese hatten zur Grundlage der Steuerbemessung für 1916 zu dienen. Noch besser werden die Steuereinnahmen sich im laufenden Jahre stellen, da das Jahr 1916 eine weitere Vergrößerung der Erträgnisse der Banken und auch der meisten andern Aktiengesellschaften gebracht hat. Wie in allen Rubriken des Gewinn- und Verlustkontos sowie der Aktiva und der Passiva kommen in den Steuerleistungen die Wirkungen der anfangs schlechten, dann aber um so günstigeren Kriegskonjunktur deutlich zum Ausdruck.

Fremdenblatt
9./VI. 1917

Die Wiener Banken im Kriege.

Von Walther Federn.

VII.*)

Die Reservenpolitik der einzelnen Banken ist sehr verschieden. Während eine Bank im Jahre 1916 30 Prozent des Reingewinnes den Reserven und dem Gewinnvortrage zuführt und dementsprechend nur 60 Prozent als Dividende verteilt, erreicht bei einer anderen Bank die Rückstellung kaum 9 Prozent, die Dividende beträgt bei ihr etwa 76 Prozent des Reingewinnes, während sie bei einzelnen anderen, die einen etwas höheren Betrag in die Reserven legen, sogar 80 Prozent übersteigen. Dabei ist durchaus nicht gesagt, daß gerade jene Banken, welche einen verhältnismäßig größeren Teil der Erträgnisse offen zurücklegen, auch die größten absoluten Rücklagen gemacht haben, weil bei einzelnen eben die Bilanzpolitik dahin ging, einen größeren Reingewinn ausscheinen zu lassen und offen zu reservieren, bei anderen nur die statutenmäßigen Reserven zu machen und einen möglichst großen Teil der erzielten Gewinne zu verstecken.

Die Bankenstatistik in Oesterreich arbeitet mit einem völlig unzureichenden, man könnte beinahe sagen geflissentlich zu Vergleichszwecken unbrauchbar gemachten Material und kann daher insbesondere auf engem Raum, wo außerhalb des Ziffernmaterials bekannte Tatsachen nur wenig herangezogen werden können, nur spärliche Resultate ergeben. Eines zeigt sie jedoch deutlich an: nämlich, daß die Banken während des Krieges noch weit mehr als dies schon vorher der Fall war, Verwalter eines sehr großen Teiles der auf Geld lautenden Vermögen, Betriebsmittel und Ersparnisse der Volkswirtschaft geworden sind. Die Mobilisierung der Vorräte und die großen Kriegsgewinne haben diese der Verwaltung der Banken anvertrauten Kapitalien in doppelter Richtung überaus stark vermehrt, einerseits weil der Geldwert der frei gewordenen, früher in Vorräten gebundenen Vermögensbestandteile sich gegen früher durch die Preissteigerung aller Waren außerordentlich erhöht hat, anderseits weil eben das Freiwerden früher in Gütern bestandener Vermögen sie den Banken zugeführt hat. Dadurch hat sich die Verfügungsgewalt der Banken über die ganze Volkswirtschaft überaus stark erhöht und damit ihre Verantwortung für die nicht nur bankmäßig vorteilhafte und sichere, sondern auch volkswirtschaftlich nützliche Verwendung der von ihnen verwalteten Kapitalien. Ein erheblicher Teil dieser Kapitalien wird den Banken wohl nach dem Krieg wieder entzogen werden, soweit Industrie und Geschäftswelt die freigewordenen Betriebsmittel wieder in Produktion und Handel zur Vorratanschaffung, zur Wiederaufnahme und Erhöhung ihrer Produktion brauchen werden. Aber das wird doch nur ein Bruchteil sein und die Banken sind in der Lage, die Höhe der abgehobenen Beträge bis zu einem gewissen Maße selbst zu beeinflussen durch ihre Zinsfußpolitik. Werden, wie zu erwarten, nach dem Krieg große Abhebungen erfolgen und außerdem große Kreditansprüche an sie gestellt werden, dann werden sie sich gegen die Abhebungen und gegen die Kreditansprüche durch Hochhaltung der Zinssätze zur Wehre setzen. Schon die Zinsvergütungen der Banken und noch weit mehr die Zinsforderungen für die von ihnen gewährten Kredite sind von nicht geringem Einfluß auf die Veranlagung des Kapitals, auf die Höhe und Verwendung der in Anspruch genommenen Kredite. Noch größere Bedeutung hat die Kreditpolitik der Banken selbst. Ein Teil der Geschäftswelt, der vor dem Krieg als Schuldner der Banken von ihnen mehr oder minder abhängig gewesen ist, hat seine Freiheit wieder gewonnen, da die Kriegswirtschaft und die Kriegsgewinne und, soweit es sich um Aktiengesellschaften handelt, vielfach auch die durch die günstige Konjunktur des Effektenmarktes ermöglichte Erhöhung der Aktienkapitalien sie in solchem Ausmaß zu Gläubigern der Bank werden lassen, daß auch die Wiederaufnahme der Produktions- und Handelstätigkeit nach dem Krieg sie bis auf Weiteres der Notwendigkeit entheben wird, überhaupt oder in größerem Ausmaß Bankkredit in Anspruch zu nehmen. Andere werden aber nach dem Krieg noch mehr als bisher von der Bereitschaft der Banken, ihnen Kredit zu gewähren, abhängen. Dies gilt vor allem, aber durchaus nicht ausschließlich von jenen ausgedehnten Industriezweigen, die der Kriegskonjunktur nicht teilhaftig geworden sind und die daher nicht gestärkt, sondern geschwächt in die Friedenswirtschaft eintreten.

Noch viel bedeutungsvoller als vor dem Krieg ist die Bereitwilligkeit der Banken, Kredite zu eine nutzbringende Betätigung ermöglichenden Bedingungen zu gewähren für die ganze Volkswirtschaft. Aber nicht nur diese Bereitschaft an und für sich, an der ja nicht zu zweifeln ist, ist von Wichtigkeit. Auch die Zwecke, zu denen Kredit gegeben wird, haben ganz andere Bedeutung für die Volkswirtschaft gewonnen als früher. Wir haben im Krieg gelernt, daß das reine Rentabilitätsprinzip nicht allein entscheidend sein kann. Dieses wird gerade nach dem Krieg den Luxusgewerben keine geringeren Gewinnmöglichkeiten bieten als im Krieg selbst, da die Zahl der kaufkräftigen und luxuswilligen Kreise sich durch die vielen Kriegsgewinner erheblich erhöht hat, deren Luxusneigungen infolge der zunehmenden Produktionshindernisse im Krieg vielfach unbefriedigt bleiben mußten. Staat und Volkswirtschaft müssen aber viel weniger Gewicht auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse legen als darauf, daß die zurückgehaltenen Bedürfnisse der Massen befriedigt werden, und zwar zu solchen Preisen, daß auch die minder Wolhhabenden und Verarmten daran teilnehmen können, also zu Bedingungen, die gerade den auf Massenabsatz berechneten Industrien oft nicht jene Gewinnmöglichkeiten bieten werden wie den Luxusindustrien. Sodann haben Staat und Volkswirtschaft das größte Interesse daran, daß vor allem an der Wiederherstellung der alten Produktionsfähigkeit, die im Krieg so vielfach durch mangelhafte Erhaltung und Ersatzarbeiten gelitten hat, und an der Retablierung und Ausgestaltung der Verkehrsmittel gearbeitet werde, und schließlich haben Staat und Volkswirtschaft das größte Interesse daran, daß die verfügbaren Kapitalien im weitesten Maß dem Staat selbst für diese und andere aus der Kriegskatastrophe zurückgebliebenen Erfordernisse zur Verfügung gestellt werden. So wenig wie im Krieg die Verfügung über die Produktionsmittel und Güter dem freien Ermessen und Gewinnstreben der Einzelnen ganz überlassen bleiben konnte, so wenig wird die Verwendung der Geldkapitalien nach dem Krieg ganz dem freien Ermessen der Einzelnen und der die Einzelkapitalien zusammenfassenden Geldinstitute überlassen bleiben können. Kapitalmarkt und Kreditpolitik werden viel mehr als vor dem Krieg im öffentlichen Interesse verwaltet werden müssen und daher der öffentlichen Kontrolle und der staatlichen Richtlinien nicht entbehren können. Das darf weder die Initiative der Einzelnen noch der Bankleiter mehr beengen, als unbedingt nötig und zur Erreichung des Zieles der Hebung der Volkswirtschaft erforderlich ist. Hier die richtigen Mittel und Wege zu finden, um das Einzelinteresse mit dem der Gesamtheit zu verbinden, wird Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung und der Banken selbst sein. Es kann nicht genug betont werden, die schwerste und verantwortungsvollste Aufgabe, die der Krieg den Banken gebracht hat, steht ihnen noch bevor. Im Krieg war ihre Aufgabe, von den ersten Wochen der Beängstigung abgesehen, verhältnismäßig leicht. Die Gelder strömten ihnen zu und ihre Verwendung war von selbst gegeben. Es gab nicht viel freie Wahl. Sie haben auch ihre Aufgaben im großen und ganzen gut erfüllt. Sie haben für ihre Betätigung reichlichen Lohn in den hohen Gewinnen, in der Sättigung mit offenen und stillen Reserven erhalten. Diese Kräftigung der Banken wird ihnen ihre Aufgabe nach dem Kriege erleichtern. Sie müssen aber noch weit mehr als bisher von der Erkenntnis durchdrungen werden, daß die Banken in der modernen Volkswirtschaft nicht nur von ihren privaten Interessen sich leiten lassen dürfen, sondern daß sie öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben, daß die Leitung der Kreditpolitik geradezu ein öffentliches Amt ist. Die Art, wie die Banken der schwierigen Zinsfuß- und Kreditpolitik gerecht werden in der Zeit des Ueberganges vom Krieg zum Frieden und nachher in den Zeiten, wo ebenso mit schweren Störungen wie mit wildem Ueberschäumen der Unternehmungslust gerechnet werden muß, werden mitentscheiden über die Stellung der österreichischen Volkswirtschaft inmitten der jetzt verbündeten oder feindlichen und nach dem Krieg rivalisierenden und konkurrierenden Staaten.

*) Siehe „Fremden-Blatt" vom 7. Juni.

Neue Freie Presse

10./VI. 1917

183

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Der Markt für Wertpapiere.

Wien, 9. Juni.

Schwüle Siedehitze herrscht auf dem Effektenmarkte. Der Dampfkessel arbeitet unter der größten Hochspannung, unausgesetzt strömen neue Aufträge von allen Seiten zu; Banken und Sensale vermögen die Orders gar nicht aufzuarbeiten und nehmen um eine halbe oder eine ganze Stunde vor dem offiziellen Börsenschlusse keine neuen Anweisungen für Käufe oder Verkäufe mehr entgegen; die Kurse fliegen in die Höhe und jedes so erreichte Niveau bildet ein neues Sprungbrett für einen weiteren Aufstieg. An die bewegtesten Zeiten einer längstvergessenen Vergangenheit erinnert der Umfang des Effektengeschäftes, wie er jetzt besteht. Eine der größten Banken, die seit vielen Jahren ein dichtes Netz von Filialen und eine eingelebte Marktorganisation besitzt, hatte in den letzten Wochen Aktienumsätze, die sich auf beiden Seiten täglich zwischen 15.000 und 20.000 Stück bewegten, dazu einen Verkehr in Anlagewerten und Kriegsanleihen von durchschnittlich acht Millionen Kronen. Bei einer anderen Großbank, die erst in den letzten Jahren zur stärksten Ausdehnung und zur Errichtung zahlreicher neuer Zweigniederlassungen geschritten ist, war aus den Börsentableaux ein Aktienverkehr zu ersehen, der sich täglich in Käufen und Verkäufen zwischen 12.000 und 15.000 Stück stellte, wobei überdies noch zwischen 1200 und 3000 Stück im Wege interner Abrechnung kompensiert wurden. Bei einer der älteren Großbanken, die mehr auf konservativen Prinzipien geführt wird, umfaßten die Käufe und Verkäufe von Aktien am gestrigen Tage ohne Kompensationen 7500 Stück, zumeist kleinere Posten von wenigen Schlüssen. Kürzlich wurden in den Aktien einer Mittelbank, die sonst niemals einen spekulativen Charakter hatten, 4000 Stück umgesetzt, während ehedem auch in belebteren Zeiten der Verkehr eines Tages nur wenige hundert Stück erreichte; von den erst vor einiger Zeit in den Handel eingeführten Aktien eines großen Warenhauses hatte eine Bank an einem Tage 1500 Stück zu kaufen, der Kurs ermäßigte sich aber, weil damals zufällig die Verkäufe noch größer waren. Durch drei Schlüsse sind gestern die in der Kulisse gehandelten Aktien einer Hundert Millionen-Bank um sieben Kronen gestiegen. In Petroleumwerten wurden jetzt manchmal an einem Tage so viel Schlüsse getätigt wie sonst während eines ganzen Monats. Nicht einmal in der Epoche der neunziger Jahre hatte das Geschäft einen derartigen Umfang. Damals hatte die Börse eine Schar von Großspekulanten, welche Effektenpakete von vielen tausenden Stücken hin und her schleuderten. Jetzt liegt das Schwergewicht des Geschäftes bei den Banken mit ihren zahllosen Depositenkassen und Filialen; die Bewegung machen nicht die wenigen, übriggebliebenen Spekulanten, sondern das Publikum, Scharen von Tausenden, die wie die Motten dem Lichte zufliegen, durch rasche von Mund zu Mund gehende Erfolge ermutigt werden, immer neue Mitläufer herbeiführen und durch ihre Tätigkeit das luftige Kartenhaus zu immer höheren Stockwerken auftürmen.

Der Strom der neuen Aufträge nimmt kein Ende und wächst manchen Instituten bereits über den Kopf. Zwei Wiener Banken haben im Verlaufe der Subskription Zirkulare versendet, worin sie zur Veräußerung von Aktien und zur Anlegung des einfließenden Betrages in Kriegsanleihe anregen. Eines der größten Wiener Institute hat an seine Depositenkassen Weisungen hinausgegeben, daß neue Kaufaufträge nur gegen volle Barzahlung übernommen, auf alte Engagements Deckungen von fünfzig Prozent verlangt und exotische Papiere nicht über den Paristande beliehen werden sollen. Die Banken haben in ihren eigenen Effektenportefeuilles gründlich aufgeräumt, mit großem Nutzen, vielfach aber angesichts der weiteren Kurssteigerungen nach größerer Reue die seit vielen Jahren unfreiwillig gehaltenen Ladenhüter abgestoßen. Ganz neue Käuferschichten sind dazu gekommen. Flüchtlinge aus den östlichen und südlichen Kriegsgebieten stellen ein starkes Kontingent für den Effektenhandel, ihre Scharen sind während der Mittagsstunden in der Umgebung des Börsengebäudes deutlich zu beobachten, ihre Aufträge fließen auf diese Weise dem Markt direkt zu, wenn nicht bei größerem eigenen Vermögen eine Bankverbindung besteht, die dann zu Aktienkäufen verwertet wird. Auf dem Budapester Lokalmarkt war die Bewegung nicht minder heftig und sie hat sich von dort dem Wiener Banken- und Industriemarkt mitgeteilt. Die gewaltige, wie es scheint bereits nachlassende Spekulation in Schiffahrtswerten hatte ihren Ausgangspunkt von Käufen mehrerer reicher Triester Großhändler, die hier das nicht gerade bittere Brot der Verbannung essen. Manche Warenhändler, die nicht in die Fußangeln der neuen Preistreibereiverordnung verstrickt werden wollen, haben sich dem Boden des Effektenmarktes zugewendet, der doch wenigstens den Gefahren des Verlustes der Freiheit entrückt ist. Leider sieht man unter den Teilnehmern, wie in früheren Zeiten unrühmlichen Angedenkens, auch solche Elemente, die nach Beruf und sozialer Stellung mit dem Markt nicht die geringste Berührung haben sollten und die raschen, mühelosen Gewinne zur Aufbesserung ihres Luxusbudgets zu erhaschen trachten. Manche Festbesoldete in den verschiedensten Lebensstellungen, manche Angestellte von Banken und Börsedisponenten sind in der letzteren Zeit mit größeren Operationen hervorgetreten; an dem Spiele in den Schiffahrtsaktien mit den schwer aussprechbaren Namen beteiligten sich viele elegante Damen, die nicht einmal eine blasse Vorstellung von dem Charakter der Werte besitzen, an denen sie vorübergehendes Interesse nehmen. Die Operationen bewegen sich weitaus überwiegend in der Richtung des Kaufes; vorsichtige Kapitalisten haben zwar die hohen Kurse zur Realisierung benützt, unter den neuen Erwerbern wollen aber die wenigsten von einer Sicherung der Gewinne etwas wissen, sie halten an ihrem Besitz fest und der Zufluß der Kauflustigen treibt die Preise ungestüm in die Höhe.

Eine solche Bewegung fällt in einen Zeitpunkt, in dem die Beurteilung selbst der allernächsten Zukunft die größten Schwierigkeiten bereitet und das Risiko den höchsten Stand erreicht. Die Bilanzen ergeben ein wenig erschöpfendes Bild der wirklichen Lage, weil die Unternehmungen zumeist bestrebt sind, große Summen zurückzustellen und für spätere magere Jahre vorzusorgen. Gleichwohl ist selbst die nächste Zeit von den unsichersten Faktoren abhängig; Sonne und Regen sind jetzt nicht nur für den Ausfall der Ernte, sondern auch für die Ernährung und Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Kohlengruben und Eisenhütten, für die Entfaltung der Erzeugung, für Arbeitslohn und Gewinn der Industrie von entscheidender Bedeutung. Die Bilanzen und Dividenden allein würden bei den hoch gestiegenen Kursen kein hinreichendes Reizmittel für die Erwerbung von Aktien bieten, wenn nicht der heimlich geflüsterte Kommentar der weit größeren internen Gewinne und Rücklagen mitspielen würde; daß jedoch noch so große Vorsicht vor unliebsamen Ueberraschungen nicht zu schützen vermag, hat der Vierteljahresabschluß der Alpinen Montangesellschaft mit seinem empfindlichen Gewinnausfall und der sehr schwarz ausgemalten Perspektive der Entwicklung deutlich gezeigt. Dennoch haben sich Börse und Publikum auch über einen solchen Fingerzeig gleichmütig hinweggesetzt und sich im tollen Tanz auch nicht einen Augenblick lang beirren lassen. Eines der giftigsten und gefährlichsten Schlagworte, mit dem gearbeitet wird, ist die Entwertung des Geldes; wenn alles ins Schwanken gerät, das Geld nicht mehr unverrückbar feststeht, so sollen wenigstens die realen, im Boden liegenden Reichtümer und industriellen Anlagen ihren Wert behalten und nicht hoch genug bezahlt werden können. Die alte Streitfrage, inwieweit der Geldwert wirklich und bleibend gelitten hat, ob die Ursache der schweren Teuerung in der verringerten Kaufkraft der Note oder dem geschmälerten Angebot der Ware, ob vielleicht in beiden Umständen oder in einer fehlerhaften Marktorganisation liegt, soll hier nicht untersucht werden. Im Frieden wird jedenfalls die volle Herstellung des Geldwertes eine Aufgabe sein, vor der alle anderen an Wichtigkeit zurückstehen müssen. Was soll aber die Flucht vor dem Gelde nützen? Die Dividende wird ja doch in der angeblich entwerteten Währung gezahlt. Für die Banken, die vom Gelde leben und jetzt ihre Mittel überwiegend dem Staate geborgt haben, hat die Verschlechterung des Geldwertes gewiß eine außerordentliche Bedeutung, und doch sind in der letzten Zeit gerade die Bankenaktien stark gestiegen. Ein noch so großer Reichtum der Natur nützt seinem Besitzer aber gar nichts, wenn der Ertrag durch schwere Steuern geschmälert wird, die der Staat zur Herstellung der Ordnung und des Geldwertes auferlegen muß. Die Entwertung des Geldes ist ein Wort, das ein wildes Spiel nicht rechtfertigen kann und bereits allenthalben den größten Schaden gestiftet hat.

Ruhige Erwägung und zielbewußte Fürsorge müßten auf eine Eindämmung einer solchen Bewegung hinwirken. Es ist genug und vielleicht schon zu viel geschehen; die Uebertreibungen in den Bewertungen einzelner Papiere, die schwindelnden Hochkurse für Aktien, die noch auf Jahre hinaus ertraglos bleiben können und eine Abschätzung der durch den Krieg verursachten Schäden gar nicht zulassen, das tolle Spiel der Außenseiter sind geeignet, den Platz zu diskreditieren und werden von Kreisen, die sich einen Rest von Besonnenheit bewahrt haben, mit Kopfschütteln aufgenommen. Die Arbeitsmöglichkeiten und Ertragsaussichten der kommenden Friedenszeit sind noch ganz in Nebel gehüllt; um so bedenklicher ist es, sich selbst von den gegenwärtigen Gewinnen und Dividenden, die doch einer Zeit reichen Verdienstes entspringen, allzuweit zu entfernen und alles auf die Zukunft zu setzen, statt durch eine vorsichtige Kapitalisierung der jetzigen Ausnahmserträgnisse die Möglichkeit eines Rückschlages Rechnung zu tragen. Es war gewiß richtig und notwendig, die Stimmung nicht sinken zu lassen, und die Börse hat vom Anbeginn des Krieges durch ihr Selbstvertrauen und ihre Unerschütterlichkeit diesen Zweck namhaft gefördert. Noch ist es erinnerlich, daß nach den Wochen des anfänglichen Kriegsschreckens die ersten Börsenkurse sehr beruhigend wirkten, weil sie zeigten, daß nicht alles zerstört sei und solide wirtschaftliche Arbeit ihren Wert behalten habe. Eine Aufrichtung wird aber durch Bewertungen nicht erreicht, die eine noch ganz unabsehbare, den größten Gefahren ausgesetzte Entwicklung vorwegnehmen. Die Zeit der Uebergangswirtschaft erfordert von allen Beteiligten größte Selbstdisziplin und Zurückhaltung, in erster Linie vom Kaufmann, der in zielbewußter Unternehmungstätigkeit den Boden für den Wiederaufbau herstellen muß. Die Kräfte des Kapitals müssen diesen obersten Zwecken dienstbar gemacht und dürfen nicht in einem tollen Rausche, dem die Ernüchterung folgen muß, verzettelt werden.

...agblatt.

...emokratisches Organ.

einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 4 K 40 h
Vierteljährig . . . . . 12 K — h
Halbjährig . . . . . 24 K — h
Ganzjährig . . . . . 48 K — h

Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K 50 h
Halbjährig . . . . . 29 K — h
Ganzjährig . . . . . 58 K — h

Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 16 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 20 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 13.30, Bulgarien Fr. 14.20.

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.

Freitag, den 15. Juni 1917. 51. Jahrgang.

...gsschauplätzen.

...ires Generalstabes.

...tbart: „14. Juni 1917.

...icher Kriegsschauplatz.

...riegsschauplatz.

...Gemeinden gestern nur Geschützkampf.

Der Chef des Generalstabes."

...en Obersten Heeresleitung.

...t meldet: „Großes Hauptquartier, 14. Juni 1917.

...iegsschauplatz.

...nprinz Rupprecht.

...rtois war nur in einigen Abschnitten der ...sprengten wir Minen, die in der englischen ...kleinen Vorfeldkämpfen kam es südlich der ...en.

...utscher Kronprinz.

...von Soissons) griffen die Franzosen nach ...ckgewiesen. Sonst blieb die Artillerietätig-

...Herzog Albrecht.

* *

...roßflugzeuge erreichte gestern ... Festung Bomben ab und beob...esserwirkung. Trotz starkem Abwehr...en ein englischer Flieger über der Themse ...rt zurück.

...iegsschauplatz.

...en üblichen Grenzen.

... Zeit wieder tätiger geworden. Sie stießen ...ng Juni wurden 5 abgeschossen.

...rde gestern durch Luftangriff auf Schlo...

...che Front.

...Erste Generalquartiermeister: Ludendorff."

* *

...eau meldet: „14. Juni 1917, abends.

...s ein östlich Monchy nach Trommelfeuer ...der Engländer im Nahkampf

...keiner der Fronten etwas Wesentliches."

Neue Einnahmen und qualifizierte Sparsamkeit.

Ein Exposé des Finanzministers, das heißt eine erläuternde Einbegleitung der Budgetziffern, war früher einmal eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung im parlamentarischen Leben. Mit dem Aufhören des Parlaments entfiel selbstverständlich auch die Gelegenheit für den Finanzminister, den Staatshaushalt zu kommentieren, ihn gewissermaßen volkstümlich darzulegen. Nach mehreren Jahren also vernahm man gestern wieder eine Rede des Finanzministers zum Budget. Dieses Exposé war aber von ganz andrer Beschaffenheit als alle ähnlichen ministeriellen Kundgebungen früherer Zeit. Hat doch der Krieg gerade den Staatshaushalt vollständig aus den Fugen gebracht, den Rahmen des Budgets gesprengt, wie Dr. v. Spitzmüller gestern plastisch sagte. Auf keinem andern Gebiet der Verwaltung hat der Weltkrieg derart umstürzenden Einfluß geübt, als namentlich auf die Ausgabenseite des Staatshaushaltes. Finanzminister Dr. v. Spitzmüller war schon aus diesen Gründen gestern nicht in der Lage, sich an Vorakte anzulehnen. Er mußte sich, wie der bureaukratische Ausdruck lauten würde, ohne Prioren behelfen. Steht doch die Zeit selbst, die wir durchleben, ohne Gleichnis in der Vergangenheit da. Noch aus einer speziellen Ursache konnte der Finanzminister gestern seine Rede nicht so gestalten, wie es zu den Gepflogenheiten seiner Vorgänger vor dem Krieg gehört hat. Ehedem bildete nämlich einen Hauptbestandteil des Exposés naturgemäß das Ziffernmaterial, welches der dem Abgeordnetenhaus unterbreitete Voranschlag umfaßte. Das Budgetprovisorium dagegen enthält fast gar keine Ziffern und, wie hinzugefügt werden muß, angesichts der eigenartigen Verhältnisse können auch keine irgendwie genau umgrenzten Ziffern geboten werden. Dessenungeachtet oder vielleicht gerade deshalb bot die Rede des Finanzministers ein Bild der Zeitereignisse unter finanziellem Gesichtspunkt, sie ist als eine kurzgefaßte finanzielle Kriegsgeschichte Oesterreichs zu charakterisieren, instruktiv und inhaltreich.

Die Skizzierung der Umrisse des Exposés wird mit Genugtuung an die Spitze stellen, daß alle Versuche des Feindes gegen den wirtschaftlichen Bestand der Monarchie, alle Attentate der Gegner in dieser Richtung vollkommen mißlungen sind. Die Steuerergebnisse, ein untrüglicher Maßstab für die finanzielle Tragkraft der Bevölkerung, sind entsprechend, zum Teil sogar überraschend günstige. Alle Klassen der Bevölkerung, Bauer, Bürger und Arbeiter, alle Schichten der Produktion haben wirtschaftlich und finanziell Außerordentliches geleistet. Diese Tatsachen finden ihre Bestätigung insbesondere auch darin, daß die Kosten des Krieges, wie bekannt, in Oesterreich zum größten Teil durch Kriegsanleihen gedeckt werden. Desgleichen betonte der Minister mit besonderem Lob die Leistungen der Beamten im Kriege und daß der österreichische Beamte den ganz neuen Aufgaben, die ihm die Zeit gestellt, sich in vollstem Maße gewachsen gezeigt hat. In gewissem Sinne ist solchevart die lang angestrebte Verwaltungsreform zur praktischen Wirklichkeit geworden. Die Staatsverwaltung hat ganz neue Verpflichtungen zu erfüllen. Der Fiskus, ehedem als Steuerexekutor gewiß wenig beliebt, kommt in die Lage, Spender zu werden; allerdings nach Gesetz und Recht. Die staatlichen Unterhaltsbeiträge, bisher nahe an fünf Milliarden, sprechen hiefür, desgleichen die 600 Millionen Kronen, die als Flüchtlingsunterstützungen zur Auszahlung kamen, sowie mehr als 400 Millionen Kronen als Teuerungszulagen.

Alle diese löblichen Bemühungen, zu helfen, entheben jedoch die Finanzverwaltung begreiflicherweise nicht der wichtigsten Obliegenheit, in einem Augenblick, da die Ausgabenseite ins Ungemessene anschwillt, auch der Einnahmenseite die gebotene Aufmerksamkeit zuzuwenden. Denn wenn auch der Tag leider noch fern ist, da das Budget nach den Regeln des finanziellen Gleichgewichtes abgebucht werden könnte, so sind doch Maßnahmen gewiß unvermeidlich, damit man sich diesem Ziele allmählich und planmäßig nähere. Es war nicht zu erwarten, daß in dieser Beziehung der Finanzminister heute ein fertiges Programm bringen werde. Aber aus seinen Ausführungen geht hervor, in welcher Richtung sich die Vorbereitungen bewegen, um eine Stärkung der Einnahmenseite in die Wege zu leiten. Das Staatsgefühl, das gesteigerte Interesse an den Staatsaufgaben und Staatsleistungen, welches sich im Gefolge des Krieges herausgebildet hat, wird reichlich dazu beitragen, daß anders als ehedem die gesamte Bevölkerung eifrige, volle Aufmerksamkeit den Bemühungen der Finanzverwaltung zuwende. Mit gutem Grund konnte sich der Finanzminister darauf berufen, daß die Gleichgültigkeit gegenüber trockenen Budgetziffern einer lebhaften Teilnahme an den Bestrebungen, Ordnung in die Staatswirtschaft zu bringen, weichen werde, zumal die Ordnung in der Staatswirtschaft zugleich auch den Wiederaufbau der Volkswirtschaft umfassen wird.

Ordnung im Staatshaushalte, vor dem Krieg eine Selbstverständlichkeit, nicht viel mehr als eine Redensart, bei der man sich nicht viel denken mußte, wird heutzutage zu einem der schwierigsten Probleme. Früher einmal

Reichspost 15. VII. 1917 202

Finanzpolitik in und nach dem Kriege.

Wien, am 14. Juni.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller hat heute in der Verhandlung über das Budgetprovisorium eine eingehende Darlegung der finanziellen Lage der Monarchie gegeben. Er tat dies in einem Zeitpunkt, der gekennzeichnet ist durch eine beängstigende Fülle neuer Aufgaben, wie sie bisher in der Finanzgeschichte noch kein Minister zu bewältigen gehabt hat. Es ist gewiß ein vollwertiger Beweis für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, daß die Eingänge aus den Steuern im großen und ganzen hinter den Erwartungen nicht zurückbleiben. Jedoch über die Tatsache, daß wir nach dem Kriege den ausgetretenen Weg der bisherigen Finanzpolitik nicht mehr weiter zu gehen vermögen, darf uns diese an sich erfreuliche Erscheinung nicht hinwegtäuschen. Was bisher geschehen ist, um die Zinsen für die vier ersten Kriegsanleihen aufzubringen, kann nur als Stückwerk bezeichnet werden. Die sogenannten „Kriegszuschläge" sind im Grunde nichts anderes als ein einfaches Hinaufschrauben der bisherigen Steuersätze. Dort, wo Gelegenheit war, ganze Arbeit zu leisten, auf dem Gebiete der Kriegsgewinne, hat man sich von einer unverständlichen und schwächlichen Rücksichtnahme auf gewisse mächtige Vertreter des Kapitalismus leiten lassen, mit dem Erfolge, daß heute schon von einem wenig befriedigenden geldlichen Ergebnis gesprochen werden kann. Wir sind heute so weit, daß wir unter allen kriegführenden Großmächten die mit den niedrigsten Sätzen ausgestattete Kriegsgewinnsteuer haben, sehr im Gegensatz zum heute noch kapitalsreichen England, das seinen Kriegsverdienern bis zu 72% des erhaschten Gewinnes wieder abverlangt. Die sofortige Ausgestaltung der in ihrer heutigen Form völlig unzulänglichen Kriegsgewinnsteuer ist heute eine der wichtigsten Forderungen, die die Bevölkerung erheben muß, und man kann es begrüßen, daß der Finanzminister sagt, die Kriegsgewinnsteuer müsse sozusagen um jeden Preis noch vor den Sommerferien des Hauses gemacht werden. Genau so wichtig ist die Dividendensteuer, von der letzthin auch in deutschen Blättern die Rede war und von der man sich nicht bloß einen großen geldlichen Erfolg, sondern auch einen Ausgleich in den Einnahmen der einzelnen Stände erwarten darf.

Daß wir bei der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes nach dem Kriege und bei einer beschleunigten Amortisierung der Kriegsschulden nicht ohne eine Heranziehung des Vermögens auskommen werden, darüber kann heute kaum noch eine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die Lasten werden nach dem Kriege, wie Dr. v. Spitzmüller mit Recht sagt, derart hoch sein, daß es ohne eine völlige Umgestaltung unseres gesamten Steuerwesens nicht mehr abgeht. Aber sicher ist, daß bei dieser Heranziehung der Vermögen die Art derselben, ihr Ursprung und die Dauer ihrer Entstehung zu berücksichtigen sein werden; über Nacht gewonnene Millionenvermögen können nicht wie erarbeiteter, von vielen Geschlechtern erworbener Familienwohlstand behandelt werden. Ueber die Grundsätze der Vermögenssteuer enthält die Rede des Finanzministers noch nichts.

Der Einfluß des Finanzministeriums wird sich auf alle Zweige der Volkswirtschaft erstrecken müssen, sagt Dr. v. Spitzmüller. Gewiß, der Staat wird mehr als bisher aus seiner passiven Stelle heraustreten und sich als Unternehmer privatwirtschaftlich betätigen müssen, zumal es auch nach dem Kriege nicht mehr möglich sein wird, zu jener Ungebundenheit im Wirtschaftsleben zurückzukehren, die wir bisher besessen haben; die staatliche Bewirtschaftung wird in Form von Monopolen in diesem oder jenem Zweig der Volkswirtschaft erhalten bleiben. Aber wir werden eine rege Fühlungnahme zwischen der Privatwirtschaft des Einzelnen und dem Staate als Großunternehmer anstreben müssen. Der unmittelbare Anteil der Allgemeinheit an der Staatswirtschaft wird in dieser neuen Entwicklung ein unvergleichlich größerer sein wie bisher und dieses stärkere Ineinandergreifen der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Interessen, das heute schon viel mehr wie vor dem Kriege besteht, — man denke nur an die Wirkungen der Verschlechterung der Valuta für jeden einzelnen! — macht natürlich eine großzügige Förderung der produktiven Kräfte des ganzen Landes zu einer der allerwichtigsten Aufgaben. Die Produktivität unserer Landwirtschaft hat im Kriege eine schwere Einbuße erlitten, die Rohstofflager in den Fabriken sind erschöpft und die Valuta ist entwertet. Nach dem Kriege wird es nichts Leichtes sein, unter solchen Umständen das große Räderwerk der wirtschaftlichen Arbeit, des Handels- und Geldverkehrs mit dem Auslande wieder in Gang zu bringen. Vorbedingung ist, wie der Finanzminister mit Recht unterstreicht, die Reform der Valuta, die sich nur im Verein mit den Großbanken wird durchführen lassen. Wir stecken heute in einem Zustande andauernder Entgüterung und rasch fortschreitender Ueberschwemmung mit Banknoten. Der beste Weg, um aus dieser Inflation herauszukommen ist nach Dr. v. Spitzmüller ein möglichst starker Erfolg der Kriegsanleihe, die dem Staate die Mittel geben soll, die Kredite zu mindern, die er bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank aufgenommen hat. Die Argumentation ist einleuchtend: Daß der Staat eine große Schuldenlast nach dem Kriege besitzen wird, kann niemand überraschen und wird unser finanzielles Ansehen vor dem Auslande nicht erschüttern; aber unser Kasseninstitut, der kaufmännische Faktor, der den Geldverkehr zu regulieren hat, die Staatsbank, muß in Ordnung sein.

Daher die eindringliche Mahnung des Finanzministers an alle Kreise, der Kriegsanleihe zu dem höchsten Erfolge zu verhelfen, daher auch sein scharfes Urteil über die Ausschreitungen der Effektenspekulation, deren widerwärtiges Treiben noch andere Züchtigungen verdienen würde, als die eines Tadels im Finanzexposé. Hand in Hand mit der Verminderung der umlaufenden Noten und der möglichst weitgehenden Steigerung der heimischen Erzeugung müßte natürlich zur Verbesserung der Valuta auch eine kluge Einschränkung unserer Einfuhr gehen. Daß sich die Finanzverwaltung nunmehr zu dieser Auffassung bekennt, ist anerkennenswert, leider sind die Maßregeln vielfach arg verspätet erschienen. Ihre Ergänzung muß die mit der Einfuhr zusammenhängende scharfe Kontrolle der Devisenansuchen unter allen Umständen in der Steigerung der Ausfuhr finden, die dann das Gleichgewicht in unserer Handels- und Zahlungsbilanz herbeiführen soll. Eine vermehrte Ausfuhr bedingt natürlich verminderten Eigenverbrauch und Hebung der heimischen Erzeugung. Nach der Anschauung des Finanzministers werden wir diese Hebung der Produktion auf dem Wege über eine weitgehende industrielle und kapitalistische Konzentration erreichen, eine Erscheinung, die die kommende Epoche kennzeichnen werde.

Ist diese Konzentration des Kapitals, der Geldmacht wirklich die Zauberkraft, die das neue Leben der neuen volkswirtschaftlichen Zeit bringen wird? Ist sie es, die auf leichter zu erhaschende Gewinne verzichtend, vor allem die Güter der Heimat pflegen wird, auch wenn sie geringeren Zins abwerfen? Wird diese Konzentration des Kapitals Verständnis für den Mittelstand bewahren, den sie bisher immer wieder zertreten hat und der nun der schwersten Krise seit dem Zusammenbruch des mittelalterlichen Innungswesens entgegengeht? Der Finanzminister hat wenig gesagt von dem Schutz dieser bescheidenen wirtschaftlichen Kräfte im Staate, die doch die zuverlässigsten Quellen seines Lebens sind; die Zukunft, die er malt, erinnert an die verödeten Täler unserer Alpen, aus denen die einstige reiche heimische Industrie fortkonzentriert wurde in Riesenwerkstätten voll sozialen Grauens und menschlicher Bitterkeit, in denen dann Staat und Volk bewuchert wurden.

Die glänzende Rede des Finanzministers wäre schöner und tröstlicher gewesen, wenn sie die Zuversicht bestärkt hätte, daß künftig der Staat sich mit aller Macht gegen die Gefahren wehren wird, die in dieser „Konzentration des Kapitals" für ihn und seine Bürger liegen.

Neue Freie Presse

15./VI. 1917

204

Das Exposé des Finanzministers.

Wien, 14. Juni.

Zum erstenmal seit dem Jahre 1913 ist heute ein österreichischer Finanzminister in die Lage gekommen, dem Abgeordnetenhause ein Exposé über das Budget und die Situation der Staatsfinanzen zu unterbreiten. Finanzminister Dr. v. Spitzmüller hat heute das von ihm vorgelegte Budgetprovisorium in einer längeren Ausführung begründet, in welcher er kein vollständig detailliertes Budget gab, wohl aber nähere Mitteilungen über die Staatsfinanzen und über seine Absichten hinsichtlich des in Aussicht stehenden großen Finanzplanes machte. Die Rede des Finanzministers besprechen wir an anderer Stelle. Hier sollen die vom Minister gemachten Angaben über die Entwicklung des Budgets und die bevorstehenden staatsfinanziellen Maßregeln zusammengefaßt werden.

Erfreuliche Mitteilungen konnte der Finanzminister über die Steuereingänge im Kriege machen. Trotz der außerordentlichen Situation, in der wir uns befinden, und der Unterbindung des Auslandsverkehres sind die Steuern befriedigend, zum Teil überraschend günstig eingeflossen. Eine Ausnahme machen nur jene Steuern, welche infolge eines Rückganges der Produktion wesentliche Minderungen des Ertrages erlitten haben, in erster Linie die Branntweinsteuer und Biersteuer, da diesen Industrien die Rohstoffzufuhr unterbunden wurde. Insbesondere ist der Ertrag der Biersteuer stark passiv geworden, weil der Staat den Ländern fixe Ueberweisungen von 77 Millionen Kronen machen muß, der Ertrag der Biersteuer aber hinter dieser Ziffer zurückgeblieben ist. Der letzte Staatsvoranschlag war vor dem Kriege im Juli 1914 für das Jahr 1914/15 eingebracht worden. Er hatte mit Einnahmen und Ausgaben von rund 3½ Milliarden Kronen bilanziert. Seither hat sich die Lage der Staatsfinanzen vollständig verändert und der Krieg hat, wie der Finanzminister erklärte, den Rahmen unseres Budgets völlig gesprengt. Die Ausgaben sind nicht nur durch die Kriegskosten, sondern auch durch Steigerungen des Aufwandes in verschiedenen Zweigen der Verwaltung bedeutend gewachsen. Insbesondere haben die Unterhaltsbeiträge für die Familien der Einberufenen und für die Invaliden bis Ende April den Betrag von rund insgesamt 3½ Milliarden Kronen erfordert, das ist so viel als die ganze Budgetsumme des letzten Friedensjahres. Diese Beiträge werden im heurigen Jahre 2·1 Milliarden Kronen ausmachen, demnach mehr als doppelt so viel als die gesamten direkten und indirekten Steuern. Die Ausgaben für die Flüchtlingsfürsorge erreichten bereits die Summe von 600 Millionen Kronen, zur Erleichterung der Lebensmittelbeschaffung für die ärmeren Volksschichten wurden heuer 300 Millionen Kronen angesetzt, und alle diese Ausgaben bewegen sich in sehr bedeutenden Ziffern. Dazu kommen die Kosten des Wiederaufbaues, insbesondere in Galizien, der Bukowina und den südlichen Kriegsgebieten, weiter der Aufwand für die Kriegsverletzten und für die Pensionisten, der für das Jahr 1917 mit 400 Millionen Kronen in Aussicht genommen wird, sodann Vorschüsse an autonome Körperschaften, das Erfordernis einer Hilfsaktion für die aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden und andere Aufwendungen dieser Art mehr. Alle diese Ausgaben bedingen, wie der Finanzminister erklärte, ein latentes Budget neben dem normalen Staatsvoranschlage. Die Höhe dieses latenten Budgets ist noch ganz ungewiß und hier liegt nach den Erklärungen des Finanzministers einer der hauptsächlichsten Gründe dafür, daß ein ordentliches ziffermäßiges Budget nicht vorgelegt werden kann; es würde ein ganz falsches Bild geben und infolge der Notwendigkeit zur Aufnahme zahlreicher einmaliger Ausgaben mit einem großen Defizit schließen, was nicht als empfehlenswert erscheint. Der Finanzminister erklärte, daß er im Herbste mit einem Budget und mit einem großen Finanzplane hervortreten werde, welcher vor dem Auslande unseren ernsten Willen zeigt, das Gleichgewicht im Staatshaushalte unter allen Umständen herzustellen. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Sicherung des Budgets gelingen werde, wenn alle Bevölkerungsklassen daran mitwirken und das Bewußtsein vom Ernst dieser Aufgabe auch vor dem Auslande deutlich zutage trete. Hiebei stellte der Finanzminister die Ordnung unserer gewiß nicht hoffnungslos, aber doch wesentlich gestörten Valuta stark in den Vordergrund und erklärte, daß gerade die in Aussicht genommenen neuen Einnahmen zur Wiederherstellung der Valuta beitragen müßten, worunter er in erster Linie die Vermögenssteuer und die Luxussteuer verstanden wissen wollte. Dieses Bestreben, mit ernstem Willen auf eine Herstellung des Budgets und Ordnung der gestörten Währung hinzuwirken, erklärte er auch als die oberste Voraussetzung für die Sicherung des Vertrauens des Auslandes. Nur dann werden wir den Kredit im Auslande, den wir benötigen, finden, wenn wir dieses Vertrauen zu erwerben und zu sichern wissen.

Der Finanzplan soll im Herbst unterbreitet und in dieser Zeit sollen auch die Steuervorlagen, welche das Gleichgewicht sichern sollen, eingebracht werden. Im jetzigen Sessionsabschnitte soll nur die Kriegsgewinnsteuer vorgelegt werden; auf ihre Erledigung legte der Finanzminister größtes Gewicht und ihre Verabschiedung soll unter allen Umständen noch vor den Sommerferien angestrebt werden. Unter den Steuern, welche der Minister ins Auge faßt, wurde im Exposé die Vermögensabgabe einer besonders eingehenden Besprechung unterzogen. Der Minister machte über die Natur dieser Abgabe und über die Ziele, die ihm hiebei vorschweben, Mitteilungen. Aus ihnen ist ersichtlich, daß die Vermögenssteuer progressiv abgestuft und auf eine längere Reihe von Jahren aufgeteilt werden soll. Es scheint also nicht eine bleibende, sondern eine einmalige Abgabe vom Vermögen ins Auge gefaßt zu sein, wobei die Möglichkeit offen bliebe, diese Steuer unter Schonung des Kapitalsstockes unter Umständen auch aus dem Einkommen zu leisten. Eine Abstattung in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren wäre nach den Andeutungen des Finanzministers als möglich zu bezeichnen. Die Vorerhebungen für die Vermögensabgabe werden im Finanzministerium gepflogen, die Finanzverwaltung hat in dieser Richtung mit Männern des praktischen Lebens und auch mit hervorragenden Vertretern der Wissenschaft Fühlung genommen und hofft, im Herbst positive Vorschläge unterbreiten zu können. Sodann wird im Exposé als bleibende Maßregel eine Verbrauchsbesteuerung und eine Aufwandsteuer angekündigt. Die Verbrauchssteuer soll solche Gegenstände treffen, die bisher noch nicht stärker der Belastung unterzogen worden sind; sie soll ihre Ergänzung in einer Aufwandsteuer treffen, welche eine Luxusbesteuerung darstellt und den Aufwand der reichen Schichten zur Besteuerung heranzieht. Eine Luxussteuer könnte unter Umständen auch durch Einfuhrzölle eingeführt werden. Sie soll auf eine Einschränkung eines irrationellen Konsums hinwirken und in diesem Sinne auch eine Maßregel zur Verbesserung der Valuta darstellen. Endlich kündigte der Finanzminister eine Besteuerung der Kapitalskonzentrationen an, indem sich der Staat einen Anteil an den Kartellgewinnen vorbehalten will.

Der Finanzminister sprach auch über die sechste Kriegsanleihe, für welche die Zeichnungsfrist bis zum 22. Juni verlängert worden ist. Die Ergebnisse sind jetzt bereits sehr günstig und nach den Angaben des Ministers steht ein Resultat in Aussicht, welches die früheren Anleihen übersteigen dürfte. Der Minister rühmte die Bereitwilligkeit der breiten Bevölkerungsschichten, deutete aber zugleich an, daß die landwirtschaftlichen Kreise eine gewisse Zurückhaltung beobachten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine stärkere Beteiligung auch aus diesen Schichten in der noch offenstehenden restlichen Frist zur Steigerung des Ergebnisses der Anleihe namhaft beitragen werde. Ein günstiger Erfolg der Kriegsanleihe ist, wie der Minister ausführte, schon deshalb von größter Bedeutung, damit der Staat während der hoffentlich nur mehr kurzen Dauer des Krieges die Bank nicht mehr in Anspruch nehmen müßte. Die Kriegsschulden Oesterreichs ohne Ungarn betragen bereits 34 Milliarden. Der Bankkredit war namentlich in der ersten Zeit des Krieges unvermeidlich. Durch das günstige Ergebnis der Kriegsanleihen wird es möglich werden, etwa drei Viertel der Kriegsausgaben durch fundierte Anleihen und nur ein Viertel durch schwebende Kredite zu decken. Das ist ein im Vergleiche mit anderen Staaten günstiges Verhältnis, und der Finanzminister betonte mit Nachdruck, daß nach dem Kriege der Druck von Noten für die Fortführung des Staatshaushaltes unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben müsse. Endlich sprach sich der Finanzminister noch gegen die Exzesse der Effektenspekulation aus, weil die Ueberwertung von Papieren und die Heranlockung des Publikums zur Spekulation den Ernst der finanziellen Auffassung beeinträchtigen und von der Erfüllung der Pflicht, das überschüssige Geld in Kriegsanleihe anzulegen, abhalten könnte. Der Finanzminister bedauerte die Exzesse der Spekulation, erklärte aber zugleich, daß die Finanzverwaltung ihnen gegenüber keine geeigneten Mittel zur Eindämmung besitze.

Die Rede des Finanzministers enthielt zugleich die Ankündigung, daß in den Verhandlungen des Budgetausschusses die notwendigen Aufklärungen gegeben und die Schleier des Geheimnisses, welches über den Ziffern des Budgets schwebt, gelüftet werden sollen. Der Ausschuß wird in der nächsten Woche seine Beratungen pflegen und in diesen Verhandlungen sind die Mitteilungen über die Ziffern der Budgetlage zu erwarten. Die Rede des Finanzministers klang in dem Appell aus, daß das Parlament für die Vorlagen der Finanzverwaltung seine verfassungsmäßige Mitarbeit gewähren möge, welche die Regierung zur Erfüllung ihres Zieles nicht entbehren könne.

Der Economist.

Banken und Kriegswirtschaft.

Von Dr. Gustav Stolper.

(Siehe Nr. 18962 der „Neuen Freien Presse" vom 7. Juni.)

Das stürmische Wachsen der fremden Gelder haben die Banken zum Anlaß genommen, um ihr eigenes Kapital zu vermehren. Mit Ausnahme von zweien, der Länderbank und dem Bankverein, haben alle Banken in den letzten Monaten ihr Aktienkapital erhöht, manche von ihnen sogar zwei Emissionen vorgenommen. Die Kapitalserhöhungen haben vollen Erfolg gehabt. Die neuen Aktien konnten zu den höchsten Kursen begeben werden und fanden im Kreis der alten Aktionäre bereitwillige Käufer. Die Kapitalserhöhungen haben das Mißverhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln nicht beseitigt. Während im Frieden der Status einer Bank schon als angespannt galt, wenn die Verbindlichkeiten der Bank viermal so groß waren als ihr eigenes Kapital, stiegen die fremden Gelder im Krieg bei manchen Instituten auf das Neunfache der eigenen Mittel und darüber. Auch hier handelt es sich wieder um eine Frage, die nach den Grundsätzen der Bankpolitik vor dem Krieg nicht zu beantworten ist. Die Kreditoren der Banken im Krieg unterscheiden sich nach Ursprung und Art von den Kreditoren im Frieden. Damals bestanden sie im wesentlichen aus Ersparnissen und vorübergehend freien Betriebsmitteln. Heute bestehen sie überwiegend aus dem Erlös einer liquidierenden Volkswirtschaft. Wieviel davon (geldmäßig gerechnet) Ersparnisse sein werden, das hängt von den Preisen ab, zu denen nach dem Krieg der Wiederaufbau der Volkswirtschaft vor sich gehen kann. Im Frieden haben sich die Kreditoren stetig entwickelt, ohne daß unter normalen Verhältnissen ein schärferer Rückschlag zu erwarten war. Die Ersparnisse der Volkswirtschaft wurden nicht angerührt und die freien Betriebsmittel von Industrie und Landwirtschaft hielten sich in ziemlich gleichmäßiger Höhe, da in der einen Jahreszeit die einen, in der anderen die anderen Wirtschaftszweige für einen Teil ihrer Mittel keine Verwendung hatten. Die Kreditoren, die im Krieg hinzukamen, sind nicht nur Betriebs-, sondern Anlagekapital, und darum werden sie nach dem Krieg mit weit größeren Beträgen abgehoben werden, als die Banken durch die Kapitalserhöhungen ihre eigenen Mittel zu stärken vermochten. Eine konsequente Bankpolitik würde dem zweifellos bedenklichen übermäßigen Anwachsen der fremden Gelder in anderer Weise entgegengewirkt haben, als durch die Erhöhung des Aktienkapitals. In Wahrheit haben die Banken die fremden Gelder auch im Krieg gesucht, weil sie an ihnen beträchtliche Zinsengewinne erzielen konnten. Hier hängt wieder die Politik der Banken aufs engste mit der Frage der Finanzierung des Krieges zusammen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Kriegsanleihen mit der Entwicklung der Bankkreditoren zeigt, daß auch Industrie und Handel, die schon den weitaus größten Teil der Kriegsanleihen übernehmen, noch weit höhere Beträge aufbringen könnten, als es tatsächlich der Fall ist. Der Grund dafür liegt neben anderem in der monopolartigen Zwischenstellung, welche die Banken zwischen Staat und Privatkapital einnehmen. Der Industrielle, der seine Vorräte verkauft und dessen Außenstände eingehen, hat die Wahl, die freien Mittel zur Erwerbung von Kriegsanleihe oder sonstiger staatlichen Titres zu verwenden oder sie bei einer Bank anzulegen. In Deutschland bemüht man sich, die freien Betriebsgelder von Industrie und Handel unmittelbar in die Staatskasse zu leiten. Dazu dienen vor allem die Schatzanweisungen, die immer bei der nächsten Kriegsanleihe konvertiert werden. Sie bieten dem einzelnen Unternehmer eine höhere Verzinsung, als er für die Bankeinlage erhält, und beugen zugleich einem übermäßigen Anschwellen der fremden Gelder bei den Banken vor. In Oesterreich hat man eine Zeitlang versucht, einen ähnlichen Weg einzuschlagen. Der Versuch ist am Widerstand einzelner Banken gescheitert, die sich nicht den Zwischengewinn entgehen lassen wollen und die darauf hinweisen, daß der Staatsverwaltung durch die Voreinzahlungen, die die Banken im Kontokorrent mit der Postsparkasse ständig auf die nächste Kriegsanleihe leisten, ohnehin alle flüssigen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Aber für das Zeichnungsergebnis der Kriegsanleihen ist es nicht unerheblich, ob Industrie und Handel ihre Gelder den Banken zur Verfügung stellen, damit sie die Zeichnungen anderer Kreise finanzieren oder ob sie lieber ihre älteren Bankschulden ganz oder teilweise ungetilgt lassen, um sich selbst mit höheren Beträgen an den Zeichnungen zu beteiligen. Ohne Zweifel liegt hier ein Kollisionspunkt der privatwirtschaftlichen Interessen der Banken mit ihren öffentlichen Aufgaben vor, der bisher nicht überwunden ist, obwohl, wie wir gesehen haben, eine gesunde Bankpolitik die Wünsche der Finanzverwaltung unterstützen müßte.

Durch die Uebernahme von Kriegsanleihe für eigene Rechnung ist das Effektenportefeuille der Banken im Krieg ungefähr auf ein Dreifaches seines letzten Friedensstandes gestiegen. Während noch Ende 1913 der Effektenbesitz der Banken kaum ein Viertel des Wechselportefeuilles betragen hat, ist er Ende 1916 im Durchschnitt mit gleich hohen Beträgen ausgewiesen wie die Wechsel. Sind nach der letzten Bilanz bei den Wiener Banken rund drei Viertel Milliarden in Effekten angelegt, so wird man den tatsächlichen Wert des Effektenportefeuilles wesentlich höher veranschlagen müssen. Die halbe Milliarde, die in den drei Kriegsjahren dem Effektenkonto der Wiener Banken zugewachsen ist, besteht allerdings zum weitaus größeren Teil aus festverzinslichen Werten. Wie groß der eigene Besitz der Banken an Kriegsanleihe ist, läßt sich auch nicht annähernd feststellen, jedenfalls entfällt darauf nur der geringere Teil der Zugänge im Kriege. Denn die Banken sind fast alle bemüht, zwischen zwei Kriegsanleihen ihre Portefeuille zu leeren, um Raum zu schaffen für die neuen großen Eigenzeichnungen, eine Politik, die durchaus gerechtfertigt ist, weil die Banken grundsätzlich an der Beweglichkeit ihrer Einlagen festhalten müssen. Das schließt

Fremdenblatt
17./VI. 1917

Wochenschau.

H. Ä—r. Drei Jahre lang sind wir über die Willensmeinung der Regierung meist eigentlich nur durch die kaiserlichen Verordnungen der „Wiener Zeitung" unterrichtet worden. Die Wiedereröffnung des Reichsrates hat diesem Zustande ein Ende gesetzt. Ministerpräsident Graf Clam-Martinic hat in einer mehr allgemein gehaltenen Erklärung das Programm seines Kabinetts dargelegt und Finanzminister Dr. R. v. Spitzmüller hat bei der Vorlage des Budgetprovisoriums die lange erwarteten Mitteilungen über die Richtungslinien der Finanzpolitik der Regierung gemacht. Zu einer wirklichen Orientierung über die Lage des Staatshaushaltes fehlt freilich auch noch jetzt sehr viel, vor allem der Staatsvoranschlag, regelmäßige Ausweise über die Staatseinnahmen, Nachweise, wie sie in Ungarn amtlich früher in kurzen Zwischenräumen in größter Vollständigkeit gegeben worden sind und auch noch jetzt in England und Frankreich veröffentlicht werden. Dazu kommt noch die Notwendigkeit der endlichen Wiedereinführung des Bankausweises, ein Ausweis, der selbst in den Ländern, über deren Währungsverhältnisse man bei uns meist ganz geringschätzig zu urteilen pflegt, allwöchentlich veröffentlicht wird. Aus der Rede des Finanzministers konnte man mit erfreulicher Deutlichkeit und Sicherheit die volle Entschlossenheit der Regierung entnehmen, Alles, wirklich auch Alles für die Kriegsanleihe, für ihre Sicherheit vorzukehren. Daß diese entschiedene und vorbehaltlose Erklärung des Finanzministers eben jetzt abgegeben worden ist, in der Zeit der sechsten Kriegsanleihe, das muß den Erfolg dieser Anleihe, so gesichert er auch schon früher war, gewiß nur noch vergrößern. Tatsächlich hört man übereinstimmend, daß die Ergebnisse der fünften Kriegsanleihe schon jetzt, obwohl uns noch eine Woche vom Schlusse der Zeichnung der sechsten Kriegsanleihe trennt, sehr beträchtlich übertroffen sind.

Die Börse hat die Erklärungen des Finanzministers mit Befriedigung begrüßt. Daß er auch jetzt wieder über die Ausschreitungen und Uebertreibungen der Effektenspekulation klagt, ist nicht zu verwundern und die Banken selbst sind vom Wunsche beseelt, dieses Treiben, um nicht zu sagen: diese Treiberei der Kurse einzudämmen. Eine Reihe Maßnahmen auf diesem Gebiete sind bereits getroffen und in der kommenden Woche soll eine noch wichtigere folgen, die Verringerung der Börsetage um einen auf fünf Tage. Zunächst soll die Börse am nächsten und am übernächsten Samstag geschlossen bleiben. Freilich wäre zu fragen, ob sich nicht die Wahl eines anderen Tages der Woche, etwa des Mittwoch, empfohlen hätte. Samstags ist das Geschäft der Börse erfahrungsmäßig ohnedies meist schwächer und da der Dienst in den Banken an diesem Tage früher schließt, werden sich vielleicht manche Schwierigkeiten ergeben, wenn da auch noch durch die Schließung der Börse der äußere Anlaß zur Bureauarbeit beseitigt wird. Ganz anders wäre es, wenn man sich entschlösse, an einem Tage in der Mitte der Woche den Börsesaal geschlossen zu halten. Dann entfiele das Börsegeschäft an diesem einen Tage gänzlich und Samstags wäre überdies nur mit einem durch den Wochenschluß verringerten Geschäfte zu rechnen. Der Beschluß, die Börse an den nächsten zwei Samstagen gesperrt zu halten, bedeutet übrigens nur eine Probe und so hätte man wohl noch immer die Möglichkeit, für die Dauer-Maßnahme einen anderen Tag, etwa den Mittwoch, zu wählen.

Die Kommissionsfirmen werden diese eintägige Schließung der Börse gewiß mit ungeteilter Zustimmung begrüßen, denn gerade bei ihnen haben sich infolge der bei ihnen noch viel größeren Personalverringerung noch größere Schwierigkeiten und Stockungen in der Aufarbeitung des Materials als bei den Banken ergeben. Unzweifelhaft wird diese eintägige Schließung des Börsesaales eine gewisse Einschränkung des Börseverkehres mit sich bringen. Vielleicht nicht so sehr bei den dem Börsesaale fremden Spekulationselementen, wie bei der Berufsspekulation. Eine vollständige Neuheit ist diese Maßnahme übrigens nicht, in England tritt eine solche Sperre sehr oft ein.

Zur Erklärung der steten Zunahme des Börsenverkehres darf man übrigens nicht vergessen, daß die jetzige Geldfülle an dieser Erscheinung wohl mindestens so nahe beteiligt ist, wie die Spekulationssucht. Die Industrie hat ihre Vorräte vielfach schon aufgearbeitet und ihre Erzeugnisse ausverkauft. Millionen Geldes sind dafür eingeflossen und drängen nun nach anderer Anlage. Soweit das Geld nicht mehr in Nachschaffungen von Roh- und Hilfsstoffen und in der Erzeugung selbst festgelegt werden kann, und soweit nicht etwa der Anlaß und die Möglichkeit von Investitionen für die Ausgestaltung der Betriebe vorliegt — die Aufführung von Erweiterungsbauten ist jetzt freilich fast ausgeschlossen — drängt sich das Geld nun zu anderer Anlage. Die Preise von Grund und Boden wie von Häusern sind aber schon sehr hoch gestiegen und die Anlage in Hypotheken bereitet bei der geringen Zahl von Kreditwerbern ebenfalls manche Schwierigkeit. So wird denn der Antrieb gesteigert, dieser Geldfülle durch die Erwerbung von Effekten Herr zu werden. Daß diese Spekulation sich dabei gerade gewissen Industrieeffekten zuwendet, das mag vielleicht auch darauf beruhen, daß sie angesichts dieser Ueberlastung des Geldmarktes dem Ziele nachstrebt, ihre Gelder in einem festen, dauernd Greifbaren, in dem Gegenwerte von Kohle und Eisen oder Petroleum oder Baumwolle festzulegen, wenn die Steigerung der Realitätenpreise die Anlage im Hausbesitz schon schwierig erscheinen läßt.

Den Ausschreitungen der Effektenspekulation soll damit durchaus nicht das Wort geredet sein. Wir würden es im Gegenteile durchaus begreifen, wenn man endlich auch bei uns dem längst geäußerten Wunsche nach zeitgemäßer Verbesserung der Effektenumsatzsteuer Rechnung tragen würde. So wenig zu erwarten ist, daß eine auch noch so große Belastung des Börsegeschäftes, insofern es durch die Steuer nicht ganz erschlagen wird, den Auswüchsen der Spekulation ein Ende setzen würde, ebensowenig ist zu bestreiten, daß die endliche Festsetzung einer zweckmäßig angelegten Börsesteuer den Geboten nur der allereinfachsten Steuergerechtigkeit entsprechen würde. Daß man den Spekulationsgewinn selbst in der Effektenumsatzsteuer, die eben eine Umsatzsteuer ist, nicht erfassen kann, das ist klar. Dort einzugreifen, muß Aufgabe der Einkommen- und Vermögenssteuer sein. Wohl aber wäre unbedingt zu fordern, daß das Ausmaß der Effektenumsatzsteuer doch endlich zweckmäßig festgelegt würde. In Oesterreich ist es, vergleicht man es mit den im Auslande geltenden Sätzen, ganz unverhältnismäig klein bemessen, mit 1 Kr. per Schluß gegen vier Zehntel Promille in Deutschland. Der Kriegszuschlag wäre auf den Umsatzbetrag aufzubauen und könnte ohneweiters auch eine Verdreifachung oder Vervierfachung des jetzigen Satzes unter der Fortdauer dieses letzteren bringen. Man muß sich eigentlich wundern, daß nicht schon längst, um jeden Zeitverlust zu ersparen, nicht wenigstens eine Art Kriegszuschlag, wie er bei anderen Steuern im vorigen Jahre verfügt worden ist, auch da verhängt worden ist. Dieser Kriegszuschlag könnte noch viel höher als die jetzige Umsatzabgabe sein, wenn ausdrücklich festgesetzt würde, daß er vorübergehende Geltung nur für den Bestand dieser außerordentlichen Verhältnisse haben soll. Eine ähnliche Bestimmung also, wie sie bei dem jetzt eingebrachten Gesetzentwurf über den Schutz der Frauen und Jugendlichen bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen vorgeschlagen worden ist. Die Festsetzung eines Kriegszuschlages hätte vor allem den einen Wert, daß man sich bei der Bemessung des neuen Steuersatzes der jetzigen ganz außerordentlichen Lebhaftigkeit des Geschäftes anpassen könnte, eine Lebhaftigkeit, die ja anderseits doch wohl nicht allzu lange über den dereinstigen Friedensschluß hinaus fortdauern wird. Mit anderen Worten: Dem Börseverkehr in seiner jetzigen Gestalt kann man, ohne fürchten zu müssen, daß man ihn tödlich treffe, wohl schon einen sehr hohen Steuersatz zumuten. Aber ebensowenig unterliegt es einem Zweifel, daß ein so hoher Steuersatz späterhin, wenn die Wiederkehr des Friedens und ihre Folgeerscheinungen das Geld beträchtlich verteuert haben werden, kaum aufrecht zu erhalten sein wird. Also für den jetzigen so außerordentlich lebhaften Verkehr auch ein außerordentlich hoher Steuersatz in Gestalt eines entsprechend großen Kriegszuschlages mit beschränkter Geltungsdauer für die Friedenszeit, wobei danach, bei der Wiederkehr normaler Verhältnisse, auch im Börsegeschäfte dann erst an die Festsetzung eines Steuersatzes von normaler Höhe, und zwar ebenfalls auf Grund des Umsatzbetrages, zu schreiten wäre. Das Betreten dieses Weges würde vielleicht auch bei den Gegnern der Börse ganz so wie bei jenen, die nicht bloß dem leeren Schlagworte folgen, auf Billigung rechnen können.

Die Zeit

17./VI. 1917

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen.

Zur Frage der „Inflation".

Von Prof. Dr. Robert Liefmann (Freiburg i. B.).

Seitdem der Weltkrieg die größten wirtschaftlichen Umwälzungen auf allen Gebieten gebracht hat, sind auch die Geld- und Währungsprobleme, die seit dem Beginn dieses Jahrhunderts ziemlich geruht hatten, wieder an der Tagesordnung und werden von Berufenen und Unberufenen eifrig erörtert. Dabei spielt auch die Frage der „Inflation" eine große Rolle angesichts der gewaltigen Zunahme der papiernen Zahlungsmittel in fast allen kriegführenden Staaten. Dabei werden die verschiedensten Ansichten vertreten. Die einen führen die starken Preissteigerungen in allen kriegführenden Staaten, wenn auch nicht in erster Linie, so doch zu einem guten Teil auf jene Vermehrung der Zahlungsmittel zurück, die anderen bestreiten, daß eine Inflation vorliege. Sie stützen sich in Deutschland zum Beispiel darauf, daß der Geltungsbereich der Mark sich durch Zirkulation in den besetzten Gebieten usw. außerordentlich erweitert habe, daß wegen der hohen Preise und mancher Kreditbeschränkungen der Verkehr mehr reale Zahlungsmittel brauche und dergleichen. Sie bestreiten, daß in Deutschland mehr Zahlungsmittel ausgegeben seien, als der Verkehr brauche, besonders auch unter Hinweis darauf, daß neuestens vielfach von einem Mangel an Kleingeld berichtet wird und manche Städte (Dresden, Danzig, Lörrach u. a.) wieder, wie zu Anfang des Krieges, zur Ausgabe von Notgeld übergehen.

Welche von beiden Auffassungen ist richtig? Die letztere, die eine Inflation leugnet, geht zweifellos von falschen Voraussetzungen aus. Inflation kann nicht bedeuten eine „Uebersättigung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln", wie der Begriff vielfach aufgefaßt wird. Und das Vorhandensein einer Inflation kann daher auch nicht mit dem bloßen Hinweis darauf bestritten werden, daß der Bedarf an Zahlungsmitteln gewachsen ist. Inflation bedeutet vielmehr schon die Tatsache eines Einflusses der Geldvermehrung auf die Preise, und um die Frage zu entscheiden, ob eine solche eingetreten ist, muß man sich vor allen Dingen darüber klar werden, wodurch ein solcher Einfluß sich vollzieht.

Daran fehlt es aber in der ganzen ungeheuren Geldliteratur noch völlig. Es ist das die Folge der allgemeinen Unklarheit über das Wesen des Geldes überhaupt auf Grund der Mängel der ganzen bisherigen Wirtschaftstheorie. In meinem kürzlich erschienenen Buche „Geld und Gold, ökonomische Theorie des Geldes", Stuttgart 1916, habe ich nun gezeigt, daß überhaupt eigentlich nicht die realen Zahlungsmittel, die alle Geldtheorien allein betrachteten, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen, die nicht in Zahlungsmitteln, sondern in einer abstrakten Rechnungseinheit kalkuliert sind. Aus diesem Gedanken, der in meinem Buche eingehend begründet wird, hier aber nicht näher ausgeführt werden kann, ergibt sich, daß jede Geldvermehrung dann auf das bisherige Preissystem wirken muß, wenn sie nicht in Zusammenhang und im Verhältnis steht mit einer Steigerung der Erträge und Einkommen in der Volkswirtschaft. Denn dann bedeutet sie eine künstliche Vermehrung der Kaufkraft, eine Steigerung derselben, die nicht aus dem Tauschverkehr, aus Leistungen für ihn entstanden ist, sondern die der Staat sich künstlich geschaffen hat. Diese künstliche Kaufkraftsteigerung kann auch durch Kreditgewährung eintreten, wenn diese nicht auf Grund von aus dem Tauschverkehr erzielten Erträgen erfolgt, sondern erst künftig zu erzielende längere Zeit vorausnimmt.

Durch solche künstlich geschaffene Einkommen muß das überlieferte Preissystem in Unordnung gebracht werden. Natürlich nicht in der Weise, daß nun alle Preise steigen, etwa im Verhältnis der Geldvermehrung, wie man sich das bisher immer vorgestellt hat, indem man glaubte, daß entsprechend der Vermehrung das Vertrauen der Bevölkerung zum Geld abnehme und der Verkäufer daher immer weniger dafür geben wolle. Diese sogenannte Quantitätstheorie gilt in mehr oder weniger scharfer Formulierung noch heute allgemein. Denn sie entspricht der heute herrschenden quantitativ-materialistischen Wirtschaftstheorie, die immer Geld- und Gütermengen einander gegenüberstellt und den Gedanken des allgemeinen Preis- und Einkommensystems noch nicht kennt. In Wahrheit aber können die Preissteigerungen ganz verschieden sein, je nach den Gütern, auf die sich die Nachfrage der künstlich geschaffenen Einkommen bezieht. Manche Güter können dabei auch im Preise fallen.

Wenn man erkennt, wodurch bei der Geldvermehrung die Preissteigerungen erfolgen, daß sie nicht automatisch eintreteten und nicht für alle Preise und im Verhältnis der Geldvermehrung eintreten, dann wird ein Einfluß der starken Geldvermehrungen in allen kriegführenden Ländern auf die Preise nicht geleugnet werden können. Aber es ist natürlich nicht zu sagen, welcher Teil der Preissteigerungen darauf, welcher auf Knappheit an Rohstoffen und Arbeitskräften und welcher auf die gesamte Bedarfsumstellung in der Volkswirtschaft entfällt. Denn gerade der Staat, der plötzlich mit einem ungeheuren neuen Bedarf auftritt, ist es ja, der sich durch die Geldvermehrung die neue künstliche Kaufkraft schafft. Wohl aber ist anzunehmen, daß, wenn zum Beispiel in Deutschland gleich in den ersten Wochen des Krieges für zirka 2 Milliarden Mark neue Zahlungsmittel aus-

Neue Freie Presse

21./VI. 1917

Der Economist.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller über den Kriegskredit.

Wien, 20. Juni.

Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses gab heute Finanzminister Dr. v. Spitzmüller wichtige Erklärungen über die Frage der Kreditvollmacht ab, die im Budgetprovisorium angesprochen wird. Der Abgeordnete Steinwender hatte die Begrenzung dieses Kredits für das zweite Semester des heurigen Jahres mit 6 Milliarden Kronen angeregt. Der Finanzminister erklärte, unter gewissen Voraussetzungen damit einverstanden zu sein. Es sei aber zu bedenken, daß der Erlös der Kreditoperation nicht allein für Heeresausgaben, sondern für Fürsorgemaßnahmen diene. Wenn die Heeresausgaben größere Summen verschlingen, so würde weniger für den letzteren Zweck erübrigen. Eine möglichst reichliche Bemessung des Höchstbetrages liege im Interesse der Bevölkerung. In den Höchstbetrag seien die prolongierten Schuldbeträge und die Garantiesummen nicht einzurechnen, und ebensowenig die Kontokorrentvorschüsse, welche die Banken auf Rechnung der Kriegsanleihe geben. Diese Vorschüsse seien Veranlagung von Kassenüberschüssen bei der Postsparkasse, bedürfen keiner gesetzlichen Genehmigung und haben sich als wirksames Mittel bewährt, um die Inflation der Zahlungsmittel abzuschöpfen. Der Finanzminister kündigte an, daß er im Herbste den Staatsvoranschlag für 1917/18 einbringe und diesen in ein transitorisches und ein normales Budget einteilen werde. In das erstere wären alle Ausgaben aufzunehmen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, aber bei Kriegsende wieder entfallen würden. Hinsichtlich der Kriegssteuern erklärte der Finanzminister, daß er demnächst die Novelle zur Kriegsgewinnsteuer einbringen werde. Bestimmtheit über das weitere Programm hänge von der Dauer des Krieges ab. Im Herbste werde wohl größere Klarheit bestehen.

Wir setzen im Anschlusse an das Abendblatt den Bericht über die Verhandlung des Budgetausschusses fort.

Rede des Finanzministers Dr. v. Spitzmüller.

In der Debatte über das Budgetprovisorium ergriff zu den Anträgen des Berichterstatters Dr. Steinwender Finanzminister Dr. v. Spitzmüller das Wort.

Der Finanzminister wendet sich gegen die Auffassung des Berichterstatters bezüglich des § 2 der Vorlage und betont, daß dieser Paragraph, der von der quotenmäßigen Aufteilung der gemeinsamen Ausgaben handelt, nicht gestrichen werden könne. Dies aus dem Grunde, weil ein Delegationsbudget bisher nicht zustande gekommen ist, und weil bei Hinweglassung dieser Reziprozitätsklausel im Verhältnisse zu Ungarn eine bedenkliche Lücke entstehen würde. Mit der Versetzung des § 3 an eine spätere Stelle erklärt sich der Minister einverstanden.

Gegen die Ausschließung der Begebung nicht amortisabler Rente erhebe er keine Einwendung.

Die Frage, ob das Budgetprovisorium ein sechsmonatiges oder ein viermonatiges zu sein habe, sei teilweise auch eine politische, zu der er gegenwärtig nicht definitiv Stellung nehmen könne.

Wenn die Regierung in den Entwurf des Gesetzes keine ziffermäßige Begrenzung der Kreditoperationen aufgenommen hat, so war dafür die Erwägung maßgebend, daß sie jede Höchstziffer in den Erläuterungen hätte begründen müssen, was sie aber aus den schon von ihm im Plenum angegebenen Gründen lieber unterließ. Daß nunmehr der Budgetausschuß eine Ziffer einsetze, damit könne er sich unter gewissen Voraussetzungen einverstanden erklären. Ob dafür 6000 Millionen Kronen ausreichen werden, wird naturgemäß von der Vorfrage der Dauer des Budgetprovisoriums abhängen. Es sei aber zu bedenken, daß die Erlöse aus diesen Kreditoperationen vornehmlich zwei Zwecken dienstbar gemacht werden müssen: nicht allein der Bestreitung militärischer Ausgaben, sondern auch einer großen Anzahl von Fürsorgemaßnahmen aller Art. Dazu gehöre beispielsweise die Versorgung der ärmeren Volksschichten mit Lebensmitteln, die Fürsorge für Arbeitslose, Staatsangestellte, Flüchtlinge und andere zum Teile nicht vorauszusehende Aktionen. Wenn nun der Aufwand für militärische Zwecke etwa stärker anwachse, dann würde allerdings im Rahmen eines Höchstbetrages für alle Fürsorgemaßnahmen tatsächlich nur ein geringerer Betrag erübrigen. Eine möglichst reichliche Bemessung des Höchstbetrages liege daher weniger im Interesse der Regierung als vielmehr in dem der Bevölkerung.

Der Vorschlag des Berichterstatters, die prolongierten Schuldbeträge nicht in den Höchstbetrag einzurechnen, müsse auch auf die garantierten Beträge ausgedehnt werden. Jedenfalls sollte aber der Budgetausschuß in irgendeiner ihm passend erscheinenden Form zum Ausdrucke bringen, daß in den Höchstbetrag die Kontokorrentvorschüsse, welche die Banken auf Rechnung der Kriegsanleihen geben, nicht einzurechnen seien. Der bisher eingeschlagene Weg, die Inflation der Zahlungsmittel durch Kontokorrentvorschüsse abzuschöpfen, habe sich als sehr geeignet erwiesen. Zweifellos handle es sich hier um eine kündbare Veranlagung von Ueberschüssen der Banken bei der Postsparkasse, die sich im Rahmen der geschäftlichen Administration bewegt und keiner gesetzlichen Genehmigung bedarf.

Für den im Herbst dem Reichsrat zu unterbreitenden Staatsvoranschlag für 1917/18 plane der Finanzminister eine Teilung in ein transitorisches und ein normales Budget. In das erstere wären alle jene Ausgaben aufzunehmen, die durch den Krieg veranlaßt werden, aber bei Kriegsende wieder entfallen würden.

Der Minister wendet sich nunmehr der Besprechung der in den letzten sechs Monaten angeordneten finanziellen Maßnahmen zu. Die Regierung habe in Erwartung des Zusammentrittes des Reichsrates es nach Möglichkeit unterlassen, neue Steuern oder Steuererhöhungen im Wege von kaiserlichen Verordnungen zu schaffen. Sie sei von diesem Grundsatz nur in einigen wenigen Fällen, wo dies absolut notwendig war, abgewichen. So sei die Einführung der Transportsteuer wegen des Verhältnisses zu Ungarn geboten gewesen, die Erhöhung der Spiritussteuer wegen des Zusammenhanges mit der Preisbestimmung für Spiritus. Die kaiserliche Verordnung vom März dieses Jahres über die direkten Steuern beinhalte keine Steuererhöhung und keine neue Steuer, sei aber unbedingt und dringend notwendig gewesen, um die Veranlagung der Steuern durch die obligatorische Bucheinsicht und Androhung von Arreststrafen zu sichern. Durch

entwickelte. Um 12 Uhr mittags wurde die Konferenz unterbrochen.

Um 2 Uhr nachmittags erschienen der Präsident des Klubs Babics-Gyalski und Graf Markus Pejacsevich beim Ministerpräsidenten Grafen Esterhazy, mit dem sie eine längere Besprechung hatten, in deren Verlauf sie von den in der Konferenz zum Ausdruck gelangten Ansichten Mitteilung machten.

In der um 7 Uhr abends wiedereröffneten Sitzung des Klubs wurde die Beratung fortgesetzt und der Beschluß gefaßt, den Standpunkt des Klubs der kroatischen Abgeordneten in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses durch eine Deklaration festzulegen, mit deren Ausarbeitung Graf Theodor Pejacsevich betraut wurde.

Wie „Keleti Ertesitö" meldet, wird diese Deklaration unter anderm gegen die Tatsache Stellung nehmen, daß an die Spitze des Ministeriums für Kroatien ein nichtkroatischer Politiker berufen wurde.

Budgetausschuß.

In fortgesetzter Verhandlung des Budgetprovisoriums wendet sich Abg. Freiherr d'Elvert (Deutscher Nationalverband) gegen die Errichtung eines parlamentarischen Kabinetts im gegenwärtigen Augenblick. Er tritt für eine weitgehende Gutmachung der Kriegsschäden, namentlich für eine ausgiebige Versorgung der Witwen und Waisen, ein und empfiehlt zum Zwecke einer möglichst raschen Abstoßung der Kriegsschuld die Einführung einer Vermögenssteuer unter Schonung der kleinen Sparer und Rentner und mit besonderer Heranziehung der während des Krieges entstandenen und vergrößerten Vermögenschaften. Redner wendet sich hierauf gegen die in den letzten Verfügungen der Regierung eingehaltenen Modalitäten für die Ueberweisung aus der Biersteuer, verlangt eine wesentliche Erhöhung der Erbschaftssteuer ohne jede ziffernmäßige Begrenzung der Vermögen, nimmt gegen die große Ueberzahlung von Bedarfsartikeln für militärische Zwecke Stellung und fordert die Regierung auf, die Bezüge der Staatsbediensteten mit der herrschenden Preislage in Einklang zu bringen. Er verlangt weiter Aufklärungen über die im Interesse des Gewerbestandes geplanten Unterstützungsmaßnahmen, den Abbau der Preise und einen wirksamen Schutz der Konsumenten.

Abg. Tusar (tschechischer Sozialdemokrat) erklärt, die gegenwärtige Situation sei nicht als eine Krise des Parlaments zu betrachten, sondern als eine solche der im Stadium der Demission befindlichen Regierung. Bei der gegenwärtigen Krise handelt es sich nicht darum, daß die Regierung im Ausschusse und im Hause keine Majorität für das Budgetprovisorium hat, sondern darum, ob die Führung der Geschäfte in Oesterreich einer Regierung bleiben soll, die kein Verständnis für die Forderung der Zeit hat. Die Tschechen, insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten, stehen vorbehaltlos auf dem Boden des Staates und sie haben dieses Bekenntnis schon vor dem Kriege abgelegt. Die jetzige Zeit sei noch nicht reif zur Bildung eines Konzentrationskabinetts, nicht deshalb, weil die slavischen Parteien nicht genug elastisch wären, sich einer neuen Lage anzupassen, sondern weil die psychologischen Voraussetzungen hiefür vor allem auf deutscher Seite fehlen. Eine Verständigung ist nur möglich auf der Grundlage, daß ein Volk neben dem andern sich frei entwickeln kann. Den Weg dazu zeigen die von den Tschechen und Südslaven zu Beginn der Session abgegebenen Erklärungen. Schließlich erklärt Redner, daß der Tschechische Verband gegen das Budgetprovisorium stimmen werde.

Rede des Finanzministers.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller erörtert die Anträge des Berichterstatters. Gegen dessen Auffassung ist er der Anschauung, daß § 2 verbleiben müsse. Dies aus dem Grunde, weil ein Delegationenbudget bisher nicht zustande gekommen ist und weil bei Hinweglassung dieser Reziprozitätsklausel im Verhältnis zu Ungarn eine bedenkliche Lücke entstehen würde. Mit der Versetzung des § 8 an eine spätere Stelle erklärt er sich einverstanden. Gegen die Ausschließung der Begebung nichtamortisabler Rente erhebe er keine Einwendung. Die Frage, ob das Bugetprovisorium ein sechsmonatliches oder ein viermonatliches zu sein habe, ist teilweise auch eine politische, zu der er gegenwärtig nicht definitiv Stellung nehmen könne. Wenn die Regierung in den Entwurf des Gesetzes keine ziffernmäßige Begrenzung der Kreditoperationen aufgenommen hat, so war dafür die Erwägung maßgebend, daß sie jede Höchstziffer in den Erläuterungen hätte begründen müssen, was sie aber aus den schon von ihm im Plenum angegebenen Gründen lieber unterließ. Daß nunmehr der Budgetausschuß eine Ziffer einsetze, damit könne er sich unter gewissen Voraussetzungen einverstanden erklären. Ob dafür 6000 Millionen Kronen ausreichen werden, wird naturgemäß von der Vorfrage der Dauer des Budgetprovisoriums abhängen. Es sei aber zu bedenken, daß die Erlöse aus diesen Kreditoperationen vornehmlich zwei Zwecken dienstbar gemacht werden müssen; nicht allein der Bestreitung militärischer Ausgaben, sondern auch einer großen Anzahl von Fürsorgemaßnahmen aller Art. Dazu gehöre beispielsweise die Versorgung der ärmeren Volksschichten mit Lebensmitteln, die Fürsorge für Arbeitslose, Staatsangestellte, Flüchtlinge und andre zum Teile nicht vorauszusehende Aktionen.

Wenn nun der Aufwand für militärische Zwecke etwa stärker anwachse, dann würde allerdings im Rahmen eines Höchstbetrages für alle Fürsorgemaßnahmen kassemäßig nur ein geringerer Betrag erübrigen. Eine möglichst reichliche Bemessung des Höchstbetrages liege daher weniger im Interesse der Regierung als vielmehr in dem der Bevölkerung. Der Vorschlag des Berichterstatters, die prolongierten Schuldbeträge nicht in den Höchstbetrag einzurechnen, müsse auch auf die garantierten Beträge ausgedehnt werden. Jedenfalls sollte aber der Budgetausschuß in irgendeiner ihm passend erscheinenden Form zum Ausdruck bringen, daß in dem Höchstbetrag die Kontokorrentvorschüsse, welche die Banken auf Rechnung der Kriegsanleihen geben, nicht einzurechnen seien. Der bisher eingeschlagene Weg, die Inflation der Zahlungsmittel durch Kontokorrentvorschüsse abzuschöpfen, habe sich als sehr geeignet erwiesen. Zweifellos handle es sich hier um eine kündbare Veranlagung von Ueberschüssen der Banken bei der Postsparkasse, die sich im Rahmen der geschäftlichen Administration bewegt und keiner gesetzlichen Genehmigung bedarf. Für den im Herbst dem Reichsrat zu unterbreitenden Staatsvoranschlag für 1917/18 plane der Finanzminister eine Teilung in ein transitorisches und ein normales Budget. In das erstere wären alle jene Ausgaben aufzunehmen, die durch den Krieg veranlaßt werden, aber bei Kriegsende wieder entfallen würden.

Der Minister wendet sich nunmehr der Besprechung der in den letzten sechs Monaten angeordneten finanziellen Maßnahmen zu. Die Regierung habe in Erwartung des Zusammentrittes des Reichsrates es nach Möglichkeit unterlassen, neue Steuern oder Steuererhöhungen im Wege von kaiserlichen Verordnungen zu schaffen. Sie sei von diesem Grundsatze nur in einigen wenigen Fällen, wo dies absolut notwendig war, abgewichen. So sei die Einführung der Transportsteuer wegen des Verhältnisses zu Ungarn geboten gewesen, die Erhöhung der Spiritussteuer wegen des Zusammenhanges mit der Preisbestimmung für Spiritus. Die kaiserliche Verordnung vom März dieses Jahres über die direkten Steuern beinhalte keine Steuererhöhung und keine neue Steuer, sei aber unbedingt und dringend notwendig gewesen, um die Veranlagung der Steuern durch die obligatorische Bucheinsicht und Androhung von Arreststrafen zu sichern. Durch die neuen Bestimmungen werden auch die latenten Reserven bei Aktiengesellschaften in Hinkunft erfaßt werden, was von großer Wichtigkeit sei.

Der Abg. Freiherr d'Elvert hat ausgeführt, er habe in seinem Exposé nur den Rahmen für die neuen Maßnahmen abgesteckt; die Lasten selbst, die die Bevölkerung zu tragen haben werde, könne sie aber dem Exposé nicht entnehmen. Bestimmtheit in dieser Beziehung sei jedoch heute nicht möglich, sie hänge von der Dauer des Krieges und verschiedenen andern Faktoren ab; im Herbste werde wohl größere Klarheit bestehen. Im übrigen werde sich vielleicht auch bei Beratung der demnächst einzubringenden Kriegsgewinnsteuervorlage noch Gelegenheit ergeben, etwas verläßlicher über die Zukunft unsrer Steuergesetzgebung zu sprechen. Eine fortdauernde intensive Fühlungnahme in diesen Fragen mit den kompetenten parlamentarischen Körperschaften sei für jeden Finanzminister unerläßlich. Was die Anregung des Baron d'Elvert hinsichtlich der Erbgebühren betrifft, so wird sich Gelegenheit geben, auf dieselbe bei der Beratung der betreffenden kaiserlichen Verordnung zurückzukommen.

Mit dem Abg. Tusar, der erklärte, daß die Aufbringung und Verteilung der Lasten das maßgebendste Problem des politischen und wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege sein werde, erklärt sich der Finanzminister vollständig einverstanden. Gerade in diesem Sinne seien aber, wie der Minister schon in seinem Exposé ausgeführt habe, die ärmsten Schichten an einer vollständig geordneten Staatswirtschaft auf das lebhafteste interessiert.

Neue Freie Presse

22./VI. 1917

219

Die Verhandlungen des Budgetausschusses.

Wien, 21. Juni.

Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat heute die Beratung des Budgetprovisoriums fortgesetzt, aber nicht zu Ende geführt. Nach den getroffenen Vereinbarungen brach der Präsident Dr. Sylvester die Verhandlung um 4 Uhr nachmittags ab, und auch der Finanzminister, der auf einzelne in der Debatte gefallene Bemerkungen erwidern wollte, kam nicht mehr zu Worte. Eine Abstimmung im Ausschusse ist nicht erfolgt; deshalb wird auch kein schriftlicher Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses veröffentlicht werden. Morgen vormittag wird vielmehr das Budgetprovisorium durch mündliche Berichterstattung vor das Plenum des Abgeordnetenhauses gebracht werden. Wie verlautet, dürfte der Abgeordnete Dr. Steinwender zum Berichterstatter bestellt werden. Die heutige Verhandlung betraf vorwiegend politische Fragen; die Vertreter der Parteien benützten die Gelegenheit, um ihre Stellung zum Ministerium und zu der geplanten Rekonstruktion des Kabinetts zu präzisieren. Von einzelnen Rednern wurden auch wirtschaftliche Angelegenheiten, insbesondere der Approvisionierung und der Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, in die Debatte einbezogen. Mehrere Abgeordnete kamen auch auf die Valutafrage zu sprechen. Von einem Redner wurde betont, die Valuta werde sich im Frieden dadurch regeln lassen, daß der Export landwirtschaftlicher Produkte, ferner auch der Erzeugnisse jener Industrien gehoben werde, welche die im Lande hergestellten Rohstoffe verarbeiten. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht, die Abstimmung wird vielmehr erst im Plenum erfolgen, wenn die volle Klärung der politischen Krise eingetreten sein wird.

Ueber den weiteren Verlauf der Beratung des Ausschusses liegt der folgende Bericht vor:

Bei der weiteren Beratung des Budgetprovisoriums bedauert Abg. Biankini, daß mit der Eröffnung des Reichsrates nicht gleichzeitig auch die Verfassungsmäßigkeit in den Königreichen und Ländern wiederhergestellt wurde. Er wünscht die Abschaffung der Militärgerichte, die Wiederherstellung der Geschwornengerichte und die Beschränkung der Zensur auf rein militärische Fragen, verlangt die Rückkehr der konfiniert und interniert Gewesenen in ihre Heimat, die humanere Behandlung der politisch Verurteilten, insbesondere aus Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina. Bosnien und die Herzegowina dürfe nicht wie eine Strafkolonie behandelt werden.

Abg. Dr. v. Gentili überreicht eine Resolution, wonach die einzigen Söhne bloß zur Militärdienstleistung im Hinterlande verwendet werden sollen.

Abg. Smreck nimmt gegen die Durchführung der Hochverratsprozesse in Mähren Stellung. Er verweist darauf, daß in Mähren trotz seiner günstigen landwirtschaftlichen Lage infolge des Requisitionssystems mangelhafte Approvisionierungsverhältnisse herrschen.

Abg. Dr. Degasperi beantragt eine Resolution über die allgemeine Revision der gegen konfinierte oder internierte Staatsbeamte durchgeführten Disziplinarprozesse.

Abg. Dr. Schreiner wendet sich gegen die Resolution Kadlcak, betreffend die Aufhebung des Erlasses des Eisenbahnministeriums vom 5. Juli 1915, der lediglich den bereits bestehenden Vorschriften über die deutsche Dienstsprache Geltung verschaffen soll, sowie gegen die Resolution Bechyne, betreffend die Ueberprüfung der Verpflegung und Behandlung der Soldaten durch fliegende Kommissionen eines parlamentarischen Ausschusses, da dieser Antrag einen unzulässigen Eingriff in die Kompetenz der Kriegsverwaltung darstelle. Er tritt sodann für eine weitgehende Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ein, verweist auf die wichtigen organisatorischen Arbeiten des Ackerbauministeriums und der Landeskulturräte vor dem Kriege und verlangt die Reorganisation des Ackerbauministeriums durch Gründung einer Sektion für Meliorationswesen und durch Ausgestaltung der Abteilung für den landwirtschaftlichen Unterricht. Er befürwortet weiter die Durchführung von Flußregulierungen und stellt eine Resolution über die Fortsetzung der nach dem Wasserstraßengesetze vom Jahre 1901 vorgesehenen Flußregulierungsaktion und die Inanspruchnahme der für diese Zwecke nur bis 1912 bewilligten Mittel seitens der Regierung. Er fordert weiter Maßnahmen zur Behebung der Kohlennot, verlangt die Erhöhung der bei Requisitionen gezahlen Preise für landwirtschaftliche Produkte im Interesse der Landwirtschaft. Schließlich protestiert er dagegen, daß neben den Landeskulturräten noch andere sachliche Korporationen als Beiräte in landwirtschaftlichen Fragen fungieren.

Abg. Tomasek befürwortet die Resolutionsanträge Kadlcak und Bechyne. In einer Erörterung der politischen Fragen bemerkt er, der Ministerpräsident scheine sich selbst für die höchste Staatsnotwendigkeit anzusehen. Seine ministerielle Laufbahn habe er mit der Absicht angetreten, die Oktrois durchzuführen; er habe sie nicht durchführen können, und man hätte erwartet, daß er deshalb demissioniert hätte. Das habe er aber nicht getan. Die gegenwärtige Ministerkrise zeige, daß Graf Clam-Martinic das Budgetprovisorium unter den obwaltenden Verhältnissen nicht bekommen könne. Man könnte zu den Fähigkeiten des Ministerpräsidenten, die neuen Aufgaben zu erfüllen, die er sich stecke, kein Zutrauen haben. Der von den czechischen Abgeordneten in ihrer zu Beginn der Session abgegebenen Erklärung gezeigte Weg sei gangbar, wie die staatsrechtlichen Gebilde innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika, im Deutschen Reiche und in der Schweiz beweisen. Der Zug nach Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker werde auch dieser Forderung zur Verwirklichung verhelfen. Redner führt sodann Beschwerde über die Behandlung der czechischen Minorität in Wien und insbesondere ihres Schulwesens und erklärt, gegen das Budgetprovisorium zu stimmen.

Abg. Koneeny klagt über die Verpflegung in den militärischen Gefangenhäusern, die absolut unzureichend sei, und vielfach verhängnisvolle Folgen für die Sträflinge nach sich ziehe. Wie leicht man zum Hochverräter stigmatisiert werden könne, beweise der Vorfall, daß ein Lehrer aus Südmähren infolge einer Mißdeutung einer von ihm bereits eine Reihe von Jahren vor dem Kriegsausbruch hergestellten Ansichtskarte mit den Bildnissen der Apostel Cyrill und Methud, die er Soldaten für ihre Korrespondenz in die Heimat zur Verfügung stellte, zu achtzehn Monaten Kerker verurteilt wurde. Er beantragt eine Resolution, wonach die unter militärgerichtliche Strafbarkeit gestellten und von Militärgerichten in Strafuntersuchung gezogenen oder verurteilten Zivilpersonen unverzüglich aus den Militärstrafanstalten zu entlassen und deren Strafangelegenheiten zur neuerlichen Verhandlung der zuständigen ordentlichen Gerichte zuzuweisen seien. Ferner beantragt er die Wahl einer aus 26 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestehenden Kommission, die mit der Inspektion der militärischen Gefangenhäuser zu betrauen wäre.

Abg. Sedlak beschäftigt sich mit der Frage der Valuta, die durch den Export von Erzeugnissen der Landwirtschaft und jener Industrien, die namentlich in Böhmen hinsichtlich der Rohprodukte bloß auf das eigene Land angewiesen sind, reguliert werden könne. Er verlangt die Nutzbarmachung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität und tritt für die Förderung der Landwirtschaft und Viehzucht ein. Redner beschwert sich über die Nichtbeachtung der Staatsgrundgesetze und erklärt, der jetzigen und jeder Regierung unter dem Vorsitze des gegenwärtigen Ministerpräsidenten spreche der Czechische Verband das Vertrauen ab.

Abg. Franz Meixner tritt für die Förderung der Landwirtschaft in Tirol und in den Alpenländern ein, verlangt die Durchführung von Meliorationen, die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Tirol, protestiert gegen die Absicht, die Verwaltung des Meliorationsfonds dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zu übertragen und beantragt eine Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß für sämtliche Alpenländer einheitliche Schlachtviehpreise und für alle Kronländer der Monarchie einheitliche Preise für Wein, Obst und Holz geschaffen werden.

Abg. Dr. Heilinger beantragt eine Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, ein größeres Quantum Sacharin in Verkehr zu setzen; weiter verlangt er in einer Resolution die eheste Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach Witwen nach Staatspensionisten auch dann Anspruch auf eine Pension haben, wenn die Ehe nicht während der aktiven Dienstzeit des betreffenden Beamten geschlossen wurde. Ferner beantragt er eine Resolution, wonach im Hinblick auf die stets steigenden Lebensmittelpreise die Bezüge der Staatsbediensteten entsprechend zu erhöhen und dabei die aktiven und pensionierten Staatsbediensteten gleich zu behandeln seien, schließlich eine Resolution, betreffend die 50prozentige Erhöhung der Zulage der Beamten und Diener des Reichsrates. Redner erklärt, für das Budget zu stimmen.

Abg. Bradac wendet sich gegen den Vorwurf der Preistreiberei, der der Landwirtschaft gemacht werde, bespricht die Tätigkeit der Zentralen und verlangt die Einführung von Maximalpreisen für die unumgänglich notwendigen Industrieprodukte. Er hält zur Durchführung der landwirtschaftlichen Arbeiten die Befreiung sämtlicher selbständigen Landwirte ohne Unterschied des Alters vom Militärdienste für notwendig.

Abg. Jarc beklagt sich über die Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Beschaffung von landwirtschaftlichen Produkten sowie bei der Beteilung der Landwirte mit Saatgut und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und verweist darauf, daß der bei uns geltende Preis für Weizen weit unter dem Weltmarktpreise stehe. Er verlangt mit Rücksicht darauf eine Erhöhung der Getreidepreise. Er beantragt Resolutionen, betreffend paritätisches Vorgehen mit der ungarischen Regierung in bezug auf die Neuregelung von Maximal-, beziehungsweise Richtpreisen für landwirtschaftliche Produkte, Entschädigung für durch das Militär verursachte Feldschäden im südwestlichen Kriegsgebiet, die Einleitung von Maßnahmen zum Zwecke einer umfassenden Agrarreform und die Versorgung von Invaliden mit landwirtschaftlichen Grundstücken, die Novellierung des Kriegsleistungsgesetzes im Sinne der Vergütung von Kriegsschäden. Weitere Resolutionen betreffen die Besserung der Lage der Flüchtlinge. Schließlich erklärt Redner, die Südslawen werden alles tun, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu ermöglichen. Die Südslawen sind eine staatsbejahende Partei. Sie verlangen eine gründliche Aenderung des Regierungssystems in Oesterreich und die Anerkennung der Gleichberechtigung der Südslawen.

Abg. Petruszewycz bespricht die Lage der Ruthenen in Galizien und beschwert sich über die Zurücksetzung derselben auf nationalem Gebiete. Er verlangt die Umbildung der Regierung im Sinne einer parlamentarischen Völkervertretung, um mit dem Parlament Oesterreich in der vom Kremsierer Reichstag ins Auge gefaßten autonomistischen Richtung umzugestalten. Zur heutigen Regierung habe seine Partei kein Vertrauen und werde gegen das Budgetprovisorium stimmen.

Abg. Dr. Schreiner führt aus, alle Völker Oesterreichs wissen voll die Opfer zu würdigen, welche von der Bevölkerung in den Kriegsgebieten gebracht wurden, und betrachtet es als allgemeine Pflicht, diesem Teile des Volkes namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete beizuspringen. Redner verweist auf die von zahlreichen humanitären Vereinen auf dem Gebiete der Schaffung von Kriegerheimstätten geleistete ersprießliche Tätigkeit und beantragt eine Resolution, betreffend die Einbringung eines Regierungsentwurfes über die Schaffung von Kriegerheimstätten. Er bittet schließlich den Minister für öffentliche Arbeiten, beruhigende Aufklärungen über die Frage der Kohlenversorgung abzugeben.

Abg. Wolf erklärt, das gegenwärtige Parlament erfülle seine Aufgabe nicht; die Bevölkerung, welche die Einberufung des Parlaments gefordert habe, habe vom Parlament mehr als staatsrechtliche Erklärungen erwartet, eine freie männliche Kritik herrschender Mißstände und Arbeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Die Regierung, welche nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen habe, um das Staatsrecht des Ganzen gegen die aufmarschierenden Rechte der Kleinen zu schützen, habe durch Einberufung des Parlaments ohne Erfüllung der von den Deutschen geforderten Voraussetzungen oder mindestens ohne Sicherung einer Majorität für die Staatsnotwendigkeiten einen Fehler begangen. Redner erörtert weiter die Lebensmittelfrage und verlangt schließlich vom Minister für öffentliche Arbeiten Aufklärungen in der Kohlenfrage.

Abbruch der Verhandlung.

Obmann Dr. Sylvester erinnert daran, daß das Haus dem Budgetausschusse zur Verabschiedung des Budgetprovisoriums eine dreitägige Frist eingeräumt habe, die mit dem heutigen Tage ablaufe. Zu Beginn der heutigen Sitzung habe der Ausschuß über seinen Vorschlag beschlossen, daß die Sitzung bis 4 Uhr zu dauern habe, und wenn bis zu dieser Stunde keine Abstimmung erfolgt ist, die Sitzung abzubrechen und die Vorlage an das Plenum zu leiten sei. Da bis zu der angegebenen Stunde die Vorlage nicht erledigt wurde, schließe er im Sinne des heute gefaßten Beschlusses die Sitzung.